ÖSTERR.
OLUTION

3 1761 07466475 6

DB
96
B3

VON

OTTO BAUER

DIE ÖSTERREICHISCHE REVOLUTION

VON OTTO BAUER

WIEN 1923
WIENER VOLKSBUCHHANDLUNG I. WIEN VI.

DIE ÖSTERREICHISCHE REVOLUTION

VON OTTO BAUER

WIEN 1923

WIENER VOLKSBUCHHANDLUNG / WIEN VI

Inhalt.

Erster Abschnitt: **Krieg und Revolution.** Seite

§ 1. Die Südslawen und der Krieg 1
§ 2. Die Tschechen und das Reich 20
§ 3. Die Polen und die Mittelmächte 37
§ 4. Deutschösterreich im Kriege 49

Zweiter Abschnitt: **Der Umsturz.**

§ 5. Die Bildung der Nationalstaaten 71
§ 6. Die Auflösung des Reiches 84
§ 7. Die deutschösterreichische Republik 94
§ 8. Nationale und soziale Revolution 109

Dritter Abschnitt: **Die Vorherrschaft der Arbeiterklasse.**

§ 9. Revolutionäre und konterrevolutionäre Kräfte 116
§ 10. Zwischen Imperialismus und Bolschewismus 130
§ 11. Die Revolution in den Betrieben 161
§ 12. Der Staat und die Arbeiterklasse 182

Vierter Abschnitt: **Die Zeit des Gleichgewichts der Klassenkräfte.**

§ 13. Wirtschaftliche Umwälzung und soziale Umschichtung 196
§ 14. Der Kampf um die Institutionen der Republik 213
§ 15. Der Kampf gegen die Konterrevolution 225
§ 16. Die Volksrepublik 242

Fünfter Abschnitt: **Die Restauration der Bourgeoisie.**

§ 17. Die Währungskatastrophe 249
§ 18. Der Genfer Vertrag 262
§ 19. Die Ergebnisse der Revolution und die Aufgaben der Sozialdemokratie 275

Sachregister 292

DB
96
B3

LIBRARY
NOV 10 1975
UNIVERSITY OF TORONTO

Vorwort.

Ich widme dieses Buch den Vertrauensmännern der österreichischen Arbeiterschaft: den Tausenden, die während des Krieges blutrunkenen Militärgewalten tapfer die Stirn boten; den Tausenden, deren Einsicht, deren Verantwortungsgefühl, deren Mut in der Revolutionszeit die österreichische Arbeiterschaft aber- und abermals gerettet hat vor den Versuchungen des Hungers, der Verzweiflung, der Illusionen in den eigenen Reihen; den Tausenden, die heute im zähen Abwehrkampfe gegen einen verständnislosen, haßerfüllten Feind ringen. Möge dieses Buch diesen Tausenden helfen, den Kleinkrieg, den sie alle, jeder in seinem Betriebe, in seiner Gemeinde, in seiner Organisation, geführt haben, im großen geschichtlichen Zusammenhange zu begreifen und aus solchem Verstehen neue Einsicht, neue Kraft, neue Zuversicht zu schöpfen für die Kämpfe, denen wir entgegengehen!

Ich widme dieses Buch den Kameraden im österreichischen Heere: den sozialdemokratischen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten. Sie haben jetzt den schwersten Kampf zu bestehen; einen Kampf, der an ihre Überzeugungstreue, an ihre Zähigkeit, an ihre Klugheit die höchsten Anforderungen stellt. Möge dieses Buch ihnen sagen, daß der Gegenstand des Kampfes der Opfer des Kampfes wert ist!

Ich widme dieses Buch den österreichischen Intellektuellen, den Ingenieuren, den Ärzten, den Lehrern, den jungen Studenten zumal, die den Befreiungskampf der Arbeiterklasse verstehen lernen wollen. Möge es ihnen helfen, das Netz zu zerreißen, in das, aus unzähligen Zeitungsblättern, von unzähligen Kathedern auf sie einredend, Klassenvorurteil, Klassenhaß, Klassenlüge sie verstricken!

Aber ich wage es, dieses Buch auch Marxens Schule in aller Welt zu widmen. Denn auch ihr will es einiges sagen.

Der wissenschaftliche Sozialismus ist aus der Verarbeitung zweier großer Erfahrungen entstanden: der Erfahrung der industriellen Revolution des neunzehnten Jahrhunderts und der Erfahrung der politischen Revolutionen von 1789 bis 1871. Die Welt, die Marx und Engels erforscht haben, ist durch Krieg und Revolution völlig umgewälzt worden. Nur durch die Verarbeitung der Fülle neuer Erfahrungen, die wir im Kriege und in der Revolution erworben haben, kann sich der wissenschaftliche Sozialismus der verän-

derten Umwelt anpassen. Nur aus der wissenschaftlichen Verarbeitung dieser neuen Erfahrungen kann sich der Sozialismus des zwanzigsten Jahrhunderts entwickeln. Ein kleiner Beitrag zu dieser großen Arbeit will dieses Buch sein. Die Wechselwirkungen zwischen nationaler und sozialer Revolution; die Wandlungen des Staates, der Demokratie, der Beziehungen der Arbeiterklasse zum Staat und zur Nation, die sich in der und durch die Revolution vollziehen; die Entwicklung eigenartiger Staatstypen in einer Entwicklungsphase, in der die Kräfte der Klassen einander das Gleichgewicht halten; die Funktion vorübergehender Kooperation der Klassen im Entwicklungsgange der Klassenkämpfe; die Wechselwirkungen der Wirtschaft, der Gewalt und des Geistes im Entwicklungsgange revolutionären Klassenkampfes — das sind Probleme von höchstem allgemeinen Interesse und zur Klärung dieser Probleme kann, so hoffe ich, die Geschichte der österreichischen Revolution manches beitragen.

Wien, 6. Mai 1923.

Otto Bauer.

Erster Abschnitt.

Krieg und Revolution.

§ 1. Die Südslawen und der Krieg.

Literatur:

Ranke, Die serbische Revolution. Berlin 1844. — Kállay, Geschichte der Serben. Budapest 1878. — Novaković, Die Wiedergeburt des serbischen Staates. Sarajevo 1912.

Seton-Watson, Die südslawische Frage im Habsburgerreich. Berlin 1913. — Südland, Die südslawische Frage und der Weltkrieg. Wien 1918. — Wendel, Aus dem südslawischen Risorgimento. Gotha 1921.

Šuman, Die Slowenen. Wien 1881. — Dimitz, Geschichte Krains. Laibach 1874.

Georgevitch, Das Ende der Obrenovitch. Leipzig 1905. — Molden, Graf Ährenthal. Stuttgart 1917. — Conrad, Aus meiner Dienstzeit. Wien 1921. — Bauer, Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik. Berlin 1912. — Kautsky, Serbien und Belgien in der Geschichte. Stuttgart 1917.

Šišić, Dokumenti o postanku kraljevine SHS 1914—1919. Zagreb 1920. — Potočnjak, Iz emigracije. Zagreb 1919. — Tomić, Jugoslavija u emigraciji. Beograd 1921. — Djordjević, Srbija i Jugosloveni. Beograd 1922.

Das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien hat den Weltkrieg herbeigeführt. Seine unmittelbare Ursache war der Zusammenstoß des habsburgischen Imperiums mit dem Freiheits- und Einheitsdrang des südslawischen Volkes.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts hatte sich aus den südslawischen Bauernstämmen das südslawische Bürgertum entwickelt. Unter der Führung ihres Bürgertums standen die südslawischen Stämme im Kampfe gegen den Zustand der nationalen Fremdherrschaft und der nationalen Zersplitterung, die der Feudalismus in Jugoslawien begründet hatte. Dieser Kampf war die bürgerliche Revolution der Jugoslawen. Sein Ziel war die Liquidierung der feudalen Herrschaftsverhältnisse auf südslawischem Boden. Diese nationale Revolution der Jugoslawen war der Ausgangspunkt des Krieges. Sie leitete die nationale Revolution ein, der die Habsburgermonarchie erlegen ist.

Schon im 9. Jahrhundert sind die Slowenen — der nordwestliche Stamm des südslawischen Volkes — unter deutsche Fremdherrschaft gefallen. In ganz Slowenien wurden die slawischen Bauern deutschen Grundherren zins- und fronpflichtig. Deutsch war der Herrenhof, slowenisch das Bauerndorf. Den deutschen Grundherren folgten deutsche Bürger. Sie begründeten die Städte im Wendenland; die Städte waren deutsch, die Dörfer blieben windisch. So fielen hier Klassenscheidung und nationale

Scheidung zusammen. Noch im 19. Jahrhundert klagte der krainische Dichter Franc Prešeren:

Deutsch sprechen in der Regel hierzulande
Die Herrinnen und Herren, die befehlen;
Slowenisch die, so von dem Dienerstande.

So war ein Jahrtausend lang die slowenische Sprache bloße Bauernmundart, das slowenische Volk eine geschichtslose Nation. Ein slowenisches Schulwesen konnte nicht entstehen; denn Schulen gab es nur für die Söhne der deutschen Grundherren und Bürger, nicht für die der slawischen Bauern. Eine slowenische Literatur konnte sich nicht entwickeln; denn wer hätte in einer Sprache, die nur die unwissenden, analphabetischen Bauern sprachen, Bücher schreiben wollen? Als in den Sturmtagen der Reformation protestantische Prädikanten auch den Bauern das Evangelium predigen wollten, stellte einer von ihnen, Primož Trubar, fest, daß „kein Brief oder Register, noch weniger ein Buch in unserer windischen Sprache zu finden war; denn man hielt dafür, die windische Sprache wäre so grob und barbarisch, daß man sie weder schreiben noch lesen könne". Trubar und Juri Dalmatin, die die Bibel in die slawische Bauernsprache übertrugen, mußten hunderte Wörter fremden Sprachen entlehnen; denn die slowenische Sprache hatte Bezeichnungen nur für Begriffe des bäuerlichen Lebens. Habsburgs blutige Gegenreformation bereitete auch diesen ersten Versuchen, eine slowenische Literatursprache zu schaffen, ein schnelles Ende: Trubars ketzerische Schriften wurden verbrannt; und wiederum verschwand für zwei Jahrhunderte die slowenische Sprache aus der Literatur.

Und wie an allem höheren Kulturleben, so hatte auch an allem staatlichen Leben das slowenische Bauernvolk ein Jahrtausend lang keinen Anteil. Denn nur die Grundherrenklasse, nicht die Bauernschaft war in diesem Jahrtausend Trägerin des staatlichen Lebens. Mit der Unterwerfung unter die deutschen Grundherren fielen die slowenischen Bauern unter die Herrschaft des deutschen Herzogtums Karantanien; mit den Ländern, in die das Herzogtum zerfiel, fielen sie an das deutsche Österreich. Über den Grundherrschaften, in denen die slowenischen Bauern den deutschen Feudalherren fronten, baute sich die politische Herrschaft des deutschen Österreich über den slowenischen Volksstamm auf.

Ein halbes Jahrtausend später als der nordwestliche verfiel der südöstliche Zweig des jugoslawischen Volkes ähnlichem Schicksal. Nach der Niederlage am Amselfeld (1389) wurden die serbischen Fürsten zu Vasallen der türkischen Großherren; nach der Katastrophe von Varna (1444) wurden die serbischen Länder zu türkischen Provinzen. Das serbische Volk wurde zur geknechteten ausgebeuteten Rajah. Die Städte wurden zu türkischen Festungen; nur die Dörfer blieben serbisch. Und über die serbischen Bauern herrschten die türkischen Spahis und die griechischen Priester. Nur in Bosnien behauptete sich ein Teil des nationalen Adels; aber er behauptete Besitz und Würde nur um den Preis, daß er den Islam annahm und damit in dem herrschenden Osmanentum aufging. So war auch das serbische Volk unter Fremdherrschaft gefallen.

Nur im Zentrum des Siedlungsgebietes der Südslawen, in Kroatien, hat sich ein nationales Staatswesen behauptet. Nur dort lebte das Volk unter

der Herrschaft nicht eines fremden, sondern eines nationalen Adels. Aber auch dort ging in furchtbaren Stürmen ein Stück nationaler Selbständigkeit nach dem andern verloren. Von den Türken bedroht, war das dreieinige Königreich nicht imstande, Dalmatien gegen die Venezianer zu schützen. So verfiel dieses slawische Land italienischer Fremdherrschaft. Kroatien selbst aber warf die Türkennot zuerst den Habsburgern in die Arme. Dann, nach der Zurückdrängung der Türken, stürzte sich der kroatische Adel, vom habsburgischen Absolutismus im Besitz seiner ständischen Privilegien bedroht, Ungarn in die Arme, um, sei es auch um den Preis des Verzichts auf staatliche Selbständigkeit, mit dem mächtigeren magyarischen Adel vereint, die ständischen Rechte zu verteidigen. So verlor, zwischen Türken und Venetianern, zwischen Österreich und Ungarn, der kroatische Adel nationale und staatliche Selbständigkeit. Viele Adelsfamilien wurden in den Türkenkriegen ausgerottet. Andere endeten in den Kuruzzenkriegen auf österreichischem Schafott. Deutsche, magyarische, italienische Feudalherren erbten die Latifundien der kroatischen Magnaten. Der Rest des höheren kroatischen Adels erlag der mächtigen Anziehungskraft der Wiener höfischen Sitte; war die lateinische Sprache die Verhandlungssprache des Sabors und die Amtssprache der Behörden, so bediente sich der gebildete Adel im täglichen Umgang der deutschen oder der italienischen Sprache. Nur der unwissende Bauernadel, die „Zwetschkenjunker", sprachen noch kroatisch. Die staatlichen Sonderrechte Kroatiens aber gab der kroatische Adel Ungarn preis, um sich, mit dem magyarischen Adel vereint, als una eademque nobilitas, des habsburgischen Absolutismus zu erwehren: als Josef II. die Leibeigenschaft in Ungarn und Kroatien aufhob, übertrug der kroatische Sabor sein Steuer- und Rekrutenbewilligungsrecht dem ungarischen Reichstag, um in ihm seinen Beschützer gegen die Bauernbefreiung zu finden. So ward Kroatien zum bloßen „angegliederten Teil" Ungarns. So war auch der kroatische Adel kein Träger nationaler Kultur und nationaler Selbständigkeit mehr.

So hatte der Feudalismus den jugoslawischen Stämmen eine furchtbare Erbschaft hinterlassen. Österreich und Ungarn, Venedig und die Türkei hatten ihr Gebiet untereinander geteilt. In Slowenien saßen deutsche, in Dalmatien italienische, im Banat und in der Bacska magyarische Herren, in Serbien türkische Spahis, in Bosnien mohammedanische Begs über den hörigen slawischen Bauern. Überall waren die Jugoslawen zu einem geschichtslosen Bauernvolk, zu Hintersassen fremder Grundherren geworden; selbst in Kroatien war der nationale Adel seinem Volkstum entfremdet. Nur der Bauer war der Träger des nationalen Lebens. Aber der Gesichtskreis des armen, unwissenden Bauern reichte über die Grenzen der Grundherrschaft, der er fronte, kaum hinaus. Den windischen Bauern Kärntens galten schon die Krainer als Fremde. Die katholischen Bauern in Kroatien haßten die griechisch-orthodoxen Nachbarn als Ungläubige. Ein Bewußtsein nationaler Gemeinschaft der jugoslawischen Stämme gab es nicht. Es hat einer langen Kette gewaltiger Umwälzungen bedurft, um das jugoslawische Volk aus diesem Zustand der Knechtschaft, der Geschichtslosigkeit, der Zerstückelung emporzuführen.

Der Krieg, den Josef II. und Katharina II. im Jahre 1788 gegen die Türkei begannen, war der Wendepunkt der serbischen Geschichte. Österreich

rief damals die serbische Rajah zum Kampfe gegen die Türkenherrschaft auf. Den lautesten Widerhall fand dieser Ruf in dem kleinen Splitter des serbischen Stammes, der sich ein Jahrhundert vorher unter der Führung des flüchtigen Patriarchen von Ipek in Ungarn angesiedelt hatte. Viele von den serbischen Kolonisten hatten in dem fremden Lande, wie es entwurzelte, in fremdes Land verpflanzte Gastvölker zu tun pflegen, im Handel Erwerb gefunden; so hatte sich hier ein handeltreibendes serbisches Bürgertum entwickelt, von dessen Söhnen so mancher den Weg an deutsche Universitäten fand, dort unter den Einfluß der Aufklärungsliteratur des 18. Jahrhunderts geriet und gewahrte, wie eben damals in der Wissenschaft die lateinische Kirchensprache durch die deutsche Volkssprache ersetzt wurde. Da setzte nun unter den ungarischen Serben lebhafte Bewegung ein. Schulen und Kirchengemeinden wurden gegründet. Dositej Obradović und Vuk Karadžić ersetzten die kirchenslawische Schulsprache durch die Volkssprache, „wie sie auf dem Markt geredet und beim Reigentanz gesungen wird", und schufen damit die neue serbische Schriftsprache und die Anfänge des neuen serbischen Schrifttums. Zugleich aber weckte der Waffenlärm auch die Rajah jenseits der Save. Serbische Freischaren kämpften unter österreichischem Kommando gegen die Türken. Und wenngleich Österreich die serbische Rajah den Türken wieder preisgab, als die Schreckensnachrichten über die Anfänge der großen Französischen Revolution die Aufmerksamkeit des Wiener Hofes nach dem Westen lenkten, haben die Waffentaten der Kriegszeit das Selbstbewußtsein der Serben doch mächtig gestärkt. „Was habt ihr aus unserer Rajah gemacht?" klagten nun die Türken.

Der Krieg hatte die Schwäche des türkischen Lehensstaates gegen den modernen Absolutismus geoffenbart. Unter dem Eindruck dieser Erfahrung versuchte der Sultan Selim III. eine Reform des Staats- und Heerwesens nach europäischem Vorbild. Gegen diese Reformversuche erhoben sich die Janitscharen. Der Gouverneur des Belgrader Paschaliks Hadschi Mustafa Pascha bot selber die serbischen Bauern gegen die rebellischen Dahia auf. So erhoben sich 1804 die Serben, von Kara Georg geführt. Aber sobald sie die Dahia besiegt hatte, richtete die rebellierende Rajah ihre Waffen gegen die Türkenherrschaft überhaupt. So begann der große Befreiungskampf des serbischen Bauernvolkes gegen den türkischen Feudalismus. Bald von Rußland, bald von Österreich benützt, bald von dem Zaren, bald von dem Kaiser verraten, erkämpfte sich der serbische Bauer schließlich seine Freiheit. Der erste Aufstand brachte den Serben die Autonomie, der Friede von Adrianopel (1829) die staatliche Selbständigkeit, der Friede von San Stefano (1878) die Unabhängigkeit von der Türkei Und mit dem Wachtum des Staates wurde die Nation: der Staat schuf die serbische Schule: der Staat schuf die serbische Bürokratie, deren Söhne von ausländischen Universitäten europäische Ideen heimbrachten; langsam, allmählich begann sich aus dem Bauernvolk ein Bürgertum herauszulösen als Träger der werdenden nationalen Kultur. So wurde im Verlauf eines Jahrhunderts aus der Rajah eine Nation.

Was der Türkenkrieg von 1788 für die Serben, war der Franzosenkrieg von 1809 für die Kroaten. Das von Napoleon I. gegründete Königreich Illyrien vereinigte zum ersten Male Slowenien, Kroatien und Dalmatien zu

einem Staate, es befreite die Bauern von der Fronpflicht und der Patrimonialgerichtsbarkeit, es führte die slawische Sprache in den Volksschulen ein. Wohl stellte Österreich schon 1813 das alte Regime wieder her; aber der Anstoß, einmal gegeben, wirkte weiter. Die kroatischen Studenten an den Hochschulen von Wien und Pest schwärmten nun von der „illyrischen" Freiheit, von der nationalen Einheit aller südslawischen Stämme. Die nationalen Befreiungskämpfe der Deutschen und der Italiener, der Polen und der Magyaren wurden ihnen zum Vorbild. Die Lehren der entstehenden Slawistik nahmen sie gierig auf. Es war vorerst nur eine Bewegung weniger junger Schwärmer. Aber sie gewann bald geschichtliche Bedeutung. Ljudevit Gaj, der den Kroaten zuerst eine einheitliche Orthographie schuf, war das Haupt der illyrischen Bewegung; der nationalen Einheit der drei „illyrischen" Stämme zustrebend, legte er seiner Orthographie denselben štokawischen Dialekt zugrunde, aus dem Vuk Karadžić die serbische Schriftsprache geformt hatte; so gelangten Kroaten und Serben zu einer gemeinsamen Schriftsprache. Und diese literarische Bewegung wurde zur geschichtlich wirksamen Kraft, als sich der kroatische Adel ihrer zu bemächtigen begann.

Nach der französischen Julirevolution von 1830 gewann der Kampf des ungarischen Reichstages gegen den Wiener Hof revolutionären Charakter. Der reaktionäre kroatische Adel geriet in Gegensatz zur magyarischen Reformbewegung. Er widersetzte sich, als der ungarische Reichstag auch Kroatien die Gleichberechtigung der Protestanten aufzwingen wollte. Er geriet in Wut, als man in Preßburg und Pest die Aufhebung der Hörigkeit der Bauern zu fordern begann. Als Ungarn die lateinische Staatsprache durch die magyarische ersetzte, widersetzte sich der Sabor ihrer Einführung in Kroatien; nun machte er sich die illyrische Kulturbewegung zunutze und führte in Kroatien die kroatische Staatssprache ein. Der Wiener Hof, von dem revolutionären Ungarn bedroht, stellte sich an die Seite der Kroaten. Als 1848 die revolutionäre Bewegung Ungarns zur Revolution ward, unterwarf das kroatische Aufgebot Jellačić' den Habsburgern das revolutionäre Ungarn und das revolutionäre Wien, während zugleich auch die Serben des Banats der ungarischen Revolution in den Rücken fielen. Aber bald lernten die Jugoslawen den „Dank vom Hause Österreich" kennen. Wohl löste der triumphierende Absolutismus Kroatien und die ungarisch-serbische Wojwodina von Ungarn los, aber nur um sie derselben brutalen Gewaltherrschaft zu unterwerfen, der Ungarn unterworfen ward. Und nach 1859 und 1866 schloß Habsburg seinen Frieden mit dem magyarischen Adel auf Kosten der Südslawen. Die Wojwodina wurde wieder an Ungarn ausgeliefert. Dalmatien blieb bei Österreich, der Anschluß an Kroatien wurde ihm verwehrt. Kroatien selbst aber wurde der Ausgleich von 1868 gewaltsam oktroyiert. Und der Rest der alten staatsrechtlichen Selbständigkeit, den er Kroatien ließ, wurde zum bloßen Schein. Der Banus wurde von der ungarischen Regierung ernannt. Der Landtag ging aus Wahlen hervor, bei denen dank dem engen Zensuswahlrecht die Beamten die Mehrheit der Wähler bildeten; da das Wahlrecht öffentlich ausgeübt werden mußte, konnte es kein Beamter wagen, gegen die Regierung zu stimmen. So konnte der von der ungarischen Regierung ernannte Banus den Landtag nach seinem Gutdünken zusammen-

setzen. Kroatien ward damit ein magyarisches Paschalik, mit brutaler Gewalt und zynischer Korruption regiert. Der doppelte Haß gegen den Wiener Hof, der es nach 1848 verraten, und gegen die magyarische Herrenklasse, die es seit 1868 geknechtet hat, erfüllte die Seele des kroatischen Volkes.

In diesem doppelten Haß erwuchsen die Kroaten zu einer modernen Nation. Mochte die magyarische Fremdherrschaft das Land noch so sehr benachteiligen, so verbreiterte doch auch hier die wirtschaftliche Entwicklung des 19. Jahrhunderts das städtische Bürgertum. Mochte der Ausgleich von 1868 von der staatsrechtlichen Selbständigkeit des Landes noch so wenig übrig lassen, so sicherte er ihm doch ein nationales Schulwesen von der Volksschule bis zur Universität und Akademie. So erstand auch hier ein nationales Bürgertum als Träger der nationalen Kultur. Auch im politischen Leben trat nach 1868 das Bürgertum allmählich an die Stelle des Adels.

Aber nicht als der Stamm eines einheitlichen südslawischen Volkes, sondern als eine besondere Nation fühlten sich noch die Kroaten. Von der illyrischen Einheit hatten die Studenten der dreißiger Jahre geträumt; als der Adel die Führung der nationalen Bewegung an sich gerissen hatte, war nicht mehr das natürliche Recht der „Illyrier" auf Einheit und Freiheit, sondern das historische Staatsrecht Kroatiens, an dem weder Serben noch Slowenen Anteil hatten, die Fahne im Kampf. Die von europäischer Aufklärung beeinflußten Studenten mochten die Kluft zwischen katholischen Kroaten und orthodoxen Serben nicht für breiter ansehen als die Scheidung zwischen evangelischen und katholischen Deutschen; als aber die kroatischen Kleinbürger und Bauern, von ihrem Klerus geführt, in die politische Arena eindrangen, brachten sie ihren Haß gegen die serbischen Schismatiker mit. Die magyarische Herrschaft beutete den Gegensatz aus und verschärfte ihn, indem sie sich auf die geschichtslosen Serben gegen die ihr historisches Recht fordernden Kroaten stützte.

Noch fremder aber als der Masse der Kroaten war den Slowenen der Gedanke der jugoslawischen Einheit. Die Serben hatten sich in revolutionärem Sturm ihren Staat erkämpft. In Kroatien konnte sich die nationale Entwicklung an die Überbleibsel einstiger staatlicher Selbständigkeit klammern. Die Slowenen hatten keinen Staat, keine Städte, kein Bürgertum. Wohl machte auch hier die österreichische Volksschule im 19. Jahrhundert eine nationale Literatur möglich, indem sie auch Bauern und Kleinbürger lesen lehrte. Aber die Literatur — nicht für Gebildete, sondern für Bauern geschrieben — mußte sich der bäuerlichen Mundart bedienen, wenn sie Leser finden wollte. Daran scheiterte trotz der nahen Verwandtschaft zwischen Slowenen und Kroaten der Versuch des Illyrismus, auch die Slowenen der gemeinsamen kroatisch-serbischen Schriftsprache zu gewinnen; aus der krainischen Bauernmundart schufen sich die Slowenen ihre eigene Schriftsprache. Es konnte freilich nur eine dürftige Literatur sein, die das arme Völkchen hervorbringen konnte; und dürftig erschien zunächst auch seine politische Geschichte. Erst die allmähliche Demokratisierung des öffentlichen Lebens ermöglichte es den slowenischen Kleinbürgern und Bauern, sich Keimzellen einer nationalen Selbstverwaltung zu erstreiten; nach der Erteilung des Wahlrechtes an die

Fünfguldenmänner eroberten die slowenischen Kleinbürger 1882 den bis dahin noch von der deutschen Bourgeoisie beherrschten Gemeinderat von Laibach, die slowenischen Bauern ein Jahr später den bis dahin noch von den deutschen Großgrundbesitzern beherrschten krainischen Landtag. Nur in furchtbar schwerem Kampfe konnte das kleine Volk die bescheidensten Kulturerfordernisse der deutschösterreichischen Bourgeoisie abringen. Sie stürzte noch 1893 eine Regierung, über die Zumutung erbost, den Slowenen ein paar slowenische Parallelklassen an einem deutschen Gymnasium zu bewilligen.

Aber so gewaltig auch die Hindernisse waren, gegen die sich alle Stämme des südslawischen Volkes emporarbeiten mußten, das Ergebnis der ganzen Entwicklung im 19. Jahrhundert war doch, daß sich nun überall, in Serbien wie in Kroatien, in Dalmatien wie in Slowenien ein nationales Bürgertum entwickelt hatte, das die geistige Führung der jugoslawischen Stämme an sich gezogen hatte und mittels der Schule, der Presse, der Organisationen auch die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Volksmassen mit Nationalbewußtsein erfüllte. Diesem Nationalbewußtsein mußte der unwürdige Zustand unerträglich werden, dem noch am Anfang des 20 .Jahrhunderts das jugoslawische Volk unterworfen war.

Auch am Anfang des 20. Jahrhunderts lebte noch der bei weitem größere Teil des jugoslawischen Volkes unter Fremdherrschaft. In Altserbien und Mazedonien herrschten noch die Türken; dort kämpften eben damals Bulgaren, Serben, Griechen gegeneinander und gegen die Türkenherrschaft in wildem Bandenkrieg. In Bosnien herrschte seit 1878 der militärische Absolutismus der Habsburgermonarchie. Kroatien hielt seit 1883 Graf Khuen-Hedervary „mit Peitsche und Hafer" in Fesseln. Nur in Serbien und in Montenegro genoß das jugoslawische Volk staatliche Selbständigkeit. Aber was bedeutete diese Selbständigkeit! Der Fürst des montenegrinischen Zwergstaates war ein Stipendiat des Wiener und des Petersburger Hofes. In Serbien aber war es noch schlimmer. Die Familienskandale der entarteten Dynastie der Obrenović waren zum Schicksal des Landes geworden. Das verachtete Geschlecht hatte das Land einem orientalischen Despotismus unterworfen: Parlamentswahlen, Parlamentsabstimmungen, Richtersprüche wurden vom Hofe kommandiert, Häftlinge in den Gefängnissen auf königliches Geheiß ermordet; noch 1898, nach dem Attentat auf Milan Obrenović rettete nur ausländischer Einspruch den oppositionellen Parteiführern das Leben. Und dieses Regime, despotisch im Innern, war zudem noch knechtisch nach außen. Unter Milan Obrenović war Serbien zum Vasallenstaat Österreich-Ungarns geworden, als Preis für den Schutz ihres schamlosen Despotismus im Innern entsagten Milan und Alexander jeder Selbständigkeit gegenüber dem mächtigen Nachbarn. Aber indessen lasen junge Menschen mit leuchtenden Augen und brennenden Wangen die große Geschichte des italienischen Risorgimento. Sie lasen, daß auch Italien einst zerstückelt, zerteilt, von Habsburg beherrscht war. Und sie träumten davon, daß Serbien für die Jugoslawen zu leisten berufen sei, was Piemont für Italien geleistet hat. Noch war es ohnmächtige Idee, lächerlich fast der furchtbaren Wirklichkeit gegenüber. Aber die Idee wurde zur Gewalt.

Mit dem Jahre 1903 begann die jugoslawische Revolution. Der Aufstand in Mazedonien, der Sturz der Dynastie Obrenović in Serbien und der Sturz

Khuen-Hedervárys in Kroatien — das sind die drei Ereignisse, mit denen die revolutionäre Umwälzung einsetzte.

Der blutige Bandenkrieg, den die bulgarischen, serbischen und griechischen Komitatschi in Mazedonien gegeneinander führten, hatte die Türkei schließlich gezwungen, den Banden mit eiserner Faust entgegenzutreten. Mit blutigen Gewalttaten rächte Abdul Hamid die Opfer des Bandenkrieges. Die Banden, die eben noch im Kampfe gegeneinander gestanden waren, vereinigten sich nun gegen die Türken. Und sobald sie sich gegen die verhaßten Feudalherren wandten, fanden sie die Unterstützung der Bauern. So endete der Bandenkrieg im Jahre 1903 in einer revolutionären Erhebung Mazedoniens gegen die Türkenherrschaft. Nun griffen die Großmächte ein. Rußland, in der Mandschurei beschäftigt, verständigte sich im Oktober 1903 in Mürzsteg mit Österreich-Ungarn über ein Reformprogramm für Mazedonien. Europäische Gendarmerie stellte die Ruhe im Lande notdürftig wieder her. Aber die Balkanfrage war von neuem aufgerollt.

In demselben Jahre hatte in Serbien Alexander Obrenović die Verfassung aufgehoben und eine neue Verfassung oktroyiert. Dem Staatsstreich des Königs antwortete die Militärrevolution. Alexander und Draga wurden ermordet, Peter Karadjordjević zum König gewählt. Trotz der orientalischen Formen war es eine echte Revolution: der Absolutismus war gebrochen, der kleinbürgerlich-bäuerliche Radikalismus erlangte die Herrschaft, eine demokratische Verfassung wurde geschaffen, Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit waren gewonnen. Das neue Regime suchte das Land von dem Abhängigkeitsverhältnis zur Habsburgermonarchie zu befreien. Aber eben damit geriet es sehr bald in Konflikt mit Österreich-Ungarn. 1906 bot die Habsburgermonarchie Serbien die Erneuerung des Handelsvertrages nur unter der Bedingung an, daß es auf die Ausfuhr von Lebendvieh nach Österreich verzichte und sich verpflichte, Eisenbahnmaterial und Geschütze nur aus Österreich zu beziehen; als Serbien das Diktat ablehnte, sperrte die Habsburgermonarchie den serbischen Agrarprodukten ihre Grenzen. Der Zollkrieg traf die serbische Bauernschaft furchtbar schwer. Und als Serbien in einer Zollunion mit Bulgarien den Ausweg aus unerträglicher wirtschaftlicher Hörigkeit zu finden hoffte, erhob Österreich-Ungarn auch dagegen drohend Einspruch. Nun verschärften sich die Gegensätze zwischen Serbien und Österreich-Ungarn sehr schnell.

Aber auch den Jugoslawen in Österreich-Ungarn hatte das Jahr 1903 eine Wendung gebracht. Das korrupte Gewaltregime Khuen-Hedervárys in Kroatien war schließlich unhaltbar geworden. Zugleich aber hatte der Ausbruch des letzten großen Konflikts zwischen der habsburgischen Königsgewalt und der magyarischen Grundherrenklasse im jugoslawischen Volk neue Hoffnungen erweckt. Der Kampf um die Kommandosprache der ungarischen Truppenkörper war zum Entscheidungskampf darum geworden, ob die Krone oder das ungarische Adelsparlament über die bewaffnete Macht verfügen solle. Am 16. September 1903 erließ Franz Joseph den Armeebefehl von Chlopy; er werde sich nie „der Rechte und Befugnisse begeben, welche dem Obersten Kriegsherrn verbürgt sind. Gemeinsam und einheitlich, wie es ist, soll Mein Heer bleiben". Vergebens versuchte im ungarischen Parlament Stephan Tisza den Widerstand der Unabhängigkeitspartei gegen die militärischen Forderungen des Königs zu

brechen; die Neuwahlen vom Jahre 1905 brachten den koalierten Unabhängigkeitsparteien die Mehrheit, das Parlament verweigerte Steuern und Rekruten, die Komitate hoben die Steuern nicht ein. Da nahm die Krone den Kampf auf: im Juni 1905 wurde die „Trabantenregierung" Fejérváry gebildet, im Februar 1906 ließ sie das Parlament von einer Kompagnie Honvéd auseinanderjagen. Die ganze Verfassung der Habsburgermonarchie war ins Wanken geraten. Kroaten und Serben hofften die schwere Reichskrise für ihre Sache ausnützen zu können. Am 2. Oktober 1905 traten Abgeordnete aus Kroatien, Dalmatien und Istrien in Fiume zusammen und beschlossen jene berühmte, von dem Dalmatiner Trumbić verfaßte Resolution, die die Grundlinien der neuen jugoslawischen Politik festsetzte. „Kroaten und Serben", so hieß es nun, „sind durch Blut und Sprache e i n e Nation." Auch diese Nation habe wie jede andere „das Recht, frei und unabhängig über ihre Existenz und ihr Schicksal zu entscheiden". Auf dieser Grundlage boten Kroaten und Serben den um die Unabhängigkeit kämpfenden Parteien Ungarns ein Bündnis gegen die „Wiener Kamarilla" an.

Die Fiumaner Resolution zeigte an, welch tiefe Wandlung sich im Denken der Südslawen vollzogen hatte. Daß sich Kroaten und Serben, deren Gegensätze die magyarische Herrschaft jahrzehntelang ausgenützt hatte, um beide zu beherrschen, für e i n e Nation erklärten; daß beide sich in der schweren Reichskrise nicht wieder, wie 1848, an die Seite Habsburgs gegen ihre magyarischen Bedrücker, sondern an die Seite ihrer magyarischen Gegner stellten, zeigte zum ersten Male, daß die Südslawen nur noch von der schwersten Erschütterung des Habsburgerreiches ihre nationale Befreiung erhofften. In der Tat war ihre Allianz mit dem magyarischen Adel, die sie in diesen Tagen schlossen, keineswegs fruchtlos. Zwar schloß der magyarische Adel, durch die Drohung der Krone mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht erschreckt, schon im Mai 1906 mit der Krone wieder Frieden. Aber die ungarische Koalition, die nun unter der Regierung Wekerle zur Macht kam, mußte ihren kroatischen und serbischen Verbündeten doch ein Zugeständnis machen. Zum ersten Male wurde ein kroatischer Sabor ohne Regierungsdruck gewählt. Ungarn konnte Kroatien nun nicht mehr durch einen gefügigen Sabor regieren lassen; lebte der Gegensatz zwischen Ungarn und Kroatien wieder auf, so mußte er die Gestalt eines Konflikts zwischen dem Banus und dem Sabor annehmen und damit zum Verfassungskonflikt werden. Das geschah in der Tat sehr bald. Als die ungarische Regierung im Jahre 1907 die Magyarisierungspolitik auf den kroatischen Eisenbahnen wieder aufnehmen wollte, setzte sich der Sabor kräftig zur Wehr. Dem Banus Baron Rauch blieb nichts übrig, als den Sabor zur Seite zu stoßen und unverhüllt absolutistisch zu regieren.

Indessen aber hatte die Bewegung schon einen neuen Anstoß gewonnen. Nach dem Russisch-Japanischen Kriege hatten sich England und Rußland einander genähert. Der gemeinsame Gegensatz gegen die deutsche Schutzherrschaft über die Türkei und die gemeinsame Bedrohung durch die Gärung in der mohammedanischen Welt, die in Persien schon 1906 zu revolutionärem Ausbruch geführt hatte, hatte die beiden Mächte einander nähergebracht. Tölpelhaft förderte Ährenthal ihre Annäherung durch einen Vorstoß auf dem Balkan: die österreichisch-ungarische Konzession für den Bau der Sandschakbahn (Jänner 1908) rief nicht nur den Protest Italiens

und Serbiens hervor; sie gab auch Rußland den Anlaß, die Vereinbarung von Mürzsteg für aufgelöst zu erklären. Der alte Gegensatz zwischen Rußland und Österreich-Ungarn lebte nun von neuem auf und gab damit Serbien neue Hoffnung. Rußland aber verständigte sich im Juni 1908 in Reval mit England: die Entente war geschlossen. Ihre erste Tat war ein neues Reformprogramm für Mazedonien. Gegen dieses Programm bäumte sich das Nationalgefühl der türkischen Offiziere auf. Am 24. Juli 1908 mußte Abdul Hamid vor der revolutionären Armee kapitulieren. Die jungtürkische Revolution fand in Bosnien und der Herzegowina lauten Widerhall.

Österreich-Ungarn selbst hatte einmal in Serbien Hoffnungen auf die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina erweckt. 1869 hatten Andrássy und Kállay Serbien die beiden damals noch türkischen Provinzen versprochen, um dadurch Serbien vom russischen Einfluß loszulösen und um den Gegensatz zwischen Kroatien, das auf diese Provinzen Anspruch erhob, und Serbien zu verschärfen. Aber diese Hoffnungen Serbiens waren bitter getäuscht worden: der Berliner Kongreß, der 1878 die Unabhängigkeit Serbiens anerkannte, ermächtigte zugleich Österreich-Ungarn zur Okkupation Bosniens. Damals schon lehnte sich die Volksleidenschaft in Serbien wild dagegen auf, daß abermals ein südslawisches Land der Fremdherrschaft preisgegeben wurde. Die Habsburgermonarchie regierte seither das Land mit den Methoden eines militärischen Absolutismus. Der kommandierende General schaltete als Vizekönig im Lande. Fremde Beamte — Deutsche, Magyaren, polnische Juden — führten die Verwaltung. Im Lande selbst stützte sich die Monarchie auf den mohammedanischen Adel und hielt sie die feudale türkische Agrarverfassung aufrecht. Diese Fremdherrschaft wurde um so unerträglicher, als sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung und mit der Entwicklung des Schulwesens doch auch in Bosnien ein nationales Bürgertum zu entwickeln begann, das das Leben Belgrads und Agrams mitlebte. Als selbst in der Türkei schon der Absolutismus fiel, wurde er in Bosnien unhaltbar. Nun erinnerte sich Bosnien, daß es völkerrechtlich immer noch türkische Provinz war, und drohte mit der Beschickung des türkischen Parlaments durch bosnische Abgeordnete.

So stand die Monarchie 1908 schon im Zollkrieg mit Serbien, in schwerem Verfassungskonflikt mit Kroatien, vor gefährlicher Gärung in Bosnien; da entschloß sie sich, durch eine Tat, die ihre Kraft beweisen sollte, die Südslawen einzuschüchtern. Am 5. Oktober 1908 wurde die Annexion Bosniens proklamiert. Nun lohte der Volkszorn in Serbien wild auf. Und Serbien stand diesmal nicht mehr allein. Rußland, England, Frankreich führten seine Sache. Die Jugoslawen begannen in der Entente ihren Beschützer gegen Habsburg zu sehen.

Im Kampfe gegen den magyarischen Adel hatte die Krone 1905 das allgemeine Wahlrecht für den ungarischen Reichstag gefordert; so hatte sie den Nationen Ungarns Hoffnung auf ihre Befreiung von der magyarischen Adelsherrschaft erweckt. Jetzt erkaufte die Krone die Zustimmung des magyarischen Adels zur Annexion Bosniens mit der Preisgabe der ungarischen Nationalitäten. Die Wahlreform Andrássys erhielt im November 1908 die Vorsanktion der Krone. Im Mai 1912 warf Stephan

Tisza die Revolte der ungarischen Arbeiter nieder und zwang eine Wahlreform durch, die die Rechtlosigkeit der ungarischen Nationen verewigen sollte. Damit war wie allen Nationen Ungarns auch den Serben der Wojwodina alle Hoffnung auf die Unterstützung der Krone im Kampfe gegen die ungarische Adelsherrschaft genommen.

Noch unmittelbarer und stärker waren die Wirkungen der Annexionskrise in Kroatien. Als Österreich-Ungarn seine Truppen drohend an der serbischen Grenze zusammenzog; als es durch Kriegsdrohung Serbien demütigte, erkannte es, wie stark das serbisch-kroatische Einheitsgefühl nun schon geworden war. Die Sympathien nicht nur der Serben, auch eines Teiles der Kroaten in der Monarchie waren nun schon auf Serbiens Seite. Da glaubten Wien und Budapest diesem „Hochverrat" mit Richtersprüchen beizukommen. Aber der Agramer Hochverratsprozeß führte nur zur furchtbaren Niederlage der Regierung; der Nachweis, daß ihre Beweisurkunden von der k. u. k. Diplomatie fabrizierte Fälschungen waren, fügte zum Haß des jugoslawischen Volkes die Verachtung. Die Widerstandskraft der Nation erstarkte; vergebens bemühte sich der Banus Tomašić, sich durch offenen Terror eine Mehrheit im Sabor zu schaffen. Da alle Bemühungen mißlangen, wurde am 3. April 1912 die kroatische Verfassung suspendiert und unter Cuvaj als „königlichem Kommissär" die nackte Gewaltherrschaft aufgerichtet.

In demselben Jahre 1912, in dem der Staatsstreich Tiszas in Ungarn und das Kommissariat Cuvajs in Kroatien den Südslawen alle Hoffnung auf demokratische Entwicklung innerhalb der Habsburgermonarchie raubten, im Herbst desselben Jahres griff Serbien, mit Bulgarien und Griechenland verbündet, die durch den Tripoliskrieg geschwächte Türkei an. In ruhmvollen Schlachten schlug das serbische Heer die Türkei und befreite die Volksgenossen in Altserbien und Mazedonien vom Joch der türkischen Feudalherren. Das war nicht mehr das barbarische Serbien der Obrenović, auf das die Kroaten stolz hinabgesehen. Den Siegern von Kumanowo schlug das Herz aller südslawischen Stämme zu. Auch die Slowenen wurden nun von der mächtigen Welle des Enthusiasmus für das sieggekrönte Serbien mitgerissen. „Dort, bei Tschataldscha," sagte Krek, ein katholischer Priester, im österreichischen Abgeordnetenhause, „kämpft man auch für den letzten slowenischen Bauern des bedrohten Kärntner Dorfes." Der Gedanke der nationalen Einheit der Jugoslawen drang nun sieghaft vor. „Als Kroaten und Slowenen bilden wir eine nationale Einheit", beschlossen am 20. November 1912 90 slowenische und kroatische Abgeordnete aller südslawischen Kronländer. Die Habsburgermonarchie aber trat während des ganzen Balkankrieges Serbien abermals als Feind entgegen, sie ließ abermals ihre Truppen drohend an der serbischen Grenze aufmarschieren, sie gab sich abermals der Verachtung preis, als sie ihre Agenten jene Lügen über die Verstümmelung des Konsuls Prochaska erfinden ließ, die den Kriegsvorwand liefern sollten. So setzte sich Habsburg in den furchtbarsten Gegensatz zu dem durch den Krieg gewaltig entflammten Nationalgefühl der Jugoslawen.

Nun sah Habsburg den ganzen slawischen Süden seines Reiches in Auflehnung. Es zitterte vor der südslawischen Revolution. Die Furcht peitschte es in den Krieg. Längst schon hatte die Militärpartei am Wiener

Hofe, vor allem ihr Haupt, der Generalstabschef Conrad v. Hötzendorff, zu dem Kriege gedrängt. Schon 1907 hatte er in einer Denkschrift die „Einverleibung Serbiens inklusive des Zentralraums von Nisch" als Ziel gestellt; denn „ein selbständiges Serbien ist der konstante Herd jener Aspirationen und Machinationen, welche auf die Abtrennung aller südslawischen Gebiete abzielen". Während der Annexionskrise hatte er mit allen Kräften danach gedrängt, loszuschlagen und Serbien zu annektieren. Ährenthal meinte freilich, man müsse zu diesem Zwecke „eine günstige europäische Konstellation abwarten", und Franz Joseph tröstete den Drängenden: „Dieser Krieg wird ohnehin von selber kommen." Aber allmählich gewöhnte man sich an den Gedanken. Hatte Ährenthal noch widerstanden, so gab Berchthold nach. Das Attentat von Sarajevo gab den ersehnten Vorwand. Diesmal war man entschlossen, sich von niemandem hindern zu lassen. Das Ultimatum ward so gefaßt, daß der Krieg unvermeidlich wurde.

Der Mechanismus der Bündnisse erweiterte den Zusammenstoß zwischen der Habsburgermonarchie und dem jugoslawischen Volke zum Weltkrieg unerhörter Ausdehnung. Aber was immer der Krieg sonst in der Welt bedeuten mochte, auf jugoslawischem Boden war sein Sinn jedem Bauern verständlich: hüben die Deutschen, die Magyaren, die Türken, die drei Nationen, die seit Jahrhunderten die südslawischen Bauern unterworfen, in ihre Hörigen verwandelt, das südslawische Volk zerstückelt hatten; drüben der serbische Bauer, der eben erst in glänzenden Waffentaten die Volksgenossen in Altserbien von der Fremdherrschaft der türkischen Feudalherren befreit hatte und jetzt abermals auszog, die Volksgenossen im Habsburgerreich von der Fremdherrschaft der deutschen und der magyarischen Grundherren zu befreien. So war der Krieg dem jugoslawischen Volke seine nationale und seine soziale Revolution.

In den Tagen, in denen die große Offensive der Armeen des Feldzeugmeisters Potiorek auf serbischem Boden furchtbar zusammenbrach; an demselben 7. Dezember 1914, an dem die kaiserliche Armee hinter die Kolubara zurückgeworfen wurde, erklärte die serbische Regierung in der in Niš versammelten Skupština zum erstenmal „die Befreiung und Vereinigung aller unserer geknechteten Brüder Serben, Kroaten und Slowenen" für das Kriegsziel Serbiens.

Diese Erklärung mußte unter den Südslawen innerhalb der Habsburgermonarchie ihr Echo finden. Auf südslawischem Boden waren Habsburgs Heere gegen Serbien aufmarschiert; aber in jedem serbischen Dorfe fürchteten sie den Verrat. Südslawische Reservisten hatte Habsburg zum Kriege gegen Serbien aufgeboten; aber jeder Serbe im kaiserlichen Heere war den deutschen und magyarischen Offizieren des Verrates verdächtig. So arbeitete die Kriegsmaschine mit furchtbarer Gewalt: ohne vieles Federlesen ließen die Offiziere die griechisch-orthodoxen Popen in Bosnien, in Slawonien, in der Wojwodina an den nächsten Baum aufhängen, die Kriegsgerichte fällten täglich ihre Todesurteile, alle jugoslawischen Patriotismus verdächtigen Politiker, Intellektuellen, Geistlichen, Lehrer wurden aus der Heimat in die Internierungslager verschleppt; die Monarchie führte den Krieg gegen die eigenen Staatsbürger. Der Haß wuchs in dem mißhandelten Volke. In der Monarchie selbst hielt die brutale Gewalt des Kriegsabsolutismus seine

Stimme nieder. Aber die Emigration konnte sprechen und sie sprach. Schon am Anfang des Krieges nahmen in Amerika Versammlungen und Kongresse der Auswanderer aus dem slawischen Süden der Monarchie leidenschaftlich gegen die Habsburgermonarchie, für Serbien Partei. Und diese Emigration fand ihre Führung in einer Gruppe von Politikern aus dem Süden der Monarchie, denen es zu Kriegsbeginn gelungen war, in das Ausland zu fliehen. Am 1. Mai 1915 konstituierte sich, von Trumbić geleitet, der „Jugoslovenski odbor" in London, der die Propaganda für die Losreißung der südslawischen Länder von der Monarchie und ihre Vereinigung mit Serbien und Montenegro zu einem unabhängigen Staate organisierte.

Das serbische Königreich und die jugoslawische revolutionäre Emigration hatten sich die Befreiung und Einigung der Südslawen als Ziel gesetzt. Aber zwischen den Zielen beider bestand doch wesentliche Verschiedenheit. Das Ziel der serbischen Regierung war ein Großserbien, das sich die südslawischen Gebiete der Habsburgermonarchie einverleiben solle. Das Ziel der revolutionären Emigration war ein Jugoslawien, in dem die Königreiche Serbien und Montenegro ebenso aufgehen sollten wie die südslawischen Stämme Österreich-Ungarns. Die serbische Regierung dachte sich den künftigen Südslawenstaat unter serbischer Hegemonie. Die jugoslawische Emigration lehnte die serbische Hegemonie entschieden ab. „Wir sind sieben Millionen, ihr nur vier", hielten die Südslawen aus der Monarchie den Serben aus dem Königreich entgegen. Das Selbstbewußtsein der alten historischen Nation der Kroaten, die sich dem erst im letzten Jahrhundert aus geschichtslosem Dasein aufgestiegenen Serbentum kulturell überlegen fühlt; die alte Stammeseifersucht der Kroaten und Slowenen gegen die Serben; der Gegensatz des kroatischen und slowenischen Katholizismus gegen die serbische Orthodoxie; die demokratische, revolutionäre, rationalistische Ideologie der Intelligenz gegenüber der historischen Gestaltung des serbischen Staatswesens — all das setzte die jugoslawische Emigration in sehr entschiedenen Gegensatz gegen das Großserbentum der Karadjordjević. Das Großserbentum stellte sich den künftigen Staat der Serben, Kroaten und Slowenen als einen Einheitsstaat unter serbischer Führung, das Jugoslawentum als eine Föderation, als einen Bundesstaat der gleichberechtigten südslawischen Stämme vor. Das Großserbentum stellte sich Belgrad, das Jugoslawentum Agram oder Sarajevo als Hauptstadt des Südslawenstaates vor. Das Großserbentum stellte sich ihn als Monarchie unter dem Zepter der Karadjordjević vor; das Jugoslawentum wollte die Entscheidung über seine Staatsform einer Konstituante vorbehalten, der sich die Dynastien Serbiens und Montenegros ebenso unterwerfen müßten wie die südslawischen Stämme Österreich-Ungarns. Das Großserbentum träumte von der Eroberung und Annexion der südslawischen Gebiete der Monarchie durch Serbien; das Jugoslawentum stellte sich vor, daß die südslawischen Gebiete Österreich-Ungarns, von der Herrschaft Habsburgs befreit, als selbständiger Staat konstituiert, in freiem Vertrag mit Serbien und Montenegro die Bedingungen der Vereinigung vereinbaren werden. Das Jugoslawentum betrachtete auch die Bulgaren als einen Stamm des jugoslawischen Volkes; es hoffte, die künftige südslawische Föderation werde auch die Bulgaren in sich aufnehmen können. Die Serben dagegen betrachteten die Bulgaren als einen

Erb- und Todfeind ihrer Nation. Die revolutionäre Emigration war zur Adria hin orientiert; um die durch die Ansprüche Italiens bedrohten slawischen Länder an der Adria besorgt, maß sie dem Streit der Serben mit den Bulgaren um Mazedonien geringe Bedeutung bei. Serbien dagegen, zum Ägäischen Meere hin orientiert, hielt hartnäckig an dem Besitz Mazedoniens und Altserbiens, der mit Strömen von Blut erkauften Errungenschaft der beiden Balkankriege, fest, während ihm die Grenzstreitigkeiten der Kroaten und Slowenen mit Italien die entferntere Sorge waren. Der Jugoslovenski odbor betrachtete sich als berufenen Repräsentanten der von Österreich-Ungarn beherrschten Südslawen, er verlangte für sich die Verfügung über die aus Auswanderern und Kriegsgefangenen gebildeten südslawischen Freiwilligenbataillone, die im Verband der Ententearmeen kämpften; er forderte schließlich, daß aus Vertretern der serbischen Regierung und der revolutionären Emigration noch während des Krieges eine gemeinsame Regierung gebildet werde, die allein die Gesamtnation zu führen und zu vertreten berechtigt sei; die serbische Regierung lehnte eine solche revolutionäre Neuerung ab, sie beanspruchte die Befreiung und Einigung der südslawischen Stämme als die historische Aufgabe der verfassungsmäßigen Regierung und Skupština des Königreiches Serbien. So zog sich durch die ganze Geschichte der südslawischen Emigration während des Krieges der Gegensatz zwischen Großserbentum und Jugoslawentum, zwischen der serbischen Regierung und dem Jugoslovenski odbor, zwischen Pašić und Trumbić — ein Gegensatz, wohl dem Gegensatze zwischen Bismarck und dem Nationalverein, zwischen Cavour und Mazzini vergleichbar.

Im Jahre 1915, dem Jahre der großen Siege der Mittelmächte, mußte freilich den Massen des südslawischen Volkes in Österreich-Ungarn das Kampfziel der revolutionären jugoslawischen Emigration ebenso als eine Utopie erscheinen wie das Kampfziel des Großserbentums; ein Ausgang des Krieges, durch den die südslawischen Länder von der Habsburgermonarchie losgerissen würden, war ihnen unwahrscheinlich. Der Gedanke, daß der Krieg, aus dem Kampfe der südslawischen Stämme nach ihrer Befreiung von der Fremdherrschaft, nach ihrer Vereinigung zu einem Staate entstanden, die Befreiung und Einigung bringen müsse, hatte die Massen mächtig gepackt; erschien es aber unwahrscheinlich, Befreiung und Einigung gegen Habsburg zu erringen, so lag der Gedanke nahe, sie mit Habsburg, durch Habsburg zu erreichen. So mußte der großserbischen und der jugoslawischen Idee eine dritte politische Konzeption entgegentreten: der Gedanke einer Vereinigung der südslawischen Länder der Monarchie mit Serbien und Montenegro zu einem Staate unter Habsburgs Zepter, der zu Österreich und Ungarn als dritter Staat der Monarchie hinzutreten sollte. Der Gedanke des Trialismus war nicht neu; am Hofe Franz Ferdinands, in den Erörterungen der Militärpartei war er seit 1905 oft erwogen worden. Er lag ihr nahe als eine Rechtfertigung einer kriegerischen und annexionistischen Balkanpolitik, als ein Mittel, die jugoslawische Einheitsbewegung, die das Gefüge der Monarchie zu sprengen drohte, in einen Anlaß zu ihrer Vergrößerung zu verwandeln, auch als ein Mittel ihrer inneren Politik: den Übergang vom Dualismus zum Trialismus hoffte sie benützen zu können, um die Reichseinheit zu festigen, der ungarischen Staatlichkeit engere Grenzen zu setzen. An diese Pläne der Militärpartei

klammerte sich nun die Hoffnung vieler Poltiker in Agram und Laibach. Was wir vor allem brauchen, so argumentierten sie, ist die Einigung; ob sich die Einigung unter Franz Josef oder unter Peter Karadjordjević vollzieht, ist weit weniger wichtig. Und die Einigung unter Franz Josef erschien damals nicht nur leichter erreichbar als die Einigung unter Peter, sie konnte dem kroatischen und slowenischen Stammespartikularismus sogar verlockender erscheinen. Mochte sie auch nicht die volle Freiheit, die volle Selbständigkeit bringen, so mußte sie dafür Agram über Belgrad, den Kroaten über die Serben, den Katholiken über die Orthodoxen die Hegemonie sichern. So trat dem revolutionären Jugoslawentum wie von der einen Seite her das Großserbentum, so von der anderen das Großkroatentum entgegen, das die Lösung des nationalen Problems in einem Jugoslawien innerhalb der Habsburgermonarchie erhoffte.

Die Kriegsereignisse des Jahres 1915 stärkten die großkroatische, die trialistische Richtung. Am 23. Mai 1915 erklärte Italien der Habsburgermonarchie den Krieg. Kannte man die Einzelheiten des Londoner Vertrages nicht, mit dem die Westmächte die Waffenhilfe Italiens erkauft hatten, so wußte man doch, daß er Italien slawisches Land an der Adria zusprach. Der Angriff Italiens auf die Monarchie erschien den Südslawen als ein Angriff auf südslawisches Land. Am Isonzo verteidigte die kaiserliche Armee slawischen Boden gegen Italiens Eroberungsgier. Die Stimmung in den südslawischen Ländern wendete sich der Monarchie zu. Am 14. Juni 1915 trat der kroatische Sabor zusammen. Er demonstrierte nicht gegen Serbien, nicht gegen Rußland; aber unter stürmischen Rufen „Es lebe das kroatische Meer!“ demonstrierte er für den Sieg der kaiserlichen Waffen über Italien. „Die Erbitterung gegen Italien ist in unseren Ländern ungeheuer und allgemein. Unsere Regimenter schlagen sich am Isonzo wie die Löwen“, schrieb am 11. Juli 1915 Dr. Trumbić.

Brachte schon der Angriff Italiens die Südslawen der Monarchie näher, so mußte die Eroberung Serbiens durch die Armeen Mackensens im Herbst 1915 die Richtung, die die Einigung der Südslawen durch die Monarchie in der Monarchie hoffte, abermals stärken. Nun war der ganze slawische Süden Habsburg unterworfen. Nun schienen alle großserbischen Pläne, alle Wünsche der revolutionären Emigration ganz aussichtslos, schien dagegen die Einigung aller jugoslawischen Stämme unter Habsburgs Zepter in den Bereich des Möglichen gerückt.

Aber gerade nun zeigte es sich, welche Hindernisse der großkroatischen Lösung des jugoslawischen Problems entgegenständen. Mochte Conrad von Hötzendorff auch jetzt für die Annexion Serbiens eintreten, Stephan Tisza lehnte sie unbedingt ab. Er wollte Belgrad und die Mačva annektieren, Niš und Mazedonien den Bulgaren übergeben, das übrige Serbien aber als ohnmächtigen, armen Bauernstaat bestehen lassen. Die magyarische Herrenklasse wollte die Annexion Serbiens nicht; sie verstand, daß solche Vermehrung der südslawischen Untertanen Habsburgs unvermeidlich den Trialismus herbeigeführt und damit Ungarn vom Meere getrennt, Ungarns Machtstellung innerhalb des Reiches geschwächt hätte. Selbst ein vollständiger Sieg der Mittelmächte hätte schwerlich das ganze jugoslawische Volk im Rahmen der Monarchie vereinigt.

Aber so vollständigen Sieg der Mittelmächte ließen die Kriegsereignisse des Jahres 1916 höchst unwahrscheinlich erscheinen. Und damit schwand jede Hoffnung auf die Vereinigung der drei jugoslawischen Stämme in einem habsburgischen Jugoslawien. Denn mochten Kroaten und Slowenen, die Einheit vor die Freiheit stellend, der Annexion Serbiens durch die Monarchie zuzustimmen bereit sein, um nur die ganze Nation in einem Staatswesen zu vereinigen, die Serben aus dem Königreich dachten ganz anders. Sie wollten um der Einheit willen nicht ihre Freiheit der verhaßten Monarchie opfern; ihnen galt jeder Südslawe, der der Annexion Serbiens durch die Monarchie das Wort sprach, als Verräter. Und hinter Serbien stand die Entente; sie sicherte Serbien zu, daß sie ohne die Wiederherstellung Serbiens so wenig wie ohne die Wiederherstellung Belgiens Frieden schließen werde.

So erschien die Vereinigung der ganzen Nation zu einem Staat unerreichbar. Die Südslawen innerhalb der Monarchie mußten sich vorerst ein bescheideneres Ziel setzen: die Vereinigung der in Österreich-Ungarn lebenden Südslawen zu einem Staat innerhalb der Habsburgermonarchie. Aber es war offenbar, daß sich die Monarchie selbst zu dieser Lösung nicht freiwillig entschließen werde. Südslawisches Land trennt ja sowohl Deutschösterreich als auch Ungarn vom Meer; es war offenbar, daß die beiden herrschenden Klassen des Reiches, die deutschösterreichische Bourgeoisie und die magyarische Gentry, der Übergabe Sloweniens und Kroatiens an einen südslawischen Staat, sei es auch ein Staat im Rahmen der Monarchie, stärksten Widerstand entgegensetzen würden, den nur mächtiger Druck von außen brechen könnte. Daß die Entente solchen Druck üben werde, war die einzige Hoffnung, die den Südslawen blieb. In ihrer Note vom 10. Jänner 1917 an den Präsidenten Wilson bezeichnete die Entente die Befreiung der Slawen Österreich-Ungarns als eines ihrer Kriegsziele; es war offenbar, daß die Entente bei dem Friedensschluß eine innere Umgestaltung Österreich-Ungarns zu erzwingen plante, um die Vorherrschaft der deutschen Bourgeoisie und der magyarischen Gentry in der Monarchie zu brechen und dadurch die Monarchie vom Deutschen Reiche zu trennen. Nur solcher Zwang, von der Entente geübt, konnte die Slowenen von der deutschen, die Kroaten von der magyarischen Herrschaft befreien, die Vereinigung der südslawischen Gebiete Österreichs, Ungarns und Bosniens zu einem Staat im Rahmen der Habsburgermonarchie erzwingen. So mußten die Südslawen ihre ganze Hoffnung auf die Entente setzen. Das Großserbentum und das revolutionäre Jugoslawentum der Emigration standen von Anfang an im Lager der Entente; jetzt konnten auch diejenigen kroatischen und slowenischen Parteien, die die Lösung noch innerhalb der Monarchie suchten, nur auf den Schutz der Entente ihre Hoffnung gründen.

Der Ausbruch der russischen Revolution im März 1917 und der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg im April 1917 stärkten die südslawische Einheitsbewegung. Die russische Revolution festigte die Überzeugung, daß dem Krieg große innere Umwälzungen folgen werden. Wilsons Propaganda des Selbstbestimmungsrechtes der Völker fand im slawischen Süden lauten Widerhall. Habsburg zitterte seit der russischen Revolution um seinen Thron. Habsburg begann geheime Friedens-

verhandlungen mit der Entente. Die Südslawen glaubten den Augenblick nahe, in dem Österreich-Ungarn den Frieden mit innerer Umgestaltung erkaufen werde.

Im Mai 1917 trat zum erstenmal seit dem Beginn des Krieges der österreichische Reichsrat wieder zusammen. Das Auftreten der südslawischen Abgeordneten ließ keinen Zweifel mehr offen, daß ihre Sympathie auf der Seite der Entente, ihre Hoffnung der Sieg der Entente war. Es ließ keinen Zweifel mehr offen, daß sie sich mit keiner Lösung im Rahmen der dualistischen Verfassung der Monarchie mehr begnügen wollten, daß nichts mehr die Nation befriedigen konnte als der selbständige jugoslawische Staat. Aber es ließ doch die Bildung dieses Staates immer noch im Verband der Habsburgermonarchie zu. Die Deklaration des „Jugoslawischen Klubs", die Korošec am 30. Mai 1917 im Abgeordnetenhause verlas, forderte „auf Grund des Nationalitätenprinzips und des kroatischen Staatsrechtes die Vereinigung aller Gebiete der Monarchie, in denen Slowenen, Kroaten und Serben leben, in ein selbständiges, von jeder Herrschaft fremder Nationen freies, auf demokratische Prinzipien gegründetes Staatswesen unter dem Zepter der Dynastie Habsburg-Lothringen". Diese „Maideklaration" fand im kroatischen Sabor, in zahllosen Kundgebungen slowenischer und kroatischer Organisationen stürmisches Echo. Sie erschien nun als das eigentliche Programm der Südslawen in der Monarchie.

Das Großserbentum und das revolutionäre Jugoslawentum der Emigration waren durch die geheimen Friedensverhandlungen zwischen der Monarchie und der Entente beunruhigt. Sie fürchteten, daß vorzeitiger Friedensschluß Slowenien, Kroatien und Bosnien im Besitz der Monarchie belassen werde. Um die Propaganda für die Losreißung der südslawischen Länder von der Monarchie zu verstärken, suchten sie sich untereinander zu einigen. Im Juli 1917 verhandelte auf Korfu die serbische Regierung mit dem Londoner Jugoslovenski Odbor. Am 20. Juli unterschrieben Pašić und Trumbić die „Deklaration von Korfu". Die Deklaration war ein Kompromiß zwischen dem Großserbentum und dem revolutionären Jugoslawentum der Emigration. Sie forderte die Vereinigung aller südslawischen Länder zu einem „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen". Das Königreich solle eine „konstitutionelle, demokratische, parlamentarisch regierte Monarchie mit der Dynastie Karadjordjević an der Spitze" sein. Ihre Verfassung, die den drei jugoslawischen Stämmen volle Gleichberechtigung sichern müsse, sei durch eine „Verfassunggebende Skupština" festzusetzen, deren Beschlüsse aber der Sanktion des Königs bedürfen.

So stand nun der Maideklaration die Deklaration von Korfu gegenüber. Beide Programme warben um die Seelen. Je mehr der Verlauf der russischen Revolution die Hoffnung stärkte, daß dem Kriege überall gewaltige revolutionäre Umwälzungen folgen werden; je mehr Wilsons Propaganda die Überzeugung festigte, daß aus dem Kriege eine neue Weltordnung hervorgehen werde, die jedem Volke sein uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht sichern werde; je mehr sich in Österreich-Ungarn selbst die Anzeichen wirtschaftlicher Erschöpfung, militärischer Zersetzung, revolutionärer Spannung häuften, desto mehr erstarkte in den von Habsburg

beherrschten südslawischen Stämmen die Hoffnung, daß sie sich mit der unvollständigen Lösung im Sinne der Maideklaration nicht werden bescheiden müssen, daß sie die vollständige Vereinigung und Befreiung der ganzen Nation im Sinne der Deklaration von Korfu werden erreichen können. Das Ideal der revolutionären Emigration erschien den Südslawen der Monarchie nun nicht mehr, wie 1914 und 1915, als eine Utopie. Im Verlauf des Jahres 1917 verschwand allmählich aus den Kundgebungen der südslawischen Organisationen für den selbständigen jugoslawischen Staat die Einschränkung, daß dieser Staat „unter dem Zepter der Dynastie Habsburg-Lothringen" leben solle.

Aber noch hatte das revolutionäre Jugoslawentum nicht die Unterstützung der Westmächte erlangt. Die Westmächte hofften immer noch, die Habsburgermonarchie zu einem Sonderfrieden zu bewegen. Wohl waren die Verhandlungen, die Kaiser Karl im Frühjahr und Sommer 1917 durch den Prinzen Sixtus von Parma mit Frankreich geführt hatte, an dem Einspruch Italiens gescheitert; waren auch die Verhandlungen mit Frankreich, die Czernin durch den Grafen Revertera im August 1917 anzuknüpfen versuchte, ergebnislos geblieben. Aber Ende 1917 und Anfang 1918 wurden neue Fäden gesponnen; es war die Zeit der Konferenzen Smuts' mit Mensdorff, des Briefwechsels des Kaisers mit Wilson. Die Friedenshoffnung bestimmte noch die Stellung der Entente zum südslawischen Problem. Wilsons 14 Punkte vom 8. Jänner 1918 forderten für Serbien nur die Wiederherstellung und einen Zugang zum Meer, für die Südslawen der Monarchie nur „Möglichkeit einer autonomen Entwicklung"; ebenso verlangte Lloyd-George in einer Erklärung im englischen Parlament am 9. Jänner 1918 für die Nationen Österreich-Ungarns nur die Autonomie. Da zerriß plötzlich Czernin die Friedensfäden. Eine Rede Czernins vom 2. April 1918 provozierte leichtfertig Clémenceau, die geheimen Verhandlungen von 1917 zu enthüllen. Damit war alle Hoffnung auf neue Verhandlungen vereitelt. Die Entente gab den Gedanken an Sonderverhandlungen mit Österreich-Ungarn auf. Konnte sie nicht mehr hoffen, Österreich-Ungarn von Deutschland loszureißen, so entschloß sie sich, das so locker gewordene Gefüge des österreichisch-ungarischen Staatswesens zu sprengen. Die Haltung der Entente gegen die Habsburgermonarchie änderte sich nun vollständig.

Der Londoner Jugoslovenski Odbor verkündete die Wendung den Südslawen. Italienische Flieger warfen in Istrien, Slowenien und Kroatien eine Proklamation Trumbić' ab, die verkündete: „Die Vorstellung, daß man Österreich reorganisieren und von Deutschland trennen könne, ist von allen Verbündeten aufgegeben. Alle Verbündeten sind nun überzeugt, daß Österreich nach dem Kriege nicht mehr existieren kann. Jetzt können wir unsere Freiheit, unsere Vereinigung erreichen." Vollständige Befreiung, vollständige Einigung schien nun erreichbar. Der Gedanke der Losreißung der südslawischen Gebiete von der Monarchie, die revolutionäre Konzeption der jugoslawischen Einheit und Freiheit, wie sie die Emigration seit 1914 verfochten hatte, gewann nun vollends die Südslawen in der Monarchie.

Die innere Entwicklung dieses Gedankens verstärkte seine Anziehungskraft. Seit der russischen Revolution erstarkte innerhalb der jugoslawischen Emigration der republikanische Gedanke. Die Idee einer Föderativ-

republik der jugoslawischen Stämme mußte Kroaten und Slowenen stärker locken als der Gedanke einer Monarchie der Karadjordjeviće, in der sie die Hegemonie der Serben zu fürchten hatten. Und der republikanische Gedanke erschien nun keineswegs aussichtslos. Im Sommer 1918 zirkulierten in Kroatien und Dalmatien Abschriften eines Briefes Trumbić', in dem er versicherte, seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg herrsche unter den Verbündeten die demokratische Strömung; Wilsons Macht verbürge, daß sowohl über die Staatsform des jugoslawischen Staates als auch über seine Grenzen nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entschieden werde. Die Hoffnungen, die Wilsons Propaganda weckte, bannten so sowohl die Furcht vor der serbischen Hegemonie als auch die Furcht vor den italienischen Eroberungsgelüsten.

Im Sommer 1918 erkannte die Entente die tschechoslowakischen Legionen als verbündete kriegführende Macht, den tschechoslowakischen Nationalrat als de facto-Regierung an. Damit hatte sich die Entente tatsächlich schon für die Auflösung der Habsburgermonarchie entschieden. Damit stärkte sie die Hoffnung der Jugoslawen auf volle nationale Selbständigkeit; und diese Hoffnung erstarkte mächtig, als sich seit dem Juli das Kriegsglück an der Westfront der Entente zuwendete. Die Monarchie aber vermochte den Südslawen auch jetzt noch nichts zu bieten. Man diskutierte in der Monarchie das südslawische Problem. Aber die magyarische Herrenklasse wollte den Südslawen auch jetzt noch nicht mehr bieten als die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien, das unter ungarischer Oberherrschaft bleiben sollte, und die Einverleibung Bosniens in das ungarische Königreich mit einem eigenen Banus, einer besonderen, der kroatischen ähnlichen Verfassung. Der deutschösterreichischen Bourgeoisie aber erschien es schon als ein fast unerträgliches Opfer, daß sie diesem Lösungsversuch zuliebe Dalmatien und Bosnien an Ungarn abtreten sollte; die Slowenen glaubte sie mit lokaler Autonomie innerhalb der historischen Landesgrenzen abfertigen zu können. Das war alles, was die Monarchie dem Volke, dem die Entente volle Einheit und Freiheit verhieß, zu bieten vermochte! Die beiden herrschenden Klassen der Monarchie blieben unbelehrbar bis zur letzten Stunde. Selbst noch im September 1918, als die Niederlage der Mittelmächte schon entschieden war, donnerte Stephan Tisza, als Vertrauensmann des Kaisers nach Sarajevo entsandt, die Wortführer der bosnischen Kroaten und Serben an: „Es ist möglich, daß wir untergehen; aber vorher werden wir noch stark genug sein, euch zu zerschmettern." So wendeten sich denn die letzten Getreuen der Monarchie im slawischen Süden von Habsburg ab. Der Prozeß der Revolutionierung der Südslawen war vollendet. Der revolutionäre jugoslawische Einheitsgedanke beherrschte nun die ganze Nation.

Seit dem Sommer sahen die Jugoslawen Österreich-Ungarns den militärischen Zusammenbruch der Mittelmächte nahen. Im Einvernehmen mit dem Londoner Jugoslovenski Odbor entwarfen sie ihren Revolutionsplan. Zunächst sollten die südslawischen Gebiete der Monarchie zu einem unabhängigen Staate zusammengefaßt werden; der sollte dann mit Serbien von Macht zu Macht über die Bedingungen des Zusammenschlusses verhandeln. Schon am 16. August 1918 konstituierte sich in Laibach, aus allen

slowenischen Parteien zusammengesetzt, der Narodni svet; offen verkündete er als seine Aufgabe, „als ein Teil des allgemeinen jugoslawischen Nationalrates in Agram, der binnen kurzem zusammentreten wird, die Übernahme aller Rechte der staatlichen Souveränität vorzubereiten". Die Südslawen rüsteten zu dem ersehnten Tage der Befreiung.

§ 2. Die Tschechen und das Reich.

Literatur:

Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. Wien 1907.

Tobolka, Česká politika za světové války. Praha 1922. — Masaryk osvoboditel. Praha 1922. — Diplomatické dokumenty o československém státu. Paříž 1918. — Papánek, La Tchécoslovaquie. Prague 1923.

Steidler, Československé hnutí na Rusi. Praha 1921. — Papoušek, Zborow. Praha 1921. — Červinka, Cestou našeho odboje. Praha 1920. — Červinka, Naši na Sibiři. Praha 1920. — Kratochvíl, Cesta revoluce, Praha 1922. — Gajda, Moje paměti. Vinohrady 1920. — Podwojski, Prawda o tschechoslowakach. Moskau 1918 (russisch). — Logaj, Československé legie v Italii. Praha 1922.

Urteilsbegründung des k. k. Landwehrdivisionsgerichtes Wien gegen Kramář, Rašín und Genossen vom 3. Juni 1916. — Anklageschrift des k. k. Militäranwalts in Wien gegen Hajek, Dušek, Soukup und Genossen vom 2. August 1916.

Die jugoslawische Revolution hat Habsburg in den Krieg getrieben. Der Krieg hat die tschechische Revolution geweckt. Unter den durch den Krieg entfesselten national-revolutionären Bewegungen der österreichischen Nationen war die Bewegung der Tschechen die mächtigste, die folgenschwerste; sie hat das Schicksal der Habsburgermonarchie entschieden.

Schon unter den Triebkräften der habsburgischen Außenpolitik, die schließlich zum Kriege führten, war die Verschärfung der nationalen Kämpfe zwischen den Tschechen und den Deutschen eine der stärksten. Seit den neunziger Jahren schon hatten die nationalen Kämpfe innerhalb Österreichs, hatte vor allem der nationale Kampf zwischen Deutschen und Tschechen immer größere Ausdehnung, immer bedrohlichere Gestalt gewonnen. Das Parlament war seit 1897 durch die nationale Obstruktion gelähmt, die bürokratische Verwaltung durch die nationalen Gegensätze innerhalb des Beamtenkörpers zersetzt, selbst das Gefüge der Armee zeigte sich immer stärker durch die nationalen Kämpfe bedroht. Dieser Auflösungsprozeß drängte Habsburg zu dem Versuch einer gewaltsamen Lösung des österreichischen Problems. Am Hofe Franz Ferdinands wurde längst schon ein Plan eines militärischen Staatsstreichs gegen die durch die nationalen Kämpfe tatsächlich bereits funktionsunfähig gewordene Dezemberverfassung ausgearbeitet. Mit kriegerischer Gewalt nicht nur die Jugoslawen niederzuwerfen, sondern auch die durch einen siegreichen Krieg gestärkte Kraft des Militarismus zu einem Verfassungsoktroi, zur gewaltsamen Einfügung der sich auflehnenden Nationen in ein neugeordnetes Habsburgerreich zu benützen — das war die eigentliche Absicht der schon seit 1907 zu dem Kriege drängenden Militärpartei. Die nationale Revolution war nicht nur das Ergebnis, sie war auch die Ursache des Krieges. Denn die nationale Revolution hat nicht erst 1918, sie hat im Grunde schon 1897 begonnen.

Die soziale Grundlage dieser nationalen Revolution war das Erwachen des Kleinbürgertums, der Bauernschaft und der Arbeiterschaft zu selbständigem politischem Leben. Nur solange das öffentliche Leben von einer kleinen Oberschicht der Völker, von dem Feudaladel und der Großbourgeoisie beherrscht wurde, blieb das Gefüge des österreichischen Staates unerschüttert. In dem Maße, als mit der Demokratisierung des öffentlichen Lebens die Volksmassen selbst das staatliche Leben zu bestimmen begannen, wurde der österreichische Staat durch die nationalen Kämpfe zersetzt. Es ist kein Zufall, daß gerade in dem im Jahre 1897 gewählten Parlament, dem ersten Parlament, das wenigstens zum Teil aus Wahlen des allgemeinen Stimmrechts hervorgegangen war, die nationale Obstruktion ausbrach, der sich der österreichische Parlamentarismus seither nicht wieder zu entwinden vermochte. Diese Selbstauflösung des österreichischen Parlamentarismus durch die nationale Obstruktion war der eigentliche Anfang der nationalen Revolution.

Von 1860 bis 1890 war das politische Leben Österreichs beherrscht durch den Gegensatz zwischen der zentralistischen Großbourgeoisie auf der einen, dem föderalistischen Feudaladel auf der anderen Seite. Die zentralistische Großbourgeoisie war vertreten durch die deutschliberalen Parteien. Der föderalistische Feudaladel vereinigte unter seiner Führung die deutschen Klerikalen mit den Alttschechen und den Südslawen. Es war kein nationaler Gegensatz; denn Deutsche standen hüben wie drüben. Deutsch war die liberale Bourgeoisie. Aber deutsch war auch die klerikale Gefolgschaft des Feudaladels. Beide Parteien aber waren gut österreichisch. Gegenstand des Streites war die Gestaltung der österreichischen Verfassung, nicht die Existenz des österreichischen Staates. Die deutschliberale Bourgeoisie betrachtete sich als die eigentliche Staatspartei; die Verteidigung der Einheit des österreichischen Staates gegen die föderalistischen Zersetzungspläne galt ihr als ihre höchste Aufgabe. Nicht minder gut österreichisch war aber damals auch das alttschechische Bürgertum gesinnt, das in der Gefolgschaft des Feudaladels für die Föderalisierung des österreichischen Staates kämpfte. Denn die Auflösung des österreichischen Staates hätte ja, solange das Deutsche Reich mächtig war, nichts anderes bedeuten können, als daß die alten deutschen Bundesländer vom Riesengebirge bis zur Adria an das Deutsche Reich gefallen, die tschechischen Länder also unter deutsche Herrschaft geraten wären. Aus Furcht davor hatten die Tschechen schon 1848 für Österreich, gegen die nationalen Revolutionen der Deutschen, der Magyaren, der Italiener Partei ergriffen; man müßte Österreich erfinden, wenn es nicht bestünde, schrieb damals Palacký.

Schon in den achtziger Jahren erstarkte aber im deutschen wie im tschechischen Lager die Opposition gegen die Führung der Großbourgeoisie hier, des Feudaladels dort. Der Feudaladel hatte 1878 bis 1885 die Gefolgschaft der Tschechen mit nationalen Zugeständnissen erkauft; das tschechische Schulwesen wurde ausgebaut, tschechische Beamte drangen in wachsender Zahl in die Ämter ein, der Gebrauch der tschechischen Sprache im Amt und Gericht wurde ausgedehnt, viele Gemeindevertretungen gingen aus den Händen des deutschen Großbürgertums in die der tschechischen Kleinbürger über. Der deutsche Liberalismus hatte

gehofft, der Ausgleich von 1867 werde der deutschen Bourgeoisie in Österreich die Herrschaft sichern, wie er der magyarischen Gentry in Ungarn die Herrschaft gesichert hat; in den achtziger Jahren erkannte das deutsche Bürgertum, daß es seine Vorherrschaft über die slawische Bevölkerungsmehrheit nicht zu behaupten vermochte. Unter dem Eindruck dieser Enttäuschung begann in der deutschen Jugend eine deutsche Irredenta zu entstehen, die von Deutschösterreichs Rettung in das Hohenzollernreich träumte Die Gegnerschaft der deutschen Intelligenz gegen das feudal-klerikale Regime verschärfte sich zur Gegnerschaft gegen den österreichischen Staat selbst. Die entstehenden deutschnationalen Parteien stellten, im bewußten Gegensatz gegen die schwarzgelben Liberalen, das deutsche Volksinteresse dem österreichischen Staatsinteresse entgegen. „Wir wollen im Kampfe um die nationalen Rechte der Deutschen keine anderen Rücksichten walten lassen als diejenigen, die durch die nationalen Interessen selbst gegeben sind", erklärte nach den Wahlen 1885 das Programm der Deutschnationalen Vereinigung. Das Erstarken der deutschnationalen Bewegung schreckte den Hof; um das deutsche Nationalbewußtsein nicht zu reizen, kargte man nunmehr mit nationalen Zugeständnissen an die Tschechen. Die Alttschechen stützten immer noch das feudal-klerikale Regime; aber sie konnten nicht mehr nationale Zugeständnisse als Preis dafür heimbringen. So erstarkte unter den Tschechen der Widerstand gegen die alttschechische Politik. Parallel mit der deutschnationalen Bewegung gegen die liberale Großbourgeoisie entwickelte sich die jungtschechische Opposition gegen die alttschechische Gefolgschaft des feudalen Regimes. Bei den böhmischen Landtagswahlen von 1889 wurden die Alttschechen von den Jungtschechen hinweggefegt. Damit hatte sich das tschechische Bürgertum von der feudalen Führung befreit. Der „Eiserne Ring", der die föderalistischen Parteien unter der feudalen Führung vereinigt hatte, war gesprengt.

Zugleich erhob sich aber auch die Arbeiterklasse. 1890 hat sie den Kampf um das Wahlrecht begonnen. Das erste Ergebnis des Wahlrechtskampfes war die Wahlreform von 1896. Ein neues Parlament, den früheren nicht vergleichbar, trat 1897 zusammen. Die Liberalen waren von den Deutschnationalen und den Christlichsozialen, die Alttschechen von den Jungtschechen verdrängt. Trotzdem versuchte es die Regierung Badeni noch einmal, das alte Regime, die Koalition der föderalistischen Parteien unter feudaler Führung, wiederherzustellen. Sie kaufte die Jungtschechen mit ihren Sprachenverordnungen, wie 1880 Taaffe die Alttschechen mit den Stremayrschen Sprachenverordnungen gekauft hatte. Aber Badeni stand anderen Gegnern gegenüber als Taaffe. Die deutschnationalen Parteien beantworteten die Sprachenverordnungen mit der lärmenden, jede parlamentarische Arbeit vereitelnden, die Volksmassen aufwühlenden Obstruktion. Als Badeni die Obstruktion gewaltsam niederwerfen wollte, sprengten die Sozialdemokraten das Parlament. Als Thun an die Stelle des zerstörten Parlamentarismus den Absolutismus des § 14 setzte, erhoben sich die Arbeitermassen. Der Hof kapitulierte. Die Regierung Thun, die letzte Regierung der feudal-föderalistischen Rechten, wurde entlassen; die Regierung Clary hob 1899 die Sprachenverordnungen auf.

Dem slawisch-feudalen Regierungssystem folgte nunmehr das deutsch-bürokratische. Die Tschechen hatten eine schwere Niederlage erlitten. Aber nun griffen sie zu der Waffe, die die Deutschen mit so großem Erfolg gebraucht hatten. Die deutsche Obstruktion wurde von der tschechischen abgelöst. Das österreichische Parlament ist ihrer nie mehr ledig geworden.

Die Periode der nationalen Obstruktion hat immer breitere Volksmasen mit den Leidenschaften des nationalen Kampfes erfüllt, die Nationen einander immer tiefer verfeindet, die internationalen Bindungen immer vollständiger aufgelöst. War der Nationalismus zunächst von der Intelligenz und ihrer kleinbürgerlichen Gefolgschaft getragen, so gelang es ihm mit der Verschärfung der nationalen Kämpfe allmählich, auch die anderen Klassen der Führung des nationalistischen Bürgertums unterzuordnen. Zuerst erlag ihm die Bauernschaft. Deutsche und slawische klerikale Bauernabgeordnete, bis 1895 im Hohenwart-Klub zu einer Partei vereinigt, wurden auseinandergerissen, in die „nationale Gemeinbürgschaft" mit den bürgerlichen nationalen Parteien hineingezwungen und damit der Führung des nationalistischen Bürgertums untergeordnet. Dann wurde die Beamtenschaft in den nationalen Kampf hineingezerrt. Die Landsmannministerien und die nationalen Volksräte machten einander jede Beamtenstelle streitig, das individuelle Interesse des einzelnen Beamten an seinem Avancement wurde an das nationale Interesse im nationalen Machtkampf gebunden, die Beamtenschaft begann sich den nationalen Volksräten unterzuordnen. Die tschechischen Beamten führten „via facti" die durch die Claryschen Sprachenverordnungen aufgehobene innere tschechische Amtssprache wieder ein. Die deutschen Richter setzten die durch die Stremayerschen Sprachenverordnungen eingeführten Rechte der tschechischen Sprache außer Wirksamkeit. Endlich griff der Nationalismus auch auf die Arbeiterschaft über. Solange das tschechische Bürgertum die feudalen Regierungen Badeni und Thun gestützt hatte, stand die tschechische Arbeiterschaft im heftigsten Kampfe gegen sie; sobald nach 1899 das tschechische Bürgertum im heftigsten Kampfe gegen die deutsch-bürokratischen Regierungen stand, geriet die tschechische Arbeiterschaft immer stärker unter den Einfluß des tschechischen Nationalismus; der tschechische Separatismus sprengte die österreichische Internationale. So entwickelte der fünfzehnjährige Kampf des tschechischen Bürgertums gegen die deutsch-bürokratischen Regierungen von Clary bis Stürgkh allmählich die Kräfte, die über alle Klassen- und Parteigegensätze hinweg die ganze Nation geeint dem österreichischen Regierungssystem entgegenstellten.

Noch einmal wurde diese Entwicklung unterbrochen. Das Kurienparlament hatte durch die nationale Obstruktion alle Wirkensmöglichkeit verloren. Die Siege der russischen Revolution von 1905 gaben dem Wahlrechtskampf des österreichischen Proletariats neue Wucht. Der Konflikt des Kaisers mit dem ungarischen Adelsparlament hatte 1905 in Ungarn zur Einsetzung der Regierung Fejérváry-Kristoffy geführt, die die rebellierende magyarische Gentry mit der Drohung, das allgemeine Wahlrecht einzuführen, schreckte; um das ungarische Adelsparlament einzuschüchtern, gestand der Kaiser in Österreich das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu. Die demokratische Wahlreform entfesselte mächtige Gegenkräfte gegen den Nationalismus. Nach den Wahlen von 1907

vereinigte Beck die Vertreter des deutschen, des tschechischen und des polnischen Bürgertums zu einer Koalitionsregierung. Ein gewaltiger Fortschritt schien errungen. Die bürokratischen Obrigkeitsregierungen waren von einer Regierung der Parlamentsmehrheit abgelöst. An Stelle der Feudalherren und der Bürokraten saßen die Prade und Pacák, die Petschek und Prášek, die Vertreter der deutschen und der tschechischen Bürger und Bauern, auf der Ministerbank. An die Stelle der nationalen Obstruktion war die gemeinsame Regierung des Bürger- und Bauerntums der drei führenden Nationen getreten. Die Entwicklung der Demokratie hatte seit den achtziger Jahren die nationalen Kräfte geweckt und gestärkt, deren Zusammenstoß den alten Obrigkeitsstaat zersetzt hat; die Machtergreifung der Demokratie schien nun diese nationalen Kräfte zu gemeinsamem Aufbau eines demokratischen Völkerstaates vereinigen zu sollen.

Aber gegen die Machtergreifung der bürgerlichen Demokratie ralliierten sich sofort die durch die Wahlreform entthronten Mächte. Die großkapitalistische Presse schürte den nationalen Kampf. Der Feudaladel intrigierte. Der Militarismus führte den entscheidenden Streich. Die Militärpartei haßte die Regierung Beck, die die Forderungen des Militarismus gegen Ungarn und gegen das österreichische Parlament nicht kräftig genug vertreten habe. Die Militärpartei bereitete die Annexion Bosniens vor und brauchte dazu eine „Regierung der starken Hand". Auf Franz Ferdinands Befehl stürzte Geßmann die Regierung Beck. Mit Bienerth kehrte das deutsch-bürokratische Regierungssystem, kehrte daher auch die tschechische Obstruktion wieder. Der Imperialismus hatte den ersten, den einzigen Versuch der Demokratie, mit ihren eigenen Mitteln das durch ihre eigene Entwicklung gestellte österreichische Problem zu lösen, vereitelt. Der Imperialismus wollte dieses Problem nunmehr mit seinen Mitteln, mit den Mitteln einer kriegerischen Außenpolitik lösen und eben dadurch hat er es aus einem innerösterreichischen zu einem europäischen Problem erweitert.

Wenige Wochen nach dem Sturze der Regierung Beck wurde die Annexion Bosniens proklamiert. Die Annexionskrise stellte zum erstenmal die Habsburgermonarchie unter Deutschlands Schutz den Ententemächten gegenüber. Die neue Weltlage begann nun das Verhältnis der Nationen zum Staat zu bestimmen.

Sehr schnell veränderte sich die Stellung des deutschnationalen Bürgertums zum Staat. Die deutschnationalen Parteien waren in den achtziger Jahren entstanden im Kampfe gegen die Staatspolitik des Liberalismus, der das deutsche Volksinteresse mit dem österreichischen Staatsinteresse identifizierte. Sie hatten von 1897 bis 1899 in ihren Kämpfen gegen Badeni und Thun dem habsburgischen Staat das großdeutsche Ideal drohend entgegengestellt. Jetzt aber, unter dem Druck der neuen Weltlage, kehrten sie in Habsburgs Lager zurück. Deutschland stand im Westen und im Osten gewaltigen Feinden gegenüber. Die Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und den Ententemächten ward sichtbar. In dem drohenden Kriege mußte die Habsburgermonarchie an Deutschlands Seite fechten. Nun ward den Deutschnationalen die geschichtliche Bestimmung der Habsburgermonarchie klar: ihre Aufgabe war es, die Bajonette von vierzig Millionen Slawen, Magyaren und Romanen unter deutsches

Kommando zu stellen. Nun forderte deutsches nationales Interesse, daß der habsburgische Staat möglichst stark, möglichst vollkommen gerüstet sei. Die Deutschnationalen wurden schwarzgelb — mit weniger Vorbehalten schwarzgelber, als es die Liberalen je gewesen. Sie wetteiferten in patriotischem Eifer mit den Klerikalen. Sie standen an Habsburgs Seite in den Tagen der Annexionskrise und des Balkankrieges. Sie bewilligten in begeisterter Stimmung das Wehrgesetz, die Rüstungskredite, das Kriegsleistungsgesetz.

Aber eben damit änderte sich die Stellung der Tschechen zum österreichischen Staat in der entgegengesetzten Richtung. Habsburg hatte in Österreich das deutsch-bürokratische Regime wiederhergestellt, das die Obstruktion der Tschechen, der Slowenen, der Ruthenen mit dem Absolutismus des § 14 beantwortete. Habsburg hatte in Ungarn mit der magyarischen Herrenklasse seinen Frieden geschlossen, ihr die slawischen Nationalitäten wieder ausgeliefert. Habsburg bedrohte Serbien. Habsburg rüstete zum Krieg gegen Rußland. Und je feindlicher Habsburg den slawischen Mächten gegenüberstand, desto mehr ward es auf Deutschlands Schutz angewiesen; desto mehr erschien es als ein Vasall der Hohenzollern. Auch den Tschechen erschien es nun als die geschichtliche Bestimmung der Habsburgermonarchie, die Slawen in Österreich und in Ungarn niederzuhalten, um ihre Volkskraft in dem nahenden großen Kriege unter Deutschlands Führung, unter deutschem Kommando den Slawen Rußlands und den Slawen am Balkan entgegenzuwerfen. Damit mußte sich das Verhältnis der Tschechen zur Habsburgermonarchie verändern. Nun steigerte sich ihre Gegnerschaft gegen das deutsch-bürokratische Regime zur Gegnerschaft gegen den Staat selbst. Diese Entwicklung begann mit der Annexion Bosniens, sie wurde beschleunigt durch Habsburgs antislawische Politik während des Balkankrieges, sie fand ihren Abschluß, als Habsburg mit dem Ultimatum an Serbien den Weltkrieg entfesselte.

Die habsburgische Eroberung im Jahre 1620 hatte nicht nur den böhmischen Staat, sondern auch die tschechische Kultur zerstört. Der rebellische tschechische Adel war ausgerottet, das tschechische Bürgertum seines evangelischen Glaubens wegen des Landes verwiesen worden. Was den Sturm der blutigen habsburgischen Gegenreformation überlebt hatte, erlag den Wirren des Dreißigjährigen Krieges. Von 1620 bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts waren die Tschechen ein Volk höriger Bauern, die deutschen Gutsherren fronten, ein Volk ohne Bürgertum, ohne städtische Kultur, ohne Literatur, ohne Anteil am staatlichen Leben, nicht anders als die Slowenen eine geschichtslose Nation. Erst mit der kapitalistischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts ward aus dem Schoße des tschechischen Bauernvolkes ein neues Bürgertum geboren, ward der tschechische Bauer von der Hörigkeit befreit, entstand ein selbstbewußtes tschechisches Proletariat. In hartem zähen Kampfe gegen die Herrschaft der deutschen Bürokratie, gegen die ökonomische Übermacht der deutschen Bourgeoisie, gegen die überlegene Anziehungskraft der deutschen Kultur stiegen die Tschechen im Verlauf eines Jahrhunderts zu neuem nationalen Leben auf. Aber in ihren Anfängen, noch um 1848, erschien diese Bewegung schier hoffnungslos. Die Sudetenländer bildeten damals noch einen Bestandteil des Deutschen Bundes; innerhalb des Deutschen Bundes standen drei,

höchstens vier Millionen Tschechen 40 Millionen Deutschen gegenüber. In den tschechischen Ländern selbst waren damals ein paar hundert Intellektuelle, auf eine schwache Kleinbürgerschicht gestützt, die Träger der nationalen Bewegung; der Bauer hatte an ihr noch keinen Anteil, Bourgeoisie und Bürokratie, Kapital und Industrie, Gemeindevertretungen und Schulen waren damals auch in Böhmen überall noch deutsch. Auf ihre eigene Kraft angewiesen, erschien die junge tschechische Bewegung sich selbst aussichtslos; so mußte sie Selbstvertrauen in dem Gedanken suchen, daß hinter dem kleinen tschechischen Volke die große hundertmillionenköpfige slawische Rasse stehe. Schon diese Zeit des Erwachens des tschechischen Volkes versenkte in seine Seele die Hoffnung auf die Gemeinschaft der slawischen Völker; seit Kolárs „Slávy dcera", der ersten großen Dichtung des wiedererwachenden Volkes, weckte und stärkte die tschechische Kunst in den nachfolgenden Generationen den romantischen Enthusiasmus für die Einheit der slawischen Rasse. In dieser Überlieferung waren die tschechischen Soldaten erzogen, die nun einrücken mußten, um gegen Serben und Russen, gegen die „slawischen Brüder" zu kämpfen.

Die Habsburgermonarchie war entstanden, als Ferdinand I. die Königreiche Böhmen und Ungarn mit den deutschen Erbländern vereinigte. Der Absolutismus hat 1620, 1749, 1849 die staatliche Selbständigkeit Böhmens vernichtet. Als auf den Schlachtfeldern von Magenta und Solferino der Absolutismus zusammenbrach, forderten die Tschechen so gut wie die Magyaren die Wiederherstellung ihrer staatlichen Selbständigkeit. 1865, als Habsburg zum Kriege gegen Preußen rüstete, glaubten sie sich dem Ziele nahe; Belcredi sistierte die zentralistische Verfassung. Preußens Sieg entschied gegen sie: der Ausgleich von 1867 sollte sie der Herrschaft der deutschösterreichischen Bourgeoisie unterwerfen, wie er die Slawen in Ungarn der Herrschaft der magyarischen Gentry unterwarf. Als Beust 1869 den Revanchekrieg an Frankreichs Seite gegen Preußen vorbereitete, wandte sich der Kaiser abermals den Tschechen zu; die Regierung Hohenwart wollte 1870 den böhmischen Staat wiederherstellen. Aber nach dem Ausgleich von 1867 war die Macht des magyarischen Adels, nach den deutschen Siegen in Frankreich die Furcht des Kaisers vor deutschem Irredentismus in Böhmen zu stark, als daß dieser Plan hätte gelingen können. Hohenwart fiel, die deutsch-zentralistische Verfassung hatte gesiegt. In der langen Friedensperiode, die nun folgte, hatten die Tschechen keine Hoffnung mehr, ihren Staat wiederherstellen zu können; 1878 gaben sie den passiven Widerstand gegen die zentralistische Verfassung auf, sie traten in das Parlament ein, sie begnügten sich mit der „Brosamenpolitik", mit Eroberungen innerhalb der zentralistischen Verfassung. Aber in der Nation lebte die Hoffnung fort, neue europäische Umwälzungen würden ihr dereinst die Möglichkeit bieten, den Kampf um die Wiederherstellung ihres Staates von neuem aufzunehmen. Nach jeder ihrer großen Niederlagen, nach 1867, nach 1871, nach 1890, nach 1899, nach 1908 träumte die Nation davon, es werde „der unvermeidliche Weltkampf des Germanentums mit dem Slawentum kommen", der der Nation ihren Staat wiedergeben werde. So hatte es Palacký selbst noch 1871 geschrieben; seit der Annexionskrise von 1908, seitdem 1913 der deutsche Reichskanzler selber von dem drohenden Kampf zwischen Germanentum und Slawentum gesprochen hatte, waren diese

Gedanken zu neuem Leben erwacht. Als sich 1914 die russischen Heeresmassen der deutschen Grenze zuwälzten, schien die Stunde, von der die Nation so lange geträumt hatte, gekommen. Und nun mußten tschechische Soldaten kämpfen und sterben für die Sache des Germanentums gegen das Slawentum!

So mußte sich das durch die ganze Geschichte der Nation bestimmte Fühlen der Massen gegen den Krieg auflehnen. Die tschechischen Soldaten mußten es als furchtbarste Leibeigenschaft empfinden, daß Habsburg sie zwang, für eine Sache zu kämpfen und zu sterben, die ihnen nicht die Sache ihres Volkes, sondern die Sache der Feinde ihres Volkes war. Das Gefühl der Nation mußte sich gegen Habsburg aufbäumen. „Wir müssen die Befreiung vom Habsburgerjoch anstreben," schrieb Bohdan Pavlů, „um für die Zukunft den ungeheuren Seelenqualen des Zwanges, an der Seite unserer Gegner kämpfen zu müssen, zu entgehen."

Aber nicht nur das Gefühl, nüchterne politische Erwägung selbst mußte die Tschechen gegen Österreich stellen. Die Tschechen hatten es nicht vergessen, daß Königgrätz und Sedan ihre Niederlage in ihrem Kampf um das böhmische Staatsrecht entschieden hatten. Siegten im Weltkrieg die Mittelmächte, so wurde Deutschland zur Vormacht Europas; die Vorherrschaft des Deutschen Reiches in Europa mußte die Machtstellung der Deutschen innerhalb der Habsburgermonarchie gewaltig stärken. Siegte dagegen die Entente, dann war die Wiederherstellung des tschechischen Staates gewiß. Zwar mochten am Anfang des Krieges nur wenige Tschechen die vollständige Zertrümmerung des Habsburgerreiches für möglich, für wünschenswert halten. Aber wenn die Entente siegte, dann war es offenbar ihr Interesse, die Vorherrschaft des deutschen Bürgertums und des magyarischen Adels in der Monarchie zu zertrümmern und eine Umbildung der Monarchie, die der slawischen Bevölkerungsmehrheit die Führung sicherte, zu erzwingen, um Österreich für immer von Deutschland zu trennen. So konnte das tschechische Volk nur von einer Niederlage der Mittelmächte Freiheit und Macht erwarten.

An der Front standen die tschechischen Soldaten. Die Maschinerie des Militarismus hielt sie in Zucht. Und im Gefecht vergaßen auch sie alle Politik: wer auf uns schießt, ist unser Feind. Aber freilich, jene höchste Kraftanspannung, jene volle Selbstaufopferung, die nur der Enthusiasmus des Kampfes um die eigene Sache verleiht, sie durfte man von den tschechischen Regimentern nicht erwarten. Brach der Feind in ihre Linien ein, kam es zum Kampfe Mann gegen Mann, dann streckten sie die Hände hoch; sie waren nicht gewillt, für eine ihnen fremde, ihnen feindliche Sache zu sterben.

Die Heimat aber verstummte. Sie konnte sich nicht offen auflehnen. Aber gegen alle Begeisterung, alle Opferwilligkeit für den Krieg stritten nicht nur alle ihre Gefühle, stritt auch alle politische Erwägung. „Nichts unternehmen, was als eine Billigung des Krieges ausschen könnte", war Kramářs Parole; nur diese Haltung konnte der Nation im Augenblick des Friedensschlusses den Schutz der Entente sichern.

Indessen hatten die russischen Heere Österreich geschlagen. Die Russen standen am Dunajec, in den Karpathen hart vor den Toren des tschechischen und slowakischen Siedlungsgebiets. Ein Manifest Nikolaj Nikolajewitsch', des

russischen Oberkommandierenden, versprach den Tschechen die staatliche Selbständigkeit. Der tschechische Nationalrat in Rußland bot einem russischen Großfürsten die böhmische Krone an. Die Nation horchte auf. Der Traum vom nationalen Staat schien zum ersten Male wieder in den Bereich des Möglichen zu treten.

Die politischen Führer blieben stumm. Der Kriegsabsolutismus hatte ihnen den Mund geschlossen. Aber die kleinen Leute im Volke wußten ihr volles Herz nicht zu wahren. Die tschechischen Soldaten sangen:

Weh', rotes Tüchlein, dreh' dich ringsum,
Wir ziehn gegen die Russen und wissen nicht warum.

Und im Hinterlande drückte einer dem andern das Manifest des russischen Großfürsten in die Hand. Da begannen die Henker ihr Werk. In den ersten Kriegsmonaten wurden in Mähren allein 500 Hochverratsprozesse eingeleitet. Todesurteile wurden gefällt und vollzogen.

Der Durchbruch von Gorlice machte den tschechischen Hoffnungen ein Ende. Die russischen Heere fluteten zurück. Habsburg triumphierte. Das Selbstbewußtsein des österreichischen Militarismus war mächtig gewachsen. Er hatte in den bösesten Stunden tschechische Regimenter wankend, das tschechische Hinterland unzuverlässig gesehen. Jetzt beschloß er, den fehlenden Patriotismus zu erzwingen. Die Führer des tschechischen Bürgertums wurden verhaftet und von den Militärgerichten nicht wegen Handlungen, sondern wegen Gesinnungen zum Tode verurteilt. Täglich sprachen die Militärgerichte ihre Bluturteile gegen tschechische Soldaten, Arbeiter, Lehrer, Frauen, die ein unvorsichtiges Wort der Kritik gebraucht, ein Flugblatt aufbewahrt hatten oder einem russischen Gefangenen allzu freundlich begegnet waren. Die Organisation der Sokoln wurde aufgelöst. Den tschechischen Zeitungen schickte die Polizei patriotische Artikel ins Haus, die sie veröffentlichen mußten. Ein Konfiskationskrieg gegen tschechische Bücher aus der Vorkriegszeit, gegen Denkmäler der tschechischen Geschichte begann.

Die deutsche Bourgeoisie sah den nationalen Gegner von der eisernen Faust der Militärgewalt niedergeworfen. Jetzt glaubte sie ihre Stunde gekommen. Sie formulierte ihre „Belange". Sie forderte einen Staatsstreich, durch den die deutsche Staatssprache und die „Sonderstellung" Galiziens oktroyiert, den Deutschen im Abgeordnetenhause die Mehrheit gesichert werden sollte.

Es war sehr ernst. Bei Luck war der letzte Rest der Selbständigkeit Österreich-Ungarns zusammengebrochen. Die ganze Ostfront wurde unter deutsches Kommando gestellt. „Mitteleuropa", die Eingliederung Österreich-Ungarns in einen von Deutschland geführten Staatenbund bereitete sich vor. Sollte Österreich in dem deutschen „Mitteleuropa" aufgehen, so mußte man die deutsche Vorherrschaft innerhalb Österreichs sichern.

Nun war es anschaulich geworden, was der Sieg der Mittelmächte bedeuten sollte: die Herrschaft des deutschen Imperialismus, der durch die Deutschösterreicher und die Magyaren die slawischen Völker der Monarchie gewaltsam niederhalten wird. Und für dieses Ziel sollten tschechische Soldaten bluten, sterben!

Die Ära der Verfolgungen und Staatsstreichpläne hatte zwiefache Wirkungen. Die Führer der politischen Parteien trieben sie dem „Opportunismus"

in die Arme. Sie demonstrierten österreichischen Patriotismus, um den Druck der Militärgewalt zu mildern, das Schlimmste abzuwenden. Die Volksmassen aber verstanden diese Diplomatie der nationalen Führer nicht. In den Volksmassen sammelten sich nur Haß und Trotz gegen das Reich und die Dynastie. Und diese Volksstimmung erfaßte immer stärker auch die Soldaten an der Front. Immer häufiger liefen ganze Bataillone zum Feinde über.

Da durchkreuzte mit einem Male die russische Märzrevolution alle Oktroipläne. Nun war es klar: Der Krieg muß die Revolution zeugen, die die geknechteten Völker befreit. Die Vereinigten Staaten traten in den Krieg ein. Im Westen verkündete Wilson wie im Osten die Revolution das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Ziel des Krieges. Hüben die Blutjustiz, der Absolutismus, die „Belange", „Mitteleuropa"; drüben die Verheißung der staatlichen Selbständigkeit jeder Nation! Mit seinem ganzen Fühlen, mit all seinen Hoffnungen erwartete nun das ganze tschechische Volk von der Niederlage der Mittelmächte seine Befreiung.

Die russische Revolution hat den österreichischen Kriegsabsolutismus gesprengt. Im Mai 1917 wurde das Parlament einberufen. Nun war offene Sprache möglich. Die tschechischen Abgeordneten aller Parteien begrüßten das Parlament am 30. Mai mit einer Erklärung, die die Aufrichtung eines tschechischen Staates forderte. Freilich, noch forderte sie den tschechischen Staat im Rahmen der Habsburgermonarchie. Noch ließ der Opportunismus der nationalen Führer Habsburg die Möglichkeit einer Versöhnung mit dem tschechischen Volke hoffen. Und Habsburg klammerte sich jetzt an diese Hoffnung. Seit der russischen Revolution zitterte Habsburg um seinen Thron. Kaiser Karl suchte den Frieden mit den Westmächten. Durch seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Parma, verhandelte er mit Frankreich. Aber wie „Mitteleuropa" die deutsche Vorherrschaft in Österreich vorausgesetzt hätte, so setzte eine Verständigung mit der Entente die Versöhnung mit den slawischen Nationen der Monarchie voraus. Der Kaiser wünschte der Versöhnung den Weg zu bahnen. Im Juni erteilte er den tschechischen „Hochverrätern" Amnestie. Nun tobten die Deutschnationalen. Haben nicht deutsche Truppenkörper infolge des Versagens tschechischer Nachbarbataillone schwere Verluste erlitten? Wohin sollte es kommen, wenn der Verrat von der Strafe freiblieb?

Aber waren die Deutschen erbittert, so waren die Tschechen nicht befriedigt. Davon, daß die Parma zwischen Wien und Paris Fäden spannen; davon, daß Habsburg den Abfall von Deutschland, die Wendung zur Entente erwog; daß solche Wendung auch die Machtverhältnisse innerhalb der Monarchie umwälzen sollte — von alledem ahnten die tschechischen Volksmassen nichts. Sie beherrschte der aus den blutigen Verfolgungen der beiden ersten Kriegsjahre erwachsene Haß. Sie revolutionierte die große Botschaft der russischen Revolution. Ihre Hoffnungen schwellte die Propaganda des „Rechtes der kleinen Nationen" im Westen. Der Zusammenbruch des Kriegsabsolutismus war ihnen nur ein Anzeichen der Schwäche des verhaßten Feindes. Die neue Ära gab ihnen die Möglichkeit, endlich offen zu bekennen, was sie unter dem Druck des Absolutismus hatten im Herzen verschließen müssen. Die Volksmassen lehnten sich gegen die opportunistische Führung der tschechischen Parteien auf. Im Herbst 1917

wurde die opportunistische Führung der Jungtschechen, der Nationalsozialen und der Sozialdemokraten gestürzt und durch eine nationalrevolutionäre ersetzt. Die neue, aus der Massenstimmung des revolutionierten Volkes erwachsene Tendenz fand ihren Ausdruck in der „Deklaration" des „Generallandtages" aller tschechischen Abgeordneten vom 6. Jänner 1918. In dieser Deklaration wurde bereits der vollkommen selbständige tschechische Staat gefordert; der noch in der Deklaration vom 30. Mai 1917 enthaltene Zusatz, daß der tschechische Staat unter der Dynastie Habsburg leben solle, wurde hier gestrichen. Damit erst hatte sich die offizielle tschechische Politik in der Heimat auf den Boden der nationalen Revolution gestellt. Die Aktion der Tschechen im Heimatland stellte sich damit unter die Führung der revolutionären tschechischen Emigration.

Schon seit dem Beginn des Krieges ging durch die tschechischen Kolonien im Ausland eine starke Bewegung. Schon in den ersten Kriegstagen hatten die tschechischen Kolonien in Rußland, Frankreich, England, der Schweiz und Amerika gegen den Krieg protestiert, einen „nationalen Staat mit einem slawischen König" gefordert, zur Bildung von Freiwilligenformationen, die in den Ententearmeen gegen Habsburg kämpfen sollten, aufgefordert. Aber größere Bedeutung erlangte diese Bewegung doch erst, als die Heimat ihr den Führer und die Kämpfer schickte: den Führer in der Person Masaryks; die Kämpfer in den Massen der tschechischen Kriegsgefangenen, die in den Gefangenenlagern Rußlands und Sibiriens, Serbiens und Italiens die revolutionäre Propaganda der tschechischen Auslandskolonien erfaßte.

Im Dezember 1914 begab sich Professor Masaryk in das Ausland. Er hatte ein Leben lang gegen die traditionelle tschechische Romantik, gegen die Vorurteile der Nation gekämpft: gegen den Aberglauben an die Echtheit der Königinhofer Handschrift, gegen den romantischen Historismus des böhmischen Staatsrechtes, gegen die antisemitische Pogromhetze, gegen den naiven Glauben an die allslawische Geistesgemeinschaft. Er trat auch in der Emigration der traditionellen Romantik entgegen. Dem Ideal der Wiederherstellung der Krone des heiligen Wenzel stellte er das Ideal einer demokratischen tschechoslowakischen Republik, der Hoffnung auf den russischen Zarismus die Hoffnung auf die Demokratie des Westens entgegen. Nur dadurch gewann er die Arbeiter, die die überwiegende Mehrheit der tschechischen Emigration bildeten, für die nationale Bewegung. Nur dadurch konnte er sie auch nach den russischen Niederlagen im Jahre 1915 aufrechterhalten. Nur dadurch konnte sie aus der russischen Revolution von 1917 neue Kraft schöpfen. Zugleich aber sicherte seine Persönlichkeit der Bewegung die Sympathien der Intelligenz des Westens und Beziehungen zu den Regierungen der Ententemächte.

Nachdem Masaryk im Herbst 1914 in das Ausland gekommen war, ging er zunächst daran, die tschechischen Kolonien im Ausland zu organisieren. Es gelang ihm, sie zusammenzufassen, ihnen in dem im Mai 1916 konstituierten „Nationalrat" in Paris, dessen führende Männer Masaryk, Beneš und Štefanik waren, ein einheitliches leitendes Organ zu schaffen, innerhalb ihrer die Einflüsse der von der russischen Regierung unterstützten zarophilen Strömung zurückzudrängen und aus den eigenen Kräften der tschechischen Auslandskolonien die Mittel für eine großzügige Propaganda

zugunsten eines selbständigen tschechoslowakischen Staates zu gewinnen. Zugleich wurde dafür gesorgt, daß die revolutionäre tschechische Emigration in enger Verbindung mit der Heimat blieb. Schon im Herbst 1914 hatte sich in Prag eine geheime Vereinigung revolutionärer Politiker, die später sogenannte „Maffie" gebildet, die die Verbindung mit der revolutionären Emigration aufrechterhielt Sie empfing auf illegalen Wegen von Masaryk Informationen und Weisungen und schickte ihm Berichte über die Heimat. Indessen hatte die Bewegung der Emigration bis zum Jahre 1917 doch nur den Charakter einer großen Propagandaaktion. Zu realer Macht wurde die tschechische Emigration erst, als es ihr gelang, an einer Stelle in der Welt, der die Kriegsereignisse zeitweilig besondere Bedeutung gaben, ein Heer in ihren Dienst zu stellen.

Schon im Herbst 1914 hatte die zarische Regierung aus in Rußland ansässigen Tschechen eine tschechische „Druschina" gebildet, die im Verband des russischen Heeres kämpfte. Aber die Druschina zählte kaum mehr als 1000 Mann. Erst nachdem die russische Märzrevolution die tschechischen Kriegsgefangenen in den Lagern Rußlands und Sibiriens mit revolutionärer Kampflust erfüllt hatte, erst als mit dem Zarat auch die zarophile Führung der tschechischen Emigration in Rußland, deren reaktionäre Ideologie die demokratisch denkenden Kriegsgefangenen abstieß, gestürzt, Masaryk selbst nach Rußland gekommen war und dort die Emigration reorganisiert hatte, erst dann erlangte die militärische Bewegung der Tschechen in Rußland größere Ausdehnung. Nun gelang es, binnen wenigen Monaten ein tschechisches Heer von 42.000 Mann in der Ukraine zu formen. Seine erste Division kämpfte im Juni 1917 bei Zborow gegen die Österreicher. Als sich aber im Herbst 1917 die große russische Armee aufzulösen begann, bewahrte sich das tschechische Korps mitten in dieser allgemeinen Auflösung sein Gefüge, seine Disziplin. Die russische Armee wurde durch die soziale Revolution aufgelöst; dem tschechischen Korps gab die Idee der nationalen Revolution stärksten Halt. Im Winter 1917/18, in den Wochen von Brest-Litowsk war das tschechische Korps die einzige geordnete, disziplinierte militärische Kraft auf dem ganzen weiten Boden Rußlands. Als die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen nach dem Sonderfrieden mit der ukrainischen Rada in die Ukraine einbrachen, zog sich das tschechoslowakische Korps kämpfend nach Osten zurück. Schulter an Schulter mit den bolschewikischen Rotgardisten schlug es bei Bachmatsch und Kiew seine Nachhutgefechte gegen die Deutschen. Als dann aber auch die Sowjetregierung mit den Mittelmächten Frieden schloß, als sie sich verpflichtete, auf russischem Boden keine fremden bewaffneten Formationen zu dulden, vereinbarten die Vertreter des Pariser Nationalrates mit der Sowjetregierung, daß die tschechischen Soldaten ihre Waffen den Sowjets abliefern und als „freie Bürger" in geschlossenen Transporten über Sibirien nach Wladiwostok gebracht werden sollten; dort wollten sie sich nach Frankreich einschiffen, um auf französischem Boden den Krieg gegen die Mittelmächte weiterzuführen.

Aber dieser Plan konnte nicht durchgeführt werden. Die Zerrüttung der russischen Eisenbahnen machte den Transport der tschechischen Legionen zu einer unlösbaren Aufgabe. Wochen-, ja monatelang standen

die tschechischen Transporte auf den einzelnen Eisenbahnstationen. Im Mai hatten erst drei Regimenter Wladiwostok erreicht. Vier Regimenter standen noch, auf verschiedene Transporte verteilt, in Westsibirien und Transbaikalien auf dem weiten Raum zwischen Tscheljabinsk und Tschita. Drei Regimenter aber harrten des Transports noch im europäischen Rußland, im Raum von Pensa.

Während des monatelangen Wartens aber hatte sich eine immer größere Spannung zwischen den tschechischen Bataillonen, die auf den Eisenbahnstationen müßig des Transports harrten, und den lokalen Sowjets, die in den benachbarten Städten herrschten, entwickelt. Die Russen sahen die tschechischen Legionäre mit großem Mißtrauen. Schon daß sie sich militärische Ordnung und Disziplin bewahrt hatten und unter dem Kommando ihrer Offiziere geblieben waren, ließ sie damals als Konterrevolutionäre erscheinen. Und daß sie, nachdem sich das russische Volk für den Frieden um jeden Preis erhoben hatte, den Krieg weiterführen, ihn als Verbündete des der Sowjetrepublik feindlichen französischen Imperialismus weiterführen wollten, machte sie zu Feinden der Proletarierrevolution. Anderseits betrachteten die tschechischen Legionäre die russischen Kommunisten als Verräter. Sie hatten ja das slawische Rußland von der Entente losgerissen, hatten mit Deutschland Frieden geschlossen, hatten dadurch die Hoffnung auf die Niederwerfung der Mittelmächte, von der allein sie für die kleinen slawischen Nationen die Befreiung, für sich selbst die Möglichkeit ungefährdeter Heimkehr erhofften, erschüttert. Mit diesem politischen Gegensatz vermengten sich nationale Gegensätze. Die Bolschewiki hatten in Sibirien aus deutschen, deutschösterreichischen und magyarischen Kriegsgefangenen die „internationalistischen" Bataillone formiert, die damals in weiten Teilen Sibiriens ihre stärkste, oft ihre einzige bewaffnete Macht bildeten. Im Gegensatz zwischen den „Internationalisten" und den tschechischen Legionären lebten die nationalen Gegensätze der Heimat in neuer Verkleidung auf. Die Bolschewiki suchten, stellenweise nicht ohne Erfolg, ihre Agitation auch in die tschechischen Bataillone zu tragen; der Abwehrkampf der tschechischen Offiziere gegen diese Agitation, die die nationale Armee zu sprengen drohte, verschärfte die Gegensätze. Das Mißtrauen beider Parteien gegeneinander wuchs. Die Bolschewiki fürchteten, daß sich die Tschechen mit der russischen Konterrevolution verbünden könnten; waren doch schon am Don im Verband der weißen Truppen des Generals Alexejew tschechische Abteilungen aufgetaucht. Die Tschechen wieder fürchteten, daß die Sowjetregierung sie den Mittelmächten, den österreichischen Henkern ausliefern werde. Je schroffer die Gegensätze wurden, desto hartnäckiger verweigerten die Tschechen die vereinbarte Ablieferung ihrer Waffen an die Sowjets. So trieben die Gegensätze einer Krise zu.

Im April hatte Japan in Wladiwostok Truppen auf das Land gesetzt. In Transbaikalien hatten sich die konterrevolutionären Banden Semenows weiter Gebiete bemächtigt. Die konterrevolutionäre Intervention der Entente im fernen Osten hatte begonnen. Nun entschloß sich die Sowjetregierung, den weiteren Transport der tschechischen Legionen gegen Wladiwostok nicht mehr zuzulassen; sie wollte nicht selbst der Konterrevolution ein schlagkräftiges Heer zuführen. Die Sowjetregierung verein-

barte mit dem Vertreter des Pariser „Nationalrats" in Moskau, daß die noch im europäischen Rußland und in Westsibirien stehenden tschechischen Regimenter nicht über Wladiwostok, sondern über Archangelsk nach Frankreich gebracht werden sollten. Die Regimenter, die monatelang unter unsäglichen Schwierigkeiten einen Teil des Weges nach Osten zurückgelegt hatten, sollten jetzt plötzlich umkehren, den Weg nach Westen nehmen. Die Legionen lehnten sich gegen diesen Befehl auf. Sie fühlten sich stark. Rußland hatte keine Armee. Die schwachen Roten Garden, in Sibirien zumeist aus den deutschen und magyarischen Kriegsgefangenen zusammengesetzt, zu überrennen, erschien nicht schwer. In den tschechischen Legionen erstarkte der Gedanke, sich gewaltsam der Herrschaft über die sibirische Bahn zu bemächtigen, um sich den Transport nach Wladiwostok zu erzwingen.

Die Spannung führte schon am 14. Mai zu gewaltsamem Zusammenstoß. Auf dem Bahnhof von Tscheljabinsk hatten die Tschechen einen magyarischen Kriegsgefangenen erschlagen. Als darum der Sowjet von Tscheljabinsk die tschechische Wache verhaften ließ, drangen die Tschechen in die Stadt ein, sie bedrohten den Sowjet, sie entwaffneten einen Teil der Roten Garde. Zwei Tage später traten in Tscheljabinsk die Delegierten der Legionen zu einem Kongreß zusammen. Sie beschlossen, die Fahrt über Archangelsk abzulehnen und sich „aus eigener Ordnung" den Weg nach Wladiwostok zu bahnen. Nun entschloß sich die Sowjetregierung zu entschiedenster Abwehr. Am 23. Mai befahl das Kriegskommissariat „alle tschechischen Transporte zu entwaffnen und aufzulösen und aus ihnen Teile der Roten Armee oder Arbeitsabteilungen zu bilden". Am 25. Mai befahl Trotzki: „Jeder Tschechoslowake, der mit der Waffe in der Hand an der Bahn betreten wird, ist auf der Stelle zu erschießen. Jede Abteilung, in der auch nur ein bewaffneter tschechoslowakischer Soldat gefunden wird, ist in einem Gefangenenlager zu internieren. Allen Eisenbahnern ist bekanntzugeben, daß sich kein Waggon mit Tschechoslowaken mehr nach Osten bewegen darf."

An demselben Tage, an dem Trotzki diesen Befehl erließ, schlugen die Tschechen in Westsibirien los. Sie bemächtigen sich der Eisenbahnstationen, drangen in die Städte ein, überwältigten und entwaffneten die schwachen roten Besatzungen, verhafteten die Mitglieder der Sowjets. Binnen wenigen Tagen war die ganze sibirische Bahn von Tscheljabinsk bis zum Bajkal in den Händen der Tschechen.

Nun erhoben sich auch die noch im europäischen Rußland stehenden Regimenter. Am 29. Mai nahmen sie Pensa. Von dort erzwangen sie sich den Transport nach Osten. Bei Lipjag schlugen sie rote Streitkräfte, die sich ihnen entgegenwarfen; so fiel Samara in ihre Hand. Hier, an der Wolga, bildete sich eine neue Front. Es waren in der ersten Zeit auf beiden Seiten der Front Österreicher, die den neuen Krieg führten: hüben Deutsche und Magyaren unter roter Flagge, drüben die Tschechen. Am 6. Juni wurde die Verbindung zwischen Samara und Tscheljabinsk hergestellt; von der Wolga bis zum Bajkal war nun die Eisenbahn in den Händen der Legionen.

In diesem ganzen Gebiet hatten die Tschechen die Sowjets gestürzt. Unter dem Schutze der tschechischen Bajonette bildeten sich die „demo-

kratischen" Regierungen von Samara und Omsk, die im Namen der von den Bolschewiki auseinandergejagten Konstituante die Herrschaft übernahmen. Es waren die rechten Sozialisten-Revolutionäre und die Kadetten, die das Erbe der Sowjets antraten. Die Tschechen verband mit diesen Parteien der Glaube an die Demokratie und die Gegnerschaft gegen den Frieden von Brest-Litowsk. Sie glaubten, durch ihren bewaffneten Schutz das große slawische Rußland wiederherzustellen, den Frieden von Brest-Litowsk zu vernichten, die Ostfront gegen die Mittelmächte wieder aufzubauen. Von der Fahrt nach Wladiwostok war nun keine Rede mehr. Nun galt es, die tschechischen Regimenter an der neuen Front an der Wolga zu konzentrieren, damit sie die Front halten, bis die russische Demokratie in ihrem Rücken eine neue nationale Armee aufstellt.

Der Maiaufstand der tschechischen Legionen war ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung. Seine Wirkung war konterrevolutionär gegen das proletarische Rußland, revolutionär gegen das feudale Österreich-Ungarn. Der zwieschlächtige Charakter jeder bürgerlichen Revolution, die, revolutionär gegen das feudale Regime, zugleich konterrevolutionär wird gegen das Proletariat, erweist sich mit größter Anschaulichkeit an der nationalen Revolution der Tschechen.

Die russische Revolution geriet infolge des Aufstandes der Tschechen in die schwerste Gefahr. Das Wolgagebiet, der Ural und ganz Sibirien wurden von der Sowjetrepublik losgerissen. Rußland verlor die Verfügung über die Getreidespeicher Sibiriens und über die Bergwerke des Ural, über die Verkehrsstraßen zum Kaukasus und nach Turkestan. Die Sowjetrepublik wurde dadurch in die schwerste Nahrungsmittel- und Rohstoffkrise gestürzt. Zugleich mußte die Sowjetregierung eine neue Armee aufstellen, einen neuen Krieg führen, um sich an der Wolga des Ansturms der sich unter dem Schutz der tschechischen Legionen sammelnden Konterrevolution zu erwehren. Zunächst war es die kleinbürgerliche Demokratie, der die Tschechen die Herrschaft in den von der Sowjetrepublik losgerissenen Gebieten übergeben hatten. Aber die Demokratie, nur von fremden Truppen eingesetzt, geriet in dem Maße, als sie hinter der tschechischen Front ein neues russisches Heer aufzustellen versuchte, unter die Kontrolle des konterrevolutionären russischen Offizierskorps; und sobald dieses Offizierskorps, auf die neugebildete Armee gestützt, hinreichend erstarkt war, stürzte es die demokratischen Regierungen und erhob den Zarenadmiral Koltschak zum Diktator des von den Tschechen „befreiten" Gebietes. Der zerstörende Bürgerkrieg zwischen der weißen und der roten Diktatur war das schließliche Ergebnis des tschechischen Aufstandes.

Aber so sehr der tschechische Aufstand Rußland gegenüber konterrevolutionär gewirkt hat, so sehr hat er Österreich-Ungarn gegenüber revolutionär gewirkt. Denn nun war die Stellung des tschechischen Volkes in der Welt mit einem Male vollständig verändert. Der Pariser tschechische Nationalrat war nun keine bloße Propagandagesellschaft mehr. Er war mit einem Male zu einer kriegführenden Macht geworden, die an einer für den Kriegsverlauf überaus wichtig gewordenen Stelle über ein Heer verfügte.

Der Friede von Brest-Litowsk hatte die Sowjetrepublik verpflichtet, die Millionen deutscher, österreichisch-ungarischer, türkischer Kriegsgefangener, die in Sibirien gefangengehalten wurden, den Mittelmächten

zu übergeben. Das bedeutete viele neue Armeen gegen die Entente! Der Friede von Brest-Litowsk gab den Mittelmächten die Möglichkeit, über Rußland die Lebensmittel und Rohstoffe Asiens zu beziehen. Das bedeutete den Durchbruch der Blockade! Es war eine Lebensfrage für die Entente, die Sowjetrepublik von Sibirien zu trennen. Das haben die tschechischen Legionen besorgt. Ihre Erhebung riegelte Sibirien gegen Rußland ab, sie vereitelte den Transport der Kriegsgefangenen und die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen aus Sibirien nach Deutschland; sie sicherte der Entente die Verfügung über die sibirische Bahn. Mit Recht sagte Guinet, der französische Kommissär bei den tschechischen Legionen, der tschechische Aufstand bedeute nichts weniger als die „Wiederherstellung der Ostfront gegen Deutschland". Waren es auch kaum 50.000 Mann, die diese neue Front hielten: in dem Rußland von damals, in dem die Zarenarmee nicht mehr und die Rote Armee noch nicht existierte, waren 50.000 Mann eine gewaltige Macht, ihre Wolgafront trennte den Ural, Sibirien, Turkestan völlig vom europäischen Rußland, ihre Bajonette hielten die ganze sibirische Bahn im Bann. Und diese 50.000 Mann folgten den Beschlüssen des Pariser Nationalrates, der nunmehr als Verbündeter der Ententemächte auftreten, von Macht zu Macht mit ihnen verhandeln konnte.

Das Selbstbewußtsein der tschechischen Nation wurde durch diese Ereignisse mächtig gestärkt. Zum ersten Male wieder seit dreihundert Jahren gab es ein selbständiges tschechisches Heer. Zum ersten Male seit der Niederlage am Weißen Berg hatte die Nation selbständig in das Weltgeschehen eingreifen können. Der Gedanke des selbständigen tschechischen Heeres gewann nun wachsende Kraft. Auch an der französischen und italienischen Front kämpften schon tschechische Freiwilligenformationen; die an der italienischen Front kämpfende Legion wuchs im Sommer 1918, unter dem mächtigen Eindruck der Ereignise an der Wolga, durch starken Zuzug aus den Gefangenenlagern zur Stärke von 17.000 Mann an. Immer häufiger drangen zu den tschechischen Soldaten in die österreichischen Schützengräben tschechische Patrouillen in italienischer Uniform ein, um sie aufzufordern, zu ihnen überzugehen, mit ihnen für die Befreiung des tschechischen Volkes zu kämpfen. Und wenn die tschechischen Legionäre, gefangengenommen und als Überläufer zum Tode verurteilt, erhobenen Hauptes zum Galgen schritten, galten sie auch den tschechischen Soldaten in der kaiserlichen Uniform als Märtyrer der nationalen Idee.

In den tschechischen Ländern selbst nahm die nationale Bewegung nun unzweideutig revolutionären Charakter an. Am 13. Juli wurde in Prag der „Národní Výbor" gebildet. Er trat mit einer Erklärung ins Leben, die kaum noch einen Zweifel offen ließ, daß er sich als Keimzelle der künftigen Revolutionsregierung betrachtete. In der Tat ging er unverzüglich daran, die Pläne für die Übernahme der Staatsgewalt in den tschechischen Ländern auszuarbeiten.

Aber der Maiaufstand des tschechischen Heeres an der Wolga und in Sibirien hat nicht nur die Revolutionierung des Bewußtseins der tschechischen Volksmassen vollendet, er hat zugleich auch das Verhältnis der Entente zu der tschechischen Revolution vollständig umgewälzt.

Noch im Jahre 1917 war die Zerstörung Österreich-Ungarns keineswegs ein Kriegsziel der Entente. In den durch den Prinzen Sixtus von Parma

vermittelten Friedensverhandlungen zwischen dem Wiener Hofe und der französischen Regierung im Frühjahr 1917, in dem Friedensangebot, das im August 1917 der französische Generalstabsoberst Graf Armand dem von Czernin bevollmächtigten österreichischen Diplomaten Grafen Revertera übermittelte, in Wilsons „14 Punkten" vom Jänner 1918 war von der Aufrichtung eines souveränen tschechischen Staates nicht die Rede. Erst nachdem alle Versuche, zum Frieden zu gelangen, gescheitert waren und Czernins Rede vom 2. April 1918 ihre Fortführung unmöglich gemacht hatte, gewann zunächst in Paris die Neigung Oberhand, Österreich-Ungarn zu zerschlagen, um auf diese Weise Deutschland den Bundesgenossen, der von ihm nicht mehr loszulösen schien, zu entziehen. Als nun wenige Wochen später der Maiaufstand des tschechischen Heeres in Rußland den tschechischen Nationalrat in Prag plötzlich zu einer kriegführenden Macht erhoben, seine Autorität gegenüber der Entente mächtig gestärkt hatte, konnten Masaryk und Beneš diese veränderte Stimmung ausnützen, um der tschechischen Revolution die förmliche Anerkennung durch die Entente zu erringen.

Schon am 4. Juni, unter dem unmittelbaren Eindruck des Maiaufstandes, teilten die Ententeregierungen der Sowjetregierung mit, daß sie die tschechoslowakischen Verbände als eine verbündete kriegführende Macht ansehen, ihre Entwaffnung als eine feindliche Handlung betrachten würden. Am 29. Juni erkannte die französische Regierung das Recht des tschechischen Volkes auf Selbständigkeit und den Pariser Nationalrat als das oberste Organ des tschechischen Volkes an. Am 1. Juli schloß sich die englische Regierung dieser Erklärung an; am 9. August erkannte England, an demselben Tage Japan das tschechische Heer als eine verbündete Kriegsmacht an. Am 2. August hatten die Vereinigten Staaten eine ähnliche Erklärung abgegeben; in ihr wurde der Pariser Nationalrat als de facto-Regierung anerkannt. Endlich teilte am 3. Oktober, nachdem sich die tschechische Legion an der italienischen Front im Kampfe am Doss' Alto ausgezeichnet hatte, auch Orlando mit, daß auch Italien den Pariser Nationalrat als de facto-Regierung anerkannt habe. So hatte das selbständige Auftreten des tschechischen Heeres reiche Frucht getragen: nachdem die Tschechen an der Wolga ihre Waffen in den Dienst der Entente gestellt hatten, erkannte die Entente die Tschechen als verbündete kriegführende Macht an; damit wurde die Aufrichtung des tschechoslowakischen Staates, wurde also auch die Zerstörung des österreichisch-ungarischen Reiches zum Kriegsziel der Entente.

Und dieses Ziel rückte in greifbare Nähe, als im August das deutsche Heer in Frankreich geschlagen ward. Solange Deutschland stark war, galt für die Tschechen immer noch Palackýs Wort: daß man Österreich erfinden müßte, wenn es nicht bestünde; konnte also nur der tschechische Staat innerhalb des habsburgischen Reiches ihr Ziel sein. Sobald Deutschland geschlagen war, sobald nicht mehr die Gefahr bestand, daß nach der Auflösung des Habsburgerreiches auch die Sudetenländer an Deutschland fallen könnten, hatte das tschechische Volk an der Existenz des habsburgischen Reiches kein Interesse mehr. Nun dachte es an das andere Wort Palackýs: „Wir waren vor Österreich und wir werden nach Österreich sein." Das tschechische Volk kümmerte sich nicht mehr um das groteske,

in tragikomischen Widerspruch zur historischen Wirklichkeit geratene Spiel der österreichischen Politik, die, um die seit der Enthüllung der Parmaintrigen von 1917 gegen den Kaiser erbitterten Deutschnationalen zu versöhnen, noch unmittelbar vor der Katastrophe einen „deutschen Kurs" in Österreich proklamierte, noch im August, als die deutsche Macht an der Westfront schon zusammengebrochen war, durch die Teilung der böhmischen Landesverwaltungskommission in nationale Sektionen deutsche „Belange" zu oktroyieren versuchte. Der Národní Výbor arbeitete die Pläne für die Übernahme der Staatsgewalt in den tschechischen Ländern aus. Das tschechische Volk harrte der unabwendbaren Kapitulation der Habsburgermonarchie.

Dreihundert Jahre vorher hatte der tschechische Adel die nationale Adelsrepublik vor dem Angriff des habsburgischen Absolutismus zu retten versucht. Er war den Heeren des deutschen Kaisers erlegen. Mit zwei Jahrhunderten der Knechtschaft, der Geschichtslosigkeit hatte die Nation diese Niederlage bezahlt. Aber die Entwicklung des Kapitalismus und der Demokratie im 19. Jahrhundert hatte die tschechischen Volksmassen geweckt. Ihr Aufstieg hatte sie in immer heftigeren Gegensatz, hatte sie schließlich zum offenen Zusammenstoß mit dem habsburgischen Imperialismus geführt. Als das deutsche Kaisertum zusammenbrach, konnte die tschechische Volksmasse die nationale Republik wiederherstellen, die dreihundert Jahre vorher der tschechische Adel verspielt hatte.

§ 3. Die Polen und die Mittelmächte.

Literatur:

Feldman, Geschichte der politischen Ideen in Polen. München 1917. — Bernhard, Die Polenfrage. Leipzig 1910. — Rosa Luxemburg, Die industrielle Entwicklung Polens. Leipzig 1898.

Wskrzeszenie Państwa Polskiego. Kraków 1920. — Rosner, W krytycznej chwili. Wiedeń 1916. — Moraczewski, Zarys sprawy polskiej w obecnej wojnie. Lausanne 1915. — Daszyński, Cztery lata wojny. Kraków 1918. — Anonymus, Józef Pilsudski. Warszawa 1918.

Czernin, Im Weltkriege. Berlin 1919. — Glaise-Horstenau, Die Zeit der Friedensschlüsse im Osten. „Der österreichisch-ungarische Krieg." Leipzig 1922.

Als der Krieg begann, jubelte ein großer Teil des polnischen Volkes in Galizien den kaiserlichen Armeen zu, die gegen Rußland aufmarschierten, und zu Tausenden meldeten sich polnische Studenten, Intellektuelle, Arbeiter, um als Kriegsfreiwillige in den polnischen Legionen gegen Rußland zu kämpfen. Standen Südslawen und Tschechen gegen Habsburg, so schien hier doch eines der slawischen Völker des Reiches zu Habsburg zu stehen, auf Habsburgs Sieg seine Hoffnung zu setzen. Als der Krieg zu Ende ging, standen die Polen nicht anders als Jugoslawen und Tschechen mit allen ihren Wünschen und Hoffnungen auf der Seite der Entente, erwarteten auch sie von Habsburgs Fall ihre Befreiung. Auch diese große Wandlung, die sich im Verlauf des Krieges innerhalb des galizischen Polentums vollzogen hat, stellt ein wichtiges Kapitel der Geschichte der österreichischen Revolution dar.

In der Sturmzeit der großen Französischen Revolution war die polnische Adelsrepublik untergegangen. In den Aufständen von 1794, 1830, 1846, 1863 hatte die polnische Schlachta vergebens die verlorene staatliche Selbständigkeit wiederzuerobern versucht. Die furchtbare Niederlage des Aufstandes von 1863 brach die revolutionäre Energie des polnischen Adels. Der Sturz Napoleons III. im Jahre 1870 raubte ihm alle Hoffnung, daß die polnische Frage von außen her wieder aufgerollt werden werde. Nicht mehr die Wiedereroberung der nationalen Staatlichkeit, sondern nur noch die Rettung des nationalen Seins war nun die Aufgabe, „organische Arbeit" statt revolutionärer Romantik die Parole des Tages. Schon 1846 hatte die österreichische Regierung die galizischen Bauern gegen die rebellierenden Edelleute aufgeboten. 1864 hatte die russische Regierung das Herrenland auf die Bauern verteilt, um sich auf die Bauern gegen die revolutionäre Schlachta zu stützen. Ebenso glaubte Bismarck, den „loyalen" polnischen Bauern gegen die rebellische Schlachta ausspielen zu können. Der Adel sah seine Klasseninteressen bedroht, wenn die Regierungen die Bauern gegen den Edelmann schützten. So suchte der Adel die Versöhnung mit den Regierungen der drei Kaisermächte. „Dreifache Loyalität" war nun die Losung, die die Krakauer Stanczyken dem Adel der drei Teile Polens gaben.

In Galizien trug diese Politik reiche Früchte. Nach dem Ausgleich von 1867 schlossen der Kaiser und die deutsche Bourgeoisie ihren Frieden mit dem polnischen Adel. Die Schlachta wurde im Reichsrat und in den Delegationen zur sicheren Stütze jeder österreichischen Regierung. Dafür aber wurde Galizien ihr völlig ausgeliefert. Hier erstand die polnische Adelsrepublik wieder. Polnisch waren Verwaltung und Schule. Und die polnische Schlachta herrschte unbeschränkt über den polnischen und den ruthenischen Bauern. Anders im russischen und im preußischen Anteil. Dort blieben alle Bemühungen der Schlachta, die Gnade der Herrschenden zu erlangen, fruchtlos. Mochte der Adel im Königreich Polen dem Zaren huldigen, mochte das Kolo polskie im deutschen Reichstag mit seinen Stimmen die Bewilligung von Militär- und Flottenvorlagen entscheiden: dem polnischen Volke blieb dennoch die nationale Schule, blieben dennoch alle Elemente nationaler Selbstverwaltung versagt. Die preußische Regierung hatte schon 1832 die deutsche Amtssprache in Posen eingeführt, 1833 die Landratswahlen in Posen suspendiert, im Jahre 1836 die Woyts beseitigt, an die Stelle der gewählten Dorfvorsteher ernannte Distriktskommissäre gesetzt, und diese Zertrümmerung aller Selbstverwaltung hatten die Polen mit ihrem Austritt aus dem Staatsdienst beantwortet. 1873 führte Preußen dann die deutsche Unterrichtssprache in den Volksschulen ein, 1886 begann die Ansiedlungskommission, polnische Güter aufzukaufen und auf ihnen deutsche Bauern anzusiedeln. So standen die Polen in Posen und Westpreußen nach völliger Zerstörung ihrer Selbstverwaltung unter der Herrschaft einer fremden Bürokratie, die ihnen mittels der deutschen Schule die Seelen ihrer Kinder, mittels der Ansiedlungspolitik ihren Boden zu entreißen suchte. Nicht anders erging es nach 1863 den Polen im russischen Anteil. Seit 1863 war alle Selbstverwaltung zerstört, seit 1869 wurde der gesamte Unterricht, seit 1873 das Gerichtswesen russifiziert. In Litauen wurde 1865 den Polen der Bodenkauf, 1868 der öffentliche Gebrauch der polnischen Sprache verboten.

Aber so hart der Druck dieser nationalen Fremdherrschaft auch war, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wurde durch ihn nicht behindert. In Posen, dessen Bauern weit früher zu freien Grundeigentümern geworden waren, wo Landwirtschaft und Volksbildung weit höhere Entwicklungsstufe erreicht hatten als in den beiden anderen Anteilen, erwachte im Kampf gegen die germanisierende Schulpolitik und Ansiedlungspolitik der preußischen Regierung der polnische Bauer. Seit den achtziger Jahren entwickelte sich unter der Führung der katholischen Geistlichkeit ein dichtes Netz von Bauernvereinen und bäuerlichen Genossenschaften. „Große Politik" war nicht die Sache des Posener Bauern; aber im zähen Kleinkrieg verteidigte er die Nationalität und den Grundbesitz der Volksmasse und durchkreuzte er alle Pläne der Ansiedlungspolitik.

In derselben Zeit, in der in Preußisch-Polen die Führung der Nation aus den Händen des Adels in die der Bauernschaft überging, entwickelte sich in Russisch-Polen dank der russischen Schutzzollpolitik seit 1877 eine bedeutende Industrie, mit der die industrielle Bourgeoisie aufstieg. Sie entwickelte sich im heftigen Gegensatz gegen die gewaltsame und korrupte russische Bürokratie. Aber auf den breiten russischen Markt angewiesen, mit dem Handel und der Industrie Petersburgs, Moskaus, Rigas eng verknüpft, stand sie unter starkem Einfluß der russischen Gesellschaft.

Genoß Galizien ungleich mehr nationale und politische Freiheit als die beiden anderen Anteile, so blieb es doch wirtschaftlich und sozial weit hinter ihnen zurück. Es hatte keine starken Bauernorganisationen wie der preußische, keine aufstrebende industrielle Bourgeoisie wie der russische Anteil. Hier blieben bis 1914 die Macht im Lande und die Führung der Nation in den Händen des Adels. Wohl stand auch hier schon seit dem Anfang der neunziger Jahre der Adelsherrschaft eine allmählich erstarkende Opposition gegenüber. Aber Träger dieser Opposition war weder die Bauernschaft noch die industrielle Bourgeoisie, sondern die kleinbürgerliche Intelligenz, der das polnische Schulwesen Galiziens die revolutionär-patriotischen Traditionen der polnischen Emigration von 1831 und 1863, die großen Überlieferungen Mickiewicz' und Słowackis vermittelte. An diese Überlieferung knüpfte die neuromantische Literatur, knüpften die Wyspiański und Żeromski, an sie knüpfte die neue historische Schule Aszkenazys an; so erwuchs diese Intelligenz im Traum von dem revolutionär-patriotischen Kampfe um die Wiederherstellung eines unabhängigen Polen. In diesem Kampfe gegen die Adelsherrschaft konnte sich die Intelligenz nur auf die Arbeiterbewegung stützen, die, jung, unentwickelt, auf keine breite industrielle Basis gestützt, unter die Führung der revolutionär-patriotischen Intelligenz geriet und sich mit ihren Idealen erfüllte.

So ging die Entwicklung in den drei Anteilen schon grundverschiedene Wege, als der Russisch-Japanische Krieg im Jahre 1905 die erste russische Revolution auslöste. Das Königreich Polen ward von dem mächtigen Strom der russischen Revolution mitgerissen. Die Arbeiter erhoben sich, gewaltige Generalstreiks erschütterten das Land, Straßenkämpfe schüchterten die besitzenden Klassen ein. Die erschreckte polnische Bourgeoisie flüchtete unter den Schutz der Bajonette des russischen Zaren. Die Revolution wurde niedergeworfen. Aber ihre Schrecken wirkten nach. Die polnische Bourgeoisie wußte nun, daß jeder Aufstand gegen den Zarismus das Prole-

tariat auf den Plan rufen, ihre eigene Klassenherrschaft gefährden mußte. Sie brach nun vollends mit der ganzen überlieferten Ideologie des nationalen Aufstandes, der nationalen Unabhängigkeit. Dmowski führte die Nationaldemokraten, die führende Partei der polnischen Bourgeoisie, zur Versöhnung mit Rußland. Die Revolution hatte Rußland die Verfassung gebracht. Auf dem Boden der Duma begegneten die Vertreter der polnischen Bourgeoisie den russischen Liberalen, die im Kampfe gegen die Bürokratie nicht abgeneigt schienen, Polen die Autonomie innerhalb des russischen Reiches zuzubilligen. Auf den Aufstieg des russischen Liberalismus setzten die Nationaldemokraten fortan ihre Hoffnung, die Autonomie Polens innerhalb des russischen Imperiums war fortan ihr Ziel.

Die preußische Polenpolitik förderte diese Annäherung der polnischen Bourgeoisie an Rußland. Im Jahre 1904 hatte Preußen ein Ausnahmegesetz gegen den polnischen Landerwerb erlassen. Im Jahre 1907 folgte das Enteignungsgesetz, das den polnischen Grundbesitz mit zwangsweiser Enteignung bedrohte. Zugleich hatte das deutsche Vereinsgesetz den Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen verboten. Während sich Russisch-Polen mit der Revolution von 1905 doch wenigstens die freie Entwicklung des privaten polnischen Volks- und Mittelschulwesens erobert hatte, griff Preußen zu Ausnahmegesetzen, die den Polen gewaltsame Verdrängung von ihrem heimischen Boden ankündigten. Ein Sturm der Entrüstung ging durch die polnischen Lande. Nicht Rußland, sondern Deutschland erschien nun als der gefährlichste Feind der Nation. Der Gedanke der slawischen Interessengemeinschaft gegen die Deutschen gewann nun auch in Polen Kraft; 1908 erschienen polnische Vertreter auf dem Panslawistenkongreß in Prag.

Wandte sich die polnische Bourgeoisie von dem Gedanken der nationalen Unabhängigkeit ab, so stieß sie in den Volksmassen Russisch-Polens auf keinen Widerstand. Die Bauernschaft hatte dort an der Tradition der Schlachzizenaufstände von 1831 und 1863 keinen Anteil; in jedem Bauerndorf erinnerten Kreuze und Steindenkmäler daran, daß der polnische Bauer erst nach der Niederwerfung des Adelsaufstandes von 1863 aus den Händen des russischen Zaren den Boden der polnischen Schlachta empfangen hatte. Die Arbeiterschaft, aus diesem bäuerlichen Milieu aufgestiegen, war in der Revolution von 1905 in den Strudel der russischen Klassenkämpfe hineingeraten. Während der Revolution hatte in der P. P. S., der Polnischen Sozialistischen Partei, die „Linke" die Mehrheit erlangt, die — ebenso wie früher schon die von Rosa Luxemburg begründete S. D. K. P. i. L. (Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens) — den gemeinsamen revolutionären Klassenkampf des russischen und des polnischen Proletariats proklamierte, jeden besonderen nationalen Kampf des polnischen Proletariats für nationale Ziele ablehnte, die nationale Autonomie Polens durch die Revolution des russischen Proletariats erreichen wollte. So ist erst durch die Revolution von 1905 das Königreich auch geistig von Rußland annektiert worden: sowohl die Bourgeoisie als auch das Proletariat verbündeten sich mit ihren Klassengenossen in Rußland, sie setzten auf die innere Umwälzung in Rußland ihre Hoffnungen, sie setzten der Nation die Autonomie innerhalb Rußlands als Ziel.

Freilich, es gab auch eine Gegenströmung. Mit blutiger Gewalt hat der Zarismus die Revolution niedergeworfen. Der Warschauer Generalgouverneur Skallon allein setzte unter tausend Todesurteile seine Unterschrift. Die Kerker füllten sich. Ein Transport nach dem andern ging nach Sibirien ab. Die Gewerkschaften, die nationalen Schul- und Turnvereine wurden aufgelöst. Die Zeiten der Suworow, der Paskiewitsch, der Murawjew waren wiedergekehrt. Wild loderte der alte Haß gegen den Zarat empor. Der Gedanke des bewaffneten Aufstandes, der Polen von der Russenherrschaft befreien sollte, lebte wieder auf. Er ward verkörpert in dem „rechten", patriotischen Flügel der P. P. S., vor allem in ihrer von Pilsudski begründeten Kampforganisation. Aber die Niederwerfung der Revolution löste den Partisanenkrieg der Kampforganisation gegen die zarischen Schergen in zielloses Banditentum auf. Pilsudski und die Seinen zogen sich nach Galizien zurück und ihre Parole des nationalen bewaffneten Aufstandes gegen Rußland fand hier in der revolutionär-patriotischen Intelligenz und der von ihr geführten, in der galizischen P. P. S. D. (Polnischen Sozialdemokratie) vereinigten Arbeiterschaft weit stärkeren Widerhall als in Russisch-Polen.

Die internationale Lage war dem Wiederaufleben der Idee des nationalen Aufstandes gegen den Zarat günstig. Seit der Annexion Bosniens spitzte sich der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland zu. Pilsudski hoffte, den drohenden Krieg zwischen Rußland und den Mittelmächten zum Kampf für die Befreiung Polens ausnützen zu können. Der österreichisch-ungarische Generalstab hoffte, im Kriegsfall eine polnische Erhebung gegen Rußland der Kriegführung der Monarchie dienstbar machen zu können. So konnte Pilsudski 1910 seine Schützenverbände gründen und sie vor den Augen der österreichischen Behörden mit Waffen, die die k. u. k. Militärbehörden geliefert hatten, einexerzieren. Als der Balkankrieg 1912 den russisch-österreichischen Gegensatz abermals verschärfte, bildete sich die Vereinigung der Unabhängigkeitsparteien, die den Aufstand gegen Rußland als Ziel, die Organisation der Schützenverbände als Kadres der im Kriegsfalle aufzustellenden polnischen Legionen als nächste Aufgabe bezeichnete. Den Kern der Vereinigung bildeten die rechte P. P. S., die P. P. S. D. und eine kleine Intellektuellenpartei.

Nun begannen sich auch in Galizien die Geister zu scheiden. Einerseits nährte die preußische Polenpolitik immer von neuem den Haß gegen Deutschland und trieb viele damit den seit 1905 russophilen Nationaldemokraten zu. Im Jahre 1912 beschloß die preußische Ansiedlungskommission zum erstenmal, von dem Enteignungsgesetz Gebrauch zu machen und vier polnische Güter zu enteignen. Anderseits aber trieb die russische Polenpolitik immer neuen Wind in die Segel der Unabhängigkeitsparteien. Hatte schon der Staatsstreich Stolypins vom 3. Juni 1906 die polnische Vertretung in der Duma empfindlich geschwächt, waren alle Bemühungen der Nationaldemokraten, auf dem Boden der Duma Erfolge für die polnische Sache zu erringen, erfolglos geblieben, so wurde die im Jahre 1912 durchgeführte Losreißung des Gouvernements Cholm aus dem administrativen Verbande des Königreichs Polen vom ganzen Polentum wie ein Schlag ins Gesicht empfunden. So zwischen preußische und russische Feindseligkeit gestellt,

stritt die galizische Intelligenz darüber, ob der drohende Krieg Polen an der Seite Rußlands oder an der Seite der Mittelmächte finden solle.

Die Scheidung der Geister vollzog sich im Streit um die Behandlung der galizischen Ruthenen. Der ruthenische Bauer war erwacht. In großen Agrarstreiks hatte er sich gegen die polnischen Gutsherren erhoben. Die russische Revolution hatte auf ihn mächtig eingewirkt. Die ersten Wahlen des allgemeinen Stimmrechts zeigten das Erstarken seines Selbstbewußtseins. Aber die junge Intelligenz, die die Bauern führte, war in zwei Parteien geteilt. Ukrainer und Moskalophile stritten um die Macht. Den Ukrainern galt das kleinrussische Bauernvolk als eine selbständige Nation; von Haß gegen Rußland erfüllt, das den Gebrauch der ukrainischen Schriftsprache verbot und der Ukraine die großrussische Schriftsprache aufzwang, auf die landarme Bauernmasse gestützt, waren sie demokratisch, revolutionär gesinnt, vom Geiste des russischen Narodnischestwo erfüllt. Den Moskalophilen dagegen galten die Kleinrussen als ein Stamm der großen russischen Nation; ihre Liebe galt dem slawischen Rußland des Zaren und der orthodoxen Kirche. Wie unhaltbar die polnische Adelsherrschaft in Ostgalizien geworden war, zeigte die energische Opposition der seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts (1907) erstarkten ukrainischen Fraktion im Wiener Reichsrat, lehrte das Attentat Siczynskis auf den Statthalter Potocki (1908). Die Habsburgermonarchie suchte nun, da sie sich auf einen Krieg gegen Rußland vorzubereiten begann, die Ukrainer mit Österreich zu versöhnen, während sie zugleich die Moskalophilen gewaltsam niederzuhalten bemüht war. Der Versöhnung der Ukrainer sollte die Demokratisierung des galizischen Adelslandtages dienen, die der Statthalter Bobrzyński unternahm. Der Streit um diese Reform spaltete den galizischen Adel. Die westgalizischen Stanczyken, immer darauf bedacht, ihrer Klasse die Unterstützung des Wiener Hofes zu sichern, wollten sich nicht mit einem Gebot österreichischer Staatsraison in Widerspruch setzen; die ostgalizischen Gutsherren dagegen, die „Podolier", auf ihren Gütern von der ukrainischen Bauernbewegung unmittelbar bedroht, ergriffen für die konservativen Moskalophilen Partei. Und derselbe Riß teilte nun die ganze polnische Gesellschaft in Galizien: die Unabhängigkeitsparteien betrachteten die Ukrainer als ihre natürlichen Verbündeten im Kampfe gegen Rußland: die Nationaldemokraten, in Lemberg von der ansteigenden ukrainischen Flut bedroht, proklamierten den „nationalen Egoismus", die „nationale Machtpolitik" im Kampfe gegen das Ukrainertum. So standen die Stanczyken und die Unabhängigkeitsparteien auf der einen, die Podolier und die Nationaldemokraten auf der anderen Seite — der Gegensatz zwischen der österreichischen und der russischen Orientierung war bereits vorgezeichnet.

Der Krieg brach aus. Am 6. August 1914 überschritt Pilsudski mit ein paar hundert Schützen die russische Grenze und besetzte Kielce. Die militärische Geste wurde von den Unabhängigkeitsparteien mit überschwänglichem Enthusiasmus begrüßt. Sie galt ihnen als der Beginn des nationalen Befreiungskampfes für das unabhängige Polen, Pilsudskis Schützen als die Erben der Legionen Dąbrowskis, die unter den Adlern des großen Napoleon gekämpft hatten. Wenige Tage später formierte sich in Krakau das N. K. N. (Naczelny Komitet Narodowy), als Keimzelle der Regierung

des selbständigen Polenstaates gedacht. Die Stanczyken und die Unabhängigkeitsparteien bestimmten seine Politik. Ein selbständiger polnischer Staat, aus Russisch-Polen und Galizien gebildet, der sich als drittes Glied der Habsburgischen Doppelmonarchie angliedern sollte, war das nächste Ziel. Aber Russisch-Polen protestierte. In der Duma stellten sich die Polenführer auf die Seite der Entente. In Warschau bildete sich ein nationales Komitee, das dem Krakauer N. K. N. das Recht, in Polens Namen zu sprechen, absprach und bald auch, wenngleich mit unbeträchtlichem Erfolg, gegen die Legionen Pilsudskis eine Legion, die an Rußlands Seite kämpfen sollte, zu werben versuchte. Indessen eroberten die russischen Heere den größten Teil Galiziens und der russische Oberkommandierende, der Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch, erließ am 14. August ein Manifest, das den Polen aller drei Teile die Vereinigung in einem autonomen Polen innerhalb des Zarenreiches verhieß. Nun wagte sich auch in Galizien die Opposition gegen die „österreichische Orientierung" hervor. Die Nationaldemokraten und die Podolier traten aus dem N. K. N. aus und sie zerstörten die ostgalizische Legion. Der Gegensatz zwischen der österreichischen und der russischen Orientierung innerhalb des galizischen Polentums wurde nun sichtbar.

Die österreichische Orientierung — das war der Kampf um einen polnischen Staat. Freilich, einen Staat ohne den national am schwersten gefährdeten preußischen Anteil. Aber doch jedenfalls einen Staat. Ersteht nur erst überhaupt polnische Staatlichkeit von neuem, dann wird sie für die Vereinigung aller Polen in einem Nationalstaat schon zu kämpfen wissen.

Die russische Orientierung — das war der Kampf um die Vereinigung Polens. Freilich, die Vereinigung unter der Zarenherrschaft. Aber vor allem die Vereinigung, und wäre es in einem Gefängnis! Sind erst zwanzig Millionen Polen innerhalb eines Staates vereinigt, dann werden sie sich nationales Eigenleben schon zu erkämpfen vermögen.

Das Ideal der Freiheit, der staatlichen Selbständigkeit war so in Widerstreit mit dem Ideal der nationalen Einheit geraten. Die polnische Gesellschaft war in zwei Lager zerrissen.

Immerhin, der aktivste, energischeste Teil des galizischen Polentums hatte sich für die Mittelmächte erklärt. Es waren sonderbare Alliierte. Habsburg und Hohenzollern als Verbündete der von revolutionären Verschwörern organisierten, mit der Ideenwelt der demokratischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts erfüllten Legionen! Österreich, das den Krieg unternommen hatte, um das revolutionäre Nationalitätsprinzip im Süden zu brechen, als Vorkämpfer des revolutionären Nationalitätsprinzips im Norden! Und hinter Österreich das hakatistische Preußen-Deutschland, das die Entstehung eines selbständigen Polen als Bedrohung seiner Herrschaft über Posen und Westpreußen betrachten mußte!

In der Tat begannen die Reibungen sofort. Sie begannen damit, daß das k. u. k. Armeeoberkommando von den Legionen den Treueid für den Kaiser forderte. Sie setzten sich fort im Kleinkrieg zwischen dem Armeeoberkommando und Pilsudski. Aber Bedeutung erlangten sie erst, als die große Offensive 1915 Russisch-Polen den Mittelmächten unterwarf.

Nun wurde vor allem sichtbar, wie ganz anders die Stimmung in Russisch-Polen war als in Galizien, wie eng das Königreich schon seit 1905 geistig an Rußland geknüpft war. Warschau empfing Pilsudskis Legionen stumm, ohne Gruß.

Nur eine Tat konnte die Stimmung im russischen Anteil zugunsten der Mittelmächte wenden. Aber zu solcher Tat waren die Mittelmächte unfähig. Gegen die austropolnische Lösung erhob zunächst Tisza Einspruch; ein dritter gleichberechtigter Staat innerhalb der Habsburgermonarchie hätte den ungarischen Einfluß geschmälert. So einigte man sich am Wiener Hofe, daß Russisch-Polen, mit Galizien vereinigt, ein autonomer Bestandteil des österreichischen Staates werden solle. So hatte auch Österreich nun nur noch Autonomie, nicht Staatlichkeit zu bieten; so viel bot Nikolaj Nikolajewitsch auch. Er bot mehr: den Anschluß des preußischen Anteils dazu!

Aber nicht Österreich, sondern Deutschland hatte über Polens Zukunft zu entscheiden. Und in Deutschland war man nicht einig. Preußisches Herrschaftsinteresse sprach für eine neue Teilung: einen Teil Russisch-Polens annektieren, den Rest entweder Rußland zurückgeben oder zum kleinen, Deutschland hörigen Pufferstaat machen.

Aber so wenig sich Habsburg und Hohenzollern über Polens Zukunft einigen konnten, in einem waren sie einig: sie wollten polnische Rekruten für ihren Krieg. Im Königreich sollten Rekruten für die polnischen Legionen geworben werden. Nun begann die Spaltung innerhalb der Anhängerschaft der österreichischen Orientierung. Die Stanczyken förderten die Werbungen. Die P. P. S. unter Pilsudskis Führung stellte sich ihnen seit dem Herbst 1915 entgegen: Werbungen für ein polnisches Heer erst dann, wenn eine polnische Regierung existiert, die über das Heer verfügt. Im Kampf gegen die Werbungen war nun alles vereinigt: die antirussischen Unabhängigkeitsparteien mit den russophilen Nationaldemokraten. Beselers Bemühungen um die Aufstellung einer „polnischen Wehrmacht" unter deutschem Kommando blieben erfolglos.

Im Sommer 1916 brach Österreich bei Luck zusammen. Die deutsche Oberste Heeresleitung kommandierte nun die ganze Ostfront. Im Sommer 1916 lehnte Deutschland die austropolnische Lösung ab. Und in Deutschland kommandierte Ludendorff. Er brauchte polnisches „Menschenmaterial". Er verlangte das Recht, in Polen Rekruten auszuheben. Beseler glaubte, fünfzehn Divisionen aus Polen herausschöpfen zu können, wenn die Mittelmächte Polen die Wiederherstellung seiner Staatlichkeit versprechen. Am 5. November 1916 erklärten die Mittelmächte den russischen Anteil zu einem „selbständigen Staat als Erbmonarchie mit konstitutioneller Regierungsform", während Franz Josef Galizien Erweiterung seiner Autonomie innerhalb Österreichs versprach.

Das Manifest behielt die Festsetzung der Grenzen des neuen polnischen Staates vor; Preußen wollte sich die Möglichkeit, einen Teil Russisch-Polens zu annektieren, wahren. Das Verhältnis des neuen Staates zu den Mittelmächten blieb späterer Regelung vorbehalten; in Berlin dachte man an wirtschaftliche und militärische „Angliederung" Polens an das Reich. In Warschau wurde ein Staatsrat eingesetzt; aber er war nur ein beratender

Körper, die ganze Regierungsgewalt blieb in den Händen des deutschen Generalgouverneurs.

Pilsudski legte das Kommando seiner Legionen nieder. Er trat in den Staatsrat in Warschau ein. Als seine Legionen 1915 an der Seite der Deutschen in Warschau eingezogen, waren sie stumm empfangen worden. Als er selber, nun schon im Konflikt mit den Mittelmächten, 1916 nach Warschau kam, wurde er wie ein Triumphator empfangen. Er arbeitete im Staatsrat Pläne für den Aufbau eines polnischen Heeres aus; aber er blieb bei der Parole: Aufstellung des Heeres erst dann, wenn eine selbständige polnische Regierung da sein wird, die über das Heer verfügt.

Am 15. März 1917 siegte in Rußland die Revolution. Am 30. März erließ die russische Revolutionsregierung eine Proklamation an Polen, in der sie das Selbstbestimmungsrecht Polens anerkannte und Polen die Unterstützung des revolutionären Rußland bei der Aufrichtung eines polnischen Staates verhieß. Die Westmächte, bisher durch die Rücksicht auf das verbündete Rußland gebunden, erklärten jetzt die Aufrichtung eines unabhängigen polnischen Staates, der alle drei Teile Polens umfassen müsse, für eines der Ziele ihres Krieges. Als im Mai die letzte Offensive Brussilows gescheitert war, war aller Zweifel geschwunden; nun war es klar, daß der polnischen Unabhängigkeit von Rußland keine Gefahr mehr drohte; nur die deutschen Teilungs- und Angliederungspläne konnten Polen noch gefährden. Und nur die Entente konnte Polen noch gegen Deutschland schützen. Hatten deutsche Waffen die Herrschaft Rußlands über Polen gebrochen, so konnten nur die Waffen der Entente die Herrschaft der beiden anderen Teilungsmächte über Polen brechen. Pilsudski, der 1914 die Legionen zum Kampfe für die Mittelmächte gegen Rußland aufgeboten hatte, ging nun daran, die Legionen aufzulösen und die konspirative Organisation der P. O. W. (Polnische Militäroganisation) gegen Deutschland zu verwenden. Als im Sommer 1917 die Legionen einen Treueid für den Kaiser Wilhelm ablegen sollten, während Wilhelm eine neue Teilung Polens vorbereitete, verweigerten Pilsudskis Anhänger den Eid; sie wurden in Gefangenenlagern interniert, Pilsudski selbst von dem deutschen Kommando verhaftet und in Magdeburg gefangen gehalten. In derselben Zeit aber vereinigte auf russischem Boden der General Dowbor-Muśnicki die polnischen Formationen der russischen Armee zu einem polnischen Korps, das gegen die Mittelmächte für die Befreiung Polens kämpfen sollte, und bildete sich in Frankreich eine polnische Legion im Verband der französischen Armee.

Die österreichische Orientierung war tot. Schon im Mai 1917, als das österreichische Abgeordnetenhaus zum erstenmal nach dreijähriger Unterbrechung zusammentrat, zeigte sich in den Beschlüssen des Polenklubs die neue Stimmung. Der Polenklub forderte nun „das unabhängige vereinigte Polen mit dem Zugang zum Meer" und sprach dem polnischen Problem „internationalen Charakter" zu. An die Stelle der österreichischen Orientierung war die Ententeorientierung getreten.

Polen erschien für Österreich verloren. Nur als Tauschobjekt glaubte die Habsburgermonarchie Polen noch verwenden zu können. Kriegsmüde, seit der russischen Revolution mehr denn je die Revolution fürchtend, bot

Habsburg im Frühjahr 1917 dem Deutschen Reich ganz Polen einschließlich Galiziens unter der Bedingung an, daß sich Deutschland bereit erkläre, Elsaß-Lothringen an Frankreich abzutreten und dadurch die Beendigung des Krieges zu ermöglichen; Österreich-Ungarn hoffte, sich durch Angliederung eines Teiles Rumäniens entschädigen zu können. Deutschland lehnte ab. Michaelis antwortete im August 1917, für Deutschland sei nicht nur die Abtretung Elsaß-Lothringens unmöglich, sondern es müsse darauf bestehen, daß der Friede ihm die wirtschaftliche Angliederung Belgiens und des Erzgebiets von Longwy und Briey, die militärische Angliederung Polens, Kurlands und Litauens bringe.

Wenige Wochen später brach in Rußland die Oktoberrevolution aus. Die völlige Auflösung der russischen Heeresmacht schien die austropolnische Lösung noch einmal beleben zu sollen. Die deutschen Ostheere waren frei geworden. Deutschland hoffte nun, den Durchbruch im Westen erzwingen zu können. Der deutsche Imperialismus glaubte nun, ein großes kontinentales Imperium von der Nordsee bis zum Persischen Golf begründen zu können, innerhalb dessen Kurland, Livland, Estland, Litauen und Polen, Österreich und Ungarn, Bulgarien und die Türkei an Deutschland militärisch, wirtschaftlich und politisch angegliedert werden sollten. „Mitteleuropa", die enge wirtschaftlich-militärische Verknüpfung der Donaumonarchie mit dem Deutschen Reiche war ein Bestandteil dieses Planes, die Angliederung Polens an die Donaumonarchie der Preis für ihre Eingliederung in das deutsche Imperium.

Aber diesem Plan standen unüberwindliche innere Schwierigkeiten entgegen. Der Kaiser Karl, innerlich längst Deutschland feind, verbot Czernin geradezu, über die militärische Angliederung Österreich-Ungarns an Deutschland zu verhandeln. Und die Verhandlungen über eine Zollunion wurden zu Verhandlungen über einen Handelsvertrag abgeschwächt. Österreich-Ungarn war nicht bereit, den Preis für die austropolnische Lösung zu bezahlen. Es war es um so weniger, da der deutsche Imperialismus die Angliederung an unannehmbare Bedingungen knüpfte: „Die Deutschen", erzählt Czernin, „forderten, abgesehen von ganz enormen territorialen Beschneidungen Kongreß-Polens, die Niederhaltung der polnischen Industrie, das Miteigentumsrecht bei den polnischen Eisenbahnen und Staatsdomänen sowie die Überwälzung eines Teiles der Kriegsschuld auf die Polen. Ein so geschwächtes, kaum lebensfähiges Polen, welches naturgemäß äußerst unzufrieden sein mußte, konnten wir nicht an uns anschließen."

Der ungarische Imperialismus nützte die vom deutschen Imperialismus geschaffene Lage aus. Man solle Polen samt Galizien dem Deutschen Reich überlassen, dafür Rumänien gewinnen, es Ungarn unterwerfen und Österreich für den Verlust Galiziens dadurch entschädigen, daß Ungarn auf seinen Anteil an Bosnien verzichtet und es Österreich übergibt!

In die Zeit dieser Länderschacherphantasien fielen die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Da vertrat Trotzki gegen die Mittelmächte das Selbstbestimmungsrecht Polens. Neben Trotzki aber erschienen die Vertreter der Kiewer ukrainischen Rada. Die Mittelmächte wollten die Rada benützen, um sie gegen Sowjetrußland auszuspielen, um die Ukraine von dem bolschewikischen Rußland zu trennen, um sich der Getreidevorräte

der Ukraine als eines riesigen Reservoirs, das die Fortführung des Krieges ermöglichen sollte, zu bemächtigen.

Aber der Macchiavellismus fing sich hier in seinen eigenen Schlingen. Die Teilnahme der Rada an den Verhandlungen wurde zur Köpenickiade. In der Ukraine drangen die Bolschewiki sieghaft vor. Die Truppen der Rada wurden bis zur galizischen Grenze zurückgeworfen. Hinter den jungen Leuten, die in Brest-Litowsk im Namen der Ukraine verhandelten, stand keine Regierung, keine Militärmacht, kein Staat mehr. Aber in Österreich hatte die Ernährungskrise ihren Höhepunkt erreicht; Czernin brauchte um jeden Preis den „Brotfrieden", der dem hungernden Wien die ukrainischen Getreidemagazine erschließen sollte. In Deutschöstereich hatten sich die Arbeiter, Frieden fordernd, erhoben; Czernin brauchte um jeden Preis ein Friedensdokument. Die Kiewer Delegierten nützten die Bedrängnis der Donaumonarchie aus. „Die Ukrainer verhandeln nicht mehr, sie diktieren!" schrieb Czernin in sein Tagebuch. Und das in einem Augenblick, in dem die Ukraine der Rada nicht mehr existierte!

Czernin ließ sich bluffen. Und Preußen, immer und überall nur auf die Schwächung Polens bedacht, half den Ukrainern. „Von der Forderung nach dem Cholmer Lande," erzählt das Protokoll der österreichisch-ungarischen Friedensdelegation, „die wir auf den Weg der Verhandlungen mit Polen gewiesen wissen wollten, waren die ukrainischen Bevollmächtigten nicht abzubringen, wobei sie offensichtlich die Unterstützung des Generals Hoffmann besaßen. Überhaupt war man von deutscher militärischer Seite den ukrainischen Forderungen sehr geneigt, polnischen Ansprüchen gegenüber jedoch durchaus ablehnend." So kam am 8. Februar jener tragikomische Friedensschluß zustande, in dem Österreich-Ungarn den Herren Sewrjuk und Lewicky nicht nur das Gouvernement Cholm abtrat, sondern sich auch ihnen gegenüber zu einer Umgestaltung seiner inneren Ordnung, zur Trennung Ostgaliziens von Kleinpolen und Vereinigung Ostgaliziens mit der Bukowina zu einem Kronland verpflichtete.

Ein Sturm der Entrüstung brauste durch Polen. Nun war es klar, was aus der austropolnischen Lösung geworden war: im Westen Annexionen zugunsten Preußens; im Norden Annexionen zugunsten des Deutschland „anzugliedernden" Litauen, wo sich ein deutscher Prinz als Mindowe II. etablieren sollte; im Osten Annexionen zugunsten der Ukraine; der Rest ein armseliger Vasallenstaat Deutschlands. Der Polenklub im Wiener Parlament ging in die Opposition über; für die Wiener Regierung gab es keine Möglichkeit mehr, noch eine Parlamentsmehrheit zu bilden. An der Front meuterte das Polnische Hilfskorps, der klägliche Rest der Legionen Pilsudskis. Einem Teil der Meuterer unter dem Kommando des Generals Haller gelang es, über die Grenze zu marschieren, sich in abenteuerlichen Märschen und Kämpfen bis zur Küste durchzuschlagen und nach Frankreich einzuschiffen; dort trat Haller an die Spitze der polnischen Legion, die an der Westfront gegen die Deutschen kämpfte. Ein anderer Teil der Meuterer wurde von österreichisch-ungarischen Truppen gefangengenommen und vor das Kriegsgericht von Marmaros-Szigeth gestellt. Pilsudski in Magdeburg gefangen, seine treuesten Anhänger unter seinen Legionären teils in den deutschen Lagern Benjaminów und Szczypiora interniert, teils in Marmaros-Szigeth vor das österreichisch-ungarische Kriegsgericht gestellt, Haller aber und

die Seinen auf französischem Boden gegen die Mittelmächte kämpfend — das war das Ende des Versuchs eines Teiles des polnischen Volkes, im Bunde mit Österreich, durch Österreich die Freiheit Polens zu erobern.

Habsburg hatte die Polen verloren. Es mochte hoffen, die Ukrainer zu gewinnen. Aber auch das war eine Selbsttäuschung.

Als am Anfang des Krieges die russischen Heere in Ostgalizien eindrangen, hat es der ruthenische Bauer nicht verstanden, daß er in dem kleinrussischen Kosaken, der dieselbe Sprache spricht und sich zu derselben Religion bekennt wie er, den Feind, in dem magyarischen Honvédhusaren, die sein Dorf plünderten, seine Beschützer und Befreier sehen sollte. Die Standgerichte der k. u. k. Armee hatten dieses politische Unverständnis der ruthenischen Bauern blutig gestraft. Seitdem grollte es in den Bauernmassen.

Die kleinbürgerliche ukrainische Intelligenz hoffte trotzdem auf Österreich und Deutschland. Ihr Sieg sollte die Ukraine von der Herrschaft Moskaus befreien. Ihre österreichische Orientierung hatte ihren Sinn verloren, als sich nach der russischen Märzrevolution in Kiew die Rada, die Regierung einer autonomen Ukraine, bilden konnte. Sie hatte ihren Sinn wiedergewonnen, als nach der russischen Oktoberrevolution Moskau es unternahm, die autonome Ukraine niederzuwerfen. Der Friede von Brest-Litowsk, der der Ukraine die Anerkennung der Mittelmächte als einem souveränen Staate gab, war dieser österreichischen Orientierung höchster Triumph.

Aber das Bild änderte sich sehr schnell. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen setzten sich in Bewegung, die Ukraine den Bolschewiken zu entreißen. Sie besetzten das Land. Aber sie besetzten es, um den ukrainischen Bauern ihre Getreidevorräte zu rauben, um den Boden, dessen sich die ukrainischen Bauern bemächtigt hatten, den russischen und polnischen Gutsherren zurückzugeben, um gegen die rebellierenden Bauern blutige Henkerarbeit zu verrichten. Sie nahmen Kiew. Aber nicht die kleinbürgerliche Rada, sondern den Hetman Skoropadsky setzten sie hier in die Macht; nicht die patriotisch-revolutionäre ukrainische Intelligenz, sondern die alten zarischen Generale und Gouverneure übernahmen unter dem Schutze deutscher und österreichischer Bajonette die Herrschaft. Was die kleinbürgerliche Intelligenz als ein Werk nationaler Befreiung erhofft hatte, war zu einem Werk der Plünderung, der Konterrevolution, der Fremdherrschaft geworden. Wut bemächtigte sich der Enttäuschten. Habsburg hatte die Polen verloren und dafür nicht einmal die Ukrainer gewonnen.

So war der Ring geschlossen. Habsburg hatte den Krieg gegen die Jugoslawen begonnen, es war durch den Krieg in den heftigsten Gegensatz gegen die Tschechen geraten, es hatte im Verlauf des Krieges die Polen verloren und die Ukrainer nicht gewonnen. Alle slawischen Völker standen nun gegen Habsburg. Alle hofften auf den Sieg der Entente. Österreich-Ungarn führte den Krieg nicht nur gegen äußere Feinde ringsum, sondern auch gegen zwei Drittel seiner eigenen Bürger. Das Schicksal der Habsburgermonarchie war besiegelt.

§ 4. Deutschösterreich im Kriege.

Literatur:

Renner, Österreichs Erneuerung. Wien 1916. — Renner, Marxismus, Krieg und Internationale. Stuttgart 1917. — Renner, Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Wien 1918.

Friedrich Adler, Die Erneuerung der Internationale. Herausgegeben von Robert Danneberg. Wien 1918. — Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht. Berlin 1919.

Denkschrift über die Rechts- und Arbeitsverhältnisse in den österreichischen Kriegsleistungsbetrieben. Wien 1916. (Protokoll des Arbeitertages.) — Bericht der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs an den Gewerkschaftskongreß 1919. Wien 1919. — Die Tätigkeit des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat. 5. Heft. Wien 1917. — Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Wien 1917.

Glaise-Horstenau, Österreich-Ungarns Politik in den Kriegsjahren 1914 bis 1917. „Der österreichisch-ungarische Krieg." Leipzig 1922. — Czernin, Im Weltkriege. Berlin 1919. — Nippold, Heinrich Lammasch als Völkerrechtsgelehrter und Friedenspolitiker. „Heinrich Lammasch. Seine Aufzeichnungen, sein Wirken und seine Politik." Wien 1922.

Um Friede, Freiheit und Recht! Der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats. Wien 1918. — Ein Nationalitätenprogramm der Linken. „Der Kampf", XI, Seite 269 ff. — Diskussion über das Nationalitätenprogramm im Jahrgang 1918 des „Kampf".

Durch die ganze neuere Geschichte Deutschösterreichs zieht sich der Gegensatz zwischen unserem Deutschtum und unserem Österreichertum.

Die deutschösterreichische Bourgeoisie ist in dem Jahrhundert zwischen 1750 und 1850 entstanden. Sie ist entstanden in der Zeit, in der der Gegensatz zwischen der habsburgischen Kaisermacht und der aufstrebenden hohenzollernschen Königsgewalt das alte römisch-deutsche Reich auflöste; entstanden in der Zeit, in der sich die deutschen Bundesländer Österreichs von Deutschland loslösten, um in dem allmählich zum einheitlichen Staat zusammenwachsenden Länderbündel der habsburgischen Hausmacht aufzugehen; entstanden auf der Basis des einheitlichen österreichischen Wirtschafts- und Rechtsgebiets. Mochte sie deutsch sprechen und ein gut Stück eigenartiger deutscher Kultur aus sich entwickeln: ihrem Fühlen nach war sie doch österreichisch, nicht deutsch; nicht das zerfallende Deutschland, sondern das völkerreiche Österreich war ihr ihr Vaterland.

Aber seit der Julirevolution von 1830 wuchs ein anderes Geschlecht. Die junge Intelligenz, die im Haß gegen den Absolutismus Metternichs heranwuchs, die die Ideen des aufstrebenden europäischen Liberalismus in sich aufnahm, geriet in den Bann des deutschen Geisteslebens der Zeit. Sie fühlte nicht mehr österreichisch. Sie fühlte deutsch. Nicht das alte, rückständige, undeutsche Österreich, das große Deutschland, das sie im Kampf und Sturm wieder zu vereinigen gedachte, war ihr ihr Vaterland.

Seither streiten in der Seele des deutschösterreichischen Bürgertums sein Deutschtum und sein Österreichertum gegeneinander. Ihr Gegensatz findet in jeder neuen Generation neue Verkörperung. Er verkörpert sich in den Stürmen von 1848 in dem Kampfe zwischen den Schwarzrotgoldenen und den Schwarzgelben; er ersteht wieder am Beginn der Verfassungsära

im Gegensatz zwischen dem deutschen Liberalismus und dem im Gefolge des Feudaladels einhergehenden österreichischen Klerikalismus; er findet in der letzten Generation vor dem Kriege seinen Ausdruck in den Kämpfen zwischen Schönerer und Lueger, zwischen Deutschnationalen und Christlichsozialen. Die altösterreichische Tradition lebt fort im Altwiener Patriziat, in dem Wiener Kleinbürgertum, in der vom katholischen Klerus erzogenen Bauernschaft der Alpenländer. Die deutsche Tradition lebt fort in der Intelligenz, die in den Grenzgebieten, wo der Kampf gegen die slawischen Nachbarn im Norden und im Süden die Gemüter beherrscht, Kleinbürger und Bauern mit ihrem Denken und Fühlen erfüllt.

Die große europäische Krise, die seit 1908 das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn vereint einer Welt von Feinden gegenüberstellte, überwand diesen Gegensatz. Deutscher Nationalismus und österreichischer Patriotismus schlugen nun in eins zusammen. Der österreichische Patriotismus sah sein Reich bedroht; seit 1897 zerreißt der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen den Staat, seit 1903 wächst gefahrdrohend die Gärung im slawischen Süden, seit 1905 in Galizien; der österreichische Patriotismus hoffte auf Franz Ferdinand, den Thronfolger, der mit kriegerischer Tat den äußeren Feind niederwerfen, das Reich im Innern erneuern werde. Der deutsche Nationalismus sah Deutschland bedroht: seit 1908, seit der Zusammenkunft von Reval, steht Deutschland dem furchtbaren Bündnis der Westmächte mit Rußland gegenüber; der deutsche Nationalismus hoffte auf den Krieg, der den Feind niederschmettern werde, ehe russisches Bevölkerungswachstum und russische Eisenbahnbauten die Gefahr vergrößern. Schon während der Annexionskrise 1908/09, schon während des Balkankrieges 1912 drängten führende Kreise der Christlichsozialen sowohl wie der Deutschnationalen zum Kriege. Als 1914 der Krieg kam, war es ihr Krieg. Den einen war es der Krieg für Österreichs Behauptung und Erneuerung, den anderen der Krieg für Deutschlands Macht und Größe. Beide aber jubelten dem Kriege zu, beide stützten den Kriegsabsolutismus der ersten Kriegsjahre, beiden galt der Kampf der slawischen Völker um ihre Befreiung als Hochverrat, den eine eiserne Hand niederwerfen müsse. Der Gegensatz zwischen dem Deutschtum und dem Österreichertum des deutschösterreichischen Bürgertums schien überwunden.

In ganz anderer Gestalt wiederholt sich der Gegensatz zwischen dem Deutschtum und dem Österreichertum in der Geschichte der deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

Die Revolution von 1848 hatte die Demokratie zum erstenmal vor das österreichische Problem gestellt. Italiener, Ungarn und Polen kämpften damals um ihre Befreiung aus Habsburgs Fesseln. Das deutsche Volk aber rang nach seiner Einheit und Freiheit. An die Stelle der erbärmlichen Kleinstaaterei im Deutschen Bunde ein einheitliches Deutsches Reich zu setzen war das nationale Ziel der deutschen Revolution von 1848. Aber der Erreichung dieses Zieles stand der österreichische Staat im Wege. In ihm waren deutsche Bundesländer — Westösterreich vom Riesengebirge bis zur Adria — mit Ungarn, mit Galizien, mit der Lombardei und Venetien vereinigt. Der deutsche Norden wollte die deutschen Bundesländer Österreichs, aber nicht seine italienischen, ungarischen und polnischen Provinzen

in das Deutsche Reich aufnehmen. Die Einigung Deutschlands setzte also die Auflösung des Habsburgerreiches, die Trennung der deutschen Bundesländer Österreichs von Italien, Ungarn und Polen voraus. Dieses Ziel war nicht durch die Dynastien, es war nur gegen sie zu erreichen. Habsburg wollte sich Hohenzollern, Hohenzollern wollte sich Habsburg nicht unterwerfen; die Revolution konnte das Deutsche Reich nur schaffen, wenn es ihr gelang, in Wien und in Berlin die Dynastien zu stürzen, ganz Deutschland, einschließlich der deutschen Bundesländer Österreichs, zu einer deutschen Republik zu vereinigen, Habsburgs andere Länder aber an ein geeintes Italien, ein selbständiges Ungarn, ein freies Polen fallen zu lassen. Das war das nationale Ziel, das die Republikaner im Jahre 1848 gegen Habsburg und gegen Hohenzollern verfochten.

Diese Gedanken lebten nach dem Kriege von 1859 und der italienischen Revolution von 1860 wieder auf. Das deutsche Bürgertum, durch die Erfahrungen von 1848 geschreckt, war nun nicht mehr revolutionär. In Norddeutschland setzte es alle seine Hoffnungen auf Preußen: ein deutsches Kaisertum mit preußischer „Spitze" war sein Ziel; aber dieses Ziel setzte die Ausstoßung der deutschen Bundesländer Österreichs aus dem Reiche voraus. Dagegen protestierten die Arbeiter. Sie waren revolutionär geblieben. Sie hofften, die deutsche Einheit werde nicht durch die Bajonette der deutschen Fürsten, sondern durch die Fäuste der deutschen Arbeiter erobert werden. Sie stellten dem kleindeutschen Ziel des norddeutschen Bürgertums das gesamtdeutsch-republikanische Ideal von 1848 entgegen. In diesem Kampfe vollzog sich in Deutschland die Scheidung zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie. „Großdeutschland moins les dynasties", so formulierte Lassalle das nationale Programm der entstehenden Sozialdemokratie. Und als sich nach 1866 auch die deutschösterreichische Arbeiterschaft wieder zu regen begann, nahm auch sie den gesamtdeutsch-republikanischen Gedanken auf. Die Hoffnung auf eine Revolution, die die deutschen Dynastien stürzen, Deutschösterreich mit dem übrigen Deutschland zu einer deutschen Republik vereinigen, den anderen Nationen der Habsburgermonarchie ihre staatliche Selbständigkeit wiedergeben werde, war einer der führenden Gedanken der entstehenden Sozialdemokratie.

Die Geschichte hat zunächst gegen die junge Sozialdemokratie entschieden. 1866 wurde Österreich aus dem Deutschen Bunde ausgeschlossen, 1871 das kleindeutsche Kaisertum aufgerichtet. Aber die Sozialdemokratie hat diese Lösung der deutschen Frage zunächst nur als vorläufig angesehen. Engels hielt bis zu seinem Tode daran fest, daß „die vollständige Auflösung Österreichs die erste Voraussetzung der Einigung Deutschlands" sei. Wohl habe Österreich als Bollwerk gegen die Expansionstendenzen des russischen Zarismus noch eine Funktion zu erfüllen. Aber diese Funktion werde es verlieren, sobald wieder die Revolution durch Europa zieht, deren „äußerste Punkte" bei ihrem neuen Ausbruch Petersburg und Konstantinopel sein würden. Die nächste Phase der europäischen Revolution werde Österreich auflösen, seine deutschen Gebiete mit Deutschland wiedervereinigen, seinen anderen Nationen ihre Freiheit geben. Der Gedanke, daß die Periode der sozialen Revolution die Auflösung Österreichs in freie Nationalstaaten und damit auch die Vereinigung Deutschösterreichs

mit dem übrigen Deutschland bringen müsse, bildete seit der Entstehung der Sozialdemokratie einen Bestandteil ihrer politischen Tradition.

Vorerst mußte die Sozialdemokratie aber ihren Kampf auf dem Boden des österreichischen Staates führen. Als sie seit 1890 zu einer großen Massenpartei wurde; als seit 1897 der nationale Kampf der Bourgeoisien das ganze öffentliche Leben Österreichs beherrschte, den Parlamentarismus zerstörte, den Absolutismus des § 14 aufrichtete; als die entfesselten Leidenschaften des Nationalismus auch die internationale Einheit der österreichischen Sozialdemokratie selbst zu bedrohen begannen, konnte sie sich nicht mehr damit begnügen, die Völker auf die nahende Revolution zu verweisen, die mit der Auflösung des österreichischen Staates auch das nationale Problem lösen werde, sie mußte nun den nationalen Kampfzielen der streitenden Bourgeoisien ein gemeinsames Kampfziel des gesamten österreichischen Proletariats entgegenstellen. So stellte der Brünner Parteitag von 1899 dem Zentralismus der deutschen Bourgeoisie und dem Kronländer-Föderalismus des Feudaladels und des in seinem Gefolge einhergehenden slawischen Bürgertums das Programm der Verwandlung Österreichs in einen Bundesstaat autonomer Nationen entgegen.

Die schwere Reichskrise von 1905, der Konflikt Habsburgs mit der magyarischen Herrenklasse gab diesem Programm Aktualität. Gegen den Nationalismus der hadernden Bourgeoisien stand auf der einen Seite die Krone, der die nationalen Kämpfe ihr Reich zu zerstören drohten, stand auf der anderen Seite das Proletariat, dem der nationale Kampf den Aufstieg behinderte. In Österreich zwang der Druck der Krone von oben und des Proletariats von unten dem Privilegienparlament die Wahlreform auf. In Ungarn bot die Krone durch das Wahlreformprogramm der Regierung Fejérváry-Kristoffy das Proletariat und die Nationalitäten gegen den magyarischen Adel auf. Es erschien denkbar, daß die Krone und das Proletariat vereint die dualistische Reichsverfassung zerschlagen, die nationalistischen Bourgeoisien niederzwingen, den Bundesstaat autonomer Nationen aufrichten. Der Verfechter dieses politischen Gedankens war Karl Renner. Für den Gedanken kämpfend, daß die „übernationale" Macht der Dynastie und die internationale Macht der Arbeiterklasse aller österreichischen Nationen vereint den Nationalismus der kämpfenden Bourgeoisien niederwerfen und Österreich-Ungarn zu einem Bundesstaat freier Völker umgestalten sollen, revidierte er die ganze traditionelle Stellung der Sozialdemokratie zu dem österreichischen Problem. In jener Zeit erschienen Renners „Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie" und meine „Nationalitätenfrage". Während ich aber auch in diesem Buch jede Lösung des österreichischen Nationalitätenproblems innerhalb der Monarchie nur als eine vorläufige betrachtete, feierte Renner die österreichische „Reichsidee", die Idee einer „Eidgenossenschaft der österreichischen Nationen", als eine geographische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Der Zerfall der Monarchie in nationale Kleinstaaten wäre, so meinte er damals schon, nur die Lösung eines reaktionären Nationalismus. Nicht dem Nationalstaat, sondern dem autonome Nationen föderierenden „übernationalen Staat" gehöre die Zukunft.

Als der Kaiser mit dem magyarischen Adel wieder Frieden schloß, als die Reichskrise nicht mit der Umbildung der Monarchie in einen Bundes-

staat freier Völker endete, sondern mit dem Staatsstreich Tiszas, mit dem Kommissariat Cuvajs, mit dem Absolutismus Bienerths, schienen Renners Illusionen zerstört. Das Nationalitätenprogramm des Brünner Parteitages von 1899 erlangte nun andere Bedeutung. Seit 1908 rüstete die Monarchie zum Kriege gegen Serbien. Seit 1908 glaubte sie sich nur durch kriegerische Gewalt die sich auflehnenden Nationen einordnen zu können. Die Sozialdemokratie stand seit 1908 im Kampfe gegen den serbenfeindlichen, zum Krieg treibenden Imperialismus. In diesem Kampfe war es unsere Parole: Kein Krieg löst das österreichische Staatsproblem; nur innerer Umbau zum Bundesstaat autonomer Nationen versöhnt die Nationen dem Staat und rettet den durch die Kämpfe der Nationen bedrohten Frieden. Am Tage der Kriegserklärung an Serbien noch lehnte die Sozialdemokratie drohend jede Mitverantwortung für diesen Krieg ab; stellte sie dem Krieg ihre Forderung entgegen: „Ein Österreich, das wirklich ein Bund freier Völker ist."

Am Anfang des Krieges stand Österreich-Ungarn allein gegen Rußland. Das deutsche Heer brach in Belgien und Frankreich ein; den Ansturm der russischen Heere hatte Österreich-Ungarn abzuwehren. Ein Reich mit 52 Millionen Einwohnern gegen eines mit 160 Millionen. Eine halbe Million Mann gegen anderthalb Millionen. Am Ende der ersten großen Schlacht war Galizien verloren, standen die Russen vor Krakau und vor den Karpatenpässen. Ein Stoß noch — und die Russen brechen durch Mähren gegen Wien vor, das die Heeresleitung schon mit Befestigungswerken umgürten ließ. Ein Stoß noch — und Nikolaj Nikolajewitsch kann auf tschechischem Boden ein böhmisches Königreich unter dem Zepter eines Romanow proklamieren. Ein Stoß noch — und die russischen Heeressäulen wälzen sich über Ungarn dem Balkan zu. Die Furcht vor den Riesenheeren des Zaren herrschte in Deutschösterreich. Die Niederlage der habsburgischen Armeen — sie bedeutete nun die Verheerung und Verwüstung Deutschösterreichs durch die russischen Truppen; sie bedeutete die Aufrichtung slawischer Vasallenstaaten des Zaren bis hart vor die Tore von Wien, von Nürnberg, von Dresden; sie bedeutete die Unterwerfung ganz Osteuropas von Petrograd bis Zarigrad unter den russischen Despotismus. Die Furcht vor dem Siege des Zarats packte alle Klassen des deutschösterreichischen Volkes, sie packte auch die deutschösterreichischen Arbeitermassen. Sie dachten nicht an Serbien und nicht an Belgien, nicht an Habsburg und nicht an Hohenzollern. Ihre Wünsche begleiteten in den ersten Kriegsmonaten die kaiserliche Armee, die mit Blutopfern ohnegleichen die Heimat gegen die furchtbare russische Übermacht verteidigte.

In den ersten Kriegsmonaten stand die deutschösterreichische Sozialdemokratie völlig im Banne dieser Massenstimmung. Ohne Vorbehalt stellte sie sich an die Seite der Mittelmächte. Ohne Vorbehalt stellte sie ihren Einfluß auf die Massen in den Dienst der Kriegführung.

Aber gegen die Mittelmächte stritt die Propaganda der Entente, die im Namen der Demokratie, im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, im Namen des revolutionären Nationalitätsprinzips der Habsburgermonarchie das Recht auf das Dasein bestritt. Gegen die Habsburgermonarchie stritt die Auflehnung ihrer slawischen Völker, die es als unerträgliche Leibeigenschaft, als unerträgliche Seelenqual empfanden,

daß sie kämpfen mußten für eine ihnen fremde, ihnen feindliche Sache. Gegen die Habsburgermonarchie stritt die Tatsache, daß sie gegen die Bürger des eigenen Landes Krieg führen mußte, nur mit den furchtbaren Gewaltmitteln des Kriegsabsolutismus die Völker im Kampfe gegen den äußeren Feind zusammenzwingen konnte. So war die deutschösterreichische Sozialdemokratie vom ersten Kriegstag an vor das österreichische Staatsproblem gestellt.

Die Zersetzung Österreichs durch die nationalen Kämpfe seit 1897 hatte das Selbstvertrauen der österreichischen Patrioten schwer erschüttert. Daß trotz alledem die Mobilmachung im Sommer 1914 gelang; daß trotz der schweren Niederlagen im September und Oktober 1914 immer noch ein gewaltiges Heer, aus den Söhnen von zehn Nationen zusammengesetzt, in den Karpathen dem russischen Ansturm standhielt; daß, sei es auch nur unter dem harten Zwange des Kriegsabsolutismus, die Nationen im Hinterland stumm, ohne Auflehnung die Opfer des Krieges trugen, erschien den Patrioten als freudige Überraschung. „Der Staatsgedanke hat über das Nationalitätsprinzip gesiegt", triumphierte damals Renner; die staatsbildende Kraft des Nationalitätsprinzips sei erschöpft, die Neubildung von Nationalstaaten auf den Trümmern der Monarchie sei zur „reaktionären Utopie" geworden, die Überlegenheit des großen „übernationalen Staates" über nationale Kleinstaaten, die Notwendigkeit des „großen Wirtschaftsreiches der kleinen Völker", das Interesse aller Nationen des Habsburgerreiches an ihrer „Wehr- und Wirtschaftsgemeinschaft" sei durch das Urteil der Geschichte selbst entschieden. Forderten nicht polnische Parteien die „austropolnische", südslawische Parteien die „großkroatische Lösung"? Habsburg selbst werde, meinte Renner, den Umbau des Reiches zum Bundesstaat autonomer Nationen durchführen müssen, um Polen, um Serbien seinem Reich eingliedern zu können. So werde Österreich im Sturm der Kriegsereignisse seine Verfassung seinem Wesen anpassen, sich selbst zu einer „demokratischen Internationale" entwickeln. Nicht die Wiederherstellung der alten, durch den Kriegsabsolutismus zerstörten Verfassung sei die Aufgabe; Renner hoffte auf ein Oktroi des Kriegsabsolutismus als das Instrument der inneren Umgestaltung, der „Erneuerung Österreichs". Da er den „übernationalen Staat" als eine höhere, entwickeltere Staatsform betrachtete als den Nationalstaat, trat er, ganz im Sinne des habsburgischen Imperialismus, für die „austropolnische Lösung" der polnischen, für die „großkroatische Lösung" der jugoslawischen Frage ein; die deutsche Einheit suchte er, ganz den Plänen des hohenzollernschen Imperialismus entsprechend, in der „mitteleuropäischen Zoll- und Schützengrabengemeinschaft" in Naumanns Sinne. Das mitteleuropäische Imperium, unter deutscher Führung die kleinen Nationen föderierend, werde ein weit höheres soziales Gebilde darstellen als die demokratischen Staaten des Westens. „Altliberale", die noch an den veralteten „Ideen von 1789" hangen, mögen für die Demokratie des Westens schwärmen; Sozialisten müßten sehen, wie die Kriegsnot die Mittelmächte zur „Durchstaatlichung" ihrer Wirtschaft und damit zu einer dem Sozialismus ungleich näheren, ihn vorbereitenden Wirtschaftsverfassung zwinge. In den Monaten, in denen die Furcht vor den Heeren des Zaren die Massenstimmung beherrschte, in denen sich die Sozialdemokratie unter dem Eindruck dieser Massen-

stimmung ohne Vorbehalt an die Seite der Mittelmächte stellte, für Krieg und Sieg der Mittelmächte ihren Einfluß auf die Massen einsetzte, lieferte Renner so der Stimmung der Massen, der Haltung der Partei die Ideologie.

Aber im weiteren Verlauf des Krieges mußte diese österreichisch-patriotische Ideologie in immer schrofferen Gegensatz gegen die Massenstimmung geraten. Die Blockade der Entente hat Österreich noch viel schwerer getroffen als Deutschland. Galizien wurde durch die russischen Armeen verwüstet, Ungarn sperrte sich gegen Österreich ab; so verfiel Österreich in furchtbare Lebensmittelnot, die die Rationierungsmaßregeln des bürokratischen „Kriegssozialismus" nur wenig zu lindern vermochten. Die entsetzlichen Verluste der Armee in den ersten Kriegsmonaten zwangen zu immer neuen „Musterungen"; der Militarismus holte Kinder von den Schulbänken und alte Männer zogen mit ihren Söhnen ins Feld. Brutale Gewalt suchte die hungernden Arbeitermassen der Kriegsindustrie zur Arbeit zu peitschen; die Fabriken wurden militarisiert, die Arbeiter unter Kriegsrecht gestellt, militärische Betriebsleiter kommandierten in den Betrieben. Die Verfassung war sistiert, das Parlament geschlossen, die Presse geknebelt, die Zivilbevölkerung der Blutjustiz der Militärgerichte unterworfen. Die Massen hatten diesen furchtbaren Druck ruhig ertragen, solange sie noch die Furcht vor der russischen Invasion beherrschte. Nach dem Durchbruch von Gorlice, nachdem die russischen Heere weit zurückgeworfen waren, hielt nicht mehr die Furcht vor der fremden Invasion den Groll gegen die Fortsetzung des Krieges nieder. Nun wuchs die Erbitterung der Massen.

Der Mann, der dieser Stimmung der Massen Ausdruck gab, war Friedrich Adler. „Wir haben," das war sein leitender Gedanke, „in diesem Kriege die Pflicht, als Sozialdemokraten zu handeln, unsere sozialdemokratische Überzeugung durchzuhalten." Der einzelne Genosse mag, sei er nun Deutscher oder Franzose, Österreicher oder Russe, auf dem Schlachtfelde seine Soldatenpflicht erfüllen; die Partei aber darf sich nicht „geistig assentieren lassen", sie darf nicht zum Werkzeug der Kriegführung der herrschenden Klassen werden, sie darf ihre Sache weder mit der der Mittelmächte noch mit der der Entente identifizieren.

Renner glaubte, in der Zeit des imperialistischen Krieges müsse sich das Proletariat auf die Seite des Imperialismus des eigenen Landes stellen, um nicht vom fremden Imperialismus geknechtet zu werden. Adler forderte, das Proletariat müsse in unversöhnlicher Opposition gegen den Imperialismus überhaupt bleiben, vor allem aber überall gegen den Imperialismus des eigenen Staates für die Beendigung des Krieges, für den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen kämpfen.

Renner betrachtete als Aufgabe des proletarischen Internationalismus die Verteidigung und Vergrößerung des „übernationalen" Staatsgebildes. Adler betrachtete als Aufgabe des proletarischen Internationalismus die Wiederherstellung der internationalen Kampfgemeinschaft des Proletariats gegen alle nationalen und „übernationalen" Imperialismen.

Renner forderte vom Kriegsabsolutismus die Verwaltungsreform und Verfassungsrevision, die den Grund legen sollen zur Umgestaltung Österreichs in einen Bundesstaat der Völker. Renner feierte die Militarisierung, die „Durchstaatlichung" der Wirtschaft durch den Kriegsabsolutismus als den

Anfang ihrer Sozialisierung. Adler dagegen rief zum Kampf gegen den Kriegsabsolutismus auf. „In Österreich und Rußland handelt es sich noch gar nicht um die soziale Revolution. Hier ist die bürgerliche Revolution noch nicht zum Siege gelangt, hier steht die Abrechnung mit dem Absolutismus, die Verwirklichung der Demokratie noch aus. Gegenüber dem Absolutismus ist zunächst noch nicht die Herstellung des Sozialismus nötig, sondern es ist die alte bürgerliche Revolution, deren Aufgaben für Österreich zu erfüllen bisher versäumt wurde, durchzuführen."

Dem österreichischen Staatsproblem gegenüber stellte sich Adler „auf den Standpunkt der striktesten Neutralität". Er identifizierte die Sache des Proletariats nicht mit der Sache der national-revolutionären Bewegungen der slawischen Nationen. Aber er lehnte es auch ab, gegen diese Bewegungen die Existenz Österreichs zu verteidigen, „die Sache des Sozialismus zu kompromittieren durch die zu enge Verflechtung mit dem Schicksal eines Staats". Über den Wirren der Kämpfe zwischen Staaten und Nationen habe die internationale Sozialdemokratie i h r e besondere Aufgabe zu erfüllen, den Kampf an i h r e r Front zu führen: den Kampf gegen den Kriegsdespotismus in den Betrieben für die Freiheit der Arbeiter, gegen den Kriegsabsolutismus im Staate für die Demokratie, gegen den Krieg für den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, gegen Kriegsleidenschaft und Kriegshaß für die internationale Solidarität des Proletariats. Sie habe ihren Einfluß auf die Massen nicht in den Dienst der Kriegführung zu stellen, sondern Kriegsnot und Kriegszerrüttung zur Revolutionierung der Massen auszunützen.

Friedrich Adler scharte um sich eine kleine Gruppe von Genossen, die sich in dem Verein „Karl Marx" organisierte und in den Spalten des „Kampf", auf den Reichskonferenzen der Partei ihre Auffassungen gegen die überwiegende Mehrheit der Partei verfocht.

Aber der Aktion der von Friedrich Adler geführten „Linken" standen zunächst unüberwindliche Hindernisse im Weg. Ihr fehlte vor allem der Boden des Parlamentarismus, auf dem sich im Deutschen Reich die Auseinandersetzungen in der Partei entwickeln konnten. Und ihrem Kampf in der Presse setzte die Zensur sehr enge Schranken. So konnte sie an breitere Massen nicht heran. Friedrich Adler erkannte immer deutlicher, daß, da der Absolutismus der Opposition alle Möglichkeiten legaler Massenpropaganda geraubt hatte, nur noch eine außerordentliche individuelle Tat die Massen aufrütteln, die latente Energie ihres dumpfen Grolls in bewußte politische Aktion transformieren konnte. Im Herbst 1916 war jede Hoffnung auf nahen Frieden geschwunden. Die Hungersnot war so unerträglich geworden, daß im September trotz dem harten Kriegsrecht eine Bewegung in der militarisierten Kriegsindustrie ausbrach, die die Heeresverwaltung zwang, eine besondere Organisation für die Lebensmittelversorgung der Kriegsleistungsbetriebe zu schaffen. Die Erbitterung gegen den Absolutismus der Regierung Stürgkh erfaßte alle Klassen. Hochfeudale Gruppen des Herrenhauses forderten die Einberufung des Parlaments; Stürgkh lehnte sie ab. Der deutschnationale Präsident des Abgeordnetenhauses berief die Obmänner der Parteien ein; Stürgkh lehnte die Teilnahme an der Obmännerkonferenz ab. Universitätsprofessoren beriefen eine Versammlung ein, in der die Präsidenten des Abgeordnetenhauses sprechen sollten; Stürgkh ver-

bot die Versammlung. Es gab keine Möglichkeit einer legalen Opposition mehr. Da entschloß sich Fritz Adler zur Tat. Am 24. Oktober 1916 erschoß er den Ministerpräsidenten.

Adlers Tat war ein Wendepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Den Massen, die in hoffnungs- und tatenloser Verzweiflung dahinlebten, war er ein Held, der sein Leben geopfert, um ihre Leiden zu rächen. Der Eindruck der Tat verstärkte sich, als ihr unmittelbarer Erfolg erkennbar wurde: das System Koerbers, der Stürgkh folgte, lockerte den Kriegsabsolutismus, es stellte der Diktatur Tiszas im Reiche stärkeren Widerstand entgegen, es gab Hoffnung auf die Einberufung des Parlaments. Der Arbeitertag am 5. November 1916, von der Partei und den Gewerkschaften einberufen, konnte endlich die Greuel des militärischen Despotismus in den Kriegsindustriebetrieben enthüllen und damit den erschütternden Motivenbericht zu Adlers Tat liefern. Wenige Wochen später folgte die russische Märzrevolution. Sie revolutionierte auch in Deutschösterreich das Denken der Massen. Die Furcht vor dem russischen Zarismus ward nun von der Begeisterung für die russische Revolution abgelöst. Gegen den Zaren hatte man sich gewehrt; gegen die Revolution wollte man nicht Krieg führen. Und mit dem Kampf um den Frieden verknüpfte sich der Kampf um die Demokratie: nun standen die Mittelmächte auch im Osten wie früher schon im Westen demokratischen Gemeinwesen gegenüber; ihr Krieg war nur noch der Krieg halbfeudaler Militärmonarchien gegen die Demokratie. Die Bewegung in den Massen fand ihren Ausdruck in immer häufigeren Streiks in den Kriegsindustriebetrieben, die der Militarismus mit allen seinen Gewaltmitteln nicht mehr zu verhindern vermochte; die Verordnung vom 18. März 1917, die die Arbeitsverhältnisse in der Kriegsindustrie neu regelte, den industriellen Kriegsabsolutismus lockerte, war die erste Kapitulation des Absolutismus vor der Massenbewegung. Am 18. und 19. Mai 1917 fand vor dem Ausnahmegericht die Verhandlung gegen Friedrich Adler statt. Die offene revolutionäre Sprache, die Adler zum ersten Male vor den Schranken des Gerichtes sprechen konnte, fand in den Massen leidenschaftlichen Widerhall; und weit über die Reihen der Arbeiterklasse hinaus wirkte und warb das in der Gerichtsverhandlung enthüllte Bild seiner Persönlichkeit, in der sich kritisches, undogmatisches, vom Geiste modernen Relativismus genährtes Denken mit unbedingter, zur höchsten Selbstaufopferung gesteigerter Treue zum eigenen Prinzip, zum eigenen politisch-moralischen Charakter, zur sittlichen Pflicht, intellektueller Relativismus und ethischer Absolutismus so seltsam verknüpft zeigten. Wenige Tage später, am 30. Mai 1917, trat endlich nach dreijähriger Unterbrechung das Parlament wieder zusammen. Es nahm sofort den Kampf gegen den Terror der Militärgewalten auf. Die Mehrheit, aus den Sozialdemokraten und den Vertretern der slawischen Nationen zusammengesetzt, verweigerte den §-14-Verordnungen über die Aufhebung der Geschwornengerichte und über die Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit die Genehmigung und entriß dadurch der Schreckensherrschaft des Militarismus seine furchtbarste Waffe; Austerlitz hatte diesen Sieg über die Militärjustiz durch die Enthüllung ihrer Justizmorde in der „Arbeiter-Zeitung" wirksam vorbereitet. Mit der Wiederherstellung der Verfassung war die Möglichkeit der Massenpropaganda und Massen-

aktion wiedergewonnen, das zwei Jahre lang durch den militärischen Terror niedergehaltene Selbstbewußtsein der Massen mächtig gestärkt.

Im Verlaufe aller dieser Ereignisse, unter dem Drucke der sich wandelnden Massenstimmung hatte sich die Haltung der Partei zwar nur allmählich, nur schrittweise, aber vollständig verändert. Der Parteitag, der vom 19. bis zum 24. Oktober 1917 in Wien tagte, gab dieser Entwicklung den Abschluß. Die „Erklärung der Linken" faßte noch einmal die Anklagen gegen die Haltung der Partei in den ersten Kriegsjahren zusammen. Die Abwehr der Mehrheit war nur noch ein Rückzugsgefecht. Dem Parteitag folgten große Massenkundgebungen gegen den Krieg und für die russische Revolution. Das Bild der „Arbeiter-Zeitung" veränderte sich vollständig. Austerlitz führte nun in der „Arbeiter-Zeitung" den Kampf für einen demokratischen Verständigungsfrieden gegen den österreichisch-ungarischen und vor allem gegen den deutschen Imperialismus; seit den Tagen von Brest-Litowsk rückte die „Arbeiter-Zeitung" von den reichsdeutschen Mehrheitssozialisten ab. Hatte schon die Stockholmer Konferenz im Sommer 1917 in den Massen die Hoffnung geweckt, daß der Sozialismus den Frieden bringen werde, so wurde die Partei nun, dank der entschlossenen Wendung, die sie gemacht, zur Wortführerin der Friedenssehnsucht der kriegsmüden Massen an der Front und im Hinterlande, ihr Einfluß wuchs daher weit über ihre alten Kaders hinaus, sie erwarb so das Vertrauen, die Autorität, die Kraft, die sie befähigten, in der nahenden Revolution die Führung zu übernehmen.

Aber nicht nur in der Sozialdemokratie, auch in den Reihen der herrschenden Klassen hatte sich 1917 schon eine tiefe Wandlung vollzogen. Alter Gegensatz, in den ersten Kriegsjahren überbrückt, klaffte wieder auf: der Gegensatz zwischen dem Deutschtum und dem Österreichertum wurde wieder lebendig.

An der Front hatte es begonnen. Der preußische Offizier ließ es den österreichischen Kameraden fühlen, daß deutsche Divisionen nach jeder österreichischen Niederlage den schwachen Bundesgenossen retten mußten; preußischer Hochmut reizte das österreichische Selbstgefühl. Eifersüchteleien zwischen der deutschen Obersten Heeresleitung und dem k. u. k. Armeeoberkommando, Streit zwischen den beiden Diplomatien um das Trentino, um Polen, um „Mitteleuropa" verschärften den Gegensatz. Der Kampf um den Frieden ließ ihn offenbar werden.

Die Tat Friedrich Adlers, der Ausbruch der russischen Revolution, die Maideklarationen der Tschechen und der Südslawen im Parlament hatten den Wiener Hof eingeschüchtert. Er sah, wie nach der russischen Revolution unter Tschechen, Polen, Südslawen die Bewegung für den Abfall vom Reiche erstarkte. Er sah die revolutionäre Gärung in den deutschösterreichischen Arbeitermassen. Der Wiener Hof erkannte, daß nur schneller Friedensschluß das Reich noch retten konnte. Durch das Jahr 1917 ziehen sich die Versuche des Wiener Hofes, durch geheime Verhandlungen zu schnellem Frieden mit der Entente zu gelangen und den deutschen Bundesgenossen zu schnellem Friedensschluß mit der Entente zu bewegen.

Noch war Habsburg nicht bereit, dem Frieden schwere Opfer zu bringen. Wohl bot Czernin im April 1917 dem Deutschen Reich die Angliederung Polens samt Galizien an, um es zur Abtretung Elsaß-Lothringens an Frank-

reich zu bewegen; aber er entwertete das Angebot sofort, indem er für den Erzherzog Karl Stephan die polnische Königskrone verlangte. Wohl erklärte sich im Mai 1917 Kaiser Karl bereit, das Trentino an Italien abzutreten; aber er verlangte als Preis dafür die Abtretung italienischer Kolonien. Wohl wiederholte im Mai 1917 Czernin das Angebot an Deutschland, ihm Polen und Galizien zu überlassen; aber diesmal verlangte er als Preis dafür die Angliederung Rumäniens an die Monarchie. Je schwerer aber die Wirtschaftsnot in der Monarchie wurde, je drohender die revolutionäre Bewegung ihrer Völker, desto mehr wuchs Habsburgs Friedenssehnsucht; desto eher war der Kaiser bereit, selbst mit schweren Opfern den Frieden zu erkaufen, um seinen Thron zu retten. Aber in Berlin stieß er auf ein starres Nein. Die deutschen Generale, die die Politik des Reiches bestimmten, hofften noch auf den Sieg. Sie wollten nicht nur von der Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich nichts hören; sie sprachen noch von der Annexion Lüttichs, von der Kontrolle der flandrischen Küste, von der Angliederung der russischen Randvölker. In Wien wuchs die Erbitterung gegen die deutschen Generale, die den rechtzeitigen Friedensschluß, der allein die Monarchie retten konnte, verhinderten. Der Wiener Hof begann die Trennung von Deutschland und einen Sonderfrieden mit der Entente zu erwägen.

Zum Sonderfrieden drängten die Kaiserin, die in französischen Traditionen erzogene, Deutschland hassende Familie Parma-Bourbon. Zum Sonderfrieden rieten magyarische Diplomaten und kroatische Generale. Bismarcks Satz, keine große Nation werde „je zu bewegen sein, ihr Bestehen auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern", wurde am Hof das beliebteste Zitat. Der Kaiser schwankte. Aber schließlich wagte er doch den Sonderfrieden nicht. Er fürchtete die Auflehnung der Deutschösterreicher. Er fürchtete vor allem die deutschen Generale. Er fürchtete, daß Deutschland den Sonderfrieden mit dem Einfall seiner Heere in das Gebiet der Monarchie beantworten werde. Schon im März 1917 hatte der Prinz Sixtus von Parma dem Kaiser für diesen Fall die Waffenhilfe der Entente gegen Deutschland zugesichert. Im November 1917 urteilte Czernin über die Wirkungen eines Sonderfriedens: „Die deutschen Generale werden nicht so dumm sein, zu warten, bis die Entente über Österreich nach Deutschland einfällt, sondern dafür sorgen, daß Österreich zum Kriegsschauplatz wird. Wir beenden also damit den Krieg nicht, wir wechseln bloß den Gegner und liefern einzelne bisher noch hievon verschonte Provinzen, so Tirol und Böhmen, der Kriegsfurie aus, um schließlich doch zertrümmert zu werden." Nach der russischen Oktoberrevolution, nachdem die Auflösung des russischen Heeres die große deutsche Ostarmee freigesetzt hatte, war diese Gefahr unzweifelhaft sehr ernst.

So scheiterten alle Friedensbemühungen. Aber sie hatten ein folgenschweres Nachspiel. Im April 1918 deckte Clémenceau das Geheimnis der durch den Prinzen Sixtus geführten Friedensverhandlungen auf. In dem Augenblick, in dem die deutsche Armee an der Westfront zu dem zweiten gewaltigen Offensivstoß eingesetzt hatte, von dem die Deutschnationalen den Durchbruch nach Paris und Calais, den endgültigen Sieg erhofften, in diesem Augenblick erfuhr Deutschösterreich, daß der Kaiser mitten im Krieg durch seinen im feindlichen Heere dienenden Schwager „das tapfere

französische Heer" seiner Sympathien versichert und hinter Deutschlands Rücken seinen Schwager ermächtigt hatte, „Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, mitzuteilen, daß ich mit allen Mitteln und mit Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde". Alle deutsch Gesinnten im österreichischen Bürgertum lehnten sich wild auf. Sie waren mit dem Kaiser unzufrieden, als er nach der russischen Revolution die „Belange" nicht zu oktroyieren wagte. Sie waren erbittert, als er, in der Zeit der Bemühungen um den Frieden, den tschechischen „Hochverrätern" Amnestie gewährte. Jetzt, da des Kaisers Brief an den Bourbonen bekannt wurde, erschien ihnen der Kaiser nur noch als Verräter an dem deutschen Bundesgenossen, der seit vier Jahren aber- und abermals mit deutschen Blutopfern das geschlagene österreichische Heer gerettet hatte. Mißtrauen, Verachtung, Haß gegen den Kaiser beherrschten jetzt das deutschnationale Bürgertum.

Ganz anders urteilten die altösterreichisch Gesinnten. Auch sie mochten des Kaisers Methoden für falsch halten. Sein Ziel aber hielten sie für richtig. Daß nur schneller Friede, und sei es selbst ein Sonderfriede, das Reich retten könne, daß sich Österreich von Deutschland trennen, sich der Entente in die Arme werfen, sich in einen Bundesstaat autonomer Nationen umbilden müsse, um nicht gänzlich zu zerfallen, war auch ihre Überzeugung. So entstand ein ganz eigenartiger österreichischer Pazifismus, in dem sich menschlicher Abscheu vor dem Kriege und pazifistischer Glaube an Wilsons Friedensbotschaft mit altösterreichischem Patriotismus und altösterreichischem Preußenhaß, mit der Sorge um die Existenz der Monarchie und der Furcht vor der nationalen und der sozialen Revolution vermengten. Lammasch' Persönlichkeit gab dieser pazifistischen Strömung Bedeutung.

Drüben die Deutschnationalen, die immer noch auf den Sieg der deutschen Waffen hofften, immer noch bis zu dem Deutschlands Macht mehrenden Siegfrieden durchhalten wollten. Hüben einerseits der patriotische Pazifismus, anderseits die Sozialdemokratie, die beide den Frieden, beide die innere Umbildung Österreichs zu einem Bundesstaat freier Völker forderten. Einen Augenblick lang traten dem Alldeutschtum das pazifistische Altösterreichertum und die Sozialdemokratie vereint entgegen. Als Lammasch im Herrenhause den Schönburg und Pattai tapfer entgegentrat, jubelten ihm die Arbeitermassen zu. Aber die Allianz zwischen dem patriotischen Pazifismus und der Sozialdemokratie währte nicht lang. Sie wurde gelöst durch die weitere innere Entwicklung der Sozialdemokratie.

Die „Linke" hatte in den Jahren 1914 bis 1917 ihre Aufgabe innerhalb der deutschösterreichischen Sozialdemokratie erst zur Hälfte erfüllt. Vorerst war es nur ein demokratischer Pazifismus, der in der Partei obsiegt hatte. Nun galt es, die Partei vom bloßen Pazifismus zur Erkenntnis ihrer revolutionären Aufgaben weiterzuführen.

Im Herbst 1917 war es uns klar: Kommt der Friede nicht bald, dann endet der Krieg mit der Revolution. Und auch den Inhalt dieser Revolution konnte jeder, der die innere Entwicklung der nationalen Bewegungen der Tschechen, der Polen, der Südslawen im Jahre 1917 beobachtet hatte, voraussagen: zerbricht die Revolution den Herrschaftsapparat, der die zehn Nationen im Gehorsam hält, dann werden Tschechen, Polen, Südslawen

von Österreich-Ungarn abfallen, wird Österreich-Ungarn zerfallen. Nicht das war die Frage, ob die deutschösterreichische Arbeiterschaft w ü n s c h e, daß das Reich zerfällt; die Frage, die wir zu beantworten hatten, war vielmehr, wie sich die deutschösterreichische Arbeiterschaft v e r h a l t e n solle, wenn Tschechen, Polen, Südslawen das Reich zerfällen.

Wir forderten seit 1899 die Umbildung Österreichs zu einem Bundesstaat freier Nationen. Im Verlaufe des Krieges war es klar geworden, daß sich Tschechen, Polen, Südslawen mit dieser Lösung ihres nationalen Problems nicht mehr begnügen werden, wenn die Revolution ausbricht; daß sie in der Revolution um ihre volle nationale Unabhängigkeit kämpfen werden. Unser Problem war: Kann sich die deutschösterreichische Sozialdemokratie der nationalen Revolution der slawischen Völker entgegenstellen? Soll sie, wenn erst die Revolution kommt, die Nationen, die ihre volle Freiheit fordern, zu zwingen versuchen, daß sie sich mit der Autonomie innerhalb Österreichs bescheiden?

Das Brünner Nationalitätenprogramm war eine revolutionäre Parole, als wir es 1899 dem Zentralismus der deutschösterreichischen Bourgeoisie und dem Kronländerföderalismus des Feudaladels entgegenstellten. Es war eine revolutionäre Parole, als wir es 1908 bis 1914 dem kriegerischen Imperialismus entgegenschleuderten. Es mochte allenfalls noch für eine revolutionäre Parole gelten, als die Partei es 1915 und 1916 der Oktroipolitik, den „Belangen" der deutschösterreichischen Bourgeoisie entgegenwarf. 1917 aber war es schon klar: Kommt die Revolution, dann wird die Umbildung der Monarchie zu einem Bundesstaat autonomer Nationen zur Parole der Konterrevolution werden; zu dem Programm, das die Dynastie, die deutschösterreichische Bourgeoisie, die magyarische Gentry den Nationen, die um ihre vollständige Befreiung kämpfen, entgegenstellen werden. Unsere Frage war: Soll sich die deutschösterreichische Arbeiterklasse in der nahenden Revolution an die Seite der Dynastie, der deutschösterreichischen Bourgeoisie, der magyarischen Gentry gegen die ihr uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht fordernden Nationen stellen?

Wir erwogen: Schlägt die Stunde der Revolution, dann kann nur noch konterrevolutionäre Gewalt die Nationen dem Verband des österreichisch-ungarischen Staatswesens wieder einfügen. Aber konterrevolutionäre Gewalt kann nicht einen demokratischen Bundesstaat freier Völker aufrichten, sie kann nur mit den Mitteln der Gewalt die niedergeworfenen Völker zusammenhalten. Siegt die Revolution, so wird Österreich nicht zu einem Bundesstaat freier Völker werden, sondern zerfallen. Siegt die Konterrevolution, so wird sie nicht einen Bundesstaat freier Völker aufrichten können, sondern nur eine despotische Gewaltherrschaft, die mit den niedergeworfenen Nationen auch die deutschösterreichischen Arbeitermassen despotisch niederhalten wird.

Unsere Erwägungen führten zu dem Schluß: Kommt die Revolution, so dürfen wir nicht Arm in Arm mit den konterrevolutionären Mächten, mit der Dynastie, mit der deutschösterreichischen Bourgeoisie, mit der magyarischen Gentry die Existenz Österreichs gegen die revolutionären Nationen verteidigen. Wir müssen das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der slawischen Nationen anerkennen. Und müssen aus dieser Anerkennung unseren Schluß ziehen: Erkennen wir das Selbstbestimmungsrecht der

slawischen Nationen an, so müssen wir dasselbe Selbstbestimmungsrecht für das deutschösterreichische Volk fordern. Verwirklichen die slawischen Nationen ihre Einheit und Freiheit in neuen Nationalstaaten, so müssen wir die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes zu verwirklichen versuchen durch den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland. Sprengt die nationale Revolution der slawischen Nationen das Reich, so müssen wir die revolutionäre Krise ausnützen für die Sache der sozialen Revolution; müssen wir auch auf unserem Boden die Dynastie stürzen, die demokratische Republik aufrichten, auf dem Boden der demokratischen Republik den Kampf um den Sozialismus beginnen.

Wollten wir also die Partei zur Erfüllung ihrer Aufgaben in der nahenden Revolution geistig vorbereiten, so mußten wir den Einfluß der Lehre Renners von der Notwendigkeit und Überlegenheit des „übernationalen Staates" brechen, die Massen zur bedingungslosen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker erziehen, das Brünner Nationalitätenprogramm von 1899 überwinden, auf die alte Tradition der republikanischen Demokratie, ihre Tradition von 1848 her, zurückgreifen, daß die Aufgabe der österreichischen Revolution die Auflösung des österreichischen Staates selbst, die Aufrichtung freier Nationalstaaten auf seinen Trümmern sein werde.

Ich hatte schon vor dem Kriege, schon seit der Annexionskrise, im „Kampf" die Auffassung vertreten, daß der nahende Krieg das revolutionäre Nationalitätsprinzip wieder auf die Tagesordnung der Geschichte setzen werde. Als ich im September 1917 aus der russichen Kriegsgefangenschaft heimkehrte, begann ich die Propaganda dieses Gedankens. Freilich, wollten wir öffentlich zu den Massen sprechen, so mußten wir innerhalb der Schranken bleiben, die die Preßzensur uns setzte. Wir konnten also nicht offen von der Revolution sprechen, sondern mußten sie als „vollen Sieg der Demokratie", als „Einberufung konstituierender Nationalversammlungen" umschreiben; wir konnten nicht offen die Auflösung Österreichs proklamieren, sondern sie nur umschreiben durch die Forderung, daß den Nationen nur diejenigen Angelegenheiten gemeinsam bleiben sollen, die sie durch freie Vereinbarung als gemeinsam feststellen. So fügte ich schon in die „Erklärung", die die „Linke" auf dem Oktoberparteitag 1917 verfocht, den folgenden, gegen Renner polemisierenden Satz ein:

„Wie das soziale Problem nicht in bloßer Verwaltungsarbeit gelöst werden kann, sondern nur durch die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, so kann auch das nationale Problem nicht durch ein paar Verwaltungsgesetze gelöst werden, sondern nur durch den vollen Sieg der Demokratie. Nicht die Kreisverwaltung kann unsere Losung sein im Kampfe für die nationale Autonomie, sondern nur die Einberufung Konstituierender Nationalversammlungen der einzelnen Nationen, von denen jede die Verfassung und die Verwaltungsorganisation ihrer Nation souverän festsetzt und die Besorgung der gemeinsamen Angelegenheiten mit den anderen Nationen vereinbart."

Aber diese Gedankengänge waren der Partei noch im Oktober 1917 so wenig vertraut, daß sie von dem Parteitag überhaupt nicht verstanden wurden. Derselbe Parteitag, der vor den Auffassungen der „Linken" über die Stellung der Partei zum Kriege zurückwich, nahm eine Resolution

Renners an, die eine demokratische Verwaltungsreform als Grundlage der Umgestaltung Österreichs in einen Nationalitätenbundesstaat forderte, ohne daß auch nur die auf dem Parteitag anwesenden Vertreter der „Linken" dagegen Einspruch erhoben hätten. Erst die Ereignisse des Jänner 1918 machten die deutschösterreichische Arbeiterschaft mit dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen vertraut.

In Brest-Litowsk verhandelten die Vertreter der Mittelmächte mit der Delegation der Sowjetrepublik über den Frieden. Gegen alle die „Angliederungs"-Pläne des deutschen und des österreichischen Imperialismus verfocht Trotzki das Selbstbestimmungsrecht Polens, Litauens und Kurlands. Am 12. Jänner schlug der General Hoffmann mit der Faust drohend auf den Verhandlungstisch; die Protestversammlungen, die die Partei am folgenden Tage in Wien veranstaltete, zeigten die leidenschaftliche Erregung der Massen über den imperialistischen Vorstoß der deutschen Obersten Heeresleitung gegen die Sowjetrepublik. Die Erbitterung über die Verschleppung der Friedensverhandlungen wurde durch eine schwere Krise des Ernährungsdienstes verschärft. Als am 14. Jänner 1918 die Mehlration auf die Hälfte herabgesetzt wurde, traten die Arbeiter in Wiener-Neustadt in den Streik. Am folgenden Tage griff der Streik auf Ternitz, Wimpassing, Neunkirchen, das Triestingtal und St. Pölten über. Die Bewegung breitete sich ungeregelt von Betrieb zu Betrieb, von Ort zu Ort aus. Der Parteivorstand beschloß, sie zu vereinheitlichen und ihr ein politisches Ziel zu geben. Am 16. Jänner veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung" ein Manifest der Parteivertretung, das erklärte, das Volk wolle nicht „den Krieg gegen Rußland zu dem Zweck weiterführen, damit der Kaiser von Österreich zum König von Polen gewählt werde und damit der König von Preußen wirtschaftlich und militärisch über Kurland und Litauen verfüge". Das Manifest schloß mit den Worten:

„Darum fordern wir euch, Arbeiter und Arbeiterinnen, auf, überall und immer wieder laut und nachdrücklich eure Stimme zu erheben und mit uns zu kämpfen:
Für die schleunigste Beendigung des Krieges!
Für den Frieden ohne offene und ohne verhüllte Eroberungen!
Für den Frieden auf der Grundlage des unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker!"

Es zeugte von der tiefen Wandlung, die sich bereits vollzogen hatte, daß die Parteivertretung dieses Manifest erließ und daß die Zensur es, einer von Viktor Adler und Seitz dem Ministerpräsidenten Seidler aufgezwungenen Weisung gemäß, nicht mehr zu unterdrücken wagte. Der niederösterreichische Streik hätte wohl auch ohne dieses Manifest Wiener Betriebe mitgerissen; das Manifest aber vereinheitlichte die ganze Bewegung. Am 16. Jänner trat die ganze Wiener Arbeiterschaft in den Streik. Am 17. und 18. Jänner wurden auch die oberösterreichischen und die steirischen Industriegebiete von der Bewegung erfaßt. Am 18. Jänner trat auch die ungarische Arbeiterschaft in den Ausstand. Die Riesenmasse der Streikenden, die wilde revolutionäre Leidenschaft ihrer Massenversammlungen, die Wahl der ersten Arbeiterräte in den Streikversammlungen — all das gab der Bewegung grandiosen revolutionären Charakter und weckte in den Massen die Hoffnung, den Streik unmittelbar zur Revolution steigern, die Macht an sich reißen, den Frieden erzwingen zu können.

Das war nun freilich eine Illusion. Den militärischen Kommanden gelang es, sehr schnell bedeutende Streitkräfte in die Streikgebiete zu werfen: durchwegs rumänische, ruthenische, bosnische Truppen, mit denen sich die streikenden Arbeiter nicht verständigen konnten, eingeschüchterte junge Rekruten, die fest in der Hand ihrer Führer waren. Es unterlag keinem Zweifel, daß diese Truppen stark und verläßlich genug waren, jeden Versuch der Massen, den Streik zu revolutionärem Gewaltakt weiterzutreiben, blutig niederzuwerfen.

Aber selbst wenn der österreichische Militarismus über die Abwehrkräfte gegen eine revolutionäre Erhebung nicht mehr verfügt hätte, wäre im Jänner 1918 nicht möglich gewesen, was im Oktober 1918 möglich geworden ist. Denn eben damals, in den Tagen von Brest-Litowsk, war der deutsche Imperialismus auf dem Höhepunkt seiner Macht. Die russische Armee hatte sich seit der Oktoberrevolution vollständig aufgelöst. Das Riesenheer der deutschen Ostfront war verfügbar geworden. Eine Million Mann konnte der deutsche Militarismus in den folgenden Wochen vom Osten nach dem Westen werfen. In dem Augenblick, in dem der deutsche Imperialismus über eine größere Reservearmee verfügte als jemals vorher oder nachher während des ganzen Krieges, hätte die österreichische Revolution nichts anderes bewirken können als die Invasion Österreichs durch die deutschen Heere. Deutsche Armeen hätten Österreich besetzt, wie sie kurze Zeit später unvergleichlich größere Gebiete in Rußland und der Ukraine besetzt haben, und hätten die österreichische Revolution niedergeworfen, wie sie kurze Zeit später die Revolution in Finnland niedergeworfen haben. Und da die Revolution zugleich die Südfront aufgelöst hätte, wären auf österreichischem Gebiet die vom Süden vordringenden Ententeheere mit den von Norden einbrechenden deutschen Heeren zusammengestoßen; Österreich wäre zum Kriegsschauplatz geworden.

Wir wußten, wie ernst die Gefahr einer deutschen Invasion war. Es war uns bekannt, daß nur die Furcht vor der deutschen Invasion den Wiener Hof von dem Sonderfrieden abschreckte. Es war uns bekannt, daß auch die tschechischen Revolutionäre die deutsche Invasion fürchteten. Nichts war uns während des Jännerstreiks ein wichtigeres Symptom als die Haltung der tschechischen Arbeiterschaft. Nur Brünn, wo die den Wiener Gewerkschaften angeschlossenen Zentralisten die Führung hatten, wurde von dem Streik erfaßt. Das ganze große tschechische Gebiet, in dem die tschechoslawische Sozialdemokratie führte, blieb ruhig. Die tschechoslawische Sozialdemokratie stand längst schon unter dem starken Einfluß der tschechischen revolutionären Führer, die die nationale Revolution der Tschechen vorbereiteten und von dem Nationalrat der tschechischen Emigration ihre Weisungen empfingen. Offenbar wünschten die Führer der tschechischen nationalen Revolution die Teilnahme der tschechischen Arbeiter an dem Streik nicht. Den Streik als Demonstration für den Frieden mit Sowjetrußland konnten sie als Verbündete der Entente nicht wünschen; denn die Entente hatte soeben mit Sowjetrußland gebrochen, weil es über den Frieden mit den Mittelmächten zu verhandeln beschloß. Die Steigerung des Streiks zur Revolution konnten sie noch weniger wünschen; denn ihre Taktik während des ganzen Krieges war durch die Überzeugung bestimmt, daß jede tschechische Revolution, solange der deutsche Imperialismus noch

nicht geschlagen war, nur zur Besetzung Böhmens und Mährens durch reichsdeutsche Truppen führen konnte.

Diese Erkenntnisse mußten unsere Entschlüsse bestimmen. Wir hatten den Streik als eine große revolutionäre Demonstration gewollt. Die Steigerung des Streiks zur Revolution selbst konnten wir nicht wollen. Darum mußten wir dafür sorgen, daß der Streik beendet werde, ehe Hungersnot die Streikenden zur Kapitulation zwingt, so beendet werde, daß die Macht und das Selbstvertrauen der Massen gestärkt wird. Der Parteivorstand formulierte schon am ersten Tage des Wiener Streiks, am 16. Jänner, Forderungen an die Regierung. Der in den Streikversammlungen gewählte Arbeiterrat genehmigte diese Forderungen in seiner ersten Sitzung am 18. Jänner. Die Regierung gab nach. Am 19. Jänner überreichte der Ministerpräsident einer Abordnung des Arbeiterrates eine Erklärung des Ministers des Äußern Czernin, in der sich dieser feierlich verpflichtete, die Friedensverhandlungen an keinerlei territorialen Fragen scheitern zu lassen, keinerlei Gebietserwerbungen auf Rußlands Kosten anzustreben, Polens Selbstbestimmungsrecht vorbehaltlos anzuerkennen; außerdem versprach er Reformen des Kriegsleistungsgesetzes und des Ernährungsdienstes und die Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes. In der Nacht vom 19. auf den 20. Jänner nahm der Arbeiterrat nach leidenschaftlichen Debatten den Antrag des Parteivorstandes an, die Arbeiterschaft aufzufordern, sie solle die Arbeit am Montag, den 21. Jänner, wieder aufnehmen. Dieser Beschluß stieß in den von revolutionärer Leidenschaft erfaßten Massen auf heftigen Widerstand. In stürmischen Riesenversammlungen wurde um ihn gekämpft. In den meisten Betrieben wurde die Arbeit erst am Dienstag, in vielen erst am Mittwoch oder am Donnerstag wieder aufgenommen.

In den stürmischen Versammlungen vor der Beendigung des Streiks trieben die „Linksradikalen" eine heftige Agitation. Diese kleine, von Franz Koritschoner geführte Gruppe hatte im Sommer 1917 auf einer Konferenz in St. Ägyd im Föhrenwalde bei Wiener-Neustadt Verbindungen mit der Arbeiterschaft des Wiener-Neustädter Industriegebietes angeknüpft. Im Jänner hatte ihre Agitation an der Ausbreitung des Wiener-Neustädter Streiks auf das niederösterreichische Industriegebiet einigen Anteil. Jetzt warf sie sich dem Beschluß, den Streik abzubrechen, entgegen. Das militärische Aufgebot in den Streikgebieten, die ablehnende Haltung der tschechischen Arbeiter, die millionenköpfige Armeereserve des deutschen Imperialismus — all das kümmerte sie nicht; ihr war die Beendigung des Streiks nackter „Verrat". Sie richtete ihren Angriff nicht nur gegen den Parteivorstand, sondern auch gegen die „Linke", weil wir für die Durchführung der Beschlüsse des Arbeiterrates eintraten. Die Wege der „Linken" und der „Linksradikalen" schieden sich nun. Während die „Linke" allmählich die Partei für ihre Auffassungen gewann, stellten sich die „Linksradikalen" gegen die Partei. Im November 1918 konstituierten sie sich, mit einer Gruppe aus Rußland heimkehrender Kriegsgefangener vereinigt, als Kommunistische Partei.

Der Jännerstreik konnte nicht unmittelbar in die Revolution münden. Aber er war eine revolutionäre Demonstration von großer geschichtlicher Wirkung, die überaus viel dazu beigetragen hat, die Vorbedingungen der

Oktober- und Novemberrevolution zu schaffen. Zunächst hat der Streik die Regierung eingeschüchtert. Anfangs dachte man am Hofe daran, eine Militärdiktatur aufzurichten, die die rebellischen Arbeiter niederwerfen sollte; der General der Kavallerie Fürst Schönburg war zum Ministerpräsidenten ausersehen. Aber der Kaiser wagte diese Herausforderung der Arbeiter nicht mehr. Vor dem Wiederausbruch des Streiks zitternd, wagte es der Militarismus nicht mehr, seine Gewaltmittel gegen die Arbeiterschaft voll zu gebrauchen. Der Einfluß der Sozialdemokratie war gestärkt, unsere Bewegungsfreiheit erweitert, das Kriegsrecht in den Fabriken wesentlich gelockert.

Noch folgenschwerer war die Wirkung des Streiks auf die Armee. Der Kampf der Arbeiterschaft um den Frieden fand unter den kriegsmüden hungernden Soldaten lautes Echo. Die Gärung in den Truppen äußerte sich in einer Kette von Meutereien, die dem Jännerstreik folgten. In Judenburg meuterten slowenische, in Fünfkirchen serbische, in Rumburg tschechische, in Budapest magyarische Truppen. In Cattaro schlug in den ersten Februartagen ein Streik der Arsenalarbeiter auf die Kriegsmarine über. Die Mannschaft der Kriegsschiffe hißte rote Flaggen, sie setzte die Offiziere gefangen und forderte Friedensschluß auf Grund der „14 Punkte“ Wilsons. Erst die vom Hafenkommando zu Hilfe gerufene Flottendivision von Pola, von deutschen U-Booten unterstützt, zwang die Meuterer zur Kapitulation. Die Meutereien wurden niedergeworfen. Aber wie sehr der Jännerstreik unsere Macht gestärkt, die Herrschenden eingeschüchtert hatte, zeigte sich darin, daß es dem Eingreifen der sozialdemokratischen Abgeordneten in den meisten Fällen gelang, die Hinrichtung der zum Tode verurteilten Meuterer zu verhindern. Unter den Truppen aber breiteten sich revolutionäre Ideen immer weiter aus. Sie gewannen noch an Kraft, als nach dem Friedensschluß mit der Sowjetrepublik Zehntausende Kriegsgefangene, die in Rußland die Revolution erlebt hatten, heimkehrten und in die Truppen eingereiht wurden.

Zugleich gewann aber die revolutionäre Idee selbst auch größere Bestimmtheit. Der Jännerstreik hatte die Forderung nach dem Frieden mit der Forderung nach der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verknüpft. Daß nur die vorbehaltlose Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen dem Krieg ein Ende setzen könne, wurde im Jännerstreik und durch den Jännerstreik zur Überzeugung der deutschösterreichischen Arbeiterschaft. Damit erst begann die deutschösterreichische Arbeiterschaft die Aufgabe zu begreifen, die ihr die nahende nationale Revolution der Tschechen, Jugoslawen und Polen stellen mußte. Diese Aufgabe mußte nun näher bestimmt werden.

An demselben 20. Jänner, an dem in stürmischen Massenversammlungen für und wider die Beendigung des Streiks gekämpft wurde, kamen im Eisenbahnerheim in Wien einige Vertreter der „Linken“ und der tschechischen Zentralisten zusammen; auch ein polnischer und ein slowenischer Sozialdemokrat waren gekommen. Wir waren überzeugt, daß der Augenblick der Revolution noch nicht gekommen war; darum waren wir mit der Einstellung des Streiks einverstanden. Wir waren überzeugt, daß der Augenblick der Revolution nahte; darum waren wir zusammengekommen, um uns über die konkreten Aufgaben des Proletariats in der

nationalen Revolution zu verständigen. Das Ergebnis dieser Beratungen war das „Nationalitätenprogramm der Linken".

Die Darlegungen des Nationalitätenprogramms gingen von der Feststellung aus, daß die slawischen Nationen der Monarchie einen Entwicklungszustand erreicht haben, in dem sie die Fremdherrschaft und die Zerstückelung nicht mehr ertragen. „Sie fordern ihr volles Selbstbestimmungsrecht. Sie werden es erringen, sobald der volle Sieg der Demokratie die Gewalten, die die Völker knechten, überwindet." Was wird nun — das ist die Frage, die das Programm zu beantworten sucht — die internationale Sozialdemokratie in dieser nahenden Stunde zu tun haben? Das Programm sagt darüber:

„Die deutsche Sozialdemokratie kann als demokratische, als internationale, als revolutionäre Partei diese Entwicklung nicht bekämpfen. Sie muß das Selbstbestimmungsrecht der tschechischen Nation, sie muß das Recht der Slowenen, Kroaten und Serben auf ihre Vereinigung in einem südslawischen Gemeinwesen anerkennen. Sie muß die Forderung nach der Vereinigung des ganzen polnischen Volkes, also auch des polnischen Volkes in Galizien und Schlesien, mit dem unabhängigen Polen unterstützen.

Die Deutschen bilden nur eine Minderheit der Bevölkerung Österreichs. Die Vorherrschaft der deutschen Bourgeoisie in Österreich beruht nur auf politischen und sozialen Vorrechten. Sie wird daher durch den wirtschaftlichen und kuturellen Aufstieg der anderen Nationen erschüttert. Sie wird vollständig zusammenbrechen durch den Sieg der Demokratie. Durch ihn gelangen die slawischen und romanischen Völker Österreich-Ungarns zu ihrer eigenen Staatlichkeit; eben dadurch löst sich aber aus dem österreichischen Völkergemenge Deutschösterreich als ein besonderes Gemeinwesen heraus. Ist dieses konstituiert, so wird es seine Beziehungen zum Deutschen Reiche nach seinen Bedürfnissen und seinem Willen selbständig ordnen können.

Für das Proletariat ist die Demokratie Lebensbedürfnis. Die deutsche Sozialdemokratie kann daher die politischen und sozialen Vorrechte nicht aufrechterhalten, auf denen die nationale Vorherrschaft der deutschen Bourgeoisie in Österreich beruht. Aber gerade indem die deutsche Arbeiterklasse diese Vorrechte niederreißt und dadurch die Befreiungsbestrebungen der nichtdeutschen Nationen unterstützt, bereitet sie die Einheit und Freiheit der deutschen Nation, die Vereinigung aller Deutschen in einem demokratischen deutschen Gemeinwesen vor.

Anderseits muß die tschechische, die polnische und die südslawische Sozialdemokratie jeden Versuch der Bourgeoisien ihrer Nationen bekämpfen, im Namen der Freiheit der eigenen Nation andere Nationen zu knechten. Die tschechische Sozialdemokratie muß die Forderung der tschechischen Bourgeoisie, daß dem tschechischen Staate auch die deutschen Gebiete Böhmens und Mährens, die deutschen und die polnischen Gebiete Schlesiens einverleibt werden sollen, unbedingt bekämpfen. Die polnische Sozialdemokratie muß die nationalistische Forderung, daß dem polnischen Staate die ukrainischen Gebiete Ostgaliziens, daß ihm auch litauische und weißrussische Gebiete einzuverleiben seien, unbedingt ablehnen. Die südslawische Sozialdemokratie muß jeden Plan der Bereicherung ihres Volkes auf Kosten der Italiener, der Albaner oder der Bulgaren unbedingt zurückweisen."

Von diesen Grundsätzen ausgehend, forderte das Programm: eine vollkommen souveräne Konstituierende Nationalversammlung für jedes geschlossene Sprachgebiet; Entscheidung der Grenzstreitigkeiten durch Volksabstimmung; keine staatsrechtliche Gemeinsamkeit zwischen den Nationen als diejenige, die sie etwa freiwillig miteinander vereinbaren.

Das Programm zog aus der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen die letzte Konsequenz, indem es zum erstenmal die „Vereinigung aller Deutschen in einem demokratischen deutschen Gemeinwesen" — so mußten wir der Zensur wegen die Republik umschreiben — also den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland, forderte. Es griff damit auf die Traditionen von 1848, die Traditionen der sechziger Jahre zurück. Freilich, mit einer wesentlichen Abweichung. Im Jahre 1848 waren die Tschechen und die Südslawen noch unentwickelte Bauernvölker gewesen; alle bürgerliche Kultur in Böhmen, Mähren, Krain war noch deutsch. Ihr Gegensatz gegen die nationale Revolution der Deutschen, der Magyaren, der Italiener hatte damals Tschechen und Slowenen zu Stützen der habsburgischen Konterrevolution gemacht. Ein tschechischer, ein jugoslawischer Nationalstaat wäre damals nur als Vasallenstaat des zarischen Rußland denkbar gewesen. Darum hat die Demokratie von 1848 den Tschechen und den Slowenen keineswegs das Recht auf selbständige Staatlichkeit zugesprochen. Ihr Ziel war das Aufgehen der historischen deutschen Bundesländer Österreichs einschließlich der tschechischen und der slowenischen Gebiete in einer deutschen Republik, neben der nur die revolutionären historischen Nationen — Italiener, Magyaren und Polen — ihre selbständigen Nationalstaaten begründen sollten. In den siebzig Jahren seither hatte sich die Lage völlig verändert. Tschechen und Südslawen hatten ihre eigene bürgerliche Kultur entwickelt, sie waren jetzt die Träger der nationalen Revolution gegen Habsburg, sie konnten nach der russischen Revolution nicht mehr zu Werkzeugen des Zarismus werden. Das Nationalitätenprogramm der Linken konnte daher nicht mehr den Anschluß der historischen deutschen Bundesländer, sondern nur den Anschluß der deutschen Sprachgebiete Österreichs an Deutschland fordern. Es mußte nicht nur den historischen Nationen — Italienern, Polen und Magyaren — sondern auch den ehemals geschichtslosen Nationen — Tschechen, Jugoslawen und Ukrainern — das Selbstbestimmungsrecht zuerkennen.

Das Nationalitätenprogramm der Linken ist in den Tagen von Brest-Litowsk, den Tagen des Kampfes der russischen Revolution mit dem deutschen Imperialismus formuliert worden. Als eine Proklamation gegen den deutschen Imperialismus war das Programm zunächst gedacht. Damals, nach der Auflösung der russischen Armee, war der deutsche Imperialismus siegessicherer denn je. Es war die Zeit seiner verwegensten Pläne. In Brest-Litowsk wollte er Kurland und Litauen an Deutschland angliedern, Polen zwischen Deutschland und Österreich teilen. Wenige Tage später erstreckten sich die deutschen Angliederungspläne auch schon auf Livland und Estland. In Finnland sollten deutsche Truppen einen deutschen Fürsten einsetzen, in der Ukraine setzten sie den Hetman als Deutschlands Vasallen ein. Der Friede von Bukarest sollte Rumänien der deutschen Volkswirtschaft hörig machen. Zugleich bereitete Ludendorff die große Offensive im Westen vor, die Frankreich niederwerfen, Deutschland die wirtschaftliche und militärische Verfügung über die flandrische Küste sichern sollte. So gestaltete sich damals als Ziel des deutschen Krieges ein ungeheures Imperium, das in dem zur Wehr- und Wirtschaftsgemeinschaft vereinten „Mitteleuropa" die zehn Nationen Österreich-Ungarns unter deutsches Kommando stellen, im Westen Belgien und die französischen Erzgebiete

von Longwy und Briey, im Osten die russischen „Randvölker" vom Finnischen Meerbusen bis zum Schwarzen Meer, im Südosten Rumänien, den Balkan und die Türkei bis zum Persischen Golf unter deutsche Oberhoheit stellen sollte. Diesen Herrschaftsplänen des deutschen Imperialismus stellten wir das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, dem alldeutschen Gedanken eines „Mitteleuropa", durch das die deutsche Bourgeoisie über fünfundzwanzig kleinere Nationen herrschen sollte, den alten Gedanken der großdeutschen Republikaner von 1848 entgegen, daß das deutsche Volk seine Einheit und Freiheit nur erlangt, wenn es die Freiheit und Einheit der anderen Nationen anerkennt. Im Kampfe gegen die alldeutschen Eroberungspläne ist der großdeutsche Einheitsgedanke wiedererstanden. Friedrich Adler hat später den Gegensatz so formuliert: „Nicht alldeutsch, das heißt: so weit der deutsche Säbel reicht, sondern großdeutsch, das heißt: so weit die deutsche Zunge klingt." Während der deutsche Imperialismus den phantastischen Projekten der Ausdehnung seiner Herrschaft über fremde Völker Gut und Blut der Nation opferte, dachten wir bereits die Politik der deutschen Zukunft vor: den Weg, den allein das deutsche Volk gehen konnte, sobald erst das Unentrinnbare geschehen, der deutsche Imperialismus an der Übermacht der von ihm herausgeforderten Völker der Welt gescheitert, alle deutsche Herrschaft über fremde Völker zusammengebrochen war.

Die geschichtliche Bedeutung des Nationalitätenprogramms der Linken bestand eben darin, die Partei auf die Aufgaben der Zukunft vorzubereiten, in der ihr die Führung der Nation zufallen mußte. Zunächst rief das Programm innerhalb der Partei heftigen Widerstand hervor; besonders von Renner wurde es leidenschaftlich bekämpft. So führte das Programm zu einer heftigen Debatte in den Spalten des „Kampfes", die in viele Parteisitzungen und Parteikonferenzen übertragen wurde. In diesen Debatten, durch diese Debatten rang sich die Partei allmählich zu bestimmten Vorstellungen von der nahenden Revolution und von den Aufgaben der Partei in der nahenden Revolution durch. In dem Maße, als die Niederlage der Mittelmächte und die innere Auflösung Österreichs den Parteigenossen erkennbar wurden, setzten sich im Verlauf des Sommers 1918 die Auffassungen, die die Linke in dem Nationalitätenprogramm formuliert hatte, innerhalb der Partei durch. Am 3. Oktober beschloß der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten eine Resolution, durch die er sich die Grundsätze des Nationalitätenprogramms der Linken aneignete. Wir werden diese Resolution noch kennen lernen; denn mit ihr begann eigentlich die Oktoberrevolution. Noch in der Vorberatung dieser Resolution hatte Renner, nur mehr von wenigen Abgeordneten unterstützt, sie bekämpft; wenige Tage später beugte auch er sich der Entscheidung, die die Geschichte bereits gefällt hatte, erkannte auch er, daß es nunmehr keinen anderen Weg mehr gab als den, den die „Erklärung" der Linken schon auf dem Oktoberparteitag 1917 angedeutet, den das Nationalitätenprogramm der Linken schon während des Jännerstreiks 1918 deutlich beschrieben, zu dem sich die Partei in den Diskussionen über das Nationalitätenprogramm der Linken im Verlauf des Sommers 1918 allmählich durchgerungen hatte. Damit erst waren die Gegensätze innerhalb der Partei vollständig überwunden. Die Partei hatte eine einheitliche Auf-

fassung ihrer nächsten Aufgaben wiedergewonnen. Einig und geschlossen ging sie im Oktober und November 1918 den Weg des Nationalitätenprogramms der Linken.

Die „Linke" war die treibende Kraft der großen inneren Entwicklung gewesen, die die Partei im Verlauf des Krieges durchgemacht, durch die sie sich auf die Erfüllung ihrer Aufgaben in der Revolution vorbereitet hat. Beide Richtungen innerhalb der Partei aber, die Rechte und die Linke, haben gleiches Verdienst daran, daß die Gegensätze innerhalb der Partei nicht durch die Spaltung der Partei versteinert, sondern durch die innere Entwicklung des Parteiganzen überwunden wurden. Unter der weisen Führung Viktor Adlers, Seitz' und Austerlitz' hat die Mehrheit der Partei ihre Auffassungen, die sich verändernde historische Situation erkennend, allmählich berichtigt, ihre Haltung der sich wandelnden Stimmung der Massen allmählich angepaßt, den Gegensatz, der Linke und Rechte schied, allmählich aufgelöst. Der ganze Verlauf der Revolution ist wesentlich dadurch bestimmt worden, daß die Partei als einheitliche Kraft in die Revolution eintrat.

Zweiter Abschnitt.

Der Umsturz.

§ 5. Die Bildung der Nationalstaaten.

Literatur:

Nowak, Der Sturz der Mittelmächte. München 1921. — Kerchnawe, Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Wehrmacht im Herbst 1918. München 1921.

Redlich, Heinrich Lammasch als Ministerpräsident. „Heinrich Lammasch. Seine Aufzeichnungen, sein Wirken und seine Politik." Wien 1922. — Nowak, Chaos. München 1922. — Andrássy, Diplomatie und Weltkrieg. Berlin 1920. — Stenographische Protokolle über die Sitzungen der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich. Wien 1919.

Rašín, Převrat z 28. října, und Scheiner, Vojenský převrat v Praze. „Maffie", Praha 1919. — Soukup a Rašín, Národní Výbor a 28. říjen. „Národní shromáždění v prvním roce republiky." Praha 1919. — Tschuppik, Die tschechische Revolution. Wien 1920.

Šišić, Dokumenti o postanku kraljevine SHS. Zagreb 1920.

Vierjähriger Krieg hatte die k. u. k. Armee, das einst so gewaltige Herrschaftsinstrument, das die auseinanderstrebenden Nationen Habsburg im Gehorsam erhielt, zerbröckelt. Noch hielt sie an der Piave stand. Noch hielt sie in Polen und in der Ukraine, in Serbien und in Rumänien, in Montenegro und in Albanien weite Gebiete besetzt. Aber Monat für Monat schwand ihre Kraft dahin.

Das „Menschenmaterial" war versiegt. „Von den fünfzehn Einheiten der Isonzoarmee", meldete Ende September 1918 der Verbindungsoffizier dem Armeeoberkommando, „verfügen sieben über weniger als ein Drittel, drei über die Hälfte und nur fünf Divisionen über zwei Drittel der vorgeschriebenen Feuergewehrstände." Die Artillerie einzelner Brigaden hatte nicht mehr Mannschaft genug, den vollen Geschützstand zu bedienen. Bei vielen Formationen mußten vier, sechs, acht, ja selbst zehn Pferde von einem Manne gewartet werden.

Man war nicht mehr imstande, die Truppen zu ernähren. Die fleischlosen Tage wurden immer häufiger. Und fleischlose Tage waren Hungertage. „Früh und abends leerer schwarzer Kaffee, mittags ein inhaltloses Dörrgemüse ohne Fett, hiezu bestenfalls 60 Gramm Käse oder Kürbis", das war nach dienstlicher Meldung Ende September die Ernährung der Kampftruppen an der unteren Piave. Der Hunger machte die Truppen aktionsunfähig. „Eine normale mehrstündige militärische Schulung halten die Mannschaften körperlich nicht mehr aus", meldeten die Kommandanten.

„Bei einer Division ist das Durchschnittskörpergewicht des Mannes 50 Kilogramm", meldete das Kommando der 6. Armee. „Monatelange Aufbesserung der Verpflegung wäre notwendig, um die Armee erst wieder zum Bewegungskrieg physisch fähig zu machen", meldete dasselbe Kommando. „Jeder Deserteur im Hinterland, selbst wenn er in den Wäldern versteckt leben muß, kann sich besser ernähren als der Soldat an der Front", damit erklärten Offiziere und Mannschaften dem Verbindungsoffizier des Oberkommandos die Zunahme der Desertion.

Wie mit der Ernährung stand es mit der Bekleidung. „Jeder Mann besitzt durchschnittlich eine Garnitur Wäsche. Es kommen aber Fälle vor, wo nicht einmal mehr eine volle Garnitur vorhanden ist, da Hemd oder Unterhose fehlen. Man muß diese Wäsche gesehen haben, um erst einen Begriff über das Elend zu bekommen! Der eine hat keine Ärmel mehr am Hemd, dem anderen fehlt der Rückenteil, der dritte besitzt nur halbe Unterhosen oder Fragmente von Fußfetzen... Bei einem Frontregiment fehlt jedem dritten Mann der Mantel", so meldete der der Isonzoarmee zugeteilte Generalstabsoffizier des AOK. „Der ärmste Bosniak schämt sich vor der venezianischen Zivilbevölkerung seiner Lumpen; Mannschaften aus den ärmsten Gegenden Dalmatiens sagen: Mi nismo junaci, nego prosjaci (Wir sind nicht Helden, sondern Bettler)", fügte derselbe Offizier hinzu.

Mit unzulänglicher technischer Rüstung sah sich der Soldat dem Feinde preisgegeben. Die feindliche Artillerie donnerte die Infanteriestellungen nieder. Die eigene Artillerie mußte schweigen, weil ihr Munitionsnachschub längst versiegte. Unmittelbar vor feindlichem Angriff mußten viele Geschütze aus der Stellung gezogen werden, weil es an Pferden fehlte, sie zu bespannen. Im Luftkampf war der Feind weit überlegen; der Infanterist sah sich ohne Schutz dem feindlichen Flieger preisgegeben.

All das lastete auf den Seelen. Die schwachen Stände erlaubten nicht hinreichend häufige Ablösung, hinreichend häufigen Urlaub. Den jungen Burschen, die man aus den Mittelschulen geholt und über alte Familienväter als Kommandanten gesetzt, fehlte jede moralische Autorität. Jeder Brief aus der Heimat erzählte von der Verzweiflung der Frauen, von dem Hunger der Kinder. Und mitten in all der Verzweiflung sah der Mann bei den höheren Stäben aufreizende Gelage, hörte er von den Profiten des Kriegsgewinnertums daheim, wußte er in den Kanzleien des Hinterlandes die Unentbehrlichen zu Hunderttausenden in Sicherheit...

Die Mannszucht begann sich zu lösen. In Bergen und Bauerngehöften hielten sich Heere von Deserteuren versteckt. Zwischen den Fronten fuhren Heere von Drückebergern, Geschäfte machend, hin und her. In den Wäldern des Südens sammelten sich die „grünen Kaders".

Mit dieser Armee hatte man im Juni noch eine Offensive gewagt. Sie hatte um den Preis furchtbarer Menschenopfer nichts gebracht als den Beweis der sich vollziehenden Auflösung. Nun wußte es jeder: es ging dem Ende zu.

Freilich, österreichisch-ungarische Niederlagen war man seit dem Beginn des Krieges gewöhnt. In der Stunde der Not hatten deutsche Heere den vom Kriegsbeginn an geschlagenen Verbündeten immer wieder gerettet.

Jetzt aber wußte man, daß auch Deutschland nicht mehr retten konnte. Im Westen war Ludendorffs große Offensive gescheitert. Der Marschall Foch war am 18. Juli zum Gegenangriff übergegangen. Und nun kam, was früher oder später kommen mußte. Der Feind hatte die Übermacht an Zahl. Der Feind, der über den Ozean, der über die fruchtbaren Ebenen, über die Rohstofflager, über die Industrien der Welt verfügte, hatte den ungleich besser genährten Soldaten, die ungleich vollkommenere technische Rüstung. In entsetzlichem Ringen räumten Schritt für Schritt die deutschen Heere den blutig eroberten Boden. Seit dem 8. August war Deutschlands Niederlage nicht mehr zu bezweifeln. In banger Spannung harrte nun alles des Unvorstellbaren, Unentrinnbaren, das nun kommen mußte.

Und jeder wußte, daß es gekommen war, als am 15. September die französische Infanterie des Generals Franchet d'Esperey die bulgarische Front auf dem Dobropolje durchbrach. Die bulgarische Armee, längst schon physisch, technisch, moralisch noch tiefer zerrüttet als die österreichisch-ungarische, löste sich völlig auf. Die geschlagenen Truppen stürmten das Hauptquartier in Küstendil und marschierten drohend gegen Sophia. Am 29. September unterzeichnete Bulgarien den Waffenstillstandsvertrag.

An demselben Tage forderte Ludendorff, die Mittelmächte mögen die Entente um sofortigen Waffenstillstand bitten. Das System der preußisch-deutschen Obrigkeitsregierung brach zusammen. In Berlin wurde unter der Leitung des Prinzen Max von Baden, unter der Mitwirkung der Sozialdemokratie eine parlamentarische Regierung gebildet. In der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober ging Deutschlands Bitte um Waffenstillstand und Friedensverhandlungen an den Präsidenten Wilson ab; Österreich-Ungarn und die Türkei schlossen sich dieser Bitte an.

Die Mittelmächte hatten die vierzehn Punkte Wilsons als Grundlage der Friedensverhandlungen angenommen. Der zehnte der vierzehn Punkte hatte für die Völker Österreich-Ungarns „Möglichkeit autonomer Entwicklung" gefordert. Die Entente hatte den Tschechen, den Polen, den Jugoslawen die Befreiung feierlich versprochen. Es war klar, daß ohne die Befreiung der slawischen Völker der Friede nicht zu erlangen war. Aber noch hoffte Habsburg, die Nationen mit der Autonomie innerhalb seines Reiches befriedigen zu können. Am 1. Oktober verkündete der Ministerpräsident Hussarek im Abgeordnetenhaus als Programm der Regierung die Föderalisierung Österreichs, die Umwandlung des österreichischen Staates in einen Bundesstaat autonomer Nationen. Was das Brünner Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie im Jahre 1899 gefordert hatte; was in der Reichskrise von 1905 als ein mögliches Ziel aufgetaucht und mit dem Verrat Habsburgs an der ungarischen Demokratie im Annexionsjahr 1908 für immer zur Utopie geworden war — daran suchte sich jetzt, in der Sterbestunde, Habsburg zu klammern. Zu spät! Tschechen, Jugoslawen, Polen antworteten Hussarek: nichts könne sie mehr befriedigen als völlige Unabhängigkeit! Ratlos stand Habsburg den Nationen gegenüber, die nun ihre Stunde gekommen sahen.

Und ebenso ratlos war die deutschösterreichische Bourgeoisie. Sie hatte sich soeben noch über die tschechischen „Hochverräter" entrüstet, soeben noch der abermaligen Ankündigung eines „deutschen Kurses" durch den Ministerpräsidenten Seidler zugejubelt, hatte bis zur letzten Stunde noch

die Aufrechterhaltung, ja die Befestigung der deutschen Vorherrschaft innerhalb Österreichs erhofft. Auch ihr war nun alles zusammengebrochen.

Nie waren die Gegensätze zwischen den deutschbürgerlichen Parteien und der deutschösterreichischen Sozialdemokratie so schroff gewesen wie im letzten Kriegsjahr. Jetzt, da ihre ganze Politik gescheitert war, wandten sich die bürgerlichen Parteien an die Sozialdemokratie. „Bei den Tschechen sind bürgerliche Parteien und Sozialdemokraten längst im Český svaz, bei den Polen alle Parteien im Polenklub vereinigt; wäre solches Zusammenwirken nicht auch für uns Deutsche möglich?" Am 3. Oktober versammelte sich der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, um die Anfrage der deutschbürgerlichen Parteien zu beantworten. Seine Antwort lautete:

„Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft in Österreich erkennen das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Österreichs an und nehmen dasselbe Recht auch für das deutsche Volk in Österreich in Anspruch. Wir erkennen das Recht der slawischen Nationen an, ihre eigenen Nationalstaaten zu bilden; wir lehnen aber unbedingt und für immer die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese Nationalstaaten ab. Wir verlangen, daß alle deutschen Gebiete Österreichs zu einem deutschösterreichischen Staat vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Österreichs und zum Deutschen Reiche nach seinen eigenen Bedürfnissen regeln soll."

Unsere Antwort war klar. Wir forderten als Bedingung des Zusammenwirkens mit den bürgerlichen Parteien den völligen Bruch mit aller bisherigen deutschösterreichischen Politik: Anerkennung des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechtes der nichtdeutschen Nationen. Wir forderten eine revolutionäre Tat: nicht die gesamtösterreichische Gesetzgebung soll unsere Zukunft bestimmen, unsere Beziehungen zu den anderen Nationen regeln; wir wollen unseren eigenen deutschösterreichischen Staat bilden, der, unbekümmert um den bisherigen österreichischen Rechtszustand, selbst entscheiden soll, ob er sich mit den Nationalstaaten, die die anderen österreichischen Nationen bilden werden, zu einem Staatenbund vereinigen oder ob er sich dem Deutschen Reiche anschließen soll.

An demselben Tage, an dem der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten diesen Beschluß gefaßt hat, wurde in Berlin die erste parlamentarische Regierung gebildet, und entsagte in Sofia Ferdinand von Bulgarien dem Thron; wenige Stunden später wurde die Waffenstillstandsbitte der Mittelmächte an Wilson abgeschickt. Nun gab es für Deutschösterreich keinen anderen Weg mehr als den, den die Sozialdemokratie ihm wies. Am 4. Oktober schon beschlossen die deutschnationalen Parteien, „die allgemeinen Grundsätze der Resolution der deutschen sozialdemokratischen Partei als Grundlage der weiteren Verhandlungen anzunehmen". Die Christlichsozialen zögerten noch; erst am 9. Oktober stimmten auch sie, auch jetzt noch mit dem Vorbehalt zu, Österreich solle in „eine Föderation freier nationaler Gemeinwesen" umgewandelt werden, der sich der zu schaffende deutschösterreichische Staat einzugliedern habe.

Nun begannen die mündlichen Verhandlungen zwischen den deutschen Parteien. Die bürgerlichen Parteien dachten zunächst immer noch an die Bildung eines gemeinsamen Parteienverbandes innerhalb des österreichischen Abgeordnetenhauses nach dem Beispiel des Český svaz und des

Polenklubs. Wir antworteten: Nichts da! Es handelt sich nicht um das österreichische Abgeordnetenhaus, dessen Uhr abgelaufen ist, sondern um den deutschösterreichischen Staat, der gegründet werden muß. Alle Abgeordneten deutschösterreichischer Wahlbezirke zusammen sollen die Gründung des deutschösterreichischen Staates proklamieren, sich als Provisorische Nationalversammlung dieses Staates konstituieren und eine Regierung für diesen Staat einsetzen. Es war eine parlamentarische Revolution, die wir vorschlugen. Die bürgerlichen Parteien zögerten. Aber die Ereignisse der folgenden Tage zwangen sie auf unseren Weg.

Im Süden drang die Armee Franchet d'Espereys schnell vor. Die schwachen deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte mußten, der Übermacht weichend, Schritt für Schritt zurückgehen. Die serbischen Truppen näherten sich den Grenzen Bosniens und Kroatiens. Die südslawischen Länder rüsteten zu ihrem Empfang. Am 5. Oktober trat in Agram eine Versammlung von Abgeordneten aller Parteien und aller Gebiete des slawischen Südens der Monarchie zusammen. Sie begründete am folgenden Tage das „Narodno Vijeće". In seiner Proklamation an die Nation erklärte das Vijeće, seine Aufgabe sei die „Vereinigung aller Slowenen, Kroaten und Serben zu einem nationalen freien und unabhängigen Staat" und schon in den folgenden Tagen begann es, die Organisation des werdenden jugoslawischen Staates vorzubereiten.

Am 7. Oktober proklamierte der polnische Regentschaftsrat in Warschau die Bildung eines unabhängigen polnischen Staates aus allen drei Teilen Polens. Der Regentschaftsrat löste zugleich den Staatsrat auf und kündigte die Einsetzung einer Regierung an. Der Polenklub im österreichischen Abgeordnetenhause huldigte am 9. Oktober dem Regentschaftsrat. Am 15. Oktober erließ die polnische Abgeordnetenversammlung in Krakau eine Proklamation an das polnische Volk: „Das unabhängige freie vereinigte Polen beginnt sein eigenes staatliches Leben zu führen. Wir betrachten uns als Bürger des polnischen Staates, dem allein wir Treue und Gehorsam schulden." Die ukrainischen Abgeordneten beantworteten diese Kundgebung damit, daß sie einen ukrainischen Nationalrat nach Lemberg für den 19. Oktober einberiefen.

Für den 14. Oktober ordnete der tschechische Národní Výbor große Massenkundgebungen gegen die Ausfuhr von Lebensmitteln und Kohle aus dem tschechischen Sprachgebiet an. Der Prager „Sozialistische Rat" beschloß, diese Kundgebungen mit einer Demonstration für die Republik zu verbinden. Es war die erste unzweideutig republikanische Kundgebung: im ganzen tschechischen Gebiet ruhte die Arbeit, die demonstrierenden Arbeitermassen forderten die unabhängige tschechische Republik. Aber diese Kundgebung war mehr als eine mächtige Demonstration. Die Massen hatten gegen die Ausfuhr von Nahrungsmitteln aus den Sudetenländern nach Deutschösterreich und an die Front demonstriert. Und in der Tat begann vom folgenden Tag an diese Ausfuhr zu stocken: die tschechischen Landwirte stellten die Lieferungen an die staatliche Getreideverkehrsanstalt ein, die tschechischen Beamten der Prager Filiale der Kriegsgetreideverkehrsanstalt leiteten keine Transporte mehr nach Wien, die tschechischen Eisenbahner hielten alle Lebensmitteltransporte an der nieder- und der oberösterreichischen Grenze an. Die Tschechen hatten die Blockade über Deutsch-

österreich und über die Front verhängt; sie wurde binnen wenigen Tagen fühlbar.

An demselben 14. Oktober, an dem der Generalstreik der tschechischen Arbeiter den Umsturz in den tschechischen Ländern ankündigte, teilte Dr. Beneš den Ententeregierungen mit, daß sich in Paris „im Einvernehmen mit den politischen Führern in unseren Ländern" die erste tschechische Regierung konstituiert habe; Masaryk sei zum Präsidenten, Beneš zum Minister des Äußern, Štefanik zum Kriegsminister ernannt. Schon am folgenden Tage erkannte Frankreich diese Regierung an. Zwei Tage später, am 17. Oktober proklamierte Masaryk in Washington, die tschechoslowakische Republik trete ins Leben.

Im Hauptquartier in Baden wußte man, daß die italienische Heeresleitung eine gewaltige Offensive gegen die hungernde, zerlumpte, zerrüttete k. u. k. Armee in Venetien vorbereite. Wilson aber ließ Habsburgs Bitte um Waffenstillstand immer noch unbeantwortet. Er wechselte mit dem Deutschen Reiche Noten über die Waffenstillstandsbedingungen; Österreich-Ungarn würdigte er überhaupt keiner Antwort. Eine furchtbare Angst wurde am Hofe wach: Wollte die Entente der Monarchie überhaupt keinen Frieden mehr bewilligen?

Der Kaiser versuchte es, mit den Nationen selbst zu verhandeln. Am 12. Oktober empfing er in Baden 32 Abgeordnete aller Nationen. Er hatte ein „Völkerministerium" im Sinne. Aber Tschechen und Südslawen antworteten, sie hätten in einer österreichischen Regierung nichts mehr zu tun. Sie hätten nur eines zu fordern: Übergabe der ganzen Regierungsgewalt in ihrem Gebiet an ihre Nationalräte und Räumung ihres Gebiets durch alle Truppen fremder Nationalität.

Der Hof sah, daß sich der offene Aufruhr in Böhmen, in Kroatien, in Galizien vorbereitete. Aber hatte man noch die Macht, den Aufruhr niederzuschlagen? Sind die schwachen hungernden Landsturmformationen im Hinterland gegen die Volksmassen noch verläßlich? Und wenn sie es selbst wären: alles hing davon ab, ob die Entente doch noch vor dem Beginn der drohenden italienischen Offensive einen Waffenstillstand bewilligt; konnte man die Gnade der Entente hoffen, wenn man die Völker, die die Entente als ihre Bundesgenossen anerkannt hatte, blutig niederwarf? So verzichtete denn Habsburg auf jede Gegenwehr.

Nun sahen auch die deutschbürgerlichen Parteien, daß sich das deutschösterreichische Volk nicht an das untergehende Reich klammern, daß es sein Geschick in seine eigene Hand nehmen mußte. Sie stimmten unserer Forderung, daß sich die deutschösterreichischen Abgeordneten als Provisorische Nationalversammlung des deutschösterreichischen Staates konstituieren und die volle Gesetzgebungs- und Vollziehungsgewalt in dem neu zu errichtenden Staate für sich in Anspruch nehmen sollten, endlich zu. Dem Kaiser blieb nun nichts anderes mehr übrig, als den Schein der Macht noch dadurch aufrechtzuerhalten, daß er ausdrücklich erlaubte, was ohne seine Erlaubnis schon beschlossen, schon in Durchführung war. So entschloß sich der Kaiser zu dem Manifest vom 16. Oktober. „Österreich soll", so sagte das kaiserliche Manifest, „zu einem Bundesstaat werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatliches Ge-

meinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Österreichs mit dem polnischen unabhängigen Staate wird hiedurch in keiner Weise vorgegriffen." An dieser Umgestaltung sollen die Völker „durch Nationalräte mitwirken, die, gebildet aus den Reichsratsabgeordneten jeder Nation, die Interessen der Völker zueinander sowie im Verkehr mit Meiner Regierung zur Geltung bringen sollen". Soweit das Manifest zur Bildung dieser Nationalräte aufforderte, legalisierte es nur einen schon im Gange befindlichen Prozeß. Zugleich aber zeigte das Manifest nur noch einmal, wie unmöglich es war, die sich auflehnenden Nationen mit der Monarchie zu versöhnen. Die ungarische Regierung hatte es durchgesetzt, daß in das Manifest die Bestimmung aufgenommen wurde, durch die Neugestaltung Österreichs dürfe „die Integrität der Länder der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt werden"; damit war den Südslawen die nationale Vereinigung auch nur innerhalb des Reichsrahmens, war den Tschechen die Angliederung der Slowakei verwehrt. Und die ganze Umgestaltung wollte das Manifest „auf gesetzlichem Wege vollenden"; als ob die Völker noch bereit gewesen wären, sich das Maß ihrer Selbständigkeit von der Krone und den beiden Häusern des österreichischen Reichsrates zuweisen zu lassen! Mit Hohn lehnten alle slawischen Völker dieses Manifest ab. Nichts anderes mehr als die volle Unabhängigkeit — so antwortete der Národní Výbor, der am 19. Oktober in Prag zusammentrat, und an demselben Tage das Narodno Vijeće in Agram.

So stellte sich nun endlich auch Deutschösterreich auf den Boden der nationalen Revolution. Am 21. Oktober versammelten sich im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landtages die Reichsratsabgeordneten aller deutschen Wahlbezirke. Dr. Waldner, der Obmann des Verbandes der deutschnationalen Parteien, eröffnete die Versammlung. „Die Geschichte", sagte er, „hat uns Deutsche zu Gründern des alten Staates Österreich gemacht, und wir haben diesem Staat durch die Jahrhunderte in unverbrüchlicher Treue und in selbstloser Aufopferung unser Bestes an Kultur und Wirtschaft hingegeben. Ohne Dank scheiden wir nun aus diesem Staate, um unsere Volkskraft auf uns allein zu stellen und aus ihrem unversiegbaren Born hoffnungsvoll ein neues, nur unserem Volke allein dienendes Gemeinwesen aufzubauen." Einstimmig faßte die Versammlung den folgenden Beschluß:

„Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutschösterreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln.

Der deutschösterreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen wird sich der deutschösterreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meer wird er durch Vereinbarungen mit den anderen Nationen sicherzustellen suchen.

Das deutsche Volk in Österreich wird eine Konstituierende Nationalversammlung wählen. Die Konstituierende Nationalversammlung, auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählt, wird die Verfassung des deutschösterreichischen Staates festsetzen.

Bis zum Zusammentritt der Konstituierenden Nationalversammlung obliegt den Reichsratsabgeordneten der deutschen Wahlbezirke die Pflicht, das deutsche Volk in Österreich zu vertreten. Die Gesamtheit der deutschen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates bildet daher die Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Die Provisorische Nationalversammlung beansprucht das Recht, bis zum Zusammentritt der Konstituierenden Nationalversammlung das deutsche Volk in Österreich bei den Friedensverhandlungen zu vertreten, Verhandlungen mit den anderen Nationen über die Übertragung der Verwaltung an die neuen Nationalstaaten und über die Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Nationen zu führen und eine Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt einzurichten. Die Provisorische Nationalversammlung wird die Wahlordnung festsetzen, auf Grund deren die Konstituierende Nationalversammlung gewählt werden soll, und sie wird die Organisation der neuen Verwaltung des deutschösterreichischen Staates vorbereiten. Die Provisorische Nationalversammlung wird ihre besondere Aufmerksamkeit der schweren wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes in Österreich zuwenden, sie wird sich vor allem bemühen, die Gefahren zu bekämpfen, die infolge des Stockens der Lebensmittelzufuhr drohen, und wird die zu diesem Zwecke erforderlichen Verhandlungen führen."

Demgemäß beschloß die Abgeordnetenversammlung, sich als Provisorische Nationalversammlung zu konstituieren und einen Vollzugsausschuß als Keimzelle der zu schaffenden deutschösterreichischen Regierung zu wählen.

Im Namen der Sozialdemokraten sprach Viktor Adler. Er begann mit einem Gruß an die Nachbarvölker. „Wir entbieten", so sagte er, „in dieser Stunde unseren brüderlichen Gruß unseren slawischen und romanischen Genossen. Wir beglückwünschen sie dazu, daß ihre Völker der Verwirklichung ihres so leidenschaftlich, so zäh, so opferbereit erstrebten Selbstbestimmungsrechtes endlich nahe sind. Wir erkennen dieses Selbstbestimmungsrecht ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung an. Wir fordern es ebenso ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung auch für unser deutsches Volk." Deutschösterreich solle sich „mit den Nachbarvölkern zu einem freien Völkerbund vereinen, wenn die Völker dies wollen. Lehnen aber die anderen Völker eine solche Gemeinschaft ab oder wollen sie ihr nur unter Bedingungen zustimmen, die den wirtschaftlichen und den nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht entsprechen, dann wird der deutschösterreichische Staat, der, auf sich selbst gestellt, kein wirtschaftlich entwicklungsfähiges Gebilde wäre, gezwungen sein, sich als besonderer Bundesstaat dem Deutschen Reiche anzugliedern". In jedem Falle aber solle sich Deutschösterreich als demokratische Republik konstituieren und solle es zunächst ohne Säumen, „ohne sich durch die Schranken der bisherigen, nun völlig zusammengebrochenen Verfassung hindern zu lassen", eine deutschösterreichische Regierung bilden, die die Verwaltung Deutschösterreichs schleunigst übernehmen müsse. Damit waren die nächsten Aufgaben klar bezeichnet: Bildung einer Regierung, tatsächliche Übernahme der Regierungsgewalt, Republik, Anschluß an Deutschland!

Aber so weit waren die bürgerlichen Parteien noch nicht. Schraffl erklärte im Namen der Christlichsozialen, Steinwender im Namen der Deutschnationalen, daß sie an der konstitutionellen Monarchie festhalten. Erst die Ereignisse der folgenden Woche rissen auch diese Schranken nieder.

Am 18. Oktober hatte Wilson endlich auch Österreich-Ungarns Bitte um Waffenstillstand beantwortet; an demselben Tage, an dem Masaryk dem Staatsdepartement in Washington die tschechische Unabhängigkeitserklärung übergeben hatte. Wilsons Antwort, die in Wien erst am 21. Oktober, am Tage der Konstituierung der Provisorischen Nationalversammlung, bekannt wurde, raubte Habsburg die letzte Hoffnung. Sie lautete:

„Der Präsident hält es für seine Pflicht, der österreichisch-ungarischen Regierung zu erklären, daß er sich dem gegenwärtigen Vorschlag dieser Regierung wegen gewisser Ereignisse von großer Bedeutung, die sich seit Abgabe seiner Adresse vom 8. Jänner zugetragen haben, nicht anschließen kann.

Unter den 14 Bedingungen, die der Präsident damals formuliert hatte, kam die folgende vor: „Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die Möglichkeit autonomer Entwicklung gewährt werden."

Seitdem dieser Satz geschrieben und vor dem Kongreß der Vereinigten Staaten ausgesprochen wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegszustand zwischen den Tschechoslowaken einerseits, dem Deutschen und dem österreichisch-ungarischen Staat anderseits, besteht und daß der tschechoslowakische Nationalrat eine de facto kriegführende Regierung ist, berufen, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschechoslowaken zu vertreten.

Sie hat auch in weitestgehender Weise die Gerechtigkeit der nationalen Ansprüche der Jugoslawen nach Freiheit anerkannt.

Der Präsident verfügt daher nicht mehr über die Freiheit, die bloße Autonomie dieser Völker als Grundlage des Friedens anzuerkennen. Er ist vielmehr gezwungen, darauf zu bestehen, daß diese Völker selbst, nicht er Richter darüber sein sollen, welche Maßnahmen der österreichisch-ungarischen Regierung genügen werden, um die Ansprüche dieser Völker und ihre Auffassung von ihren Rechten und von ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen zu befriedigen."

Der Präsident erklärte: Keinen Frieden ohne volle Befriedigung der Tschechen und der Jugoslawen. Die Tschechen und die Jugoslawen aber hatten längst erklärt, daß nichts sie voll befriedigen könne als die vollständige Unabhängigkeit. Die vollkommene Unabhängigkeit der Tschechen und der Jugoslawen war zur Bedingung des Waffenstillstands geworden!

Auf den Waffenstillstand aber konnte Habsburg nicht länger warten. Der Beginn der großen italienischen Offensive an der italienischen Front stand unmittelbar bevor. Am 24. Oktober setzte sie tatsächlich ein. Es war klar, daß die hungernde, zerlumpte, technisch mangelhaft ausgerüstete Armee dem Angriff nicht werde standhalten können. Es war um so klarer, als sich die Anzeichen der Auflösung in der Armee selbst mehrten. Seit dem 20. Oktober liefen täglich Meldungen über Meutereien magyarischer und slawischer Truppenkörper auf dem Balkankriegsschauplatz ein. Seit dem 24. Oktober forderten magyarische Truppen in Tirol und in Venetien ihren Abtransport nach Ungarn, wo sie die bedrohte Heimat verteidigen wollten. Am 23. Oktober hatten kroatische Truppen in Fiume die nationale Fahne gehißt, die ungarischen Honveds und die Stadtpolizei entwaffnet, sich der Stadt bemächtigt. Habsburg mußte es versuchen, den Kampf an der italienischen Front, der zu vollständiger Zerschmetterung der Armee führen mußte, um jeden Preis zu beenden, sofortigen Waffenstillstand um jeden Preis zu erlangen, um sich wenigstens einen Teil der Armee zu retten.

Denn nur wenn das gelang, konnte Habsburg hoffen, seine Herrschaft wenigstens in Deutschösterreich und in Ungarn noch zu behaupten.

Indessen ging der Notenwechsel zwischen Wilson und der deutschen Regierung weiter. Am 24. Oktober, dem Tage des Beginns der italienischen Offensive, wurde eine neue Note Wilsons an die deutsche Regierung bekannt. Wilson erklärte da: „Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten verhandeln sollen, oder wenn es wahrscheinlich ist, daß sie später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu verhandeln haben werden, müssen sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Übergabe verlangen." Damit war die Frage der monarchischen Staatsform für Deutschland aufgeworfen. Damit war zugleich klar geworden, daß Österreich-Ungarn sofortigen Waffenstillstand an Deutschlands Seite nicht erlangen konnte. Nun entschloß sich Habsburg, seine Sache von der Sache Deutschlands zu trennen. Durch Angebot eines Sonderfriedens hoffte Habsburg den sofortigen Waffenstillstand zu erlangen, Habsburgs Schicksal von dem der Hohenzollern, deren Sturz Wilson forderte, zu trennen und die monarchische Staatsform in dem Rest, der von der Habsburgermonarchie noch übrig bleiben konnte, zu retten. Am 26. Oktober, an demselben Tage, an dem Ludendorff seines Amtes enthoben wurde, telegraphierte der Kaiser Karl an den Kaiser Wilhelm:

„Die Ordnung im Innern und das monarchische Prinzip sind in der ernstesten Gefahr, wenn wir dem Kampf nicht sofort ein Ende bereiten. Selbst die innigsten bundesbrüderlichen Gefühle müssen vor der Erwägung zurückstehen, daß ich den Bestand jener Staaten rette, deren Geschick mir die göttliche Vorsehung anvertraut hat. Deshalb kündige ich Dir an, daß ich den unabänderlichen Beschluß gefaßt habe, innerhalb vierundzwanzig Stunden um einen Separatfrieden und um einen sofortigen Waffenstillstand anzusuchen."

Die magyarische Oligarchie hatte zum Sonderfrieden gedrängt; nur durch ihn glaubte sie Ungarn noch retten zu können. Als ihr Vertrauensmann war schon am 24. Oktober Graf Julius Andrassy zum Minister des Äußern ernannt worden. Zugleich hatte der Kaiser den Professor Lammasch mit der Neubildung der österreichischen Regierung betraut; da sich der Hof zum Sonderfrieden, zur Kapitulation vor Tschechen und Jugoslawen entschloß, suchte er Zuflucht bei dem patriotischen Pazifismus, der längst schon nur durch den Bruch mit Deutschland, durch die Verständigung mit der Entente, durch die Versöhnung mit den Nationen das Reich retten zu können glaubte. Am 26. Oktober, dem Tage des Telegramms an den Kaiser Wilhelm, wurde die Regierung Lammasch, deren bedeutendste Mitglieder die Professoren Josef Redlich und Ignaz Seipel waren, gebildet. Da nach der Antwortnote Wilsons die Übergabe der tatsächlichen Regierungsgewalt an die Tschechen und Jugoslawen als Bedingung des Waffenstillstandes anerkannt werden mußte, erhielt die Regierung Lammasch den Auftrag, „im fortlaufenden Einvernehmen mit den Nationalregierungen die Überleitung der zentralen Verwaltung in die Verwaltung der Nationalstaaten durchführen". In der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober ging die Antwortnote Andrassys an Wilson ab und gleichzeitig bekam der General der Infanterie v. Weber den Befehl, in das italienische Hauptquartier mit der Bitte um sofortigen Waffenstillstand abzugehen.

Andrassys Antwort an Wilson war die Todesurkunde der Monarchie. Die österreichisch-ungarische Regierung erklärte, daß sie „der in der letzten Note des Herrn Präsidenten enthaltenen Auffassung über die Rechte der Völker Österreich-Ungarns, speziell jene der Tschechoslowaken und Jugoslawen, zustimmt". Damit war die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei und der Jugoslawen tatsächlich anerkannt, hatte Habsburg jedem Widerstand gegen ihre Trennung von der Monarchie bereits entsagt. Zugleich erklärte sich Österreich-Ungarn aber auch bereit, „ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, in Verhandlungen über einen Frieden zwischen Österreich-Ungarn und den gegnerischen Staaten und über einen sofortigen Waffenstillstand einzutreten"; damit hatte Habsburg dem Separatfrieden zugestimmt, es hatte mit dem Deutschen Reich gebrochen und dadurch wurde nun auch das Verhältnis des deutschösterreichischen Bürgertums zu Habsburg vollständig umgewälzt, wurde auch in Deutschösterreich die Revolution vorwärtsgetrieben.

Am 28. Oktober wurde Andrassys Note in Prag bekannt. Die Massen strömten jubelnd auf die Straße. Die Häuser wurden mit den nationalen Fahnen geschmückt. Auf der Straße wurde geredet, gesungen, getanzt. Die österreichischen Hoheitszeichen wurden von den Häusern gerissen. Die Soldaten schmückten ihre Kappen mit der Nationalkokarde. Indessen fuhren Vertreter des Národní Výbor zuerst in die Kriegsgetreideverkehrsanstalt, dann in die Statthalterei und in das Gebäude der Landesverwaltungskommission, um die Behörden im Namen des Národní Výbor zu übernehmen. Sie stießen auf keinen Widerstand. Überall leisteten die Beamten dem Národní Výbor sofort das Gelöbnis der Treue. Um 3 Uhr nachmittag ließ das Militärkommando ein ungarisches Bataillon auf den Altstädter-Platz ausrücken, um den Platz zu räumen; auf energisches Verlangen des Národní Výbor wurde das Bataillon wieder zurückgezogen. Zugleich wurden die wichtigsten Plätze der Stadt von bewaffneten Kompagnien tschechischer Sokoln (Turner) besetzt; die Mannschaft einiger militärischer Magazine und Formationen hatte ihnen die Waffen ausgeliefert. In den Abendstunden stellten sich tausend tschechische Offiziere und die in Prag anwesende tschechische Mannschaft in den Dienst des Národní Výbor; aus ihnen wurden militärische Abteilungen formiert, die die Sokoln verstärkten. Um 8 Uhr abend verhandelten die Vertreter des Národní Výbor mit dem kommandierenden General Kestranek, während bewaffnete Sokoln in das Gebäude des Militärkommandos eindrangen. Der General erkannte an, daß die in den Dienst des Národní Výbor übergetretenen tschechischen Offiziere und Soldaten den Kommanden der Sokoln unterstehen, verpflichtete sich, nichts gegen die neuen Gewalthaber zu unternehmen, behielt sich aber das Kommando über die in Prag stehenden deutschen und ungarischen Truppenkörper bis zu ihrem Abtransport vor. Am folgenden Tage proklamierte der Národní Výbor, daß der tschechoslowakische Staat ins Leben getreten, die Regierungsgewalt im ganzen tschechischen Sprachgebiet in seiner Hand sei. Der böhmische Statthalter, der an diesem Tage von Wien nach Prag zurückkehrte, wurde bei seiner Ankunft verhaftet. An demselben Tage unterstellte sich die k. k. Staatspolizei dem Národní Výbor. Aber noch war die militärische Gewalt nicht ganz in seiner Hand. An

diesem Tage ergaben sich Konflikte zwischen dem neuen tschechischen und dem noch bestehenden k. u. k. Militärkommando. Am 30. Oktober drangen tschechische Truppen in das Militärkommando ein, die ungarischen Truppen lieferten ihnen ohne Widerstand Waffen und Munition aus, der General Kestranek legte die Kommandogewalt nieder und übergab sie dem Národní Výbor. Damit erst war die ganze Macht in die Hände der neuen nationalen Regierung übergegangen.

Dramatischer, pathetischer vollzogen sich die Ereignisse in Kroatien. Die Meuterei der kroatischen Truppen in Fiume am 23. Oktober hatte die Bewegung eingeleitet. Große Demonstrationen im Gebiet von Ogulin waren gefolgt, zu deren Unterdrückung die Militärbehörden keine Assistenzen mehr aufzutreiben vermochten. Am 28. hatte die kroatische Mannschaft der Kriegsflotte, von der Mannschaft der anderen Nationen passiv unterstützt, zu meutern begonnen; auf jedem Schiff wurden Mannschaftskomitees gebildet, die am folgenden Tage schon die Kommandogewalt übernahmen. Am 29. Oktober trat in Agram der Sabor zusammen. Er beschloß: „Alle bisherigen staatsrechtlichen Beziehungen zwischen dem Königreich Kroatien, Slawonien und Dalmatien einerseits, dem Königreich Ungarn und dem Kaisertum Österreich anderseits sind aufgehoben. Der kroatisch-ungarische Ausgleich wird für nichtig erklärt. Das Königeich erklärt sich für einen unabhängigen Staat, der beitritt dem nationalen souveränen Staat der Slowenen, Kroaten und Serben. Der Sabor erkennt das Narodno Vijeće als die oberste Regierung an." Auf Grund dieses Beschlusses des verfassungsmäßigen Landtages übernahm das Narodno Vijeće die Regierungsgewalt. Der Banus Mihalović und der kommandierende General Šnjarić unterstellten sich der nationalen Regierung. Am folgenden Tage erzwangen die meuternden Matrosen in Pola die förmliche Übergabe der gesamten k. u. k. Kriegsflotte an den südslawischen Staat.

Zugleich gewann aber auch in Deutschösterreich die republikanische Bewegung Kraft. Sie ging von der Arbeiterschaft aus. Sie war geweckt worden durch die republikanische Demonstration der tschechischen Arbeiter am 14. Oktober. Sie hatte ihr Stichwort empfangen aus der Erklärung, die Viktor Adler bei der Konstituierung der Provisorischen Nationalversammlung am 21. Oktober abgegeben, in der er die Republik gefordert hatte. Sie drängte nach der Vollendung, als die Prager Ereignisse vom 28. Oktober in Wien bekannt wurden. Am 29. Oktober schickten die Arbeiter vieler Wiener Betriebe Deputationen in das Parlament, die von der Partei forderten, sie solle unverzüglich eine Massendemonstration für die Republik organisieren.

Aber seit Andrassys Bitte um den Separatfrieden hatte die republikanische Bewegung mit einemmal auch das deutschnationale Bürgertum erfaßt. Schon seit Clemenceaus Enthüllung der Friedensintrigen des Kaisers mit Sixtus von Parma standen die Deutschnationalen dem Kaiser voll Mißtrauens, voll Verachtung gegenüber. Jetzt, da Habsburg in der Stunde der höchsten Not Deutschlands mit Deutschland brach, brachen sie mit Habsburg. Sie hatten Habsburgs blutige Gewaltherrschaft gestützt, so lange sie deutschem Kommando die Verfügung über die Volkskraft der slawischen und romanischen Völker sicherte. Jetzt, da sich Habsburg in der Hoffnung von Deutschland trennte, durch die Gnade der Entente den Rest seines

Reiches zu retten, konnte Habsburgs Herrschaft nur noch das Gegenteil bedeuten: die Eingliederung Deutschösterreichs in ein von Ungarn beherrschtes, der Entente gegen Deutschland dienstbares Reich. So verschieden die Beweggründe auch waren: Deutschnationale und Sozialdemokraten waren nunmehr darüber einig, daß sich Deutschösterreich nunmehr, ohne sich um die kaiserlichen Rechte und die kaiserliche Regierung zu kümmern, eine provisorische Verfassung geben, eine nationale Regierung einsetzen, die tatsächliche Regierungsgewalt im deutschösterreichischen Gebiet an sich reißen müsse. Zu diesem Zwecke wurde für den 30. Oktober die Provisorische Nationalversammlung einberufen; die Sozialdemokratie aber forderte die Arbeiterschaft auf, an diesem Tage um 3 Uhr nachmittag die Arbeit einzustellen und zum Landhaus, wo die Nationalversammlung zusammentreten sollte, zu ziehen.

Der Kaiser sah, daß sich das Schicksal der Dynastie zu vollenden drohte. Er geriet auf den verzweifelten Einfall, an die Treue der Soldaten zur Dynastie zu appellieren. Am 29. Oktober telegraphierte das Armeeoberkommando an die Truppen:

„Bestrebungen der Nationalräte gehen dahin, die republikanische Staatsform in den zu schaffenden Gebieten zu propagieren. Hierüber wird aber die Armee im Felde nicht befragt, die alle Männer vom 18. bis 50. Lebensjahr umfaßt und eigentlich die Völker repräsentiert.

Telegraphische Kundgebungen von Truppen und Formationen aller Nationalitäten erwünscht, die ohne Zwang durch Offiziere für Monarchie und Dynastie sich aussprechen. Solche sofort an das Armeeoberkommando leiten, das sofort für Weiterbeförderung sorgen wird.

Sehr dringend sind solche deutscher Nationalität, da am 30. mittags entscheidende Sitzung des deutschen Nationalrates in Wien stattfindet."

Die Fronttruppen erreichte diese Frage des Kaisers nicht mehr. In der Etappe ließen einzelne Kommandanten Mannschaft und Offiziere über Monarchie oder Republik abstimmen. Sie beschleunigten damit nur den Auflösungsprozeß in der Truppe.

Gewaltige Massen folgten am 30. Oktober unserem Ruf. In eine Unzahl von Riesenversammlungen löste sich die Kundgebung vor dem alten Hause der niederösterreichischen Landstände auf. Die Republik und die Befreiung Friedrich Adlers aus dem Kerker waren die Forderungen des Tages. Soldaten in großer Zahl waren unter den Demonstranten. In den Abendstunden zogen ungeordnete Massen von Soldaten und jungen Leuten durch die Stadt. Sie rissen die kaiserlichen Adler von den Häusern. Die Soldaten rissen die Rosetten mit dem kaiserlichen Namenszug von ihren Kappen; sie zwangen ihnen begegnende Offiziere, dasselbe zu tun.

Indessen tagte im Landhause die Provisorische Nationalversammlung. Sie beschloß, was die Masse auf der Straße stürmisch forderte. Zwar vermied man es noch, die Republik förmlich zu proklamieren; noch hielten die bürgerlichen Parteien daran fest, daß erst die Konstituierende Nationalversammlung über die Staatsform entscheiden könne. Tatsächlich aber beschloß die Provisorische Nationalversammlung bereits an diesem Tage eine republikanische Verfassung. Der Beschluß über „die grundlegenden Einrichtungen der Staatsgewalt" besagte: Das Recht der Gesetzgebung übt die Provisorische Nationalversammlung aus. Die Regierungs- und Vollzugsgewalt überträgt die Nationalversammlung einem von ihr gewählten Staats-

rat; der Staatsrat ernennt die Staatssekretäre, die die einzelnen Staatsämter zu leiten haben. Der Staatsrat wurde sofort gewählt und beauftragt, die tatsächliche Regierung des deutschösterreichischen Gebiets sofort zu übernehmen. So war in dieser provisorischen Verfassung für die kaiserliche Gewalt kein Raum mehr; am 30. Oktober, genau 70 Jahre nach dem Tage, an dem Windischgrätz Wien genommen, die revolutionäre Hauptstadt dem Kaiser zu Füßen gelegt hatte, ward Deutschösterreich Republik.

Am folgenden Tage zog die Revolution durch ganz Österreich. In Laibach übernahm am 31. Oktober der Narodni Svet die Regierungsgewalt und setzte eine Regierung ein. In Triest übernahm ein Wohlfahrtsausschuß die Macht. In Krakau bemächtigte sich die von den polnischen Abgeordneten eingesetzte Liquidationskommission im Namen der Reczpospolita der gesamten Zivil- und Militärgewalt. Der ukrainische Nationalrat setzte sich, auf einige ruthenische Truppenkörper gestützt, in den Besitz Lembergs. Am 1. November übergab der General Sarkotić die Regierungsgewalt in Bosnien dem Narodno Vijeće.

Nirgends hatte Habsburg der Bewegung Widerstand entgegengesetzt. Und dennoch glaubte Habsburg, glaubten seine Generale und Diplomaten ihre Sache noch keineswegs verloren. Denn im Süden, in entsetzlichem Ringen vor dem Feinde zurückweichend, lebte trotz allem ja immer noch die kaiserliche Armee. Gelang es, nur einen Teil des geschlagenen Heeres aus der allgemeinen Auflösung zu retten und ihn in der Hand seiner Kommandanten zu erhalten, dann konnte man immer noch hoffen, wenigstens in Deutschösterreich und in Ungarn die Revolution niederzuwerfen. Das war die Hoffnung der kaiserlichen Generale. „Was sich im Hinterland abspielt, ist ein Rausch, der morgen vorbei ist", tröstete noch am 30. Oktober der Feldmarschall Boroević das Armeeoberkommando. Unter einer Bedingung freilich: „Wenn nur die Armee, das Instrument, vor dem allein das Hinterland noch Respekt hat, nicht verschwindet." In der Tat: nicht in den wohlfeilen Siegen der Revolution im Hinterland, dort im Süden, wo noch am 30. Oktober italienische Anstürme am Monte Asolone und Pertica zusammenbrachen und tapfer kämpfende Nachhuten noch den Rückzug der sechsten und der Isonzo-Armee deckten, dort mußte sich das Schicksal des Reiches entscheiden.

§ 6. Die Auflösung des Reiches.

Literatur:

Jászi, Magyariens Schuld, Ungarns Sühne. München 1923. — Hatvany, Das verwundete Land. Leipzig 1921. — Szanto, Klassenkämpfe und die Diktatur des Proletariats in Ungarn. Wien 1921.

Nowak, Der Weg zur Katastrophe. Berlin 1919. — Nowak, Der Sturz der Mittelmächte. München 1921. — Krauß, Die Ursachen unserer Niederlage. München 1921. — Cramon, Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkrieg. Berlin 1920.

Kerchnawe, Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Wehrmacht im Herbst 1918. München 1921. — Horsetzky, Die vier letzten Kriegswochen. Wien 1920. — Glaise-Horstenau, Der Zusammenbruch. „Der österreichisch-ungarische Krieg." Leipzig 1922. — Nowak, Chaos. München 1922. — Berichte der Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen im Kriege. 974 der Beilagen zu den Protokollen der Konstituierenden Nationalversammlung. — Rager, Warum hat Österreich-Ungarn den Krieg verloren? Wien 1920.

In einem ganz anderen Zustand als Österreich war Ungarn in den Krieg eingetreten. In Österreich hatten alle Nationen längst ein nationales Bürgertum hervorgebracht, das die Volksmassen in den nationalen Kampf geführt hatte. Seit 1897 schon erschütterte der nationale Kampf die Grundlagen des österreichischen Staatswesens. Während des Krieges traten die nationalen Gegensätze immer schroffer hervor. Die nationale Revolution im Oktober 1918 erschien hier als der natürliche Abschluß der inneren Entwicklung Österreichs. Die herrschende Klasse selbst, die deutschösterreichische Bourgeoisie gab hier schließlich den Widerstand gegen das revolutionäre Nationalitätsprinzip auf und stellte sich auf seinen Boden. Ganz anders in Ungarn. Dort saßen immer noch über analphabetischen slawischen und rumänischen Bauern magyarische Grundherren und magyarische Bürger. Dort waren Slowaken, Walachen, Ruthenen immer noch geschichtslose Bauernvölker. Ungarn war immer noch ein Nationalstaat, von den magyarischen Herrenklassen allein beherrscht. Die Ansprüche der Tschechen auf die Slowakei, der Rumänen auf Siebenbürgen, der Jugoslawen auf das Banat erschienen dort nicht als das Ergebnis der inneren nationalen Entwicklung, sondern als Annexionsgelüste fremder Eroberer. Gegen sie verteidigte die ganze magyarische Gesellschaft die „Integrität" des historischen Ungarn.

Deutschösterreich hatte sich von der Führung durch die Grundherrenklasse längst emanzipiert. Das Bürgertum, die Bauernschaft, die Arbeiterschaft standen längst im Parlament und außerhalb des Parlaments als organisierte Mächte einander gegenüber. In Ungarn dagegen war das Parlament, auf ein Zensuswahlrecht aufgebaut, immer noch vom Adel beherrscht, der nur eine schmale Schicht der großen Finanz- und Handelsbourgeoisie an seiner Macht teilnehmen ließ. Das Kleinbürgertum, die Arbeiterschaft, die Bauernschaft standen noch „außerhalb der Schanzen der Verfassung".

Der Krieg hatte die Macht der herrschenden Adelsklasse mächtig gestärkt. Dem zerklüfteten Österreich gegenüber ward das von der Oligarchie mit eiserner Hand geführte Ungarn übermächtig. Stephan Tisza war der eigentliche Herr der Monarchie. Aber zugleich entwickelte der Krieg doch auch die Kräfte der magyarischen Demokratie.

Im Jahre 1905 hatte der König das widerspenstige Adelsparlament mit dem allgemeinen Wahlrecht bedroht. Der Adel hatte sich dem König zu Füßen geworfen, um der Demokratie zu entrinnen. Die Unabhängigkeitspartei hatte sich im Jahre 1909 gespalten. Die Mehrheit, von Franz Kossuth geführt, gab die Tradition Ludwig Kossuths, den Kampf um die nationale Unabhängigkeit auf, um dafür den Verzicht des Königs auf die demokratische Wahlreform zu erkaufen. Eine Minderheit aber, von Justh geführt, dachte anders. Die Erfahrung von 1905 hatte sie gelehrt, daß das ungarische Parlament die nationale Unabhängigkeit nicht zu erringen vermochte, solange die Demokratie in jedem Augenblick zum Instrument Habsburgs gegen den nationalen Parlamentarismus werden konnte. Den Idealen von 1848 treu, wollte sie Habsburg diese Waffe aus der Hand schlagen. Sie wollte die Demokratie in ein Instrument des nationalen Parlamentarismus gegen Habsburg verwandeln. Der von Justh geführte

Flügel der Unabhängigkeitspartei schrieb nun selbst das allgemeine Wahlrecht auf seine Fahnen. Wollte die Mehrheit des Adelsparlaments die militärischen Forderungen des Königs bewilligen, um der demokratischen Wahlreform zu entgehen, so stellte Justh dieser Politik der Kapitulation die Parole gegenüber, keine militärischen Forderungen zu bewilligen, ehe nicht die demokratische Wahlreform durchgeführt ist. Diese Parole scharte um ihn die Kräfte des neuen, aus der industriellen Entwicklung hervorgegangenen Ungarn, das gegen das alte, in dem Adelsparlament verkörperte Ungarn anstürmte: den bürgerlichen Radikalismus, der, um die Budapester Soziologische Gesellschaft und die Zeitschrift „Huszadik Század" geschart, die junge, von der Gedankenwelt der Demokratien des Westens erfüllte bürgerliche Intelligenz vertrat, und die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Stephan Tisza hat den proletarischen Widerstand der Justh-Partei und die Straßenrevolte der Arbeiter im Mai 1912 gewaltsam gebrochen; aber die demokratische Koalition, in jenen Kämpfen begründet, lebte fort.

Jusths Erbe trat der Graf Michael Károlyi an. Er war der letzte Träger der kossuthistischen Tradition; sein Name und sein Ziel verknüpften die moderne Demokratie mit dem historischen Ungarn. Sein Ziel war die Zertrümmerung des Ausgleichs von 1867, die nationale Unabhängigkeit. Durch eine demokratische Wahlreform und eine demokratische Agrarreform wollte er die magyarische Bauernmasse zum Kampf für die von der Gentry verratene Unabhängigkeit Ungarns mobilisieren. Als seit der Annexion Bosniens die auswärtige Politik der herrschenden Oligarchie immer mehr in die Gefolgschaft des deutschen Imperialismus geriet, stellte er, auch darin ein Erbe kuruzzischer und kossuthistischer Traditionen, der deutschen Orientierung die westliche gegenüber. Er suchte vor dem Kriege Beziehungen zur westlichen Demokratie und zum russischen Liberalismus. Er vertrat während des Krieges den dem deutschen Imperialismus feindlichen demokratischen Pazifismus. Die Partei, die seinen Namen trug, war nur klein. Aber der bürgerliche Radikalismus stellte ihr einen Stab rede- und schriftgewandter Intellektueller, die Sozialdemokratie gesellte ihr die kampfgewohnten organisierten Arbeitermassen. Das waren die demokratischen Kräfte, die in den Oktobertagen der herrschenden Oligarchie entgegentraten.

Der Zusammenbruch Bulgariens stellte Ungarn vor die furchtbarsten Gefahren. In Serbien rückte die Armee des Generals Franchet d'Esperey gegen die ungarische Grenze vor. Die Besetzung Bulgariens durch Truppen der Entente stellte die Verbindung Rumäniens mit der Salonikiarmee der Verbündeten wieder her; nun erhob sich Rumänien gegen den schmählichen Gewaltfrieden, den Czernin in Bukarest auf Geheiß der ungarischen Oligarchie diktiert hatte. Österreich zerfiel; Tschechen und Jugoslawen forderten ungarischen Boden. Und in Ungarn selbst wagten es nun endlich die bisher stummen geknechteten Völker ihre Ansprüche anzumelden. Am 18. Oktober verlas der Abgeordnete Vajda im ungarischen Reichstag eine Erklärung, in der er der ungarischen Regierung das Recht absprach, im Namen der Rumänen Siebenbürgens Verhandlungen zu führen. Am 19. Oktober forderte der Abgeordnete Juriga im Reichstag das Selbstbestimmungsrecht für die Slowaken. Am 23. Oktober wurden die magyarischen Truppen in Fiume von einem kroatischen Regiment entwaffnet.

Wenige Wochen vorher hatten sich die Magyaren noch sehr sicher gefühlt: Österreich mag zerfallen, Ungarn wird leben. Jetzt sahen sie mit einemmal ihr tausendjähriges Reich von furchtbarer Katastrophe bedroht. Aus wilder Panik und leidenschaftlichem Patriotismus wuchsen die Gedanken: Was kümmern uns Trient und Triest? Die ungarischen Truppen gehören in die Heimat, unseren Boden gegen Rumänen und Serben zu verteidigen! Österreich und Deutschland sind verloren. Trennen wir uns von ihnen! Werfen wir uns der Entente in die Arme, um Ungarn zu retten!

In diesem Geiste erhob sich die magyarische Demokratie. Am 16. Oktober demonstrierten die Abgeordneten der Károlyi-Partei im Reichstag für die Entente. Die Verbindung mit Österreich und das Bündnis mit Deutschland haben Ungarn in Gefahr gebracht; nur der Anschluß an die Entente könne die Integrität des Vaterlandes retten. Darum Aufhebung aller staatsrechtlichen Verbindung mit Österreich, Bruch mit Deutschland, Separatfrieden mit der Entente! Vor allem aber dürfen die ungarischen Truppen nicht mehr für eine fremde Sache gegen die Entente kämpfen. Es ist Wahnsinn, daß ungarische Truppen in Tirol österreichischen Besitzstand verteidigen, während Ungarns Grenzen gegen Rumänien und gegen Serbien ungeschützt sind. Darum vor allem sofortige Rückberufung der ungarischen Truppen von der italienischen Front zur Verteidigung der bedrohten ungarischen Grenzen!

Die öffentliche Meinung wendete sich der Demokratie zu. Nicht die Klasse, die Ungarn in den Krieg und im Kriege geführt hat, kann die Integrität Ungarns retten; Károlyi, der schon vor dem Kriege freundschaftliche Beziehungen zu der Demokratie des Westens angeknüpft hat, die Demokratie, die den imperialistischen Krieg bekämpft hat, sie werden, so glaubte man, von der Entente gnädiger behandelt werden. Und nicht die Oligarchie, die die Nationalitäten unterdrückt hat, sondern die Radikalen und die Sozialdemokraten, die längst schon für die politische Gleichberechtigung und die nationale Autonomie der Nationalitäten eingetreten sind, werden die Slowaken, Rumänen, Serben für Ungarn gewinnen. Die öffentliche Meinung forderte die Übertragung der Macht an die Demokratie.

Noch hielt die Oligarchie die Macht in ihren Händen. Aber auch sie glaubte nun, nur durch den Bruch mit Österreich und mit Deutschland Ungarn und ihre Herrschaft in Ungarn retten zu können. Am 16. Oktober, dem Tage, an dem Kaiser Karl das Manifest über die Umgestaltung Österreichs in einen Bundesstaat unterschrieb, erklärte der Ministerpräsident Wekerle im ungarischen Reichstag, mit der Föderalisierung Österreichs seien die Voraussetzungen des Ausgleichs von 1867 zerstört; zwischen Ungarn und Österreich könne es kein anderes Verhältnis mehr geben als das der bloßen Personalunion. Am 22. Oktober erklärte Wekerle im Reichstag, auch die Regierung sei darauf bedacht, die ungarischen Regimenter in die Heimat zurückzubringen. Am 24. Oktober setzte die Oligarchie die Ernennung Andrassys zum Minister des Äußern durch, der der Entente den Separatfrieden anbieten sollte. Zwischen der Politik der Oligarchie und der Politik der Demokratie bestand im Grunde kein Unterschied mehr; aber die Macht wollte die Oligarchie nicht aus ihren Händen geben.

Wohl verhandelte der König mit Károlyi. Aber die Oligarchie war immer noch stark genug, die Betrauung Károlyis mit der Regierungsbildung zu

verhindern. Nicht Károlyi, sondern der Graf Johann Hadik wurde am 29. Oktober zum Ministerpräsidenten ernannt. Der Nationalrat, den die drei demokratischen Parteien gebildet und dem Adelsparlament entgegengestellt hatten, erwog nun, sich durch einen revolutionären Handstreich der Gewalt zu bemächtigen. Noch schob er die Tat hinaus. Aber einige meuternde Kompagnien, die sich am 30. Oktober dem Befehl zum Abmarsch von Budapest widersetzten und sich dem Nationalrat zur Verfügung stellten, handelten auf eigene Faust. In der Nacht vom 30. auf den 31. Oktober bemächtigten sie sich im Namen des Nationalrates der Kommanden und Behörden. Noch suchte der Hof, sich dadurch zu retten, daß er nachträglich legalisierte, was bereits aus dem Recht der Revolution vollzogen war: am 31. Oktober ernannte der König den Grafen Károlyi zum Ministerpräsidenten und die neue Regierung leistete dem Erzherzog Josef als dem Stellvertreter des Königs das Gelöbnis. Aber dagegen erhob sich die Arbeiterschaft: „Keine Regierung des Königs mehr! Károlyi ist Ministerpräsident aus dem Rechte der Revolution!" Der König mußte die Regierung ihres Eides sofort wieder entbinden. So war auch Ungarn am 31. Oktober tatsächlich schon Republik.

Der Abfall Ungarns hat Habsburgs Schicksal entschieden. Denn ehe noch die Bewegung, die durch Ungarn ging, in Budapest selbst den Sieg erkämpft hatte, hatte sie schon auf die Truppen an der Front übergegriffen und damit die nationale Revolution an der entscheidenden Stelle, in der Armee, ausgelöst. Keine geheimnisvollen „Emissäre" Károlyis, keine „Proklamationen" des Nationalrates haben die Revolution in der Armee entfesselt. Die historischen Ereignisse selbst, die das tausendjährige Reich der Magyaren in die Katastrophe stürzten, haben die magyarischen Offiziere und die magyarischen Soldaten an der Front mit derselben Leidenschaft erfüllt wie die magyarischen Volksmassen im Hinterland, mit der Leidenschaft eines aus Panik wild auflodernden Patriotismus, aus dem an der Brenta und an der Piave ebenso wie an der Donau die ungarische Revolution erwuchs.

Am 24. Oktober begann im Gebiet des Monte Grappa, zwischen Brenta und Piave die italienische Offensive. Eine bedeutende Übermacht war auf der Seite des Feindes: 780 österreichisch-ungarischen standen 841 feindliche Bataillone gegenüber. Und dieser Übermacht sollte sich die hungernde, in Lumpen gekleidete k. und k. Armee, diese Armee mit Divisionen, in denen das durchschnittliche Körpergewicht des Mannes 50 Kilogramm betrug, mit Regimentern, in denen kein Mann mehr eine ganze Garnitur Wäsche hatte, mit Batterien, die keine Pferde und keine Munition mehr für ihre Geschütze hatten, erwehren! Aber nicht nur an Mann und Material war der Feind weit überlegen. Überlegen war er vor allem am Geist. Hüben ein Heer, das an die Möglichkeit des Sieges nicht mehr glaubte und dessen aus zehn Nationen zusammengewürfelte Bataillone kein gemeinsames Vaterland mehr zu verteidigen hatten; drüben eine Armee, die, nach vierjährigem vergeblichem Ringen, nun endlich die Möglichkeit sah, mit einem großen Schlag den Sieg und den Frieden zu erzwingen! „Voll schwerster Besorgnis", erzählt der Oberstleutnant Glaise-Horstenau, „harrten auf österreichischer Seite die höheren Führer der ersten Meldungen vom Schlachtfeld. Nur ein Wunder Gottes konnte die Lage retten."

Aber trotz alledem bewährte sich noch einmal die gewaltige suggestive Kraft, mittels deren der militärische Mechanismus den Offizier und den Mann im Kampf in seiner Gewalt zu erhalten vermag. Noch einmal opferten Deutsche und Tschechen, Polen und Ukrainer, Magyaren und Slowaken, Schulter an Schulter tapfer kämpfend, Leib und Leben für ein Vaterland, das nicht mehr war. Die Berichte der italienischen Obersten Heeresleitung geben von diesen letzten Waffentaten der k. und k. Armee ein anschauliches Bild. Vom 24. Oktober meldete sie: „Der Asolone, welcher im ersten Anlauf genommen wurde, mußte unter dem Druck heftiger feindlicher Gegenangriffe wieder geräumt werden. Die Brigade Pesaro nahm den Pertica, das 23. Sturmbataillon und andere Abteilungen die Höhe 1484 des Prassolan; aber durch das feindliche Feuer zusammengeschmolzen, mußten auch diese in den erreichten Stellungen stehenbleiben." Vom 25. Oktober: „Der Gegner führte nach Erholung von der Überraschung von allen Seiten Gegenangriffe auf die eingebrochenen Sturmtruppen, welchen es gelang, durch die feindlichen Kräfte mit den Gefangenen in die Ausgangsstellung zurückzugelangen." Es war die zu zwei Dritteln aus tschechischer Mannschaft zusammengesetzte 4. Infanterie-Truppendivision, die die Italiener im Asoloneabschnitt zurückwarf; es waren Egerländer und Szekler, Slowaken und Rumänen, Magyaren und Tschechen, deren „heftigen Widerstand" der italienische Heeresbericht feststellte. Nicht mit Unrecht rühmte der österreichisch-ungarische Heeresbericht vom 26. Oktober: „Die Leistungen unserer Truppen stehen gegenüber den größten Waffentaten früherer Schlachten in nichts zurück."

Im Hinterland war das Reich schon in voller Auflösung. Hier, an der Front, schien es noch zu leben in der alle die Nationen umspannenden Einheit der Armee. Die Lage vom Sommer 1848 schien wiedergekehrt:

In deinem Lager ist Österreich,
Wir anderen sind einzelne Trümmer.

Und doch, es war nur Schein. Das Volksheer von 1918 konnte nicht von der nationalen Revolution unbeeinflußt bleiben wie Radetzkys kleines Berufsheer von 1848. Das in hundert Schlachten geschlagene, das hungernde, verfallende, von furchtbarer Übermacht bedrängte Heer von 1918 konnte die Monarchie nicht retten, wie es das siegreiche Heer von 1848 durch leichten, schnellen Sieg konnte. Während die Kampftruppen am Monte Grappa zum letztenmal den Ansturm des Feindes abwehrten, zeigten sich in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft schon drohende Anzeichen, daß die Revolution in das Heer selbst eingezogen war.

Schon am 24. Oktober, dem Tage des Beginns der italienischen Offensive, meldeten die Armeen bedrohliche Erscheinungen. Die 6. Armee meldete, daß die Marschbataillone zweier ungarischer Regimenter forderten, in die Heimat zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes gebracht zu werden. Das Gruppenkommando Belluno meldete, die 42. kroatische Division sei in solchem Zustand, daß man es kaum noch wagen könne, sie einzusetzen. Das Gruppenkommando Boroević meldete Meutereien bosnischer Truppen. Immerhin mochte man all das doch nur als Einzelfälle ohne größere Bedeutung ansehen; die Masse der Armee schien noch fest. Erst am folgenden Tage, dem 25. Oktober, begann eigentlich die nationale Revolution

in der Armee. Die Bewegung ging von der 38. Honvedinfanteriedivision, die sich aus Siebenbürgern rekrutierte, und von der oberungarischen 27. Infanteriedivision aus. Die Siebenbürger hatten soeben noch am Sisemol tapfer gekämpft. Auch jetzt noch blieben sie in militärischer Zucht und Ordnung. Aber sie weigerten sich, weiterzukämpfen. Sie verlangten in die Heimat gebracht zu werden. Sie wußten aus Zeitungen, aus Briefen, aus den Erzählungen der Urlauber, daß sich Rumänien wieder erhob, daß die Grenze Siebenbürgens bedroht war, daß die Grenzbevölkerung flüchtete; sie wollten nicht das fremde Tirol, sondern die eigene Heimat verteidigen.

Der Erzherzog Josef, der am 26. Oktober bei der Division war, meldete an das Armeeoberkommando:

„Das in Reserve stehende Honvedinfanterieregiment Nr. 22 war bei der Parade, die ich abhielt, ganz besonders stramm. Kein einziger Mann sprach. Bataillonskommandant meldete mir, dasselbe sei am 25. Oktober der Fall gewesen, mit Ausnahme eines Mannes, der ihm meldete, daß sie nicht in die Stellung gehen werden. Als er erklärte, diesen Mann zu verhaften, rief das ganze Bataillon einstimmig: „Das dulden wir nicht", dann wieder volle Strammheit. Ich nahm das Regiment um mich herum, hielt eine Ansprache im Sinne der Allerhöchsten Weisungen, wurde begeistert akklamiert. Als aber „Ruht!" kommandiert wurde und ich mit einzelnen Leuten sprach, erklärten von mehreren Kompagnien, ohne gefragt zu sein, Infanteristen im Namen ihrer Kompagnien, daß sie nicht in die Stellung gehen werden. Sie versprachen bis zum letzten Atemzuge tapfer, diszipliniert und treu zu kämpfen, aber in Siebenbürgen, an ihrer Grenze, um nicht nochmals dasselbe erleben zu müssen wie 1916, daß Eltern oder Frauen und Kinder von den Rumänen ermordet werden, bevor sie hinkommen. Daher ihr rechtzeitiger Abtransport nach Siebenbürgen ihre dringendste Bitte."

Die beiden Divisionen mitten in der Schlacht zum Gehorsam zurückzuführen, erwies sich als unmöglich. Man mußte ihre Forderung erfüllen. Am 26. Oktober wurde der Abtransport der beiden Divisionen befohlen. Das Beispiel war gegeben. Nun breitete sich die Bewegung unter den ungarischen Truppenkörpern schnell aus. „Es ist nicht zu leugnen," meldete das 6. Armeekommando, „daß bei den ungarischen Truppen, bei Offizieren und Mannschaften, der Gedanke wach geworden ist, daß das Vaterland durch eine Invasion der Feinde bedroht sei, und daß es notwendig sei, die ungarischen Truppen zum unmittelbaren Schutz der Heimat zurückzuberufen." Am 26. Oktober wurde die 40. Honvedinfanteriedivision, am 27. die 7. Infanteriedivision und andere magyarische Divisionen von der Bewegung erfaßt. Und jetzt griff die Bewegung auch auf die slawischen Truppenkörper über.

Die Stimmung der slawischen Soldaten war längst keine andere als die Stimmung der slawischen Volksmassen im Hinterland. Trotzdem hatten sie, den Haß gegen das Reich im Herzen, immer noch für das Reich gekämpft. Die Furcht hatte sie noch im Gehorsam erhalten. Jetzt, da die Ungarn, während des ganzen Krieges neben den Deutschösterreichern der festeste Kern der Armee, das Beispiel der Gehorsamsverweigerung gaben, faßten auch die tschechischen, die südslawischen Bataillone Mut. Wo magyarische Truppenkörper den Gehorsam verweigerten, griff die Meuterei auf die benachbarten slawischen Abteilungen über. Auch sie verweigerten dem Befehl zum Vormarsch den Gehorsam. Auch sie begannen ihre Stellungen zu verlassen. Am 27. Oktober meldete das Heeresgruppen-

kommando Boroević schon Meutereien tschechischer, slowenischer, polnischer und ukrainischer Bataillone.

Aber größeren Umfang gewann die Bewegung doch erst, als die Niederlage den eisernen Mechanismus der Disziplin aufzulösen begann, der sich noch gegen die revolutionäre Bewegung in den Truppen wehrte.

Am 26. Oktober gelang englischen Truppen der Übergang über die Piave. Am 28. Oktober, dem Tage des Umsturzes in Prag, wurde die österreichisch-ungarische Front am linken Piaveufer durchbrochen. Am 29. Oktober verweigerten die zum Gegenangriff eingesetzten tschechischen Truppen den Gehorsam. An demselben Tage befahl das Armeeoberkommando die Räumung Venetiens. Auf der ganzen venezianischen Front flutete die Armee nun zurück. Die die Mannszucht auflösenden Wirkungen der Niederlage und des Rückzuges wurde nun voll wirksam. Die Gehorsamsverweigerung der ungarischen und der slawischen Truppen breitete sich nun durch die ganze Armee aus. Magyaren und Slawen wollten nicht mehr für das verhaßte Österreich kämpfen. Aber die Deutschösterreicher hielten noch stand. Sie verteidigten immer noch die bedrohte Heimat: löste sich die Armee vor dem nachdrängenden Feind in wilder Unordnung auf, dann drohte ja den deutschen Alpentälern in ihrem Rücken furchtbare Verheerung. Aber als sich links und rechts von den deutschen Bataillonen alles auflöste, konnten schließlich auch sie nicht mehr Widerstand leisten.

Am 27. Oktober wurde zum erstenmal in einer Meldung des Heeresgruppenkommandos Tirol an das Armeeoberkommando eine deutsche Formation als nicht mehr verläßlich bezeichnet. Es war nicht ein durch bolschewikische Heimkehrer zersetztes, nicht ein aus sozialdemokratischen Arbeitern zusammengesetztes Regiment. Es waren gerade die Treuesten der Treuen, die zuerst zu wanken begannen. Die Tiroler Standschützen waren es, die alten Tiroler Bauern, denen nun, da Südtirol bedroht erschien, bang wurde um Weib und Kind, um Hab und Gut, und die darum in ihre Dörfer zurück wollten.

Am 28. Oktober hatten dann wirklich auch schon deutsche Formationen gemeutert. Es waren das die alpenländischen, überwiegend bäuerlichen Formationen der Edelweiß-Division, einige Tiroler Kaiserjäger- und Kaiserschützenbataillone, das oberösterreichische Regiment Nr. 14 und das Salzburger Regiment Nr. 59. Als die beiden ungarischen Divisionen, von denen die ganze Bewegung ausgegangen war, abgelöst und abtransportiert wurden, schickte das Kommando diese deutschen Formationen an ihre Stelle. Da wurden die alpenländischen Bauern wild: „Wir sind nicht dazu da, an Stelle der Ungarn zu kämpfen."

Aber das waren doch nur vereinzelte Zwischenfälle. Die Masse der deutschösterreichischen Soldaten war noch verläßlich. Als nach den Niederlagen vom 28. und vom 30. Oktober die slawischen und die magyarischen Truppen beinahe auf der ganzen Front den Gehorsam verweigerten, warf man überall die deutschen Truppenkörper dem nachdrängenden Feinde entgegen. Es war nutzlose Aufopferung: da links und rechts von ihnen die nichtdeutschen Truppenkörper nicht mehr kämpfen wollten, drohten den Deutschösterreichern überall Umzingelung und Vernichtung. So begannen denn auch sie sich aufzulehnen. Nun erst erfaßte die Rebellion auch die deutschen Bataillone.

So lösten sich denn alle Bande der Disziplin. Es war ein Schauspiel, wie die Kriegsgeschichte kein ähnliches kennt. Der Feind drängte mit ungeheurer Übermacht stürmisch nach. An manchen Stellen — vor allem im Bereich der sogenannten Isonzoarmee, die am Unterlauf der Piave stand — leisteten ihm Truppen, die noch in den Händen ihrer Führer waren, in schweren Nachhutgefechten zähen Widerstand. An anderen Stellen aber waren die Nachhuten schon von der Rebellion erfaßt; sie liefen kampflos davon. Wo die Kommanden Gegenstöße gegen den nachrückenden Feind anordneten, wußten sie nicht, über welche Kräfte sie zu diesem Zwecke verfügen werden. Denn während sich manche Bataillone noch zum Gegenangriff bereitstellten, kümmerten sich andere um den Befehl nicht mehr. Die Etappentruppen waren in voller Anarchie; die Truppen marschierten, um alle Befehle unbekümmert, das Kriegsgerät preisgebend, eigenmächtig der Heimat zu. Die Revolution im Hinterland vervollständigte die Auflösung. Am 31. Oktober hatte sich der slowenische Narodni Svet der Verkehrs- und Verbindungsmittel der wichtigsten Etappenlinie bemächtigt, er erklärte sich für neutral, ordnete die Entwaffnung aller fremden Truppen auf seinem Gebiet an und zerriß die wichtigsten Telegraphen- und Telephonlinien zur Front.

Niederlage und Revolution vermengten sich so zu unlösbarer Einheit. Gewiß hat die Revolution die Niederlage beschleunigt und vergrößert: waren schon die materiellen Machtmittel der Armee denen des Feindes unterlegen, so raubte die Revolution der Armee auch noch die moralischen Kraftquellen; die Slawen und die Magyaren schlugen sich nicht mehr für das Reich, das ihnen eben nicht mehr ihr Vaterland war. Aber anderseits hat doch erst die Niederlage die Revolution in der Armee entfesselt. Erst nach der Niederlage vom 28. Oktober gewann sie breiteren Raum. Die 11. Armee, die zwischen dem Stilfserjoch und dem Pasubio stand, war von den Italienern nicht angegriffen worden, sie hatte keine Niederlage erlitten; sie ist von der Revolution überhaupt nicht erfaßt worden, bis zum 3. November in voller Ordnung geblieben. Zugleich aber zeigte der Verlauf der Ereignisse auch sehr deutlich den Charakter der Revolution, die die Armee und mit der Armee das Reich zerschlug. Noch war sie durchaus nicht soziale, sondern nationale Revolution. Nicht die Regimenter der Industriearbeiter Wiens und Niederösterreichs, Deutschböhmens und der Steiermark, sondern die magyarischen und die slawischen Bauernregimenter waren die Träger der Bewegung.

Am 29. Oktober hatte die Monarchie um Waffenstillstand gebeten. Aber die italienische Heeresleitung verschleppte unter immer neuen Vorwänden die Waffenstillstandsverhandlungen. Nach dem ruhmlos geführten Kriege wollte sie sich den Ruhm des vollen Sieges, der jetzt so wohlfeil zu erringen war, nicht entgehen lassen. Erst am 1. November wurden die Waffenstillstandsbedingungen dem General Weber übergeben.

Am Tage vorher hatte die Revolution in Ungarn gesiegt. Die magyarische Demokratie hatte dagegen protestiert, daß ungarische Truppen noch gegen Italien kämpfen sollten. Ihre erste Tat war der Versuch, diesem Kampf ein Ende zu machen. Der Kriegsminister der Regierung Károlyi, der Oberstleutnant im Generalstab Bela Linder, gab am 1. November den Armeekommanden den Befehl, die ungarischen Truppen sollten sofort auf der

Stelle die Waffen niederlegen und unbewaffnet in die Heimat zurückmarschieren. Der Fernspruch Linders wurde durch die Funkstation des Badener Oberkommandos an die Armeekommanden weitergegeben, ohne daß das Oberkommando Weisung gegeben hätte, ob Linders Befehl befolgt werden solle oder nicht. „Ich bin gezwungen, zu melden, daß die zweideutige Haltung des Oberkommandos und dessen Mangel an klarem Wollen die korrekte Führung der Heereskörper im höchsten Maße gefährdet. Ich lehne jede Verantwortung für diese Heeresführung ab, da sie nicht nur den Bestand, sondern auch die Ehre der Wehrmacht zu vernichten droht", telegraphierte Feldmarschall Boroević an das Oberkommando.

Aber auch in Deutschösterreich drängten schon viele nach unbedingter Kapitulation. In Tirol herrschte furchtbare Angst. Man fürchtete Plünderung, Verwüstung, Brandlegung, wenn die Armee, undiszipliniert und unverpflegt, durch das Land zurückströmte. Am 26. Oktober hatten sich die Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Deutschtirols als Landesversammlung konstituiert und einen „Tiroler Nationalrat" aus ihrer Mitte gewählt, der am 1. November proklamierte, er übernehme „die gesamte Zivil- und Militärgewalt Deutschtirols". Der Nationalrat forderte die „Abriegelung" Nordtirols gegen die zurückflutende Armee. Er forderte zu diesem Zweck zuerst reichsdeutsche, dann sogar Ententetruppen. Lieber solle die ganze Armee in Gefangenschaft geraten, als daß ganz Tirol verwüstet wird.

Nicht geringer war die Angst der Herrenklasse in Wien vor der heimkehrenden Armee. Seit dem 30. Oktober sah Wien täglich stürmische Soldatenversammlungen. Der Hof und das Oberkommando, die Generale und die Diplomaten, der Adel und die Bourgeoisie zitterten vor der Rache der heimkehrenden Truppen. Auch sie dachten nun, das beste wäre, die Armee in Gefangenschaft geraten zu lassen.

Und selbst einzelne Kommanden an der Front dachten nun schon nicht anders. Das Heeresgruppenkommando Tirol telegraphierte am 2. November an den Chef des Generalstabs, wenn sofortiger Waffenstillstand nicht zu erreichen, sei die Waffenstreckung der ganzen Armee die einzige Rettung.

Unter solchen Einflüssen stand das Oberkommando, als es endlich die Waffenstillstandsbedingungen der Entente erhielt. Nun war es erst recht ratlos. Die Entente forderte das uneingeschränkte Recht zum Durchmarsch durch österreichisches Gebiet. Tirol sollte zu ihrem Aufmarschraum gegen Süddeutschland werden. Der Kaiser wußte, wie sein Abfall von Deutschland in Deutschösterreich gewirkt hatte. Der Kaiser fürchtete wilden Zornesausbruch in Deutschösterreich, wenn er auch dieser Forderung der Entente zustimmte. Während jede Stunde die Anarchie an der Front vergrößerte, verging der ganze 2. November in ergebnislosen Beratungen.

Der Kaiser versuchte es, die Entscheidung dem deutschösterreichischen Staatsrat zuzuschieben. Der Staatsrat lehnte sie ab: Deutschösterreich hat keinen Krieg geführt. Deutschösterreich hat keine Armee. Den Waffenstillstand schließen kann nur die Macht, die den Krieg geführt hat und auch jetzt noch die Armee kommandiert. Es ist ihre letzte Aufgabe, aber nur ihre Aufgabe.

In der Nacht vom 2. auf den 3. November gab der Kaiser endlich den Befehl, die Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen. Zugleich gab er

den Truppen den Befehl, die Kampfhandlungen sofort einzustellen. Als das Armeeoberkommando diesen Befehl ausgab, mußte es wissen, daß viele Stunden vergehen mußten, ehe der Befehl zur Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages den General Weber in Villa Giusti erreichen konnte; weitere Stunden, ehe der Vertrag wirklich unterschrieben werden konnte; weitere Stunden, ehe die vorderste Linie der italienischen Truppen den Abschluß des Waffenstillstandes erfahren konnte. Gab das Oberkommando den österreichischen Truppen trotzdem den Befehl, den Kampf sofort einzustellen, so mußte es damit rechnen, daß der Feind die Kampfhandlungen selbst im besten Falle erst viele Stunden später einstellen werde als die eigenen Truppen. Es mußte also wissen, daß der Befehl einen großen Teil der eigenen Armee in feindliche Gefangenschaft bringen werde.

In Wirklichkeit war es aber noch schlimmer. Denn das Oberkommando hatte den Befehl zur Einstellung des Kampfes ausgegeben, ohne auch nur den definitiven Text des Waffenstillstandsvertrages zu kennen. Dieser Text enthielt die Bestimmung, daß die Feindseligkeiten erst 24 Stunden nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages einzustellen seien.

Durch diesen Befehl zu einseitiger Einstellung des Kampfes hat das Oberkommando, hat der Kaiser selbst zerstört, was von der Armee noch übriggeblieben war. Die österreichisch-ungarischen Truppen stellten, dem kaiserlichen Befehl gemäß, in den Morgenstunden des 3. November die Kampfhandlungen ein. Die Italiener setzten, dem Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages gemäß, die Feindseligkeiten bis zum 4. November, drei Uhr nachmittag, fort. Italienische Panzerautomobile, Kavallerie- und Fahrradabteilungen brachen durch die sich nicht mehr wehrenden österreichisch-ungarischen Truppen, stürmten so weit als möglich vor und nahmen alles gefangen, was sich südlich und westlich der Linie befand, die sie bis zum 4. November, drei Uhr nachmittag, erreichten. Hunderttausende österreichische Soldaten gerieten in Gefangenschaft; auch solche, die, wie die 11. Armee und große Teile der Isonzoarmee, bis zur letzten Stunde noch in voller militärischer Ordnung geblieben waren. Was sich aber der Gefangenschaft noch entziehen konnte, drängte in panischer Angst, in chaotischer Unordnung rückwärts. Diese Soldatenhaufen, die zu den Eisenbahnen drängten, die Depots plünderten, sich gewaltsam der Eisenbahnzüge bemächtigten und die Heimfahrt erzwangen, waren keine Armee mehr. Am 3. November hatte das kaiserliche Heer aufgehört zu bestehen; der Kaiser selbst hatte ihm den letzten tödlichen Schlag versetzt.

Der eiserne Mechanismus, der zehn auseinanderstrebende Nationen zusammengehalten, sie unter Habsburgs Herrschaft erhalten hatte, war zerstört. Damit war das Reich aufgelöst. Damit war Habsburgs Herrschaft zu Ende.

§ 7. Die deutschösterreichische Republik.

Literatur:

Deutsch, Aus Österreichs Revolution. Wien 1921. — Bauer, Die Offiziere und die Republik. Wien 1921.

O. B., Der deutschösterreichische Staat, und die folgenden Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" vom 13. bis 17. Oktober 1918. — Friedrich Adler, Nach zwei Jahren. Wien 1918.

Kelsen, Die Verfassungsgesetze der Republik Deutschösterreich. 1. Teil. Wien 1919.

Freißler, Vom Zerfall Österreichs bis zum tschechoslowakischen Staat. Berlin 1921. — Granichstädten-Czerva, Tirol und die Revolution. Innsbruck 1920.

In den vier Tagen vom 28. bis zum 31. Oktober hatte sich die Auflösung der Habsburgermonarchie vollendet. In diesen vier Tagen war die Armee an der Front zusammengebrochen, hatten sich die neuen nationalen Regierungen im Hinterlande der Regierungsgewalt bemächtigt. Es war eine nationale und eine demokratische Revolution, was sich da vollzog: statt der Dynastie, ihrer „übernationalen" Bürokratie, Generalität und Diplomatie übernahmen in Deutschösterreich wie in Tschechien, in Galizien wie im südslawischen Gebiet nationale Volksregierungen, aus den Wortführern der Parteien des Bürgertums, der Bauernschaft und der Arbeiterschaft zusammengesetzt, die Regierungsgewalt. Aber der Zusammenbruch der alten Mächte entfesselte zugleich auch die bisher von der Gewalt des Militarismus niedergehaltenen Arbeitermassen. In den täglichen stürmischen Soldatendemonstrationen, die in Wien mit der großen Massenkundgebung am 30. Oktober begonnen hatten, kündigte sich an, daß die national-demokratische Revolution zugleich auch die soziale Revolution weckte, der Übergang der Regierungsgewalt von der Dynastie auf die Völker zugleich auch den Klassenkampf innerhalb des Volkes, die Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den Klassen innerhalb der Nation einleitete. Die Entfaltung dieses dreifachen revolutionären Prozesses der demokratischen, der nationalen und der sozialen Revolution ist die Geschichte des entstehenden deutschösterreichischen Staates vom 30. Oktober bis zum 12. November.

Am 30. Oktober hatte die Provisorische Nationalversammlung den Staatsrat beauftragt, die Regierungsgewalt in Deutschösterreich zu übernehmen und eine deutschösterreichische Regierung einzusetzen. Deutschösterreich war damit, ebenso wie alle die anderen entstehenden Nationalstaaten in diesen Tagen, vor das Problem der Regierungsbildung gestellt. Es handelte sich nicht, wie sonst bei Regierungsbildungen, um den Übergang einer bestehenden Staatsgewalt aus den Händen einer Machtgruppe in die einer anderen, sondern um die Schaffung neuer Staaten, um die Organisierung noch nicht bestehender Staatsgewalten. Die Regierungen, die da gebildet wurden, verfügten zunächst über keinerlei materielle Machtmittel, weder über den Verwaltungsapparat noch über eine Militärmacht; sie konnten sich nur durch ihre moralische Autorität durchsetzen, nur durch ihre moralische Autorität sich die Verwaltungsmaschinerie der zerfallenden Monarchie unterordnen und sich eine nationale Wehrmacht schaffen. Sollte die moralische Autorität der neuen Regierungen groß genug sein, diese Aufgabe zu bewältigen, sollte sie sich in der Großstadt wie im Dorfe, in den Industriegebieten wie im Landvolk, in den Ämtern wie in den Kasernen durchsetzen, dann mußten die neuen Regierungen aus Vertrauensmännern aller Volksschichten zusammengesetzt werden. So erklärt es sich, daß die neuen Regierungen in all den neuen Nationalstaaten damals aus den Vertretern aller großen politischen Parteien der sich konstituierenden Nationen zusammengesetzt werden mußten. Daß „Bürger,

Bauern und Arbeiter" gemeinsam die neue Regierung bilden müßten, war das Schlagwort jener Tage.

Auch der deutschösterreichische Staat war im Grunde aus einem Contrat social, einem staatsbegründenden Vertrage der durch die politischen Parteien vertretenen Klassen des deutschösterreichischen Volkes hervorgegangen. Die Gesamtheit der deutschösterreichischen Abgeordneten hatte sich auf Grund von Vereinbarungen zwischen den Parteien als Provisorische Nationalversammlung konstituiert und die Gründung des deutschösterreichischen Staates proklamiert. Nur diese Gesamtheit konnte jetzt die Regierungsgewalt übernehmen. Der von der Provisorischen Nationalversammlung nach dem Verhältniswahlrecht gewählte, also aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzte Staatsrat bildete die eigentliche Regierung. Nur als seine Beauftragten übernahmen die vom Staatsrat ernannten Staatssekretäre die Leitung der einzelnen Staatsämter; nicht ihnen, sondern dem Staatsrat selbst teilte die provisorische Verfassung vom 30. Oktober die Verordnungsgewalt zu. Wie der Staatsrat selbst aus allen in der Provisorischen Nationalversammlung vertretenen Parteien zusammengesetzt war, so wurden auch die von ihm bestellten Staatssekretäre allen Parteien entnommen. So übernahmen denn zum erstenmal auch Sozialdemokraten die Leitung von Staatsämtern. Aber es entsprach dem vorerst noch nur nationalen Charakter der Revolution, daß die Sozialdemokraten zunächst nur einen bescheidenen Anteil an der Regierung beanspruchten. Viktor Adler wurde zum Staatssekretär für Äußeres gewählt; denn nur ein Sozialdemokrat konnte die neue, auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu gründende Außenpolitik Deutschösterreichs einleiten. Ferdinand Hanusch wurde zum Staatssekretär für soziale Verwaltung bestellt; denn die Arbeiterschaft hatte in dem Augenblick der Abrüstung der Kriegsindustrie das stärkste Interesse daran, dieses Staatsamt unter ihre Kontrolle zu stellen. Die Leitung aller übrigen Staatsämter überließen wir vorerst den bürgerlichen Parteien. Dr. Karl Renner wurde nur zum Leiter der Kanzlei des Staatsrates bestellt. Dem christlichsozialen Staatssekretär für Inneres gaben wir den Sozialdemokraten Otto Glöckel, dem deutschnationalen Staatssekretär für Heerwesen den Sozialdemokraten Dr. Julius Deutsch als Unterstaatssekretäre bei. Erst die Ereignisse der folgenden Tage, die die nationale Revolution zur sozialen vorwärtstrieben, verstärkten unser Gewicht in der Regierung. Erst sie machten den Leiter der Kanzlei des Staatsrates zum Staatskanzler. Erst sie ließen in den beiden wichtigsten Staatsämtern, im Staatsamt des Innern, das über die innere Verwaltung, über Polizei und Gendarmerie verfügte, und im Staatsamt für Heerwesen, das die Demobilisierung zu leiten und eine neue Wehrmacht aufzustellen hatte, die bürgerlichen Staatssekretäre weit hinter die sozialdemokratischen Unterstaatssekretäre zurücktreten. Es war eine Machtverschiebung, die sich durch die Ereignisse selbst vollzog, in der sich der Fortgang der Revolution ausdrückte.

Aus dem Kriege entstanden, ist die soziale Revolution nicht so sehr von der Fabrik als vielmehr von der Kaserne ausgegangen. Als an der Massenkundgebung des 30. Oktober auch Soldaten und Offiziere in großer Zahl teilnahmen; als an diesem Tage auf den Soldatenkappen die roten, auf den Offizierskappen die schwarzrotgoldenen Kokarden aufzutauchen be-

gannen; als am Abend des 30. Oktober Soldatenhaufen den Offizieren auf der Straße die Rosetten mit den kaiserlichen Initialen von den Kappen rissen, war es klar, daß die militärische Disziplin in den Wiener Kasernen vollends zusammengebrochen war. Die furchtbare Allmacht, die die militärische Organisation im Kriege dem Offizierkorps gegeben hatte, schlug mit einem Schlage in völlige Ohnmacht um; vierjährige Unterdrückung der Menschenwürde des Soldaten rächte sich nun in wild aufloderndem Haß des Mannes gegen den Offizier. Wo bisher der stumme Gehorsam gewaltet hatte, setzte nun die elementare, instinktive, anarchische revolutionäre Bewegung ein. Soldatenhaufen, von Heimkehrern aus Rußland geführt, versammelten sich nächst der Roßauer Kaserne und berauschten sich an wilden Reden. Sie versuchten die Bildung einer „Roten Garde", sie zogen bewaffnet durch die Stadt, sie „expropriierten" Kraftwagen und „beschlagnahmten" Lebensmittelvorräte. Die Offiziere selbst wurden von der Bewegung erfaßt. Reserveoffiziere aus den Reihen der Intelligenz beteiligten sich, von der Revolutionsromantik des Bolschewismus mitgerissen, an der Bildung der Roten Garde, während sich deutschnationale Offiziere im Parlamentsgebäude als „Soldatenräte" auftaten. Die überwiegende Mehrheit der Soldaten aber packte unwiderstehlicher Drang, nach Hause, zu Weib und Kind zurückzukehren. Die slawischen Soldaten eilten ungeordnet nach Hause, sobald sie von der Bildung der Nationalstaaten in ihrer Heimat erfuhren; ihr Beispiel verbreitete die Desertionsbewegung sofort auch auf die deutschen Soldaten. Niemand tat mehr Dienst, die Kader lichteten sich, die Wachen liefen davon, die wichtigsten Depots und Magazine waren unbewacht. Kriegsverwilderung, Hunger, Verbrechertum nützten diese Selbstauflösung der Garnisonen aus: Plünderungen begannen. In den Gefangenenlagern waren die fremden Kriegsgefangenen nicht mehr bewacht; ein paar Stunden zitterte das durch die Selbstauflösung der Garnison wehrlos gewordene Wien vor dem Anmarsch italienischer Kriegsgefangener aus dem Lager von Sigmundsherberg, die sich, nachdem die österreichischen Wachen desertiert waren, eines Waffenlagers bemächtigt und gegen Wien in Marsch gesetzt hatten. Nicht minder groß war die Gefahr auf den Eisenbahnen. Da brachte jeder Eisenbahnzug hungernde, undisziplinierte bewaffnete Heimkehrer von der Front; täglich wurde auf den Bahnhöfen geschossen, täglich drohte die Gefahr der Plünderung der Städte durch slawische und magyarische Heimkehrer, die durch deutschösterreichisches Gebiet ihrer Heimat zustrebten. Nur die Aufstellung einer neuen bewaffneten Macht konnte die volle Anarchie verhindern.

Der Staatsrat versuchte zunächst die Reste der Garnisonen der alten Armee in seinen Dienst zu stellen. Sie wurden auf die provisorische Verfassung beeidigt. Und da die Wiederherstellung der Autorität der Offiziere zunächst aussichtslos erschien, forderte der Staatsrat selbst die Mannschaften auf, Soldatenräte aus ihrer Mitte zu wählen, die Ordnung und Disziplin in den Kasernen herstellen sollten. Aber diese ersten Bemühungen blieben erfolglos. Die Soldaten leisteten den Eid und liefen dennoch auseinander, zu Weib und Kind. Die Reservisten bei den Fahnen zurückzuhalten war unmöglich. Es gab nur einen Ausweg: gegen Sold Freiwillige anzuwerben und aus ihnen eine neue Wehrmacht zu formieren. So ordnete der Staatsrat am 3. November, dem Tage des Abschlusses des

Waffenstillstandes, die Werbung für die Volkswehr an. Und hier nun setzte die Aktion der Sozialdemokratie ein.

Der Gedanke lag nahe, die Ersatzkörper der alten Armee als Kadres der aufzustellenden Volkswehr zu verwenden. Aber der Gedanke war gefährlich. Bei den Ersatzkörpern sammelten sich die Berufsoffiziere der alten Armee, die letzten Träger des altösterreichischen, der Monarchie ergebenen Geistes. Sollte die Volkswehr nicht zu ihrem Werkzeug werden, so mußte ihre Aufstellung vollständig unabhängig von den Formationen der k. u. k. Armee erfolgen. Das war es, was Julius Deutsch zunächst im Staatsamt für Heerwesen durchsetzte. Man gab nunmehr den aussichtslosen Kampf gegen die sofortige Demobilisierung der Mannschaften auf, die noch bei den Ersatzformationen im Hinterland verblieben waren oder die mit ihren Abteilungen von der Front heimkehrten. Die sofortige Entlassung aller Mannschaften und Reserveoffiziere wurde nunmehr geradezu angeordnet; die sich zunächst noch bei den Ersatzkadern der alten Armee sammelnden Offiziere wurden ungefährlich, da sie über keine Mannschaft mehr verfügten. Dafür aber stellte man völlig unabhängig von diesen Ersatzkadern die Volkswehrbataillone auf.

Die Bauernsöhne eilten in ihre Dörfer zurück, um sich nach den Hungerjahren ihrer Kriegsdienstzeit endlich wieder sattzuessen, und die Söhne des Bürgertums lockte nichts in die Volkswehr. Anders die industrielle Arbeiterschaft. Die Kriegsindustrie stellte ihre Produktion ein. Zehntausende Arbeiter wurden arbeitslos. Zehntausende, die von der Front zurückkehrten, fanden keine Arbeit. Der vergleichsweise hohe Sold von sechs Kronen lockte die Arbeitslosen in die Volkswehr. So setzten sich die Volkswehrbataillone fast ausschließlich aus Industriearbeitern zusammen. Freilich, es waren zumeist politisch ungeschulte, durch den Krieg verwilderte, für die Lockungen alles politischen Abenteurertums, für die Versuchungen der Revolutionsromantik jener Tage sehr empfängliche Menschen, die sich in den ersten Tagen in den neuen Bataillonen sammelten; und auch nicht wenige verbrecherische Elemente hatten sich zum Söldnerdienst gemeldet. Diese Masse unter feste Führung zu stellen, sie vor dem drohenden Mißbrauch ihrer politischen Naivität zu schützen und die lumpenproletarischen Elemente aus ihr hinauszudrängen, das war nun die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Auch während des Krieges waren die Verbindungen zwischen den Genossen in den Kasernen und den Organisationen der Partei nie ganz abgerissen. Die zum Kriegsdienst eingerückten Genossen verkehrten in den Arbeiterheimen und brachten ihre Beschwerden in die Parteisekretariate. Im Sommer 1918 hatte Julius Deutsch diese lockere Verbindung zu den Wiener Kasernen verdichtet und organisiert. Er hatte in jedem Truppenkörper einige Genossen als Vertrauensmänner bestimmt, die in persönlicher Verbindung mit ihm blieben. Während des Krieges diente dieses Vertrauensmännersystem nur dem Zwecke, uns über alles, was in den Kasernen vorging, zu informieren. Jetzt aber konnten wir uns dieser Vertrauensmänner bedienen, auf die Bildung der Volkswehr Einfluß zu gewinnen. Sie vor allem waren es, die, in die sich formierenden Bataillone übertretend, möglichst viele verläßliche Genossen aus den Kaders der alten Armee in die Bataillone der Volkswehr überzuführen, die Wahl der Soldaten-

räte in den neuen Bataillonen zu organisieren, die die Führung der neuen Bataillone an sich zu ziehen hatten. Zugleich setzten die Parteiorganisationen mit der Agitation für die Volkswehr ein; sie bemühten sich, alte, verläßliche Genossen zum Eintritt in die Volkswehr zu bewegen und ihnen die Aufgabe, die sie innerhalb der Volkswehr lösen sollten, verständlich zu machen. So bildeten sich innerhalb der neuen Bataillone Kader organisierter Sozialdemokraten, die die Volkswehr unter ihre Führung und damit unter die Führung der Partei stellten, sie mit ihrer Ideologie erfüllten, den Ansturm des politischen Abenteurertums auf die Volkswehrmänner in harten, zähen Kämpfen abwehrten und die verbrecherischen Elemente aus der Volkswehr allmählich hinauszudrängen versuchten.

Die Volkswehr war nicht von Anfang an eine Parteitruppe. In den Tagen ihres Entstehens war sie ein recht bunt zusammengewürfelter Haufe armer, unwissender, durch den Krieg verrohter Menschen, die der Sold in die Kasernen gelockt hatte. Hätte man diese Haufen sich selbst überlassen, so wären sie zu Söldnerbanden geworden, die ihre Waffen nur benützt hätten, das Land zu plündern, und zur Beute des politischen Abenteurertums jener Tage, zur Beute jener politischen Naivität, die damals glaubte, man brauche nur ein paar hundert Bewaffneter und ein paar Maschinengewehre, um von Ternitz oder von Traisen aus die Gesellschaftsordnung Europas umzustürzen. Sollte die neue Truppe nicht zu ernster Gefahr werden, so mußte sie unter feste, zielbewußte Führung gestellt werden. Dazu gab es nur zwei Wege. Der eine war, die Macht der Offiziere wiederherzustellen. Aber das wäre in jener Zeit, in der die Autorität des Offizierskorps völlig zusammengebrochen, der Haß gegen die Offiziere, eine Frucht der Kriegserlebnisse, die Volksleidenschaft des Tages war, schwerlich gelungen; und wenn es gelungen wäre, so hätte es die Revolution in die schwerste Gefahr gebracht, die bewaffnete Macht in der entstehenden Republik dem konterrevolutionären, monarchistisch gestimmten Offizierskorps überantwortet. Es war daher nur der andere Weg offen. In diesen Tagen des Zusammenbruchs aller überlieferten Autoritäten war mächtiger denn je die Autorität der Sozialdemokratie. Sie allein konnte die Haufen bewaffneter Proletarier, die sich in den Kasernen sammelten, disziplinieren, sie ihrer Führung unterordnen, mit ihrer Ideologie erfüllen und dadurch verhindern, daß sie der nach vier Kriegsjahren so großen Versuchung zum Mißbrauch ihrer Waffen erliegen.

Die Aufstellung der Volkswehr hat das Land vor der drohenden Gefahr der Anarchie bewahrt. Die Volkswehr übernahm die Bewachung der Depots und Magazine. Volkswehrbataillone wehrten — am 14. und 15. November in blutigen Kämpfen — die Angriffe tschechischer und magyarischer Truppen, die durch deutschösterreichisches Gebiet in die Heimat transportiert wurden, ab. Die Volkswehr ordnete sich die „Rote Garde" ein und zwang sie, sich ihrem Kommando und ihrer Ordnung zu unterwerfen. Aber es war eine von Sozialdemokraten geführte, mit roten Fahnen unter den Klängen der Arbeitermarseillaise marschierende Truppe, die nun über die Sicherheit des Landes zu wachen hatte. Dadurch wude die Aufstellung der Volkswehr zum revolutionären Akt, zu dem ersten Akt der proletarischen Revolution, in die die nationale Revolution damit umzuschlagen begann.

In den klassischen Revolutionen der Vergangenheit fiel die Entscheidung im Barrikadenkampf. Durch den Sieg auf den Barrikaden entwaffnete die Revolution die Gewalten des alten Regimes und aus dem Sieg auf den Barrikaden ging ihre eigene bewaffnete Macht hervor. Was sich sonst im Barrikadenkampf vereinte, zerlegt sich in der deutschösterreichischen Revolution in zwei Akte. Die Entwaffnung des alten Regimes ward durch die Selbstauflösung der kaiserlichen Armee vollzogen. Die bewaffnete Macht des neuen Regimes entstand in der Volkswehr. Der Übergang der Waffengewalt aus den Händen des alten in die des neuen Regimes, der in anderen Revolutionen nur im blutigen Bürgerkrieg erfolgen konnte, konnte hier nach der Selbstauflösung der alten Armee ohne blutigen Kampf, als bloße organisatorische Leistung durch die Aufstellung der Volkswehr vollendet werden. Daß diese Leistung der Romantik der Barrikadenschlacht entbehrt, darf nicht darüber täuschen, daß ihre geschichtliche Wirkung dieselbe war, die in anderen Revolutionen nur auf den Barrikaden erkämpft werden konnte. An die Stelle der kaiserlichen Armee war die republikanische Volkswehr getreten; und diese republikanische Wehr war ein proletarisches, ein von sozialistischem Geist erfülltes Heer. Die tatsächliche Verfügung über die Waffengewalt war nicht nur vom Kaiser auf das Volk, sie war zugleich innerhalb des Volkes von den besitzenden Klassen auf das Proletariat übergegangen.

Diese Revolution in den Kasernen entfesselte sofort die Revolution in den Fabriken. Während des Krieges hatte das industrielle Unternehmertum die Arbeiter unter dem unmittelbaren Schutz der Militärgewalt beherrscht: militärische Betriebsleiter kommandierten in den Fabriken und Militärwachen hielten die Arbeiterschaft in Zucht. Jetzt brach mit der Militärgewalt die ganze Autorität des Unternehmertums und seiner Organe zusammen. Das Selbstbewußtsein, das Machtbewußtsein der Arbeiter erstarkte gewaltig. Die drohende Gärung in den Arbeiterbezirken schüchterte die bürgerlichen Parteien ein und unterwarf sie dem Willen der Sozialdemokratie. So ging die Revolution ihren Gang weiter.

Deutschösterreich hatte sich am 30. Oktober schon eine tatsächlich republikanische Verfassung gegeben; aber in Wien saß noch der Kaiser, ohne auf den Thron zu verzichten. Die vom Staatsrat ernannten Staatssekretäre hatten in den ersten Novembertagen die Zweige der k. k. Ministerien, die deutschösterreichisches Gebiet zu verwalten hatten, übernommen. Aber daneben bestanden als „liquidierende Ministerien" immer noch die Departements fort, die Einrichtungen und Vermögenschaften des alten Reiches verwalteten, deren sich zu bemächtigen die deutschösterreichische Regierung nicht gewagt hatte, weil sie noch als gemeinsamer Besitz aller Nachfolgestaaten des Reiches angesehen wurden. So waren denn diese „liquidierenden Ministerien" vorläufig noch in der Verwaltung der Regierung Lammasch geblieben. In allen Zentralstellen saßen noch der vom Staatsrat ernannte deutschösterreichische Staatssekretär und der vom Kaiser ernannte österreichische Minister nebeneinander. Dieser Dualismus republikanischer und monarchischer Verwaltung auf demselben Boden war unhaltbar. Er wurde unerträglich, als endlich auch im Deutschen Reich das Kaisertum zusammenbrach. Als am 9. November Deutschland zur Republik wurde, drängte die republikanische Bewegung

der Arbeitermassen auch in Deutschösterreich nach der Beseitigung der letzten Reste der monarchischen Ordnung. Am folgenden Tag erklärten die Vertreter der Sozialdemokratie im Staatsrat den bürgerlichen Parteien, die gewaltsame Erhebung der Arbeiter und der Soldaten sei unvermeidlich, wenn nicht unverzüglich auch in Deutschösterreich die Republik proklamiert werde. Die bürgerlichen Parteien, durch die Bewegung in den Fabriken und in den Kasernen eingeschüchtert, wagten keinen Widerstand mehr. Die Christlichsozialen, die noch am 9. und 10. November zur Monarchie standen, entschlossen sich am 11. November, ihren Widerstand aufzugeben, da ein Beschluß des Tiroler Nationalrats für die Republik und Berichte aus Oberösterreich und Kärnten anzeigten, daß auch durch die Bauernschaft schon eine mächtige republikanische Welle ging. Der Staatsrat beschloß mit Stimmenmehrheit, die Provisorische Nationalversammlung für den 12. November einzuberufen und ihr einen Gesetzentwurf über die Proklamierung der Republik vorzulegen. Auch der Kaiser gab nun, von Lammasch beraten, allen Widerstand auf. Am 11. November legte der letzte Habsburger die Regierung nun auch förmlich nieder. „Nach wie vor", so sagte die Proklamation des Kaisers, „von unwandelbarer Liebe für alle meine Völker erfüllt, will ich ihrer freien Entfaltung meine Person nicht als Hindernis entgegenstellen. Im voraus kenne ich die Entscheidung an, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform trifft. Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften. Gleichzeitig enthebe ich meine österreichische Regierung ihres Amtes."

Mit dem Gedanken der Republik hatte sich schon im Verlauf des Oktober der Gedanke des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland vermählt. Der Anschlußgedanke war zuerst in unserem Nationalitätenprogramm der „Linken" ausgesprochen worden. Sobald die revolutionäre Situation, für die unser Nationalitätenprogramm gedacht war, eingetreten war, hatten wir begonnen, ihn zu propagieren. Schon am 13. Oktober hatte ich die Artikelserie in der „Arbeiter-Zeitung" begonnen, die den Anschlußgedanken auf die Tagesordnung stellte. Er hatte sehr schnell Macht gewonnen.

Mit dem Zusammenbruch seiner Herrschaft über die anderen Nationen sah das deutschnationale Bürgertum seine geschichtliche Mission beendet, um derentwillen es bisher die Trennung vom deutschen Mutterland willig ertragen hatte; konnte es der Machtstellung der deutschen Nation nicht mehr, vom Deutschen Reiche getrennt, durch seine Herrschaft über die anderen Völker der Habsburgermonarchie dienen, so wollte es sich durch seinen Anschluß an das Reich davor schützen, selbst unter Fremdherrschaft zu fallen, wo es bisher Fremdherrschaft geübt hatte. Die Deutschen in Böhmen, Schlesien, Nordmähren, von den deutschen Alpenländern durch das tschechische Gebiet räumlich geschieden, hatten ja keine andere Wahl als die zwischen der tschechischen Fremdherrschaft und dem Anschluß an das Reich. Die sechs Millionen Deutschen der Alpenländer, seit Jahrhunderten mit den drei Millionen Deutschen der Sudetenländer eng verbunden, konnten diese Verbindung nur im Rahmen des Deutschen Reiches aufrechterhalten. Wie hilflos Deutschösterreich, auf seine eigene Kraft angewiesen, den neuen Nationalstaaten gegenüberstand, hatte man schon in den ersten Anfängen der Revolution erfahren. Hungersnot war in

Deutschösterreich sofort eingetreten, als die Tschechen die Nahrungsmittel- und Kohlenzufuhr eingestellt hatten. Der erste Schritt des entstehenden deutschösterreichischen Staates hatte sein müssen, die Berliner Regierung um eine Aushilfe mit Getreide zu bitten. Deutschösterreichs Volkswirtschaft, auf das große österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet gegründet, mußte durch den Zerfall des Wirtschaftsgebietes in furchtbarste Bedrängnis geraten. Allein war es der Feindseligkeit der neuen Nationalstaaten wehrlos preisgegeben; nur der Rückhalt des großen, wirtschaftsstarken Reiches konnte seine wirtschaftliche Machtstellung gegen die Nachbarstaaten stärken und die notwendige Umschichtung der deutschösterreichischen Volkswirtschaft erleichtern. Unter dem mächtigen Eindruck dieser Erwägungen, Interessen, Gefühle hatten schon im Verlauf des Oktober breite Schichten des Bürgertums, zumal der Intelligenz, in der Hoffnung auf den Anschluß Trost über den Zusammenbruch ihres alten Herrschaftsgebäudes gefunden.

Die Masse der Arbeiterschaft dagegen stand dem Anschlußgedanken damals noch kühl gegenüber, obwohl Sozialdemokraten seine ersten Verkünder waren; sie hatte den deutschen Imperialismus während des Krieges allzu tief gehaßt, als daß sie sich nun hätte für den Anschluß an dasselbe Deutschland begeistern können. Erst der 9. November eroberte dem Anschlußgedanken die Arbeitermassen. Erst als das Kaisertum im Deutschen Reiche gestürzt war und eine sozialistische Regierung, auf Arbeiter- und Soldatenräte gestützt, die Macht ergriffen hatte, als die deutsche Revolution so mit einem gewaltigen Schlage die unsere weit überholt zu haben schien, ward den Arbeitermassen der Gedanke verständlich, daß das große, hochindustrielle Reich dem Kampf um den Sozialismus weit günstigere Bedingungen biete als das kleine, von agrarischen Nachbarländern hilflos abhängige und selbst zur Hälfte agrarische Deutschösterreich.

Wie aber erst der Sieg der Republik im Reiche der Anschlußbewegung in Österreich die Massen erobert hat, so stützten auch in Deutschösterreich selbst der republikanische und der Anschlußgedanke einander gegenseitig. Die republikanische Bewegung schöpfte aus der Forderung nach dem Anschluß starke Kraft. Denn daß ein habsburgisches Österreich im Reiche nicht aufgehen könne, Deutschösterreich also erst mit Habsburg brechen müsse, um zum Anschluß fähig zu werden, war einleuchtend. So warb der Anschlußgedanke der Forderung des Proletariats nach der Republik Bundesgenossen im Bürgertum. Anderseits aber schöpfte auch der Anschlußgedanke selbst aus der republikanischen Bewegung starke Kräfte. Der Streit zwischen Habsburg und Hohenzollern hatte Deutschösterreich von Deutschland getrennt; stürzte nun Habsburgs und Hohenzollerns Herrschaft zugleich, so erschien die Vereinigung des einen Volkes zu einem Gemeinwesen als die natürliche Folge des Sturzes der Dynastien, die es zerrissen hatten. So knüpfte die Bewegung, den Gedanken der Republik mit dem der deutschen Einheit vermählend, an die Überlieferung der Demokratie von 1848 wieder an.

Soeben erst war der Waffenstillstand auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons, die allen Völkern das Selbstbestimmungsrecht verhießen, abgeschlossen worden. Wollte Deutschösterreich, mit keiner anderen Waffe als dem Appell an das auch ihm verheißene Recht ausgerüstet, den Anschluß durchzusetzen versuchen, dann durfte der Anschluß nicht der

Traum einzelner, nicht das Programm von Parteien bleiben; dann mußte das deutschösterreichische Volk zeigen, daß es in demselben Augenblick, in dem es seine Freiheit erlangte und sein Schicksal in seine Hände nahm, sofort auch einig war, sich dieses Ziel zu setzen. Darum beantragten die Vertreter der Sozialdemokratie im Staatsrat, daß gleichzeitig mit der Republik auch der Anschluß verkündet werden solle. Dieser Antrag wurde am 11. November mit Stimmenmehrheit angenommen.

Am folgenden Tage trat die Provisorische Nationalversammlung zu ihrer dritten Sitzung zusammen. Der Gesetzesbeschluß dieses Tages faßte die Ergebnisse der großen Umwälzung zusammen. Er schloß die demokratische Revolution ab: er erklärte Deutschösterreich zur demokratischen Republik, übertrug alle Rechte des Kaisers dem Staatsrat, erklärte alle Vorrechte der Familie Habsburg für aufgehoben, alle auf politische Privilegien gegründeten Körperschaften — die Delegationen, das Herrenhaus, die auf Grund des Zensuswahlrechtes gewählten Landtage und Gemeindevertretungen — für aufgelöst, er ordnete die Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung und die Neuwahl der Landes- und der Gemeindevertretungen auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes auf Grund der Verhältniswahl an. Die Republik, die Zertrümmerung der plutokratischen Wahlrechtsprivilegien in den Ländern und in den Gemeinden, das Frauenwahlrecht, der Proporz waren die Errungenschaften der demokratischen Revolution. Zugleich zog derselbe Gesetzesbeschluß die letzte Folgerung aus der nationalen Revolution: „Deutschösterreich", erklärte der Artikel 2, „ist ein Bestandteil der Deutschen Republik." Und dieser Abschluß der demokratischen und der nationalen Revolution war zugleich der erste Akt der sozialen Revolution, der Machtverschiebung zwischen den Klassen, die sich vollzogen hatte. Denn es war der Wille der Arbeiterklasse, der den besitzenden Klassen die Republik aufgezwungen hatte. Am 21. Oktober, in der ersten Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung, hatten sich noch die beiden großen bürgerlichen Parteien für die konstitutionelle Monarchie erklärt; am 12. November, in der dritten Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung, haben sie beide, zitternd vor der drohenden Erhebung des Proletariats, für die Republik gestimmt. Auch hier war es, wie nach Marxens Darstellung am 25. Februar 1848 in Paris: das Proletariat befahl der Bourgeoisie, die Republik auszurufen.

Die Arbeitermassen hatten am 12. November die Arbeit eingestellt, Während die Provisorische Nationalversammlung im Saale des Herrenhauses tagte, war die Wiener Arbeiterschaft vor dem Parlamentsgebäude versammelt. Aber die gewaltige soziale Gährung in den Massen offenbarte sich auch in dieser riesigen Demonstration. Als zum erstenmal die rotweißrote Fahne, die sich die Republik an Stelle der schwarzgelben Fahnen Habsburgs gab, auf den Fahnenmasten des Parlamentsgebäudes gehißt werden sollte, rissen revolutionäre Arbeiter die weißen Teile aus dem Fahnentuch heraus. Kurze Zeit später stürzte sich ein Haufe kommunistischer Soldaten auf das Parlamentstor und begann eine ziel- und sinnlose Schießerei, die zwei Menschen das Leben kostete und die versammelte Masse zersprengte. So sinnlos das war: der grelle Mißklang, mit dem die Kundgebung endete, war doch ein Symptom und Symbol der Erregung,

der Gärung, der elementaren Bewegung in den Massen, die über die errungene politische Freiheit und Gleichheit hinausdrängte.

Die Republik hat im April 1919 den 12. November, den Tag des Abschlusses der demokratisch-nationalen Revolution, zum Nationalfeiertag erklärt. Aber die Bourgeoisie hat den gesetzlichen Feiertag nie mitgefeiert; ihr ist er immer der Tag ihrer Kapitulation vor dem Proletariat geblieben. Die Arbeiterklasse dagegen feiert den Nationalfeiertag alljährlich als den Tag ihres Sieges. Darin drückt sich tiefer geschichtlicher Zusammenhang aus: als die nationale Politik der Bourgeoisie, deren Ziel die Aufrechterhaltung und Befestigung ihrer Herrschaft über die anderen Nationen gewesen war, zusammengebrochen war, hatte das Proletariat die Führung der Nation übernommen. Unter der geistigen Führung der Sozialdemokratie war der deutschösterreichische Staat begründet worden; unter dem Drucke der Arbeitermassen hatte er sich von dem habsburgischen Imperium gelöst und, sich allem Streben nach der Wiedervereinigung mit den jungen, befreiten Nationen entsagend, die Vereinigung mit dem Deutschen Reiche zum Ziel gesetzt. Die nationale Revolution war zur Sache des Proletariats, die proletarische Revolution zur Trägerin der nationalen Revolution geworden.

Am 12. November hatten wir erreicht, was die „Linke" schon im Jänner 1918 als erste notwendige Etappe der nahenden österreichischen Revolution vorgezeichnet, was sich dann, unter dem mächtigen Eindruck weltgeschichtlicher Wendung den Gegensatz zwischen links und rechts überwindend, die ganze Partei in den ersten Oktobertagen als nächstes Ziel gestellt hatte. Und dieses Ziel hatten wir im Verlauf von sechs Wochen ohne Straßenkampf und Bürgerkrieg, ohne Gewaltanwendung und Blutvergießen erreicht. Wohl war wie jede Revolution auch diese ein Werk der Gewalt. Aber die Gewalt, die die Revolution ermöglichte, wirkte nicht in den Straßen Wiens. Auf den Schlachtfeldern am Balkan und in Venetien zerschlug sie den ehernen Mechanismus, der der Revolution im Wege stand. Deshalb konnten wir die Revolution im Hinterland ohne Gewalt vollziehen. Wir vollzogen sie, indem wir in diesen entscheidungsvollen Wochen vom 3. Oktober bis zum 12. November an jedem Tage immer nur das, was schon gereift war, forderten, immer nur das, was schon ohne schwere Opfer durchsetzbar war, durchsetzten, so erreichten wir, Schritt für Schritt vorgehend, schließlich doch das Ganze, das wir uns als Ziel gesetzt hatten. Zum letzten Male leitete in diesen Wochen Viktor Adler die Aktion der Partei. Sein unvergleichlicher Tatsachensinn erfaßte an jedem Tage, was nun gerade schon möglich, schon notwendig geworden war. Sein Verantwortlichkeitsgefühl duldete nicht, daß wir um den Preis schwerer Opfer heute schon zu nehmen versuchten, was uns morgen als reife Frucht in den Schoß fallen mußte. Sein Ansehen, sein menschliches Verständnis für den unterliegenden Gegner erleichterte den Besiegten das Zurückweichen Er starb am 11. November angesichts der vollendeten Tat. Er starb, als die Erziehung, die Organisation, die Kraft der österreichischen Arbeiterschaft, die seiner Lebensarbeit Ergebnis war, ihren höchsten Triumph feierten; als der Sieg der Partei, die er in der Jugend geeint, die er im Mannesalter zur Macht emporgeführt, der er in den letzten Lebensjahren die Einheit gerettet hatte, ihre inneren Gegensätze aufhob, als sich in dem revolu-

tionären Erlebnis seiner letzten Lebenstage der nationale Traum seiner Jugend mit dem sozialen Werk seines Mannesalters vermählte. Er hinterließ der Arbeiterklasse das große Erbe eines revolutionären Sieges, der, nicht mit Handgranaten und Maschinengewehren, sondern als geistige Tat, als Werk taktischer Kunst und organisatorischer Leistung errungen, den weiteren Verlauf des revolutionären Prozesses als geistiger Umwälzung, geistiger Selbstbestimmung der Masse ermöglichte.

Denn der revolutionäre Prozeß ging weiter. Er erfaßte sozial immer weitere Gesellschaftsschichten, er gewann räumlich immer weitere Ausdehnung. Längst schon hatte er, von Wien ausgehend, auch die Länder erfaßt und dort eine Bewegung entfesselt, die, in ihren Anfängen derselben revolutionären Wurzel entsprossen wie die Wiener Bewegung, in ihrem weiteren Verlauf doch unvermeidlich in Gegensatz gegen das revolutionäre Wien geraten mußte.

Als nach dem 14. Oktober die tschechische Grenzsperre die Lebensmittelnot in Deutschösterreich furchtbar verschärfte, waren in Steiermark die Organisationen der industriellen Unternehmer und der industriellen Arbeiter in Verhandlungen über die Sicherung der Lebensmittelversorgung der Industriearbeiter eingetreten. Da der Ernährungsdienst der Statthalterei vollständig versagte, beschlossen sie, den Ernährungsdienst selbst in ihre Hand zu nehmen. Mit Vertretern der politischen Parteien gemeinsam bildeten sie in Graz den Wohlfahrtsausschuß, der sich schon am 25. Oktober des ganzen Verwaltungsapparats der Statthalterei bemächtigte, die Leitung der Statthalterei dem Industriellenvertreter Dr. Wutte als Wirtschaftskommissär und dem Sozialdemokraten Dr. Eisler als seinem Stellvertreter übertrug; der kaiserliche Statthalter trat zurück.

Wie in Steiermark die Ernährungsnot, so trieb in Tirol die Furcht vor der Verheerung des Landes durch die von der Front zurückflutenden Truppen die Parteien dazu, sich der Landesregierung zu bemächtigen. Am 26. Oktober wählten die Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Tirols einen „Nationalrat", der am 1. November die Landesregierung übernahm. Vorarlberg, bisher von der Tiroler Statthalterei mitverwaltet, folgte sofort diesem Beispiel, es trennte sich von Tirol, der autonome Landesausschuß übernahm die Geschäfte der Statthalterei.

Am 28. Oktober hatten sich die Tschechen der böhmischen und der mährischen Statthalterei bemächtigt. Aber die tatsächliche Macht des an diesem Tage entstandenen tschechischen Staates erstreckte sich nur auf das tschechische Sprachgebiet. Die deutschen Gebiete der Sudetenländer, die ihre Unterwerfung unter die tchechische Staatsgewalt einmütig ablehnten und sich zum deutschösterreichischen Staat bekannten, zerrissen ihre Verbindungen mit der böhmischen und der mährischen Statthalterei. Für diese Gebiete mußte daher eine ganz neue Verwaltungsorganisation geschaffen werden. Am 29. Oktober konstituierten sich die Reichsratsabgeordneten Deutschböhmens als deutschböhmische Landesversammlung und wählten aus ihrer Mitte eine deutschböhmische Landesregierung, die in Reichenberg ihren Sitz nahm. Am folgenden Tage versammelten sich die Reichsratsabgeordneten der zusammenhängenden deutschen Bezirke Schlesiens, Nordmährens und Ostböhmens, sie beschlossen, diese Gebiete zu einem neuen Lande, dem sie den Namen Sudetenland gaben, zu ver-

einigen und wählten eine Landesregierung für dieses Land. Die neuen Landesregierungen der beiden von dem übrigen Deutschösterreich räumlich getrennten Gebiete mußten unter unsäglichen Schwierigkeiten eine ganz neue Verwaltungsorganisation einrichten, neue Eisenbahn-, Post-, Finanz-, Gerichtsbehörden organisieren, um die Verwaltung dieser Gebiete von den tschechischen Behörden in Prag und in Brünn loszulösen und den Fortgang der Verwaltung, des Verkehrs, der Lebensmittelversorgung notdürftig zu sichern. Dieselbe Organisationsarbeit mußte, hier unter etwas günstigeren Bedingungen, in den an Nieder- und Oberösterreich angrenzenden deutschen Gebieten Südmährens und Südböhmens geleistet werden, die sich in den ersten Novembertagen als Znaimer Kreis und als Böhmerwaldgau konstituierten und sich autonome Kreisregierungen einsetzten. So kurzlebig alle diese Gebilde auch waren, sie haben nicht nur in der Übergangszeit bis zur gewaltsamen Unterwerfung dieser Gebiete durch die tschechoslowakische Republik ihre Verwaltung ermöglicht, ihre Lebensmittelversorgung gesichert, sondern zugleich auch vor aller Welt den Anspruch ihrer Bewohner auf ihre Selbstbestimmung, ihren Protest gegen ihre Annexion durch die Tschechoslowakei durch die Tat kundgetan.

In allen diesen revolutionären Gebilden aber war, in Steiermark wie in Tirol, in Deutschböhmen wie im Sudetenland, ein neuer Typus von Landesregierungen entstanden. An die Stelle der k. k. Statthalter waren von den Volksvertretern des Landes gewählte, aus den politischen Parteien des Landes verhältnismäßig zusammengesetzte Landesregierungen getreten. Der der altösterreichischen Verwaltungsorganisation eigentümliche, aus der Organisation des ständischen Staatswesens überlieferte Dualismus der landesfürstlichen und der autonomen Verwaltung wurde überwunden, indem die von der Volksvertretung des Landes gewählte Landesregierung die Funktionen des kaiserlichen Statthalters übernahm. Die Bewegung drängte nun in allen Ländern nach diesem Ziele: die Ersetzung der k. k. Statthalter durch autonome Landesregierungen erschien als die notwendige Folge des Zusammenbruchs des Kaisertums. Der Staatsrat hatte nicht die Macht, sich dieser Bewegung zu widersetzen. Die Nationalversammlung konnte nur sanktionieren, was sich in den Ländern schon auf revolutionärem Wege vollzog. So fand das Grundgesetz vom 12. November seine Ergänzung in dem Gesetz über die Übernahme der Staatsgewalt in den Ländern, das die Provisorische Nationalversammlung am 14. November beschloß. Das Gesetz setzte an die Stelle der aus dem Privilegienwahlrecht hervorgegangenen Landtage provisorische Landesversammlungen; sie wurden in der Weise gebildet, daß zu den Landtagsabgeordneten des Bürgertums und der Bauernschaft Vertreter der Arbeiterschaft hinzutraten. Diese Landesversammlungen hatten die Landesregierungen zu wählen, die die Amtsgeschäfte, welche bisher die Statthalter versehen hatten, übernahmen. Die Landesregierungen wurden nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, so daß die Arbeiterschaft, die bisher von den Landtagen gänzlich ausgeschlossen gewesen war, überall unmittelbaren Anteil an den Landesregierungen erlangte.

Zugleich wurde aber damit auch das Verhältnis der Länder zum Staat vollständig umgewälzt. Der Statthalter, vom Kaiser auf Antrag der Regierung ernannt und abberufen, war ein Organ der Zentralregierung

gewesen. Der von der Landesversammlung gewählte, nur von ihr abberufbare Landeshauptmann wurde von der Zentralregierung vollständig unabhängig. Nicht die Weisungen der Staatsregierung, sondern die Beschlüsse der Landesversammlung bestimmten seine Amtsführung. Die Länder wurden damit tatsächlich zu selbständigen Republiken, der Staat zu einer losen Föderation der Länder. Der Verfassungskampf zwischen dem Staat und den Ländern, die Entwicklung Deutschösterreichs zum Bundesstaat waren damit bereits vorgezeichnet.

Es war die demokratische Revolution in den Alpenländern und die nationale Revolution in den Sudetenländern, die die Ersetzung der Obrigkeitsregierung in den Ländern durch die Selbstverwaltung erzwungen hatten. Aber auch diese Ergebnisse der demokratischen und der nationalen Revolution mußten sofort soziale Bedeutung erlangen. Die Staatsregierung stand unter dem mächtigen Druck des Proletariats Wiens und der Industriegebiete. Die Landesregierungen der agrarischen Alpenländer mußten unter den bestimmenden Einfluß der Bauernschaft und des kleinstädtischen Bürgertums geraten. Im Gegensatz zwischen dem Staat und den Ländern barg sich von Anfang an der Klassengegensatz.

Anfänge dieser Entwicklung wurden schon in den Sturmtagen der Revolution erkennbar. Das erste Land, das sich dem Staat drohend entgegenstellte, war Tirol. Unter dem Eindruck der Panik, die in den Tagen der Auflösung der alten Armee in Tirol entstanden war, hatte der Tiroler „Nationalrat" zuerst das Deutsche Reich gebeten, mit reichsdeutschen Truppen den Brenner zu sperren, um die Verwüstung Nordtirols durch die rückflutenden Truppen zu verhüten. Als dann aber die Deutschen wirklich die Tiroler Grenze überschritten, fürchtete der Tiroler Nationalrat, Tirol könne zum Kriegsschauplatz der Deutschen und der Entente werden. Jetzt protestierte der Tiroler „Nationalrat" gegen den Einmarsch der Deutschen, die er selber gerufen hatte, und er suchte jetzt umgekehrt bei der Entente Hilfe. Er schickte eine förmliche Gesandtschaft in die Schweiz, die unmittelbare Verbindungen mit der Entente anknüpfen sollte. Gegen diese Versuche einer selbständigen auswärtigen Politik Tirols mußte der Staatsrat protestieren. Der Konflikt vertiefte sich sehr schnell. Der Tiroler „Nationalrat", um das Schicksal Deutschsüdtirols zitternd, glaubte durch Trennung Tirols von Deutschösterreich seinem Lande die Gnade der Sieger zuwenden zu können. Diese Hoffnung war der Ursprung der Tiroler Selbständigkeitsbewegung. Aber mit dem Gegensatz zwischen dem partikularen Landesinteresse und dem allgemeinen nationalen Interesse verknüpfte sich der Klassengegensatz. Die Tiroler Bauernschaft hatte im Kriege den Militarismus hassen gelernt. Der republikanische Gedanke gewann sie sehr schnell. Am 11. November forderte der Tiroler Nationalrat die Proklamierung der Republik. Aber sehr bald stieß er sich daran, daß die Republik in Wien proletarischen Charakter zu gewinnen begann. Das bäuerlich-kleinbürgerliche Tirol wandte sich gegen das „rote" Wien. So beschloß die Tiroler Landesversammlung am 21. November eine förmliche Selbständigkeitserklärung. Der Zusammenhang Tirols mit den anderen deutschösterreichischen Ländern habe auf der Pragmatischen Sanktion, auf der Gemeinschaft des Herrscherhauses beruht. Mit der Entthronung der Habsburger sei dieses Band zerrissen. Dadurch sei Tirol frei geworden, selbst

über seine Zukunft zu entscheiden. Seine nur vorläufige staatliche Zugehörigkeit zu Deutschösterreich könne sein wiedergewonnenes Selbstbestimmungsrecht nicht aufheben. Das Beispiel Tirols wirkte auf die anderen Alpenländer. Die bäuerlich-bürgerliche Mehrheit verteidigte überall gegen das proletarische Wien die Selbstherrlichkeit des Landes.

Während sich aber die Alpenländer gegen die staatliche Einheit Deutschösterreichs aufzulehnen begannen, führten Deutschböhmen und das Sudetenland, der Böhmerwaldgau und der Znaimer Kreis den schwersten Kampf um ihre Zugehörigkeit zu Deutschösterreich. Denn die junge tschechische Republik erhob Anspruch auf alle diese deutschen Gebiete. In Deutschösterreich war die nationale Politik der Bourgeoisie zusammengebrochen, die Führung der Nation war in die Hände des Proletariats übergegangen, nicht mehr die Herrschaft über andere Nationen, sondern die Behauptung des Selbstbestimmungsrechtes der eigenen Nation war hier nun der Inhalt der nationalen Politik; in der Tschechoslowakei dagegen hatte die nationale Politik der Bourgeoisie am 28. Oktober ihren größten Sieg errungen, der triumphierende nationale Gedanke ordnete ihrer Führung die Volksmassen unter und sie griff, kaum erst selbst von fremder Herrschaft befreit, schon nach der Herrschaft über fremde Völker. Der junge tschechische Imperialismus bereitete der Aufrichtung der deutschösterreichischen Verwaltung in Deutschböhmen und im Sudetenland, der Aufrechterhaltung des Verkehrs und der Lebensmittelversorgung in diesen Ländern unendliche Schwierigkeiten. In den Grenzgebieten gab es täglich Konflikte, nicht selten Scharmützel zwischen deutschösterreichischer Volkswehr und tschechischen Truppen. Die deutschböhmische Landesregierung versuchte es, zu einer Vereinbarung mit der tschechischen Regierung zu gelangen, die bis zur Entscheidung des Friedenskongresses über das Schicksal Deutschböhmens das friedliche Zusammenwirken beider Verwaltungen sicherstellen sollte. Aber der tschechische Minister Rašin antwortete dem deutschböhmischen Landeshauptmann-Stellvertreter Seliger am 4. November: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht." Die tschechische Bourgeoisie, soeben noch selbst wegen Hochverrats an Österreich verfolgt, weil sie für das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes gekämpft hatte, betrachtete nun die um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfenden Deutschböhmen als Hochverräter. So drohte der jungen Republik ein schwerer Konflikt mit der Tschechoslowakei. Und zugleich bedrohten auch schon die slowenischen Truppen des Generals Majstr deutsche Städte in Untersteiermark und deutsche Gebiete in Kärnten.

Hatte sich die nationale Revolution in Wien und in den Industriegebieten Deutschösterreichs zur proletarischen Revolution weiterentwickelt, so wurden zugleich doch auch schon die Schranken erkennbar, die der Entfaltung der proletarischen Revolution gesetzt waren. Sie wurden sichtbar in dem Widerstand der Bauernschaft und des Bürgertums der agrarischen Alpenländer, die sich gegen die Weiterentwicklung der Revolution über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie hinaus zur Wehr setzten, und in der Bedrohung durch die Bourgeoisie der befreiten Nachbarvölker, die, über ihre Grenzen hinausgreifend, Deutschböhmen und das Sudetenland — die größten Industriegebiete Deutschösterreichs, die stärksten Zentren der Kraft

des deutschösterreichischen Proletariats — ihrer Herrschaft zu unterwerfen suchte. Die Republik, eben erst aus dem Willen des Proletariats erstanden, war schon bedroht durch den Länderpartikularismus der alpenländischen Bauernschaft im Innern und durch den Imperialismus der tschechischen und der jugoslawischen Bourgeoisie von außen. Der 12. November hatte die Republik nur proklamiert; es bedurfte der Arbeit und der Kämpfe von Jahren, sie zu schaffen und zu sichern.

§ 8. Nationale und soziale Revolution.

Literatur:

Redlich, Das österreichische Staats- und Reichsproblem. Leipzig 1920. — Wieser, Österreichs Ende. Berlin 1919. — Kautsky, Habsburgs Glück und Ende. Berlin 1918.

Marx, Herr Vogt. London 1860. — Engels, Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches. „Neue Zeit", XIV, 1. — Schulze, Marx oder Radetzky? „Der Kampf", 1918.

Wir haben den Verlauf der Ereignisse von den nationalen Kämpfen, die die Habsburgermonarchie in den Krieg hineintrieben, durch die nationalen Bewegungen der Kriegszeit hindurch bis zur Auflösung der Habsburgermonarchie dargestellt. An diesem Wendepunkt wollen wir einen Augenblick innehalten und nochmals einen Blick auf die Ereignisse, denen das habsburgische Imperium nach vierhundertjährigem Bestand erlegen ist, werfen, um aus der verwirrenden Fülle der Erscheinungen ihren wesentlichen Inhalt herauszuschälen zu versuchen.

Die Gegensätze zwischen den Weltmächten hatten den Krieg, der im Jahre 1914 aus dem Zusammenstoß zwischen der habsburgischen Monarchie und dem Einheits- und Freiheitsdrang des jugoslawischen Volkes entstanden war, zum Weltkrieg erweitert. Der Krieg selbst hatte in seinem Verlauf seinen Charakter verändert. Ursprünglich nichts als ein Kampf zweier imperialistischer Mächtegruppen gegeneinander, war er seit dem Zusammenbruch des russischen Zarismus im März 1917 und seit dem Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg zu einem Kampf zweier politischer Systeme geworden.

Drüben standen England, Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten — durchweg parlamentarisch regierte Länder, von der Bourgeoisie in den Formen der Demokratie beherrscht. Hüben stand das Deutsche Reich, von der Dynastie und vom Junkertum in den Formen des militärisch-bürokratischen Obrigkeitsstaates regiert, der nur die Oberschicht der Bourgeoisie, das Finanzkapital und die Schwerindustrie zu tatsächlicher Mitherrschaft zuließ; stand Österreich-Ungarn, von der Dynastie, der Generalität, der Bürokratie, dem Episkopat beherrscht, wobei magyarische Magnaten, böhmische Feudale, polnische Schlachzizen, die deutschösterreichische Bourgeoisie mittelbar mitregierten. Drüben die Herrschaft der Bourgeoisie, hüben die Vorherrschaft der Dynastien, der Generalität, des Adels — das war der tatsächliche soziale Gegensatz. Drüben die Demokratie, hüben der Obrigkeitsstaat — das war der Gegensatz der herrschenden Ideologien.

Die Westmächte mußten die ganze Volkskraft entfesseln, um zu siegen. Ihr Sieg hing vom Willen und von der Kraft der Massen, der Massen im Felde und der Massen in der Kriegsindustrie ab. Sie bedienten sich der Kraft der demokratischen Ideologien, der großen Traditionen der bürgerlichen Revolution, um den Siegeswillen ihrer Massen zu entflammen. Sie konnten ihren Krieg als den Krieg der Demokratien gegen Militarismus, Absolutismus und Feudalismus darstellen, sobald nicht mehr der Zarismus an ihrer Seite focht. Woodrow Wilsons wirkungsvolles Wort gab seither ihrem Kriege die mächtige demokratische Ideologie.

Der Sieg der Bourgeoisie über die Dynastien, den Adel, die Militärkaste; der Sieg der Demokratie über den autoritären Obrigkeitsstaat ist der Inhalt aller bürgerlichen Revolutionen. Dieser Sieg, erkämpft auf den Barrikaden aller bürgerlichen Revolutionen, wurde abermals erkämpft auf den französischen Schlachtfeldern im Jahre 1918. Der Sieg der Westmächte über die Mittelmächte war der Sieg der Bourgeoisdemokratie über die oligarchischen Militärmonarchien. Es war die größte, die blutigste bürgerliche Revolution der Weltgeschichte.

Im Rahmen dieser allgemeinen bürgerlichen Revolution vollzog sich während des Krieges die österreichische Revolution. Auch sie war eine bürgerliche Revolution. Sie war ihrem Ursprung und Wesen nach die Revolution des jugoslawischen, des tschechischen und des polnischen Bürgertums.

Noch am Anfang des 19. Jahrhunderts waren Tschechen und Jugoslawen Bauernvölker gewesen, von fremden Herrenklassen beherrscht. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts hatte sich in ihrem Schoße ein nationales Bürgertum entwickelt. Mit der Entwicklung der Volksschule und der Presse, mit der Demokratisierung des öffentlichen Lebens hatte dieses nationale Bürgertum allmählich die Kleinbürger, die Bauern, die Arbeiter mit seiner nationalen Ideologie erfüllt, sie in den Kampf gegen die aus der Zeit des Feudalismus und des Absolutismus überlieferten nationalen Herrschaftsverhältnisse, in den Kampf gegen die Vorherrschaft der deutschen Bourgeoisie und der magyarischen Gentry, in den Kampf um die nationale Staatlichkeit geführt. Seit 1903 und 1908 hatte dieser Kampf bedrohliche Heftigkeit angenommen.

Auch im polnischen Volk hatte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts ein Bürgertum entwickelt, das allmählich statt des Adels die Führung der Nation übernommen hatte. Seit der Verschärfung der preußischen Polenpolitik geriet es in immer schärferen Gegensatz gegen die deutsche Welt. Seit der russischen Revolution 1905 gewann der Einheitsdrang des polnischen Volkes wieder stärkere Macht.

Die Verschärfung der nationalen Gegensätze erschütterte das Reich. Die Monarchie versuchte es, durch den Krieg nach außen die permanente innere Krise zu überwinden. Darum stürzte sie sich in den Krieg. Aber damit machte sie ihre Existenz selbst vom Ausgang des Krieges abhängig.

Die furchtbaren Opfer an Blut und Gut, die der Krieg heischte, trugen die slawischen Völker doppelt schwer; erschienen sie ihnen doch als Opfer für einen ihnen fremden Staat, für eine ihnen feindliche Sache. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr erstarkte daher in den slawischen Ländern die nationalrevolutionäre Bewegung gegen Österreich. Zunächst setzte sie

sich als ihr Ziel die nationale Staatlichkeit in einer Völkerföderation unter Habsburgs Zepter. Aber zwei weltgeschichtliche Ereignisse, die der Krieg hervorrief, ermöglichten es ihr schließlich, sich den vollständig souveränen Nationalstaat und damit die vollständige Zerstörung der Habsburgermonarchie zum Ziel zu setzen.

Das erste dieser Ereignisse war die russische Revolution. Solange der russische Zarismus ungebrochen war, war die Existenz der österreichisch-ungarischen Monarchie eine europäische Notwendigkeit; wäre sie zerfallen, so wären die slawischen Staaten, die aus ihr entstehen mußten, unvermeidlich zu Vasallenstaaten Rußlands geworden. Ihr Zerfall hätte daher die Herrschaft des Zarismus über Europa begründet. „Der einzige Umstand, der die staatliche Existenz Österreichs seit Mitte des 18. Jahrhunderts rechtfertigt," schrieb Marx im Jahre 1860, „ist sein Widerstand gegen die Fortschritte Rußlands im Osten Europas — ein Widerstand, hilflos, inkonsequent, feig, aber zäh." Diesen „Widerstand, hilflos, inkonsequent, feig, aber zäh" hat das kaiserliche Heer zum letztenmal in der großen Winterschlacht 1914/15 in den Karpathen geleistet. An der Duklasenke, bei Mezölaborcz, am Uzsokpaß zerbrach die Angriffskraft des Zarismus. Die russische Kraft war zermürbt; im Frühjahrsfeldzug 1915 wurde sie zerbrochen. Der russischen Revolution war der Weg frei.

Die russische Revolution revolutionierte alle Völker der Habsburgermonarchie. Sie ermutigte die jugoslawische Bewegung. Sie einigte die vorher zwischen österreichischer und russischer Orientierung schwankenden Polen gegen die Mittelmächte. Sie gab den Tschechen die Gelegenheit, durch ihr selbständiges Auftreten an der Wolga und in Sibirien den Westmächten ihre Anerkennung als kriegführende Macht abzuringen. Sie entschied damit den Untergang der Habsburgermonarchie.

Im Jahre 1888 schrieb Friedrich Engels, die Sprengung Österreichs wäre unheilvoll gewesen „vor dem bevorstehenden Sieg der Revolution in Rußland, nach welchem sie überflüssig wird, weil das dann überflüssig gemachte Österreich von selbst zerfallen muß". Dieses Vonselbstzerfallen — wir haben es im Oktober und November 1918 erlebt in der Bildung der Nationalstaaten im Hinterland, in der Selbstauflösung der kaiserlichen Armee in der venezianischen Ebene.

Der Sieg der russischen Revolution hat die nationale Revolution der Tschechen, Polen und Jugoslawen bis zum Kampf um die volle staatliche Selbständigkeit, um die vollständige Auflösung der Habsburgermonarchie vorwärtsgetrieben. Die Niederlage des deutschen Kaisertums hat dieser Revolution den Sieg gesichert. Solange das Deutsche Reich aufrecht stand, konnte Österreich nicht zerfallen; die deutsche Macht verbürgte Österreichs Bestand, weil sich Deutschland mittels der Deutschösterreicher und der Magyaren die slawischen und romanischen Völker der Monarchie in seiner Botmäßigkeit erhielt. Solange das Deutsche Reich aufrecht stand, konnten selbst die slawischen Völker den Zerfall der Monarchie nicht wünschen; mußten doch Tschechen und Slowenen fürchten, daß das Deutsche Reich bis zur Adria vordringen, sich die alten deutschen Bundesländer einverleiben werde, wenn Österreich zerfällt. Erst als gewaltige Übermacht die Kraft des deutschen Heeres an der Westfront zerbrach,

konnte die Revolution der Tschechen, Südslawen und Polen vollständigen Sieg erkämpfen.

So setzte die nationale Revolution der drei slawischen Völker den Sieg der Westmächte voraus. In den ersten dreieinhalb Jahren des Krieges hatten sich die Westmächte keineswegs die Zerschlagung der Habsburgermonarchie zum Ziel gesetzt. Erst nachdem die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn über einen Sonderfrieden im Jahre 1917 ergebnislos geblieben waren; erst nachdem das Friedensdiktat der Mittelmächte in Brest-Litowsk und in Bukarest und Czernins Angriff auf Clémenceau am 2. April 1918 die Wiederaufnahme solcher Verhandlungen unmöglich gemacht hatten; erst nachdem die tschechischen Legionen an einer für die Westmächte lebenswichtigen Stelle die „Ostfront wiederherstellten", erst dann gelang es der revolutionären Emigration, die Westmächte für die völlige Auflösung der Donaumonarchie zu gewinnen. Jetzt erst wurde das Ziel der bürgerlichen Revolution der Tschechen, Polen und Südslawen zu einem Kampfziel jener ungleich größeren allgemeinen bürgerlichen Revolution, zu der der Krieg der Westmächte gegen die Mittelmächte geworden war.

Die Deutschösterreicher und die Magyaren waren nicht die Träger dieser Revolution, sondern ihre Opfer. Als sich in der Stunde des Sieges der Westmächte die anderen Nationen von der Habsburgermonarchie losrissen, blieben Deutsche und Magyaren zurück. Der Staat, in dem sie bisher die führende Stellung gehabt, löste sich auf. Die Grundlagen ihres wirtschaftlichen Lebens waren zerstört. Großen Teilen beider Völker drohte die Unterwerfung unter Fremdherrschaft. Nun erst griff die Revolution auch auf Deutschösterreich und Ungarn über. Die Revolution der Deutschösterreicher und der Magyaren begann erst, als der vollständige Sieg der Revolution der Tschechen, Polen und Jugoslawen bereits unmittelbar bevorstand, bereits unabwendbar geworden war. Aus der nationalen Revolution rings um sie hervorgegangen, setzte sich auch die Revolution der Deutschösterreicher und der Magyaren zunächst nationale Ziele. Da die bisherigen Formen ihres staatlichen Lebens von der bürgerlichen Revolution rings um sie zerschlagen wurden, griffen die beiden Nationen zunächst auf die Ideen ihrer bürgerlichen Revolution, der Revolution von 1848, zurück. Die Magyaren suchten sich aus dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie zu retten, indem sie ihre Unabhängigkeit proklamierten. Die Deutschösterreicher, an der Möglichkeit verzweifelnd, als ein bloßer Rest des alten großen Österreich ein wirtschaftlich erträgliches, national selbständiges Leben führen zu können, proklamierten den Anschluß an Deutschland.

Aber begann auch die Revolution der Deutschösterreicher und der Magyaren als nationale Revolution, so erlangte sie doch ganz anderen sozialen Inhalt als die nationalen Revolutionen der Tschechen, der Polen, der Jugoslawen.

In der Tschechoslowakei, in Jugoslawien, in Polen hatten Bourgeoisie und Proletariat gemeinsam um die nationale Befreiung gekämpft. Der gemeinsam errungene Sieg ordnete das Proletariat vorerst vollständig der nationalen Idee der nationalen Bourgeoisie unter. Im Triumph des errungenen nationalen Sieges fand das Proletariat in den Revolutionsmonaten volle Befriedigung in der Aufrichtung, im Ausbau, in der Be-

festigung des nationalen Gemeinwesens. Es drängte über die Schranken einer bürgerlichen, nationalen Revolution nicht hinaus. Ganz anders war es in Deutschösterreich und in Ungarn. Die deutschösterreichische Bourgeoisie und die magyarische Herrenklasse hatten im Kriege nicht für die nationale Befreiung, sondern für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über die anderen Nationen gekämpft. Die nationale Revolution, die die Habsburgermonarchie sprengte, war hier nicht der endliche Sieg, sondern die endgültige Niederlage der nationalen Idee der Bourgeoisie. Mit Habsburg und Hohenzollern war hier auch die Bourgeoisie besiegt. Ihre Autorität war zusammengebrochen. Ihre Herrschaftsmittel waren mit der Auflösung der kaiserlichen Armee zerstört. Die Volksmassen erhoben sich gegen sie. Die Waffengewalt fiel in Wien und in Budapest in die Hände des Proletariats. Hier drängte die Revolution über den nationalen Rahmen zur sozialen, zur proletarischen Revolution hinaus.

Das alte große Reich, das alte große Wirtschaftsgebiet ist nicht durch die soziale Revolution des deutschösterreichischen und des magyarischen Proletariats zerschlagen worden, sondern durch die nationale Revolution der tschechischen, der polnischen, der jugoslawischen Bourgeoisie. Solange das Reich lebensfähig war, hat das deutschösterreichische Proletariat nicht gegen den Bestand des Reiches gekämpft, sondern für seine Umbildung zu einem Bundesstaat freier Völker — für die einzige Lösung des österreichisch-ungarischen Reichsproblems, die, wenn überhaupt eine, den Bestand des Reiches hätte retten können. Erst als die slawischen Nationen vom Reiche abfielen, erst als der Zusammenbruch des Reiches schon unabwendbar geworden war und unmittelbar bevorstand, erhob sich in Deutschösterreich und in Ungarn das Proletariat. Nicht durch die proletarische Revolution ist das Reich aufgelöst, sondern durch die Auflösung des Reiches ist die proletarische Revolution geweckt und entfesselt worden. Aber gerade weil die proletarische Revolution in Deutschösterreich und in Ungarn erst durch den Sieg der nationalen Revolution der slawischen Völker, die das Reich sprengte, ausgelöst und entfesselt worden ist, blieben in ihrem weiteren Verlauf das nationale und das soziale Problem der Revolution eng miteinander verknüpft.

Deutschösterreich ist kein organisch gewachsenes Gebilde. Es ist nichts als der Rest, der von dem alten Reich übriggeblieben ist, als die anderen Nationen von ihm abfielen. Es blieb zurück als ein loses Bündel auseinander strebender Länder, deren politisches Zusammengehörigkeitsgefühl und deren ökonomische Existenzgrundlagen durch den Zerfall des alten Reiches und des alten Wirtschaftsgebietes zerstört worden waren. Die Deutschösterreicher waren im alten Reich das politisch herrschende und das wirtschaftlich führende Volk gewesen: Wien war nicht nur der Sitz der Reichsbürokratie, sondern auch das Zentrum des Bankwesens und des Handels im alten Reiche, die Deutschen hatten dem alten Reiche nicht nur seine Offiziere und Beamten, sondern auch seine Industrieorganisatoren und Kaufleute gestellt. Die Auflösung des alten Reiches mußte daher einen großen Teil des deutschösterreichischen Volkes seiner Funktion und damit auch der wirtschaftlichen Grundlagen seines Lebens berauben. Deutschösterreich war das Industriegebiet des großen, überwiegend agrarischen Wirtschaftsgebietes der Habsburgermonarchie gewesen: seine Industrie war

auf die Rohstoffquellen und auf die Absatzgebiete, die Ernährung seines Industrievolkes auf die Landwirtschaft und die Viehzucht der anderen Länder der Monarchie gegründet gewesen. Die Auflösung des alten Reiches mußte daher die deutschösterreichische Industrie schwer erschüttern und die Ernährung des deutschösterreichischen Industrievolkes empfindlich erschweren. Daß dieser Rest der alten Monarchie, durch eine gewaltsame Operation aus ihrem Wirtschaftskörper herausgerissen, selbständig ein erträgliches Leben zu führen imstande sein werde, hat in der Zeit der Revolution niemand geglaubt. Das Altösterreichertum hatte es in letzter Stunde noch versucht, die Verknüpfung der Nationen der Donaumonarchie in neuer Form zu retten; das war der Versuch der Regierung Lammasch. Er mußte scheitern, nachdem die Revolution in Rußland und die Niederlage Deutschlands den Befreiungskampf der slawischen Nationen zum Kampf um die volle, uneingeschränkte Souveränität gesteigert hatten. So suchte denn Deutschösterreich die neue Form seines staatlichen Lebens in der Heimkehr zur Mutternation, im Anschluß an Deutschland. Aber damit mußte es in Widerstreit gegen den gerade in dieser Stunde triumphierenden französischen Imperialismus geraten. Selbständigkeit, Donauföderation oder Anschluß — das war das Problem. In welcher völkerrechtlichen oder staatsrechtlichen Verbindung kann Deutschösterreich, nachdem die alten Formen seiner Existenz durch die nationale Revolution der slawischen Völker zerstört waren, neue Grundlagen staatlichen und wirtschaftlichen Lebens finden? Das war das nationale Problem der deutschösterreichischen Revolution.

Mit diesem nationalen Problem war aber das soziale Problem der Revolution eng verknüpft. Nach dem vollständigen Zusammenbruch des politischen und ökonomischen Herrschaftssystems der deutschösterreichischen Bourgeoisie mußte die Führung des deutschösterreichischen Volkes in die Hände des Proletariats fallen. Die nationale Revolution mußte hier zur proletarischen Revolution werden. Aber die proletarische Revolution setzte hier ein in einem Augenblick, in dem rings um uns eine bürgerliche Revolution die Dynastien und Aristokratien nur stürzte, um die Bourgeoisie in die Macht zu setzen. Der Sieg der Entente war eine bürgerliche Revolution: sie brach die Vormachtstellung der Hohenzollern und der preußischen Junker in Europa; sie setzte an ihre Stelle die unbeschränkte Herrschaft der westeuropäischen Bourgeoisie über ganz West- und Mitteleuropa. Der Sieg der Tschechen, der Polen, der Jugoslawen war eine bürgerliche Revolution; sie brach die Macht der Habsburger, der deutschösterreichischen Bürokratie, der magyarischen Gentry; sie setzte an ihre Stelle die Herrschaft der in den neuen Nationalstaaten organisierten tschechischen, polnischen und jugoslawischen Bourgeoisie, denen die triumphierende nationale Idee das Proletariat in Gefolgschaft erhielt. Aber in demselben Augenblick, in dem sich die westeuropäische Bourgeoisie ganz Mitteleuropa unterwarf und unter ihrem Schutze die slawischen Bourgeoisien ihre Herrschaft auf dem Boden der alten Habsburgermonarchie aufrichteten, brach die Autorität der Bourgeoisie in Deutschösterreich und in Ungarn zusammen. In der Stunde des größten internationalen Sieges der Bourgeoisie erhob sich in Deutschösterreich und in Ungarn das Proletariat. Die proletarische Revolution in Deutschösterreich und in Ungarn mußte in Gegensatz gegen die

bürgerliche Revolution rings um uns geraten. Eine proletarische Revolution in Deutschösterreich und in Ungarn im Schoße der sich rings um uns vollziehenden bürgerlichen Revolution — das war das Problem. Kann das deutschösterreichische Proletariat die Macht in Deutschösterreich erobern und behaupten, obwohl Deutschösterreich selbst völlig der militärischen und ökonomischen Macht der triumphierenden Bourgeoisien der Westmächte preisgegeben ist, obwohl es von den von der Bourgeoisie der Westmächte begründeten und ihr darum dienstbaren, sich eben konstituierenden slawischen Nationalstaaten, in denen die Revolution nirgends über den Rahmen einer bürgerlichen Revolution hinausgreift, umgeben ist? Das war das soziale Problem der deutschösterreichischen Revolution.

Die Entwicklung dieses nationalen und dieses sozialen Problems, der Kampf um ihre Lösung — das ist die Geschichte der deutschösterreichischen Revolution, deren Darstellung wir uns nun zuwenden.

Dritter Abschnitt.

Die Vorherrschaft der Arbeiterklasse.

§ 9. Revolutionäre und konterrevolutionäre Kräfte.

Literatur:

Anbaufläche und Ernteergebnisse in der Republik Österreich im Jahre 1918. Herausgegeben vom Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft. Wien 1919. — Der Bedarf Deutschösterreichs an wichtigeren Nahrungs- und Futtermitteln. Herausgegeben vom Staatsamt für Volksernährung. Wien 1919. — Bericht der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer über die Jahre 1914 bis 1918. Wien 1920. — Berichte der Staatsregierung in der Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung am 4. Dezember 1918. — Bericht der Gewerbeinspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1919. Wien 1920. — Böhm, Die sanitäre Lage der Stadt Wien. „Statistische Monatsschrift", 1920.

Szende, Die Krise der mitteleuropäischen Revolution. Tübingen 1921. — Braunthal, Die Arbeiterräte in Deutschösterreich. Wien 1919. — Täubler, Wesen und Mission der Räte. „Der Kampf", 1919. — Diskussion über die Arbeiterräte auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1919.

Stenographisches Protokoll der Vereinigten Kommission für Kriegswirtschaft. Wien 1917. — Mises, Die politischen Beziehungen Wiens zu den Ländern. Wien 1920.

Die Wahlen für die Konstituierende Nationalversammlung. „Beiträge zur Statistik der Republik Österreich." 2. Heft. Wien 1919. — Kelsen, Die Verfassung der Republik Deutschösterreich. 3. Teil. Wien 1919. — Bauer, Referat über die Koalition auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1920.

Habsburg und Hohenzollern waren auf den Schlachtfeldern den Heeren der Westmächte, im Hinterland der Revolution erlegen. Als Niederlage und Revolution die Dynastien hinweggefegt hatten, standen die beiden Sieger einander unvermittelt gegenüber: drüben der Imperialismus der Westmächte, hüben die mitteleuropäische Revolution.

Wie sich in allen bürgerlichen Revolutionen die Bourgeoisie, sobald sie den Feudalismus und den Absolutismus zertrümmert hat, gegen das Proletariat wendet, das sich in ihrem Rücken erhebt; wie die Bourgeoisie, soeben noch revolutionär gegen die alten Gewalten, am Tage nach ihrem Siege konterrevolutionär wird gegen das Proletariat, so wendete sich auch die triumphierende Bourgeoisie der Westmächte am Tage nach ihrem Siege über die mitteleuropäischen Dynastien gegen die durch diesen Sieg entfesselte mitteleuropäische Revolution. Revolutionär, solange sie dem Mitteleuropa der Habsburger und Hohenzollern gegenüberstand, wurde die Bourgeoisdemokratie des Westens konterrevolutionär, sobald sie die proletarische Revolution sich gegenüber sah.

Noch im Kriege gegen Habsburg und Hohenzollern waren die Westmächte zugleich schon in den Krieg gegen die russische Sowjetrepublik geraten. Nach ihrem Siege über Habsburg und Hohenzollern setzten sie sich den Krieg gegen den Bolschewismus sofort zu ihrer wichtigsten Aufgabe. Die Expansion der proletarischen Revolution über Rußlands Grenzen hinaus zu verhindern; die mitteleuropäische Revolution nicht den Rahmen einer bürgerlichen Revolution sprengen, sie nicht über die Aufrichtung bürgerlicher Demokratien hinaus fortstürmen zu lassen, wurde zu dem beherrschenden Ziel ihrer Politik in dem Augenblick, in dem der Sieg ihrer Waffen ihnen Mitteleuropa unterwarf.

Der Waffenstillstand von Villa Giusti hatte die Blockade der Entente über Österreich aufrechterhalten. Die deutschösterreichische Regierung hatte sich sofort nach dem Waffenstillstand an Wilson mit der Bitte gewendet, dem ausgehungerten Lande die Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel zu ermöglichen. Am 24. November ging uns Wilsons Antwort zu. Sie versprach Zufuhr von Lebensmitteln; aber sie versprach sie nur unter einer Bedingung: daß „Ruhe und Ordnung" aufrechterhalten werden. Wilsons Note vom 18. Oktober hatte die nationale Revolution entfesselt. Wilsons Note vom 24. November forderte den Abschluß der sozialen Revolution. Die Westmächte traten nun als Beschützer der bürgerlichen Ruhe, der bourgeoisen Ordnung der proletarischen Revolution in Deutschösterreich entgegen.

Die Selbstauflösung des kaiserlichen Heeres hatte das deutschösterreichische Proletariat entfesselt. Die Armee, deren Bajonette das Proletariat niedergehalten, die bourgeoise Ordnung beschützt hatten, existierte nicht mehr. Was es an organisierter bewaffneter Macht im Lande noch gab, war nicht in den Händen der Bourgeoisie, sondern in den Händen des Proletariats. Das Proletariat fühlte sich allmächtig gegen die Bourgeoisie. Aber die Selbstauflösung des kaiserlichen Heeres hatte Deutschösterreich zugleich völlig wehrlos gemacht gegen die Mächte, die der Sieg auf den Schlachtfeldern zu Herren Mitteleuropas machte. Während sich das deutschösterreichische Proletariat allmächtig fühlte gegen die heimische Bourgeoisie, stand es ohnmächtig der Bourgeoisie der Westmächte gegenüber, die nun als Beschützerin der bourgeoisen Ordnung in Deutschösterreich auftrat.

Das große österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet war aufgelöst. Es ward aufgelöst in einer Zeit der furchtbarsten Not. Nach vierjährigem Kriege, vierjähriger Blockade herrschte in all den jungen Nationalstaaten empfindlicher Mangel an Nahrungsmitteln, an Kleidung, Schuhwerk und Wäsche, an Kohle und Rohstoffen. Jeder Staat suchte sich zu erhalten, was in seinem Machtbereich war. Schon in den Tagen ihrer Entstehung sperrten sich alle die neuen Staaten gegeneinander ab, verboten sie jede Ausfuhr. Deutschösterreich war nicht nur von der Entente, es war auch von den neuen Staaten blockiert. Von Deutschböhmen und dem Sudetenland sperrte uns das tschechische Gebiet ab; Innerösterreich — Wien und die Alpenländer — war ganz auf sich selbst gestellt.

Innerösterreich hat keine Kohle. Unser monatlicher Kohlenbedarf betrug 1,150.000 Tonnen. Aber nur 155.000 Tonnen zumeist minderwertiger Kohle konnte der heimische Bergbau liefern. Wir hatten die Kohle immer

aus dem Ostrau-Karwiner Revier, aus Oberschlesien und aus Nordwestböhmen bezogen; jetzt sperrte uns die tschechische Regierung jede Zufuhr. Entsetzliche Kohlennot brach herein. Ungeheure Anstrengungen waren notwendig, um auch nur einen kleinen Teil unseres Kohlenbedarfs zu decken; am 4. Dezember 1918 berichtete ich der Provisorischen Nationalversammlung, daß wir fünf diplomatische Verhandlungen mit der tschechischen Regierung führen mußten, um das Passieren eines einzigen Kohlenzuges durch tschechisches Gebiet durchzusetzen. Schließlich konnte unsere Kohlenversorgung nur dadurch sichergestellt werden, daß eine interalliierte Kommission die Verteilung der schlesischen Kohle und die Regulierung der Kohlentransporte übernahm. Auch sie konnte uns keine hinreichende Versorgung sichern. Unser Eisenbahnverkehr mußte furchtbar gedrosselt, der Personenverkehr auf den Eisenbahnen immer wieder wochenlang ganz eingestellt, der Frachtenverkehr auf die Nahrungsmitteltransporte beschränkt werden. In Wien mußte der Verkehr der Straßenbahn wiederholt, insgesamt durch vierzehn Tage in einem Jahre, stillgelegt werden, weil das Elektrizitätswerk nicht mit Kohle versorgt werden konnte. In kleineren Orten mußten auch die Gaswerke stillgelegt werden. Die Fabriken mußten die Produktion immer wieder unterbrechen, weil die Elektrizitätswerke ihnen den elektrischen Strom nicht mehr liefern konnten und weil die Kohle zur Heizung der Dampfkessel nicht zu beschaffen war. In Obersteiermark mußten alle Hochöfen bis auf einen, von den 14 Martinöfen alle bis auf drei ausgelöscht werden. Hausbrandkohle konnte nicht mehr ausgegeben werden. Die frierenden Menschen gingen in die Wälder, schlugen, um alle Eigentumsrechte unbekümmert, die Bäume und schleppten das Holz nach Hause. Aber selbst diese entsetzlich dürftige Kohlenversorgung konnte nur mit Hilfe der interalliierten Kommission aufrechterhalten werden; hätte sie uns ihre Hilfe entzogen, dann hätten der Eisenbahnverkehr und die industrielle Produktion vollständig eingestellt werden müssen. So warf uns die Kohlennot in die drückendste Abhängigkeit von den Siegermächten.

Ebenso schlimm stand es mit unserer Lebensmittelversorgung. Das innerösterreichische Gebiet war immer mit ungarischem Getreide, mit böhmischen und galizischen Kartoffeln, mit ungarischem Vieh, mit böhmischem Zucker ernährt worden; nach vierjährigem Krieg war es weniger denn je imstande, sich selbst zu ernähren. Unseren Viehstand hatte der Krieg zerstört; die viehreichen Alpenländer waren ja der Etappenraum, das Requirierungsgebiet der Südarmee gewesen. Infolge des Mangels an Düngemitteln und an Arbeitskräften war unsere landwirtschaftliche Produktion weit zurückgeworfen. Die Anbaufläche war gesunken, die Brache von 65.000 Hektar auf 295.000 Hektar ausgedehnt, der durchschnittliche Hektarertrag von 1913 bis 1918 von 14·7 auf 8·7 Zentner Weizen, von 14·8 auf 8·6 Zentner Roggen, von 93·6 auf 50·3 Zentner Kartoffeln, von 37·6 auf 22·5 Zentner Heu und Grumt gesunken. Die Ernte von 1918 gab in Weizen nur 48 Prozent, in Roggen 45 Prozent, in Kartoffeln 39 Prozent der Mengen von 1913. Unsere heimische Produktion konnte bestenfalls, bei Annahme der niedrigsten Rationen und bei denkbar vollständigstem Gelingen der Aufbringung, ein Viertel unseres Mehlbedarfes, ein Fünftel unseres Bedarfs an Kartoffeln, ein Drittel unseres Fleischbedarfs, ein Zwanzigstel

unseres Bedarfs an Speisefett, ein Vierzehntel unseres Zuckerbedarfs decken. In den ersten Wochen nach dem Umsturz lebten wir von den Beständen der Militärverpflegsmagazine und von Zuschüben, die das Deutsche Reich uns trotz eigener Not schickte; aber mit alledem war unser Bedarf nur für wenige Wochen gedeckt. Unseren Anstrengungen gelang es schließlich, die Hilfe der Sieger zu erlangen. Herbert Hoover, der amerikanische Food controllor, organisierte eine regelmäßige Lebensmittelzufuhr nach Deutschösterreich. Auch diese Versorgung war sehr dürftig. Die Rationen blieben weit unter dem physiologischen Existenzminimum. Die Unterernährung drückte die Arbeitsintensität. Die Unterernährung hielt die Sterblichkeit hoch über dem Friedensniveau. Von 186.000 Wiener Schulkindern, deren Ernährungszustand ärztlich überprüft wurde, wurden 96.000 als sehr unterernährt, 63.000 als unterernährt, 19.000 als minder unterernährt, nur 6732 als nicht unterernährt klassifiziert. Und selbst diese dürftige Versorgung beruhte beinahe ausschließlich auf den Zuschüben Hoovers. Vorräte gab es keine mehr. Was heute zugeschoben wurde, mußte morgen gegessen werden. Hätte Hoover seine Lebensmittelzüge nur wenige Tage eingestellt, so hätten wir kein Brot, kein Kochmehl mehr gehabt. So waren wir ganz in Hoovers Händen.

Und wie die wirtschaftliche Not lieferte uns auch die militärische Ohnmacht völlig der Entente aus. Der Waffenstillstandsvertrag gab den alliierten Mächten das Recht, unsere Städte und unsere Eisenbahnlinien zu besetzen. Tirol und ein Teil Kärntens wurden von italienischen Truppen besetzt. In Wien residierte eine interalliierte Waffenstillstandskommission, an deren Spitze der italienische General Segrè stand. Die deutschösterreichische Bourgeoisie, zitternd vor dem Proletariat, bestürmte seit den ersten Revolutionstagen den italienischen General, mit italienischen Truppen Wien zu besetzen; die Furcht vor der Arbeiterklasse hatte ihren Haß gegen den „Erbfeind" ausgetilgt. In den ersten Monaten nach dem Waffenstillstand verging kaum eine Woche, in der uns der General Segrè nicht ein Ultimatum stellte; bald mit der Einstellung der Kohlen- und der Lebensmittelzufuhr, bald mit dem Einmarsch italienischer Truppen drohend, erpreßte er bald die Auslieferung von Kriegsgerät, von Eisenbahnmaterial, von Gemälden, bald Geldzahlungen als Sühne für die Beleidigung eines italienischen Kuriers auf einer steirischen oder eines in italienische Uniform gekleideten tschechischen Legionärs auf einer Tiroler Eisenbahnstation. So drohte uns immer wieder die Besetzung durch fremde Truppen; wir wußten; daß sie die Niederwerfung des Proletariats unter dem Schutz der fremden Bajonette bedeutet hätte.

Diese Gefahr wurde noch größer, als wir in Konflikt mit der Tschechoslowakei und mit Jugoslawien gerieten. Als im Norden die Tschechen, sobald ihre Legionen, die im Verband der italienischen Armee gekämpft hatten, nach Böhmen gebracht worden waren, zum Angriff auf das Sudetenland und auf Deutschböhmen übergingen, als im Süden die Kämpfe zwischen den Kärntner Heimatwehren und den slowenischen Truppen begannen, wurde die Gefahr eines militärischen Konflikts mit unseren Nachbarstaaten sehr ernst. Der Waffenstillstand hatte die Zahl der Soldaten, die wir unter den Fahnen halten durften, sehr eng begrenzt. Zu einem Massenaufgebot hätten wir, wenn die Tschechen gegen Wien vor-

gestoßen wären, keine Zeit gehabt; denn Wien liegt einen Tagmarsch von der tschechischen Grenze. Zudem durften wir den Kampfwert unserer Volkswehr nicht überschätzen; die Autorität des kaiserlichen Offizierskorps war zusammengebrochen, ein republikanisches, gar ein proletarisches Offizierskorps hatten wir noch nicht erziehen können. Gefiel es der Entente, den Tschechen einen Angriff auf Wien zu erlauben, so geriet unsere Hauptstadt, geriet die entscheidende Machtstellung der deutschösterreichischen Arbeiterklasse in die schwerste Gefahr.

Der Ententeimperialismus stellte sich der proletarischen Revolution in Deutschösterreich entgegen. Und die Entente konnte uns die Kohlen- und die Lebensmittelzufuhr sperren, uns der Hungerkatastrophe überantworten; sie konnte unser Land durch ihre Truppen besetzen lassen oder uns dem Angriff der Nachbarstaaten preisgeben. Die Macht der Sieger setzte so der proletarischen Revolution in Deutschösterreich unverrückbare Schranken.

In schroffem Widerspruch zu dieser objektiven Lage der proletarischen Revolution standen die subjektiven Illusionen, die die Revolution in breiten Schichten des Proletariats geweckt hatte.

Der Krieg hatte die Struktur und die Geistesverfassung des Proletariats wesentlich verändert. Er hatte die Arbeiter aus Fabrik und Werkstatt herausgerissen. Im Schützengraben litten sie Unsägliches. Im Schützengraben füllten sie ihre Seelen mit Haß gegen die Drückeberger und Kriegsgewinner, die im Hinterland Gold aus der Not münzten, während sie stündlich dem Tod ins Auge sahen, und gegen die Generale und Offiziere, die üppig tafelten, während sie hungerten. Im Schützengraben lasen sie die Zeitungen, die den Helden, die das Vaterland verteidigten, die dankbare Fürsorge des Vaterlands verhießen. Im Schützengraben lauschten sie den Erzählungen der Heimkehrer, die in russischer Gefangenschaft die erste Phase der bolschewikischen Revolution, die Phase des Bürgerkrieges, des blutigen Terrors gegen Offiziere, Kapitalisten, Bauern, die Phase der Expropriationen, der Requisitionen, der Nationalisierung miterlebt hatten. Die Jahre im Schützengraben hatten sie der Arbeit entwöhnt, sie an gewalttätige Requisitionen, an Raub und Diebstahl gewöhnt. Die Jahre im Schützengraben hatten sie mit dem Glauben an die Gewalt erfüllt. Nun kam die Revolution, kam der Tag der Heimkehr Aber in der Heimat harrten ihrer Hunger, Kälte, Arbeitslosigkeit. Der vier Jahre lang angesammelte Haß und Groll mußte Ausdruck suchen. Jetzt heischten sie die Rache an all denen, von denen sie vier Jahre lang mißhandelt worden waren. Jetzt forderten sie, die Revolution, die den Kaiser verjagt, solle alle die Großen, die Reichen, die Schuldigen stürzen. Jetzt wollten sie ihn sehen, den versprochenen Dank des Vaterlandes an seine Helden. Und da ihnen als Antwort nichts wurde als Not und Elend, glaubten sie, ein paar tausend entschlossene Männer mit Gewehr und Patronen müßten imstande sein, der ruchlosen Gesellschaftsordnung, die Krieg und Not und Elend über sie gebracht, mit einem gewaltigen Schlag ein Ende zu machen.

Vier Jahre lang hatte in den Betrieben der Kriegsindustrie der militärische Betriebsleiter kommandiert. War die Arbeitsdisziplin in den Betrieben auf die militärische Gewalt gegründet gewesen, so löste sich mit dem Zusammenbruch der militärischen Gewalt die Arbeitsdisziplin auf. Die

Industrie geriet in chaotischen Zustand. Die Kriegsbestellungen hörten mit einem Schlage auf; der Umstellung auf die Friedensproduktion standen die Kohlennot, der Mangel an Rohstoffen, die Auflösung der Arbeitsdisziplin, die Arbeitsunlust einer durch den Hunger entkräfteten, von der Überarbeit der Kriegszeit erschöpften, durch das Erlebnis der Revolution im Innersten aufgewühlten Arbeiterschaft entgegen. Die Betriebe verwandelten sich in Diskussionsstätten. Die Industrie vermochte die von der Front heimkehrenden, die aus den Produktionsstätten der Munitionsindustrie abströmenden Massen nicht aufzusaugen. Die Masse der Arbeitslosen schwoll von Monat zu Monat an; sie erreichte ihren höchsten Stand im Mai 1919. Damals wurden 186.030 Arbeitslose gezählt, 131.500 in Wien allein.

In den Kasernen der Volkswehr herrschte wilde Gärung. Die Volkswehr fühlte sich als die Trägerin der Revolution, als die Vorhut des Proletariats. In den Diskussionen der Soldatenräte kämpften Sozialdemokraten und Kommunisten ihre heftigsten Kämpfe aus. Die Hoffnung, alsbald mit der Waffe in der Hand den Sieg des Proletariats entscheiden zu können, erfüllte die Wehrmänner. Und unter die wild erregten Heimkehrer, unter die verzweifelnden Arbeitslosen, unter die von der Romantik der Revolution erfüllten Wehrmänner mischten sich die Invaliden des Krieges, die ihr persönliches Schicksal an der schuldigen Gesellschaftsordnung rächen wollten; mischten sich krankhaft erregte Frauen, deren Männer seit Jahren in Kriegsgefangenschaft schmachteten; mischten sich Intellektuelle und Literaten aller Art, die, plötzlich zum Sozialismus stoßend, von dem utopistischen Radikalismus der Neophyten erfüllt waren; mischten sich die aus Rußland heimgeschickten Agitatoren des Bolschewismus. Jedes Zeitungsblatt brachte Nachrichten über die Kämpfe Spartakus' in Deutschland. Jede Rede verkündete die Glorie der großen russischen Revolution, die mit einem Schlage alle Ausbeutung für immer aufgehoben habe. Die Masse, die soeben die einst so gewaltigen Kaiserreiche zusammenstürzen gesehen hatte, ahnte nichts von der Stärke des Ententekapitalismus; sie glaubte, daß die Revolution nun in einem Fluge auch die Siegerländer erfassen werde. „Diktatur des Proletariats!" „Alle Macht den Räten!" So hallte es nun auch hier durch die Straßen.

Die Arbeiterräte waren in Deutschösterreich schon aus dem Jännerstreik hervorgegangen. Die Revolution dehnte die junge Institution schnell aus. In ihr suchten und fanden nun das erstarkte Machtbewußtsein, der geweckte Betätigungsdrang der entfesselten Massen ihr erstes Betätigungsfeld. Die wirtschaftliche Not gab diesem Betätigungsdrang die Richtung, die Organisation der Kriegswirtschaft gab ihm reiche Wirkungsmöglichkeit. Sie sicherten sich die Kontrolle der Tätigkeit der eingeschüchterten Bezirkshauptmannschaften. Sie bildeten mit den Soldatenräten und mit den sich bildenden Bauernräten zusammen Gemeinde-, Bezirks- und Landeswirtschaftskommissionen. Sie kontrollierten die Aufbringung der Ernte und des Viehs, die Anforderung und die Zuweisung der Wohnungen. Sie organisierten die Jagd auf die Schleichhändler. Sie suchten den Preiswucher zu terrorisieren. Sie verhinderten die Ausfuhr von Nahrungsmitteln aus ihrem Gebiet in andere Bezirke und Länder. In der Regel wirkten sie mit den gesetzlichen Behörden zusammen; der Form nach bedienten sich die Behörden der Arbeiterräte als ihrer Kontrollorgane, in der Sache unter-

warfen sich die Behörden dem Diktat der Räte. Zuweilen aber gingen die Räte auch ohne die Behörden und gegen sie selbständig vor. Es kam vor, daß sie selbständig Requisitionen anordneten und mit Unterstützung der Volkswehr durchführten, daß sie Personen, die sich gegen die Kriegswirtschaftsvorschriften vergingen, vorluden und mit dem Terror des Proletariats bedrohten. Die ganze Bewegung war in den ersten Monaten der Revolution elementar, unorganisiert; zwischen den Arbeiterräten der einzelnen Gebiete bestand noch kein Zusammenhang. Die größte Ausdehnung erlangte sie in Oberösterreich; dort wurden die Arbeiterräte vor allem zum Organ der Absperrung des Landes, der Verteidigung seiner vergleichsweise reichen Getreide- und Viehbestände gegen den sich auf das Land stürzenden Wiener Schleichhandel. In dieser Tätigkeit der Arbeiterräte erwuchs ihre ursprüngliche Ideologie: indem die Arbeiterräte die Verwaltungstätigkeit, die sie aus dem Recht der Revolution an sich gerissen haben, in dem Maße ausdehnen, als es das praktische Bedürfnis des Proletariats erfordert und seine Macht ermöglicht, werden sie allmählich die gesetzlichen Behörden teils sich unterordnen, teils ausschalten oder sprengen, werden sie schließlich die ganze Macht an sich reißen. Daher dürften die Räte nicht „in der Verfassung verankert" werden; jede gesetzliche Abgrenzung ihrer Rechte könne ja nur das augenblickliche Machtverhältnis zwischen der Räteorganisation und dem behördlichen Verwaltungsapparat fixieren und dadurch der weiteren revolutionären Expansion der Rätemacht gegen den behördlichen Verwaltungsapparat Hindernisse bereiten. Diese Ideologie der Rätebewegung gewann Macht weit über die Reihen der industriellen Arbeiterschaft hinaus; im Frühjahr 1919 beteiligten sich Staatsbeamte, Privatangestellte, Intellektuelle in Massen an den Rätewahlen. Auch die sozialdemokratische Literatur jener Tage stand unter dem Eindruck dieser Bewegung. Alexander Täubler, der die Entwicklung der Sowjets in der ersten Phase der russischen Revolution miterlebt hatte, formulierte die Theorie der autonomen Expansion der revolutionären Verwaltungstätigkeit der Räte. Ähnlich feierte Max Adler die Räte als das Organ der „Revolution in Permanenz".

Nicht nur das städtische und industrielle Proletariat war durch den Krieg revolutioniert worden. Auch durch die bäuerlichen Volksmassen ging eine gewaltige Bewegung. Aber diese Bewegung war von Anfang an zwieschlächtigen Charakters. Auch der Bauer war aus dem Schützengraben voll Haß gegen Krieg und Militarismus, gegen Bürokratie und Plutokratie zurückgekehrt. Auch er jubelte der jungen Freiheit, der Republik, dem Sturz des Militarismus zu. Er freute sich, daß Bauernvertreter nun in den Landhäusern regierten, wo bisher die k. k. Statthalter geherrscht hatten. Nicht anders als der Arbeiter glaubte auch der Bauer, die politische Revolution müsse den Volksmassen eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse bringen. Seit den siebziger Jahren hatten in den Alpen Feudalherren und Kapitalisten Bauern gelegt, um das Bauernland zu großen Jagdgütern zu vereinigen; die Hirsche des Herrn grasten nun, wo einst die Kühe des Bauern geweidet hatten. Jetzt sei die Zeit gekommen, das geraubte Bauernland den Nachkommen „Jakobs des Letzten" wieder zurückzugeben. In den Kriegszeiten hatten Kriegsgewinner ihren neuen Reichtum zum Ankauf großer Güter verwendet; jetzt sei der Augenblick gekommen, ihren aus

dem Blut des Volkes gewonnenen Besitz auf die Bauern zu verteilen. Die Wald- und Weidedienstbarkeiten, die 1853, nach dem Siege der Konterrevolution, gemäß den Bedürfnissen der Feudalherren reguliert worden waren, müßten jetzt abgelöst werden; so werde sich der Bauernwald auf Kosten des Herrenwaldes ausdehnen. Das Jagdrecht, in der Monarchie unter höfischem Drucke nur nach den Bedürfnissen der Jagdherren geregelt, müsse jetzt den Bedürfnissen der Bauernschaft angepaßt werden. Es war eine wirklich demokratische Bewegung, die damals durch die Bauernschaft ging. Aber die bäuerliche Demokratie ist mit der proletarischen nicht identisch. Die junge Freiheit, die der Bauer wie der Arbeiter ausnützen wollte, bekam in den Vorstellungen der Bauernschaft sofort eine den Bedürfnissen des Proletariats schnurstracks entgegengesetzte Bestimmung.

Mit furchtbarer Gewalt hatte während des Krieges der ungeheure militärische Requisitionsapparat der Kriegswirtschaft auf der Bauernschaft gelastet. Er hatte den wertvollsten Besitz der alpenländischen Bauernschaft, ihren Viehstand, zerstört. Je stärker die passive Resistenz gegen den staatlichen Aufbringungsdienst in den slawischen Gebieten war, desto mehr mußten die deutschen Alpenländer für den Heeresbedarf leisten. Die Menge Heu, die die einzelnen Gebiete aufzubringen hatten, wurde nach der Anbaufläche festgesetzt; so mußten die einmähdigen Wiesen im Hochland ebensoviel abführen wie die dreimähdigen Wiesen der Ebene. In einem Erntejahr wurde dreimal nacheinander Heu requiriert; der Bauer war nie sicher, wieviel Heu ihm bleiben, wieviel Vieh er werde überwintern können. Oft blieb das requirierte Heu auf den Wiesen liegen; schließlich, spät im Herbst, gab es die Militärverwaltung den Bauern frei, nachdem es, auf feuchten Wiesen gestanden, zugrunde gegangen war. Der Bauer hatte kein Heu; aber sein Vieh war der staatlichen Aufbringung vorbehalten, er durfte es nicht nach seinem Gutdünken schlachten oder verkaufen. In den Frühlingsmonaten der letzten Kriegsjahre fütterten die Bauern ihr Vieh mit Tannenreisig. Dann kamen die Requisitionsorgane. Wahllos schleppten sie das Vieh aus den Ställen. Hochklassige Milchkühe wurden als Schlachtvieh weggeführt. Der Bauer sah sich der Willkür korrupter Einkaufskommissäre ausgeliefert. Und er sah, daß die Heeresverwaltung das Vieh, das sie ihm genommen, nutzlos zugrunde gehen ließ. Tagelang standen auf den Eisenbahnstationen ganze Züge mit vollen Viehwaggons, ohne daß das Vieh gefüttert und getränkt worden wäre. Der Haß gegen dieses Requisitionssystem hatte die Bauern revolutioniert. Der Zwang, die Erzeugnisse ihrer Arbeit tief unter dem freien Marktpreis abzuführen, erschien ihnen als eine neue Robot, die die neue Revolution aufheben müsse. Die Freiheit, die der Bauer von der Revolution, die den Militarismus vernichtet hatte, erwartete, war vor allem die Befreiung von der Kriegswirtschaft.

Aber diese Erwartung mußte die Revolution enttäuschen; in der Zeit der furchtbarsten Lebensmittelnot konnte sie das zentrale Anforderungs- und Bewirtschaftstungssystem nicht entbehren. Die Versorgung der Städte und Industriegebiete, vor allem die Versorgung Wiens hätte in dem von allen Nachbarstaaten blockierten Lande ohne staatliche Bewirtschaftung nicht gesichert werden können. Der Bauer sah, daß die Revolution ihm die „Freiheit", die er meinte, verweigerte. Er sah, daß statt der militärischen Requisitionskommanden nunmehr die Arbeiterräte die Aufbringung er-

zwangen, den Schleichhandel verfolgten, die Übertretung der Höchstpreisvorschriften bekämpften. Der Bauer erlebte es gelegentlich, daß, wie früher k. k. Truppen, jetzt Volkswehrabteilungen in sein Dorf gelegt wurden, bis er das geforderte Getreide, Vieh, Holz ablieferte. Der Bauer sah im Proletariat den Feind, der ihm die freie Verfügung über seine Arbeitsprodukte verweigerte. Der Bauer begann nun, das Proletariat zu hassen, wie er vordem den Militarismus gehaßt hat.

Andere Erscheinungen vertieften noch den Haß der Bauernschaft gegen das Proletariat. Die Revolution hatte auch die Arbeiter der Landwirtschaft geweckt. Sie begannen, sich zu organisieren. Sie stellten Lohnforderungen. Sie setzten sie gelegentlich durch Streiks durch. Zuweilen wurden die Bauern gezwungen, förmliche Kollektivverträge mit ihren Knechten und Mägden zu schließen, in denen genau festgesetzt wurde, welche Löhne das „Großmensch" und das „Kleinmensch" zu bekommen haben. Der Bauer sah, daß die Bewegung des Proletariats in sein eigenes Heim überzugreifen, seine eigene Autorität zu bedrohen begann.

Die dem Proletariat feindliche Stimmung der Bauernschaft wurde von dem Stadtbürgertum der Alpenländer und vom Klerus genährt. Das städtische Händlertum war der natürliche Verbündete des Bauern gegen das zentrale Bewirtschaftungssystem. Die städtische Bourgeoisie sah in der Bauernmasse ihre Stütze gegen das Proletariat. Der Klerus stärkte und organisierte die bäuerliche Bewegung als die mächtigste Gegenkraft gegen die proletarische Revolution. Zeitung und Predigt erzählten dem Bauern, daß sein Getreide, Vieh und Holz zu dem Zwecke requiriert werden, damit in Wien hunderttausende Arbeitslose, vom Staat ernährt, müßig gehen können; daß die Kriegswirtschaft, die den Bauern bedrückt, von einer Allianz der jüdischen Kriegsgewinner in den Zentralen mit den jüdischen Arbeiterführern in der Regierung aufrechterhalten werde; daß die Revolution sein Eigentum sozialisieren und seine Kirche zerstören wolle.

Der Bauer setzte sich zur Wehr. Er sabotierte die Aufbringung. Er setzte den Aufbringungsorganen zuweilen gewaltsamen Widerstand entgegen. Bauernräte wurden organisiert, die in den Bezirks- und Landeswirtschaftskommissionen hartnäckigen Kampf gegen die Arbeiterräte führten. Suchten die Arbeiterräte die Bezirkshauptleute zu terrorisieren, so taten die Bauernräte dasselbe; Arbeiter- und Bauernräte standen nun im Kampfe um die Macht über den Verwaltungsapparat. Und der Bauer wußte sich stark. Er hatte Lebensmittel genug in seinem Speicher; der Stadt aber kann er die Zufuhr sperren. Nicht die Bauern, sondern die Arbeiter werden hungern, wenn es zum Bürgerkrieg kommt. Und auch an Waffen fehlte es ihm nicht. Als sich die Armee auflöste, hatten die zurückflutenden Soldaten in Tirol, Kärnten, Steiermark ihre Waffen an die Bauern verkauft oder sie, den Bauern zur Beute, liegen lassen; große Waffenbestände waren in den Händen der Bauernschaft. In Kärnten und in Steiermark hatten sich zur Abwehr der Einfälle der Jugoslawen militärisch geordnete bäuerliche Heimatwehren gebildet, die, ursprünglich gegen den äußeren Feind organisiert, sehr bald der heimischen Arbeiterschaft als bewaffnete Klassenorganisationen des Bauerntums entgegentraten.

Mit dem Gegensatz der Bauernschaft gegen die Arbeiterklasse war der Gegensatz der Länder gegen Wien eng verknüpft. Die Versorgung Wiens

hatte vor dem Zusammenbruch vornehmlich auf den Zufuhren aus den Sudetenländern, Galizien und Ungarn beruht; nunmehr von diesen Gebieten abgeschnitten, mußte Wien weit mehr Nahrungsmittel, Brennholz und Rohstoffe als vordem von den innerösterreichischen Ländern beanspruchen. Und das gerade in einer Zeit, in der in Wien infolge des Kohlen- und Rohstoffmangels die Produktion ruhte; in der Wien daher den Ländern, deren Agrarprodukte es beanspruchte, keine Gegenleistung zu bieten vermochte. Wien mußte daher den Ländern als ein Parasit erscheinen, der, ohne selbst zu arbeiten, von ihrem Körper zehren wollte. Die Länder, die selbst an allem Notwendigen Mangel hatten, setzten sich gegen die Ansprüche Wiens zur Wehr. Die Arbeiterschaft selbst machte damit den Anfang. Die Arbeiterräte verhinderten die Ausfuhr von Nahrungsmitteln aus den einzelnen Ländern; ihre Kontrollorgane übernahmen die Bewachung der Eisenbahnlinien. Die Bauernschaft unterstützte diese Absperrungspolitik der Arbeiterräte. Ihr erschien die verhaßte Kriegswirtschaft, die die Republik aufrechterhielt, als ein Requisitionsapparat, dazu bestimmt, die Länder zugunsten Wiens zu plündern. Die Losreißung von Wien bedeutete ihr vor allem die Befreiung von der Kriegswirtschaft. Konnte sie aber die Kriegswirtschaft nicht sofort zertrümmern, so wollte sie wenigstens die Ablieferung auf das zur Versorgung der Städte des eigenen Landes erforderliche Maß reduzieren; sie wollte nicht neben den Städten im eigenen Lande auch noch Wien ernähren. So heftig die Kämpfe zwischen Arbeiterräten und Bauernräten um die Ablieferung waren, darin waren sie einig, daß das Abgelieferte nicht über die Landesgrenzen ausgeführt werden solle. Der Kampf zwischen der Arbeiterschaft und der Bauernschaft um den Fortbestand der Kriegswirtschaft führte zunächst zur Verländerung der Kriegswirtschaft. Die Länder sperrten sich gegeneinander und gegen Wien ab. Der Auflösung des großen österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes in die nationalen Wirtschaftsgebiete folgte die Auflösung des deutschösterreichischen Wirtschaftsgebietes in die zwerghaften Wirtschaftsgebiete der Länder.

Die neuen autonomen Landesregierungen, die aus der Revolution hervorgegangen waren, waren die Zentren dieses wirtschaftlichen Partikularismus. Da sich die Staatsregierung gegen die wirtschaftliche Absonderung der Länder zur Wehr setzen mußte, gerieten die Landesregierungen in schroffen Gegensatz gegen sie. Sie verweigerten ihren Weisungen den Gehorsam. Sie drohten mit dem Abfall von Wien. Die Bourgeoisie förderte die Auflehnung der Länder gegen die Staatsregierung; in den industriearmen Ländern fand sie in der großen bäuerlich-bürgerlichen Mehrheit das feste Bollwerk gegen die von dem Wiener Proletariat beherrschte Staatsregierung. Hatte die elementare Aktion der Arbeiterräte selbst den wirtschaftlichen Partikularismus der Länder gefestigt, so war es nun eben der Länderpartikularismus, in dem sich die Bourgeoisie, auf die Bauernschaft gestützt, gegen die in Wien konzentrierte Kraft der proletarischen Revolution zu verschanzen begann.

Deutschösterreich zerfällt in zwei an Volkszahl beinahe gleiche Gebiete: einerseits das große Industriegebiet, das Wien, das Viertel unter dem Wienerwald und Obersteiermark umfaßt; anderseits das große Agrargebiet, das alle anderen Länder bilden. In dem großen Industriegebiet war alle tatsächliche Macht in den Händen des Proletariats. In dem großen Agrar-

gebiet, in dem nur wenige volkreiche Städte und Industriegebiete in die bäuerliche Landwirtschaft eingesprengt sind, war das Proletariat zwar nicht machtlos, bildete aber doch die Bauernschaft die stärkste, nicht niederzuwerfende Macht. Es war unmöglich, das große Industriegebiet gegen die Arbeiterschaft, es war ebenso unmöglich, das große Agrargebiet gegen die Bauernschaft zu regieren. Die wirtschaftliche Struktur des Landes stellte so einen Gleichgewichtszustand zwischen den Klassenkräften her, den nur die Gewalt im blutigen Bürgerkrieg hätte aufheben können. Nach solchem Bürgerkrieg drängten breite Massen des Proletariats. Der Proletarier in Wien, in Wiener-Neustadt, in Donawitz sah nur seine gewaltige Machtstellung in dem Industriegebiet. Er sah nicht die unerschütterliche Macht der Bauernschaft in den Agrargebieten. Er sah noch weniger die außerhalb der Staatsgrenzen drohende Macht des Ententeimperialismus. Darum hielt er die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats für möglich.

Aber der Versuch der Aufrichtung der Rätediktatur wäre nichts anderes gewesen als die Selbstaufhebung der Revolution. In dem großen Industriegebiet hätte das Proletariat seine Diktatur aufrichten können, ohne auf unüberwindlichen Widerstand zu stoßen. An dem großen Agrargebiet wäre der Versuch gescheitert. Dort war die Bauernschaft stark genug, das Proletariat niederzuhalten. Die Länder hätten die Proklamierung der Diktatur beantwortet mit ihrer Trennung von Wien, mit ihrem Abfall vom Staate. Sie hätten uns Verkehrswege und Zufuhr gesperrt. Sie hätten das sich dagegen auflehnende Proletariat in den Ländern selbst niedergeworfen. Der Kampf gegen die Konterrevolution der agrarischen Länder hätte den blutigen Bürgerkrieg unvermeidlich gemacht. Der Bürgerkrieg aber hätte die Entente auf den Plan gerufen. Sie konnte nicht dulden, daß der Verkehr in dem Lande, das ihren Verkehrsweg von der Adria nach der Tschechoslowakei und nach Polen darstellt, durch Bürgerkrieg unterbrochen wird. Sie war entschlossen, die Fortentwicklung der Revolution über die Schranken der Demokratie hinaus nicht zuzulassen. Wäre die von ihr geforderte „Ordnung und Ruhe" gestört worden, dann hätte sie die Lebensmittel- und Kohlenzüge eingestellt und damit das ganze Industriegebiet sofort in die Hungerkatastrophe gestürzt; hätte sie Tschechen und Jugoslawen die Erlaubnis zum Vormarsch gegeben und uns damit in Krieg verwickelt; hätte sie die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte und Städte durch italienische Truppen besetzen lassen und dadurch der Revolution ein Ende gemacht. Die Diktatur des Proletariats hätte geendet mit der Diktatur der fremden Besetzungskommanden.

Breite Massen des Proletariats sahen diese Gefahren nicht. Die Sozialdemokratie mußte sie sehen und hat sie gesehen. So war der Sozialdemokratie eine doppelte Aufgabe gestellt: einerseits die gewaltige revolutionäre Gärung im Proletariat, die tiefe Erschütterung der ganzen kapitalistischen Gesellschaftsordnung auszunützen, um dem Proletariat möglichst starke und dauerhafte Machtpositionen im Staat und in den Gemeinden, in den Fabriken, in den Kasernen und in den Schulen zu erobern; anderseits aber zu verhindern, daß sich diese revolutionäre Gärung bis zum offenen Bürgerkrieg, bis zum offenen Zusammenstoß mit der Übermacht des Ententeimperialismus weiterentwickelt und damit die Hungerkatastrophe, die Invasion, die Konterrevolution herbeiführt.

Sollte der Machtkampf der Klassen nicht mit den Waffen, so mußte er in den Formen der Demokratie geführt und entschieden werden. Darum war es unsere erste Aufgabe, die Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung zu organisieren. Am 16. Februar 1919 fanden die Wahlen statt. Sie konnten freilich nur in Innerösterreich stattfinden; die deutschen Gebiete der Sudetenländer waren schon von den Tschechen besetzt. Auf die Sozialdemokraten entfielen 1,211.814, auf die Christlichsozialen 1,068.382, auf die deutschnationalen Parteien 545.938 Stimmen. Von den 159 Mandaten fielen den Sozialdemokraten 69, den Christlichsozialen 63, den deutschnationalen Parteien, die sich nunmehr Großdeutsche nannten, 24 zu. Die Deutschnationalen, in der Provisorischen Nationalversammlung noch die stärkste Partei, wurden in der Konstituierenden Nationalversammlung zur schwächsten. Die Sozialdemokraten, in der Provisorischen Nationalversammlung noch die schwächste unter den drei großen Parteien, wurden in der Konstituierenden Nationalversammlung zur stärksten. Die absolute Mehrheit hatten wir in dem neugewählten Parlament freilich nicht. Wir hätten sie erobern können, wenn das industriereiche Deutschböhmen mit uns hätte wählen können; die tschechische Okkupation Deutschböhmens hat dem Bürgertum und der Bauernschaft die Mehrheit in der deutschösterreichischen Nationalversammlung gerettet. Aber hatten wir auch nicht die Mehrheit, so waren wir doch die stärkste Partei; die Führung des neuen Parlaments fiel uns zu.

Die Wahlen waren zunächst ein Volksentscheid zwischen Monarchie und Republik gewesen. Sein Ergebnis war unzweideutig. In ihrem ersten Gesetzesbeschluß wiederholte die neugewählte Nationalversammlung feierlich die Beschlüsse des 12. November: die Erklärung Deutschösterreichs zur demokratischen Republik und den Anschluß an Deutschland. Karl Habsburg hatte am 11. November versprochen, sich der Entscheidung des deutschösterreichischen Volkes über seine Staatsverfassung zu unterwerfen. Diese Entscheidung hatte das Volk nunmehr gefällt. Renner erklärte dem Habsburger nun, er könne in Deutschösterreich nur bleiben, wenn er sein Versprechen erfüllt, für sich und sein Haus dem Thron entsagt. Karl Habsburg lehnte die geforderte Thronentsagung ab und fuhr am 23. März unter englischem Schutz in die Schweiz. Die Nationalversammlung beantwortete diesen Entschluß des Habsburgers mit dem Gesetz vom 2. April 1919, das alle Habsburger des Landes verwies und ihr Familienvermögen zugunsten der Kriegsbeschädigten beschlagnahmte.

Zugleich ging die Nationalversammlung daran, die Republik einzurichten. Im November hatte die Provisorische Nationalversammlung selbst die Macht übernommen; ihr Exekutivorgan, der aus allen Parteien zusammengesetzte Staatsrat, war die eigentliche Regierung gewesen, die Staatssekretäre waren bloß seine Organe. Diese Verfassung, die den regierenden Staatsrat durch Proporzwahlen aus dem Parlament hervorgehen ließ, war den Bedürfnissen der Zeit der Staatsbildung, der Konstituierung des Staates angepaßt gewesen, die der Kooperation aller Parteien, des Zusammenwirkens der „Bürger, Bauern und Arbeiter" bedurfte. Sie war nicht mehr angemessen einer Zeit, in der sich auf dem Boden des bereits konstituierten Staates die Klassengegensätze weiterentwickelten und das Parlament in regierende Mehrheit und Opposition scheiden mußten. Daher

wurde durch das Verfassungsgesetz vom 14. März der Staatsrat aufgehoben. Einige seiner Befugnisse wurden dem Präsidenten der Nationalversammlung übertragen, der damit zugleich die Funktion eines Präsidenten der Republik übernahm; zum ersten Präsidenten wurde Seitz gewählt. Die eigentliche Regierungsgewalt aber ging auf die Staatsregierung über, die nunmehr unmittelbar vom Parlament gewählt wurde. Die Zeit der Kooperation aller Parteien war damit vorüber. Es galt nunmehr, innerhalb des Parlaments eine Mehrheit zu bilden, die die Regierung wählen und stützen sollte.

Die Regierung stand damals immer wieder den leidenschaftlichen Demonstrationen der Heimkehrer, der Arbeitslosen, der Kriegsinvaliden gegenüber. Sie stand der vom Geiste der proletarischen Revolution erfüllten Volkswehr gegenüber. Sie stand täglich schweren, gefahrdrohenden Konflikten in den Fabriken, auf den Eisenbahnen gegenüber. Und die Regierung hatte keine Mittel der Gewalt zur Verfügung: die bewaffnete Macht war kein Instrument gegen die von revolutionären Leidenschaften erfüllten Proletariermassen. Nur durch den täglichen Appell an die eigene Einsicht, an die eigene Erkenntnis, an das eigene Verantwortungsgefühl hungernder, frierender, durch Krieg und Revolution aufgewühlter Massen konnte die Regierung verhüten, daß die revolutionäre Bewegung in einem die Revolution vernichtenden Bürgerkrieg endet. Keine bürgerliche Regierung hätte diese Aufgabe bewältigen können. Sie wäre wehrlos dem Mißtrauen und dem Haß der Proletariermassen gegenübergestanden. Sie wäre binnen acht Tagen durch Straßenaufruhr gestürzt, von ihren eigenen Soldaten verhaftet worden. Nur Sozialdemokraten konnten diese Aufgabe von beispielloser Schwierigkeit bewältigen. Nur ihnen vertrauten die Proletariermassen. Nur sie konnten die Massen überzeugen, daß die entsetzliche Not dieses ersten Winters nach dem Kriege nicht die Schuld der Regierung, sondern die unentrinnbare Wirkung weltgeschichtlicher Umwälzung, daß sie nicht durch gewaltsamen Umsturz zu brechen, sondern nur allmählich zu überwinden war. Nur Sozialdemokraten konnten wild erregte Demonstrationen durch Verhandlungen und Ansprachen friedlich beenden, nur Sozialdemokraten konnten sich mit den Arbeitslosen verständigen, die Volkswehr führen, die Arbeitermassen von der Versuchung zu revolutionären Abenteuern, die der Revolution zum Verhängnis geworden wären, abhalten. Die Funktion, die damals die wichtigste Funktion der Regierung war, konnte nur von Sozialdemokraten erfüllt werden. Die tiefe Erschütterung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung fand darin ihren anschaulichsten Ausdruck, daß eine bürgerliche Regierung, eine Regierung ohne Sozialdemokraten schlechthin unmöglich geworden war.

Aber so wenig wie eine bürgerliche Regierung möglich war, so wenig war eine rein sozialdemokratische Regierung möglich. So wenig das große Industriegebiet Wiens, Wiener-Neustadts und der Obersteiermark eine rein bürgerliche Regierung ertragen hätte, so wenig hätte das große Agrargebiet der Länder eine rein sozialdemokratische Regierung ertragen. Eine rein sozialdemokratische Regierung hätte jeden Einfluß auf die Landesregierungen verloren, sie hätte den Abfall der Länder nicht zu hindern vermocht, sie wäre ohnmächtig der offenen Auflehnung der Bauernschaft gegenübergestanden. Ohne Mehrheit im Parlament, hätte sie zu dikta-

torischen Mitteln greifen und dadurch den Bürgerkrieg entfesseln müssen, in dem die Revolution untergegangen wäre.

Es war keine Regierung möglich ohne und gegen die Vertreter der Arbeiter. Es war keine Regierung möglich ohne und gegen die Vertreter der Bauern. Eine gemeinsame Regierung der Arbeiter und der Bauern war die einzige mögliche Lösung. Arbeiter und Bauern mußten sich in der Regierung zu verständigen, sie mußten gemeinsam zu regieren versuchen, wenn sie nicht binnen kurzem im offenen Bürgerkrieg einander gegenüberstehen sollten.

Auf dem Lande waren die Christlichsozialen die Massenpartei der Bauern. Die Bauernvertreter, die die überwiegende Mehrheit der christlichsozialen Abgeordneten bildeten, standen unter dem Drucke der mächtigen Bewegung, die durch die Bauernschaft ging. Der zwieschlächtige Charakter dieser Bewegung bestimmte die Politik der christlichsozialen Bauernvertreter. Gegen die Diktatur des Proletariats hätten sie die Bauernschaft zum Bürgerkrieg aufgerufen; auf dem Boden einer radikalen, republikanischen, antimilitaristischen und antiplutokratischen Demokratie wünschten sie mit dem Proletariat zusammenzuwirken. In ganz anderer Stimmung waren die christlichsozialen Abgeordneten des städtischen, vor allem des Wiener Bürgertums. Dem Bürgertum bedeutete die Revolution nichts als den Zusammenbruch seiner Herrschaft in seinen Gemeinden und in seinen Betrieben, seine Unterwerfung unter die starke Macht der Arbeiterschaft. Daher war es in offen konterrevolutionärer Stimmung, stand es ganz unter dem Einfluß der monarchistischen Kreise: des hohen Klerus, des klerikalen Adels, der konterrevolutionären Offiziere. Während die christlichsozialen Bauernvertreter gemeinsam mit den Sozialdemokraten die Verfolgung der Kriegsverbrechen der Generale und Offiziere forderten, traten die städtischen Christlichsozialen als Beschützer und Verteidiger der Offiziere auf. Bei der Beratung der Gesetze über die Landesverweisung der Habsburger, über die Beschlagnahme ihres Vermögens, über die Abschaffung der Adelstitel traten bäuerliche und städtische Christlichsoziale einander offen entgegen. Der Machtapparat der Kirche konnte die eine Zeitlang drohende Spaltung der christlichsozialen Partei verhindern; aber die Zerklüftung der christlichsozialen Partei war doch tief genug, daß wir uns, ihren städtischen Flügel abseits lassend, mit ihrem bäuerlichen Flügel verständigen konnten. Die Kooperation der Arbeiter und der Bauern fand ihren parlamentarischen Ausdruck in der Koalition der Sozialdemokratie mit der von ihrer bäuerlichen Mehrheit beherrschten christlichsozialen Partei.

Innerhalb dieser Koalition aber waren die Kräfte keineswegs gleich. Die gewaltige revolutionäre Bewegung in den Proletariermassen rückte die Bauernschaft in die Defensive; so war auch innerhalb der proletarisch-bäuerlichen Koalition die Partei des Proletariats der bei weitem stärkere Partner. Dieses Machtverhältnis innerhalb der Koalition spiegelte sich in der Zusammensetzung der Koalitionsregierung, die am 15. März 1919 gewählt wurde. Alle Staatsämter, die die Herrschaftsfunktionen des Staates auszuüben haben, fielen den Sozialdemokraten zu: Renner übernahm die Kanzlerschaft und das Staatsamt des Innern, Deutsch das Heerwesen, ich das Staatsamt des Äußern. Außerdem sicherten wir uns die Ressorts, in denen die soziale Revolution zunächst ihre Betätigung suchen mußte:

Hanusch übernahm das Staatsamt für soziale Verwaltung, Glöckel das Staatsamt für Unterricht, ich die Leitung der neugegründeten Sozialisierungskommission. Von den Christlichsozialen trat der Vorarlberger Bauer Fink als Vizekanzler in die Regierung ein, der niederösterreichische Bauernführer Stöckler übernahm das Staatsamt für Landwirtschaft, Zerdik das Handels-, Miklas das Kultusamt. In dieser Verteilung der Staatsämter drückte sich die führende Stellung aus, die der Sozialdemokratie zugefallen war. Mit der Bildung der ersten Koalitionsregierung hatte die Arbeiterklasse zwar nicht die Alleinherrschaft, aber doch die Vorherrschaft in der Republik erobert.

§ 10. Zwischen Imperialismus und Bolschewismus.

Literatur:

Tardieu, La Paix. Paris 1921. — Lansing, Die Versailler Friedensverhandlungen. Berlin 1921. — Nitti, Das friedlose Europa. Frankfurt a. M. 1921. — Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. München 1920. — Bericht Beneš' und Kramář' über die Friedensverhandlungen. „Národní Shromáždění v prvním roce Republiky." Praha 1919. — Bericht über die Friedensverhandlungen. 379 der Beilagen zu den Protokollen der Konstituierenden Nationalversammlung. — Bauer, Acht Monate auswärtiger Politik. Wien 1919.

Freißler, Vom Zerfall Österreichs bis zum tschechoslowakischen Staate. Berlin 1921. — Wutte, Kärntens Freiheitskampf. Klagenfurt 1922. — Hülgerth, Der Kärntner Freiheitskampf 1918—1919. „Carinthia", 111. Jahrgang. — Ender, Mémoire du Conseil d'Etat du Vorarlberg à la Société des Nations. Berne 1920.

* * *, Entstehung und Zusammenbruch der ungarischen Rätediktatur. Wien 1919. — Jászi, Magyariens Schuld, Ungarns Sühne. München 1923. — Szanto, Klassenkämpfe und die Diktatur des Proletariats in Ungarn. Wien 1920. — Bettelheim, Zur Krise der kommunistischen Partei Ungarns. Wien 1922. — Braunthal, Die Arbeiterräte in Deutschösterreich. Wien 1919. — Braunthal, Kommunisten und Sozialdemokraten. Wien 1920. — Deutsch, Aus Österreichs Revolution. Wien 1921. — Dokumente zum 15. Juni. „Der Kampf", 1919. — Radek, Die Lehren eines Putschversuches. „Kommunistische Internationale", 2. Jahrgang, Nr. 9.

Aus den nationalen Kämpfen in der Habsburgermonarchie war der Weltkrieg hevorgegangen. Der Weltkrieg drohte in den Krieg zwischen den Nationen der Habsburgermonarchie umzuschlagen. Während des Weltkrieges schon waren die Soldaten Habsburgs mit den Waffen in der Hand einander entgegengetreten. Am Ural und in Sibirien hatten sie gegeneinander gekämpft: die Deutschen und Magyaren unter roter, die Tschechen und Jugoslawen unter weißer Flagge. Als im Oktober 1918 die Fesseln zerbrachen, die die zehn Nationen unter Habsburgs Herrschaft aneinander gekettet hatten, war es die größte von allen Gefahren, daß die befreiten Nationen in blutigem Kriege gegeneinander um das Erbe der Habsburgermonarchie ringen werden.

Der alte Haß der slawischen Nationen gegen Wien, den Sitz und das Zentrum der Fremdherrschaft, er kehrte sich jetzt gegen die junge Republik. Das deutschösterreichische Proletariat trat schuldlos das Erbe des Hasses der Nachbarvölker an, mit dem die Schuld der deutschösterreichischen Bourgeoisie das deutschösterreichische Volk belastet hatte. Nicht nur im Herbst 1918, sondern noch in der ganzen ersten Hälfte

des Jahres 1919 drohte uns immer wieder die Gefahr kriegerischer Verwicklungen mit den Tschechen und den Südslawen. Jede solche kriegerische Verwicklung aber hätte für die junge Republik den wirtschaftlichen Tod, den militärischen Zusammenbruch, den Untergang unserer Selbständigkeit bedeutet: den wirtschaftlichen Tod, denn der Krieg hätte uns die Kohlen- und Lebensmittelzuschübe gesperrt; den militärischen Zusammenbruch, denn der Krieg hätte unser kampfmüdes, infolge der Niederlage und des Elends kleinmütig gewordenes Volk den durch ihren historischen Sieg vom Siegesrausch, von kriegerischer Stimmung erfüllten Nachbarvölkern, er hätte unsere schwachen Volkswehren den auf dem italienischen Kriegsschauplatz fest zusammengeschweißten tschechischen Legionen, dem kriegserprobten serbischen Heere entgegengestellt; den Untergang unserer Selbständigkeit, denn der Krieg hätte mit der Besetzung unseres Landes durch fremde Armeen geendet. Den Frieden mit den Nachbarvölkern zu erhalten, war unsere wichtigste Aufgabe. Denn nur der Friede sicherte uns das bißchen Brot. Nur der Friede ermöglichte uns die Behauptung unserer jungen Freiheit.

Das alte Reich war zerfallen Aber sein Verwaltungsapparat hatte es überlebt. In Wien bestanden noch zentrale Behörden und Anstalten, die noch Geschäfte abzuwickeln hatten, die die wirtschaftlichen, rechtlichen, militärischen Interessen aller Nachfolgestaaten berührten. Wollten wir Konflikte mit den Nachfolgestaaten vermeiden, so mußten wir einen Apparat schaffen, der eine möglichst reibungslose Abwicklung dieser noch gemeinsamen Geschäfte ermöglichen konnte. Nicht ohne große Mühe, nicht ohne schwere Opfer ist dies gelungen. Es gelang zunächst, die Wiener Gesandten aller Nachfolgestaaten zu einer Gesandtenkonferenz zu vereinigen, die sich allwöchentlich im Staatsamt des Äußeren versammelte und die oberste Leitung der Abwicklung der noch gemeinsamen Angelegenheiten übernahm. Sie setzte dann als ihre Organe eine Internationale Liquidationskommission und internationale Bevollmächtigtenkollegien für die einzelnen „liquidierenden Ministerien" ein. Es war ein umständlicher und kostspieliger Mechanismus. Und es war ein schweres Opfer, daß wir bis zum Friedensschluß von St. Germain neben unseren Staatsämtern auf unserem Boden auch noch „liquidierende Ministerien" dulden mußten, die unter der Mitkontrolle der Nachfolgestaaten standen. Aber nur dieser Mechanismus hat es ermöglicht, die alte gemeinsame Verwaltung ohne gefährliche Konflikte mit den Nachfolgestaaten abzuwickeln, ihre Geschäfte allmählich in die Verwaltung der Nationalstaaten überzuführen.

Ungleich ernstere Konflikte gingen aus dem Streite um die Grenzen der neuen Staaten hervor. Wir beanspruchten alle Gebiete mit deutscher Bevölkerungsmehrheit. Wir forderten, daß diese Gebiete unter unserer Verwaltung bleiben, bis der Friedensvertrag über ihre staatliche Zugehörigkeit entscheidet. Wir verlangten, daß diese Entscheidung über alle bestrittenen Gebiete durch freie Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle erfolgen solle. Die Tschechen und die Jugoslawen lehnten diese unsere Forderungen ab. Sie suchten sich noch vor dem Friedensschluß gewaltsam in den Besitz der von ihnen beanspruchten Gebiete zu setzen.

Zunächst gingen die Tschechen zum Angriff gegen Deutschböhmen und das Sudetenland vor. Diese beiden Gebiete waren von uns räumlich voll-

ständig getrennt. Wir konnten ihnen keine Waffen liefern. Wir konnten ihre Lebensmittelversorgung nicht organisieren. Nicht auf Deutschösterreich, sondern nur auf das Deutsche Reich gestützt, hätten sich Deutschböhmen und das Sudetenland verteidigen können. Aber das Deutsche Reich, selbst in schwerster Bedrängnis, wagte es nicht, in die Kämpfe außerhalb der Reichsgrenzen mit Waffen- und Lebensmittelsendungen einzugreifen. So waren Deutschböhmen und das Sudetenland auf sich selbst gestellt. Die Tschechen sperrten ihnen zuerst die Lebensmittelzufuhr. Von den Agrargebieten Mittelböhmens und Mährens abgesperrt, gerieten sie in bitterste Not. Der Hunger lähmte die Widerstandskraft der Volksmassen. Und wenn, wie in Aussig, Hungersnot zu Plünderungen führte, rief die deutsche Bourgeoisie selbst nach der tschechischen Okkupation. So konnten die tschechischen Truppen in der Zeit vom 28. November bis zum 16. Dezember Deutschböhmen und das Sudetenland besetzen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Die deutschböhmische Landesregierung flüchtete am 11. Dezember nach Dresden; die sudetenländische Landesregierung legte am 19. Dezember ihr Amt nieder. Aber hatten sich Deutschböhmen und das Sudetenland der tschechischen Okkupation nicht mit bewaffneter Hand erwehren können, so setzten sie der tschechischen Fremdherrschaft doch starken moralischen Widerstand entgegen. Dieser Widerstand erreichte seinen Höhepunkt im März 1919. Die Tschechoslowakei stempelte die Banknoten ab; den deutschen Gebieten war die Notenabstempelung als die wirtschaftliche Annexion verhaßt, die der militärischen Okkupation folgte. Zugleich trat am 4. März in Wien die Konstituierende Nationalversammlung zusammen; Deutschböhmen und das Sudetenland protestierten dagegen, daß die tschechische Okkupation ihnen die Teilnahme an der Wahl der Nationalversammlung verwehrt hatte. Am 4. März ruhte in den besetzten Gebieten die Arbeit; durch den Generalstreik und große Massenkundgebungen demonstrierten die Arbeiter Deutschböhmens und des Sudetenlandes für ihre Zugehörigkeit zu Deutschösterreich. Die tschechischen Truppen zersprengten die demonstrierenden Massen; in Kaaden bezahlten 25, in Sternberg 16 Deutsche die Kundgebung mit ihrem Leben.

Nach der Besetzung Deutschböhmens und des Sudetenlandes gingen die Tschechen gegen den Böhmerwaldgau und den Znaimer Kreis vor. Hier handelte es sich um Gebiete, die an Ober- und Niederösterreich grenzen; hier waren wir vor die Frage gestellt, ob wir bewaffneten Widerstand leisten sollten. Die Tschechen beriefen sich auf den Waffenstillstandsvertrag, der den Ententemächten das Recht gab, alle von ihnen als strategisch wichtig bezeichneten Punkte in Österreich zu besetzen; sie erklärten, daß sie die beiden Kreise auf Grund dieser Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages als Ententemacht besetzen wollten. Und sie fanden bei diesem Vorgehen in der Tat die Unterstützung der Entente. Als sie bei Znaim und Nikolsburg auf Wiener Volkswehrkompagnien stießen, gingen den tschechischen Truppen französische Offiziere voraus, um zu markieren, daß die tschechische Okkupation im Namen der Entente, auf Grund des Vertrages von Villa Giusti erfolge. Erschwerte schon dies jeden Widerstand, so machte unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von den tschechischen Kohlenzuschüben ihn geradezu unmöglich. Unsere Volkswehrformationen erhielten daher den Befehl, sich zurückzuziehen, falls

die tschechischen Truppen unter der Führung von Ententeoffizieren vorstoßen. Auf diese Weise konnten die Tschechen die deutschen Grenzbezirke Südböhmens und Südmährens besetzen.

Trotz unseres Zurückweichens verwickelte uns die Besetzung der deutschen Gebiete der Sudetenländer in eine Reihe ernster Konflikte mit der Tschechoslowakei. Zweimal, Anfang Dezember und Anfang März, spitzten sich diese Konflikte gefährlich zu; da gab es Stunden, in denen wir ernste Kriegsgefahr zu befürchten Grund hatten. Dank der aus alter Parteigenossenschaft hervorgegangenen vertrauensvollen persönlichen Beziehungen, die zwischen Tusar, dem tschechischen Gesandten in Wien, und mir bestanden, und dank der Unterstützung der englischen und amerikanischen Vertreter in Wien ist es gelungen, diese Gefahr abzuwehren.

Ganz anders als im Norden entwickelte sich der Kampf um die Grenzen im Süden. Im Norden standen wir der tschechoslowakischen Staatsgewalt gegenüber, die sich überaus schnell konsolidiert hatte, uns vom Anfang an militärisch überlegen war und von der wir vom Anfang an wirtschaftlich abhängig waren. Im Süden dagegen vollzog sich die Staatsbildung ungleich schwieriger. Der am 29. Oktober 1918 begründete jugoslawische Staat umfaßte zunächst nur die südslawischen Gebiete Österreich-Ungarns; seine Begründer wollten erst von Macht zu Macht mit Serbien über den Zusammenschluß verhandeln. Aber dieser jugoslawische Staat geriet vom Tage seiner Begründung an in schwerste Bedrängnis. Sofort nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Armee drangen italienische Truppen tief in das südslawische Gebiet ein. Italien erkannte die Übergabe der österreichisch-ungarischen Flotte an Jugoslawien nicht an und verlangte ihre Auslieferung auf Grund des Waffenstillstandsvertrages. Die vom Narodno Vijeće am 2. November angeordnete Mobilisierung mißlang; die kriegsmüden Bauern rückten nicht ein. Die Zentralregierung des Narodno Vijeće vermochte sich gegen die Landesregierungen — die Regierung des Banus in Agram, die Regierungen des Narodni Svet in Laibach und des Narodno Vijeće in Sarajewo — nicht durchzusetzen. So blieb dem Narodno Vijeće nichts anderes übrig, als sich Serbien in die Arme zu werfen. Am 24. November beschloß es die Vereinigung des jugoslawischen Staates mit Serbien; am 1. Dezember wurde sie in Belgrad proklamiert. Aber es dauerte viele Monate, ehe sich die Belgrader Zentralregierung die lokale Verwaltung der einzelnen südslawischen Länder wirklich unterordnen, ihre selbständigen Truppen dem Heere des Königreiches einfügen konnte. In den ersten Monaten nach dem Umsturz stand uns daher im Süden noch nicht die Belgrader Staatsgewalt, sondern noch die Laibacher slowenische Landesregierung gegenüber, deren selbständige Aktionen von der Belgrader Regierung desto argwöhnischer betrachtet und desto schwächlicher unterstützt wurden, je mehr die Kraft des südslawischen Königreiches durch seinen schweren Konflikt mit Italien gebunden war. Slowenien war ein militärisch ungleich schwächerer Gegner als die Tschechoslowakei und von Slowenien waren wir nicht in gleichem Maße wirtschaftlich abhängig als von der Tschechoslowakei. So konnten wir im Süden ungleich wirksameren Widerstand leisten als im Norden. Aber freilich, auch die Möglichkeiten dieses Widerstandes waren eng begrenzt; denn in dem Maße, als sich im

Verlauf des Jahres 1919 die neue staatliche Ordnung im Süden konsolidierte, mußten wir damit rechnen, daß uns im Falle einer ernsten Krise nicht mehr bloß die schwachen Kräfte Sloweniens gegenüberstehen werden, sondern die ungleich stärkeren Kräfte Großserbiens.

In den Tagen des Umsturzes besetzte der slowenische General Majstr nicht nur das slowenische Gebiet der Untersteiermark, sondern auch die deutschen Grenzstädte Marburg und Radkersburg. Zugleich schob er schwache Streitkräfte auch nach Kärnten vor. Hier aber stieß er sehr bald auf Widerstand.

Die Kärntner Wenden, von Krain durch die Mauer der Karawanken geschieden, ohne eigenes städtisches Zentrum, hatten an der nationalen Bewegung der Slowenen sehr geringen Anteil. In dem Bauernvölkchen war das Kärntner Heimatsgefühl stärker als das slowenische Nationalgefühl. Der Verlauf der Sprachgrenze in Kärnten macht eine reinliche Scheidung der beiden Nationen unmöglich; die windischen Bauern hätten an Slowenien nicht fallen können, ohne daß deutsche städtische Siedlungen unter slowenische Fremdherrschaft gefallen wären. Gegen eine solche Zerreißung des Landes lehnte sich der Kärntner Landespatriotismus auf. Als die Slowenen die Drau überschritten und Völkermarkt besetzten, als es offenbar wurde, daß sie einen Vorstoß gegen Klagenfurt vorbereiteten, entschlossen sich die Kärntner zum Kampf. Am 28. November 1918 erklärte der Landessoldatenrat, die Volkswehr sei zum Kampf gegen die slowenischen Übergriffe bereit. Am 5. Dezember faßte die Landesversammlung den Beschluß: „Ententetruppen sind ungehindert passieren zu lassen, südslawischen Truppen ist Widerstand zu leisten." Als am 14. Dezember ein südslawisches Halbbataillon Grafenstein, 15 Kilometer östlich von Klagenfurt, besetzte, griff die Volkswehr das Halbbataillon an und nahm es gefangen. Wenige Tage später erhob sich die Bevölkerung des Lavanttales und nahm einen großen Teil der schwachen slowenischen Besatzung gefangen. Nun entschloß sich der Landesbefehlshaber Oberst Ludwig Hülgerth zu einem größeren Angriff. Der Angriff begann am 5. Jänner. Die Volkswehr, durch Freiwilligenformationen verstärkt, ging in vier Gruppen vor: die Gailtaler Gruppe nahm die slowenische Besatzung in Arnoldstein gefangen und rückte gegen Fürnitz vor; das Villacher Volkswehrbataillon drang bis über den Faakersee hinaus vor; die Veldener Gruppe erstürmte die Brücke von Rosegg und vereinigte sich in Rosenbach mit der Villacher Volkswehr; endlich gelang es Klagenfurter Volkswehrbataillonen und Freiwilligenformationen, die Hollenburger Brücke und Ferlach zu nehmen. Damit war die südslawische Besetzung auf den südöstlichen Teil des Landes und den Brückenkopf von Völkermarkt beschränkt. Dieser Zustand wurde durch den am 13. Jänner abgeschlossenen Waffenstillstand vorläufig festgelegt.

Indessen war es uns gelungen, die amerikanische Studienkommission, die, von Professor Coolidge geleitet, in Wien weilte, für die Teilnahme an den Waffenstillstandsverhandlungen zu gewinnen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Demarkationslinie durch Schiedspruch des amerikanischen Oberstleutnants Miles festgesetzt werden solle. Miles bereiste zu diesem Zweck Kärnten. Seine Reise hat sehr viel dazu beigetragen, die Friedenskonferenz richtig über Kärnten zu unterrichten; sein

offenbar Deutschösterreich günstiger Schiedsspruch aber ist infolge südslawischen Einspruchs in Paris nie veröffentlicht worden. Daher drohten die Kämpfe von neuem auszubrechen. Beide Teile rüsteten. Im April entschlossen sich die Südslawen zu einem Angriff auf Klagenfurt.

Am 29. April griffen die Jugoslawen längs der ganzen Front an. Es gelang ihnen, von dem Völkermarkter Brückenkopf aus in die Nähe von Klagenfurt vorzudringen. Die Gefahr schien groß. Wir schickten den Kärtnern Wiener Volkswehr, Geschütze und Artilleriemunition zu Hilfe. Indessen war es den Kärntnern bereits gelungen, den feindlichen Angriff zum Halten zu bringen. Sobald die Verstärkungen eingelangt waren, konnte Oberst Hülgerth zum Gegenangriff übergehen. Am 2. Mai wurde der Brückenkopf von Völkermarkt angegriffen und genommen. Am 4. Mai griffen die Kärntner den linken Flügel der jugoslawischen Front an: St. Margareten im Rosental und die Hochfläche von Abtei wurden genommen und der stark befestigte Ausgang des Karawankentunnels bei Rosenbach erstürmt. Diese Niederlagen hatten die Widerstandskraft der jugoslawischen Truppen gebrochen. Sie begannen die Draulinie zu räumen. Sie wichen ohne Widerstand zurück.

Indessen hatte der General Segrè, der Chef der Waffenstillstandskommission der Entente, eingegriffen. Er protestierte dagegen, daß wir die Draulinie überschreiten; er verlangte, daß eine neue Demarkationslinie in Waffenstillstandsverhandlungen unter seiner Vermittlung festgesetzt werde. Es schien uns notwendig, diesen Vorschlag anzunehmen. Nach dem errungenen Sieg, unter dem Einfluß der den Jugoslawen wenig geneigten italienischen Vermittlung, konnten wir eine für uns günstige Demarkationslinie erreichen. Lehnten wir dagegen Segrès Vermittlung ab, setzten wir die Verfolgung des geschlagenen Gegners fort, so mußten wir damit rechnen, sehr bald nicht mehr bloß den schwachen jugoslawischen Kräften, die bisher in Kärnten gekämpft hatten — es waren im ganzen ungefähr 40 Kompagnien, unter ihnen höchstens drei serbische, mit nur 56 Geschützen — sondern starken regulären serbischen Streitkräften gegenüberzustehen. Wir forderten daher die Kärntner Landesregierung auf, den Vormarsch ihrer Truppen aufzuhalten. Aber die Kärntner wollten sich durch nichts und von niemand hindern lassen, ihren Sieg auszunützen. Während die Wiener Volkswehr, dem Befehl des Staatssekretärs für Heerwesen entsprechend, an der Draulinie stehen blieb, drängten die Kärntner trotz allen unseren Warnungen dem kampflos zurückweichenden Feinde bis zur Landesgrenze nach.

Es geschah nun, wovor wir Kärnten vergebens gewarnt hatten. Das vierte serbische Armeekommando zog neun Infanterieregimenter mit starker Artillerie zum Gegenangriff zusammen, der am 28. Mai einsetzte. Die Kärntner Truppen konnten der Übermacht nicht standhalten. Am Abend des ersten Kampftages mußten sie sich an die Drau zurückziehen. Am 2. Juni gelang es dem Feind, unseren linken Flügel im Lavanttal aufzurollen. Infolge seiner Niederlage fiel am 4. Juni Völkermarkt in die Hände des Feindes. Daher mußte am folgenden Tage Klagenfurt geräumt werden; am 6. Juni wurde es von den Jugoslawen besetzt. In den folgenden Tagen besetzten italienische Truppen die Eisenbahn Tarvis-St. Veit. Damit war der Kärntner Abwehrkampf beendet.

Der Abwehrkampf hatte Kärnten 200 Tote und 800 Verwundete gekostet. Er hatte nach zwei schönen Siegen schließlich doch mit einer Niederlage unserer Waffen geendet. Aber er war darum nicht erfolglos. Er hat den Verlauf der Friedensverhandlungen in Paris stark beeinflußt und auf diese Weise sehr viel dazu beigetragen, Kärnten vor der drohenden slawischen Fremdherrschaft zu retten. Die Regierung der Republik aber haben die Kämpfe in Kärnten vor eine sehr schwierige Aufgabe gestellt. Wir mußten einerseits Kärnten unterstützen, soweit dies möglich war; wir mußten anderseits verhindern, daß die lokalen Kämpfe in Kärnten uns in einen allgemeinen kriegerischen Konflikt mit dem jugoslawischen Königreich verwickeln. Denn ein Vorstoß regulärer serbischer Streitkräfte gegen Graz hätte den Zusammenbruch Deutschösterreichs herbeigeführt. Wir mußten daher den Konflikt in Kärnten lokalisieren, sein Übergreifen nach Steiermark verhüten, während der Kärntner Kämpfe die diplomatischen Beziehungen zu dem jugoslawischen Königreich aufrechterhalten und uns in mühevollen Verhandlungen immer wieder zu friedlicher Lösung des Konflikts bereit zeigen. Auf diese Weise ist es uns gelungen, den Bruch mit Jugoslawien zu verhindern und dadurch auch im Süden den Frieden zu erhalten.

Aber die schweren Opfer, die wir im Norden wie im Süden hatten bringen müssen, um der Gefahr des Krieges mit den slawischen Nachbarvölkern zu entgehen, genügten nicht, unsern Frieden zu retten. Denn die schwerste Kriegsgefahr ging nicht aus dem Streit um unsere Grenzen im Norden und im Süden hervor, sondern aus den Wirkungen der ungarischen Revolution auf unsere inneren Verhältnisse — Wirkungen, die uns in den Krieg Ungarns mit seinen Nachbarn zu verwickeln drohten.

Die Oktoberrevolution hatte in Ungarn wie in Deutschösterreich die Vorherrschaft der Arbeiterklasse begründet. Aber ungleich stärker als in Deutschösterreich drängte in Ungarn das Proletariat danach, seine Vorherrschaft zu seiner Alleinherrschaft, zu seiner Diktatur weiterzuentwickeln. Deutschösterreich konnte ohne die Nahrungsmittel- und Kohlenzuschübe der Entente nicht leben; Ungarn hatte Nahrungsmittel und Kohle im eigenen Lande. Das ungarische Proletariat fürchtete daher den Konflikt mit der Entente viel weniger als das deutschösterreichische. In Deutschösterreich stand das Proletariat einer in jahrzehntelanger politischer Entwicklung geschulten und organisierten, politisch sehr regsamen und starken Bauernschaft gegenüber; in Ungarn war die Bauernschaft noch politisch ungeschult und teilnahmslos, das flache Land fügte sich noch widerstandslos den politischen Entscheidungen der Hauptstadt. Das deutschösterreichische Proletariat verstand, daß es die Macht mit den Bauern teilen mußte; das ungarische Proletariat glaubte, die Bauern unschwer seiner Diktatur unterwerfen zu können. In Österreich war die nationale Revolution das Ergebnis jahrzehntelanger nationaler Kämpfe; die deutschösterreichische Revolution erkannte das Selbstbestimmungsrecht der Nachbarvölker an. Die ungarische Revolution dagegen betrachtete die Besetzung der Slowakei durch die Tschechen, Siebenbürgens durch die Rumänen, der Backa und des Banats durch die Jugoslawen als Annexion durch fremde Eroberer; sie verteidigte gegen sie die „Integrität" des historischen Ungarn. Der Kampf um die „Integrität" verknüpfte sich

mit dem Kampfe um die Diktatur des Proletariats. Im Oktober hatte Ungarn seine Integrität dadurch zu retten gehofft, daß es die Herrenklassen, die die Träger des Bündnisses mit Deutschland und der Union mit Österreich gewesen waren, stürzte und die ententefreundliche Demokratie in die Macht setzte. Als aber die Entente ungarisches Land den Tschechen, den Rumänen, den Jugoslawen zusprach, wurde der Glaube an die Demokratie schwer erschüttert; Ungarn warf sich nun der kommunistischen Diktatur in die Arme, um im Bunde mit Sowjetrußland seine Integrität gegen die Entente zu verteidigen. Als am 20. März 1919 der französische Oberstleutnant Vyx der Regierung Károlyi eine Note überreichte, die die Demarkationslinie tief in magyarisches Gebiet vorschob, dankte die Regierung Károlyi ab und die Sozialdemokratie, allein nicht mehr stark genug, sich des kommunistischen Ansturms zu erwehren, unterwarf sich der kommunistischen Führung. Am 21. März wurde die ungarische Räterepublik aufgerichtet.

Aus dem Kampf um die Grenzen entstanden, geriet die Räterepublik sofort in den Krieg gegen Rumänien und gegen die Tschechoslowakei. Rumänen und Tschechen drangen zu der neuen, von der Entente festgesetzten Demarkationslinie vor. Die Rumänen griffen bei Debreczin, Großwardein, Arad an. Die Tschechen besetzten Salgotarjan, Miskolcz, Sarotalja-Ujhely. Ungarn war im Kriege um seine Grenzen. Ungarn brauchte Kriegsmaterial und Munitionsfabriken. In Deutschösterreich glaubte Ungarn zu finden, was es zur Kriegführung brauchte. Die ungarische Räteregierung versuchte es daher, in Deutschösterreich die Gründung einer Räterepublik zu erzwingen, die, mit der ungarischen Räterepublik verbündet, ihr die Kriegsrüstung liefern sollte. „In Österreich", schrieb Ernst Bettelheim, „war die ganze Ausrüstung der imperialistischen Armee Österreich-Ungarns, ihre ganze Munition, ihre Waffen angehäuft; Zehntausende von Maschinengewehren, Tausende von Kanonen verschiedenen Kalibers; große Waffen- und Munitionsfabriken, von wo die im Rückzug befindlichen ungarischen roten Truppen hätten versorgt werden können. In Österreich war die Österreichisch-Ungarische Bank mit ihrer ganzen technischen Ausstattung. Der Fluch des weißen Geldes, das eine gegenrevolutionäre Wirkung hervorrief, wäre mit einem Schlage beseitigt worden. Österreich ist ein Industriestaat, und der ungarische Bauer wäre mit Hilfe der österreichischen Industrieartikel unzertrennbar an die proletarische Diktatur gekettet worden." Aber diese Bedeutung Deutschösterreichs für die Kriegführung Ungarns erkannte nicht nur Ungarn, es erkannten sie auch Ungarns Gegner. Es war vom ersten Augenblick an klar: die Proklamierung der Räterepublik in Wien bedeutet die Allianz Deutschösterreichs mit Ungarn; die Allianz mit Ungarn bedeutet den Krieg mit der Tschechoslowakei, bedeutet die Einstellung der Kohlen- und Lebensmittelzufuhr, bedeutet den Vormarsch der tschechischen Legionen gegen Wien.

Sofort nach der Märzrevolution wandte sich die ungarische Räteregierung an uns. Wir verweigerten der proletarischen Revolution in Ungarn nicht unsere Unterstützung. Während alle anderen Staaten die ungarische Räterepublik blockierten, ließen wir in Wien eine Gesandtschaft und eine Handelsvertretung der Räterepublik zu, wir schlossen mit ihr

einen Handelsvertrag ab und ermöglichten Ungarn den Bezug großer Mengen österreichischer Industrieprodukte. Wir konnten, ohne die Pflichten der Neutralität dem tschechisch-ungarischen Krieg gegenüber zu verletzen, Ungarn nicht von Amts wegen Kriegsgerät liefern; aber die sozialdemokratischen Arbeiter des Wiener-Neustädter Gebietes schmuggelten unbehindert bedeutende Mengen Kriegsgerät über die ungarische Grenze. Als die Entente kurz nach der Märzrevolution die Blockade über Deutschösterreich, die im Waffenstillstandsvertrag noch aufrechterhalten worden war, nur unter der Bedingung aufhob, daß die importierten Waren nicht nach Ungarn weitergebracht werden dürften, mußten wir uns dieser Bedingung freilich fügen; aber trotzdem blieb uns noch die Möglichkeit, Ungarn mannigfache wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Aber freilich, alle Hilfe, die wir dem ungarischen Proletariat leisten konnten, war doch damit begrenzt, daß wir uns nicht in einen kriegerischen Konflikt mit unseren anderen Nachbarn verwickeln lassen durften. Wir konnten die ungarische Räterepublik unterstützen; aber wir mußten die Proklamierung der Räterepublik in Deutschösterreich verhindern.

Bela Kun hatte zuerst erwartet, daß die deutschösterreichische Sozialdemokratie das Beispiel der ungarischen nachahmen, sich mit den Kommunisten vereinigen und selbst die Rätediktatur in Deutschösterreich aufrichten werde. Sobald er gewahr wurde, daß wir das ablehnten, begann er den Kampf gegen uns. Die Wiener ungarische Gesandtschaft wurde zur Agitationszentrale. Der kommunistischen Partei Deutschösterreichs flossen aus Ungarn große Geldmittel zu, die nicht nur der Verstärkung ihrer Propaganda dienten, sondern auch dazu verwendet wurden, einzelne Vertrauensmänner der Arbeiter und Soldaten durch Bestechung zu gewinnen. Die kommunistische Propaganda suchte den Arbeitern einzureden, daß Ungarn über große Lebensmittelvorräte verfüge, die hinreichend seien, den Bedarf Deutschösterreichs reichlich zu befriedigen, und daß die Heere der russischen Sowjetrepublik schon in Galizien eingedrungen seien und binnen kurzem die Karpathen überschreiten, sich mit der ungarischen Roten Armee vereinigen würden. Die furchtbare Not, die in Deutschösterreich herrschte, die Massenarbeitslosigkeit, die im Mai die größte Ausdehnung erreichte, sicherten der kommunistischen Propaganda einen empfänglichen Boden. Sie gewann an Kraft, als am 7. April auch in München die Räterepublik proklamiert wurde und als im Mai die ungarische Rote Armee in der Slowakei bedeutende Siege über die tschechischen Truppen errang.

Der Abwehrkampf gegen den Kommunismus wurde auf dem Boden der Arbeiterräte geführt. In den ersten Wochen nach der Oktoberrevolution wirkten die Arbeiterräte der einzelnen Orte unabhängig voneinander und ihre Wirksamkeit war auf die Kontrolle der Lebensmittelaufbringung konzentriert. Erst im Verlauf des Frühjahrs 1919 wurden die lokalen Arbeiterräte zu einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt und wurde diese Organisation zur Stätte der entscheidenden politischen Kämpfe innerhalb des Proletariats, zum Instrument der wichtigsten politischen Entscheidungen des Proletariats. Den Anstoß dazu gaben die oberösterreichischen Arbeiterräte. In Oberösterreich, dem einzigen Lande Deutschösterreichs, das über Getreideüberschüsse verfügte, hatte die wirtschaftliche

Aktion der Arbeiterräte die größte Ausdehnung erlangt, hatten daher auch die Arbeiterräte den stärksten Einfluß gewonnen. Der Linzer Arbeiterrat gab nun die erste Anregung zu einer Zusammenfassung aller lokalen Arbeiterräte. Er versammelte am 19. Februar in Linz eine Konferenz der Arbeiterräte, die den sozialdemokratischen Parteivorstand aufforderte, eine allgemeine Reichskonferenz aller Arbeiterräte einzuberufen. Diese Reichskonferenz, die am 1. März zusammentrat, gab den Arbeiterräten einheitliche Satzungen, die die Wahl der Ortsarbeiterräte und ihre Zusammenfassung zu Bezirks-, Kreis- und Landesarbeiterräten und zum Reichsarbeiterrat regelten. Auf Grund dieser Satzungen wurden in den folgenden Wochen die Arbeiterräte neugewählt. Gaben diese Neuwahlen, an denen sich nicht nur die Massen der Arbeiter und Angestellten, sondern auch ein sehr großer Teil der öffentlichen Beamten beteiligten, den Arbeiterräten eine verstärkte Autorität, so sicherte die Zusammenfassung ihnen eine einheitliche politische Führung. Diese Führung fiel in die Hände Friedrich Adlers, dessen revolutionäre Haltung während des Krieges ihm das unbeschränkte Vertrauen der revolutionären Arbeiterschaft gesichert hatte. Unter seiner Führung wurde der in jener Zeit überaus schwere Kampf gegen das kommunistische Abenteurertum auf dem Boden der Arbeiterräte durchgekämpft; unter seiner Führung rangen sich die Arbeiterräte zu der Erkenntnis durch, daß der Versuch der Errichtung der Rätediktatur in Deutschösterreich unter den gegebenen Umständen nichts anderes bedeuten konnte als den Selbstmord der deutschösterreichischen Revolution. Die revolutionäre Autorität der Arbeiterräte vermittelte diese Erkenntnis den Arbeitermassen. Die Rätediktatur wurde unvollziehbar, da die Räte selbst die Diktatur ablehnten.

Schwieriger noch als auf dem Boden der Arbeiterräte war der Kampf auf dem Boden der Soldatenräte. Die kommunistische Propaganda übte auf die Volkswehrbataillone starken Einfluß. Josef Frey, der an der Spitze des Vollzugsausschusses der Soldatenräte stand, war unzuverlässig. In schwerem Ringen kämpften die Vertrauensmänner Julius Deutsch', an ihrer Spitze Braunthal, Leo Deutsch, Hofmann, Köhler, Schuhbauer, Weiß, gegen die kommunistischen Versuchungen, die sich an die Volkswehr heranDrängten. Die revolutionäre Autorität der Arbeiterräte entschied auch hier den Kampf. Die Soldatenräte beschlossen, daß sich die Volkswehr als die bewaffnete Macht der Arbeiterklasse betrachte und sich daher der politischen Führung der Arbeiterräte unterordne. Da die Arbeiterräte die Rätediktatur ablehnten, bedeutete dieser aus der Räteideologie erwachsene Beschluß die Ablehnung der Rätediktatur durch die Wehrmacht.

Unsere Aktion auf dem Boden der Arbeiter- und Soldatenräte hielt die Massen von den Kommunisten fern. Die Kommunisten versuchten es nun, gewaltsame Zusammenstöße der unter ihrem Einfluß stehenden deklassierten Elemente unter den Arbeitslosen, Heimkehrern und Invaliden mit der Staatsgewalt hervorzurufen, um die Massen gegen die Regierung der Republik aufzustacheln. Am 18. April, dem Gründonnerstag, wenige Tage nach der Aufrichtung der kommunistischen Diktatur in München, verleiteten die Kommunisten ein paar hundert hungernde, unwissende, verzweifelte Arbeitslose und Kriegsinvalide zu einem Angriff auf das Parla-

mentsgebäude. Die Demonstranten versuchten es, das Parlamentsgebäude in Brand zu setzen; und als die Polizei ihnen entgegentrat, machten sie von ihren Feuerwaffen gegen die Polizei Gebrauch. Ein Feuergefecht begann. Die Volkswehr wurde aufgeboten. Trotz der kommunistischen Agitation tat sie ihre Pflicht. Sie löste die Polizei ab, besetzte das in Brand geratene Parlamentsgebäude und verjagte die Demonstranten. Der Tag hatte schwere Opfer gefordert: sechs Sicherheitswachleute waren gefallen, zehn Volkswehrleute, einige Sicherheitswachmänner und dreißig Demonstranten waren verwundet. Zugleich hatte der Tag die entsetzliche Not, die in Wien herrschte, furchtbar demonstriert: die Demonstranten hatten sich auf die gefallenen Pferde der Sicherheitswache gestürzt, aus den noch warmen Körpern der toten Tiere Stücke Fleisch herausgerissen und sie als eine willkommene Beute, als Leckerbissen, wie sie lang schon keinen genossen, nach Hause getragen. Die wichtigste Lehre des Tages aber war die Haltung der Volkswehr. Der Beweis war erbracht, daß die kommunistische Agitation in den Volkswehrkasernen wirkungslos geblieben war.

Die kommunistische Agitation stürzte sich nun mit verstärkter Kraft auf die Volkswehr. Die Entente bot ihr die willkommene Gelegenheit dazu. Die interalliierte Waffenstillstandskommission verlangte den Abbau der Volkswehr, da die Zahl unserer Soldaten die im Waffenstillstandsvertrag festgesetzte Höchstzahl übersteige. Die Soldaten fürchteten in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit die Entlassung aus der Volkswehr; ihre Erregung suchten die Kommunisten auszunützen, um sie zu einem Putschversuch zu gewinnen. In der zweiten Hälfte Mai kam Ernst Bettelheim als Emissär der ungarischen Räteregierung nach Wien. Er trat hier als Vertreter der Kommunistischen Internationale auf, in ihrem Namen stürzte er die kommunistische Parteileitung und setzte an ihre Stelle ein Direktorium, das den Putsch organisieren sollte. Da die interalliierte Waffenstillstandskommission verlangte, daß die Entlassung der abzubauenden Wehrmänner bis zum 15. Juni erfolgen müsse, setzte Bettelheim den Putsch für diesen Tag an. Kommunistische Flugblätter forderten die Wehrmänner auf, bewaffnet an der für den 15. Juni einberufenen Straßendemonstration teilzunehmen. Das kommunistische „Revolutionäre Soldatenkomitee" gab an die „Initiativkomitees" in den Bataillonen Weisungen für den Straßenkampf und für die Besetzung der öffentlichen Gebäude aus. Gleichzeitig verlangte das kommunistische Direktorium von Bela Kun, das ungarische transdanubische Korps solle bis zum 14. Juni die deutschösterreichische Grenze besetzen, am folgenden Tage einige Abteilungen über die Grenze vorschieben.

Wir kannten diese Vorbereitungen und setzten uns zur Wehr. Am 12. Juni teilte ich der Militärmission der Entente mit, wir seien nicht in der Lage, den von uns geforderten Abbau der Volkswehr durchzuführen. Die Entente, die das Übergreifen des Bolschewismus nach Wien fürchtete, nahm diese Ablehnung ihrer Forderungen hin; damit waren die Wehrmänner von der Gefahr der Entlassung, die sie den Kommunisten zutrieb, befreit. Am 13. Juni trat der neugewählte Wiener Kreisarbeiterrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nach einem Referat Friedrich Adlers beschloß der Kreisarbeiterrat, er allein sei berechtigt, Aktionen der Wiener Arbeiter-

schaft zu beschließen und durchzuführen; der Putschversuch der Kommunisten wurde als Auflehnung gegen die revolutionäre Kompetenz des Arbeiterrates erklärt. Am 14. Juni bewog Julius Deutsch die Soldatenräte des aus der „Roten Garde" der Umsturztage hervorgegangenen kommunistischen Volkswehrbataillons Nr. 41 zu dem Versprechen, das Bataillon werde Disziplin halten, sich der von Deutsch für den 15. Juni angeordneten Konsignierung fügen, ohne Befehl an diesem Tage die Kaserne nicht verlassen; überdies verlegte Deutsch eine verläßliche Volkswehrabteilung unter dem Kommando des Hauptmanns Marek in die Nähe der Kaserne der kommunistischen Einundvierziger, damit sie ihnen erforderlichenfalls mit Waffengewalt entgegentrete. Unter dem Eindruck unserer Gegenmaßregeln wurden die Kommunisten selbst am 14. Juni unsicher; ein Teil der kommunistischen Führer wehrte sich gegen den Putschversuch. Aber noch am 14. Juni telegraphierte, wie Bettelheim erzählt, Bela Kun an das Wiener Direktorium: „Ich habe alles vorbereitet. Klug und mutig vorwärts! Es ist eine Lebensfrage, daß die Sache gelingt." Da alle Anzeichen darauf deuteten, daß die Putschabsicht nicht aufgegeben war, ließ Eldersch, der das Staatsamt des Innern leitete, seitdem Renner an der Spitze der Friedensdelegation in St. Germain weilte, in der Nacht vom 14. auf den 15. Juni die kommunistischen Vertrauensmänner verhaften.

Am 15. Juni zog eine Menge von einigen Tausend Kommunisten zum Polizeigefangenhaus, um die verhafteten Führer zu befreien. In der Hörlgasse trat eine Abteilung der Stadtschutzwache, einer aus sozialdemokratischen Arbeitern zusammengesetzten Polizeiformation, den Demonstranten entgegen. Als die Demonstranten die Reihen der Stadtschutzwache zu durchbrechen versuchten, machte sie von der Schußwaffe Gebrauch. Zwanzig Tote und achtzig Verwundete blieben auf dem Platze. Die Demonstranten strömten zurück; einige Volkswehrbataillone, die die Ringstraße besetzt hatten, hielten in musterhafter Ruhe die Ordnung aufrecht und verhinderten jeden weiteren Zusammenstoß. Indessen versuchten es die Kommunisten, das kommunistische Volkswehrbataillon Nr. 41 auf die Straße zu bringen. Die Soldatenräte stellten sich dem entgegen: mit dem Revolver in der Hand verteidigten sie das Kasernentor und verhinderten den Ausmarsch der kommunistischen Wehrmänner. Damit war die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes auf der Straße abgewehrt. Nun ließ Eldersch die verhafteten Vertrauensmänner der Kommunisten auf freien Fuß setzen; damit trat in den Kasernen Beruhigung ein. Der Putschversuch war vereitelt.

Die Kommunisten glaubten zunächst noch, den Versuch wiederholen zu können. Die zweite Reichskonferenz der Arbeiterräte, die am 30. Juni zusammentrat, wurde zu einer großen Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Aber indessen begann die Kraft des ungarischen Kommunismus schon zu versiegen. Bela Kun hatte, einem Ultimatum Clemenceaus weichend, die Rote Armee in der Slowakei bis zur Demarkationslinie zurückgenommen. Im Innern Ungarns zeigten sich wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten, wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter, wachsender Widerstand der Bauern. An der Theiß rüstete Rumänien zum Angriff. Der unverkennbare Niedergang der ungarischen Revolution schwächte auch

ihre Vorposten in Deutschösterreich. Die Erfahrungen des 15. Juni verschärften die Gegensätze innerhalb der kommunistischen Partei. Sie konnte einen zweiten Versuch nicht mehr wagen. Als am 1. August die ungarische Rätediktatur zusammenbrach und ihr die blutige Konterrevolution folgte, sah das deutschösterreichische Proletariat anschaulich, vor welchem Schicksal die Sozialdemokratie es bewahrt hatte. Kurze Zeit später konnte Deutsch, ohne auf Widerstand zu stoßen, das Volkswehrbataillon Nr. 41 entwaffnen und auflösen; damit war den Putschisten ihre einzige gefährliche Machtposition entrissen.

Der Abwehrkampf gegen den Bolschewismus war in Deutschösterreich nicht ein Klassenkampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, sondern ein Kampf innerhalb der Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie sah diesem Kampf innerhalb des Proletariats einflußlos und verständnislos zu. Sie hat später den Verlauf der Ereignisse so zu deuten versucht, die Wiener Polizei, der Wiener Polizeipräsident Schober habe Wien vor dem Bolschewismus gerettet. Das ist eine törichte Legende. Selbst am Gründonnerstag und am 15. Juni hat nicht die Polizei, sondern nur die Volkswehr die Ordnung wiederherstellen können; und doch waren das nur Aktionen einer winzigen Minderheit des Proletariats! Hätten sich die Arbeiter- und Soldatenräte für die Rätediktatur entschieden, so hätten sie über die ganze Arbeiterklasse, über alle seit der Oktoberrevolution gebildeten, aus Arbeitern zusammengesetzten bewaffneten Formationen, über die Volkswehr, die Stadtschutzwache und die Bahngendarmerie verfügt; die Bourgeoisie hätte ihnen in Wien und in den Industriegebieten Niederösterreichs und der Steiermark keinerlei Widerstand entgegensetzen können, die Polizei wäre völlig machtlos gewesen. Nur in dem Kampfe innerhalb der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Ansturm des Bolschewismus abgewehrt worden. Und dieser Kampf innerhalb der Arbeiterklasse ist nicht durch Waffen, sondern im Ringen der Geister entschieden worden. Die zielbewußte Führung Friedrich Adlers in den Arbeiterräten, Julius Deutsch' und seines Freundeskreises in den Soldatenräten hat den Kampf entschieden. Dieser Sieg über den Bolschewismus bedeutete aber nichts weniger als die Selbstbehauptung der deutschösterreichischen Revolution. Hätte der Bolschewismus auch nur für einen Tag gesiegt, so wären die Hungerkatastrophe, der Krieg, die Besetzung des Landes durch fremde Truppen die unvermeidlichen Folgen gewesen.

Die ganze Geschichte der deutschösterreichischen Revolution vom Oktober 1918 bis zum Juli 1919 ist die Geschichte ihres Kampfes um den Frieden. Wir hatten die Auseinandersetzung mit dem tschechischen und dem jugoslawischen Nationalismus um unsere Grenzen so führen müssen, daß der Krieg mit den beiden Nachbarvölkern vermieden werde. Wir hatten den Ansturm des ungarischen Bolschewismus abwehren müssen, damit wir nicht in einen Krieg mit den Nachbarvölkern verwickelt werden. Die zwingende Notwendigkeit, den Frieden zu erhalten, hat der nationalen und der sozialen Revolution schwere Opfer auferlegt. Aber nur indem sich die Revolution darauf beschränkte, was sie ohne Krieg mit den Nachbarvölkern behaupten konnte, konnte sie sich vor dem Krieg und vor dem sicheren Untergang, vor der Konterrevolution unter dem Schutze fremder Bajonette bewahren.

Aber es galt nicht nur, den Ausbruch neuen Krieges zu verhüten, sondern auch den großen Krieg zu liquidieren. Die Zeit unserer Auseinandersetzungen mit dem slawischen Nationalismus und dem magyarischen Bolschewismus war zugleich auch die Zeit unserer Friedensverhandlungen mit dem Ententeimperialismus. Die Erhaltung des Friedens mit den Nachbarvölkern hatte unsere staatliche Existenz gerettet; nur dank der Erhaltung des Friedens konnten wir die Friedensverhandlungen mit der Entente als selbständiger Staat führen. Die Opfer aber, mit denen wir den Frieden mit den Nachbarvölkern hatten erkaufen müssen, und das furchtbare Elend, in dem wir in diesem ersten Jahre nach dem Waffenstillstand als selbständiger Staat lebten, hatten es anschaulich gemacht, daß Deutschösterreich nur in bitterer Not, nur in drückender Abhängigkeit vom Ausland, nur in Ohnmacht gegenüber den Nachbarvölkern selbständig leben kann. Diese Erfahrung mußte unserer Auseinandersetzung mit dem Ententeimperialismus ihr Ziel setzen; unser wichtigstes Ziel in den Friedensverhandlungen mußte es sein, uns unser Recht auf den Anschluß an Deutschland zu erstreiten.

Als die Provisorische Nationalversammlung am 12. November Deutschösterreich zu einem Bestandteil der Deutschen Republik erklärte, hatten wir gehofft, es werde vielleicht möglich sein, den Anschluß an das Deutsche Reich tatsächlich zu vollziehen, ohne die Friedensverhandlungen abzuwarten, und dadurch die Friedenskonferenz vor eine vollzogene Tatsache zu stellen. Sehr bald aber wurden die Widerstände sichtbar, die dem im Wege standen. Aus Frankreich kam sofort energischer, drohender Einspruch. Im Deutschen Reich fürchtete man, durch die Einverleibung Deutschösterreichs weite deutsche Gebiete im Westen und im Osten des Reiches zu gefährden. Frankreich forderte die Rheingrenze. Polen forderte Danzig, Westpreußen, Oberschlesien. Daß der verlorene Krieg mit einer bedeutenden Vergrößerung der Volkszahl des Deutschen Reiches enden werde, war unwahrscheinlich; Deutschland fürchtete daher, es würde den Anschluß Deutschösterreichs mit dem Verlust der von Frankreich und von Polen geforderten Gebiete bezahlen müssen. Darum zögerte es, in dem Augenblick an der Donau vorzugehen, in dem die Entscheidung über den Rhein und die Weichsel bevorstand. Ähnliche Befürchtungen standen aber auch in Deutschösterreich unserem Handeln im Wege. Man fürchtete hier nicht nur, daß die tatsächliche Vollziehung des Anschlusses die Entscheidung der Friedenskonferenz über das Schicksal Deutsch-Südtirols, Kärntens, der Untersteiermark, des Znaimer Kreises und des Böhmerwaldgaues ungünstig beeinflussen werde; viel näher noch drohte die Gefahr, daß Frankreich in dem Augenblick, in dem wir den Anschluß tatsächlich zu vollziehen versuchten, die Tschechen und die Jugoslawen zur Besetzung deutschösterreichischen Gebietes veranlassen und uns dadurch in Krieg mit unseren Nachbarn verwickeln könnte. So erschien es allzu gefährlich, den Anschluß mit einem Schlage zu vollziehen. Wir mußten schrittweise vorgehen.

In den ersten Wochen nach dem Waffenstillstand standen die Regierung und die öffentliche Meinung im Reiche dem Anschluß ängstlicher und zurückhaltender gegenüber als in Deutschösterreich. Wir schickten Ludo Hartmann als unseren Gesandten nach Berlin; seiner Propaganda gelang

es, Verständnis und Eifer für den Anschluß zu wecken. Als die deutsche Verfassunggebende Nationalversammlung in Weimar zusammentrat, wurde dem Staatenausschuß, der an die Stelle des alten Bundesrates trat, Hartmann beigezogen; zum erstenmal wieder, seitdem Bismarck im Jahre 1866 den Frankfurter Bundesrat gesprengt hatte, nahm ein Vertreter Deutschösterreichs am Rate der deutschen Staaten teil. Der Entwurf der Reichsverfassung, den Preuß der Weimarer Konstituante vorlegte, hielt Deutschösterreich den Beitritt zum Reiche, unseren Vertretern den Eintritt in das Reichsparlament offen. Aber all das waren doch nur demonstrative Akte. Wollten wir einen ernsten Schritt zur tatsächlichen Vollziehung des Anschlusses wagen, dann mußte dies auf wirtschaftlichem Gebiete geschehen.

Dazu bot sich eine Gelegenheit, als Jugoslawien und die Tschechoslowakei die Kronennoten, die in ihren Staatsgebieten zirkulierten, abstempelten. Damit wurde die Währungsgemeinschaft, die noch alle Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie umfaßte, zerrissen. Es war vorauszusehen, daß der Wert unserer Krone schnell sinken werde, sobald ihr Umlaufgebiet auf Deutschösterreich beschränkt wird. Der Gedanke lag nahe, nicht erst eine selbständige deutschösterreichische Währung entstehen zu lassen, sondern die Notenabstempelung in Jugoslawien und der Tschechoslowakei mit dem Übergang zur Markwährung, mit dem Eintritt Deutschösterreichs in die deutsche Währungsgemeinschaft zu beantworten. Die Deutsche Reichsbank sollte, so schlugen wir vor, einer deutschösterreichischen Notenbank eine Anleihe in Papiermark gewähren. Diese Anleihe sollte es der deutschösterreichischen Notenbank ermöglichen, die Verpflichtung zu übernehmen, jede deutschösterreichische Kronennote auf Verlangen des Inhabers zu festem Wertverhältnis gegen Mark einzutauschen. Auf diese Weise sollte in Deutschösterreich zunächst eine Markkernwährung begründet werden, die die Krone in ein beständiges Wertverhältnis zur Mark gebracht und damit unseren tatsächlichen Eintritt in die deutsche Währungsgemeinschaft bedeutet hätte. Um über diesen Plan mit der deutschen Regierung zu verhandeln, fuhr ich Anfang März 1919 nach Weimar und Berlin.

Die deutsche Regierung hielt es jedoch nicht für möglich, auf unseren Vorschlag einzugehen. Der Widerstand ging von der Reichsbank aus. Das Reich und wir standen vor den Friedensverhandlungen. Niemand konnte voraussehen, was der Friedensvertrag über die in den Nachfolgestaaten und über die im Ausland umlaufenden Kronennoten, was er über die Österreichisch-ungarische Bank verfügen werde; niemand konnte voraussehen, wie sich die Staatsfinanzen drüben und hüben nach den Friedensverträgen gestalten, in welchem Ausmaß beide Staaten gezwungen sein werden, den Kredit der Notenbanken zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt zu beanspruchen. Unter solchen Umständen erschien der Reichsbank die Durchführung unseres Vorschlages als eine Belastung von unbestimmbarer, unberechenbarer Schwere. Die Entscheidung wurde vertagt. Und damit war entschieden, daß der Anschluß vor der Entscheidung der Friedenskonferenz nicht vollzogen werden konnte.

Die Berliner Verhandlungen gewannen dadurch einen andern Charakter. Ich schloß mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau, dem deutschen

Reichsminister des Äußern, einen Vertrag darüber, in welcher Weise die Eingliederung Deutschösterreichs in das Reich vollzogen werden solle, falls die Friedensverträge sie nicht verhindern. Dieser Vertrag war für Deutschösterreich überaus günstig. Seine Bestimmungen hätten die Anschlußbewegung in Deutschösterreich mächtig stärken können, wenn es möglich gewesen wäre, den Vertrag sofort zu veröffentlichen. Aber dies erschien damals nicht ratsam, weil es die Friedensverhandlungen hätte ungünstig beeinflussen können. Die deutsche Regierung hatte uns zugestanden, daß Deutschösterreich im Falle seiner Eingliederung in das Reich in finanzieller Beziehung so behandelt werden solle, als ob es schon seit 1914 dem Reiche zugehört hätte. Es wäre demnach ein großer Teil unserer Kriegsschulden vom Reich übernommen worden. Es schien nicht ratsam, diese Vertragsbestimmung zu veröffentlichen, weil sie die Entente hätte veranlassen können, die ganze Kriegsschuld des alten Österreich der deutschösterreichischen Republik aufzuerlegen. Die deutsche Regierung hatte uns zugestanden, daß Deutschösterreich auch nach seiner Einverleibung in das deutsche Zollgebiet eine Reihe von Jahren noch Binnenzölle von deutschen Industrieprodukten einheben dürfe, um seine Industrie zu schützen, während deutschösterreichische Industrieprodukte zollfrei in das altdeutsche Gebiet eingeführt werden sollten; wir konnten diese Vertragsbestimmung nicht veröffentlichen, ohne befürchten zu müssen, daß die Entente in den Friedensvertrag handelspolitische Bestimmungen aufnehmen werde, die die Durchführung unserer Vereinbarung unmöglich machen würden. So konnte der in Berlin abgeschlossene Vertrag vorerst nicht veröffentlicht werden. Er konnte daher die Entwicklung der Anschlußbewegung nicht beeinflussen.

Die Entscheidung über den Anschluß mußte auf der Friedenskonferenz, in den Friedensverträgen fallen. Unsere wichtigste Aufgabe war daher, die Friedenskonferenz in der Richtung zu beeinflussen, daß sie dem Anschluß keine Hindernisse in den Weg lege.

In den letzten Kriegsjahren war das österreichische Problem in den Ländern der Verbündeten lebhaft erörtert worden. Die konservativen Parteien waren zumeist dafür eingetreten, man solle die Habsburgermonarchie nicht zerstören, sondern nur auf ihrer inneren Umbildung bestehen; unter slawische Führung gestellt, könne sie ein Glied des eisernen Ringes werden, in den die Entente Deutschland legen wollte. Die demokratischen Strömungen dagegen wirkten für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Tschechen, Polen, Jugoslawen; sie zogen daraus den Schluß, daß der Rest des alten Österreich, der nach der Begründung selbständiger Nationalstaaten der slawischen Völker übrig bleibe, unvermeidlich an Deutschland fallen müsse. So war der Gedanke, daß die Auflösung der Habsburgermonarchie den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland zur Folge haben müsse, der öffentlichen Meinung der Ententeländer keineswegs fremd; er war dort schon 1917 und 1918 sehr oft ausgesprochen worden. Wir durften daher in unserem Kampf um den Anschluß auf die Unterstützung starker Strömungen in den Siegerländern rechnen.

Robert Lansing, der amerikanische Staatssekretär des Äußern, hatte am 21. September 1918, also noch vor dem Zusammenbruch der Mittelmächte,

ein Memorandum über die Friedensprobleme für den inneren Gebrauch der amerikanischen Regierung entworfen, das die Auflösung der Habsburgermonarchie, die Gründung selbständiger Nationalstaaten der Tschechen, Jugoslawen und Polen vorsah und über den Rest Österreichs folgenden Vorschlag enthielt:

„Reduzierung Österreichs auf die alten Grenzen und den Titel eines Erzherzogtums. Einverleibung des Erzherzogtums in den Bundesstaat des Deutschen Reiches."

Dieses Memorandum war uns damals natürlich nicht bekannt; Lansing hat es erst 1920 veröffentlicht. Aber wir konnten uns den Vereinigten Staaten gegenüber nicht nur darauf berufen, daß die programmatischen Erklärungen Wilsons, auf Grund deren der Waffenstillstand geschlossen worden war, auch uns das Selbstbestimmungsrecht verhießen; wir wußten auch, daß einflußreiche Staatsmänner der Vereinigten Staaten den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland selbst als notwendige Konsequenz der Auflösung der Habsburgermonarchie erkannt hatten, ehe sich noch Deutschösterreich, sich auf das von dem amerikanischen Präsidenten verkündete Selbstbestimmungsrecht berufend, den Anschluß zum Ziel gesetzt hatte.

Auch von Italien erwarteten wir keinen Widerstand gegen den Anschluß. Italien betrachtete die Auflösung der Habsburgermonarchie als die eigentliche Errungenschaft seines Sieges. Es fürchtete nichts mehr als ihre Wiederherstellung unter dem Titel einer „Donauföderation". Ein kleines, schwaches Deutschösterreich konnte in eine solche Föderation hineingezwungen, es konnte zur Brücke zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien werden, die Verbindung zwischen der jugoslawischen Armee und der tschechischen Industrie herstellen; fiel Deutschösterreich an das Deutsche Reich zurück, dann waren alle Donauföderationspläne abgetan, war zwischen Tschechen und Jugoslawen ein starker Riegel eingeschoben. Zugleich würde dadurch Italien zum unmittelbaren Nachbarn Deutschlands. Je mehr sich im Verlauf der Pariser Friedenskonferenz die Gegensätze Italiens zu Jugoslawien und zu Frankreich verschärften, desto stärker wurde in Italien die Strömung, die unseren Anschluß an das Reich als ein Interesse Italiens betrachtete.

In England war man dem Gedanken des Anschlusses weit weniger geneigt. Der Gedanke, daß Deutschlands Niederlage gar noch mit der Vermehrung der Volkszahl des Reiches enden solle, war der englischen Politik unsympathisch. Die unklaren Pläne einer Föderation der Nachfolgestaaten hatten in England am meisten Anhänger. Trotzdem schien es nicht undenkbar, daß schließlich doch auch England die französische Forderung, in die Friedensverträge ein Verbot des Anschlusses aufzunehmen, ablehnen werde. Im März und April stand England auf der Pariser Friedenskonferenz in heftigem Gegensatz zu Frankreich. Die ungarische Märzrevolution hatte auf Lloyd George einen starken Eindruck gemacht; er fürchtete, auch Deutschland werde sich, von einem unannehmbaren Frieden bedroht, dem Bolschewismus in die Arme werfen. Am 25. März 1919 überreichte Lloyd George der Pariser Konferenz eine — später von Nitti veröffentlichte — Denkschrift, die vor der Gefahr des „Spartakismus vom Ural bis zum Rhein" warnte. „Gerade die gestern aus Ungarn eingetroffenen Nachrichten",

schrieb Lloyd George, „beweisen deutlich genug, daß diese Gefahr kein Phantasiegebilde ist. Welche Gründe trieben zu dieser gewaltsamen Entscheidung? Furcht war es, nackte Furcht, daß eine große Anzahl Ungarn der Fremdherrschaft unterworfen werden." Mit dieser Begründung protestierte Lloyd George dagegen, daß „mehr Deutsche, als unbedingt notwendig ist", dem polnischen und dem tschechischen Staat unterworfen werden. Konnten wir also nicht hoffen, daß sich England wenigstens für den Anschluß Deutschböhmens an Deutschland einsetzen werde? „Wären wir klug," schrieb Lloyd George, „so böten wir Deutschland einen Frieden, der seiner Gerechtigkeit wegen von allen vernünftigen Menschen dem Bolschewismus vorgezogen würde." Die Entente fürchtete damals zunächst das Übergreifen des Bolschewismus von Ungarn nach Deutschösterreich; war es undenkbar, daß Lloyd George uns einen Frieden, der uns den Anschluß erlaubt, zu erwirken sucht, damit wir diesen Frieden der nationalbolschewistischen Rebellion gegen die Entente vorziehen? „Unsere Bedingungen", schrieb Lloyd George, „können hart, unerbittlich, niederschmetternd sein und doch können sie gleichzeitig so gerecht erscheinen, daß das Volk, dem sie auferlegt werden, notgedrungen ihre Gerechtigkeit empfinden und anerkennen muß." War es undenkbar, daß England, wenn es die Ansprüche des französischen und des polnischen Imperialismus nicht abzuwehren vermag, Deutschland wenigstens im Süden eine Entschädigung zu bieten versuchen wird? Daß es den Anschluß zulassen wird, um das deutsche Volk zu überzeugen, daß der Friede trotz aller seiner Härte doch Gerechtigkeit übe, indem er das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nicht nur gegen Deutschland, sondern auch für Deutschland gelten lasse?

Aus solchen Erwägungen hielten wir es nicht für unmöglich, die Vereinigten Staaten, Italien und Großbritannien zu bewegen, daß sie der Aufnahme eines Anschlußverbotes in den Friedensvertrag nicht zustimmen. Daß wir die Politik der drei Großmächte nicht unrichtig beurteilt haben, hat später nicht nur die Veröffentlichung der Denkschriften Lansings und Lloyd Georges, sondern vor allem Tardieus Geschichte der Friedensverhandlungen bewiesen. „Frankreich," erzählt Tardieu, der intimste Mitarbeiter Clémenceaus auf der Friedenskonferenz, „Frankreich trat dafür ein, daß Österreich von Deutschland getrennt bleiben müsse. Großbritannien und die Vereinigten Staaten schwankten und diskutierten drei Monate lang über diese Frage."

Drei Monate lang! Was konnten wir in diesen drei Monaten, in denen über das Schicksal Deutschösterreichs entschieden wurde, tun, um die Entscheidung zu beeinflussen? Zu der Konferenz der Siegermächte, die in Paris tagte, hatten wir keinen Zutritt. Wir hatten nur eine Waffe: die der Propaganda. Wir mußten die Staatsmänner der Ententemächte überzeugen, daß Deutschösterreich, auf sich selbst gestellt, nicht lebensfähig sei; daß eine Föderation der Nachfolgestaaten an dem Widerstand der Tschechoslowakei und Jugoslawiens scheitern müsse; daß der Anschluß daher die einzige überhaupt mögliche Lösung sei, die einzige, die den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschösterreichs und damit schwere soziale Erschütterungen und ernste Kriegsgefahr in Mitteleuropa verhüten könne.

Durch Denkschriften, Abhandlungen, Zeitungsartikel und Reden haben wir den Staatsmännern der Ententemächte diese Thesen zu erweisen versucht. Zugleich aber mußte sich unsere Propaganda auch nach innen wenden. Sollte unser Appell an die Staatsmänner der Ententemächte nicht wirkungslos verhallen, so mußten wir ihnen zeigen, daß unser Kampf um den Anschluß von der einheitlichen Überzeugung des ganzen deutschösterreichischen Volkes getragen, von dem einheitlichen Willen des ganzen deutschösterreichischen Volkes bestimmt sei. Daß der Anschluß eine ökonomische Notwendigkeit sei, der mechanische Gewalt die Erfüllung nicht verweigern könne, und daß für ihn eine moralische Kraft streite, die auf die Dauer durch keine Gewalt zu beugen sei — das war es, wovon wir die Ententemächte zu überzeugen versuchen mußten.

Aber dieser Versuch scheiterte an der Auflehnung der Bourgeoisie. Als wir die Siegermächte von der wirtschaftlichen Notwendigkeit des Anschlusses und von dem einheitlichen Anschlußwillen des deutschösterreichischen Volkes zu überzeugen versuchten, fiel uns die deutschösterreichische Bourgeoisie in den Rücken.

Die schweren sozialen Erschütterungen, die Deutschland im Winter 1918/19 erlebte, schreckten unsere Bourgeoisie. Sie fürchtete, Deutschland werde in die Hände des Bolschewismus fallen. Sie wollte nicht zu dem „Deutschland Spartakus'". Und mit dieser allgemeinen Furcht der Bourgeoisie vor der sozialen Revolution verbündeten sich die besonderen Interessen des Großkapitals. Die Großbanken waren vor allem um die Behauptung ihres Besitzes in den Nachfolgestaaten besorgt. Sie glaubten, Wien werde das Zentrum des Bankwesens und des Geldverkehrs der Nachfolgestaaten bleiben, wenn Deutschösterreich allein bleibt; die Entente werde ihre Filialen und ihren Besitz in den Nationalstaaten liquidieren, wenn Deutschösterreich in Deutschland aufgeht. Ähnliche Befürchtungen hegten die Großindustriellen. Dieselben Unternehmungen hatten Betriebe hier in Deutschösterreich wie drüben in den Nachfolgestaaten. Eine Donauföderation konnte ihren Besitz wieder in einem Wirtschaftsgebiet vereinigen. Der Anschluß bedeutete für ihre deutschösterreichischen Betriebe die Bedrohung durch die überlegene reichsdeutsche Konkurrenz, für ihre Betriebe in den Nachfolgestaaten die Gefahr der Liquidation auf Rechnung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

Mit den wirtschaftlichen Klasseninteressen der Kapitalisten verbündeten sich die politischen Klasseninteressen der entthronten Aristokratie, des hohen Klerus, des seiner Privilegien und seines Berufes beraubten Offizierskorps. Diese Klassen hofften noch auf eine Restauration der Monarchie. Der Anschluß hätte ihre Hoffnung auf Habsburgs Wiederkehr begraben; Deutschösterreich mußte außerhalb Deutschlands bleiben, damit Habsburg heimkehren könne.

Die wirtschaftliche Gegnerschaft der Kapitalistenklasse und die politische Gegnerschaft der Monarchisten erweckten die altösterreichischen Traditionen des Wienertums zu neuem Leben. Der alte Zwiespalt zwischen österreichischer und deutscher Gesinnung wurde wieder lebendig. Das Alt-Wiener Patriziat und das Wiener Kleinbürgertum wollten es nicht glauben, daß das alte große Österreich für immer dahin sei. Sie hofften, es werde

doch noch, sei es auch in veränderter Gestalt, sei es auch unter dem Namen einer „Donauföderation" wiedererstehen. Ihre alte Abneigung gegen preußisches, norddeutsches Wesen erstarkte wieder. Sie begannen, gegen unsere Anschlußpolitik zu frondieren.

Die Länder machten ihre eigene Außenpolitik. Die christlichsozialen Abgeordneten Tirols protestierten am 12. März in der Konstituierenden Nationalversammlung gegen die Wiederholung des Anschlußbeschlusses; sie glaubten, Deutschsüdtirol leichter vor der Annexion durch Italien retten zu können, wenn Tirol nicht an Deutschland fällt. Ähnliche Stimmungen herrschten zur Zeit der Kämpfe gegen die jugoslawische Invasion in Kärnten. Dort wehrte man sich überhaupt gegen das Nationalitätsprinzip, das das Land zu zerreißen drohte:

Nicht den Laibachern und nicht den Wienern,
Nicht den Serben und nicht den Berlinern,
Kärnten den Kärntnern!

In Vorarlberg erklärte die Mehrheit des Landtages, das Land dürfe keinesfalls an Deutschland fallen. Die Landesversammlung knüpfte schon im März Verhandlungen mit der Schweiz an; am 11. Mai sprach sich das Ländchen in einer Volksabstimmung mit 47.208 gegen 11.248 Stimmen für den Anschluß an die Schweiz, gegen den Anschluß an Deutschland aus.

So verbündeten sich das traditionelle Österreichertum des Alt-Wiener Patriziats und des Alt-Wiener Kleinbürgertums einerseits, der Partikularismus der Länder anderseits mit der allgemeinen Furcht der Bourgeoisie vor dem Spartakismus, mit den besonderen wirtschaftlichen Interessen des großen Finanz- und Industriekapitals, mit den politischen Restaurationshoffnungen der monarchistischen Aristokratie, des monarchistischen hohen Klerus und des monarchistischen Offizierskorps; alle diese Kräfte vereint stritten gegen unsere Anschlußpolitik.

Der französische Imperialismus bediente sich dieser Opposition für seine Zwecke. Französische Preßagenturen organisierten von der Schweiz aus einen Nachrichtendienst nach Wien. Der französische Gesandte Allizé verstand es, die liberale und die christlichsoziale Presse Wiens in seinen Dienst zu stellen. Die französische Propaganda suchte ganz planmäßig den Eindruck zu erwecken, Deutschösterreich werde die umstrittenen deutschen Grenzgebiete in Tirol, Kärnten und Untersteiermark, in Südböhmen und Südmähren behalten und wirtschaftlich viel günstigere Friedensbedingungen erhalten als das Reich, wenn es nur auf den Anschluß verzichtet. Die Front der Anschlußgegner wurde nun stärker und einheitlich. Die ganze große liberale Presse Wiens und ein großer Teil der christlichsozialen Presse in Wien und in den Ländern standen in ihrem Dienste.

Unsere Propaganda, die die Vereinigten Staaten, Italien und Großbritannien für den Anschluß zu gewinnen bemüht war, wurde durch diese innere Opposition vereitelt. Wir überhäuften die Staatsmänner der Siegermächte mit Denkschriften, die den Nachweis zu erbringen suchten, daß Deutschösterreichs wirtschaftlicher Zusammenbruch unvermeidlich sei, wenn uns der Anschluß nicht erlaubt wird. Die französischen Staatsmänner konnten uns antworten, daß gerade die führenden Männer der

österreichischen Volkswirtschaft, die Bankherren und die Großindustriellen den Wiener Ententediplomaten täglich versicherten, daß Deutschösterreich den Anschluß nicht brauche, bei einigermaßen günstigen Friedensbedingungen auch allein sehr wohl leben könne. Wir suchten die Staatsmänner der Entente zu überzeugen, daß das ganze deutschösterreichische Volk den Anschluß wolle. Die französischen Diplomaten konnten uns leicht widerlegen, indem sie beinahe die ganze bürgerliche Presse Wiens und die Stimmungen in einem großen Teil der Alpenländer gegen uns als Zeugen führten. Frankreich konnte in den Pariser Verhandlungen nunmehr darauf verweisen, daß den Anschluß in Deutschösterreich doch nur die Sozialisten und die Alldeutschen wünschten; Bürgertum und Bauernschaft wünschten ein selbständiges Österreich und hielten ein selbständiges Österreich für durchaus lebensfähig. Die Auflehnung der Bourgeoisie gegen unsere Führung wurde so zur stärksten Waffe des französischen Imperialismus in jenen drei Monate dauernden Diskussionen, in denen nach Tardieus Zeugnis über den Anschluß entschieden wurde.

Wir hatten die Absicht, eine Volksabstimmung über den Anschluß zu veranstalten, um die Sieger von der Einheitlichkeit und Festigkeit des Anschlußwillens des deutschösterreichischen Volkes zu überzeugen. Vor der Entscheidung der Pariser Friedenskonferenz, in der Zeit, in der die drei Großmächte noch „schwankten und diskutierten", wäre eine solche Kundgebung nicht wirkungslos gewesen. Wir konnten sie nicht wagen, da die heftige Gegenpropaganda der Anschlußgegner die Gefahr hervorrief, daß starke Minderheiten, in einzelnen Ländern vielleicht sogar die Mehrheit der Stimmberechtigten, gegen den Anschluß gestimmt hätten.

Am 7. Mai wurde der Entwurf des Friedensvertrages, den die Entente dem Deutschen Reiche zu diktieren gedachte, der deutschen Friedensdelegation überreicht. Seine furchtbar harten Friedensbedingungen wurden sofort zu Waffen unserer heimischen Anschlußgegner. Wird der Anschluß vollzogen, so werde Deutschösterreich die furchtbare Kriegsentschädigung, die die Sieger dem Deutschen Reiche auferlegen, mitbezahlen müssen. Verzichten wir auf den Anschluß, dann werde die Entente uns, wie es Allizé so oft versprochen, „goldene Brücken" bauen. Zugleich aber erschütterte der Versailler Vertragsentwurf auch die Hoffnungen der Anschlußkämpfer. Der Art. 80 des Entwurfes verpflichtete das Deutsche Reich, „die Unabhängigkeit Österreichs anzuerkennen und sie als unabänderlich zu achten, es sei denn, daß der Völkerbundsrat einer Abänderung zustimmt". Die Aufnahme dieser Bestimmung in den Vertragsentwurf schien zu beweisen, daß die Zeit des Schwankens und Diskutierens innerhalb der Entente vorüber war. Die Diskussion hatte, wie Keynes erzählt, mit einem jener charakteristischen Kompromisse zwischen Clémenceau und Wilson, zwischen der Machtpolitik Frankreichs und der vom amerikanischen Präsidenten vertretenen demokratischen Ideologie geendet, in denen immer der Imperialismus in der Sache und die Demokratie in der Ausdrucksweise siegte. Man verbot den Anschluß nicht ohneweiters, weil ein solches Verbot dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker widersprochen hätte; aber man knüpfte die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes an die Zustimmung des Völkerbundsrates und machte sie dadurch tatsächlich unmöglich. „Wer weiß," meint Keynes, „ob der Präsident nicht vergaß, daß ein anderer Teil

des Friedensvertrages zu diesem Zwecke Einstimmigkeit des Völkerbundsrates voraussetzt?"

Unter dem Eindruck dieser Entscheidung reiste unsere Delegation, von Renner geführt, zu den Friedensverhandlungen nach Saint-Germain. Am 2. Juni wurde ihr der erste Entwurf des Friedensvertrages überreicht. Es war ein furchtbares Dokument. Die Entente sprach Deutschböhmen, das Sudetenland, den Böhmerwaldgau, den Znaimer Kreis und niederösterreichische Grenzgebiete den Tschechen, Deutschsüdtirol den Italienern, den größten Teil Kärntens mit der Hauptstadt Klagenfurt und die deutschen Städte der Untersteiermark den Jugoslawen zu. Ebenso furchtbar waren die wirtschaftlichen Bestimmungen des Entwurfes. Da war einfach der deutsche Friedensvertrag abgeschrieben worden; das Eigentum deutschösterreichischer Staatsbürger in den Nachfolgestaaten sollte ebenso beschlagnahmt werden wie das Eigentum Reichsdeutscher in England und die Schulden deutschösterreichischer Staatsbürger an Bürger der Nachfolgestaaten sollten ebenso valorisiert werden wie unsere Schulden an Frankreich oder Italien. Bei der engen wirtschaftlichen Verknüpfung Wiens mit den Nachfolgestaaten hätte dies den wirtschaftlichen Untergang Wiens in kürzester Zeit herbeiführen müssen.

Diese furchtbaren Bedingungen erzeugten in Wien die Stimmung zur Kapitulation. Alles schrie nun, wir sollten ausdrücklich und in aller Form auf den Anschluß verzichten, um damit eine Milderung der Friedensbedingungen zu erkaufen. Dieser Kapitulationsstimmung mußte ich mich widersetzen. Denn in dem Entwurf vom 2. Juni war vom Anschluß überhaupt keine Rede; eine dem Art. 80 des Entwurfes des deutschen Friedensvertrages analoge Bestimmung war in ihn nicht aufgenommen. Dies ließ die Annahme zu, daß die Zeit des „Schwankens und Diskutierens" in der Entente doch noch nicht vorüber war; gab der Hoffnung Raum, daß die Sieger vielleicht doch noch den Einwendungen der deutschen Friedensdelegation gegen den Art. 80 stattgeben, den Art. 80 streichen oder — etwa durch die Zulassung einer Mehrheitsentscheidung im Völkerbundsrat, wie eine solche für die Entscheidung über das Saarrevier vorgesehen war — wenigstens mildern werden. Deshalb trat ich dem Gedanken, durch den Verzicht auf den Anschluß die Besserung der Friedensbedingungen zu erkaufen, scharf entgegen. In meiner Parlamentsrede vom 7. Juni, mit der ich den Friedensvertragsentwurf beantwortete, sagte ich: „Der Friedensentwurf widerlegt die traurigen Illusionen derer, die in der Absonderung von dem Deutschen Reiche das Heil suchten; in seinen territorialen und wirtschaftlichen Bedingungen noch viel härter als der Entwurf, der dem Deutschen Reich vorgelegt wurde, beweist er, daß nicht das Maß des Hasses, sondern die Schätzung der Kraft, die den Besiegten noch geblieben ist, den Inhalt des Friedensvertrages bestimmt. Stärker denn je ist heute darum in unserem Volke die Überzeugung, daß es nur im Rahmen der großen Deutschen Republik eine erträgliche Zukunft finden kann."

Die französische Diplomatie sah, daß in den bürgerlichen Parteien und in der bürgerlichen Presse die Kapitulationsstimmung vorherrschte. Sie sah, daß ich mich der Kapitulation widersetzte. Sie begann daher einen persönlichen Kampf gegen mich. Dieser Kampf wurde nicht nur in der Pariser,

sondern in der Wiener bürgerlichen Presse geführt. Es war ja die Zeit des Kampfes um die Sozialisierungsgesetze. Ich war nicht nur Staatssekretär des Äußern, sondern auch Präsident der Sozialisierungskommission. Die bürgerliche Presse bekämpfte den Staatssekretär des Äußern, um den Präsidenten der Sozialisierungskommission zu treffen. So stellte sie sich immer vollständiger in den Dienst des von der französischen Mission organisierten Feldzuges.

Unser Konflikt mit der französischen Diplomatie wurde gleichzeitig durch andere Umstände verschärft. Seit der ungarischen Märzrevolution war Frankreich bemüht, alle Nachbarn Ungarns zu einer Koalition gegen die ungarische Räterepublik zu vereinigen. Es mobilisierte nicht nur Rumänien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien gegen Ungarn, es suchte auch uns in diese Koalition hineinzuzwingen. Es war unsere Pflicht, uns dieser Zumutung zu erwehren. Ging die ungarische Revolution Wege, die wir vom Anfang an für gefährlich, für verhängnisvoll hielten, so war es doch eine proletarische Revolution, gegen die wir uns nicht mit kapitalistischen Mächten verbünden durften. Mußten wir uns mit aller Kraft dagegen wehren, daß der ungarische Kommunismus das deutschösterreichische Proletariat auf seine Wege zwingt, so war unser Kampf gegen den ungarischen Kommunismus doch nur ein Kampf innerhalb des Proletariats; gegen die kapitalistischen Mächte hatte das rote Ungarn Anspruch auf unsere Unterstützung. Nie hätte das deutschösterreichische Proletariat eine andere Politik geduldet; hätten wir gegen Räteungarn die Geschäfte des Imperialismus besorgt, so hätte sich das deutschösterreichische Proletariat dagegen aufgelehnt, wäre es gerade durch eine solche dem Kommunismus feindliche Politik dem Kommunismus in die Arme geworfen worden. Und zugleich hätte uns eine solche Politik unweigerlich in den schwersten Konflikt mit der uns militärisch weit überlegenen Räterepublik verwickelt. Jede Feindseligkeit Deutschösterreichs gegen Räteungarn hätte nicht anders geendet als mit dem Aufstand der deutschösterreichischen Arbeiterschaft und mit dem Einmarsch der ungarischen Roten Armee. In den feindlichen Ring, mit dem die Entente das rote Ungarn umgab, durfte sich Deutschösterreich nicht einfügen.

Wir hatten seit der Märzrevolution Ungarn mannigfache wirtschaftliche Hilfe geleistet. Schon dies führte zu Reibungen mit den Westmächten. Aber ernster wurden diese Konflikte erst, als die ungarische Rote Armee im Mai die tschechischen Truppen in der Slowakei geschlagen, große Teile der Slowakei wiedererobert hatte. Die Tschechoslowakei war in schwerer Bedrängnis. Sie konnte die neuen Formationen, die sie der Roten Armee entgegenschickte, nicht mit Kriegsgerät ausrüsten. Frankreich verlangte von uns, daß wir den Tschechen mit Waffen und Munition aus unseren Beständen aushelfen. Wir lehnten dies ab. Nun stellte Frankreich uns ein Ultimatum; wenn die Verladung der Munition bis zum 6. Juni nicht beginne, würden die Kohlenlieferungen aus der Tschechoslowakei eingestellt. Wir fürchteten die Drohung nicht; gerade damals war die Furcht der Entente vor dem Übergreifen des Bolschewismus nach Deutschösterreich zu groß, als daß sie es hätte wagen können, eine wirtschaftliche Katastrophe in Wien heraufzubeschwören. Das Kriegsgerät wurde nicht abgeliefert. Und als wir kurze Zeit später einiges Kriegsgerät, das die

Entente nach dem Waffenstillstandsvertrag beanspruchte, liefern mußten, lieferten wir es nicht den Tschechen und nicht den Franzosen aus, sondern schickten es den Italienern nach Innsbruck; so waren wir sicher, daß es, wenn überhaupt, gewiß nicht rechtzeitig in die Tschechoslowakei werde kommen können, um die Kämpfe dort zu beeinflussen. Die französische Diplomatie und die französische Militärmission waren über diesen unseren Widerstand überaus erregt. Der Pressefeldzug gegen mich wurde verschärft. Hatte mich die Pariser Presse bisher als „Alldeutschen" bekämpft, so bekämpfte sie mich nun als „Bolschewik". Gerade in der Zeit, in der Bela Kuns Emissäre in Wien den Putschversuch gegen uns zu organisieren versuchten, in der Bela Kuns Gesandtschaft zur Zentrale der wütendsten Agitation gegen uns geworden war und in der Bela Kun immer wieder Konflikte mit unserer Budapester Gesandtschaft provozierte, um seiner Wiener Gefolgschaft Agitationsmaterial gegen uns zu liefern, gerade in dem Monat Juni, in dem der ungarische Kommunismus alle Mittel daransetzte, uns zu stürzen, waren wir in den schwersten Konflikt mit Frankreich geraten, weil wir uns weigerten, uns von den kapitalistischen Mächten gegen die proletarische Revolution in Ungarn benützen zu lassen.

In Wien machten Frankreich und Italien einander eifersüchtig den Einfluß streitig. Im Konflikt mit Frankreich suchten wir bei Italien Anlehnung. Italien stand unserer Anschlußpolitik nicht so feindlich gegenüber wie Frankreich. Italien hatte auch gegen unsere ungarische Politik nichts einzuwenden; von dem Gegensatz gegen Jugoslawien beherrscht, hat Italien die Magyaren immer als künftige Verbündete gegen die Jugoslawen behandelt; es trat daher auch in der Rätezeit Ungarn weit weniger feindlich entgegen als die Westmächte. Wir hatten Italien zuerst für unseren Grenzstreit mit den Jugoslawen zu interessieren versucht. Das war gelungen. Italien unterstützte unsere Ansprüche auf Kärnten, auf Marburg und Radkersburg. Nur Italiens Ansprüche auf Deutschsüdtirol standen zwischen Italien und uns. Wir mußten es versuchen, diesen Gegensatz zu überbrücken, um uns den Schutz wenigstens einer der Großmächte auf der Friedenskonferenz zu sichern.

In dem Londoner Vertrag vom 26. April 1915 hatten Großbritannien und Frankreich dem Königreich Italien Südtirol bis zum Brenner zugesichert, wenn Italien in den Krieg gegen die Mittelmächte eintritt. Aber diesem Vertrag waren die Vereinigten Staaten nie beigetreten. Und Italien selbst setzte sich nach dem Kriege über den Londoner Vertrag hinweg, indem es Fiume forderte, das gemäß dem Londoner Vertrag den Jugoslawen zufallen sollte. Der Streit um Fiume ließ es möglich erscheinen, daß der Londoner Vertrag revidiert werden könne. Tardieu bestätigt, daß Frankreich und England im April den Italienern eine Revision des Londoner Vertrages anboten; kam es dazu, dann durften wir hoffen, daß auch die Entscheidung über Südtirol geändert werden könnte. In dieser Periode bemühten wir uns, die amerikanischen Staatsmänner für die Rettung Deutschsüdtirols zu gewinnen. Aber der Präsident Wilson war ganz von den adriatischen Problemen in Anspruch genommen. Er verweigerte den Italienern nicht nur Fiume, sondern auch die Gebiete in Dalmatien und in Istrien, die der Londoner Vertrag ihnen zugesichert hatte. Da Wilson wegen dieser slawischen Gebiete in den schärfsten Konflikt mit Italien

geriet, wollte er den Konflikt nicht auch noch durch den Streit um die deutschen Gebiete in Südtirol erweitern. „Die amerikanische Regierung", erzählt Tardieu, „akzeptierte die Klauseln des Londoner Vertrages über die Alpen, aber sie lehnte seine Klauseln über einen Teil Istriens, über Dalmatien und über die Inseln des Adriatischen Meeres ab." England und Frankreich aber erklärten sich durch den Londoner Vertrag gebunden; es müsse, wie es in London vereinbart worden war, Südtirol bei Italien, Fiume den Jugoslawen bleiben. Trotzdem hofften wir noch immer. Als es zum offenen Bruch zwischen Italien und den Westmächten kam, als Orlando am 24. April von Paris abreiste, hofften wir noch immer, der weitere Verlauf des Konflikts werde vielleicht doch zu einer Revision des Londoner Vertrages führen; auch in dieser Periode noch suchten wir daher die Entscheidung über Tirol durch Propaganda im Westen zu beeinflussen. Erst als die Italiener am 5 Mai nach Paris zurückkehrten, war es offenkundig, daß Tirol von den Westmächten seine Rettung nicht mehr zu hoffen hatte. War Deutschsüdtirol überhaupt noch zu retten, so konnte es nur durch unmittelbare Verhandlungen mit Italien gerettet werden.

Das war es, was wir im Mai versuchten. Italien begründete die Annexion Deutschsüdtirols mit strategischen Argumenten. Wir schlugen daher der italienischen Regierung vor, Deutschsüdtirol solle zwar bei Deutschösterreich bleiben, aber es solle militärisch neutralisiert werden. Wir erklärten uns selbst bereit, über die bloße Neutralisierung hinauszugehen, Italien weitgehende militärische Rechte bis zum Brenner zuzugestehen, wenn das Gebiet zwischen der Salurner Klause und dem Brenner nur im übrigen bei uns bleibe. Wir boten Italien als Preis für den Verzicht auf Deutschsüdtirol wirtschaftliche Gegenzugeständnisse. Wir wußten, daß italienische Kapitalisten die in österreichischem Besitz befindlichen Aktien vieler Unternehmungen an der Adria und in Jugoslawien zu erwerben und sich an deutschösterreichischen Unternehmungen zu beteiligen wünschten. Wir erklärten uns bereit, alle diese Wünsche zu erfüllen, sobald sich Italien nur zu Verhandlungen über Deutschsüdtirol bereit zeigt. Die italienische Regierung ließ uns lang auf ihre Antwort warten. Erst im Juli ließ sie uns mitteilen, daß sie unseren Vorschlag ablehnen müsse. Italien war auf der Pariser Konferenz im Kampfe um die Adria und die Levante unterlegen; es konnte sich nicht dazu entschließen, auch noch auf einen Teil der Kriegsbeute zu verzichten, die Paris ihm zusprach. Damit war unser Versuch einer Verständigung mit Italien gescheitert.

So wurde denn unsere Lage sehr schwierig. Wir standen in schwerem Konflikt mit Frankreich. Wir konnten uns mit Italien nicht verständigen. Und gegen unsere Anschlußpolitik lehnte sich ein großer Teil der mitregierenden christlichsozialen Partei und die ganze durch die kapitalistische Presse repräsentierte öffentliche Meinung auf. Und doch hat gerade diese Konfliktsperiode unserer auswärtigen Politik den größten Erfolg gebracht. Am 20. Juli wurde unserer Friedensdelegation in Saint-Germain der zweite Entwurf des Friedensvertrages überreicht. Dieser zweite Entwurf stellte gegenüber dem ersten, gegenüber dem Entwurf vom 2. Juni, einen bedeutenden Fortschritt dar.

Der erste Friedensentwurf hatte den größten Teil Kärntens mit seiner Hauptstadt den Jugoslawen zugesprochen. Der zweite Entwurf revidierte

diese Entscheidung. Das Kärntner Volk sollte nunmehr, wie wir es vom Anfang an gefordert, selbst durch eine freie Volksabstimmung über seine staatliche Zugehörigkeit entscheiden. Damit war der größte Teil Kärntens für Deutschösterreich gerettet. Am 31. Juli 1919 wurde Klagenfurt auf Geheiß des Obersten Rates in Paris von den Jugoslawen geräumt. Am 10. Oktober 1920 hat sich das Kärntner Volk in freier Wahl für die österreichische Republik entschieden. Dieser große Erfolg war das Ergebnis einerseits der tapferen Abwehrkämpfe des Kärntner Volkes, anderseits der Unterstützung Italiens auf der Friedenskonferenz, die wenigstens für diese Sache zu erlangen uns gelungen war.

Mit der Rettung Kärntens brachte uns der zweite Entwurf auch die Befreiung des Burgenlandes. Schon während des Krieges war in Denkschriften der tschechischen und der jugoslawischen Emigration — zum erstenmal wohl in einer Denkschrift Masaryks an Sir Edward Grey im April 1915 — die Forderung aufgetaucht, die zu schaffenden Nationalstaaten der Tschechen und der Südslawen seien durch einen „Korridor" zu verbinden. Zu diesem Zwecke seien die überwiegend von Deutschen bewohnten ungarischen Komitate Ödenburg, Wieselburg und Eisenstadt zwischen dem tschechoslowakischen und dem jugoslawischen Staat zu teilen. Diese Forderung vertraten die Tschechen, von Frankreich unterstützt, auch auf der Pariser Friedenskonferenz. Gegen diese Gefahr einer slawischen Barriere zwischen Deutschösterreich und Ungarn mußten wir uns zur Wehr setzen; ihr mußten wir die Forderung entgegenstellen, daß das Volk der deutschen Komitate Westungarns selbst entscheiden solle, zu welchem Staat es gehören will. Als im Oktober 1918 das revolutionäre Nationalitätsprinzip die historischen Staatsgrenzen niederriß, forderten wir, daß das Nationalitätsprinzip nicht nur im Norden und im Süden zugunsten der Tschechen, der Südslawen, der Italiener gelten solle, sondern auch im Osten, wo ein uns benachbarter deutscher Stamm unter magyarischer Herrschaft lebte. Wir hatten jede Annexion dieses Gebietes abgelehnt. Aber wir hatten der Friedenskonferenz die Forderung unterbreitet, daß das Volk in Deutsch-Westungarn selbst in freier Volksabstimmung entscheiden solle, ob es bei Ungarn bleiben oder an Deutschösterreich fallen will. Als Großbritannien und die Vereinigten Staaten die tschechische Forderung nach dem tschechisch-jugoslawischen „Korridor" in Westungarn ablehnten, empfahlen die Tschechen die Teilung Westungarns zwischen Deutschösterreich und Ungarn. Sie wünschten diese Lösung, um erstens Deutschösterreich mit Ungarn zu verfeinden, eine Allianz beider Staaten gegen die Tschechoslowakei zu verhindern. Sie wünschtens sie zweitens, weil sie es für ihre Interessen nützlich hielten, wenn die beiden Eisenbahnen, die die Slowakei mit Kroatien verbinden, nicht in der Hand desselben Staates sind. In der Tat lehnten die Siegermächte die von uns geforderte Volksabstimmung in Westungarn ab, teilten aber in dem Entwurf vom 20. Juli das Land, indem sie den größeren Teil uns, den kleineren Ungarn zusprachen. In einer Zeit, in der im Westen, Osten und Süden große deutsche Länder fremder Herrschaft unterworfen wurden, war es hier gelungen, einen deutschen Stamm von der Fremdherrschaft zu befreien. Die Entente hatte diese Entscheidung in den Wochen gefällt, in denen die deutschösterreichische Arbeiterschaft den Ansturm des von Ungarn mobilisierten Bolschewismus

abwies. Sie wollte unsere Stellung gegen den Bolschewismus befestigen, indem sie uns für die großen Verluste in Nord und Süd im Osten eine Entschädigung auf Kosten des bolschewistischen Ungarn in Aussicht stellte.

Endlich brachte uns der zweite Friedensentwurf auch eine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Bestimmungen des ersten Entwurfes. Während der Entwurf vom 2. Juni unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachfolgestaaten nach denselben Grundsätzen regelte wie unsere Beziehungen zu den Ententemächten, wurde dieses Prinzip in dem Entwurf vom 20. Juli durchbrochen. So wurde insbesondere die gefährliche Bestimmung über die Liquidierung des Eigentums deutschösterreichischer Staatsbürger in den Nachfolgestaaten aufgehoben. Auch die Bestimmungen über die Verteilung der Staatsschuld kamen unseren Forderungen einigermaßen entgegen. Diese sehr wichtigen Erfolge waren eine Frucht unseres Kampfes um den Anschluß. Im Kampfe gegen unsere These, daß Deutschösterreich, auf sich selbst gestellt, nicht lebensfähig sei, hatte der französische Imperialismus immer wieder versprochen, er werde Deutschösterreich durch günstigere wirtschaftliche Bestimmungen des Friedensvertrages lebensfähig machen. Er mußte wenigstens einen Teil seiner Versprechungen einlösen; mußte wenigstens diejenigen Klauseln des ersten Entwurfes streichen, die den sofortigen wirtschaftlichen Zusammenbruch Wiens herbeigeführt, die Lebensfähigkeit Deutschösterreichs vollends vernichtet hätten.

Aber so bedeutend der Fortschritt auch war, den wir mit dem Friedensentwurf vom 20. Juli erreicht hatten, so mußten die Bemühungen, eine Verbesserung des Friedensvertrages zu erreichen, doch selbstverständlich fortgesetzt werden. Dazu erschien uns nun eine taktische Wendung notwendig. Aus zwei Gründen waren wir in Konflikt mit Frankreich geraten: erstens wegen unseres Festhaltens am Anschluß, zweitens wegen unserer Weigerung, uns in die gegen die ungarische Räterepublik geschlossene Koalition hineinzwingen zu lassen. Beide Ursachen des Konflikts hatte aber die Geschichte indessen aus dem Wege geräumt. Einerseits hatte die Entente die Einwendungen der reichsdeutschen Friedensdelegation gegen den Artikel 80 des deutschen Friedensvertrages zurückgewiesen; das Reich hatte sich fügen müssen, es hatte den Friedensvertrag am 28. Juni unterzeichnet. Damit war die Bestimmung, daß Deutschösterreich nur im Falle einstimmiger Zustimmung des Völkerbundsrates in das Deutsche Reich aufgenommen werden dürfe, zu einem Bestandteil des Völkerrechtes geworden. Anderseits wußten wir, daß die ungarische Räteregierung schwer erschüttert war; wir konnten nicht mehr bezweifeln, daß ihr Zusammenbruch unmittelbar bevorstand. Unter solchen Umständen konnte es weder die deutsche noch die ungarische Frage rechtfertigen, im Konflikt mit Frankreich zu verharren. Und eine Annäherung an Frankreich erschien jetzt nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Unser Versuch, in Italien eine Stütze gegen Frankreich zu finden, war daran gescheitert, daß Italien auf der Annexion Deutsch-Südtirols beharrte. Und Frankreichs Feindschaft gegen uns konnte viel gefährlicher werden, wenn erst der Bolschewismus in Ungarn gefallen war, als sie sein konnte, solange die Furcht, daß der Bolschewismus nach Deutschösterreich übergreifen könnte, der französischen Feindschaft Hemmungen auferlegte. So mußten wir jetzt den Versuch

unternehmen, Frankreich uns gnädiger zu stimmen. Nachdem der zweite Friedensvertragsentwurf unserer Friedensdelegation überreicht worden war, kam ich mit Renner in Feldkirch zusammen; dort vereinbarten wir die taktische Wendung. Natürlich konnte nicht ich die Annäherung an Frankreich durchführen; dazu war mein persönlicher Konflikt mit der französischen Diplomatie allzu schwer gewesen. Ich demissionierte; die Nationalversammlung betraute am 26. Juli Renner, dessen überaus geschickte Haltung in Saint-Germain seine Stellung in Deutschösterreich bedeutend gestärkt und ihm auch in Frankreich Sympathien erworben hatte, mit der Leitung des Staatsamtes des Äußern. Renner umriß die taktische Wendung dieser Tage sehr deutlich, indem er öffentlich erklärte, Deutschösterreich wolle nun eine „westliche Orientierung" einschlagen.

Der Erfolg dieser taktischen Wendung zeigte sich, als uns am 2. September der dritte, endgültige Text des Friedensvertrages überreicht wurde. Unzweifelhaft brachte uns der dritte Entwurf weniger weitgehende Verbesserungen als der zweite; die Annäherung an Frankreich hat uns weniger gebracht, als wir in der Zeit des Konflikts mit Frankreich erreicht hatten. Aber das widerlegt nicht die Notwendigkeit der taktischen Wendung im Juli; es beweist nur, daß nach der Unterzeichnung des Friedens von Versailles und nach dem Zusammenbruch der ungarischen Rätediktatur weniger zu erreichen war als vorher. Immerhin gab uns der dritte Entwurf Radkersburg zurück und er brachte uns eine nicht unbeträchtliche Verbesserung vieler wirtschaftlicher Bestimmungen des Friedensvertrages. Anderseits freilich fügte die Entente erst jetzt, erst in den dritten Entwurf den Artikel 188 ein, der uns verpflichtet, unsere „Unabhängigkeit" als „unveräußerlich" zu achten, solange der Völkerbundsrat uns den Anschluß nicht erlaubt. Diese Beschränkung unseres Selbstbestimmungsrechtes war noch in dem Entwurf vom 20. Juli nicht enthalten gewesen, obwohl die Entente vorher schon dem Deutschen Reiche die Verpflichtung auferlegt hatte, uns nicht ohne Zustimmung des Völkerbundsrates in das Reich aufzunehmen; erst nach meinem Rücktritt, nach der „westlichen Orientierung" unserer Politik wurde diese Bestimmung auch in den österreichischen Friedensvertrag eingefügt.

So waren wir in unserem Kampf um den Anschluß unterlegen. Trotzdem war dieser Kampf keineswegs wirkungslos. In dem Augenblick, in dem das alte Österreich zusammengebrochen war, hatte er der neuen Republik ein neues nationales Ideal, dem aus tausend Wunden blutenden Körper des deutschösterreichischen Volkes eine Seele, Lebensziel und Lebenswillen gegeben. Dieses nationale Ideal hat die junge Republik gewaltig gefestigt. Die Restauration der Habsburger hätte den Anschluß unmöglich gemacht; das nationale Ideal gewann dem republikanischen Gedanken breite Schichten des Bürgertums. Dieses nationale Ideal hat das deutschösterreichische Bürgertum mit dem Zerfall seines alten Reiches versöhnt und es dem Grundsatz des Selbstbestimmungrechtes der Völker gewonnen; das Selbstbestimmungsrecht bedeutete ihm nun nicht mehr bloß den Zusammenbruch seiner Herrschaft über die anderen Völker, sondern auch den Anspruch auf die Einigung des eigenen Volkes. So hat es nur dieses nationale Ideal ermöglicht, die ganze auswärtige Politik der jungen Republik auf die

unbeschränkte Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nachbarvölker zu stützen und sie dadurch vor allen jenen Verirrungen des Kampfes um die „Integrität" zu bewahren, der die ungarische Revolution in so verhängnisvolle Abenteuer gestürzt hat. Vor allem war aber der Kampf um den Anschluß unsere wuchtigste Waffe gegen den Ententeimperialismus. Die Befürchtung, daß sich unsere These als wahr erweisen, daß Deutschösterreich, auf sich selbst gestellt, lebensunfähig sein werde, hat die Entente gezwungen, uns mildere Friedensbedingungen und uns wirtschaftliche Hilfe zu gewähren. Aber so fruchtbar auch der Kampf um den Anschluß trotz der schließlichen Niederlage gewesen war, so verhängnisvoll war doch diese Niederlage. Aus dem großen Wirtschaftsgebiet, dessen Zentrum Deutschösterreich gebildet hatte, gewaltsam herausgerissen, ohne hinreichende Kraft, die Anpassung an die neuen Lebensbedingungen mit eigenen Mitteln zu vollziehen, mußte die junge Republik, da ihr die Eingliederung in das bei weitem wirtschaftsstärkere Reich verwehrt war, ein selbständiges Leben führen, das nur ein Leben bitterer Not, ein Leben drückender Abhängigkeit vom Ausland sein konnte. Die letzte Konsequenz der „Unabhängigkeit", zu der uns Saint-Germain verurteilt hat, ist die internationale Finanzkontrolle, der uns Genf unterwirft.

Der Friedensvertrag von Saint-Germain war das Ergebnis einerseits der bürgerlich-nationalen Revolution der slawischen Nationen, anderseits des Sieges des Ententeimperialismus. Ein Ergebnis der nationalen Revolution, hat er Tschechen, Jugoslawen und Polen von der Fremdherrschaft befreit und auf den Trümmern der aus der Epoche des Feudalismus und des Absolutismus überlieferten Herrschaftsverhältnisse, denen sie unterworfen gewesen, der bürgerlichen Demokratie auf ihrem Boden Raum geschaffen. Aber ein Ergebnis zugleich des Sieges des Ententeimperialismus, hat er alle Ergebnisse der nationalen Revolution verfälscht und vergewaltigt. Statt eines tschechoslowakischen Nationalstaates schuf er einen Nationalitätenstaat, in dem Millionen Deutsche, Magyaren, Polen und Karpathorussen der Herrschaft der tschechischen Bourgeoisie unterworfen sind. So hat der die nationale Fremdherrschaft nicht aufgehoben, sondern nur den Herrn zum Knecht, den Knecht zum Herrn gemacht. Die folgenschwere Entscheidung, die dieses Gefüge der tschechoslowakischen Republik bestimmte, war nicht nur aus den Machtinteressen des französischen Imperialismus, der in der Tschechoslowakei einen gefügigen Vasallen gegen Deutschland zu gewinnen suchte, sondern auch aus konterrevolutionären Motiven hervorgegangen. In einer von Tardieu verfaßten Note Frankreichs an die Friedenskonferenz, die Ende März die Notwendigkeit, Deutschböhmen dem Tschechenstaat zu unterwerfen, erweisen wollte, war zu lesen: „Wenn Polen und Tschechen bisher dem Bolschewismus widerstanden haben, ist es aus nationalem Gefühl. Wenn man dieses Gefühl vergewaltigt, werden sie dem Bolschewismus zur Beute fallen; die Barriere, die den russischen Bolschewismus vom deutschen trennt, wird zerstört sein." Es war die Furcht der Ententebourgeoisie vor der Expansion der sozialen Revolution, die den tschechischen Staat weit über die nationalen Grenzen des tschechischen Volkes hinaus ausdehnte. Und da konterrevolutionäre Motive seine Grenzen zogen, haben konterrevolutionäre Elemente das Wesen des aus der Revolution

geborenen Staatsgebildes verändert. Da es Millionen Bürger, die nur die Gewalt ihm unterworfen hat, nur mit Gewalt beherrschen kann, mußte es, darin des alten Österreich echter Erbe, zum militärischen Herrschaftsstaat werden, dessen Gewalt, gegen die beherrschten Nationalitäten aufgerichtet, auch die Arbeiterklasse der herrschenden Nation niederhält. Es gilt nun für die Tschechen, was so lang für die Deutschen gegolten: Sie werden selbst nicht frei, solange sie den Nachbarvölkern die Freiheit verweigern. Und was von der Tschechoslowakei gilt, gilt auch von Polen, das, weit über die nationalen Grenzen des polnischen Volkes ausgedehnt, auf Rußlands und Deutschlands Kosten zugleich bereichert und dadurch den beiden großen Nachbarvölkern zugleich verfeindet, zum Werkzeug des französischen Imperialismus gegen die deutsche Republik und gegen die russische Revolution werden mußte; gilt auch von Jugoslawien, wo der serbische Militarismus an die Stelle der freien Föderation der südslawischen Stämme sein die historischen Stammesindividualitäten vergewaltigendes Herrschaftssystem gesetzt hat, gegen das sich Kroaten und Slowenen fast ebenso leidenschaftlich auflehnen, wie sie sich gegen die Fremdherrschaft Österreichs und Ungarns aufgelehnt haben.

Deutschösterreich aber wurde zum Opfer dieser Vergewaltigung der nationalen Revolution durch den Imperialismus. Der Friedensvertrag raubte der Republik selbst ihren Namen. Wir hatten sie in den Oktobertagen, in den Tagen des Triumphs des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, Deutschösterreich genannt; der Name sollte besagen, daß wir nicht Habsburgs Erbschaft antreten, nicht die Herrschaft über die von Habsburg unterjochten fremden Nationen beanspruchen, sondern nur die deutschen Gebiete der Habsburgermonarchie zu einem freien Gemeinwesen vereinigen wollten. Der Friedensvertrag zwang uns, der Republik den alten Namen Österreich wiederzugeben; der Imperialismus zwang uns den verhaßten Namen auf, weil er von der von der Arbeiterklasse geführten deutschösterreichischen Republik Sühne fordern wollte für die Verbrechen, die die Herrenklassen der habsburgischen Monarchie an den Völkern begangen hatten. Der Friedensvertrag raubte unserer Republik Gebiete, die mehr als drei Millionen Deutsche bewohnen; ein Drittel des deutschösterreichischen Volkes fiel unter Fremdherrschaft. Dem Rest aber verweigerte der Friedensvertrag nicht nur das Recht der Selbstbestimmung, das Recht auf den Anschluß; er erlegte ihm zugleich wirtschaftliche Lasten auf, die ihm die unfreiwillige staatliche Selbständigkeit doppelt schwer erträglich machen mußten. Zwar konnte die Entente die Reparationsverpflichtungen, die der Friedensvertrag uns auferlegte, nie geltend machen. Aber das Generalpfandrecht zugunsten dieser Reparationsverpflichtungen vernichtete unseren Staatskredit. Und die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Valorisierung der Vorkriegsschulden, über die Liquidierung der Österreichisch-Ungarischen Bank, über die Sequestrierung des österreichischen Eigentums im Ausland, über die Beschränkungen unserer zoll- und handelspolitischen Bewegungsfreiheit und unserer Tarifhoheit auf den Eisenbahnen zerrütteten unsere Währung und drückten unsere Volkswirtschaft nieder.

Diese Vergewaltigung der Revolution durch den Imperialismus bestimmte zugleich auch das weitere Schicksal der Revolution in Deutsch-

österreich. Der Sieg der Ententeheere im Oktober hatte die Völker der Habsburgermonarchie entfesselt und dadurch die Arbeiterklasse in Deutschösterreich zur Vorherrschaft geführt. Diese Vorherrschaft war in den ersten Monaten nach den Siegen der Ententeheere nicht nur in den Machtverhältnissen der Klassen im Lande selbst begründet, sie war zugleich auch eine außenpolitische Notwendigkeit. Nicht die bürgerlichen Parteien, die sich bis zur letzten Stunde an das Herrschaftssystem der Habsburgermonarchie geklammert hatten, sondern nur die Sozialdemokratie, die gegen dieses Herrschaftssystem das Selbstbestimmungsrecht der Völker verfochten hatte, konnte nach Habsburgs Sturze Deutschösterreich auf die Bahnen seiner neuen, nur noch auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu gründenden Außenpolitik führen. Nicht die bürgerlichen Parteien, die zu Kriegsbeginn dem Ultimatum an Serbien zugejubelt und während des Krieges nach der blutigen Niederwerfung der tschechischen „Hochverräter" geschrien hatten, konnten nach dem Siege der Serben und der Tschechen den Haß der befreiten Nachbarvölker gegen Wien allmählich entwaffnen, ihr Vertrauen der jungen Republik gewinnen, freundnachbarliche Beziehungen zu ihnen begründen. Nicht die bürgerlichen Parteien, die in ohnmächtiger Angst dem inneren Ringen innerhalb der Arbeiterklassen zusehen mußten, sondern nur die Sozialdemokratie konnte den Ansturm des ungarischen Bolschewismus abwehren. Die zwingende Notwendigkeit, den Frieden mit den Nachbarvölkern zu erhalten, erforderte also in den ersten Monaten nach der Oktoberrevolution die Führung der Sozialdemokratie. Aber diese Führung wurde im Verlaufe des Jahres 1919 erschüttert durch den Verlauf und die Ergebnisse der Friedensverhandlungen mit den Westmächten. Als der französische Imperialismus Deutschösterreich in den eisernen Ring um die ungarische Räterepublik hineinzwingen wollte, war ihm die Sozialdemokratie das widerspenstige Hindernis, die reaktionären Elemente der Bourgeoisie das gefügige Werkzeug. Als der französische Imperialismus Deutschösterreichs Willen zum Anschluß an Deutschland brechen wollte, widersetzte sich ihm die Sozialdemokratie, während die christlichsoziale und die liberale Bourgeoisie seine Geschäfte besorgten. Der ganze Einfluß des französischen Imperialismus begann nun in Wien für die bürgerliche Reaktion gegen die Sozialdemokratie zu wirken. Als der Ententeimperialismus mit den Waffen seiner rumänischen Vasallen die ungarische Räterepublik stürzte, als sich unter dem Schutze seiner Budapester Missionen die Konterrevolution in Ungarn etablierte, ward die deutschösterreichische Bourgeoisie von der Angst vor der sozialen Revolution befreit, ihr Selbstbewußtsein und ihre Widerstandskraft erstarkten nun sehr schnell. Als der französische Imperialismus in den Pariser Friedensverhandlungen die demokratischen Ideen, deren sich die Entente während des Krieges als einer Waffe bedient hatte, besiegte, als der Ententeimperialismus Deutschland und Deutschösterreich einen brutalen Gewaltfrieden diktierte, wendeten sich viele Intellektuelle, Beamte, Kleinbürger in Deutschösterreich von der Sozialdemokratie ab; sie waren im Herbst 1918, in den Tagen des höchsten Triumphs der Ententedemokratie, von der Anziehungskraft der demokratischen Ideen, der Prinzipien Wilsons erfaßt, der Sozialdemokratie als der einzigen Wortführerin der Demokratie in Deutschösterreich zugeströmt; sie wurden nun,

da sich Wilson als zweideutig und machtlos, da sich die Ententedemokratie als verhüllende Maske des Ententeimperialismus erwies, in ihrem Glauben an die Demokratie erschüttert und fielen schnell in ihre alte reaktionäre Gedankenwelt zurück. Und als schließlich die wirtschaftliche Bedrohung, die die Friedensentwürfe enthielten, den Kurs der Krone von Woche zu Woche drückte, als diese Entwertung unseres Geldes die Teuerung in Deutschösterreich verschärfte, die kleinen Rentner, die Beamten, die Intellektuellen pauperisierte, dem Schiebertum Gelegenheit zu mühelosen Riesenprofiten bot, wendete sich die Unzufriedenheit der ökonomisch ungeschulten Volksmassen nicht gegen den Ententeimperialismus, der diese Geldentwertung hervorgerufen hat, sondern gegen die von den Sozialdemokraten geführte Regierung, die die unentrinnbaren Folgeerscheinungen der Geldentwertung nicht zu verhindern vermochte. Auf diese Weise hat der Ententeimperialismus die Vorherrschaft der Arbeiterklasse in Deutschösterreich untergraben. Hat der Sieg der Ententeheere im Herbst 1918 die Revolution entfesselt, so hat der Sieg des Ententeimperialismus über die Ententedemokratie auf der Pariser Konferenz von 1919 der Weiterentwicklung der nationalen und der sozialen Revolution in Mitteleuropa unverschiebbare Schranken gesetzt und damit die Kraft der Revolution gebrochen, der bürgerlichen Reaktion den Weg gebahnt.

Am 17. Oktober 1919 hat die Konstituierende Nationalversammlung den Friedensvertrag von St.-Germain ratifizieren müssen; an demselben Tage trat die erste Koalitionsregierung zurück und wurde die zweite Koalitionsregierung gewählt. Die zweite Koalitionsregierung war schon ganz anderen Wesens als die erste. Der Tag, an dem der Vertrag von St.-Germain ratifiziert werden mußte, war der Tag des Endes der proletarischen Vorherrschaft in Deutschösterreich.

§ 11. Die Revolution in den Betrieben.

Literatur:

Braunthal, Die Sozialpolitik der Republik. Wien 1919. — Pribram, Die Sozialpolitik im neuen Österreich. „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", 48. Band. — Der erste Betriebsrätekongreß der Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie. Protokoll der Verhandlungen. Wien 1921. — Berichte der Gewerbeinspektoren über ihre Amtstätigkeit. Wien 1920 und 1921. — Niox Chateau, Les conseils d'Entreprise et le contrôle ouvrier en Autriche. Paris 1923.

Bauer, Der Weg zum Sozialismus. Wien 1919. — Bauer, Die Sozialisierungsaktion im ersten Jahre der Republik. Wien 1919. — Ellenbogen, Sozialisierung in Österreich. Wien 1921. — Ellenbogen, Die Fortschritte der Gemeinwirtschaft in Österreich. Wien 1922. — Inge Debes, Socialisering i Osterrike. Kristiania 1920.

Die Revolution hatte die kapitalistische Produktionsverfassung schwer erschüttert. Die ganze Produktion war auf die Befriedigung des Kriegsbedarfes eingestellt gewesen; als der Krieg zu Ende war, wurden die Maschinen mit einem Schlage stillgesetzt. Die ganze Produktion hatte aus den Kohlenlagern Schlesiens, Mährens und Böhmens die bewegende Energie bezogen; als die Kohlenzuschübe aus der Tschechoslowakei aufhörten, erlosch das Feuer in den Dampfkesseln. Die Arbeitsdisziplin in

der Kriegsindustrie war auf die militärische Befehlsgewalt gestützt gewesen; als die Revolution die militärischen Betriebsleiter aus den Fabriken verjagte, lösten sich alle Bande der Fabrikdisziplin auf. Die Kriegsgewalt hatte vier Jahre lang unterernährter Arbeitskraft maßlose Überarbeit aufgezwungen; als die Kriegsgewalt gebrochen war, verweigerten die erschöpften, übermüdeten Nerven und Muskeln den Dienst, dem vierjährigen Mißverhältnis zwischen Errährung und Arbeitsleistung, zwischen zugeführter und verausgabter Energie folgten als unvermeidliche Reaktion Arbeitsunlust und Rückgang der Arbeitsintensität.

Der Zustand der Auflösung, in den die ganze kapitalistische Produktion geraten war, erschütterte den Glauben an den Kapitalismus. In Rußland war im Verlauf des Jahres 1918 die ganze Industrie nationalisiert und die große Agrarumwälzung vollzogen worden. Im Deutschen Reiche begann im November 1918 die Sozialisierungskommission ihre Arbeit; und in dem stürmereichen Winter von 1918 auf 1919 verkündete die deutsche Regierung immer wieder von Amts wegen, die Sozialisierung sei „auf dem Marsche". Im Frühjahr 1919 sozialisierte die ungarische Räterepublik die ganze Industrie. Auch die deutschösterreichische Arbeiterschaft forderte in elementarer stürmischer Bewegung ihr Selbstbestimmungsrecht in ihren Produktionsstätten. In einzelnen Fällen — so in dem Donawitzer Werk der Alpinen Montangesellschaft am 7. April 1919 — haben die Arbeiter die Betriebsleiter abgesetzt und ein Direktorium aus ihrer Mitte gewählt, das den Betrieb weiterleiten sollte.

Der Glaube der kapitalistischen Gesellschaft an sich selbst war erschüttert. Die Kriegswirtschaft hatte die kapitalistische Produktion unter dem Kommando der Staatsgewalt in Zwangsverbänden organisiert; mußte jetzt nicht die Arbeiterklasse das Erbe der Militärgewalt antreten, um das große Organisationsgebäude, das dem Kriege gedient hatte, zu sozialistischer Organisation weiterzuentwickeln? Die Finanzen der besiegten Staaten waren in einen Zustand der Zerrüttung geraten, den mit den altgewohnten Mitteln des „Steuerstaates" zu überwinden nicht möglich erschien; war es nicht unvermeidlich, daß der Staat einen großen Teil der aufgehäuften Privatvermögen an sich zieht, um seinen Haushalt in Ordnung zu bringen? So sah auch die bürgerliche Welt eine „Neue Wirtschaft" kommen. Die Universitätsprofessoren der Nationalökonomie, unter den Deutschösterreichern vor allen Schumpeter, Grünberg, Lederer, Ammon, Schwiedland, Gelehrte, die aus bürgerlichem Lager kamen, wie Goldscheid und Neurath, schrieben Abhandlungen über die Sozialisierung als die Aufgabe des Tages, sie stellten sich in Wien wie in Berlin, in Leipzig wie in München in den Dienst der Sozialisierungskommissionen, sie arbeiteten Sozialisierungsprojekte aus, sie tadelten nicht selten die Sozialdemokratie, daß sie allzu zaghaft an die große Aufgabe herantrete. Binnen wenigen Monaten entstand eine ganze Sozialisierungsliteratur. Sie war das ideologische Spiegelbild jener tiefen ökonomischen Erschütterung, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung in Krieg und Revolution erlitten hatte. Ist auch von den mannigfachen Projekten, die in der Sozialisierungsliteratur der ersten Revolutionsmonate gegeneinander rangen, sehr wenig verwirklicht worden, so hat doch jene tiefe ökonomische Erschütterung, die sich in der Sozialisierungsliteratur spiegelte, praktische, nach Befriedigung drängende Bedürfnisse geschaffen,

die tatsächlich die kapitalistische Produktionsverfassung sehr wesentlich umgestaltet und ganz neue Elemente, Keimzellen sozialistischer Zukunftsorganisation, in sie eingefügt haben.

In den Tagen der Oktoberrevolution hatte Ferdinand Hanusch die Leitung des Staatsamtes für soziale Verwaltung übernommen. Im engsten Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission arbeitend, verwandelte er das Staatsamt in ein Exekutivorgan der Gewerkschaften. Mit ebensoviel Besonnenheit wie Tatkraft ging er daran, die praktischen Bedürfnisse der Zeit zu befriedigen

Vorerst stellte die Demobilisierung die nächste Aufgabe. Die zerrüttete Industrie konnte die von der Front heimkehrenden und die aus den stillgelegten Kriegsindustriebetrieben hinausgeschleuderten Arbeitermassen nicht aufnehmen. Die Masse der Arbeitslosen schwoll an. Es galt zunächst, die Rückführung der Arbeitslosen in die Produktionsstätten zu fördern. Schon am 4. November 1918 erließ der Staatsrat zwei Vollzugsanweisungen, von denen die eine die Organisation der Arbeitsvermittlung regelte, die andere die aus Unternehmer- und Arbeitervertretern paritätisch zusammengesetzten Industriellen Bezirkskommissionen als Organe zur Organisierung und Überwachung der Arbeitsvermittlung schuf. In den Industriellen Bezirkskommissionen schuf sich Hanusch Lokalstellen der sozialen Verwaltung, deren Wirkungskreis sehr bald weit über ihre ursprüngliche Aufgabe ausgedehnt werden konnte. Schon zwei Tage später, am 6. November, folgte die Vollzugsanweisung über die staatliche Arbeitslosenunterstützung. Hatte der Staat bis dahin die Fürsorge für die Arbeitslosen den Gewerkschaften und der Armenpflege überlassen, so sicherte er jetzt jedem Arbeitslosen eine Unterstützung aus Staatsmitteln in der Höhe des Krankengeldes, Familienerhaltern überdies Familienzulagen zu; damit wurden nicht nur die Arbeitslosen vor dem physischen und moralischen Untergang bewahrt, es wurde auch der Druck der Arbeitslosen auf die Löhne der Arbeitenden abgeschwächt. Aber sehr bald zeigte es sich, daß in einer Zeit tiefer Zerrüttung der kapitalistischen Produktion die Organisierung der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenunterstützung nicht hinreichte, daß es tieferer Eingriffe bedurfte.

Viele Unternehmer, durch die Auflösung der gewohnten Produktionsbedingungen und durch die Auflehnung der Arbeiterschaft entmutigt, wendeten keine Mühe auf, ihre Betriebe auf die Friedensproduktion einzustellen, ihren Betrieben Rohstoffe, ihren Waren Absatz zu suchen; sie zogen es vor, ihr Kapital aus der Produktion zurückzuziehen und es in ausländischem Gelde anzulegen, in ausländischen Banken zu deponieren. Es galt also, dieser Sabotage des Unternehmertums entgegenzuwirken, die Unternehmer zur Ausübung ihrer Unternehmerfunktionen zu zwingen. Hinderte man die Unternehmer, ihre Arbeiter zu entlassen, zwang man sie, ihre Arbeiter zu entlohnen, so zwang man sie damit, sich um die Möglichkeit produktiver Beschäftigung dieser Arbeiter zu bemühen. Schon am 18. November verordnete der Staatsrat, daß die dem Handlungsgehilfengesetz unterstehenden, aus dem Kriege heimkehrenden Angestellten in die Dienststellen, die sie vor dem Kriege innegehabt, wiederaufgenommen werden müssen. Im Mai 1919 aber, in der Zeit, in der einerseits die Arbeitslosigkeit den höchsten Stand erreichte und anderseits die Bedrohung durch

den ungarischen Bolschewismus die Widerstandskraft der bürgerlichen Parteien am meisten schwächte, setzte Hanusch einen viel tiefergehenden Eingriff in das Herrnrecht des Unternehmens durch. Am 14. Mai verordnete Hanusch, daß jeder Gewerbeinhaber, der am 26. April wenigstens 15 Arbeiter oder Angestellte beschäftigt hatte, um ein Fünftel mehr Arbeiter und Angestellte in seinen Betrieb einstellen und diesen Arbeiterstand nicht ohne Erlaubnis der Industriellen Bezirkskommission verkleinern dürfe. Es gelang auf diese Weise in der Tat, einen Teil der Arbeitslosen in die Betriebe zurückzuführen. Wohl konnten die Industriellen Bezirkskommissionen selbstverständlich die Erlaubnis zur Verkleinerung des Arbeiterstandes nicht verweigern, wo es sich als unmöglich erwies, den vergrößerten Arbeiterstand produktiv zu beschäftigen. Aber da die Verkleinerung des Arbeiterstandes fortan der Genehmigung durch die Industriellen Bezirkskommissionen bedurfte, war die Entlassung der Arbeiter doch der Willkür der Unternehmer entzogen, die Arbeitslosigkeit, sei es auch um den Preis der Kurzarbeit der Arbeitenden, eingedämmt, der Sabotage des Unternehmertums ein Damm gesetzt, die Ausübung der Unternehmerfunktionen unter eine paritätische Kontrolle gestellt. Wie gut sich dieser kühne Eingriff in die Selbstherrlichkeit des Unternehmertums bewährt hat, beweist die Tatsache, daß Hanusch' Verordnung, ursprünglich nur als Notstandsmaßregel für wenige Monate gedacht, heute noch in Wirksamkeit ist.

Eine zweite Aufgabe wurde unserer sozialen Gesetzgebung durch den physischen Zustand gestellt, in dem die Arbeiterklasse aus dem Kriege hervorgegangen war. Vierjährige Unterernährung hatte die Körper der Arbeiter furchtbar geschwächt. Die Blockade, die die neuerstandenen Nationalstaaten über uns verhängt hatten, hatte unsere Ernährungsverhältnisse zunächst noch verschlechtert; der Zustand der Unterernährung dauerte daher an. Die Arbeitsleistung des Arbeiters mußte seiner durch die Unterernährung verkleinerten Arbeitsfähigkeit angepaßt werden. Die Erfüllung der alten Forderung der Arbeiterschaft nach dem Achtstundentag war zu einer physiologischen Notwendigkeit geworden. Für den Achtstundentag sprachen zwingende ökonomische Gründe: einen langen Arbeitstag hindurch die Kraftmaschinen laufen, die Werkstätten beleuchten und beheizen zu lassen, ist eine Vergeudung der Kohle, wenn der geschwächte Körper des Arbeiters die lange Arbeitszeit nicht intensiv ausnützen kann; ein kürzerer, aber intensiver ausgenützter Arbeitstag mußte daher das anzustrebende Ziel sein. Für den Achtstundentag sprachen gewichtige sozialpolitische Erwägungen: in den kontinuierlichen Betrieben erforderte die Einführung des Achtstundentages, der Übergang von zwei zwölfstündigen zu drei achtstündigen Schichten die Vermehrung des Arbeiterstandes um die Hälfte, sie ermöglichte daher die Überführung eines Teiles der Arbeitslosen in diese Betriebe. Der Widerstand des Unternehmertums gegen die Einführung des Achtstundentages war in den ersten Monaten nach der Revolution sehr schwach. Die kontinuierlichen Betriebe hatten schon während des Krieges damit gerechnet, daß die Arbeiterschaft die zwölfstündige, bei dem wöchentlichen Schichtenwechsel achtzehnstündige Arbeitszeit nicht mehr ertragen werde; einzelne große Unternehmungen der Eisenindustrie hatten sich schon während des Krieges auf den Übergang zum

Achtstundentag vorbereitet. Die nicht kontinuierlichen Betriebe aber hatten damals wohl überhaupt kein Interesse, sich gegen den Achtstundentag zu wehren. Der Zentralgewerbeinspektor Tauß schreibt in seinem Bericht über das Jahr 1919: „Die trostlose Lage, in welche die industrielle und gewerbliche Produktion nach Beendigung des Krieges geraten ist und welche sich infolge der fortschreitenden Verschärfung der Heiz- und Rohmaterialnot immer kritischer gestaltet hat, zwang fast alle Unternehmungen zu weitgehenden Einschränkungen der Betriebe. In den meisten derselben konnten daher die Arbeiter nur bei einer sehr stark gekürzten Arbeitszeit oder nur an einzelnen Tagen der Woche beschäftigt werden. Es ist daher erklärlich, daß zu der Zeit eines solchen Stillstandes der gewerblichen Beschäftigung die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit beziehungsweise der achtundvierzigstündigen Arbeitswoche im allgemeinen ohne wesentliche Betriebsstörung möglich wurde." Und der Wiener Gewerbeinspektor Ingenieur Ehrenhofer sagt geradezu: „Die gesetzliche Einführung des Achtstundentages hätte kaum zu einer passenderen Zeit erfolgen können als gerade innerhalb jener Wochen, in welchen Arbeitsgelegenheit und Betriebsleben so rapid sanken."

Anderseits freilich mußten wir auch damit rechnen, daß sich eine Regelung der Arbeitszeit für die Dauer auch den Konkurrenzverhältnissen zwischen der deutschösterreichischen Industrie und den wichtigsten konkurrierenden Industrien des Auslandes anpassen muß. Deshalb ging Hanusch bei der Einführung des Achtstundentages überaus vorsichtig vor. Das Gesetz vom 19. Dezember 1918 setzte den achtstündigen Höchstarbeitstag nur für die fabriksmäßigen Betriebe fest; und die Geltungsdauer dieses Gesetzes war mit dem Friedensschluß befristet. Erst die Erfahrungen der folgenden Monate erlaubten es, weiterzugehen. Einerseits zeigte es sich nämlich, daß sich der Achtstundentag im Verlauf der ersten Monate nach der Revolution in fast allen Betrieben, also auch in denen, die dem Gesetz nicht unterworfen waren, tatsächlich durchsetzte; anderseits wurde im Verlauf dieses Jahres der Achtstundentag nicht nur in allen von der Revolution erfaßten Staaten, sondern auch in den neutralen und in den Siegerländern teils durch Gesetz, teils durch gewerkschaftliche Aktionen durchgesetzt. So konnten wir denn nunmehr über das erste Achtstundentaggesetz weit hinausgehen. Das Gesetz vom 17. Dezember 1919 hat den achtstündigen Höchstarbeitstag allgemein und dauernd, ohne Beschränkung auf die fabriksmäßigen Betriebe und ohne zeitliche Befristung, festgelegt.

Das Achtstundentaggesetz fand seine Ergänzung in dem Gesetz vom 30. Juli 1919, das jedem Arbeiter den Anspruch auf einen vollbezahlten Urlaub in jedem Jahre sichert; dauert der Urlaub in der Regel je nach der Dauer der Beschäftigung der Arbeiter im Betrieb eine oder zwei Wochen, so wurde den Lehrlingen und den jugendlichen Arbeitern im Jahre 1919 ein vierwöchiger Urlaub gesichert, um die während des Krieges herangewachsene Jugend durch längeren Urlaub, den sie zum Teil in staatlichen Urlaubsheimen verbringen konnte, vor der sie besonders schwer bedrohenden Gefahr der Tuberkulose einigermaßen zu schützen. Einen schweren Verlust an Arbeitsleistung hat die Volkswirtschaft durch die Einführung der Arbeiterurlaube nicht erlitten, da die Industriearbeiter in vielen Kollektivverträgen auf die Arbeitsruhe an den meisten Feiertagen der katholischen

Kirche verzichteten, um dafür das Recht auf den Urlaub einzutauschen. Für die Wiederherstellung der durch Krieg und Unterernährung erschütterten Volksgesundheit aber bedeutet ein ununterbrochener ein- oder zweiwöchiger Urlaub im Jahre unzweifelhaft mehr als die Arbeitsruhe an einigen über das ganze Jahr verstreuten Feiertagen. Neben dem Achtstundentaggesetz hat das Gesetz über die Arbeiterurlaube wohl am meisten dazu beigetragen, daß sich die Gesundheitsverhältnisse in den ersten drei Jahren nach dem Kriege erstaunlich schnell gebessert haben. Nicht geringer aber als die volkshygienische ist die kulturelle Bedeutung der beiden Gesetze. Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit hat den Arbeitern erst die Muße gesichert zu jener reichen kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Betätigung, über die wir noch zu berichten haben werden. Die Einführung der Arbeiterurlaube hat die ungeahnte Entwicklung der Arbeitertouristik ermöglicht, die den Arbeitern edlere, ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung förderlichere Erholungsfreuden erschlossen hat, als sie sie vordem gekannt haben.

Aber nicht nur in diesen Gesetzen spiegelte sich die neuerrungene politische Machtstellung der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse mußte vielmehr die Vormachtstellung in der Republik, die sie der Revolution verdankte, ausnützen, um das ganze System unserer sozialpolitischen Gesetzgebung den neuen Machtverhältnissen anzupassen. So war denn das ganze erste Jahr der Republik von fruchtbarer sozialpolitischer Gesetzgebungsarbeit erfüllt. Das Arbeiterrecht wurde durch die Abschaffung des Arbeitsbuches und der Abschaffung der Strafbarkeit des Kontraktbruches der Arbeiter neugestaltet, die Arbeiterschutzgesetzgebung durch die Gesetze über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und der Jugendlichen, über die Regelung der Kinderarbeit und der Heimarbeit, durch Sondergesetze für die Bäcker, für den Bergbau, für das Handelsgewerbe ausgebaut.

Aber so wichtig auch diese sozialpolitische Arbeit war, dem drängenden Bedürfnis der Zeit konnte der bloße Ausbau der herkömmlichen sozialpolitischen Gesetzgebung einer vergangenen Geschichtsepoche nicht genügen. Die Arbeiterschaft forderte mehr. Die Arbeiterschaft drängte nach der Umwälzung der ganzen Produktionsverfassung. Sozialisierung war das Schlagwort des Tages. Aber das Schlagwort bedeutete im Munde der Arbeiter etwas anderes als im Munde der Bürokraten. Den in der Schule der Kriegswirtschaft erzogenen Bürokraten war Sozialisierung staatliche Organisierung und Reglementierung der Volkswirtschaft. Den Arbeitern bedeutete Sozialisierung etwas ganz anderes. Die Arbeiter wollten nicht mehr lebende Werkzeuge der Unternehmer sein. Der Arbeiter wollte mitherrschen, wo er mitarbeitete; die Industrie mitregieren, in der er mitproduzierte. Sollte auch nur der erste Schritt zur Sozialisierung im Sinne der Arbeiter erfolgen, so galt es vor allem, die Arbeiterschaft jedes Betriebes als ein Ganzes, als eine Gemeinde zu konstituieren und sie mit eigenen Organen auszustatten, die in ihrem Auftrage den Betrieb ihrer Kontrolle, ihrer Mitbestimmung unterwerfen sollen. Dahin drängte die Arbeiterklasse überall. In Rußland hatte der Bolschewismus sofort nach der Oktoberrevolution Betriebsräte als Organe der „Arbeiterkontrolle in den Betrieben" geschaffen. In Deutschland waren Arbeiterausschüsse schon in der Kriegsindustrie entstanden. In England hatte die Whitley-Kommission im Wiederaufbau-

ministerium ein großes Projekt einer Organisation der Industrie entworfen, deren Basis die Works' Commitees bilden sollten. Als in Deutschösterreich nach den Februarwahlen die Sozialisierungskommission eingesetzt und ich zu ihrem Präsidenten gewählt wurde, war es die erste Aufgabe, die ich der Kommission stellte: einen Gesetzentwurf über die Betriebsräte auszuarbeiten. Nach sorgfältigen Vorarbeiten, an denen die Gewerkschaften unter der Führung Huebers, Domes' und Wiedenhofers regen Anteil nahmen, wurde der Entwurf am 24. April in der Nationalversammlung eingebracht, am 15. Mai 1919 von der Nationalversammlung beschlossen.

Deutschösterreich war, von Sowjetrußland abgesehen, der erste Staat, dessen Gesetzgebung Betriebsräte schuf; erst 1920 ist uns das Deutsche Reich, erst 1921 die Tschechoslowakei gefolgt. In Deutschösterreich haben wir die Zeit der Hochflut der mitteleuropäischen Revolution, den Monat, in dem in Budapest und in München zugleich die Sowjetdiktatur herrschte, ausgenützt, um dem Unternehmertum das Betriebsrätegesetz aufzuzwingen; deshalb greift unser Betriebsrätegesetz in mancher Hinsicht tiefer in die kapitalistische Produktionsverfassung ein als die später, in der Zeit abebbender Revolution erlassenen Gesetze Deutschlands und der Tschechoslowakei. Vor allem beschränkt unser Gesetz die Befugnisse der Betriebsräte nicht durch eine taxative Aufzählung. Es gibt den Betriebsräten ohne jede Einschränkung das Recht, die „wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen" der Arbeiter und Angestellten wahrzunehmen; die einzelnen Aufgaben der Betriebsräte zählt es nur beispielsweise auf, aber es beschränkt die Betriebsräte nicht auf die aufgezählten Tätigkeitszweige. So hängt es nur von der Macht der Arbeiterschaft und von der Tüchtigkeit ihrer Betriebsräte ab, wie sie die neue Institution auszunützen vermag.

In der Tat haben sich die Betriebsräte in den verschiedenen Betrieben sehr verschieden entwickelt. In der Industrie und im Gewerbe, wo schon eine alte, gefestigte gewerkschaftliche Organisation bestand, übernahmen die erfahrenen Vertrauensmänner der Gewerkschaften die Funktionen der Betriebsräte. Sie verstanden es sehr bald, das Gesetz auszunützen. Die Bedeutung des Gesetzes bestand hier darin, daß es die Anerkennung der Vertrauensmänner, die vordem von dem Willen des Unternehmers abhing, dem Unternehmer zur Pflicht macht, die Vertrauensmänner gegen Maßregelung wegen ihrer Tätigkeit schützt und den Wirkungskreis der Vertrauensmänner weit über die unmittelbar gewerkschaftlichen Aufgaben hinaus erweitert. Aber das Gesetz schrieb die Institution der Betriebsräte nicht nur den Industrie- und Gewerbebetrieben, sondern Betrieben aller Art vor. In Krankenhäusern und in Theatern, in Gastwirtschaften und in Handelsbetrieben, in den Forsten und in den Steinbrüchen wurden Betriebsräte gewählt. So drang die neue Institution auch in Betriebe ein, in denen es vordem noch keine oder nur eine unentwickelte gewerkschaftliche Organisation gegeben hatte. Hier nun wurde die neue Institution zu einem Hebel der Entwicklung und Ausbreitung der Gewerkschaften. Anderseits freilich fehlte hier zunächst noch ein Stab geschulter Vertrauensmänner, der die neue Institution zweckmäßig zu benützen verstanden hätte; in solchen Betrieben kam daher in der ersten Zeit so mancher Mißgriff und Mißbrauch vor, der erst durch die allmähliche Selbsterziehung der Massen in der Praxis der neuen Institution überwunden werden kann.

Die Entwicklung der Betriebsräte wurde sehr wesentlich durch die Eigenart der Zeit bestimmt, in der sie entstanden. Es war eine Zeit schneller Geldentwertung, die immer wieder die Anpassung der Arbeitslöhne an den sinkenden Geldwert erforderte. Die einander schnell folgenden Lohnbewegungen beanspruchten die Aufmerksamkeit und Arbeitskraft der Betriebsräte und erschwerten es ihnen daher, sich in ihre anderen Tätigkeitszweige einzuarbeiten. In dieser Hinsicht war die Zeit der Entwicklung und Schulung der Betriebsräte sehr ungünstig. Anderseits aber stellte gerade die Zeit der schwersten wirtschaftlichen Zerrüttung den Betriebsräten besondere Aufgaben, deren Erfüllung ihre Bedeutung für den Betrieb und ihre Autorität sowohl gegenüber dem Unternehmer als auch gegenüber den Arbeitern und Angestellten schnell und wesentlich erhöhte.

Vor allem galt es, die zerrüttete Arbeitsdisziplin wiederherzustellen. Die alte autokratische Betriebsdisziplin war zerstört; sollte die Produktion wieder in Gang kommen, so mußte an ihre Stelle eine neue, demokratische Arbeitsdisziplin treten. Gehorchten die Arbeiter nicht mehr willenlos dem Kommando des Betriebsleiters, so mußten sie selbst dafür sorgen, daß sich jeder einzelne Arbeiter der Ordnung des Ganzen, der Notwendigkeit der Produktion einfüge. So wurden die Betriebsräte zu Organen der Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin. Die Gewerbeinspektoren berichten, daß einzelne Betriebsleitungen Betriebsräte wählen ließen, noch bevor das Gesetz in Kraft trat, weil sie nur mit Hilfe der Betriebsräte die gelockerte Arbeitsdisziplin wiederherstellen konnten. Der Wiener Gewerbeinspektor Ingenieur Oßwald schrieb schon in seinem Bericht über das Jahr 1919, daß viele Betriebsräte „Ersprießliches leisten, indem sie ihr Augenmerk auch auf die Hebung der gesunkenen Arbeitsdisziplin richten". Der Wiener Gewerbeinspektor Ingenieur Hauck schreibt in seinem Bericht über das Jahr 1920: „In vielen der größten Unternehmungen halten die Betriebsräte unter der Arbeiterschaft eine strenge Disziplin und unterstützen in dieser Beziehung die Leitungen der Unternehmen. In mehreren Betrieben wurden von seiten der Betriebsräte Geldstrafen für jedwede Lockerung der Disziplin oder für Vergehen gegen die Bestimmungen des Arbeiterschutzes eingeführt. Die Einhebung der Strafen, die Verwaltung der Gelder und deren entsprechende Verwendung besorgt der Betriebsrat."

Selbstverständlich konnte die Arbeitsdisziplin nur allmählich wiederhergestellt werden. Sie wurde wiederhergestellt in dem Maße, als einerseits die Arbeiterschaft den Zustand der Erschöpfung, der Übermüdung, in dem sie aus dem Kriege herausgetreten war, und den Zustand der leidenschaftlichen Erregung, in den sie durch die Revolution gestürzt worden war, überwand, als anderseits bessere Kohlen- und Rohstoffzuschübe wieder eine regelmäßige, ununterbrochene Arbeit, bessere Nahrungsmittelzuschübe wieder eine bessere Ernährung der Arbeiter ermöglichten. Aber war die Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin nur allmählich, nur mit der allmählichen Wiederherstellung ihrer physiologischen, psychologischen und produktionstechnischen Voraussetzungen möglich, so konnte doch diese Möglichkeit in den Groß- und Mittelbetrieben nur mit den Betriebsräten und durch die Betriebsräte ausgenützt werden. Gerade diese ihre Funktion machte die Betriebsräte zu unentbehrlichen Organen der Produktion selbst und sicherte ihnen dadurch eine starke Machtstellung in den Produktions-

stätten. Die Unternehmer mußten den Betriebsräten desto stärkeren Einfluß in den Betrieben einräumen, je mehr sie erkannten, daß nur der Einfluß der Betriebsräte die Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin ermöglichte. So wurde die Anarchie, in die die Revolution die Betriebe gestürzt hatte, allmählich überwunden; aber das Ergebnis ihrer Überwindung ist eine neue Betriebsverfassung, innerhalb derer die Machtstellung der Arbeiterschaft im Betrieb wesentlich erweitert ist, die Arbeiterschaft als Ganzes durch den von ihr gewählten Betriebsrat den Betrieb mitregiert und jeder einzelne Arbeiter in der verstärkten Machtstellung der Gesamtheit die Bürgschaft seiner persönlichen Freiheit, Würde und Wohlfahrt innerhalb des Betriebes findet.

Die Not der Zeit, in der die Betriebsräte entstanden, stellte ihnen noch andere Aufgaben. Vor allem organisierten sie, oft in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften der Arbeiter, die Versorgung der Arbeiter mit Nahrungsmitteln, mit Heizmaterial, mit Volksbekleidungsstoffen. Bald aber begannen sie auch, sich um die Versorgung des Betriebes mit Kohle und Rohstoffen zu kümmern. Die Betriebsräte der Fabriken fuhren in die Kohlenreviere und bewogen dort die Bergarbeiter in Betriebsversammlungen, Überstunden- und Sonntagsarbeit zu leisten, um die Fabriken oder auch um die Volksschulen der Industrieorte mit Kohle zu versorgen; die Betriebsräte der Bergarbeiter kontrollierten dann, daß die in den Überstunden geförderte Kohle auch wirklich dem von ihnen bestimmten Zweck zugeführt werde. In vielen Fällen fuhren die Betriebsräte nach Wien und wandten sich an die in den Staatsämtern tätigen Genossen, um für ihre Industrieorte eine stärkere Zuteilung von Lebensmitteln, für ihre Betriebe stärkere Kohlenzuteilung, Einfuhr- oder Ausfuhrbewilligungen zu erlangen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich unerfahrene Betriebsräte in dieser ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit oft von den Unternehmern mißbrauchen ließen. Trotzdem hatte auch diese Tätigkeit große Bedeutung, indem auch sie einerseits die Betriebsräte den Unternehmern selbst unentbehrlich machte und dadurch ihre Machtstellung gegen die Unternehmer stärkte, indem sie anderseits die Betriebsräte in den Fragen der wirtschaftlichen und technischen Betriebsführung schulte und sie dadurch befähigte und lehrte, ihre Tätigkeit allmählich über den gewerkschaftlichen Aufgabenkreis hinaus auf die Betriebsführung selbst zu erstrecken.

Als später die Lebensmittel- und Kohlennot allmählich überwunden und die zentrale Bewirtschaftung allmählich abgebaut wurde, verlor dieser Wirkungskreis der Betriebsräte freilich an Bedeutung. Dafür aber erschlossen sich den Betriebsräten immer neue Tätigkeitsgebiete. In den Großbetrieben entwickelten sich die Betriebsräte zu großen Verwaltungsorganismen mit eigenen Büros und mit einer oft recht komplizierten Arbeitsteilung innerhalb des Betriebsrates. Der Wiener Gewerbeinspektor Ingenieur Ehrenhofer konnte schon in seinem Bericht über das Jahr 1919 erzählen, daß sich die Betriebsräte der Großbetriebe in Unterausschüsse zu gliedern beginnen, von denen jeder besondere Funktionen auszuüben hat. Die Betriebsverfassung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten sieht vor, daß jeder Betriebsrat je einen Referenten für betriebstechnische Fragen, für den Arbeiterschutz, für Lohn- und Akkordfragen und für Steuerwesen wählen und besondere Unterausschüsse für Organisation und Bilanz, für Wohl-

fahrtseinrichtungen und für das Lehrlingswesen einzusetzen habe. Auch diese Gliederung erschöpft den Wirkungskreis der Betriebsräte keineswegs. So haben zum Beispiel viele Betriebsräte auch Betriebsbibliotheken angelegt und Unterrichtskurse organisiert; der Betriebsrat der gemeinwirtschaftlichen Anstalt „Österreichische Werke" hat sogar die Leitung einer Fachschule für Maschinenbau, die Arbeiter zu Werkmeistern ausbildet, übernommen.

Selbstverständlich können die Betriebsräte nur allmählich die Erfahrungen und Kenntnisse erwerben, die sie brauchen, um ihre mannigfachen Funktionen mit Erfolg zu versehen. Die Berichte der Gewerbeinspektoren liefern Beispiele auch dafür, wie die Betriebsräte allmählich zur Erfüllung ihrer Aufgaben heranreifen. So kehrt in den Berichten über das Jahr 1919 die Klage immer wieder, daß die Betriebsräte den Fragen der Gewerbehygiene und der Unfallverhütung wenig Verständnis entgegenbringen. Dagegen schreibt schon 1920 der Wiener Gewerbeinspektor Ingenieur Naske: „Die wertvolle Mitarbeit der Betriebsräte bei Vornahme der Inspektionen verdient es, anerkennend hervorgehoben zu werden; nicht allein, daß die Anwesenheit der Betriebsräte bei Inspektionen das Verantwortungsgefühl der Gewerbeinhaber hebt und die Verbindlichkeit der Unternehmer gegenüber ihren Arbeitern in wirksamer Weise festgelegt erscheint, übernehmen die anwesenden Arbeitervertreter gleichzeitig in der Regel die Gewähr, daß die vom Gewerbeinspektor getroffenen Maßnahmen auch wirklich zur Durchführung gelangen, ohne daß es notwendig wäre, von Amts wegen einen besonderen Druck auf die Gewerbeinhaber ausüben zu müssen. Die Betriebsräte bilden aber auch aus dem Grunde eine wertvolle Unterstützung für den amtierenden Gewerbeinspektor, weil sie, mit den örtlichen Verhältnissen besonders gut vertraut, auf Gefahren aufmerksam zu machen in der Lage sind, welche unter Umständen dem Gewerbeinspektor leicht entgehen können. Es hat sich auch öfter ereignet, daß Betriebsräte sich schriftlich an das Amt gewandt haben und um Abstellung dieser Übelstände ersuchten." Ähnlich urteilte in dem Bericht über 1920 auch der Wiener-Neustädter Gewerbeinspektor Ingenieur Astolfi, während die Inspektoren aus Gebieten mit rückständigerer Arbeiterschaft, zum Beispiel der Vorarlberger Inspektor Ingenieur Eberl, noch erzählen, daß die Betriebsräte die Fragen des technischen Arbeiterschutzes noch nicht zu würdigen verstehen.

Die Entwicklung der Betriebsräte hängt in sehr hohem Maße auch von der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Angestellten ab. Die Verschiedenheiten der Erziehung, der Lebensweise, der politischen Ansichten und die Tatsache, daß der Angestellte dem Arbeiter als Vorgesetzter gegenübersteht, dem Arbeiter gegenüber Unternehmerfunktionen auszuüben hat, erschweren jenes enge Zusammenwirken zwischen den Betriebsräten der Arbeiter und der Angestellten, das allein einerseits den Angestelltenbetriebsräten die starke Stütze der Arbeiterschaft sichern, anderseits die höheren technischen und kommerziellen Kenntnisse der Angestellten in den Dienst der Arbeiterbetriebsräte stellen kann. Auch diese Schwierigkeiten können nur allmählich, nur durch die Selbsterziehung der Betriebsräte im Prozeß ihrer Tätigkeit überwunden werden.

So stehen die Betriebsräte erst am Anfang ihrer Entwicklung. Die Revolution hat nur die Institution der Betriebsräte schaffen können; die

Entfaltung der Keime, die in dieser Institution gelegen sind, kann nur in der Praxis der Betriebsräte erfolgen. Nur in allmählicher Entwicklung, allmählicher Selbsterziehung in der Praxis der Betriebsratstätigkeit wird die Arbeiterschaft aus ihrem Schoße einen Stab geschulter Vertrauensmänner hervorbringen können, der zur vollen Ausnützung der neuen Institution befähigt sein wird. Diese Selbsterziehung der Arbeiterschaft in der und durch die Betriebsratspraxis schafft aber erst die Voraussetzungen einer sozialistischen Produktionsverfassung. Das Beispiel Rußlands, wo die nach der Oktoberrevolution anfänglich versuchte demokratische Betriebsverfassung so schnell einem bürokratischen Staatskapitalismus weichen mußte, beweist, daß nur ein bürokratischer Staatssozialismus, der den Despotismus des Unternehmers bloß durch den Despotismus des Bürokraten ersetzt, möglich ist, solange sich die Arbeiterschaft die Fähigkeit zur Selbstregierung in ihrem Arbeitsprozeß noch nicht erworben hat. Der demokratische Sozialismus, der Sozialismus, den die Arbeiterschaft meint und will, der Sozialismus, der das Selbstbestimmungsrecht der Arbeitenden in ihrem Arbeitsprozeß verwirklicht, ist erst möglich, wenn die Arbeiterschaft die Produktion zu regieren vermag, ohne die Produktion zu zerstören. Als die große Schule der proletarischen Selbstregierung im Produktionsprozeß sind die Betriebsräte eine Vorstufe der sozialistischen Produktionsweise. Darum bedeutet die Entstehung und Entwicklung der Betriebsräte für die Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaftsordnung weit mehr als jede gewaltsame Expropriation, wenn ihr Ergebnis nichts als bürokratisch regierte Staats- oder Gemeindebetriebe sind.

Die Kriegswirtschaft hatte die kapitalistischen Unternehmungen unter bürokratischer Oberleitung syndiziert und diese kapitalistisch-bürokratischen Zwangssyndikate zum Requisitionsapparat für die Bedürfnisse des Heeres gemacht. Sie hatte die einzelnen kapitalistischen Unternehmungen militarisiert, die Zwangsgewalt der militärischen Bürokratie in den Dienst der Kapitalsherrschaft, die Kapitalsherrschaft in den Dienst der militärischen Zwangsorganisation gestellt. In beiden Formen waren kapitalistisches Unternehmen und staatliche Bürokratie gegen die Arbeiterklasse verbündet. Die Auflehnung der Arbeitermassen richtete sich gegen beide Mächte: sowohl gegen das kapitalistische Unternehmertum als auch gegen die staatliche Bürokratie. War das erste Resultat der Auflehnung gegen die Herrschaft des kapitalistischen Unternehmertums die Institution der Betriebsräte, so war das erste Resultat der Auflehnung gegen die Herrschaft der staatlichen Bürokratie die den Betriebsräten analoge Institution der Personalvertretungen, die zunächst in den staatlichen Verkehrsbetrieben geschaffen wurden und auf die Verwaltung dieser Betriebe überaus starken Einfluß erlangten. Aber beide Institutionen genügten den Arbeitermassen nicht. Die Arbeiterklasse drängte nach der Sozialisierung der Industrie; die Sozialisierung sollte die Industrie von der Herrschaft des kapitalistischen Unternehmers befreien, ohne sie doch der Herrschaft der staatlichen Bürokratie zu unterwerfen. Es galt, eine Betriebsverfassung zu finden, die weder kapitalistisch noch bürokratisch sein sollte. Das war die Aufgabe, die ich zunächst in einigen Zeitungsartikeln zu lösen versuchte, die zuerst in der „Arbeiter-Zeitung“ erschienen sind, später unter dem Titel „Der Weg zum Sozialismus“ als Broschüre herausgegeben wurden. Der Organisationsplan,

den ich in jenen Zeitungsartikeln entwarf, war angeregt einerseits durch den englischen Gildensozialismus, dessen Grundgedanken ich schon vor dem Kriege aus G. D. H. Cole's „The world of labour" (London 1913) kennengelernt hatte, anderseits durch die ursprünglichen Organisationsversuche des russischen Bolschewismus, wie sie der Kongreß der Volkswirtschaftsräte im Mai 1918 formuliert hatte. Beide hatten die Verwaltung der sozialisierten Industrie gründen wollen auf die Kooperation des Staates als des Vertreters der Gesamtheit und der Gewerkschaft als der Vertreterin der Sonderinteressen der in dem sozialisierten Industriezweig tätigen Arbeiter und Angestellten. Mein Organisationsplan schaltete in diese Kooperation als drittes gleichberechtigtes Glied die Organisation der Konsumenten ein. Ich schlug vor, daß jeder sozialisierte Industriezweig von einer besonderen Verwaltungskörperschaft verwaltet werden solle, die zusammenzusetzen sei aus Vertretern der Arbeiter und Angestellten, die in dem Industriezweig arbeiten, aus Vertretern der Konsumenten, für die der Industriezweig arbeitet, und aus Vertretern des Staates als Schiedsrichters zwischen den widerstreitenden Interessen der Produzenten und der Konsumenten. Ähnliche Vorschläge sind damals überall aufgetaucht, wo die Arbeiterschaft den Kampf um die Sozialisierung begann; so in dem von der deutschen Sozialisierungskommission entworfenen Plan einer „Deutschen Kohlengemeinschaft", in dem Organisationsplan Mr. Justice Sankey's für den britischen Kohlenbergbau, in dem „Plum-Plan" für die Organisation der Eisenbahnen der Vereinigten Staaten von Amerika, in dem Vorschlag der Confédération Générale du Travail über die Sozialisierung der französischen Eisenbahnen, später auch in den Organisationsplänen, die Sidney und Beatrice Webb in ihrer „Constitution for the socialist commonwealth" (London 1920) entwarfen. Blieb es aber dort überall bei bloßen Projekten, so konnten wir in Deutschösterreich zur Verwirklichung dieser Projekte, wenngleich vorerst nur in bescheidenem Ausmaß, übergehen.

Nachdem ich die Leitung der Sozialisierungskommission übernommen hatte, unternahm ich es zunächst, die Rechtsform für die von mir vorgeschlagene neue Unternehmungsform zu schaffen. Zu diesem Zwecke legte ich der Nationalversammlung gleichzeitig mit dem Entwurf des Betriebsrätegesetzes auch einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen vor; der Gesetzentwurf wurde im Sozialisierungsausschuß der Nationalversammlung sorgfältig umgearbeitet und am 29. Juli 1919 von der Nationalversammlung beschlossen. Sobald damit die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen waren, gingen wir daran, die neue Unternehmungsform zu erproben.

Es waren praktische, aus der Auflösung der Kriegswirtschaft hervorgegangene Bedürfnisse, die die neue Unternehmungsform heischten. Die Republik hatte viele große Betriebe geerbt, die Eigentum des Heeresärars gewesen waren und unter militärischer Leitung für den Kriegsbedarf gearbeitet hatten. Nach dem Waffenstillstand waren diese Betriebe von der Zivilverwaltung übernommen worden; die „Generaldirektion der staatlichen Industriewerke" übernahm ihre Leitung. Aber die bürokratische Leitung verstand es nicht, die Kriegsbetriebe zur Friedensproduktion überzuführen. Sie lieferte einen großen Teil der wertvollen Rohstoffe, die in den Betrieben aufgehäuft waren, dem Schiebertum aus. Sie entließ die Arbeiter nicht, um

die Zahl der Arbeitslosen nicht zu vergrößern, aber sie versuchte es nicht, sie produktiv zu beschäftigen. So wurden die Betriebe zu einer schweren Last für den Staat. Die Betriebe an das Privatkapital zu verpachten oder zu verkaufen, war nicht ratsam; in einer Zeit, in der der Unternehmungsgeist gelähmt war, die Betriebe mit Riesendefiziten belastet waren und die schnelle Geldentwertung jede Bewertung der wertvollen Betriebsanlagen unmöglich machte und jeden Kaufschilling, den der Staat vereinbarte, schnell entwertete, hätte die Veräußerung der Betriebe die Vergeudung wertvollen Staatsbesitzes bedeutet. Aber ebenso unmöglich war es auch, die Betriebe in den Händen der technisch und kommerziell unfähigen bürokratischen Leitung zu lassen. So forderte der jämmerliche Zustand, in den die staatlichen Kriegsindustriebetriebe geraten waren, eine neue Unternehmungsform, die die Betriebe im öffentlichen Eigentum erhalten, ihnen aber eine kommerziell bewegliche, von der bürokratischen Zwangsjacke freie Leitung geben mußte. Und an dieser Leitung mußte die Arbeiterschaft der Kriegsindustriebetriebe starken Anteil haben. Nach dem Umsturz hatten die Arbeiter der Kriegsindustrie, um ihre Arbeitsstellen besorgt, die Betriebe gegen die Plünderung durch das mit der Bürokratie zusammenspielende Schiebertum verteidigt. Die Arbeiterschaft hatte die Betriebsanlagen und die Rohstoffvorräte für den Staat gerettet. Die Arbeiterschaft hatte, da die bürokratische Verwaltung die Betriebe nicht zu leiten, die Ordnung in ihnen nicht wiederherzustellen vermochte, die Macht über die Betriebe immer mehr an sich gerissen. Es war daher offenbar, daß die Betriebe nur unter tätiger Teilnahme der Betriebsräte zu geordneter Produktion zurückgeführt werden konnten. Die unmittelbare Beteiligung der Betriebsräte an der Verwaltung der Betriebe war also unabweisbar. So drängten die praktischen Bedürfnisse hier nach der neuen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungsform.

Wir machten den ersten Versuch im kleinen Maßstab. Die erste „gemeinwirtschaftliche Anstalt", die wir gründeten, waren die „Vereinigten Leder- und Schuhfabriken". Sie wurden vom Staat gemeinsam mit der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine als der Vertreterin der proletarischen Konsumenten und der Landwirtschaftlichen Warenverkehrsstelle als der Vertreterin der bäuerlichen Konsumenten begründet. Der Staat brachte seine Schuhfabrik in Brunn a. G. ein; die beiden Konsumentenorganisationen stellten das Betriebskapital bei und übernahmen den Vertrieb der Erzeugnisse. Die „Anstaltsversammlung", die die oberste Leitung der Anstalt besorgt und die Geschäftsleitung einsetzt, ist zusammengesetzt aus Vertretern des Staates, aus Vertretern der beiden Konsumentenorganisationen und aus Vertretern des Betriebsrates und der Gewerkschaft der Arbeiter, die in dem Betrieb arbeiten. Diese erste Gründung hatte durchschlagenden Erfolg. Binnen kurzem gelang es, die Produktion in Gang zu bringen und die Arbeit zu intensivieren. Schon die erste Jahresbilanz wies einen bedeutenden Reingewinn aus. Ebenso gut war der Erfolg der zweiten Gründung, die sofort folgte: der „Österreichischen Heilmittelstelle", die, vom Staat gemeinsam mit dem Wiener Krankenanstaltenfonds und den Krankenkassen gegründet, den Betrieb der ehemaligen Militärmedikamentendirektion übernahm. Sie hat die Versorgung der öffentlichen Heil- und Pflegeanstalten mit Arznei-

mitteln und Heilbehelfen organisiert und durch die Einführung ihrer abgepackten Arzneimittel die allgemeine Heilmittelversorgung reformiert. Die Erfolge dieser beiden ersten gemeinwirtschaftlichen Anstalten ermutigten zur Fortführung der Arbeit. Sie wurde, nachdem ich bei der Bildung der zweiten Koalitionsregierung im Oktober 1919 die Leitung der Sozialisierungskommission niedergelegt hatte, von Ellenbogen als Präsidenten der Sozialisierungskommission und von dem Oberbaurat Ried als dem Leiter ihres Büros mit großem Eifer fortgesetzt. So entstand allmählich ein ganzes System gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen.

Einige kriegsärarische Betriebe wurden zur Gänze gemeinwirtschaftlichen Anstalten übergeben; so die großen Industrieanlagen des Wiener Arsenals der gemeinwirtschaftlichen Anstalt „Österreichische Werke", der Betrieb in Puntigam den „Steirischen Fahrzeugwerken". In anderen Fällen wurden die kriegsärarischen Industrieterrains gemeinwirtschaftlichen Anstalten übergeben, die aber die einzelnen Betriebe gemischtwirtschaftlichen, gemeinsam mit dem Privatkapital gegründeten und betriebenen Unternehmungen übergaben; so geschah es, in verschiedenen Formen, in Blumau und in Fischamend. Daneben entstanden gemeinwirtschaftliche Anstalten, die nicht auf ehemals kriegswirtschaftliche Betriebe gegründet sind, sondern neuerstandenen Bedürfnissen dienen; so die „Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt" und die gemeinwirtschaftliche Anstalt „Holzmarkt". Endlich wurden auch Unternehmungen gebildet, die der Rechtsform nach nicht gemeinwirtschaftliche Anstalten, sondern Aktiengesellschaften sind, aber in gleicher oder ähnlicher Weise zusammengesetzt sind wie die gemeinwirtschaftlichen Anstalten; so zum Beispiel die Wäsche- und Bekleidungs-A.-G., die vom Staat gemeinsam mit der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine und der Landwirtschaftlichen Warenverkehrsstelle betrieben wird, und die von der Gemeinde Wien gemeinsam mit der Großeinkaufsgesellschaft betriebene „Wiener Holz- und Kohlengesellschaft".

So schuf die Revolution eine neue Unternehmungsform. Hatte man vorher die bürokratisch geleiteten Staats- und Gemeindebetriebe auf der einen, die Produktionsbetriebe der Konsumgenossenschaften auf der anderen Seite gekannt, so entstand hier nun eine Mischform: die gemeinwirtschaftliche Anstalt wird in der Regel vom Staat (oder von einer Gemeinde) gemeinsam mit konsumgenossenschaftlichen Unternehmungen geleitet. Der Staat stellt die Betriebsanlagen, die Konsumgenossenschaft stellt kaufmännisch geschulte Betriebsleiter bei und sie organisiert den Absatz der Erzeugnisse. In diese Kooperation des Staates mit den konsumgenossenschaftlichen Organisationen fügen sich aber als wesentliches Glied die Betriebsräte und Gewerkschaften der in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten ein. Sie sind nicht nur in der Anstaltsversammlung, sondern oft auch in der Geschäftsleitung selbst unmittelbar vertreten, sie haben daher hier viel unmittelbareren Einfluß auf die Geschäftsführung als in den Staats- und Gemeindebetrieben einerseits, den Produktionsbetrieben der Konsumgenossenschaften anderseits. Der Gedanke der unmittelbaren Kontrolle der Industrie durch die in ihr tätigen Arbeiter und Angestellten hat hier eine über den Rahmen des Betriebsrätegesetzes weit hinausgehende Verwirklichung gefunden. Die Machtverhältnisse zwischen den drei Partnern der Gemeinwirtschaft sind in den einzelnen

Anstalten verschieden. In den Anstalten, die unmittelbar für den Bedarf öffentlicher Körperschaften arbeiten — so zum Beispiel in der Heilmittelstelle oder in der Wiener Holz- und Kohlengesellschaft — überwiegt der Einfluß der öffentlichen Körperschaften, des Staates oder der Gemeinde. In den Anstalten, die unmittelbar für den Bedarf der Genossenschaften arbeiten — so zum Beispiel in den Vereinigten Leder- und Schuhfabriken und in der Siedlungs- und Baustoffanstalt — überwiegt der Einfluß der Genossenschaften. In den Anstalten, die im freien Wettbewerb mit den kapitalistischen Unternehmungen für den freien Markt arbeiten — wie vor allem die Österreichischen Werke — überwiegt der Einfluß der Gewerkschaften und der Betriebsräte. In allen Fällen aber ist die Gemeinwirtschaft das Mittel gewesen, an die Stelle der bürokratischen Alleinherrschaft über die öffentlichen Betriebe ihre Mitverwaltung durch proletarische Organisationen, durch Genossenschaften auf der einen, Betriebsräte und Gewerkschaften auf der anderen Seite zu setzen. Freilich, nicht durch proletarische Organisationen allein. Denn in allen Anstalten finden wir neben der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine auch die von den landwirtschaftlichen Genossenschaften mitkontrollierte Warenverkehrsstelle; damit hat der Gedanke der Kooperation der Arbeiter mit den Bauern, der der ersten Koalitionsregierung zugrunde lag, seine wirtschaftliche Anwendung gefunden und damit wurde zugleich der Versuch unternommen, die Bauern für die „sozialisierten" Unternehmungen zu interessieren und sie dadurch für den Gedanken der Sozialisierung zu gewinnen.

Die gemeinwirtschaftlichen Anstalten hatten und haben überaus große Schwierigkeiten zu überwinden. Die Betriebe, die sie übernommen haben, waren ausschließlich der Befriedigung des Kriegsbedarfes angepaßt gewesen; sie können nur mit sehr großen Schwierigkeiten und Kosten auf die Friedensproduktion umgestellt werden. So haben zum Beispiel die Österreichischen Werke eine große Kanonenfabrik übernommen; die Betriebe, die nun nicht mehr zu ihrem ursprünglichen Zwecke verwendet werden können, mußten sie nun den verschiedensten neuen Zwecken anpassen. Aus der Kanonenfabrik gingen so allmählich eine Werkzeugmaschinenfabrik, ein Jagdwaffenfabrik, eine Erzeugungsstätte landwirtschaftlicher Maschinen, eine Kraftwagenfabrik, eine Bau- und Möbeltischlerei hervor. Dabei fehlte es den Anstalten an Kapital, diese Umstellung schnell durchzuführen. Die Anstalten waren in einer Zeit schneller Geldentwertung entstanden. In einer solchen Zeit muß jede industrielle Unternehmung ihr Betriebskapital immer wieder erhöhen. Die kapitalistische Aktiengesellschaft tut dies, indem sie von Zeit zu Zeit neue Aktien ausgibt und indem sie den Bankkredit stärker in Anspruch nimmt. Für die gemeinwirtschaftlichen Anstalten waren beide Wege nicht gangbar. Sie können natürlich keine Aktien ausgeben. Das Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen hatte ihnen allerdings das Recht eingeräumt, festverzinsliche Obligationen auszugeben. Aber die Begebung festverzinslicher Obligationen ist in einer Zeit schneller Geldentwertung unmöglich. Der § 8 des Gesetzes gab allerdings dem Staatssekretär für Finanzen das Recht, die Banken zu zwingen, daß sie einen vom Staatssekretär bestimmten Teil ihrer fremden Gelder und ihrer Reservefonds in Schuldverschreibungen der gemeinwirtschaftlichen Anstalten anlegen. Aber die Regierungen haben sich

nie entschlossen, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Aber auch in anderen Formen konnten die gemeinwirtschaftlichen Anstalten hinreichenden Bankkredit nicht bekommen. Die Banken gewähren Kredit den Unternehmungen, an denen sie beteiligt sind und die sie kontrollieren; den Anstalten, die ihrer Kontrolle nicht unterworfen sind, verweigerten sie den Kredit um so mehr, da die ständige feindliche Agitation der kapitalistischen Presse das Vertrauen zu diesen Unternehmungen erschütterte. So waren die gemeinwirtschaftlichen Anstalten darauf angewiesen, immer wieder vom Staat Zuschüsse zu ihrem Betriebskapital zu verlangen. Infolge der Notwendigkeit, ihr Betriebskapital zu vergrößern, blieben sie auf Staatszuschüsse angewiesen, obwohl ihre Bilanzen schon am Ende des ersten Geschäftsjahres nicht unbeträchtliche Reinerträgnisse auswiesen. Der Staat aber, in ärgster Finanznot, konnte den Geldbedarf der Anstalten immer nur unzureichend befriedigen; dadurch wurde ihre Entwicklung, wurde besonders die Durchführung der zur Umstellung auf die Friedensproduktion erforderlichen Investitionen verlangsamt. Die Anstalten sahen sich gezwungen, einzelne ihrer Betriebe, die sie infolge ihrer Geldnot nicht in Gang setzen konnten, an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, die sie mit privaten Kapitalisten zusammen begründeten, zu übertragen. So konnte zum Beispiel das Stahlwerk des Arsenals nur auf diese Weise in Gang gebracht werden. Auf diese Weise entwickelten sich mannigfache Verbindungen und Mischformen zwischen den gemeinwirtschaftlichen Anstalten und kapitalistischen Unternehmungen. Diese finanziellen Schwierigkeiten werden wohl überwunden werden, wenn der Geldwert nicht weiter sinkt. Aber erst die Erfahrung wird zeigen können, wie die noch nicht hinreichend gefestigten Anstalten die Gefahren der Absatzkrise bestehen werden, die der Stabilisierung des Geldwertes gefolgt ist.

Aber wenn auch die Schwierigkeiten der Anfänge der Gemeinwirtschaft noch keineswegs als überwunden gelten können, so hat sich doch die gemeinwirtschaftliche Unternehmungsform der bürokratischen schon jetzt unzweifelhaft überlegen erwiesen. Die Kriegsindustriebetriebe gewannen sofort ein ganz anderes Aussehen, sobald sie aus den Händen der bürokratischen „Generaldirektion der staatlichen Industriewerke" in die Hände der gemeinwirtschaftlichen Anstalten übergingen. Die Leitung wurde kaufmännisch beweglich, die Produktion wurde in Gang gebracht, Arbeitsintensität und Arbeitsdisziplin wurden unter tätiger Mitwirkung der Betriebsräte und Gewerkschaften schnell verbessert, die Betriebsdefizite, die unter der bürokratischen Leitung überaus groß gewesen waren, sehr schnell reduziert. Gelingt es, die Anstalten mit hinreichendem Betriebs- und Investitionskapital auszustatten, dann ist ihre Lebens- und Leistungsfähigkeit nicht zu bezweifeln.

Das Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen hatte den Anstalten auch die Möglichkeit zu sichern gesucht, ihren Einfluß über ihre eigenen Betriebe hinaus zu erstrecken, in die kapitalistischen Unternehmungen einzudringen. Der § 37 des Gesetzes gibt der Staatsverwaltung das Recht, bei der Gründung von Aktiengesellschaften und bei Kapitalserhöhungen der Aktiengesellschaften eine Beteiligung am Gesellschaftskapital bis zur Hälfte zu Bedingungen zu verlangen, die nicht ungünstiger sein dürfen als die bevorzugten Bedingungen, zu denen die neuen Aktien

den Gründern der Aktiengesellschaft oder den Inhabern der alten Aktien überlassen werden. In einer Zeit, in der die Geldentwertung alle Aktiengesellschaften immer wieder zur Erhöhung ihres Aktienkapitals zwang, konnte diese Bestimmung benützt werden, um einerseits dem Staat oder den vom Staat errichteten gemeinwirtschaftlichen Anstalten Beteiligungen an kapitalistischen Unternehmungen zu erzwingen, um anderseits den „Gründergewinn", der bei dem Bezug neuer Aktien zu den begünstigten Bedingungen erlangt wird, dem Privatkapital zu entziehen und ihn dem Gemeinwesen zuzuführen. Die Finanznot hat es freilich dem Staat zunächst unmöglich gemacht, das Recht des § 37 wirksam auszunützen. Später aber hat die Gemeinde Wien den § 37 benützt, um Beteiligungen an vielen industriellen Unternehmungen zu erwerben; und auch den gemeinwirtschaftlichen Anstalten konnten mittels des § 37 in einigen Fällen Beteiligungen an Aktiengesellschaften zu begünstigten Bedingungen erworben werden. So haben zum Beispiel die Vereinigten Leder- und Schuhfabriken Beteiligungen an einer großen Lederfabrik und an einer kapitalistischen Schuhfabrik erworben. Wenn erst einerseits die finanzielle Kraft der gemeinwirtschaftlichen Anstalten stärker wird, anderseits die politische Macht der Arbeiterklasse die regelmäßige, planmäßige Anwendung des § 37 durchsetzt, kann der § 37 zu einem Mittel werden, die kapitalistischen Unternehmungen selbst einer sich allmählich verstärkenden Kontrolle durch die gemeinwirtschaftlichen Anstalten zu unterwerfen.

Die Gemeinwirtschaft ist heute schon in viele Industriezweige eingedrungen: in die Metall- und Maschinenindustrie durch die Österreichischen Werke und die Steirischen Fahrzeugwerke, in die chemische Industrie durch die Heilmittelstelle und die Blumauer gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, in die Holzindustrie durch die Wiener Holzwerke, die von den Österreichischen Werken gemeinsam mit der Siedlungs- und Baustoffanstalt begründet wurden und die Tischlerei im Arsenal betreiben, in die Textilindustrie durch die Wäsche- und Bekleidungs-A.-G., die Webereien in den ehemaligen Militärbetrieben in Brunn a. G. und in Fischamend in Gang gebracht hat, in die Bauindustrie durch die Siedlungs- und Baustoffanstalt. So sind innerhalb aller dieser Industrien gemeinwirtschaftliche Keimzellen entstanden, die, wenn sie hinreichende Wachstumsenergie zu entfalten vermögen, allmählich auf Kosten der kapitalistischen Industrie Raum gewinnen und die kapitalistische Industrie durchdringen können. Vor allem aber bieten die gemeinwirtschaftlichen Anstalten die Möglichkeit, allmählich die Methoden der gemeinwirtschaftlichen Verwaltung dieser Industriezweige zu erarbeiten und allmählich Staatsbeamte, Genossenschafter und Gewerkschafter zur gemeinwirtschaftlichen Verwaltung dieser Industriezweige zu erziehen. Und das ist wohl die wichtigste Funktion dieses gemeinwirtschaftlichen Aufbaus im Entwicklungsgang zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Arbeiterklasse kann nicht, ohne die Produktion zu zerstören, die Kapitalisten expropriieren, solange sie nicht selbst die Fähigkeiten besitzt, die expropriierten Produktionsmittel zu verwalten; diese Fähigkeiten zu entwickeln, die Methoden zweckmäßiger gemeinwirtschaftlicher Verwaltung der Industrie zu finden, einen zu dieser

Aufgabe der Gemeinwirtschaft, die sich im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt.

Der stürmischen Zeit, in der das Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen entstanden ist, konnte freilich eine so langsame Entwicklung der Elemente der sozialistischen Zukunft nicht genügen. In den Winter- und Frühjahrsmonaten 1919, in der Zeit der großen Kämpfe um Rätediktatur und Sozialisierung in Deutschland, in der Zeit der Rätediktatur in Ungarn, drängten die Massen auch in Deutschösterreich nach der Sozialisierung der Privatindustrie und auch wir konnten nicht voraussehen, ob nicht Siege der Sozialisierungsbewegung in den Nachbarstaaten auch in unserem Lande die Sozialisierung einzelner Zweige der Produktion möglich und notwendig machen werden. In der Sozialisierungskommission und in ihrem Büro wurden unter der Leitung des Heidelberger Professors Emil Lederer Projekte für die Sozialisierung einzelner Produktionszweige ausgearbeitet. Wir nahmen zunächst die Sozialisierung der großen Eisenindustrie, des großen Forstbesitzes, des Großhandels mit Kohle und des Kohlenbergbaus in Aussicht und entwarfen ein Projekt, den Ausbau der Wasserkräfte in gemeinwirtschaftlichen Formen durchzuführen. Das Gemeinwesen sollte also zunächst die Verfügung über die beiden wichtigsten Rohstoffe, Eisen und Holz, und über die beiden wichtigsten Energiequellen, Kohle und Wasserkraft, an sich ziehen. Aber schon im Verlauf des Sommers 1919 wurde immer deutlicher erkennbar, daß sich der Verwirklichung dieser Projekte unüberwindliche Hindernisse entgegentürmten.

Der Widerstand der Kapitalisten gegen die Expropriation einiger Produktionszweige fand zunächst im Länderpartikularismus einen mächtigen Bundesgenossen. Die Landesregierungen von Steiermark und von Kärnten verlangten, daß die Eisenindustrie nicht durch den Staat sozialisiert, sondern verländert werde. Alle Landesregierungen erklärten, daß ein jedes Land allein über seine Wasserkräfte verfügen könne. Der Sozialisierung des Forstbesitzes stellten die Länder ganz entgegengesetzte Pläne gegenüber; sie gingen daran, durch Landesgesetze die bäuerlichen Servituten auf den Staatsforsten gegen Abtretung von Boden abzulösen, also die Forste, statt sie zu sozialisieren, auf die Bauern zu verteilen. Dieser Widerstand der Länder hat die Verhandlungen über die Sozialisierung gerade in der für sie günstigsten Zeit in die Länge gezogen. Indessen aber wurden viel schwerere Hindernisse anderen Ursprungs wirksam.

Wir hatten als erste Aktion die Sozialisierung der Eisenindustrie ins Auge gefaßt; sie mußte mit der Sozialisierung der Alpinen Montangesellschaft beginnen. Die Bedingungen für sie waren günstig. Die Prager Eisenindustriegesellschaft hatte ihren Besitz an Alpineaktien abgestoßen; die Gesellschaft war nunmehr zur Gänze im Besitz deutschösterreichischer Kapitalisten. Der Kurs der Aktien war sehr niedrig; wir wären bei voller Entschädigung der Aktionäre sehr billig in den Besitz des Unternehmens gekommen. Aber die bereits in Angriff genommene Aktion wurde durch eine Gegenaktion, die von einem Mitglied der Regierung selbst ermöglicht und gefördert wurde, durchkreuzt. Professor Schumpeter, der Staatssekretär für Finanzen der ersten Koalitionsregierung, war ein entschiedener Anhänger der Sozialisierung gewesen. Er hatte in den ersten Revolutionswochen mit dem Bolschewismus kokettiert, hatte dann an den Arbeiten der

Berliner Sozialisierungskommission regen Anteil genommen und hatte damals in Berlin, aber auch später noch, in der Zeit der ungarischen Rätediktatur, in Wien die Sozialisierungspolitik der Sozialdemokratie nicht selten als nicht energisch und nicht radikal genug bekämpft. Aber sehr bald vollzog er eine vollständige Wendung. Er hatte Beziehungen zu dem Wiener Bankier Richard Kola angeknüpft; Kola unternahm in Schumpeters Auftrag eine Stützungsaktion für die deutschösterreichische Krone und kaufte für das Staatsamt für Finanzen ausländische Zahlungsmittel auf. In Schumpeters Auftrag fuhr Kola nach Zürich; dort vereinbarte er mit einer italienischen Finanzgruppe eine große Transaktion: Kola begann die Aktien der Alpinen Montangesellschaft für eine italienische Finanzgruppe aufzukaufen. Schumpeter unterstützte diese Aktion seines Bankiers, weil Kola die Lire, die er für die Alpineaktien löste, dem Finanzamt ablieferte, das ausländische Zahlungsmittel zur Bezahlung der Lebensmittel- und Kohlenbezüge dringend brauchte. Schumpeter unterstützte diese Aktion, obwohl er wußte, daß wir die Sozialisierung der Alpinen Montangesellschaft in Aussicht genommen hatten. Er unterstützte sie, ohne die anderen Regierungsmitglieder von ihr zu verständigen. Wir erfuhren von der ganzen Transaktion erst, als ihr Fortgang nicht mehr zu hindern war. Dieses Vorgehen Schumpeters führte zu einem heftigen Konflikt innerhalb der Koalitionsregierung, in dem Schumpeter die Unterstützung der Wiener Christlichsozialen suchte und fand; dieser Konflikt endete damit, daß Schumpeter bei der Wahl der zweiten Koalitionsregierung ausgeschieden wurde. Das Ergebnis dieser Aktion Schumpeters aber war, daß uns in der Alpinen Montangesellschaft nunmehr ausländisches Kapital gegenüberstand. Nun trat der italienische General, der an der Spitze der interalliierten Waffenstillstandskommission in Wien stand, ganz offen als Sachwalter der italienischen Aktionäre der Alpinen Montangesellschaft auf. Als die deutschösterreichische Regierung junge Aktien, die die Alpine Montangesellschaft ausgegeben hatte, auf Grund des § 37 des Gesetzes über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen beanspruchte, erzwang die italienische Regierung den Verkauf der angeforderten Aktien an eine italienische Bankengruppe. So war an die Sozialisierung der Alpinen Montangesellschaft nicht mehr zu denken, sobald sie in italienische Hände gefallen war. Der dem Ausland gegenüber so schwache Staat konnte es nicht wagen, ausländische Kapitalisten zu enteignen.

Aber auch unsere anderen Sozialisierungsprojekte stießen auf Hindernisse, die im Ausland ihren Ursprung hatten. Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft hätte in Deutschösterreich nicht von unserem Kohlenbergbau, der ja nur einen kleinen Teil des Bedarfes deckt, sondern von dem Großhandel mit Kohle ausgehen müssen. Die in der Kriegszeit geschaffene Kohlenbewirtschaftung hätte von einer gemeinwirtschaftlichen Anstalt übernommen werden müssen. Indessen war die staatliche Kohlenbewirtschaftung damals nicht imstande, den Kohlenbedarf zu decken, während sich private Unternehmer durch Ausnützung individueller geschäftlicher Beziehungen in der Tschechoslowakei und in Oberschlesien auf Schleichwegen Kohle beschaffen konnten, die dem Staat nicht erreichbar war. Insbesondere die Handelsunternehmungen, an denen die

oberschlesischen Kohlengroßhändler selbst beteiligt waren, waren für unsere Kohlenversorgung kaum entbehrlich. Unter diesen Verhältnissen hätte die Monopolisierung des Kohlenhandels durch eine gemeinwirtschaftliche Anstalt unsere Kohlenversorgung nur verschlechtern können. Sie mußte daher vertagt werden.

Der Ausbau der Wasserkräfte war ohne Heranziehung ausländischen Kapitals nicht möglich. Wir glaubten zuerst, die gesamte Elektrizitätswirtschaft einer gemeinwirtschaftlichen Anstalt übertragen zu können, die dann zum Ausbau und Betrieb der einzelnen Wasserkräfte gemischtwirtschaftliche Unternehmungen mit Heranziehung ausländischen Kapitals bilden sollte. Aber alle Verhandlungen mit ausländischen Kapitalisten bewiesen, daß das ausländische Kapital selbst einer solchen Sozialisierung argwöhnisch gegenüberstand. Man glaubte daher, die Sozialisierung der Wasserkräfte nicht wagen zu können, ohne den Ausbau der Wasserkräfte zu gefährden.

Alle diese äußeren Hindernisse der Sozialisierung waren auf eine gemeinsame Hauptursache zurückzuführen. Seit der Aufhebung der Blockade war unsere Wareneinfuhr aus dem Ausland bedeutend gestiegen. Aber die Zerrüttung unserer Produktion machte es unmöglich, so viel auszuführen, daß wir mit dem Erlös unserer Ausfuhr die eingeführten Waren hätten bezahlen können. Konnten wir die Einfuhr nicht mit der Ausfuhr unserer Produkte, so mußten wir sie mit dem Verkauf unserer Produktionsmittel bezahlen. Es war unvermeidlich, daß deutschösterreichische Aktien und Unternehmungen an das Ausland verkauft werden; unvermeidlich, daß ausländisches Kapital in unsere Produktion eindringt. Das Passivum unserer Zahlungsbilanz mußte durch Kapitalsimport gedeckt werden. Jede Expropriation des Privatkapitals aber mußte den für unsere Volkswirtschaft unentbehrlichen Kapitalsimport gefährden. Man konnte nicht erwarten, daß Ausländer unsere Aktien und Unternehmungen kaufen, ihr Kapital in unsere Industrie anlegen, wenn sie befürchten mußten, hier enteignet zu werden. So fand der Widerstand der heimischen Kapitalisten gegen die Sozialisierung ihrer Produktionsmittel eine starke Unterstützung in dem realen Bedürfnis einer Volkswirtschaft, die den Zustrom des ausländischen Kapitals nicht entbehren konnte. Dieser Widerstand wurde daher desto stärker, je deutlicher seit der Aufhebung der Blockade dieses reale Bedürfnis erkennbar wurde.

Ein unbedingtes Hindernis jeder Sozialisierung der Privatindustrie war die Notwendigkeit des Kapitalsimports gewiß nicht. Hätte die mächtige Bewegung, die aus dem Kriege hervorgegangen war, auch in den anderen Ländern die Sozialisierung einzelner Produktionszweige durchgesetzt, dann hätte auch die Sozialisierung einzelner Produktionszweige in Deutschösterreich den notwendigen Kapitalsimport nicht hemmen müssen, wenn sie nur, wie wir das ja in Aussicht genommen hatten, in rechtlichen Formen und gegen angemessene Entschädigung durchgeführt worden wäre und sich auf wenige, im voraus bestimmte Produktionszweige beschränkt, alle anderen aber der freien Bewegung des Marktes überlassen hätte. Sobald aber die Westmächte die soziale Krise der Demobilisierungsmonate überwunden hatten und sobald im Deutschen Reiche die Reichswehr die revolutionären Bewegungen der Arbeiter niedergeworfen, das Proletariat in die Defensive gedrängt und damit die Sozialisierung auch dort von der

Tagesordnung abgesetzt hatte, sobald sich also in ganz West- und Mitteleuropa der Kapitalismus wieder befestigt, den Ansturm des Sozialismus abgewehrt hatte, galt nun freilich wieder jede Sozialisierung eines einzelnen Industriezweiges, sei es auch in allen Formen Rechtens und gegen volle Entschädigung der Eigentümer, als „Bolschewismus". Nun freilich konnte der abhängigste, auf den Kapitalzufluß aus dem Ausland am stärksten angewiesene Staat Europas keine Expropriation mehr wagen, wenn er sich nicht selbst den zur Deckung seiner Lebensmittel-, Kohlen- und Rohstoffbezüge erforderlichen Zufluß ausländischen Kapitals sperren wollte. Daher erstarkte im Sommer 1919 der Widerstand gegen alle Sozialisierungsbestrebungen überaus schnell; sobald dann die ungarische Rätediktatur zusammengebrochen war, war es offenkundig, daß nun keine Aussicht mehr bestand, die Sozialisierung durchzusetzen.

In seinen „Klassenkämpfen in Frankreich" kritisiert Marx die Illusionen der Pariser Arbeiter von 1848, die meinten, „innerhalb der nationalen Wände Frankreichs eine proletarische Revolution vollziehen zu können. Aber die französischen Produktionsverhältnisse sind bedingt durch den auswärtigen Handel Frankreichs, durch seine Stellung auf dem Weltmarkt und die Gesetze desselben." Aber wenn es wahr ist, daß selbst den Produktionsverhältnissen des Frankreich von 1848 der Weltmarkt seine Gesetze aufzwang, wie erst den Produktionsverhältnissen des auf ausländische Lebensmittel und ausländische Kohle, auf ausländische Kredite und auf den Zufluß ausländischen Kapitals angewiesenen Deutschösterreich von 1919! Innerhalb der allzu engen und allzu brüchigen „nationalen Wände" Deutschösterreichs war die soziale Revolution gewiß nicht zu vollziehen. Wir hatten auch hier um die Sozialisierung kämpfen müssen, solange auch nur die geringste Hoffnung bestand, daß die aus dem Kriege geborene mitteleuropäische Revolution über den Rahmen der bürgerlichen Eigentumsordnung hinwegschreiten, zur „Expropriation der Expropriateurs" fortschreiten werde. Sobald es gewiß war, daß sich der Kapitalismus nicht nur in den Siegerländern, sondern auch in den revolutionierten mitteleuropäischen Staaten behauptet und befestigt hatte, mußten wir den Kampf um die Expropriation der Privatindustrie einstellen und unsere Sozialisierungsaktion auf den Aufbau der Gemeinwirtschaft auf der engen Basis der Überbleibsel der staatlichen Kriegsindustrie beschränken.

Unser Kampf um die Sozialisierung war darum nicht erfolglos geblieben. Es ist ein Gesetz jeder Revolution, daß sie sich Ziele über das im Augenblick Erreichbare hinaus setzen muß, um auch nur das Erreichbare durchzusetzen. Nur der Generalangriff, den die Arbeiterklasse gegen das kapitalistische System überhaupt führte, indem sie nach der Expropriation des Kapitals drängte, konnte den Kapitalismus so schwer erschüttern, daß er die weitestgehenden Zugeständnisse machen mußte, die innerhalb des kapitalistischen Systems überhaupt noch möglich sind. Die gewaltig gestärkte Machtstellung der Arbeiterschaft in den Betrieben, die Umwälzung des Arbeiterrechtes und der Arbeiterschutzgesetzgebung, die neue demokratische Arbeitsverfassung, die sich in den Betriebsräten und Personalvertretungen verkörpert, die Ersetzung der bürokratischen Betriebsverwaltung durch gemeinwirtschaftliche Anstalten, so tiefgreifende Eingriffe in die Souveränität des Kapitals, wie es die zwangsweise Einstellung von

Arbeitslosen in die Betriebe oder wie es die §§ 8 und 37 des Gesetzes über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen waren — das sind die realen Ergebnisse unseres Kampfes um die Sozialisierung. Das kapitalistische System selbst konnten wir freilich nicht sprengen. In derselben Zeit, in der unsere nationale Revolution, auf den sieghaften Imperialismus Frankreichs gestoßen, mit der „westlichen Orientierung" dem Ziel des Anschlusses an Deutschland entsagen mußte, mußte unsere soziale Revolution, dem wieder befestigten Kapitalismus in ganz West- und ganz Mitteleuropa gegenüber, dem Ziel der sofortigen Expropriation der Expropriateurs entsagen. Es war eine bürgerliche Revolution, was sich rings um Deutschösterreich vollzogen hatte; im Rahmen der bürgerlichen Revolution rings um uns konnte sich nicht die sozialistische Revolution in unserem kleinen und schwachen Lande vollziehen. Aber konnte auch unsere Revolution die Kapitalsherrschaft über die Produktion nicht brechen, so hat sie doch in die kapitalistische Produktionsverfassung Keimzellen der sozialistischen Produktionsverfassung der Zukunft eingefügt, Elemente einer die Selbstbestimmung der Arbeiterklasse in ihrem Produktionsprozeß verwirklichenden Produktionsverfassung, die, wie vor allem die Betriebsräte und die gemeinwirtschaftlichen Anstalten, die in ihnen liegenden Keime nur zur Entwicklung bringen müssen, um die Herrschaft des Kapitals allmählich einzudämmen und schließlich zu sprengen.

§ 12. Der Staat und die Arbeiterklasse.

Literatur:

Berichte der Parteivertretung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch österreichs an die Parteitage 1919 und 1920. — Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften Deutschösterreichs im Jahre 1919. „Die Gewerkschaft", 1920.

Über die Siedlungsbewegung: Neurath, Gildensozialismus, Klassenkampf, Vollsozialisierung. Anhang: Siedlungs-, Wohnungs- und Baugilde Österreichs. Dresden 1922. — Ellenbogen, Fortschritte der Gemeinwirtschaft in Österreich. Wien 1922.

Ausführungen des Unterstaatssekretärs für Unterricht über den Stand der Schulreform in den Sitzungen des Ausschusses für Erziehung und Unterricht am 22. April, 23. Juli, 22. Oktober 1919, 12. Februar und 15. Juli 1920. — Glöckel, Schulreform und Volksbildung in der Republik. Wien 1919. — Burger, Bilanz der Glöckelschen Schulreform. „Monatshefte für pädagogische Reform", 1920. — Lehmann, Deutschösterreich bei Aufbau und Abbau. „Deutsche Schule", 1922. — „Volkserziehung", Zeitschrift des Unterrichtsamtes, Wien 1919 ff.

Die Revolution hatte den militärischen Herrschaftsapparat, der die Arbeiterklasse niedergehalten hatte, zerschlagen. Die Arbeiterklasse war frei geworden. Keine bewaffnete Gewalt hielt das Proletariat nieder. Aber die Revolution hatte zugleich auch das alte österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet aufgelöst. Sie hatte damit Deutschösterreich in furchtbares Elend, in drückende Abhängigkeit vom Auslande gestürzt. Das war der zwiefache innere Widerspruch der deutschösterreichischen Revolution: der Widerspruch zwischen der starken politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrem furchtbaren wirtschaftlichen Elend; der Widerspruch

zwischen der Freiheit der Arbeiterklasse im Innern und ihrer drückenden Abhängigkeit von dem kapitalistischen Ausland.

Dieser Widerspruch konnte nur gelöst werden durch die Selbstbeschränkung des Proletariats; nur dadurch, daß sich das Proletariat selbst, aus eigener Erkenntnis und eigenem Willen, im Gebrauche seiner Freiheit, im Gebrauche seiner Macht die Selbstbeschränkung auferlegte, die notwendig war, wenn es nicht in einen Konflikt mit dem Ausland geraten sollte, der die Hungerkatastrophe, die Invasion, den Untergang der jungen Freiheit herbeigeführt hätte.

Die Eisenbahner, die Arbeiter der lebensnotwendigen Betriebe hätten dem Staat durch große Massenausstände alles, was sie nur begehrten, aufzwingen können. Es gab ja keine Gewalt, sie zur Versehung ihres Dienstes zu zwingen; keine Technische Nothilfe, ihre Arbeitskraft zu ersetzen. Keine Gewalt, sondern nur eigene Einsicht konnte sie dazu bestimmen, ihre Forderungen darauf zu beschränken, was der arme Staat leisten konnte, ohne die ganze Volkswirtschaft zu zerstören.

In den Kasernen war die tatsächliche Macht nicht in den Händen der Offiziere, sondern in den Händen der Soldatenräte. Keine militärische Zwangsgewalt stellte die Volkswehr in den Dienst der Koalitionsregierung. Nur solange Soldatenräte und Volkswehrmänner überzeugt waren, daß der Weg der Koalitionsregierung der allein mögliche, der notwendige war, stellte die von revolutionärem Geist, von proletarischem Klassenbewußtsein erfüllte Volkswehr ihre Waffen in den Dienst der Regierung.

Arbeiter und Soldaten hätten jeden Tag die Diktatur des Proletariats aufrichten können. Es gab keine Gewalt, sie daran zu hindern. Nur ihre eigene Einsicht, daß dem roten Terror unter den gegebenen internationalen Bedingungen unvermeidlich der weiße Terror folgen werde, konnte sie vor dieser Versuchung bewahren.

Jede Revolution hat ihren Gang gegen Massen verteidigen müssen, die, von revolutionären Illusionen erfüllt, von revolutionären Leidenschaften getrieben, über das unter den gegebenen sozialen Bedingungen Mögliche, über das unter den gegebenen historischen Bedingungen Erreichbare und Behauptbare hinauszustürmen versuchten. Aber die Koalitionsregierung der deutschösterreichischen Revolution besaß keine Gewaltmittel, von revolutionären Leidenschaften erfüllte Massen niederzuwerfen. Die deutschösterreichische Revolution mußte in Hungersnot und Invasion untergehen, wenn sich die revolutionären Massen nicht selbst die Beschränkung auferlegten, sich mit dem wirtschaftlich Möglichen, mit dem unter den gegebenen internationalen Machtverhältnissen Erreichbaren und Behauptbaren zu begnügen.

Das war das eigentliche, das schwierigste Problem der Revolution: hungernde, verzweifelnde, von allen Leidenschaften, die der Krieg und die Revolution aufgewühlt hatten, bewegte Massen nicht mit Gewaltmitteln niederzuhalten, sondern mit geistigen Mitteln dazu zu bestimmen, daß sie aus freiem, aus eigener Erkenntnis stammenden Entschlusse die Grenzen nicht überschreiten, die das wirtschaftliche Elend und die wirtschaftliche und militärische Ohnmacht des Landes der Revolution setzten.

Das war die Eigenart des Regierens der Revolutionsregierung: sie konnte nicht, wie alle Regierungen vor und nach ihr, regieren durch Ge-

walt, die die Regierten im Gehorsam erhält; sie konnte nur mit geistigen Mitteln regieren: regieren mittels der Erweckung der Einsicht der Massen, mittels des Appells an ihr Verständnis der Lage des Landes, mittels des Appells an ihr Verantwortlichkeitsgefühl.

Konnte die Regierung nur mit geistigen Mitteln die Massen führen, so konnte sie sie nur durch die großen gesellschaftlichen Organisationen führen. Dies setzte voraus, daß die Regierung im engsten Einvernehmen mit den Organisationen handelte, keine wichtige Regierungshandlung ohne Einvernehmen mit ihnen setzte. Nur der Einfluß der Soldatenräte auf die Wehrmänner sicherte den Befehlen des Staatssekretärs für Heerwesen Gehorsam, darum konnte der Staatssekretär für Heerwesen seine Regierungsgeschäfte nicht anders führen als im ständigen Einvernehmen mit den Soldatenräten. Nur der Einfluß der Gewerkschaften und der Personalvertretungen der Eisenbahner, der Postler, der Telegraphen- und Telephonangestellten verbürgte die ungestörte Aufrechterhaltung des Verkehrs; darum konnte der Staatssekretär für Verkehrswesen sein Amt nicht anders verwalten als im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen. Wenn die Nahrungsmittel-, die Kohlenzuschübe stockten, wenn sich die Arbeiter bald da, bald dort gegen die furchtbare wirtschaftliche Not auflehnten, dann konnte nur der Arbeiterrat die erregten Massen beruhigen; der Staatssekretär für Inneres konnte daher seine Amtsgeschäfte nicht anders führen als im engsten Einvernehmen mit den Arbeiterräten. Ebenso konnte das Staatsamt für soziale Verwaltung nur im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften, das Staatsamt für Volksernährung nur im engsten Einvernehmen mit den Konsumgenossenschaften verwaltet werden. So gewannen die Organisationen bestimmenden Einfluß auf die ganze Staatsverwaltung. Es war die zwingende Maxime dieses Regierens: keine Regierungshandlung zu setzen ohne Einvernehmen mit der Organisation der durch diese Regierungshandlung unmittelbar Betroffenen.

Damit aber veränderte sich auch die Funktion der Organisationen. Entschieden die Organisationen über alle wichtigen Regierungshandlungen mit, so mußten sie diese Regierungshandlungen vor der Masse verantworten. Setzten die Organisationen in täglichen Verhandlungen mit der Regierung durch, was möglich, was erreichbar war, so lag es ihnen ob, in den Massen Forderungen nach Unmöglichem, Unerreichbarem abzuwehren. War einerseits die Regierung zum Vollzugsorgan des Willens der Organisationen geworden, so mußten anderseits die Organisationen zu den Organen werden, durch die die Regierung die Massen beherrschte. So waren die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die Soldatenräte und die Arbeiterräte Teilhaber an der Regierungsgewalt und Organe der Regierungsgewalt zugleich.

Die Struktur der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hatte sich vollständig verändert. Die Revolution führte ihnen neue Massen zu. Die Sozialdemokratie hatte im Jahre 1913 in den deutschen Gebieten Innerösterreichs 91.900 Mitglieder. Im Jahre 1919 waren es 332.391. Die Gewerkschaften hatten in demselben Gebiet im Jahre 1913 253.137 Mitglieder, im Jahre 1919 772.146. Zwei Drittel der Partei- und der Gewerkschafts-

mitgliedschaft waren neugewonnene, erst nach der Oktoberrevolution zu den alten Kaders gestoßene Genossen. Die Gleichgültigen, die vor dem Kriege an der Arbeiterbewegung keinen Anteil genommen; die Unterwürfigen, die der Fabriksfeudalismus vor dem Kriege in die gelben Gewerkschaften hineingezwungen hatte; die Angestellten, die sich vor dem Kriege von den Arbeitern abgesondert hielten — sie alle waren nun der Partei und den Gewerkschaften zugeströmt. Politisch, und gewerkschaftlich unerfahrene und ungeschulte Massen füllten die Organisationen.

Mit der Struktur hatte sich aber auch die Funktion der Partei und der Gewerkschaften verändert. Vor dem Kriege und während des Krieges war es unsere wichtigste Aufgabe, die Massen zu revolutionieren: die Unterwürfigen aus dem ererbten Untertanenglauben an die Obrigkeit im Staat und in der Fabrik herauszureißen, die Kleinmütigen zu der Erkenntnis der Kraft, die die Organisation der Masse verleiht, zu führen, in den Zaghaften Kampfeswillen, Mut und Opferwilligkeit zu wecken. In der Revolution und nach der Revolution fiel uns eine ganz andere, eine geradezu entgegengesetzte Aufgabe zu. Nun galt es, die Massen, die der Zusammenbruch des alten Herrschaftsapparats mit überschwenglichem Kraftbewußtsein erfüllt hatte, besonnenen Gebrauch ihrer Kraft zu lehren. Nun galt es, zu verhüten, daß die neuerrungene Freiheit der durch vierjährigen Krieg verrohten Massen zu zügelloser Gewalttätigkeit entarte; daß die furchtbare Not der Massen sie zu blindem, selbstmörderischem Darauflosschlagen verführe; daß die durch die Revolution hervorgerufenen Illusionen die Massen zu Taten, die sie selbst zum Untergang geführt hätten, verleiten. Wir mußten vor der Revolution „Hetzer", wir mußten in der und nach der Revolution „Bremser" sein. Die neue Aufgabe war leicht, wo wir unseren alten, gut geschulten, disziplinierten, in jahrzehntelangen Kämpfen mit Vertrauen zur Führerschaft erfüllten Kaders gegenüberstanden; sie wurde ungleich schwerer, wo wir den neugewonnenen Massen gegenübertreten mußten, denen noch jede politische und gewerkschaftliche Schulung fehlte.

Das nun war der Mechanismus des Regierens: Alle wichtigen Regierungshandlungen wurden von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung mit den Leitern der großen proletarischen Organisationen, mit den führenden Organen der Partei und der Gewerkschaften, der Arbeiter- und der Soldatenräte vereinbart. Den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern fiel dann die Aufgabe zu, das Vereinbarte im Schoße der Koalitionsregierung und in der Nationalversammlung durchzusetzen. Die Leiter der proletarischen Organisationen aber mußten für den Regierungskurs, den sie mit den Regierungsmitgliedern vereinbart hatten, das Einverständnis der Masse gewinnen, die Masse selbst zum Verzicht auf die über das Vereinbarte hinaus drängenden Forderungen bewegen. Die Leiter der proletarischen Organisationen mußten zuerst Verständnis und Zustimmung der Vertrauensmänner gewinnen: der Partei- und der Gewerkschaftsvertrauensmänner, der Arbeiter- und der Soldatenräte. Und diese Vertrauensmänner erst hatten dann die schwierigste und die wichtigste Arbeit zu leisten: in Betriebs- und Kasernenversammlungen vor der Masse selbst die Politik der Organisationen durchzusetzen. Da stand vor der wild erregten Masse ein Parteivertrauensmann, ein Betriebsrat, ein Soldatenrat

auf der Rednertribüne. Die Masse war unzufrieden. Die Masse forderte mehr, als der Vertrauensmann bringen konnte. Die Masse schrie nach gewaltsamer Entscheidung. Der Vertrauensmann sprach von der wirtschaftlichen Not der Republik, von ihrer Abhängigkeit vom Ausland, von den Gefahren des Konflikts mit den übermächtigen ausländischen Kapitalsmächten. Hunger, Verzweiflung, Leidenschaft im Saal; Einsicht in das wirtschaftlich Mögliche, Erkenntnis der internationalen Bedingtheit der Revolution, Mahnung zur Besonnenheit und Verantwortlichkeitsgefühl auf der Rednertribüne. Es war ein schwerer Kampf; ein Kampf, der an die Vertrauensmänner nicht nur die höchsten intellektuellen, sondern vor allem die höchsten moralischen Anforderungen stellte: die Fähigkeit, sich um der großen Sache willen den eigenen Genossen furchtlos entgegenzustellen, Beschimpfungen, Anklagen, zuweilen selbst Bedrohungen, ja Mißhandlungen durch die erregten Menschen zu ertragen und doch unerschüttert, in zähem Kampfe gegen Verzweiflung und Erregung das als notwendig Erkannte schließlich durchzusetzen. Friedrich Adler, dem seine revolutionäre Tat höchste Popularität geworben, hat in solcher Stunde gesagt: „Die Popularität ist ein Kapital, das nur dazu verwendet werden darf, konsumiert zu werden." Nach dieser höchsten moralischen Maxime haben nicht nur die paar Dutzend Partei- und Gewerkschaftsbeamten, nein, nach ihr haben viele Tausende schlichter Vertrauensmänner, Betriebsräte, Arbeiter- und Soldatenräte gehandelt.

In solchen Betriebs- und Kasernenversammlungen ist die große Versuchung des Bolschewismus abgewehrt worden. In solchen Betriebsversammlungen ist allmählich die Wiederherstellung der aufgelösten Arbeitsdisziplin durchgesetzt worden. In solchen Betriebsversammlungen wurden wilde Streiks beigelegt, wurden, wenn Hunger und Erregung die Masse zu Gewalttaten und Ausschreitungen verleitet hatte, Disziplin und Ordnung wiederhergestellt. Die Geschichte der Betriebs- und Kasernenversammlungen — sie ist die innere, geistige Geschichte der deutschösterreichischen Revolution; der Bourgeoisie gegenüber, die diesen großen Prozeß der geistigen Selbstbeherrschung, Selbstüberwindung der Arbeiterklasse kaum bemerkt, gewiß nie verstanden hat, ihre Geheimgeschichte.

In der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 ist die Demokratie definiert worden als das System des Regierens im Einvernehmen mit den Regierten. Nie und nirgends ist die Demokratie in diesem Sinne vollkommener verwirklicht worden als in dieser ersten Phase der deutschösterreichischen Revolution. Denn ihre Regierung, alle Gewaltmittel gegen die Regierten entbehrend, konnte gar nicht anders regieren, als indem sie sich täglich und stündlich das Einvernehmen mit den Regierten mühevoll erarbeitete. Es war die Schwäche der aus der Revolution hervorgegangenen Staatsgewalt, die ihr diese Regierungsmethoden aufzwang. Sie mußte mit diesen Methoden zu regieren versuchen unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen: in einer Zeit außerordentlich schwerer Massennot, in einer Zeit außerordentlich großer Massenerregung, in einer Zeit, in der ein großer Teil der Massen durch vierjährigen Krieg demoralisiert war. Der Versuch konnte nur um den Preis manches schweren Opfers, auch manches Opfers des Intellekts, gelingen. Aber er ist gelungen. Daß er gelungen ist, ist das menschlich Größte an der Geschichte der deutschösterreichischen Revolution.

Es ist wichtig, den Inhalt und Sinn der Regierungsmethoden, durch die dies gelungen ist, noch näher zu bestimmen.

Die parlamentarische Demokratie sucht die Übereinstimmung zwischen den Regierenden und den Regierten zu sichern durch das Mittel der Wahl. Sie glaubt, diese Übereinstimmung sei gesichert, wenn nur die Volksgesamtheit in jedem dritten oder vierten Jahr zur Wahl des Parlaments berufen wird, das die Zusammensetzung der Regierung bestimmt und die Tätigkeit der Regierung kontrolliert. Die Arbeiterklasse hat es überall erfahren, daß dieser Glaube eine Illusion ist; daß die Macht der Bourgeoisie über die Presse, über die Kanzel, über den Wahlapparat es ihr ermöglicht, den Ausgang der Wahlen so zu bestimmen, daß die aus allgemeinen Volkswahlen hervorgehende Regierung zur Klassenregierung der Bourgeoisie, zur Regierung einer Minderheit des Volkes wird. Darum zieht sich durch die ganze revolutionäre Bewegung, die der große Krieg hervorgerufen hat, überall der Kampf der Arbeiterklasse gegen die bloß parlamentarische Demokratie. Aus diesem Kampf geht die russische Idee des Sowjetstaates ebenso hervor wie die britische Idee des Gildenstaates. So grundverschieden beide Ideen sind, in beiden sucht das Proletariat nach einem Mittel, die Übereinstimmung zwischen den Regierenden und den Regierten vollkommener zu sichern, als sie durch die bloß parlamentarische Demokratie gesichert werden kann.

In der modernen kapitalistischen Gesellschaft hat sich neben der politischen Demokratie, die in der demokratischen Organisation des Staates und der Gemeinden verkörpert ist, die industrielle Demokratie entwickelt, die in den großen demokratisch organisierten Gewerkschaften und Konsumvereinen der Arbeiter, in den Berufsorganisationen der Angestellten und Beamten, in den Genossenschaften der Bauern lebt. Die politische Demokratie kennt nur den Staatsbürger schlechthin; sie sieht von der wirtschaftlichen Stellung, von dem Beruf, von der gesellschaftlichen Funktion des Staatsbürgers ab, sie beruft alle Staatsbürger ohne Unterschied zur Wahlurne, sie gliedert sie nicht anders als in territorial abgegrenzte Wahlbezirke. Die industrielle Demokratie dagegen gliedert die Menschen nach ihren Berufen, nach ihren Arbeitsstätten, nach ihrer Funktion in der Volkswirtschaft; nach ihrer gesellschaftlichen Funktion faßt sie sie zu Betriebs-, Berufs-, Industrieorganisationen zusammen. Im Kampfe gegen die bloß parlamentarische Demokratie hat nun die Arbeiterklasse überall, wenngleich in sehr verschiedenen Formen, der politischen Demokratie, die die Staatsbürger ohne Unterschied zur Bildung des Staatswillens beruft, den Gedanken der funktionellen Demokratie entgegengestellt, das heißt die Forderung, daß die Regierung kontrolliert werde durch die nach Beruf oder Arbeitsstätte, also nach ihrer gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Funktion zusammengefaßten und gegliederten Staatsbürger. Fordert die politische Demokratie, daß die Regierung im Einvernehmen mit dem Parlament, das alle paar Jahre einmal von der Volksgesamtheit gewählt wird, regiere, so fordert die funktionelle Demokratie, daß die Regierung in jedem einzelnen Zweige ihrer Wirksamkeit im ständigen Einvernehmen mit der organisierten Gesamtheit der nach ihrem Beruf oder ihrer Betriebsstätte, nach ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Funktion von diesem Zweige des Regierens unmittelbar betroffenen Staatsbürger bleibe. Eine Kombination der politischen und der funktionellen Demo-

kratie — das war das Wesen der Regierungspraxis, die der Regierung der Republik durch die aus der Revolution hervorgegangenen Machtverhältnisse aufgezwungen wurde.

Die Bourgeoisie sah in dem starken Einschlag funktioneller Demokratie in der Praxis des Regierens nichts als das Walten illegaler „Nebenregierungen", nichts als „schleichenden Bolschewismus". In Wirklichkeit war es nicht nur eine Vertiefung des demokratischen Gedankens der Regierung im Einvernehmen mit den Regierten, war es nicht nur die legale Form der Machtübung und Machterweiterung der Arbeiterklasse, war es nicht nur die Rettung des Landes vor der Gefahr blutiger Katastrophe. Es war mehr. Es war das gewaltigste Mittel der Selbsterziehung der Massen. Es war das Mittel zu völliger Umwälzung des Verhältnisses der Massen zum Staat. Es war das Mittel zur Weckung der Initiative, der fruchtbarsten Selbstbetätigung der Massen.

Zunächst hat das ständige Ringen in den Versammlungen der Partei- und Gewerkschaftsvertrauensmänner, in den Arbeiter- und Soldatenräten, in den Betriebs- und Kasernenversammlungen, in denen das Einvernehmen der Regierung mit den Regierten Tag für Tag in harten Kämpfen erarbeitet werden mußte, den Gesichtskreis der Arbeitermassen bedeutend erweitert. In diesen leidenschaftserfüllten Diskussionen mußte es die Masse allmählich erlernen, Geldentwertung und Teuerung aus wirtschaftlichen Gesetzen zu begreifen, die Abhängigkeit der Lebensmittelversorgung und des Arbeitsmarktes von internationalen Beziehungen zu verstehen, die Umwälzung im eigenen Lande im Rahmen der internationalen Entwicklung zu sehen. Aber die Betriebs- und Kasernenversammlung mußte nicht nur den intellektuellen Gesichtskreis der Massen erweitern, sondern auch moralische Kräfte in ihnen wirksam machen; sie mußte die Massen dazu führen, ihre Leidenschaften nüchterner Erkenntnis unterzuordnen, ihre Macht mit Besonnenheit, ihre Freiheit mit Verantwortungsbewußtsein zu gebrauchen. Denn nur auf diese Weise war es möglich, das Volk durch die Zeit der schwersten wirtschaftlichen Not und der schwersten äußeren Gefahren ohne Gewaltanwendung, ohne Blutvergießen hindurchzuführen.

Damit aber veränderte sich das ganze Verhältnis der Massen zum Staat. Die Massen sahen, daß ihre Organisationen die Staatsregierung beherrschten. Die Massen sahen, daß sich die Staatsregierung durch die proletarischen Organisationen in ständigem engem Einvernehmen mit den Massen selbst halten mußte. Die Massen sahen, daß sie selbst durch ihre Vertrauensmänner den Kurs der Regierung bestimmen konnten. Die Massen sahen, daß die Staatsregierung die Arbeiterklasse nicht mit Mitteln der Gewalt beherrschen, sondern nur im Einvernehmen mit der Arbeiterklasse den Staat führen konnte. Die Republik — das war den Massen nicht bloß eine Staatsverfassung, in der es keinen Kaiser mehr gibt; sondern eine Staatsordnung, die die Staatsregierung unter den wirksamen Einfluß der proletarischen Organisationen stellt. Die Demokratie — sie war den Massen nicht mehr bloß die Regierung durch Erwählte des allgemeinen Wahlrechtes, sondern die Regierungsmethode, die sich für jeden einzelnen Regierungsakt die Zustimmung der von ihm betroffenen Massen selbst erwerben, erarbeiten mußte. Die Republik hatte den Massen zunächst nur Hungerrationen, nur Arbeitslosigkeit, nur Not und Elend bringen können,

sie hatte so manche der überschwenglichen Hoffnungen ihrer Anhänger enttäuschen müssen. Aber sie hatte den Massen die Freiheit gebracht: nicht die Freiheit der Zügellosigkeit, aber die Freiheit, die darin bestand, daß dem Handeln des Proletariats seine Schranke nicht mehr gesetzt war durch eine Gewalt, die ihm entgegenzutreten vermocht hätte, sondern nur noch gesetzt war durch seine eigene Einsicht, durch sein eigenes Verantwortlichkeitsgefühl, durch den von der eigenen Vernunft geleiteten Willen, zu dem es sich in seinen bewegten Vertrauensmänner- und Betriebs- und Kasernenversammlungen durchrang. Diese Erfahrung war es, die die Arbeiterklasse mit republikanischem Patriotismus erfüllte; die sie befähigte, ohne Auflehnung schwere Not zu leiden und schwere Opfer zu bringen, die eigenen Leidenschaften zu zügeln um der Erhaltung und Befestigung der Republik willen.

Endlich aber wurde der ständige innere Kampf in den Vertrauensmänner- und Betriebs- und Kasernenversammlungen zur Triebkraft stärkster geistiger Bewegung in den Massen. Der Zusammenbruch des Kaisertums hatte alle Autoritäten im Staat und in der Gesellschaft erschüttert. War die älteste und mächtigste von allen Autoritäten gefallen, so sah jeder Vorstand in seinem Büro, jeder Betriebsleiter in seiner Fabrik, ja selbst jede Hausfrau in ihrer Küche ihre Autorität erschüttert. Die Damen der Bourgeoisie erzählten entrüstet, die Herren spottend die Geschichte von der Köchin, die ihrer Hausfrau zugerufen: „Ich lasse mir von Ihnen nicht vorschreiben, wie ich kochen soll. Denn jetzt leben wir in der Republik und ich kann besser kochen als Sie.“ Es war zum Spott kein Grund. Denn die Erschütterung des Untertanenglaubens an die überlieferten Autoritäten, das Erwachen so lang in Unterwürfigkeit gehaltener Seelen zum Bewußtsein des eigenen Wertes waren Triebkräfte stärkster geistiger Entwicklung. In den Massenversammlungen, in denen die wichtigsten, folgenschwersten Entscheidungen des staatlichen Lebens der Beratung und dem Beschluß der Massen unterworfen waren, wurde das erwachte Selbstbewußtsein der Massen gewaltig gestärkt. Die geweckte geistige Regsamkeit der Massen drängte nach Betätigung. Und die Republik erschloß dem Betätigungsdrang der Massen viele neue Arbeitsfelder.

In den ersten Monaten nach der Oktoberrevolution fand der Betätigungsdrang der Massen seine Befriedigung in der wirtschaftlichen Aktion der Arbeiterräte. Aber diese Aktion, von elementarer Massenbewegung getragen, sehr oft dilettantisch in der Wahl ihrer Mittel, von dem Wahn, mit bloßer Gewalt die Gesetze der Volkswirtschaft unwirksam machen zu können, erfüllt, konnte die Masse nicht lang befriedigen. Sehr bald erkannten die Arbeiter, daß die Jagd auf kleine Hamsterer, die im Rucksack ein paar Kilogramm Kartoffeln nach Hause trugen, das Elend nicht lindern, die Absperrung der Bezirke gegeneinander das Elend nur verschärfen konnte. Allmählich verlor diese Aktion der Arbeiterräte an Bedeutung. Desto höher stieg im Frühjahr 1919, in der Zeit des Abwehrkampfes gegen den ungarischen Bolschewismus die politische Bedeutung der Arbeiterräte. Sie verwandelten sich allmählich aus Organen revolutionären Eingriffs in die Wirtschaftsverwaltung in Organe des politischen Klassenkampfes. In derselben Zeit aber entstanden die Betriebsräte. In ihnen fand nun der Drang der Massen nach unmittelbarer sozialer und

wirtschaftlicher Betätigung reiche, zweckmäßigere Befriedigung. Viele tausende Arbeiter leisteten in den Betriebsräten fruchtbare soziale und wirtschaftliche Arbeit für die Arbeiterschaft ihrer Betriebe; und da sie sie in engster Verbindung mit der Arbeiterschaft ihres Betriebes, unter der täglichen Kontrolle der Betriebsversammlung leisten mußten, war so die ganze Masse der Arbeiter ständig mit den Problemen dieser sozialen und wirtschaftlichen Arbeit beschäftigt.

Neben der Rätebewegung erschloß die Demokratisierung der Verwaltung dem Drang der Massen nach Selbstbetätigung neue Arbeitsgebiete. Die Revolution hob das Privilegienwahlrecht, aus dem die Gemeindevertretungen hervorgegangen waren, auf. Das allgemeine Wahlrecht wälzte die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen um. In 236 Gemeinden eroberte die Sozialdemokratie die Mehrheit in der Gemeindevertretung, in 103 Gemeinden die Hälfte der Gemeinderatssitze, in 1050 Gemeinden wurden Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung gewählt. Hunderte Schlosser und Tischler, Eisenbahnschaffner und Forstarbeiter, Industrieangestellte und Volksschullehrer übernahmen nun die Ämter von Bürgermeistern und Gemeindevorstehern, die bisher von Hausbesitzern, Rechtsanwalten, Kaufleuten versehen worden waren. Es war eine Revolution, was sich da in den Gemeindestuben der Städte und Industriedörfer vollzog: die Klasse, die die Gemeinden bisher beherrscht hatte, wurde entthront und eine neue Klasse übernahm die Herrschaft. Die Arbeiterschaft mußte die Verwaltung der Gemeinden unter den schwierigsten Bedingungen übernehmen; denn Krieg und Geldentwertung hatten die Gemeindefinanzen zerrüttet. Die Arbeiter mußten die Gemeindeverwaltung übernehmen, ohne je Gelegenheit gehabt zu haben, die Führung der Verwaltungsgeschäfte zu erlernen; denn das Privilegienwahlrecht hatte die Arbeiter von den Gemeindestuben ferngehalten. Es ist daher nicht erstaunlich, daß in den Anfängen so manche Fehler in der Auswahl der leitenden Personen und in der Führung der Geschäfte begangen wurden. Aber ein gewaltiges Gebiet der Schulung, der Selbsterziehung der Arbeiterklasse war mit der Eroberung der Gemeinden errungen; die Schulung einer neuen, aufsteigenden Klasse zur Herrschaftsübung ist mit einzelnen Mißgriffen nicht zu teuer bezahlt. Zum erstenmal hatten tausende Arbeiter die Möglichkeit, die Führung öffentlicher Verwaltungsgeschäfte zu erlernen. Und da sie ihre Geschäfte unter der ständigen Kontrolle der lokalen Parteiorganisationen führen mußten, wurden die Sorgen der Gemeindeverwaltung zu Sorgen der gesamten organisierten Arbeiterschaft; nicht nur die auserlesenen Funktionäre, sondern die ganze Masse der tätigen Genossen wurde mit den Problemen der öffentlichen Lokalverwaltung beschäftigt, mit ihnen vertraut. So erweiterte auch dieser neue Betätigungskreis das Gesichtsfeld der Massen, auch er vertiefte ihren Einblick in die Bedingungen und in die Verantwortlichkeit öffentlicher Verwaltung.

Die Basis dieser ganzen eifrigen Selbstbetätigung der Massen war der Achtstundentag. Er gab zehntausenden Arbeitern die Muße, die ihnen erst die Betätigung in Gemeinde- und Bezirksvertretungen, in Ortsschulräten und Fürsorgeräten, in Gemeinde- und Bezirkswirtschaftsämtern, in den Aufbringungskommissionen, in den Wohnungsanforderungs- und Wohnungszuweisungskommissionen ermöglichte. Der Achtstundentag war

aber zugleich auch die Basis zu anderen Formen der Selbstbetätigung der Masse. Die Masse versuchte es, die errungenen Mußestunden auszunützen, um unmittelbar die wirtschaftliche Not zu bekämpfen. Schon während des Krieges war eine Kleingartenbewegung entstanden: die Arbeiter begannen den Boden rings um die Städte und Industrieorte urbar zu machen, auf ihm Gemüse zu bauen und Kleintiere zu züchten. Der Achtstundentag gab dieser Bewegung neuen Anstoß; Tausende benützten die eroberten Mußestunden zur Arbeit im Schrebergarten. So wurde Wien allmählich von 60.000 Kleingärten umgürtet. Die Wohnungsnot drängte weiter: die Kleingärtner begannen in ihren Gärten auch Wohnhütten zu bauen. Aus solchen vereinzelten Versuchen ging schließlich die Siedlerbewegung hervor. Siedlergenossenschaften entstanden, die die hohen Kosten des Wohnungsbaus dadurch zu verkleinern unternahmen, daß die Siedler selbst die Verpflichtung übernahmen, ihre durch den Achtstundentag freigesetzte Arbeitszeit zur Mitarbeit am Bau auszunützen. Allmählich wuchs so aus der Initiative der Massen selbst ein ganzes System gemeinnütziger Bautätigkeit hervor. Die Siedlergenossenschaften bauen Häusergruppen von Einfamilienhäusern. Die Bauarbeit wird teils von den Siedlern selbst neben ihrer Berufsarbeit geleistet, teils vom „Grundstein", der vom Bauarbeiterverband gegründeten Produktivgenossenschaft der Bauarbeiter. Das Baubüro der „Siedlungs-, Wohnungs- und Baugilde", in der sich die Siedlergenossenschaften mit den Bauarbeitern vereinigten, stellt die Baupläne bei und leitet den Bau. Die vom Staat, der Gemeinde Wien und dem Hauptverband der Siedlungsgenossenschaften begründete „Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt" liefert die Baustoffe. Staat und Gemeinde decken den verlorenen Bauaufwand. Diese ganze Bewegung ist in vieler Hinsicht bemerkenswert. Ihr Ursprung aus der Initiative der Massen selbst zeigt die Schöpferkraft des durch die Revolution geweckten Betätigungsdrangs der Masse. Ihr Aufbau zeigt die Verknüpfung mannigfacher Formen genossenschaftlicher und gewerkschaftlicher Organisation. Ihre Basierung auf der Arbeitskraft der Siedler selbst zeigt, wie der Achtstundentag in der Fabrik keineswegs die Arbeit auf acht Stunden beschränken muß. Der Arbeiter weigert sich, dem Kapital mehr als acht Stunden zu fronen; aber er nimmt es auf sich, nach der achtstündigen Arbeit im Dienste des Kapitals noch einige Arbeitsstunden für sich selbst im eigenen Kleingarten oder am eigenen Siedlungsbau zu arbeiten. Der Organismus des Arbeiters erträgt nicht mehr als achtstündige Arbeit im ewigen Einerlei des Fabriksaales; aber er verweigert nach den acht Stunden nicht eine andere Arbeit, die unter anderen Bedingungen geleistet wird, andere Muskeln und andere Nerven beansprucht.

Aber nicht nur die wirtschaftliche Not der Zeit gab der Initiative der Massen Inhalt und Ziel. Die geistige Bewegung, die durch die Massen ging, mußte sich auch geistige Ziele setzen. Es war vor allem das große Unternehmen der Schulreform, das dem Betätigungsdrang der Massen höhere, geistige Ziele setzte.

Nach den Februarwahlen hatte Otto Glöckel die Leitung des Staatsamtes für Unterricht übernommen. Er gliederte sofort dem aus juristisch gebildeten Verwaltungsbeamten zusammengesetzten Amte eine aus erfahrenen Schulmännern, an deren Spitze Viktor Fadrus steht, zusammen-

gesetzte Schulreformabteilung an. Sie ging sofort ans Werk. Zwei Aufgaben waren es, die sie sich setzte: einerseits die Umgestaltung der Schulorganisation, anderseits die Umgestaltung der Unterrichtsmethoden.

Das Ziel der neuen Schulorganisation ist die Einheitsschule: alle Kinder vom 6. bis zum 14. Lebensjahr, ohne Unterschied der Klassenzugehörigkeit ihrer Eltern, in einer Einheitsschule. Vom 6. bis zum 10. Lebensjahr die allgemeine Grundschule; vom 11. bis zum 14. Lebensjahr eine Mittelschule für alle. Dann erst die Differenzierung: Fortbildungs- und Fachschulen einerseits, Oberschulen humanistischer und realistischer Richtung anderseits. Zunächst galt es, diesen Organisationsplan praktisch zu erproben. Zu diesem Zweck wurden die alten militärischen Unterrichtsanstalten in Staatserziehungsanstalten umgewandelt. Es ist ein Versuch der Durchbrechung des Bildungsmonopols der besitzenden Klassen: besonders begabte Proletarierkinder werden im 10. Lebensjahr in diese Anstalten aufgenommen und auf Staatskosten zu höherer Bildung geführt. Es ist zugleich ein Versuch zur Erprobung der geplanten neuen Schulorganisation: die neuen Schultypen der Einheitsmittelschule für das Lebensalter vom 11. zum 14. Lebensjahr und der neuen „Deutschen Mittelschule" wurden hier zuerst praktisch erprobt. Es ist endlich auch eine Stätte zum Studium neuer Unterrichts- und Erziehungsmethoden: die Staatserziehungsanstalten sind zugleich Versuchsschulen für methodische Neuerungen. Die Einheitsmittelschule als Pflichtschule, in den Staatserziehungsanstalten zuerst praktisch erprobt, soll dann allgemein eingeführt werden; den ersten Schritt dazu machte der Wiener Stadtschulrat im Schuljahr 1922/23.

Viel wichtiger als die neue Unterrichtsorganisation ist die neue Unterrichtsmethode. Und da konnte die Reform viel schneller durchgreifen. Die Lehrpläne unserer Volksschulen beruhten noch auf Bestimmungen aus dem Jahre 1883. Nun wurde ein neuer Lehrplan für die Grundschule entworfen, zuerst an 150 Versuchsklassen erprobt, dann vom Schuljahr 1920 an allgemein eingeführt. Arbeits- statt der Lernschule — das war die Parole. Die Kinder sollen nicht mehr auswendig lernen, was der Lehrer ihnen vorgesprochen hat; sie sollen sich aus eigener Anschauung, eigener Beobachtung, eigener Betätigung, eigener Arbeit das Wissen erarbeiten. Die Gliederung des Unterrichts wird nicht mehr durch das System der Wissenschaften bestimmt, sondern durch die Erlebnisse der Kinder. Die Fessel des Stundenplans ist gesprengt; es gibt keine getrennten Unterrichtsstunden für Sprachlehre, Rechnen, Schreiben mehr. Auf Lehrspaziergängen schauen die Kinder, und um das auf jedem Lehrspaziergang Geschaute gruppiert sich dann der Unterricht. Da werden die Kinder zum Beispiel zu einem Bahnhof geführt. Und wenn sie dann in die Schule zurückgekehrt, wird das Gesehene verarbeitet. Da wird vor allem, was die Kinder auf dem Bahnhof gesehen haben, gezeichnet und modelliert; eine Schule, die Menschen nicht für die Studierstube, sondern für die Werkstätte erziehen soll, muß Auge und Hand ausbilden, nicht nur Begriffsbildung und Gedächtnis. Zugleich schreiben wir die Namen der Gegenstände, die wir zeichnen und modellieren; so lernen wir Rechtschreibung. Zwischendurch rechnen wir einmal: Wenn in einem Eisenbahnwagen 30 Sitze sind, wie viele sind im ganzen Zug? Was kostet die Fahrt bis zur nächsten Station? Was würde es kosten, wenn wir alle zusammen fühlen?

So lernen wir multiplizieren. Wohin kann man mit der Bahn fahren? Durch welche Täler, über welche Flüsse fahren wir da? So lernen wir Geographie. Wer ist schon mit der Eisenbahn gefahren? Schreibt nun einmal die Geschichte dieser Fahrt! Es wird eine Aufsatzübung. Wie kommt es, daß die Lokomotive den Zug bewegt? Wir sind schon mitten in der Physik.

Die neue Unterrichtsmethode stellt an Können und Wissen der Lehrer bedeutend höhere Anforderungen als die alte. Die ganze Lehrerschaft mußte umlernen. In Bezirkslehrerkonferenzen wurde die Reform der Unterrichtsmethode vorbereitet. Die Lehrer schlossen sich zu Arbeitsgemeinschaften zusammen, die allmonatlich den Arbeitsplan für den nächsten Monat ausarbeiteten. Fortbildungskurse für die Lehrer wurden eingerichtet. Neues geistiges Leben pulsierte in der Lehrerschaft.

Und diese Bewegung griff sofort auch tief in das Volksganze ein. Die Elternvereinigungen und Elternräte sind ein wesentliches Glied im System der Schulreform. Sie stellten zwischen Lehrern und Eltern eine ständige persönliche Beziehung her. Mit großem Eifer suchten und fanden sich die neugegründeten Elternvereinigungen schnell Betätigungsgebiete. Sie sammelten große Beträge, um die Schulen mit den Lehrmitteln für den Arbeitsunterricht, mit Arbeitsstoffen und Werkzeugen, mit Büchern und Bildern auszustatten. Bald gingen sie weiter. Sie besoldeten Lehrer, die den Nachhilfeunterricht für die schwächeren Kinder oder den Förderunterricht für die besonders Begabten übernahmen. Sie bestellten Jugendfürsorgerinnen und Schulpflegerinnen. Die Mitglieder der Elternräte begannen den Schulbesuch zu überwachen; sie gingen von Haus zu Haus und mahnten säumige Eltern, ihre Kinder in die Schule zu schicken.

Alle, denen das Alte, das Überlieferte heilig gilt, sahen diese Revolution in den Schulen mit Mißtrauen und Unbehagen. Als Glöckel die Verpflichtung der Lehrer und Schüler zur Teilnahme an den religiösen Übungen aufhob, begann sich der Klerikalismus offen gegen die Schulreform aufzulehnen. Die Schulreform wurde zum Gegenstand des politischen Kampfes. Desto leidenschaftlicher wurde die Teilnahme breiter Arbeitermassen an ihr.

Das Interesse der Massen für die Erziehungsfragen war geweckt. Es begann nun auch in den Arbeiterorganisationen wirksam zu werden. Die Bewegung der „Kinderfreunde" erstarkte überaus schnell. In Niederösterreich zum Beispiel zählte der Verein „Kinderfreunde" 1913 3000, 1917 3881 Mitglieder, 1919 schon 18.432, 1920 35.918. In der Zeit der schwersten Not führten vor allem die Fürsorgeeinrichtungen des Vereines, die Kinderausspeisungen in seinen Heimstätten und Horten, seine Erholungsstätten und Ferienkolonien dem Verein die proletarischen Mütter zu. Aber in dem Maße, als das Interesse der Massen für die Erziehungsfragen wuchs, begann sich der Verein aus einem Fürsorgeverein in eine Erziehungsorganisation umzuwandeln. Es ging dabei nicht ohne manches dilettantisch unternommene Experiment ab. Aber alle diese Versuche regten doch viele tausende Arbeiterfrauen zum Nachdenken über Erziehungsfragen an, begannen doch die Erziehung der Proletarierjugend vom Banne alter, überlebter Tradition zu befreien.

So erschloß sich der durch die Revolution geweckte Drang der Massen nach Eigenbetätigung immer neue Wirkungskreise. Zehntausende Menschen, deren Leben vorher nur zwischen dem ewigen Einerlei einer entgeistigten, mechanischen Fabriksarbeit und dem animalischen Dasein in den spärlichen Mußestunden im Familienkreis oder im Wirtshaus geteilt gewesen war, fanden nun in den Organisationen der Partei, der Gewerkschaften und der Genossenschaften, in den Betriebsräten und in den Arbeiterräten, in den Gemeindevertretungen und in den mannigfachen Instituten der kommunalen Selbstverwaltung, in der Kleingärtner- und der Siedlerbewegung, in den Elternvereinen und bei den „Kinderfreunden" neuen Wirkungskreis und neuen Lebensinhalt. Es ist ein neuer Menschentypus, den diese soziale Selbstbetätigung der Masse hervorbringt.

In den Umsturztagen war der Typus des Revolutionärs der „Heimkehrer": der durch furchtbarstes Erleben mit wilden Leidenschaften erfüllte heimkehrende Soldat, der mit Gewehr und Handgranate alles Bestehende gewaltsam umstürzen zu können glaubte. Und zu dem Heimkehrer hatte sich der Konjunkturrevolutionär gesellt, der vom Umsturz des Bestehenden Aufstieg und Macht, Stelle, Würde und Einkommen für sich erhoffte. Sehr bald aber gelang es einem ganz anderen, einem intellektuell und moralisch ungleich höher stehenden Menschentypus, die Führung der Bewegung an sich zu ziehen. Das waren jene zehntausende Partei- und Gewerkschaftsvertrauensmänner, Arbeiter-, Betriebs- und Soldatenräte, die in einem Wirken voll größten Verantwortungsbewußtseins die durch die Revolution geweckten Massenenergien, die in revolutionärem Ungestüm die Revolution selbst zu vernichten drohten, zu fruchtbarer Schaffensarbeit überzuleiten verstanden. Das waren jene zehntausende Arbeiter, die in den Gemeinden, in den Genossenschaften aller Arten, in den Erziehungsorganisationen aufbauende Arbeit für ihre Klasse zu leisten lernten. Der Aufstieg dieser geistigen Elite der Arbeiterklasse aus dem Schoße der Masse und die Führung und Erziehung der Masse durch diese ihre aus ihrem Fleisch und Blut hervorgegangene geistige Elite — das ist die eigentliche Errungenschaft der Revolution. Denn die Umwälzung staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen ist nicht Selbstzweck; sie bedeutet in der Entwicklung der Völker nur so viel, als sie für die Erweckung, für die innere Wandlung, für die Aufwärtsentwicklung der Menschen selbst bedeutet.

Die Deutschösterreicher waren das herrschende Volk der Habsburgermonarchie gewesen. Als die nationale Revolution der Tschechen, Jugoslawen und Polen die Habsburgermonarchie sprengte, blieb Deutschösterreich in furchtbarster Not und furchtbarster Ohnmacht zurück. Unsere Ohnmacht und unsere Not setzten unserer Revolution unüberwindliche Schranken. Sie konnte ihr nationales Ziel, den Anschluß an Deutschland, nicht erreichen. Sie konnte die soziale Umwälzung nur innerhalb sehr enger Schranken vollziehen. Zur Selbstbescheidung, Selbstbeschränkung gezwungen, blieb sie an heroischen Taten, an dramatischen Episoden, an romantischen Kämpfen überaus arm. Aber gerade die Not und Ohnmacht dieser Revolution begründete ihre eigenartige Größe. Gerade weil Not und Ohnmacht uns hinderten, eine starke revolutionäre Gewalt aufzurichten, konnten wir nur mit geistigen Mitteln die Masse beherrschen. Gerade weil

Not und Ohnmacht die Revolution zur Selbstbeschränkung zwangen, mußte die Selbstüberwindung, die Zügelung der Massenleidenschaften durch die Masseneinsicht, im schwersten geistigen Ringen in der Masse selbst durchgesetzt werden. Diese Beherrschung der Masse mit rein geistigen Mitteln, diese Selbstüberwindung der Masse im rein geistigen Kampfe, sie haben den geistigen Gesichtskreis der Masse erweitert, ihre geistige Regsamkeit geweckt, ihren Selbstbetätigungsdrang aufs höchste gesteigert. Gerade die äußere Armut und Ohnmacht der Revolution ward so zur Ursache tiefschürfender innerer Umwälzung. Die Zehntausende, die in verantwortungsvollem Wirken in den Organisationen und in der Verwaltung überpersönlichen Lebensinhalt fanden; die Hunderttausende, deren Gesichtskreis weit erweitert und deren Gefühl für ihre persönliche Mitverantwortung für das Schicksal ihrer Klasse und ihres Volkes geweckt worden ist, sie zeugen von der Seelen weckenden, Seelen erziehenden Kraft dieser Revolution. Aus vielen müden, im ewigen Einerlei des Überlieferten geistlos dahinlebenden Arbeitstieren sind mitdenkende, mitarbeitende, mitkämpfende, ihrer Mitverantwortung bewußte Persönlichkeiten geworden. Diese Revolution im geistigen Leben der führenden Schicht der Masse ist der Revolution größtes Ergebnis. Denn alle Revolution im Staat und in den Gemeinden, in den Kasernen, in den Betrieben und in den Schulen ist bloßes Mittel, das dem letzten Zweck, der Revolution in den Seelen selbst, dient.

Die ganze Geschichte der Klassenkämpfe des Proletariats ist nicht nur die Geschichte der Umwälzung der Bedingungen, unter denen die Arbeiterschaft lebt, sondern auch die Geschichte der Entwicklung der Arbeiterschaft selbst. Am Anfang dieser Entwicklung war der Arbeiter im Betrieb nichts als ein willenloses Werkzeug in der Hand des Fabriksherrn, in den kargen Mußestunden am Feierabend nichts als ein rohes, erschöpftes Tier. Am Ende dieser Entwicklung muß der Arbeiter zur allseitig entwickelten Persönlichkeit gereift sein, die, zur Selbstregierung ihres Lebens und ihrer Arbeit fähig geworden, keinen Herrn mehr erträgt, weil sie keines Herrn mehr bedarf. Diese Entwicklung vom Arbeitstier zur Persönlichkeit — sie ist die Entwicklung zum Sozialismus. Jede Revolution staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen bedeutet für die Entwicklung zum Sozialismus so viel, als sie für die Entwicklung vom Arbeitstier zur Persönlichkeit bedeutet.

Vierter Abschnitt.

Die Zeit des Gleichgewichts der Klassenkräfte.

§ 13. Wirtschaftliche Umwälzung und soziale Umschichtung.

Literatur:

Trotzki, Die neue Etappe. Berlin 1921.

Steiner, Die Währungsgesetzgebung der Sukzessionsstaaten Österreich-Ungarns. Wien 1921. — Dub, Katastrophenhausse und Geldentwertung. Stuttgart 1920. — Hamp, Die Goldsucher. Basel 1920. — Statistische Übersichten über den auswärtigen Handel. Wien 1920-22. — Statistik der Arbeitslosigkeit in den „Amtlichen Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung". — Sterblichkeitsstatistik im Statistischen Wochenbericht des Wiener Magistrats. — Lebzelter, Größe und Gewicht der Wiener Arbeiterjugend. „Mitteilungen des Volksgesundheitsamtes." Wien 1922. — Engels, Der Anfang des Endes in Österreich. „Der Kampf", VI. Band. — Madlé, Die Besoldungsverhältnisse der österreichischen Staatsbeamten 1914 bis 1920. „Statistische Monatsschrift", 1920.

Karl Kraus, Die letzten Tage der Menschheit. Wien 1921. — Die Botschaft. Neue Gedichte aus Österreich. Gesammelt von E. A. Rheinhardt. Wien 1920. — Strobl, Gespenster im Sumpf. Leipzig 1920. — Bartsch, Ein Landstreicher. Wien 1921. — Rittner, Geister in der Stadt. Wien 1921. — Werfel, Bocksgesang. München 1922. — Spann, Der wahre Staat. Leipzig 1921. — Mises, Die Gemeinwirtschaft. Jena 1922.

Schäfer, Sozialdemokratie und Landvolk. Wien 1920.

In den ersten Monaten nach der Beendigung des Krieges erschien der internationale Kapitalismus schwer erschüttert. Die russische Sowjetrepublik wies in blutigem Bürgerkrieg die Angriffe der Generale der Konterrevolution siegreich zurück. Im Deutschen Reiche herrschten die Arbeiter- und Soldatenräte; in einer Reihe von Aufständen suchte Spartakus die deutsche Revolution über die Schranken der bürgerlichen Demokratie hinauszutreiben. In München und in Budapest ward die Diktatur des Proletariats aufgerichtet. Aber auch die Siegerländer waren von der revolutionären Welle nicht unberührt geblieben. Als die Ententemächte während der Friedensverhandlungen die Demobilisierung hinauszogen, führte die Gärung in ihren Heerlagern zu einer Reihe von Meutereien, und auch in den Siegerländern zogen die Arbeiter, aus dem Feld heimgekehrt, arbeitslos und erbittert durch die Straßen. Der Krieg schien unmittelbar in die Weltrevolution umschlagen zu sollen.

Aber schon nach wenigen Monaten fluteten die Wellen der Revolution zurück. Schon im Frühling 1919 trat in den Ländern der Siegermächte eine Periode wirtschaftlichen Aufschwungs ein. Die Industrie sog die Arbeitslosen schnell auf. Die demobilisierten Soldaten fanden in den Fabriken bei schnell steigendem Lohn Beschäftigung. Die Prosperitätsperiode, die dem Kriege folgte, überwand die Demobilisierungskrise. In den Staaten, die durch ihren Sieg zu Herren der Welt geworden waren, hatte der Kapitalismus die soziale Krise, die die Periode der Rückführung der Massen aus der Armee in die Produktion überall hervorrief, schnell und ohne ernste Erschütterung überwunden. Aber auch in dem besiegten Mitteleuropa befestigte sich der Kapitalismus wieder. In Deutschland hatten die kommunistischen Aufstände im Dezember, Jänner und März mit schweren Niederlagen geendet; ihr einziges Ergebnis war die Aufstellung der konterrevolutionären Reichswehr, die fortan das Proletariat niederhielt. In Bayern war die kommunistische Diktatur im Mai, in Ungarn im Juli zusammengebrochen; die Konterrevolution triumphierte. Im Osten blieben die Kräfte der Sowjetrepublik durch die bewaffnete Intervention der Entente gebunden. Im Spätsommer 1919 war es bereits offenbar, daß der Kapitalismus die schwerste Erschütterung überwunden hatte.

Aber noch fühlte sich das Proletariat nicht besiegt. Das Jahr 1920 brachte eine ganze Reihe von Erhebungen des Proletariats. Aber alle diese Erhebungen endeten mit schweren Niederlagen. Im März förderte der Kapp Putsch das deutsche Proletariat zu gewaltiger Erhebung heraus. Der Generalstreik des Proletariats rettete die Republik; aber wo das Proletariat über die bürgerliche Republik hinaus zu stürmen versuchte, ward es blutig niedergeworfen. Im Mai erhoben sich die französischen Arbeiter; aber ihr Massenstreik endete mit schwerer Niederlage. In den Sommermonaten entflammte der sieghafte Einbruch der Roten Armee in Polen die Hoffnungen des Proletariats; breite Massen hofften, die Rote Armee werde Polen überrennen, die Brücke zwischen der russischen und der deutschen Revolution schlagen, den Sozialismus auf den Spitzen ihrer Bajonette nach Mitteleuropa tragen. Die schwere Niederlage der Russen vor Warschau bereitete im August allen diesen Hoffnungen ein jähes Ende. Im September erlebte Italien den Höhepunkt der sozialen Krise; die italienischen Arbeiter bemächtigten sich der Fabriken, die Staatsgewalt wagte es nicht, das Eigentum des Kapitals zu schützen, ein paar Tage lang waren die Produktionsmittel in den Händen des Proletariats. Aber nach wenigen Tagen mußten die Arbeiter die besetzten Fabriken wieder räumen. Im Dezember wurde die Tschechoslowakei durch einen Massenstreik erschüttert; auch er brach ergebnislos zusammen. Am Ende des Jahres 1920 hatte der Kapitalismus die Offensivstöße des Proletariats überall abgewehrt.

Indessen war die Periode der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, die im Frühling 1919 eingesetzt hatte, jäh zu Ende gegangen. Schon im Frühjahr 1920 war in Japan und in Amerika, im Sommer auch in den Siegerländern und den neutralen Ländern Europas die industrielle Krise hereingebrochen. In allen Ländern mit stabilem und mit steigendem Geldwert schwoll die Arbeitslosigkeit an und sanken die Arbeitslöhne. Die Arbeiter setzten sich gegen den Lohndruck zur Wehr. Das Jahr 1921 brachte eine Reihe gewerkschaftlicher Riesenkämpfe, unter denen die Aussperrung der britischen

Bergarbeiter die gewaltigste war. In einer Zeit schwerer industrieller Depression unternommen, endeten diese Lohnkämpfe mit Niederlagen. In allen von der Krise erfaßten Ländern leerten die Anforderungen für die Arbeitslosenunterstützung und die Streikunterstützung die Kassen der Gewerkschaften und brach die Furcht vor der Arbeitslosigkeit die Kampfesenergien der Arbeiterschaft. Die Arbeiter mußten immer wieder Lohnreduktionen ohne Widerstand hinnehmen. Ihre Machtstellung in den Betrieben wurde empfindlich geschwächt. War so im Westen der Kapitalismus in sieghafter Offensive, so brach zugleich im Osten die Offensivkraft des Kommunismus zusammen. In Rußland lehnten sich die Massen gegen den Kommunismus auf. Der Kronstädter Aufstand und Massenausstände der Arbeiter zwangen die Sowjetregierung zur Umkehr. Der „neue Kurs" stellte den Kapitalismus in Rußland wieder her. Nach dem Zusammenbruch des Märzputsches in Deutschland mußte der Kommunismus auch in Mitteleuropa seine Putschtaktik liquidieren. Das Proletariat war nun überall in die Defensive gedrängt.

So ist die Geschichte der Jahre 1919 bis 1921 die Geschichte der schrittweisen Wiederbefestigung des durch den Krieg erschütterten internationalen Kapitalismus. Unter dem Drucke dieser internationalen Entwicklung mußten sich auch in Deutschösterreich die Machtverhältnisse zwischen den Klassen verändern.

In den ersten Monaten nach dem Umsturz hatte sich die deutschösterreichische Bourgeoisie der Vorherrschaft der Arbeiterklasse beinahe widerstandslos unterworfen. Die soziale Revolution schien ja damals in Deutschösterreich viel weniger weit zu gehen als in den anderen besiegten Ländern. Im November 1918 hatten in Deutschland die Arbeiter- und Soldatenräte die Regierungsgewalt übernommen; in Deutschösterreich war die Revolution in den Formen parlamentarischer Demokratie geblieben. Im Winter tobte immer wieder blutiger Bürgerkrieg in den Straßen der deutschen Großstädte; Deutschösterreich blieb blutiger Straßenkampf erspart. Im Frühjahr 1919 ward die Diktatur des Proletariats in Ungarn und in Bayern proklamiert; in Deutschösterreich wehrte die Sozialdemokratie den Ansturm des Kommunismus ab. Damals war die deutschösterreichische Bourgeoisie glücklich, daß sie von dem Schlimmeren verschont blieb, das die Bourgeoisie der anderen besiegten Länder betroffen hatte. Damals unterwarf sie sich widerstandslos der Vorherrschaft der Sozialdemokratie.

Aber schon die ersten Siege der internationalen Reaktion im Jahre 1919 veränderten die Stimmung der deutschösterreichischen Bourgeoisie. In Deutschland war die Reichswehr entstanden, die das Proletariat niederwarf und niederhielt; in Österreich hielt immer noch die sozialistische Volkswehr die Reaktion im Banne. In Deutschland wehrte die Technische Nothilfe jede Stillegung lebenswichtiger Betriebe ab; in Österreich konnte der Staat die öffentlichen Betriebe immer noch nur im Einvernehmen mit den proletarischen Organisationen führen, weil er ohne sie den Fortgang der lebenswichtigen Betriebe nicht sicherstellen konnte. In Deutschland war der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte sehr schnell ihre Auflösung gefolgt; in Österreich hatten Arbeiter- und Soldatenräte nie die Herrschaft geübt, aber sie blieben eine stark wirkende Macht, als in Deutschland keine Arbeiter- und Soldatenräte

mehr existierten. In Ungarn und in Bayern war der kommunistischen Diktatur die blutige Niederwerfung des Proletariats gefolgt; in Österreich hatte die Mäßigung der sozialdemokratischen Führung dem Proletariat die Niederlage erspart, seine Machtmittel unversehrt erhalten. Im Sommer 1919, nach den Siegen der Konterrevolution in Deutschland und in Ungarn, erkannte die österreichische Bourgeoisie, daß der bolschewistische Schrecken in Deutschland und in Ungarn, dem das konterrevolutionäre Ende so bald gefolgt war, für die Bourgeoisie viel vorteilhafter gewesen war als der Schrecken ohne Ende der sozialdemokratischen Führung, der das österreichische Proletariat vor Niederlagen bewahrt hatte. Als seit dem Herbst 1919 die flüchtigen Revolutionäre aus Ungarn und aus Bayern, aus Jugoslawien und aus Polen in Österreich ihr Asyl fanden, sah die Bourgeoisie, daß in Österreich allein noch die Macht des Proletariats ungebrochen war, während rings um uns das Proletariat schon schwere Niederlagen erlitten hatte. In einer Zeit, in der die österreichische Bourgeoisie schon die weiße Armee in Ungarn und die Orgesch in Bayern als ihre Reservearmeen betrachten konnte, die sie notfalls gegen das österreichische Proletariat zu Hilfe rufen könnte, erschien ihr die ungebrochene Machtstellung des österreichischen Proletariats als ein unerträglicher Anachronismus; nun gilt es, meinte sie, nach dem offenen Bolschewismus in Ungarn und in Bayern auch den „schleichenden Bolschewismus" in Österreich niederzuwerfen.

In dem Maße, wie sich im Verlauf der Jahre 1919 bis 1921 der internationale Kapitalismus wieder befestigte, erstarkte auch in Österreich das Selbstbewußtsein der Bourgeoisie. Sie wagte wieder den Widerstand gegen das Proletariat, nachdem 1919 die deutsche und die ungarische Revolution schwere Niederlagen erlitten hatten. Sie faßte wieder Mut, allein zu regieren, nachdem 1920 die internationale Reaktion die Angriffe des Proletariats abgewehrt hatte. Sie ging zur Offensive über, nachdem 1921 das Proletariat in ganz Europa in die Defensive gedrängt war. Auch in Österreich ist die Geschichte der Jahre 1919 bis 1922 eine Geschichte fortschreitenden Erstarkens des Selbstbewußtseins, der Widerstandskraft, der Offensivkraft der Bourgeoisie und fortschreitender Ralliierung aller besitzenden Klassen gegen das Proletariat.

Und dieser Prozeß des Erstarkens des bourgeoisen Klassenbewußtseins wurde beschleunigt und verstärkt durch die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, die der Zerfall des alten großen Wirtschaftsgebietes herbeiführte.

Die folgenschwerste Wirkung der Auflösung des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes war die Revolution des Geldwesens. Der Zertrümmerung der alten Reichsgemeinschaft folgte die Auflösung der alten Währungsgemeinschaft. Am 8. Jänner 1919 ordnete die südslawische Regierung die Abstempelung der in den ehemals österreichisch-ungarischen Gebieten Jugoslawiens umlaufenden Kronennoten an. Am 25. Februar wurde die Abstempelung der Kronennoten in der Tschechoslowakei beschlossen. Deutschösterreich beantwortete diese Maßregeln mit der Verordnung vom 27. Februar, die auch hier die Abstempelung der Kronennoten verfügte. Damit war die alte österreichisch-ungarische Währungsgemeinschaft aufgelöst; an die Stelle der österreichisch-ungarischen

Krone trat die deutschösterreichische. Der Wert der österreichischen Krone war nun nicht mehr bestimmt durch ihre Kaufkraft in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien, in Polen, sondern nur noch durch ihre weit niedrigere Kaufkraft in dem von allen Nachbarstaaten blockierten, an empfindlichstem Warenmangel leidenden Deutschösterreich. Wer im Ausland tschechische Kohle oder tschechischen Zucker, galizisches Petroleum oder siebenbürgisches Holz, ungarisches Vieh oder jugoslawisches Getreide kaufen wollte, brauchte nun nicht mehr österreichische Kronennoten, sondern tschechische oder jugoslawische Kronen oder die in Polen, Ungarn und Rumänien vorläufig noch weiter verwendeten ungestempelten Kronennoten. Österreichische Kronen brauchte der Ausländer nur noch, wenn er deutschösterreichische Waren kaufen wollte; aber die infolge der Kohlen- und Rohstoffnot zerrüttete deutschösterreichische Industrie hatte dem Ausland wenig zu verkaufen. So mußte die Nachfrage nach österreichischen Kronen, mußte daher auch ihr Kurs bedeutend sinken. Der Kurssturz der österreichischen Krone war also damals unvermeidliche Wirkung der Auflösung des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes; unvermeidliche Wirkung der Tatsache, daß der Wert der österreichischen Krone nicht mehr auf die fruchtbaren Ebenen, die Kohlen- und Rohöllager, die Industrie- und Hafenanlagen des alten großen Wirtschaftsgebiets, sondern nur noch auf die Armut des deutschösterreichischen Berglandes basiert war.

Der Kronensturz wurde durch andere Umstände beschleunigt. Hatte schon in der Kriegszeit die Kapitalsflucht in das Ausland großen Umfang erreicht, so hatte die Revolution die Kapitalsflucht noch vergrößert. Die Kapitalisten, vor der Enteignung zitternd, brachten ihre Vermögen in die Schweiz; die strengen Verbote, die die beiden ersten Regierungen der Republik erließen, wurden umgangen oder durchbrochen. Insbesondere in der Zeit des Ansturms des ungarischen Bolschewismus nahm die Kapitalsflucht große Dimensionen an. Damit wuchs natürlich das Angebot österreichischer Kronenwerte im Ausland; wurde also der Druck auf den Kronenkurs verschärft. In derselben Zeit hob die Entente die Blockade über Deutschösterreich auf. Viereinhalb Jahre lang war Deutschösterreich vom Ausland abgeschnitten gewesen. Jetzt stürzte sich der viereinhalb Jahre lang ausgehungerte Konsum gierig auf die ausländischen Waren, die mit einem Male wieder erreichbar wurden. Jetzt beeilten sich die Kaufleute, ihre längst geleerten Vorratslager wieder aufzufüllen. Das stürmische Verlangen nach ausländischen Waren vergrößerte sprunghaft die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln und verstärkte daher abermals den Druck auf den Kronenkurs. Wenige Wochen später wurde der erste Entwurf der Friedensbedingungen bekannt. Die furchtbar harten Bedingungen zerstörten alles Vertrauen zu Deutschösterreichs wirtschaftlicher Zukunft. Nun schlugen die ausländischen Spekulanten ihre Vorräte an Kronennoten los. Nun verkauften die österreichischen Kapitalisten ihre Kronenwerte, um mit dem Erlös ausländische Devisen und Effekten zu kaufen. Der Kronenkurs bekam damit einen weiteren mächtigen Stoß.

So verknüpften sich in dieser ersten Phase der Geldentwertung alle Wirkungen der großen Katastrophe, den Kurs der Krone zu drücken. In dem ersten Jahre der Republik, in der Periode der Vorherrschaft der Arbeiterklasse war die Geldentwertung unmittelbare, durch keinerlei finanz-

politische Maßregeln zu verhindernde Wirkung der großen historischen Katastrophe selbst: des Zerfalls des alten großen Wirtschaftsgebiets, der revolutionären Umwälzung ganz Mitteleuropas, des vom Ententeimperialismus diktierten Gewaltfriedens. Das Ergebnis dieser Umwälzungen war, daß die Krone binnen einem Jahr neun Zehntel ihres Wertes verlor. Der Kurs der Krone in Zürich, der sich noch in den ersten Wochen nach dem Umsturz über 30 Centimes gehalten hatte, sank bis zum Ende des Jahres 1919 auf 3 Centimes.

Aber damit war die Geldentwertung nicht beendet. Die stürmische Entwertung des Geldes im ersten Jahre der Republik hatte den Staatshaushalt schwer zerrüttet. Während die Staatsausgaben mit der Geldentwertung stiegen, konnten die Staatseinnahmen in der Zeit des vollständigen Stockens der Produktion und der schwersten sozialen Krise nur langsam erhöht werden. Das Defizit im Staatshaushalt mußte daher durch Ausgabe von Papiergeld gedeckt werden. In gleichem Maße, wie die Masse der umlaufenden Banknoten anschwoll, sank ihr Wert. Der Kurs der Krone sank daher immer weiter. Er sank in Zürich bis Ende 1920 auf 1·05, bis Ende 1921 auf 0·11 Centimes. War die Geldentwertung im ersten Jahre der Republik unmittelbare Wirkung der Auflösung des alten Wirtschaftsgebiets, so war sie in der Folgezeit Wirkung der Zerrüttung des Staatshaushalts, die zu fortwährender Vermehrung des Papiergeldes zwang.

Aber die Geldentwertung war nicht nur die Folge der großen historischen Katastrophe, die 1918 Österreich befallen hat, sie war damals zugleich auch ein unentbehrliches Mittel, das durch diese Katastrophe völlig zerrüttete Wirtschaftsleben wiederherzustellen. Der elementare Prozeß der Geldentwertung setzte den kapitalistischen Warenaustausch und die kapitalistische Warenproduktion wieder in Gang.

Im Sommer 1919 setzte an der Wiener Börse die große Hausseperiode ein. Die Effektenkurse begannen sich dem von Tag zu Tag sinkenden Geldwert anzupassen. Die Kapitalisten suchten ihr Kapital der Entwertung zu entziehen, indem sie es in Effekten und Devisen anlegten. Die Kurse der Börsenpapiere stiegen überaus schnell. Die großen Spekulationsgewinne verlockten immer breitere Schichten des Bürgertums, der Beamtenschaft, der Angestelltenschaft zum Börsenspiel. Was gestern an der Börse gewonnen wurde, wurde heute in wildem Luxuskonsum verjubelt.

Von der Börse griff die Bewegung auf den Handel über. Die Börse spekulierte auf immer weiteres Sinken der Krone; der Kurs der Krone eilte daher in schnellem Sturz dem Niedergang ihres inneren Wertes, ihrer Kaufkraft voraus. Die Spannung zwischen dem Kurs und der Kaufkraft der Krone drückte sich darin aus, daß die Inlandpreise der österreichischen Waren tief unter den Weltmarktpreisen standen. Wer österreichische Waren in das Ausland bringen konnte, konnte große Gewinne erzielen. Dem standen freilich die mannigfachen Verkehrsbeschränkungen, die Aus- und Einfuhrverbote gegenüber, mittels deren die Staaten in der Zeit der schwersten Not ihre Volkswirtschaft zu schützen versuchten. Ein skrupelloses Schiebertum, das es verstand, die Verbote auf tausenderlei Schleichwegen zu umgehen und sich die Bürokratie, die diese Verbote zu handhaben hatte, dienstbar zu machen, durchbrach diese Hindernisse. Und

zu dem inländischen Schieber gesellte sich der ausländische. Infolge des krassen Mißverhältnisses zwischen dem Binnenwert und dem Außenwert der Krone konnte jeder Kommis aus den valutastarken Ländern in Wien als reicher Mann auftreten und jeder, der mit ausländischem Geld in Wien Waren aufkaufte, die größten Exportprofite erlangen. Die Zeit des großen „Ausverkaufs" kam, in der ausländische Händler die Rohstoffvorräte, die die Heeresverwaltung der Republik hinterlassen hatte, und den Hausrat und Schmuck der durch die Geldentwertung verelendeten Wiener Patrizier um einen Bettel an sich rissen und in das Ausland schafften. Pierre Hamp hat es in grotesken Bildern geschildert, wie sich die „Goldsucher" aller Länder auf das verelendete Land stürzten. Aber diese Periode des Schiebertums bereitete, so parasitisch sie auch erschien, in Wirklichkeit doch die Wiederherstellung des Wiener Handels vor. Die Anziehungskraft, die Wien dank der großen Spannung zwischen der Kaufkraft und dem Kurs der Krone, zwischen ihrem Binnen- und ihrem Außenwert, zwischen Inland- und Weltmarktpreisen auf die ausländischen Händler übte, stellte Wien als großen Handelsplatz wieder her. Nun kamen wieder jugoslawische und rumänische, polnische und ungarische Händler nach Wien, um hier die Erzeugnisse nicht nur der österreichischen, sondern auch der tschechoslowakischen Industrie zu kaufen. Wien erlangte seine alte Funktion der Handelsvermittlung zwischen den Industriegebieten der Sudetenländer und den Agrargebieten des Donaubeckens wieder zurück. Und mit dem Handel begannen schließlich auch Gewerbe und Industrie wiederzuerstehen.

Zuerst wurden die Luxusgewerbe wiederbelebt; ihnen brachte die Periode der großen Börsen- und Schiebergewinne und des Zustroms der ausländischen Händler eine Periode der Hochkonjunktur. Die große Industrie dagegen erstand langsamer wieder. Zwar wirkte auch für sie die Spannung zwischen dem Binnen- und dem Außenwert der Krone einer hohen Exportprämie gleich. Aber sie konnte die große Exportkonjunktur nicht ausnützen, solange Kohlen- und Rohstoffnot ihre Produktion drosselten. Erst allmählich, mit der Wiederherstellung der Produktion in den Nachbarländern strömten auch Österreich Kohle und Rohstoffe wieder etwas reichlicher zu. Und als im Sommer 1920 die industrielle Krise in den valutastarken Ländern hereinbrach, als dort der Absatz von Kohle und Rohstoffen stockte, konnte die österreichische Industrie so viel Kohle und Rohstoffe beziehen, als sie brauchte. Wir haben im zweiten Halbjahr 1919 12 Millionen Meterzentner Kohle und Koks importiert, im Jahre 1920 40 Millionen, im Jahre 1921 58·4 Millionen Meterzentner. Unsere Einfuhr an Baumwolle betrug im zweiten Halbjahr 1919 26.511 Zentner, im Jahre 1920 126.464, im Jahre 1921 260.511 Zentner. In ähnlichem Verhältnis stieg die Einfuhr aller wichtigen industriellen Rohstoffe. Vor dem Übergreifen der internationalen Absatzstockung auf Österreich bewahrte uns die Geldentwertung, die die Produktionskosten unserer Industrie tief unter dem internationalen Niveau erhielt; die Kohlen- und Rohstoffnot aber, die uns die Ausnützung der internationalen Hochkonjunktur von 1919/20 unmöglich gemacht hatte, wurde gerade durch die internationale Industriekrise überwunden. Darum kam für die österreichische Industrie die Zeit der Hochkonjunktur erst, als sie auf dem Weltmarkt schon vorüber war.

Nun erst konnte unsere Industrie die Exportprämie, die in der Spannung zwischen Inland- und Weltmarktpreisen lag, voll ausnützen. In einer Zeit, in der der Weltmarkt bereits unter dem Drucke der internationalen Depression stand, konnte unsere Industrie ihren Absatz auf dem Weltmarkt bedeutend ausdehnen. Unser Export betrug:

	im zweiten Halbjahr 1919	im Jahre 1920	im Jahre 1921
		Meterzentner	
Papier und Papierwaren	310.688	957.056	1,144.300
Leder und Lederwaren	12.232	40.443	59.280
Möbel und Möbelteile	24.052	91.914	90.966
Eisen und Eisenwaren	755.557	1,918.523	1,951.928
Maschinen und Apparate	125.441	411.642	538.015
Elektrische Maschinen und Apparate	25.366	81.488	111.757
	43.611	144.379	178.477
		Stück	
Fahrzeuge	2.081	12.491	13.411
		Tonnen	
	13	40	38
		Meterzentner	
Edelmetalle und Waren daraus	937	1.878	4.926
Chemische Hilfsstoffe und Produkte	155.624	471.086	510.540
Kleider und Putzwaren	4.043	12.189	5.121
Wäsche	263	3.273	4.814

Durch dieses Anschwellen des Exports belebt, sog die Industrie nun die Massen der Arbeitslosen auf. Die Zahl der Arbeitslosen hätte im Mai 1919 mit 186.000 den höchsten Stand erreicht. Nun sank sie schnell. Anfang 1920 standen noch 62.427, im Juli 23.970, am Ende des Jahres 16.637 Arbeitslose im Bezuge der Arbeitslosenunterstützung; in dem ganzen Jahre 1921 blieb die Arbeitslosigkeit sehr klein. Die Geldentwertung war das Mittel gewesen, durch die Belebung der Industrie die Arbeitermassen, die der Krieg aus den Produktionsstätten gerissen hatte, in die Produktionsstätten zurückzuführen, sie wieder an regelmäßige Arbeit zu gewöhnen.

Die industrielle Prosperität ermöglichte es der Arbeiterschaft, sich höhere Löhne zu erringen. Die Exportindustrien, die ihre Erzeugnisse gegen ausländisches Geld austauschten, konnten die Kronenlöhne in dem Maße erhöhen, als der Wert der Lohnkrone sank. Das Steigen der Arbeitslöhne in den Exportindustrien trieb, wenn auch nicht im gleichen Verhältnis, auch die Löhne in den anderen Industriezweigen empor. Das schnelle Tempo der Geldentwertung erforderte schnelle Anpassung der Lohnsätze an die Veränderungen des Geldwertes. Eine Lohnbewegung folgte schnell der anderen. Die fortwährende Beschäftigung der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft mit den Lohnbewegungen stärkte die Anziehungskraft der Gewerkschaften. Im Jahre 1922 waren bereits mehr als eine Million Arbeiter und Angestellte, beinahe ein Sechstel der Gesamtbevölkerung des Landes, in den freien Gewerkschaften vereinigt. Auf ihre starken Gewerkschaften gestützt, konnte die Arbeiterschaft die industrielle Hochkonjunktur voll ausnützen. In der Bemessung der Teuerungszulagen nach dem amtlich erhobenen Teuerungsindex wurde das Mittel gefunden, die Arbeitslöhne allmonatlich den Veränderungen der Kaufkraft der Krone automatisch anzupassen, um schwere Kämpfe um die Besserung der Arbeitslöhne zu verhüten. Diese Entlohnungsmethode wurde im November 1919 von Renner

einer von der Regierung einberufenen gemeinsamen Konferenz der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften vorgeschlagen, im folgenden Monat, wenn auch zunächst noch in sehr unvollkommener Gestalt, in den Kollektivvertrag der Metallindustrie eingeführt, in der Folgezeit dann allmählich ausgebaut und auf fast alle großen Industriezweige ausgedehnt.

So wurde die Lebenshaltung der Arbeitermassen allmählich verbessert. Die Einfuhrstatistik zeigt das Ansteigen des Massenkonsums. Die Einfuhr nach Österreich betrug:

	im zweiten Halbjahr 1919	im Jahre 1920	im Jahre 1921
		Meterzentner	
Getreide und Mehl	2,359.571	6,131.404	7.560.558
		Stück	
Schlacht- und Zugvieh	18.487	37.141	130.928
		Meterzentner	
Speisefette	122.036	432.396	402.867
Tabak	7.845	66.074	113.777

Die Gesundheitsverhältnisse der Arbeitermassen besserten sich schnell. In Wien betrug die Zahl der Sterbefälle:

im Jahre	Sterbefälle überhaupt	Sterbefälle an Tuberkulose
1918	51.497	11.531
1919	40.932	10.606
1920	34.197	7.464
1921	28.297	5.265

Die Verbesserung des Ernährungszustandes der Arbeiterjugend zeigen die Messungen in den Lehrlingserholungsheimen des Volksgesundheitsamtes. Das durchschnittliche Körpergewicht der Lehrlinge betrug:

im Alter von Jahren	im Jahre 1919	im Jahre 1921
	Kilogramm	
14 bis 15	40·93	44·35
15 „ 16	42·66	45·45
16 „ 17	47·48	50·13

In dem Maße, als sich die arbeitslosen „Heimkehrer" in regelmäßig beschäftigte Industriearbeiter rückverwandelten, als die Arbeitsunterbrechungen infolge Kohlen- und Rohstoffnot aufhörten, als sich der Ernährungszustand der Arbeitermassen besserte, beruhigte sich auch die Stimmung der Arbeiterschaft. Die stürmischen Zwischenfälle in den Betrieben und auf den Straßen, die in den ersten Monaten nach dem Umsturz die Bourgeoisie in Furcht erhalten hatten, wurden seltener. In den Betrieben stiegen Arbeitsintensität und Arbeitsdisziplin. Im Staat wurde wieder ein Regieren möglich, das nicht mehr täglich Erhebungen der Arbeiterschaft zu fürchten hatte, nicht mehr täglich des Einvernehmens mit den Arbeiterorganisationen bedurfte. Der revolutionäre Spannungszustand wurde durch die industrielle Hochkonjunktur überwunden.

Damit erstarkte das Selbstbewußtsein des industriellen Unternehmertums. Es war eingeschüchtert, solange seine Betriebe in Auflösung waren; es wurde wieder selbstbewußt, sobald seine Betriebe wieder in vollem Gange waren. Es hatte sich in der Zeit der schweren Krise, in der Kohlen- und Rohstoffnot die volle Produktion unmöglich machten, gegen die Ein-

führung des Achtstundentages nicht gewehrt; jetzt, da der Achtstundentag es in der Ausnützung der Hochkonjunktur beschränkte, klagte es über die „sozialpolitischen Experimente". Es hatte in der Zeit der schweren revolutionären Erschütterung die neue sozialpolitische Gesetzgebung ohne Widerstand hingenommen; jetzt begann es wieder, sich gegen die „sozialpolitischen Lasten" aufzulehnen. Das industrielle Unternehmertum begann nun, alle besitzenden Klassen gegen die Machtstellung der Arbeiterklasse im Staat zu organisieren.

Aber die Geldentwertung stellte nicht nur den Handel, das Gewerbe, die Industrie wieder her. Sie rief auch eine folgenschwere Umschichtung innerhalb der ganzen Bourgeoisie hervor. Unter den Wirkungen der Geldentwertung ist eine neue Bourgeoisie entstanden, ist das alte Bürgertum zugrunde gegangen.

Zunächst wurden durch die Geldentwertung diejenigen Schichten der alten Unternehmerklasse begünstigt, deren Unternehmungen in Wien ihre Büros, aber außerhalb Deutschösterreichs, zumeist in der Tschechoslowakei, ihre Fabriken haben. Diese Unternehmer bezogen ihr Einkommen in tschechischen, sie verausgabten es in österreichischen Kronen. Sie vor allem waren daher die Nutznießer der großen Differenz zwischen dem inneren und dem äußeren Wert der Krone. Neben ihnen zog eine neue Schicht der Bourgeoisie aus dieser Differenz große Gewinne. Aus Valutenspekulation und Schiebertum entstanden neue große Vermögen. Die schweren Hindernisse, die die staatliche Gesetzgebung der Valutenspekulation und dem Schiebertum entgegenzustellen versucht hatte, konnten nur von besonders gerissenen, besonders bedenkenlosen Händlern überwunden werden. Es waren Methoden der „ursprünglichen Akkumulation" in Marxens Sinne, aus deren Anwendung die neuen großen Vermögen entstanden. Den an die normalen Formen kapitalistischer Betätigung in hochindustriellem Milieu gewohnten Kapitalisten waren diese Methoden nicht vertraut. Desto besser vertraut waren sie dem Händlertum aus den agrarischen Ländern des Ostens, wo das Kapital, noch gleichsam in den Poren einer noch vorkapitalistischen Gesellschaft lebend, noch die brutaleren und korrupteren Methoden der „ursprünglichen Akkumulation" anzuwenden gewohnt war. Die galizischen Juden, die der Krieg in großen Massen nach Wien geworfen hatte, die ungarischen Händler, die vor der Revolution in Österreich Zuflucht gesucht hatten, stellten zu den Nutznießern der Geldentwertungskonjunktur ein starkes Kontingent. Und zu ihnen gesellten sich noch die zahlreichen „Goldsucher" aus den valutastarken Ländern, die nach Österreich kamen, um die Konjunktur des „Ausverkaufs" auszunützen. So entwickelte sich aus der Geldentwertungskonjunktur eine neue Bourgeoisie, die zum großen Teil aus landfremden, kulturell tiefstehenden Elementen, die ihren Erfolg ihrer geschäftlichen Findigkeit und ihrer moralischen Skrupellosigkeit verdanken, zusammengesetzt ist. Es war wahr geworden, was der junge Friedrich Engels im Jahre 1848, wenige Wochen vor der österreichischen Märzrevolution, vorausgesagt hatte: „daß es recht gemeine, recht schmutzige, recht jüdische Bourgeois sein werden, die dies altehrwürdige Reich ankaufen". Der kulturlose Luxus der an der Not des Landes bereicherten neuen Bourgeoisie erbitterte die Volksmasse. Eine Welle des Antisemitismus ergoß sich über das Land.

Derselbe Prozeß der Geldentwertung, der die neue Bourgeoisie emporgetragen hat, hat breite Schichten der alten Bourgeoisie pauperisiert. Zunächst traf dieses Schicksal die Rentner. Während des Krieges hatte der weitaus größte Teil des mobilen Kapitals der Bourgeoisie die Gestalt der Kriegsanleihetitres angenommen. Die Republik bezahlte die Zinsen der Kriegsanleihen, aber sie bezahlte sie in Papierkronen. In dem Maße, als der Wert der Papierkrone sank, wurde die Rentnerklasse expropriiert. Die Zinsen, die der Staat den Rentnern bezahlte, stellten 1920 nur noch ein Hundertstel, 1922 nur noch ein Zehntausendstel des versprochenen Wertes dar. Der Millionär, der sein Vermögen in Kriegsanleihe angelegt hatte, war zum Bettler geworden.

Mit den Rentnern wurden auch die Hausbesitzer expropriiert. Die während des Krieges erlassene Mieterschutzverordnung wurde aufrechterhalten. Die Mietzinse, in Papierkronen ausgedrückt, stiegen nur sehr langsam, während der Wert der Papierkrone schnell sank. Die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes war eines der wirksamsten Mittel, die Lebenshaltung der Volksmassen zu heben. Der Wohnungsaufwand verschlang bald nur noch einen sehr geringen Teil des Lohneinkommens. Die Volksmassen konnten ihr Wohnungsbedürfnis viel besser befriedigen als vor dem Kriege. Aus den Wohnungen der Arbeiter verschwanden die Bettgeher und Aftermieter. Die Tatsache, daß in Wien Wohnungsnot herrscht, obwohl die Bevölkerung infolge der Kriegsverluste, infolge der Abnahme der Geburtenhäufigkeit und infolge der starken Abwanderung nach der Revolution beträchtlich abgenommen hat, beweist, daß die Volksmassen in den Arbeitervierteln nicht mehr so dicht gedrängt wohnen wie vor dem Kriege. Aber diese Hebung der Wohnkultur, eines der erfreulichsten Ergebnisse der sozialen Umwälzung, erfolgte auf Kosten der Hauseigentümer. Die Hausrente wurde zugunsten der Mieter konfisziert. Damit wurde eine der zahlreichsten Schichten des Bürgertums wirtschaftlich expropriiert.

Auch die höhere Beamtenschaft wurde von der Geldentwertung niedergedrückt. Staat, Länder und Gemeinden, infolge der Geldentwertung mit den größten finanziellen Schwierigkeiten kämpfend, konnten die Bezüge ihrer Angestellten nur viel langsamer erhöhen als die für den Export arbeitende Industrie und als die durch die Geldentwertungskonjunktur begünstigten Banken und Handelsunternehmungen. Die Bezüge der untersten Kategorien der öffentlichen Angestellten, die auch vordem nur gerade das nackte Leben ermöglichten, mußten freilich in dem Maße erhöht werden, als die Kaufkraft des Geldes sank; desto mehr mußten die notleidenden öffentlichen Haushalte an den Bezügen der höheren Angestellten sparen. Ihre Bezüge stiegen viel langsamer, als der Geldwert sank. So wurden von Ende 1915 bis zum März 1920 die Bezüge der ledigen Staatsbeamten in der XI. Rangsklasse immerhin um 718 Prozent, in der IV. Rangsklasse nur um 215 Prozent erhöht. Ein Hofrat hatte im Jahre 1915 noch 8·6mal, im Jahre 1920 nur noch 3·3mal höhere Bezüge als ein Beamter der untersten Rangsklasse.

Endlich wurden auch die freien Berufe von der Bewegung erfaßt. Das verarmte Volk mußte sein ganzes Einkommen für die Bestreitung der allerunentbehrlichsten, unaufschiebbarsten Lebensbedürfnisse verwenden. An allem Entbehrlicheren mußte es sparen. Mit der Verelendung der zahl-

reichsten Schichten des Bürgertums verloren der Arzt, der Schriftsteller, der Künstler ihre Klientel. Auch sie gerieten nun in bittere Not.

Während eine neue landfremde Bourgeoisie aus der Not des Landes neue große Vermögen schöpfte, wurde der alte Reichtum des altösterreichischen Bürgertums durch die Geldentwertung vernichtet. Das altösterreichische Bürgertum wurde aus seiner gewohnten bürgerlichen Lebenshaltung tief hinabgestürzt. Tausende, die vor dem Kriege reich gewesen, konnten ihr Leben nur noch fristen, indem sie alten Hausrat und Schmuck verkauften und ihre Stuben an Fremde vermieteten. Sie konnten keine Hausgehilfinnen mehr halten. Buch, Theater, Konzert wurden ihnen zu unerschwinglichem Luxus.

Es war das Altwiener Patriziat, es waren die führenden Schichten der österreichischen Intelligenz, es waren große Teile des mittleren und kleinen Bürgertums, die durch die Geldentwertung verelendet wurden. Sie waren die eigentlich herrschende Klasse der Habsburgermonarchie gewesen. Sie hatten der Habsburgermonarchie ihre Beamten, ihre Offiziere gestellt. Sie waren die Träger des österreichischen Patriotismus, der altösterreichischen Traditionen gewesen. Sie waren seit einem Jahrhundert die Träger der spezifisch österreichischen Kultur, der Wiener Literatur, der Wiener Musik, des Wiener Theaters gewesen. Sie waren die eigentlich Besiegten des Krieges. Es war ihr Reich, das im Oktober 1918 zusammengebrochen war. Und mit ihrem Reich hatten sie auch ihren Reichtum verloren.

Ihr wirtschaftliches Schicksal bestimmte ihre soziale und politische Ideologie. Im letzten Kriegsjahr waren sie voll Sehnsucht nach dem Frieden gewesen. Damals haßten sie den deutschen Imperialismus, der den Krieg in die Länge zog. Damals hofften viele von ihnen durch die Trennung von Deutschland ihr Reich zu retten; durch Demokratie und nationale Autonomie innerhalb des Reiches dem Sonderfrieden den Weg zu bahnen. Ihr Pazifismus näherte sie damals der Sozialdemokratie. Und als im Oktober 1918 die Demokratie siegte, wurden auch von ihnen viele völlig von dem Geist der neuen Zeit erfaßt. Bereit, sich der aufsteigenden Macht der Arbeiterklasse zu gesellen, nannten sie sich nun „geistige Arbeiter". Aber nach wenigen Wochen schon schlug ihre Stimmung um. Die neue Zeit hatte sie pauperisiert. Ihre Verelendung erbitterte sie. Ihre Erbitterung wandte sich gegen die beiden Klassen, die aus der Katastrophe, die das alte Bürgertum zugrunde gerichtet hatte, aufgestiegen waren: gegen die neue Bourgeoisie, die wirtschaftlich die Katastrophe genützt, und gegen die Arbeiterklasse, die die Katastrophe zu politischer Vorherrschaft gehoben hatte. Sie sahen viele Juden unter den reich gewordenen Schiebern. Sie sahen Juden unter den Führern der Arbeiter. Ihr zwiefacher Haß fand im Antisemitismus seine Vereinigung.

Sehr bald wurde ihre Erbitterung gegen die Arbeiter stärker als ihre Erbitterung gegen die Schieber. Am Ende war der Schieber nichts als ein erfolgreicher Kaufmann; daß aus Kauf und Verkauf Gewinne und Reichtümer entstehen, erschien ihrem bürgerlichen Denken am Ende natürlich. An der neuen Machtstellung, dem neuen Selbstbewußtsein der Arbeiter dagegen stieß sich täglich ihr bürgerliches Vorurteil. Dem Arzt erschien es als der Welten Ende, daß auch Pflegerinnen und Spitaldiener im Kranken-

haus mitentscheiden wollten. Der Bürovorstand ärgerte sich über die veränderte Haltung seines Dieners, die Hausfrau über das plötzlich erwachte Selbstbewußtsein ihrer Köchin. Sie alle aber erbitterte vor allem die Bewegung der Arbeitslöhne. Das Kroneneinkommen des Rentners und des Hausherrn blieb trotz der Entwertung der Krone unverändert, das Kroneneinkommen des hohen Beamten, des Künstlers, des Arztes stieg weit langsamer, als die Krone sank; die Arbeiter der von der Geldentwertung begünstigten Exportindustrie aber konnten ihr Einkommen viel schneller erhöhen. Die Intellektuellen sahen nicht, daß die Lohnerhöhungen doch nur Anpassungen des Geldlohnes an den sinkenden Geldwert waren; sie sahen nur, daß die Löhne der Arbeiter schnell stiegen, während ihr Einkommen gar nicht oder viel langsamer stieg. Die Intellektuellen sahen nicht, daß die Arbeiterschaft trotz aller Lohnerhöhungen auf weit niedrigerem Niveau der Lebenshaltung als vor dem Kriege blieb; sie sahen nur, daß sich die Lebenshaltung der Arbeiter doch allmählich immerhin besserte, während ihre Lebenshaltung mit dem Fortschritt der Geldentwertung immer tiefer sank. Die Intellektuellen verstanden nicht, daß die Umwälzung der Einkommensverteilung Ergebnis eines elementaren ökonomischen Prozesses war, unentrinnbare Wirkung der Geldentwertung, die selbst wieder unentrinnbare Wirkung der großen historischen Katastrophe, des Krieges, der Auflösung des alten Wirtschaftsgebietes, des Gewaltfriedens war. Sie hielten die Lohnerhöhungen, die die Folge der Geldentwertung waren, für die Ursache der Geldentwertung und damit auch für die Ursache der Verelendung des „Mittelstandes". Daß da und dort die Löhne von Handarbeitern über die Einkommen akademisch Gebildeter stiegen, hielten sie für willkürliche Wirkung der neuen politischen Machtstellung der Arbeiterklasse. Daß die Waschfrau besser entlohnt werde als der Universitätsassistent, wurde zum Schlagwort der Agitation. Der Klassenneid gegen die Arbeiterschaft wurde zur stärksten Leidenschaft der untergehenden Schichten des Bürgertums. Er erfüllte die breiten Schichten des mittleren und kleinen Bürgertums mit Haß gegen die Revolution, gegen die Arbeiterklasse, gegen die Sozialdemokratie.

Es ist nicht ohne Reiz, den Niederschlag dieser schnellen Entwicklung der Stimmungen der bürgerlichen Intelligenz in der österreichischen Literatur zu verfolgen. Die Auflehnung eines nicht geringen Teiles der deutschösterreichischen Intelligenz gegen die Schrecken und den Schmutz des Krieges hatte in den letzten Kriegsjahren und in der Zeit des Umsturzes in einer Reihe von Dichtungen ihren Ausdruck gefunden. Hoch ragt aus ihnen Karl Kraus' Dichtung „Die letzten Tage der Menschheit" hervor, in ihrer grauenvollen Wahrheit und Fülle das gewaltigste Denkmal des Krieges. Diese Auflehnung gegen den Krieg erfüllte nicht wenige junge Intellektuelle mit revolutionärer Stimmung. Da saß so mancher von ihnen als Reserveoffizier mitten in dem lärmenden Treiben der Offiziersmesse, wie es Ernst Angel geschildert:

> Draußen verreckte der Heiland eiternd in Stacheldrähten,
> Drinnen reicht Judas den Braten, die schleichende Ordonnanz.

Und mitten unter den Kameraden harrte der junge Dichter hoffend der drohenden, rächenden Revolution:

Aber schon könnt ihr es hören, Türen sprengt das Empören,
Kamst du uns endlich zu stören, Sohn des Verzichts?
Speiest Revolte und Fusel uns schäumenden Mundes.
Lüstern und drohend. Zerrbild des künftigen Bundes.
Henker von morgen. Richter des Jüngsten Gerichts.

Und als die Revolution gekommen war, als

Denker in Stahl mit Denkern im Geiste verschworen
Schlossen der opferfeisten Maschine den Schlund,

da grüßte der Dichter die Revolution in überschwenglichster Erwartung:

Zukunft dichtet dein Zorn; und Eden entsprießt unsern Sünden,
Menschheit heil und blühend von Gärten umsäumt.
Freundschaft friedet die Zwiste, bindet zu Bünden,
Traum der Propheten wird in die Tat geträumt.

Aber nur allzubald kam die furchtbare Enttäuschung: statt der Volksbefreiung in romantischem, heroischem Kampf der durch Wirtschaftsnot und Ohnmacht in Form und Inhalt bestimmte harte Klassenkampf; statt des Zwistes friedenden Menschheitsbundes wehrlose Ohnmacht der Besiegten, brutale Gewalt der Sieger; statt des ersehnten Eden die wirtschaftliche Katastrophe des Landes, der wirtschaftliche Untergang der Klasse, die ein Jahrhundert lang die Trägerin seines geistigen Lebens gewesen war. Daß diese Umwälzung die anderen, die Nachbarvölker von alten Fesseln befreit hat, die Deutschösterreicher, Opfer dieser Umwälzung, die ihnen neue Fesseln auferlegte, konnten es nicht mitfühlen. Daß diese Revolution in den Arbeitermassen Deutschösterreichs selbst schlafende Seelen geweckt, breiten Massen neuen, höheren Lebensinhalt gegeben, hat von den Dichtern und Künstlern unseres Bürgertums auch nicht einer bemerkt; die Kunde von der seelischen Umwälzung, die sich in den Fabriken, in den Arbeitervierteln vollzog, ist bis zu ihren Schreibtischen, in ihre Kaffeehäuser nicht gedrungen. So erlebten sie nur den Niedergang ihrer eigenen Klasse. Sie flüchteten in die Bilder der Vergangenheit. In der Zeit des Zusammenbruchs des alten Österreich malten sie die Bilder seiner vergangenen Größe; die Zeiten des Barock, die Zeiten des Biedermeiertums erstanden ihnen wieder. Und ihr Erinnern an Zeiten, die ihrer Klasse reicher, glücklicher waren, endete dann immer wieder in Worten der Klage, wie sie Felix Grafe gedichtet:

Wo ging dies hin? Wer hat den Traum zertreten?
Ihn bringt kein Weinen, ihn erweckt kein Beten,
Verschwendet liegt uns Tag und Überfluß.
Und wo wir einst im Rausch des Schauens lagen,
Entatmend überschwenglich Wort und Kuß:
Hat schrecklich uns die Faust der Tat erschlagen.

In dem furchtbaren Elendsjahre, das dem Kriege folgte, glaubte die Intelligenz, ihr Wien, das alte, große Wien völlig untergehen zu sehen. In dieser Stimmung schrieb Karl Hans Strobl seinen phantastischen Roman „Gespenster im Sumpf". Da ist Wien in Hungersnot und Bürgerkrieg zugrunde gegangen. Die Bevölkerung ist ausgestorben, die Häuser sind zerfallen, Ratten hausen in den Trümmern. Im Trümmermeer treiben sich noch ein paar Menschen herum; sie nennen sich Staatssekretäre und ein Mann namens — Laufer, der sich Staatskanzler nennt, ist der Führer der Bande. Zuweilen gelingt es ihnen, eine reiche Amerikanerin, die neugierig

die Trümmer der zerfallenen Stadt besichtigt, zu fangen und Lösegeld für ihre Befreiung zu fordern; das nennen sie Vermögensabgabe. Am Rande der Stadt aber hausen in Erdhöhlen noch vertierte Menschen; unter ihnen geht die Sage, daß einst in ihrer Mitte mächtige Dämonen gelebt haben, die man Betriebsräte genannt hat...

Dann, als sich Wiens Wirtschaftsleben wiederherzustellen begann, sah die Intelligenz zwar nicht mehr den Untergang ihrer Stadt, aber doch noch den Untergang ihrer Klasse. Für sie, für den verelendeten Mittelstand gibt es keine Zukunft in der Stadt mehr. Es ist die Stimmung, in der Rudolf Hans Bartsch seinen „Landstreicher" geschrieben hat. Zur Scholle müssen wir zurück, wenn wir noch leben wollen. Bauern müssen wir werden; aber freilich „sublimierte Bauern, Bücher lesende Bauern, Musik hörende Bauern". Und der Dichter, von allem anderen Geschehen der Revolutionszeit angewidert, feiert überschwenglich die Kleingarten- und Siedlerbewegung als den Beginn der Rückkehr zur Scholle.

Gegen das emporsteigende Schiebertum auf der einen, gegen die erstarkte Arbeiterklasse auf der anderen Seite richtete sich der Haß der wirtschaftlich verelendeten Intelligenz. Es war bürgerliche Durchschnittsauffassung des Geschehens, was Thaddäus Rittner in seinem Roman „Geister in der Stadt" zu einer von feiner Ironie durchzogenen Erzählung gestaltete. Da herrschen in der Stadt „die Muskeln und die Finanzen". Ihre Dienerschaft aber setzt sich aus Künstlern und Gelehrten zusammen; sie bilden nun die „niederste Schicht der Gesellschaft". Sie bemühen sich, möglichst unmanierlich zu essen und möglichst ungebildet zu reden, um nur ihren neuen Herren zu gleichen. Sie verbeugen sich tief vor jedem „Straßenkehrer und Tramwayschaffner". Es ist der „Sieg der Materie über den Geist". Aber plötzlich entsteht in der Stadt ein Gespenstertheater, das bald alle vergiftet. Da spricht man mit einem Male wieder von anderen Dingen als vom Gelde. Das Bedürfnis nach Kunst und Wissenschaft entsteht wieder. Und nun können es plötzlich die Unterdrückten, die Künstler und Gelehrten, wieder wagen, Forderungen zu stellen. Nun bekommen mählich sie wieder die Oberhand. Die Zeit kommt, wo sich wieder die manuellen Arbeiter geknechtet fühlen, wieder sie sich gegen die herrschenden Intellektuellen verschwören werden...

Das gebildete Bürgertum sieht seine Zeit wieder kommen. Freilich, die alte Herrschaft in dem weiten Reiche ist zerstört. Alter Reichtum ist vernichtet. Aber man kann sich auch im engeren Raume ein neues Haus bauen. Franz Werfel gestaltet dieser Hoffnung den Mythos in seinem „Bocksgesang". Da hat sich der „Ungetaufte", das Halbtier, das der Gospodar Milić in seinem Stalle gehalten hat, von seinen Fesseln gerissen; und sein Anblick hat die Revolte der „Landlosen" entfesselt. Es ist das Ungetaufte, Ungezügelte, das Tierisch-Dämonische im Menschen, was die Revolution entfesselt hat; und die satanische Messe, der Kult des Tierisch-Dämonischen ist ihr Inhalt. Aber die Janitscharen kommen und werfen die „Landlosen" nieder. Wohl ist der Besitz des Gospodars zerstört; aber von der ewigen Furcht vor dem Ungetauften befreit, der Last der Herrschaft und des Besitzes ledig, geht er daran, sich ein neues Haus zu bauen, um mit seinem Weibe ärmer zwar, aber glücklicher zu wohnen.

Dieselbe Entwicklung der Stimmungen, die sich so deutlich in der Poesie spiegelt, können wir auch in unserer wissenschaftlichen Literatur beobachten. Am deutlichsten natürlich im Bereich der Nationalökonomie. In den ersten Monaten nach der Revolution entstand die umfangreiche akademische Sozialisierungsliteratur. Nach wenigen Monaten schon schlug die Stimmung um. Nun entstand eine Literatur ganz anderen Schlages. Bücher wie Othmar Spanns „Wahrer Staat" und Ludwig Mises' „Gemeinwirtschaft" sind die Repräsentanten der Gattung. Jener will uns zu Adam Müller zurückführen, dieser zu Bentham. Jener zur romantischen Staatsphilosophie, dieser zum liberalen Manchestertum. Jener verficht das Recht der „Arbeit edleren Stammes", der Arbeit des Künstlers und Gelehrten; dieser verficht weit nüchterner die Freiheit der „Eigentümer der Produktionsmittel". Spann repräsentiert die Flucht der durch die Geldentwertung verelendeten bürgerlichen Intelligenz zum romantischen Ideal ständischer Staatsordnung; Mises repräsentiert das wiedererwachte Selbstbewußtsein des durch die Geldentwertungskonjunktur emporgetragenen Unternehmertums, das die Befreiung seiner Unternehmertätigkeit von allen staatlichen und gewerkschaftlichen Fesseln heischt. Aber beiden gemein ist die leidenschaftliche Ablehnung des Sozialismus, der leidenschaftliche Haß gegen die Arbeiterbewegung.

So gering die bürgerliche Intelligenz an Zahl ist, so groß ist ihr Einfluß auf die Gesellschaft. Immer ist es sie vor allem, die die „öffentliche Meinung" formt. Die „öffentliche Meinung" begann sich gegen die Machtstellung der Arbeiterklasse, gegen den Sozialismus zu wenden. Breite Schichten der Intelligenz, der Beamtenschaft, der Angestelltenschaft, des Kleinbürgertums, die im Herbst 1918 von der roten Flut mitgerissen worden waren, standen im Sommer 1919 der Sozialdemokratie todfeind gegenüber. Die Herrschaft des Bürgertums in Staat und Gesellschaft wiederherzustellen, alle der Arbeiterklasse feindlichen Kräfte zu diesem Zwecke zu vereinigen, erschien ihnen nun als die höchste Aufgabe.

Zugleich aber hatte sich auch die Stimmung der Bauernschaft wesentlich verändert. In sein Dorf zurückgekehrt, war der „Heimkehrer" gar bald wieder zum Bauern geworden. In seinem Dorfe litt er keine Not. Ihm fehlte es nicht an Nahrungsmitteln. Die Geldentwertung erlaubte es ihm, seine Hypothekenschulden zurückzuzahlen. Die Grundsteuer war infolge der Geldentwertung bedeutungslos geworden. In behaglichem Besitz vergaß der Bauer schnell, was er in der Kaserne, was er an der Front erlebt, wie das Requisitionssystem der Kriegswirtschaft in seinem Dorfe gehaust hatte; die mächtige demokratische, dem Militarismus, der Bürokratie, dem Kriegsgewinnertum feindliche Bewegung, die in den ersten Monaten nach dem Umsturz durch die Dörfer gegangen war, war kurzer Dauer. Damals hatte auch der Bauer an eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse gedacht. Die Bewegung war nicht ganz ohne Ergebnis geblieben. Nach dem Wiederbesiedlungsgesetz vom Mai 1919 sollten die Bauerngüter, die seit den siebziger Jahren in die Hände des Großgrundbesitzes gefallen waren, enteignet, zur Begründung neuer Bauerngüter und Häusleranwesen verwendet werden. Durch einige Landesgesetze wurden die Servituten- und die Jagdgesetzgebung revidiert. Aber sehr bald erkannten die Herrenbauern, daß die Revision der Grundeigentumsverhält-

nisse ihnen selbst gefährlich zu werden drohte. Die Revolution hatte die kleinen Leute im Dorfe geweckt. Das allgemeine Wahlrecht stärkte ihre Macht in den Gemeinden. Der Kampf zwischen den Gemeinden und den Agrargemeinschaften, zwischen den Häuslern und den Rustikalisten um das Eigentum an den alten Gemeindeländereien, um das Nutzungsrecht am Gemeindewald und an der Gemeindeweide lebte wieder auf. Die Pächterschutzverordnung vom 5. August 1919, die die Anpassung der Pachtzinse an die Geldentwertung hemmte und dadurch einen Teil der Grundrente vom Grundeigentümer auf den Pächter übertrug, war ein Sieg der Kleinen über die Großen im Dorfe. Die Großbauern begannen sich gegen die Revision der überlieferten Eigentumsverhältnisse zu wehren. Nun war es der Bourgeoisie leicht, sie gegen die „Sozialisierung" aufzubieten.

Die Bewegung, die seit dem Umsturz durch die Dörfer ging, war vom Anfang an zwieschlächtigen Charakters gewesen. Aber ihr demokratischer Charakter schwand schnell; desto stärker trat ihr der Arbeiterklasse feindlicher Klassencharakter hervor. Die Revolution hatte ja das Dorfproletariat erweckt. Die überaus schnelle Entwicklung und die überaus großen Erfolge der jungen gewerkschaftlichen Organisation der Land- und Forstarbeiter schreckte den Bauern. Zugleich erkannte der Bauer den engen Zusammenhang zwischen der Bewegung der Landarbeiter und der Bewegung des Industrieproletariats. Wenn nach acht Stunden die Fabrikpfeife ertönte, legte auch der Bauernknecht die Hände in den Schoß. Im Dorfwirtshaus hänselte der Eisenbahnarbeiter den Bauernknecht, der mehr als acht Stunden arbeitete. Im Dorf fehlte es an Arbeitskräften, während der Staat den Arbeitslosen in der Stadt Unterstützungen bezahlte. Überall sah der Herrnbauer seine Interessen denen der Arbeiterklasse entgegengesetzt: im Kampfe um die Übernahmspreise der staatlichen Getreideverkehrsanstalt, um die Wiederherstellung des freien Handels, um den Ausbau der Besitzsteuern. War nicht der städtische Unternehmer sein natürlicher Bundesgenosse im Kampfe gegen Achtstundentag und Arbeitslosenunterstützung, der städtische Kaufmann sein natürlicher Bundesgenosse im Kampfe um den freien Handel, der städtische Kapitalist sein natürlicher Verbündeter im Kampfe gegen die Vermögensabgabe und die Besitzsteuern? Auch im Bauernwirtshaus hieß es nun: die Sozialdemokratie ist der Feind!

So entwickelte sich allmählich die Einheitsfront der besitzenden Klassen gegen die Arbeiterklasse. Das Bankkapital, das den freien Devisenhandel forderte; das industrielle und gewerbliche Unternehmertum, das sich gegen die „sozialpolitischen Lasten" zur Wehr setzte; das Handelskapital, das um den freien Handel kämpfte; die neuen Reichen, die vor der Vermögensabgabe zitterten; die untergehenden Schichten des Bürgertums und der Intelligenz, die sich über die „hohen Löhne" entrüsteten; die Bauern, die die Bewegung der Landarbeiter schreckte — sie alle vereinigten sich gegen die Arbeiterklasse. Alle inneren Gegensätze innerhalb der Stadt- und Dorfbourgeoisie erschienen bedeutungslos gegenüber dem gemeinsamen Gegensatz gegen das Proletariat. Der jüdische Schieber spendete gern für den Wahlfonds der bürgerlichen Parteien, deren Sieg allein ihn vor hohen Besitzsteuern und vor der Anforderung

seiner Devisen, vor schweren „sozialpolitischen Lasten" und vor der staatlichen Reglementierung seines Handels schützen konnte; was verschlug es ihm, daß sie die Sozialdemokratie mit antisemitischen Argumenten bekämpften? Was gilt die Waffe, mit der den Feind man schlägt? Die Waffe, die ihn schlägt, sie ist die beste! Der Antisemitismus, aus der Erbitterung des untergehenden Bürgertums gegen die aufsteigende neue Bourgeoisie entstanden, wurde, als volkstümliches Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie verwendet, zum Instrument dieser neuen Bourgeoisie selbst.

Das Erstarken der besitzenden Klassen war ein allmählich fortschreitender Prozeß. Er begann im Sommer 1919 mit dem Siege der Konterrevolution in Ungarn. Er wurde beschleunigt, als seit Mitte 1920 die industrielle Prosperitätsperiode den revolutionären Erregungszustand der Arbeitermassen überwand und das Selbstvertrauen der Unternehmerklassen wieder herstellte. Er schritt weiter fort, als die Oktoberwahlen 1920 den Abfall breiter Mittelschichten von der Sozialdemokratie offenbarten und als die Niederlagen des internationalen Proletariats in den Jahren 1920 und 1921 das Proletariat überall in die Defensive drängten. So flutete nun auch in Österreich die Welle der Revolution zurück.

§ 14. Der Kampf um die Institutionen der Republik.

Literatur:

Die Tätigkeit des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten. 13. Heft. Wien 1920.

Deutsch, Aus Österreichs Revolution. Wien 1921. — Bauer, Die Offiziere und die Republik. Wien 1921.

Leichter, Die neue „Linke". „Der Kampf", 1919. — Bauer, Die alte und die neue Linke. „Der Kampf", 1920. — Rothe, Die Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Sozialdemokraten Deutschösterreichs. „Der Kampf", 1920. — Friedrich Adler, Referat über die Arbeiterräte und die Internationale auf dem Parteitag der deutschösterreichischen Sozialdemokratie 1921.

Kelsen, Die Verfassungsgesetze der Republik Österreich. 5. Teil: Die Bundesverfassung. Wien 1922. — Danneberg und Leuthner, Verfassung und Sozialdemokratie. Wien 1920.

Statistik der Nationalratswahlen des Jahres 1920. „Beiträge zur Statistik der Republik Österreich." 11. Heft. Wien 1921.

Nach der Ratifizierung des Friedensvertrages von St. Germain legte die im Februar 1919 gewählte Koalitionsregierung ihr Amt zurück. Am 17. Oktober 1919 wurde die zweite Koalitionsregierung gewählt. Der äußeren Erscheinung nach handelte es sich um keine Änderung des Regierungssystems, nur um eine Änderung der persönlichen Zusammensetzung der Regierung. In Wirklichkeit zeigte sich schon bei der Bildung, erst recht in der Wirksamkeit dieser Regierung die Verschiebung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die seit der Konterrevolution in Ungarn wirksam geworden war.

In der Zeit der Bildung der ersten Koalitionsregierung bestanden die stärksten Gegensätze zwischen den bäuerlichen und den Wiener Christlich-

sozialen. In dem Maße, als der „Heimkehrer" wieder zum Bauern geworden war, als die bäuerliche Bewegung den starken demokratischen Charakter der Umsturzzeit verloren und sich immer einseitiger gegen die Arbeiterklasse gewendet hatte, war dieser Gegensatz überwunden worden. Es war den Wiener Klerikalen gelungen, die bäuerlichen Abgeordneten allmählich wieder ihrer Führung unterzuordnen. Der Prälat Seipel wurde zum tatsächlichen Führer der christlichsozialen Partei. So trat die christlichsoziale Partei in die zweite Koalition viel gefestigter ein als in die erste. Die erste Koalition war eine Klassenallianz der Arbeiter mit den Bauern. Die zweite Koalition war eine banale Parteienkoalition der Sozialdemokraten mit den Christlichsozialen.

Die Sozialdemokratie teilte die Herrschaft nun nicht mehr mit den Vertretern der Bauernschaft, sondern mit dem durch die städtischen Christlichsozialen repräsentierten Teil des Bürgertums, der nun wieder die bäuerlichen Stimmen kommandierte. Das Selbstbewußtsein dieses Bürgertums aber war bereits mächtig erstarkt, seitdem es, nach den Siegen der Konterrevolution in Ungarn und in Bayern, vor der proletarischen Revolution nicht mehr zitterte. Es beengte die Aktion der neuen Regierung durch die Koalitionsvereinbarungen, die bei der Bildung der neuen Regierung geschlossen wurden, und durch das Koalitionskomitee, unter dessen Kontrolle die Tätigkeit der neuen Regierung gestellt wurde. Alle wichtigen Regierungsakte und Gesetzesvorlagen mußten nunmehr im Koalitionskomitee zwischen den beiden Parteien vereinbart werden. Im Koalitionskomitee hielten die Kräfte beider Parteien einander die Wage. Die erste Regierung Renner war das Organ der Vorherrschaft der Arbeiterklasse gewesen; in der zweiten Koalitionsregierung, an deren Spitze gleichfalls Renner als Staatskanzler stand, herrschte bereits ein Gleichgewichtsverhältnis zwischen den Kräften der in ihr vertretenen Klassen.

Nun folgte ein unfruchtbarer Stellungskrieg zwischen den beiden koalierten Parteien. Jede der beiden Parteien war stark genug, die andere am Handeln zu hindern, keine stark genug, der anderen ihren Willen aufzuzwingen. Die Aktionskraft der Regierung und der Gesetzgebung war gelähmt. Der Friedensvertrag zwang uns, unsere Wehrverfassung zu ändern. Die Konstituierende Nationalversammlung mußte, nachdem der Friedensvertrag unser Staatsgebiet umgrenzt und uns den Anschluß an Deutschland verwehrt hatte, der Republik ihre Verfassung geben. Die Geldentwertung erforderte Maßregeln, die den zerrütteten Staatshaushalt in Ordnung bringen sollten; über die von der Sozialdemokratie geforderte Vermögensabgabe mußte die Entscheidung fallen. Aber über alle diese Probleme konnten sich die koalierten Parteien nicht einigen. Die Maschine der Gesetzgebung stand still.

Noch einmal gelang es, diesen Lähmungszustand zu überwinden. Es bedurfte dazu eines mächtigen äußeren Anstoßes. Am 13. März 1920 wurde in Österreich der Einmarsch der Döberitzer Truppen in Berlin, der Putschversuch der reichsdeutschen Konterrevolution, bekannt. Die Massen sahen die deutsche Republik bedroht. Die Massen begriffen sofort, daß damit auch die österreichische Republik in Gefahr geriet. Große Erregung packte die Betriebe und die Kasernen. Schon am folgenden Tage demonstrierten die Volkswehrbataillone und die Arbeitermassen auf der

Ringstraße gegen die Konterrevolution. Im Deutschen Reich erhob sich, von der Regierung selbst zum Kampf gerufen, das Proletariat. Es war nicht vorauszusehen, wie weit der Generalstreik des deutschen Proletariats führen, nicht vorauszusehen, wie weit er die erregten Massen des österreichischen Proletariats mitreißen werde. Die österreichische Bourgeoisie war eingeschüchtert. Wir benützten diese Krise, um den Widerstand der Christlichsozialen gegen das von Julius Deutsch vorgeschlagene Wehrgesetz zu brechen. Die Christlichsozialen gaben nach. In den Tagen des Kapp-Putsches wurde das Wehrgesetz von der Nationalversammlung beschlossen.

Der äußere Rahmen der Wehrverfassung war uns durch den Friedensvertrag vorgeschrieben. Die Organisation der Volkswehr entsprach den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht. An Stelle der Volkswehr mußte also eine neue Wehrmacht geschaffen werden. Seit dem Siege der Konterrevolution in Ungarn fühlten wir uns vom Osten her bedroht; wir brauchten ein kampffähiges Heer, um erforderlichenfalls unsere Grenzen gegen Einbruch der ungarischen Truppen, unsere republikanische Verfassung gegen die auf Ungarn gestützte habsburgische Konterrevolution zu schützen. Die Kampffähigkeit des Heeres setzt Disziplin voraus. Im Oktober 1918 war die Kommandogewalt der Offiziere zusammengebrochen. In der Volkswehr waren die Offiziere machtlos. Die wirkliche Macht lag in den Händen der Soldatenräte, unter deren Kontrolle allein die Offiziere befehlen konnten. Dabei konnte es nicht bleiben. Wollten wir ein kampffähiges Heer haben, so mußte die Befehlsgewalt der Offiziere wiederhergestellt werden. Aber so notwendig die Wiederherstellung der militärischen Disziplin in unserem Heere war, so gefährlich war sie. Wohl hatte Deutsch seit dem Umsturz viele Mannschaftspersonen zu Offizieren ernannt; diese „Volkswehrleutnants" sollten nun auch in die neue Wehrmacht als Offiziere übertreten. Aber die überwiegende Mehrheit der Offiziere mußte doch dem Offizierskorps der alten k. u. k. Armee entnommen werden. Es war ein reaktionär gesinntes, ein in monarchistischen Traditionen erzogenes Offizierskorps, dessen Kommandogewalt wiederhergestellt werden sollte. Hätten wir die Wehrmänner schrankenloser Gewalt eines solchen Offizierskorps ausgeliefert, dann wäre die neue Wehrmacht zu einem blinden Werkzeug der Monarchisten gegen die Republik, der nach gewaltsamer Konterrevolution lüsternen Bourgeoisie gegen das Proletariat geworden. Wie groß diese Gefahr war, zeigte soeben der Kapp-Putsch in Deutschland: dort hatte sich ja soeben die Armee der Republik gegen die Republik erhoben. Es galt also, zwar einerseits die Befehlsgewalt der Offiziere und die Disziplin der Mannschaft wiederherzustellen, aber anderseits hinreichende Bürgschaften dafür zu schaffen, daß Befehlsgewalt und Disziplin nicht dazu mißbraucht werden können, die Wehrmacht in ein Werkzeug der politischen und der sozialen Reaktion zu verwandeln. Das war die überaus schwierige Aufgabe, die unsere Wehrgesetzgebung lösen sollte.

Wir stellten die alten Militärgerichte nicht wieder her; die Rechtsprechung über militärische Delikte wurde den Zivilgerichten übertragen. Die Bestimmungen des Militärstrafgesetzes wurden gemildert. Aber es traten nun doch wieder Bestimmungen in Kraft, die jede Verletzung der militärischen Gehorsamspflicht mit strengen Strafen bedrohen. Wir stellten

die Disziplinarstrafgewalt der Vorgesetzten und die entehrenden Freiheits- und Körperstrafen des Disziplinarstrafrechtes der k. u. k. Armee nicht wieder her. Die Disziplinarstrafgewalt über die Wehrmänner wurde aus der Mannschaft selbst gebildeten Disziplinarkommissionen übertragen. Aber die Strafen, die diese Disziplinarkommissionen zu verhängen haben — Kürzung der Bezüge, Ausschließung aus dem Heere — sind doch hart genug, um die Disziplin in dem neuen Heere zu erzwingen. Durch die Militärstrafgesetznovelle und das Disziplinargesetz wurde die eine Aufgabe wirksam gelöst: die militärische Disziplin wieder herzustellen. Das Wehrgesetz mußte die andere Aufgabe lösen: die Garantien zu schaffen, daß die Wehrmänner freie Männer bleiben, die, diszipliniert im täglichen gesetzlichen Dienstbetrieb, doch selbstbewußt genug bleiben, den Gehorsam zu verweigern, wenn die Befehlshaber sie zu Zwecken der Reaktion, der Konterrevolution mißbrauchen wollen. Zu diesem Zwecke bestimmt das Wehrgesetz zunächst, daß die Wehrmänner im vollen Genuß aller Rechte als Staatsbürger, vor allem des Wahl-, des Vereins- und des Versammlungsrechtes bleiben; diese Bestimmung ermöglichte es uns, die Wehrmänner im „Militärverband", der Gewerkschaft der Heeresangehörigen, zusammenzufassen, der nicht nur die materiellen Interessen der Wehrmänner zu wahren, sondern auch für die Erziehung der Wehrmänner im republikanischen und sozialistischen Geist zu sorgen hat. Zu demselben Zwecke führte das Wehrgesetz auch in die neue Wehrmacht die Institution der Soldatenräte, wenngleich mit verändertem Aufbau und engerem Kompetenzenkreis, ein; nicht nur als Wahrer der Rechte und Interessen der Wehrmänner, sondern auch als Hüter des republikanischen Charakters der Armee wurden von den Wehrmännern freigewählte Vertrauensmänner jeder Kommandostelle beigegeben. Wie die Wehrmänner diese Rechte zu gebrauchen verstehen, hängt freilich von der Zusammensetzung der Wehrmannschaft ab. Wir waren darum darauf bedacht, in das Wehrgesetz Bestimmungen aufzunehmen, die die Werbung tüchtiger, selbstbewußter Arbeiter für das neue Heer erleichtern sollten. Zu diesem Zwecke ermöglicht das Wehrgesetz den Wehrmännern den Aufstieg in das Offizierskorps; zu demselben Zwecke bestimmt das Wehrgesetz, daß den Wehrmännern, die nicht in die Offiziersschulen aufgenommen werden, in ihrer Dienstzeit Gelegenheit zu ihrer beruflichen Aus- und Fortbildung für ihr späteres Leben geboten werden soll.

Das Wehrgesetz schuf so einen eigenartigen, sich in keinem Heere der Welt wiederholenden Dualismus, der sich durch die ganze Struktur der Wehrmacht der Republik zieht: den Dualismus zwischen militärischer Disziplin und staatsbürgerlicher Freiheit, zwischen militärischer Hierarchie und gewerkschaftlicher Organisation, zwischen der Kommandogewalt des Vorgesetzten und dem Kontrollrecht des Vertrauensmannes, zwischen militärischer und beruflicher Ausbildung. Daß dieser Dualismus innere Schwierigkeiten innerhalb der Wehrmacht hervorruft, ist unleugbar. Aber dieser Dualismus ist unentbehrlich, wenn nicht die Kommandogewalt der aus der kaiserlichen Armee übernommenen Offiziere die Armee in ein Instrument zum Umsturz der republikanischen Staatsverfassung, zur gewaltsamen Niederwerfung der Arbeiterklasse verwandeln soll. Erst wenn das alte kaiserliche Offizierskorps durch ein neues, aus der

Mannschaft des republikanischen Heeres selbst hervorgegangenes, nicht mehr von monarchistischen Traditionen beherrschtes, nicht mehr sozial und politisch reaktionäres Offizierskorps ersetzt sein wird, werden wir jenes System von Gegengewichten gegen die Kommandogewalt des Offizierskorps, jenes System von Institutionen entbehren können, durch die das Wehrgesetz den Mißbrauch der Kommandogewalt zu den Zwecken der sozialen und der politischen Reaktion zu verhüten versucht.

Sobald das Wehrgesetz beschlossen war, ging Deutsch daran, die neue Wehrmacht — das „Bundesheer", wie sie seit dem November 1920 heißt — aufzustellen. Ihre Aufstellung in kurzer Zeit war eine bedeutende organisatorische Leistung; die Leistung vor allem des Amtsleiters des Staatsamtes für Heerwesen, des Generals Körner, eines der besten Offiziere der alten kaiserlichen Armee, der seit dem Umsturz sein großes militärisches Können und seinen im besten Sinne des Wortes soldatischen Charakter treu in den Dienst der Republik gestellt hat. Die Füllung der Kaders des Bundesheeres war vor allem die Sorge der Sozialdemokratie; es gelang uns, die besten Elemente der Volkswehr in das Bundesheer überzuführen, viele junge Parteigenossen zum Eintritt in das Bundesheer zu bewegen, die überwiegende Masse der Wehrmänner in dem „Militärverband" zu vereinigen und die überwiegende Mehrheit der Soldatenräte unter unsere Führung zu stellen. Der Übergang von der Volkswehr zum Bundesheer konnte sich freilich nicht ohne Schwierigkeiten vollziehen. Einerseits lehnten sich die Wehrmänner, an die so ganz anderen Verhältnisse innerhalb der Volkswehr gewöhnt, in der ersten Zeit sehr oft und sehr leidenschaftlich gegen die Wiederherstellung der Kommandogewalt der Offiziere auf. Anderseits versuchten es die Offiziere sofort, die auf dem Wehrgesetz beruhende Tätigkeit der Soldatenräte zu hindern und den militärischen Dienstbetrieb wieder in die alten, ihnen aus der kaiserlichen Armee vertrauten, mit dem Selbstbewußtsein der republikanischen Wehrmannschaft unvereinbaren Formen zu zwingen. Dies führte zu häufigen Konflikten, die schließlich mit Anklagen wegen Meuterei und Gehorsamsverletzung vor den Gerichten endeten; die harten Urteile, von dem Klassenhaß der Bourgeoisie gegen die Wehrmannschaft, die die Bourgeoisie als eine Stütze der Machtstellung des Proletariats haßte, eingegeben, verschärften nur die Gegensätze innerhalb des Bundesheeres. Allmählich aber gelang es doch, diese Schwierigkeiten der Übergangsperiode zu überwinden, die Institutionen der neuen Wehrverfassung in regelmäßigen Gang zu setzen, der in dem Maße, als sie sich einlebten, immer seltener durch Reibungen und Konflikte gestört wurde.

Die Volkswehr, in den Sturmtagen der Revolution entstanden, war ein Instrument proletarischer Offensivkraft gewesen. Aber eine revolutionäre Improvisation, konnte sie nur in der Revolutionszeit bestehen bleiben; ohne geordneten Dienstbetrieb, ohne militärische Disziplin, konnte sie ein dauerhaftes Gebilde nicht sein. Das Bundesheer, in einer Zeit aufgestellt, in der die Wogen der Revoluton bereits zurückfluteten, ist ganz anderen Wesens. Es ist in einer Zeit entstanden, in der das Proletariat nicht neue Eroberungen machen konnte, aber die wesentlichen Errungenschaften der vorausgegangenen Revolutionsperiode befestigen, sie in dauerhafte Institutionen der Republik verwandeln mußte. Das ist durch die Aufstellung des neuen

Bundesheeres in hohem Maße gelungen. In dem Gleichgewichtsverhältnis zwischen der Kommandogewalt des Offizierskorps einerseits und der Organisation der Mannschaft durch Militärverband und Vertrauensmänner anderseits spiegelt sich das Gleichgewicht zwischen den Kräften der Klassen, das in der Periode der Entstehung des Bundesheeres bestand. Infolge der Wiederherstellung der Kommandogewalt des Offizierskorps kein Instrument proletarischer Offensivkraft mehr, ist das Bundesheer doch dank der Zusammensetzung und der Organisation seiner Mannschaft und dank den Rechten, mit denen das Wehrgesetz seine Mannschaft ausstattete, auch kein Instrument der Offensive der Konterrevolution. Die Garantien gegen den Mißbrauch der Kommandogewalt, die das Wehrgesetz enthält, sichern vor allem die Republik dagegen, daß das Bundesheer zu einem Werkzeug monarchistischer Konterrevolution wird, wie es die deutsche Reichswehr in den Tagen des Kapp-Putsches geworden ist. Die Waffen in den Händen einer klassenbewußten proletarischen Wehrmannschaft schützen darüber hinaus das Proletariat vor gewaltsamer Niederwerfung durch eine bewaffnete Konterrevolution. In der Zeit der schwersten Gefahr, in der Zeit der Kämpfe um das Burgenland ist dieser Heeresmechanismus zum erstenmal in Wirksamkeit getreten und hat sich damals unzweifelhaft bewährt. Die Wiederherstellung der militärischen Disziplin hat dem Bundesheer die innere Ordnung und die Aktionsfähigkeit gegeben, die sich bei der Besetzung des Burgenlandes bewährt hat. Der republikanische Geist und die sozialistische Überzeugung der Wehrmannschaft haben ihre Wachsamkeit und ihre Kampfkraft im Kampfe gegen die Banden der magyarischen Konterrevolution gewaltig erhöht.

Die bürgerlichen Parteien hatten in den Tagen der großen Erregung, die der Kapp-Putsch hervorrief, dem Wehrgesetz zugestimmt. Als aber der Generalstreik der Arbeiter im Deutschen Reiche ohne anderes Ergebnis endete als mit der bloßen Wiederherstellung der Republik, bereuten es die Christlichsozialen, daß sie sich in den Tagen der großen Erregung hatten überrumpeln lassen. Jetzt empfanden sie das Wehrgesetz als eine schwere Niederlage des Bürgertums. Die Gegensätze zwischen den koalierten Parteien verschärften sich. Der Stellungskrieg im Koalitionskabinett und im Koalitionskomitee begann von neuem. Der Widerstand der Christlichsozialen gegen alle unsere Forderungen erstarkte nun wieder.

Je stärker innerhalb der Koalition der Widerstand des Bürgertums wurde, desto stärker lehnte sich die Arbeiterschaft gegen die Koalitionspolitik auf. Es gab innerhalb der Arbeiterschaft keine starke Opposition gegen die Koalitionspolitik, solange die Koalitionsregierung ein Instrument der Vorherrschaft der Arbeiterklasse war. Sobald sich aber innerhalb der Koalition die Kräfte der Klassen die Wage hielten und ihre Opposition gegeneinander die Koalitionsregierung unfruchtbar machte, entwickelte sich innerhalb der Arbeiterschaft eine schnell erstarkende Opposition gegen die Koalitionspolitik. Schon im Jahre 1919 hatte sich innerhalb der Wiener Arbeiterräte eine Gruppe von Parteigenossen zusammengeschlossen, die sich — im Gegensatz zu der „Linken" der Kriegszeit — die „neue Linke" nannte, sich innerhalb der Wiener Arbeiterräte als „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte" konstituierte und eine eigene Wochenschrift herausgab. Diese Gruppe forderte grundsätzlich die Räte-

diktatur, sie glaubte, die Koalitionspolitik sei ein Abfall der Partei von den Grundsätzen des Klassenkampfes, sie näherte sich in der Opposition gegen die Parteiführung den Kommunisten. Im Frühjahr und Sommer 1920 erlangte diese Opposition innerhalb der Partei einige Bedeutung.

Es war dies die Zeit, in der die militärischen Siege der russischen Sowjetrepublik den leidenschaftlichen Enthusiasmus des ganzen internationalen Proletariats erweckten. In der Zeit des russisch-polnischen Krieges setzten die Arbeiterräte Kontrollausschüsse ein, die den Eisenbahnverkehr ihrer Kontrolle unterwarfen und mit sehr großem Erfolg den Schleichhandel mit Waffen und Munition nach Polen und Ungarn bekämpften. Aber waren die Arbeiterräte einig in dieser Aktion der Solidarität mit der russischen Revolution, so wurde ein Teil der Arbeiterräte durch den allgemeinen Enthusiasmus für die russische Revolution der bolschewistischen Ideologie in die Arme geworfen. In der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, in der sozialistischen Partei Frankreichs, in beiden sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei bereitete sich damals die Parteispaltung vor; große Teile dieser Parteien, bereits in den Bann des Bolschewismus geraten, forderten den Anschluß an die Moskauer Internationale. Diese Welle des Bolschewismus, die durch ganz Europa ging, mußte auch die Denkweise breiter Schichten der österreichischen Arbeiterschaft beeinflussen. Und dieser Einfluß mußte um so stärker werden, da die österreichische Arbeiterschaft fühlte, daß ihr Einfluß innerhalb der Koalition schwächer wurde, die Ergebnisse ihrer auf dem Boden der Demokratie geführten Kämpfe spärlicher wurden. So wuchs der Einfluß der „neuen Linken". Sie gab der Opposition der Massen gegen die Koalitionspolitik Ausdruck; ihre Agitation nährte und stärkte die Auflehnung der Massen gegen die Koalitionspolitik.

In den Arbeiterräten traten die Kommunisten und die in der „Arbeitsgemeinschaft" organisierte „neue Linke" als kleine, aber geschlossene Gruppen auf. Die anderen Arbeiterratsmitglieder, die die überwiegende Mehrheit bildeten, waren nicht in einer Fraktion organisiert; von ihnen stimmte jeder nach seiner persönlichen Überzeugung. Je unzufriedener die Massen mit der Koalitionspolitik wurden, desto häufiger gelang es den Kommunisten und der „Arbeitsgemeinschaft", einen großen Teil der keiner Fraktion angehörigen Arbeiterratsmitglieder mitzureißen, sie für ihre Anträge zu gewinnen. Auf diese Weise verfügte die „neue Linke" in der dritten Tagung des Reichsarbeiterrates Anfang Juni 1920 bereits über die Mehrheit der Stimmen.

Wir sahen, daß die Koalition infolge des erstarkten Widerstandes des Bürgertums unfruchtbar geworden war; daß keine Aussicht mehr bestand, uns mit den Christlichsozialen über die großen aktuellen Fragen, über die Verfassung, über die Vermögensabgabe, über die Organisation der Getreidebewirtschaftung im nächsten Erntejahr zu verständigen. Wir sahen anderseits, daß immer breitere Schichten der Arbeiterschaft die Auflösung der Koalition forderten. Schon lange vor der dritten Tagung des Reichsarbeiterrates waren wir entschlossen, die Koalition zu sprengen. Aber wir durften das nicht sofort tun. Vorerst mußte die Partei noch kurze Zeit in der Regierung bleiben, um noch einige für das Proletariat wichtige Arbeiten abzuschließen. Deutsch beschleunigte die Aufstellung des neuen Bundesheeres und den Abbau des alten Offizierskorps; Glöckel barg noch die wichtigsten

Maßregeln der Schulreform; Hanusch beeilte sich, noch einige wichtige Gesetze und Verordnungen, die die sozialpolitische Gesetzgebung der ersten Koalitionsregierung ergänzen sollten, durchzusetzen. Die Gesetze über die Einigungsämter und die kollektiven Arbeitsverträge, über die Errichtung der Arbeiter- und Angestelltenkammern, Sondergesetze und Verordnungen über den Dienstvertrag der Hausgehilfinnen und über die Arbeitsverhältnisse einzelner Arbeiterkategorien (Gastgewerbe, Rechtsanwaltskanzleien), vor allem aber das Gesetz vom 24. März 1920, das an die Stelle der nur als provisorische Einrichtung geschaffenen staatlichen Arbeitslosenunterstützung die dauernde Institution der Arbeitslosenversicherung setzte, sind die sozialpolitischen Früchte der zweiten Koalition. Erst als diese wichtigen Errungenschaften der Arbeiterklasse geborgen waren, durften wir dem Druck der Arbeitermassen nachgeben, die Koalition auflösen.

Den Anlaß dazu bot der Streit um die Durchführung des Wehrgesetzes. Am 25. Mai hatte Deutsch einen Erlaß ausgegeben, der die Befugnisse der Soldatenräte regelte. Dieser Erlaß wurde von den bürgerlichen Parteien heftig bekämpft. In der Sitzung der Nationalversammlung am 10. Juni sahen wir uns einer Koalition der Christlichsozialen und der Großdeutschen gegenüber, die vereint gegen Deutsch losgingen. Im Verlauf der heftigen Debatte wagte es Kunschak, mit der Auflösung der Koalition zu drohen, Wir nahmen ihn beim Worte. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder demissionierten. Die Arbeiterschaft nahm die Nachricht von der Sprengung der Koalition mit Jubel auf.

Wir forderten die bürgerlichen Parteien, die am 10. Juni gegen uns vereinigt gewesen waren, auf, allein eine Regierung zu bilden. Die bürgerlichen Parteien wagten dies nicht. Sie lehnten jede Regierungsbildung ohne unsere Teilnahme ab. So war die Nationalversammlung nicht mehr fähig, eine Regierung aus ihrem Schoße hervorzubringen. Die Parteien einigten sich daher, Neuwahlen auszuschreiben und mit der Führung der Regierungsgeschäfte bis zu den Wahlen eine aus allen Parteien im Verhältnis ihrer Stärke zusammengesetzte Regierung, die sogenannte Proporzregierung, zu betrauen. Die Proporzregierung wurde am 7. Juli 1920 gewählt.

Die Wirkungen der Sprengung der Koalition zeigten sich sofort. Solange die Koalition bestand, wurden die Streitfragen zwischen den koalierten Parteien innerhalb des Koalitionskomitees bereinigt; war im Komitee eine Vereinbarung geschlossen, so mußten in der Nationalversammlung die koalierten Parteien vereint stimmen. Die Christlichsozialen konnten also ihre Stimmen nicht mit denen der Großdeutschen gegen uns vereinigen. Nicht die bürgerliche Mehrheit entschied gegen die sozialdemokratische Minderheit, sondern durch das Kompromiß zwischen zwei gleich starken Parteien innerhalb des Koalitionskomitees wurde die Entscheidung gefällt. Das wurde nun anders. Es gab keine Koalition mehr. Der Proporzregierung gegenüber hatten sich alle Parteien volle Freiheit gewahrt. Jede Partei konnte nun stimmen, wie es ihr beliebte. Die Christlichsozialen und die Großdeutschen konnten ihre Stimmen gegen uns vereinigen, uns niederstimmen. Jetzt erst wurde die Tatsache wirksam, daß die Nationalversammlung eine bürgerliche Mehrheit hatte.

In der Tat standen wir sofort nach der Auflösung der Koalition einer bürgerlichen Koalition gegenüber. Wir hatten uns innerhalb der zweiten

Koalition mit den Christlichsozialen über die Gestaltung der Vermögensabgabe und über den Aufbau der staatlichen Getreidebewirtschaftung nicht einigen können; jetzt entschied die bürgerliche Koalition gegen uns über beide Fragen. Am 21. Juli stimmte die Nationalversammlung über die Vermögensabgabe ab. Die bürgerliche Mehrheit stimmte unsere Anträge nieder. Die Fassung, die sie dem Gesetz gab, setzte die Abgabe so niedrig fest und sie verteilte die Einzahlungsfristen auf einen so großen Zeitraum, daß der Zweck des Gesetzes, das Staatsdefizit für längere Zeit auf Kosten der besitzenden Klassen zu bedecken und dadurch die Stillegung der Banknotenpresse zu ermöglichen, nicht erreicht werden konnte. Am 6. Juli wurde über das Getreidebewirtschaftungsgesetz abgestimmt. Die bürgerliche Mehrheit hob die straffe Getreidebewirtschaftung auf; das von ihr gegen uns beschlossene Gesetz war der erste entscheidende Schritt zur Wiederherstellung des freien Handels. Die beiden obersten Grundsätze unserer Wirtschaftspolitik: die Deckung eines möglichst großen Teiles des Staatsdefizits auf Kosten des Besitzes und die Aufrechterhaltung der Planwirtschaft in der Lebensmittelversorgung, hatten eine Niederlage erlitten.

Weit günstiger war unsere Machtstellung im Streit um die dritte der drei großen Streitfragen, an denen die zweite Koalitionsregierung gescheitert war: im Streit um die Verfassung. Die Konstituierende Nationalversammlung war gewählt worden, um der Republik die Verfassung zu geben. Alle Parteien wünschten nicht vor die Wähler zu treten, ohne diese Aufgabe erfüllt zu haben. Die Verfassung konnte aber nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden; da konnte uns die bürgerliche Mehrheit nicht überstimmen. So gelang es schließlich, im August auf der Grundlage eines von Professor Hans Kelsen ausgearbeiteten Verfassungsentwurfes ein Kompromiß zu schließen. Noch unmittelbar vor den Neuwahlen, am 1. Oktober 1920, beschloß die Konstituierende Nationalversammlung das Bundesverfassungsgesetz.

Seit dem Umsturz bargen sich die Klassengegensätze in den Kämpfen zwischen dem Staat, den Ländern und den Gemeinden. Die Bauernschaft und das Bürgertum der Landstädte vertraten den Partikularismus der Länder. Die Arbeiterklasse verfocht gegen den Partikularismus der Länder einerseits die Einheit des Staates, anderseits die Lokalverwaltung der Gemeinden, Bezirke und Kreise. Die Verfassung konnte nur ein Kompromiß zwischen diesen widerstreitenden Kräften herstellen. Sie konnte den Ländern nicht entreißen, was sie sich schon in den Sturmtagen des November 1918 auf Kosten des Staates erobert hatten. Der Staat wurde also als Bund der Länder konstituiert. Aber die Verfassung mußte dem anarchischen Weiterwuchern des Länderpartikularismus auf Kosten des Bundes ein Ende setzen und die Befugnisse, die die Länder an sich gerissen hatten, so weit einengen, daß die Einheit des Bundes als Wirtschafts- und Rechtsgebiets gesichert und die Vergewaltigung der Minderheiten in den Ländern verhütet werde. Dies hat die Verfassung bewirkt. Sie hat die Einheit des Währungs-, Wirtschafts- und Zollgebietes festgelegt und die Länder zu allmählichem Abbau der Absperrungsmaßregeln, die sie gegeneinander und gegen Wien getroffen hatten, gezwungen. Sie schützt die sozialen und politischen Minderheiten in den Ländern, indem sie den Ländern die Grundsätze der Landesverfassungen, die Grundsätze

des Landtags- und Gemeindewahlrechtes und die rechtliche Gleichstellung aller Bundesbürger mit den Landesbürgern vorschreibt. Sie hat der weiteren anarchischen Entwicklung der Ländersouveränität einen Riegel vorgeschoben, indem sie der Bundesregierung das Recht zur Erteilung von Weisungen an die Landeshauptleute und ein Einspruchsrecht gegen Landesgesetze gewährt und dem Verfassungsgerichtshof das Recht einräumt, verfassungswidrige Landesgesetze und Landesverordnungen aufzuheben und verfassungswidrig handelnde Landeshauptleute ihres Amtes zu entheben. Die Verfassung brachte also den Ländern zwar die rechtliche Anerkennung, aber zugleich auch die rechtliche Begrenzung und Einengung der Machtbefugnisse, die sie in der Revolutionszeit an sich gerissen hatten.

Weit schwieriger als die Regelung des Verhältnisses zwischen dem Bund und den Ländern war die Regelung des Verhältnisses zwischen den Ländern und der Lokalverwaltung in den Gemeinden, Bezirken und Kreisen. Denn hier handelte es sich nicht um die rechtliche Regelung einer bereits vollzogenen Entwicklung, sondern um die Entwicklung erst zu schaffender Rechtsinstitutionen. Die Revolution hatte im Staat und in den Ländern an die Stelle der bürokratischen Obrigkeitsregierung die Regierung durch von den Volksvertretungen gewählte Volksbeauftragte gesetzt; in den Bezirken aber hatte die bürokratische Obrigkeitsverwaltung durch die Bezirkshauptleute die Revolution überdauert. Die Unterstellung der Bezirkshauptleute unter die Landeshauptleute bedeutete die Unterwerfung der proletarischen Industriebezirke unter die bürgerlich-agrarischen Landtagsmehrheiten. Wir konnten daher keine Erweiterung der Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen der Länder zulassen, wenn nicht gleichzeitig die Lokalverwaltung demokratisiert wird, die Ortsgemeinden zu Gebietsgemeinden vereinigt werden, die sich durch freigewählte Bezirks- oder Kreisvertretungen, denen die Verwaltungsbehörden zu unterstellen sind, selbst regieren. In der Tat setzt die Bundesverfassung die allgemeinen Grundsätze einer solchen Demokratisierung der Lokalverwaltung fest; aber die Durchführung dieser Grundsätze überließ sie späterer Gesetzgebung. Daher mußten wir darauf bestehen, daß diejenigen Bestimmungen der Verfassung, die die Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Bund und den Ländern regeln, erst dann in Wirksamkeit treten, wenn ein besonderes Verfassungsgesetz über die Durchführung der demokratischen Lokalverwaltung in den Bezirken oder Kreisen erlassen wird. Während also diejenigen Bestimmungen der Verfassung, die die Länder rechtlich dem Bunde ein- und unterordnen, in Wirksamkeit traten, blieben diejenigen Bestimmungen, die den Kompetenzenkreis der Länder erweitern, vorläufig suspendiert. Sie sind auch jetzt noch nicht in Wirksamkeit getreten.

Die wichtigste Neuerung in dem Verfassungswerk aber war die Neuregelung der Rechtsstellung Wiens. Im Mai 1919 hatte die Sozialdemokratie die Mehrheit in der Wiener Gemeindevertretung erobert; Jakob Reumann stand seither als Bürgermeister an der Spitze der Gemeindeverwaltung. Die sozialdemokratische Mehrheit hatte der großen Gemeinde eine neue Gemeindeverfassung gegeben, die, von Robert Danneberg entworfen, von dem Magistratsdirektor Hartl mit Geschick und Tatkraft durchgeführt, das Ministerialsystem in die Gemeindeverwaltung eingeführt, die

einzelnen Magistratsabteilungen den vom Gemeinderat gewählten „amtsführenden Stadträten" unterstellt und damit an die Stelle der bürokratischen Magistratsherrschaft die demokratische Selbstverwaltung durch Volksbeauftragte gesetzt hatte. Die sozialdemokratische Mehrheit hatte zugleich, von Hugo Breitner mutig und verantwortungsbewußt geführt, durch ein neugeschaffenes kommunales Steuersystem und durch festes Beharren auf der Deckung der Selbstkosten der städtischen Betriebe durch ihre Einnahmen die durch den Krieg völlig zerrütteten Finanzen der Stadt trotz der fortschreitenden Geldentwertung in Ordnung gebracht. Dank dieser Politik war die Herrschaft über die Gemeindeverwaltung der Großstadt, die beinahe drei Zehntel des ganzen Bundesvolkes umfaßt, zu einer der wichtigsten Stützen der Machtstellung der Arbeiterklasse im Staat geworden. Nun galt es, diese wichtige Machtsphäre von den Fesseln zu befreien, die ihr die Zugehörigkeit Wiens zum Lande Niederösterreich, die Unterwerfung Wiens unter die niederösterreichische Landesregierung und Landesgesetzgebung auferlegte. Die Trennung Wiens von Niederösterreich, die Konstituierung Wiens als eines selbständigen Bundeslandes wurde durch die Bundesverfassung ermöglicht und vorbereitet, im Dezember 1921 vollständig durchgeführt. Der Bürgermeister von Wien erlangte zugleich die Rechte eines Landeshauptmannes, der Stadtsenat die Rechte einer Landesregierung, der Gemeinderat die Befugnisse eines Landtages. Die Erhebung Wiens zum selbständigen Bundesland befestigte nicht nur das stärkste Bollwerk der Arbeiterklasse innerhalb des Bundes, sie schwächte zugleich auch die Triebkräfte der Länderrebellion gegen den Bund. Sobald jedes Recht, das sich die Länder auf Kosten des Bundes erstritten, nicht mehr bloß zu einem Machtinstrument der bürgerlich-agrarischen Landesregierungen der Länder, sondern zugleich und vor allem zu einem Machtinstrument der proletarischen Landesregierung in Wien wurde, entwickelte sich innerhalb der Bourgeoisie selbst schnell erstarkender Widerstand gegen den Länderpartikularismus.

So endete die Beratung der Bundesverfassung mit einer Niederlage des Länderpartikularismus. In ihrem formalen Aufbau und in ihrer Terminologie ist freilich das föderalistische Prinzip mit peinlicher Sorgfalt festgehalten. In der Sache aber bedeutete die Bundesverfassung einen wichtigen Schritt zur Überwindung der Rechtsanarchie, die durch die Rebellion der Länder seit den Umsturztagen entstanden war, und eine wesentliche Schwächung der reaktionären Triebkräfte des Länderpartikularismus zugleich.

Neben der Ordnung der Beziehungen zwischen dem Bunde und den Ländern war die Regelung der Bundesorgane die wichtigste Aufgabe des Verfassungswerkes. Die deutschösterreichische Revolution hatte als eine parlamentarische Revolution begonnen; ihr Ergebnis war die Parlamentsherrschaft gewesen. Der Präsident der Nationalversammlung versah die Funktionen eines Staatsoberhauptes, die Regierung wurde von der Nationalversammlung gewählt, der Hauptausschuß der Nationalversammlung wirkte unmittelbar an Verwaltungsakten mit, die Nationalversammlung verfügte über das Heer. Es war die parlamentarische Form der politischen Demokratie in schärfster Ausprägung. Dagegen stürmten die bürgerlichen Parteien bei der Beratung der Verfassung an. Sie wollten die Befugnisse des

aus allgemeinen Volkswahlen hervorgehenden Nationalrates doppelt beschränken: neben den Nationalrat sollte als gleichberechtigte zweite Kammer ein von den Landtagen gewählter Bundesrat treten; und den beiden Kammern sollte ein Bundespräsident mit großen Befugnissen entgegengestellt werden. In den Bundesrat sollte jedes Land gleich viele Vertreter entsenden; Vorarlberg mit seinen 140.000 Einwohnern ebenso viele wie Wien mit seinen 1,800.000 Einwohnern. So sollten der Bundespräsident und der Bundesrat als Organe bürgerlicher Klassenherrschaft die Macht des demokratischen Nationalrates einengen. Es gelang, diesen Anschlag vollständig abzuwehren. Zwar stimmten wir der Einsetzung eines Bundespräsidenten und eines Bundesrates zu. Aber beider Befugnisse wurden so eng umgrenzt, daß die durch die Revolution begründete Herrschaft des aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Parlaments ungeschmälert blieb. Und die Zusammensetzung des Bundesrates wurde so geregelt, daß die Arbeiterklasse in ihm ebenso stark, derzeit sogar etwas stärker vertreten ist als im Nationalrat.

Ein Katalog der „Menschen- und Bürgerrechte" konnte in die Bundesverfassung nicht aufgenommen werden, da sich die Parteien über die Regelung der Beziehungen der Kirche zum Staat und zur Schule nicht einigen konnten. Doch wurden einige besonders wichtige „Grund- und Freiheitsrechte", die die Revolution erobert hatte, als Verfassungsgrundsätze in der Verfassung festgelegt. So schließt die Verfassung alle „Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses" aus. Sie sichert allen öffentlichen Angestellten einschließlich der Angehörigen des Bundesheeres die ungeschmälerte Ausübung ihrer politischen Rechte. Sie legt für alle Vertretungskörper im Bunde, den Ländern und den Gemeinden das allgemeine und gleiche Wahlrecht aller Bundesbürger ohne Unterschied des Geschlechtes, das Verhältniswahlrecht, das Verbot aller Wahlrechtsbeschränkungen fest. Sie erklärt den Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung über die Aufhebung der Zensur und der Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Gesetze über die Landesverweisung der Habsburger und über die Aufhebung des Adels für Bestandteile der Verfassung. Sie hebt das Recht der Regierung, den Ausnahmezustand zu verhängen, auf.

Neben dem Wehrgesetz ist die Bundesverfassung das wichtigste Ergebnis dieser Entwicklungsphase. Diese beiden Gesetze gaben der Republik ihre wichtigsten, grundlegenden Institutionen. In einer Zeit des Rückflutens der revolutionären Welle erlassen, hatten beide Gesetze die Aufgabe, die wesentlichsten Errungenschaften der vorausgegangenen revolutionären Periode zu kodifizieren, sie aus Improvisationen der Revolutionszeit in dauerhafte Institutionen der Republik zu verwandeln. In diesem Sinne stellen diese beiden Gesetze den legislativen Abschluß der Revolutionsperiode dar.

Mit diesen beiden Gesetzen hatte die Konstituierende Nationalversammlung ihre Aufgaben erfüllt. Am 17. Oktober wurde der erste Nationalrat gewählt. Die Wahlergebnisse zeigten, daß die Massen der Arbeiter unerschütterlich im Lager der Sozialdemokratie standen; die Kommunisten erlangten eine ganz unbeträchtliche Stimmenzahl. Aber die Wahlergebnisse zeigten auch, daß Massen von Beamten, Angestellten,

Kleinbürgern, Bauern, die im Jahre 1919 unter dem mächtigen Eindruck des Krieges und der Revolution sozialdemokratisch gewählt hatten, nunmehr in das Lager der bürgerlichen Parteien zurückgekehrt waren. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen sank von 1919 bis 1920 von 1,211.814 auf 1,022.606, während die Zahl der christlichsozialen Stimmen von 1,068.382 auf 1,204.912 stieg. Die Zusammensetzung des Parlaments veränderte sich wesentlich. Die Zahl der christlichsozialen Mandate stieg von 63 auf 82, der großdeutschen Mandate von 24 auf 26, während die Zahl der sozialdemokratischen Mandate von 69 auf 66 sank. Wir zogen aus diesem Wahlergebnis sofort unseren Schluß: am 22. Oktober demissionierten die sozialdemokratischen Mitglieder der Proporzregierung und die Sozialdemokratie lehnte die Teilnahme an der Bildung einer neuen Regierung ab. Am 21. Oktober 1918 hatte sich die Provisorische Nationalversammlung konstituiert, am 22. Oktober 1920 schieden die sozialdemokratischen Staatssekretäre aus der Regierung aus; nach zweijähriger Führung durch die Sozialdemokratie fiel die Regierungsgewalt in die Hände des Bürgertums zurück.

§ 15. Der Kampf gegen die Konterrevolution.

Literatur:

Österreichisches Jahrbuch 1921. Wien 1922. — Berichte der sozialdemokratischen Parteivertretung an die Parteitage 1921 und 1922. — Deutsch, Die Fascistengefahr. Wien 1923.

Bauer, Die Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik. Teplitz 1920. — Documents diplomatiques concernant les tentatives de restauration des Habsbourg. Prague 1922. — Werkmann, Der Tote auf Madeira. München 1923. — Miltschinsky, Das Verbrechen von Ödenburg. Wien 1922.

Am 20. November 1920 wurde die erste bürgerliche Regierung der Republik gewählt. An ihre Spitze trat als Bundeskanzler der Tiroler christlichsoziale Abgeordnete Dr. Michael Mayr. Zu Ministern wurden christlichsoziale Abgeordnete und parteilose Bürokraten gewählt. Die Großdeutschen unterstützten zwar die christlichsoziale Regierung, entsendeten aber keinen Vertreter in sie.

Im ersten Jahre der Republik hätte die Arbeiterklasse keine Woche lang eine bürgerliche Regierung geduldet. Das war nun anders geworden. Die einsetzende industrielle Prosperität, die den Arbeitern regelmäßige Beschäftigung und auskömmlichere Ernährung gab, hatte die revolutionäre Spannung in den Massen aufgelöst. Nach den Niederlagen der Arbeiterklasse in Ungarn und in Deutschland drängten die Massen nicht mehr nach der Diktatur des Proletariats. Nach den Erfahrungen der zweiten Koalitionsregierung, unter dem Einfluß der Agitation der „neuen Linken" gegen die Koalition hielt die Arbeiterklasse eine rein bürgerliche Regierung für ein kleineres Übel als eine neue Koalition. So überließ die Arbeiterklasse die Regierung der Republik dem Bürgertum und der Bauernschaft.

Aber war die neue Regierung eine bürgerliche Regierung, so war sie doch die Regierung eines noch sehr schwächlichen, sehr ängstlichen Bürgertums, eines Bürgertums, dessen Selbstvertrauen erst allmählich wiedererstarkte. Die Regierung suchte jedem ernsteren Konflikt mit der sozialdemokratischen Opposition im Nationalrat um so mehr auszuweichen, da sie der Unterstützung der Großdeutschen nie ganz sicher war. Die Beziehungen zwischen der Regierung und den proletarischen Organisationen wurden zwar lockerer, seitdem nicht mehr Vertreter des Proletariats der Regierung angehörten, aber sie wurden keineswegs vollständig zerrissen. Auch die bürgerliche Regierung konnte die Eisenbahnen, die Staatsbetriebe nicht anders als im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen verwalten; der Einfluß der Gewerkschaften auf die Verwaltung blieb daher sehr groß. An die Spitze des Bundesheeres war ein bürgerlicher Heeresminister getreten; aber als vom Nationalrat gewählte, dem Heeresminister beigegebene Zivilkommissäre konnten die Sozialdemokraten Deutsch und Smitka immer noch die Heeresverwaltung stark beeinflussen. Die Arbeiterklasse hatte es in der Zeit der zweiten Koalitionsregierung erfahren, wie begrenzt unsere Macht nun schon war, auch wenn unsere Vertreter in der Regierung saßen; die Arbeiterklasse sah nun, daß sie nicht machtlos wurde, auch wenn sie die Regierung dem Bürgertum überließ. So fand sich die Arbeiterklasse mit diesem bürgerlichen Regierungssystem unschwer ab.

In der Zeit der Koalitionsregierung hatte die Initiative der Regierung die Gesetzgebung in Gang erhalten. Das hörte nun auf. Die bürgerliche Regierung wollte und konnte nicht in proletarischer, sie wagte es nicht, in bürgerlicher Richtung zu führen. Also führte sie überhaupt nicht mehr. Sie regierte nicht, sie verwaltete nur die Staatsgeschäfte.

Nur auf einem Gebiet war die bürgerliche Regierung zielbewußt tätig: sie hat die Kriegswirtschaft, die staatliche Regelung des Wirtschaftslebens zwar nur allmählich, aber planmäßig abgebaut. Hatte schon in den letzten Kriegsjahren der Schleichhandel immer weitere Ausdehnung erlangt, so war nach dem Zusammenbruch der Militärgewalt die bei weitem schwächere Regierung der Republik nicht mehr imstande gewesen, die kriegswirtschaftlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen gegen die passive Resistenz des Händlertums und der Bauernschaft, gegen die Anarchie der Landesregierungen, gegen die Korrumpierung eines nicht geringen Teiles der schlecht entlohnten Bürokratie durch das Schiebertum wirksam durchzusetzen. War schon dadurch das ganze System der staatlichen Lebensmittel- und Rohstoffbewirtschaftung untergraben worden, so erwuchsen ihm seit 1920 noch größere Schwierigkeiten aus der allmählichen Wiederbelebung des Warenaustausches mit dem Ausland; die Ein- und Ausfuhrverbote, ohne die die zentrale Bewirtschaftung unmöglich ist, erschienen nun als Fesseln des sich wieder entwickelnden Handelsverkehrs. Hatte schon das Gesetz vom 6. Juli die staatliche Getreidebewirtschaftung durchbrochen, so hat nun die bürgerliche Regierung, dem Drängen des Handelskapitals und der Bauernschaft nachgebend, eine der kriegswirtschaftlichen Verordnungen nach der anderen aufgehoben und so den „freien Handel" allmählich wiederhergestellt. Dadurch verlor der Staat jede Macht über

die Preisbewegung, der Verfall der Kaufkraft der Krone wurde beschleunigt, die Staatsausgaben stiegen in beschleunigtem Tempo.

Das war um so verhängnisvoller, da seit dem Übergang der Regierungsmacht in die Hände des Bürgertums alle Bemühungen, die Steuereinnahmen des Staates zu erhöhen, aufgehört hatten. Das Bürgertum war über die neuen Besitzsteuern, die die zweite Koalitionsregierung im Staat, die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit in der Gemeinde Wien eingeführt hatte, sehr erbost gewesen. Die bürgerlichen Parteien hatten den Wahlkampf im Herbst 1920 unter der Parole „gegen die Übersteuerung" geführt. Als sie die Regierung übernahmen, konnten sie die Besitzsteuern nicht weiter erhöhen, aber sie wagten es zunächst auch nicht, den Massen erhöhte Verbrauchsabgaben aufzuerlegen. Es geschah also nichts, das Defizit im Staatshaushalt zu verkleinern, die Vermehrung des Papiergeldes einzuschränken. Die ganze Finanzpolitik des Finanzministers Grimm erschöpfte sich in den Bemühungen, Auslandskredite zu erlangen. Und da die Kredite nicht kamen, sank der Geldwert immer tiefer.

Sehr bald wurde im Lager des Bürgertums selbst wachsende Unzufriedenheit mit diesem Regierungssystem bemerkbar. Das Bürgertum war enttäuscht, weil trotz seinem Wahlsieg, trotzdem die Regierungsmacht in die Hände der bürgerlichen Parteien übergegangen war, die Macht der Arbeiterklasse sehr stark geblieben war. In breiten Schichten des Bürgertums erstarkte die Überzeugung, nur eine konterrevolutionäre Gewalt könne die starke Machtstellung des österreichischen Proletariats brechen. In breiten Schichten des Bürgertums wurde der Glaube an die Lebensfähigkeit der österreichischen Republik im Herbst 1920 und im Jänner 1921 durch die schnell fortschreitende Geldentwertung erschüttert. Die österreichischen Konterrevolutionäre, allein dem Proletariat gegenüber zu schwach, eine Tat zu wagen, begannen ihre Hoffnungen auf die beiden Nachbarstaaten zu setzen, in denen der rote Terror des Kommunismus dem weißen Terror der Konterrevolution den Weg gebahnt hatte: auf Ungarn und auf Bayern.

Seit der Konterrevolution in Ungarn hatte sich dort eine starke Bewegung für die Restauration des Hauses Habsburg entwickelt. Eine doppelte Gefahr drohte uns seither von Ungarn aus. Erstens die Gefahr für unsere republikanische Verfassung: die Restauration der Habsburger in Ungarn hätte die Konterrevolutionäre in Österreich ermutigt und ihnen Ungarns Waffenhilfe für die Restauration Habsburgs in Österreich gesichert. Zweitens die Gefahr für unsere Grenzen: es war vorauszusehen, daß die konterrevolutionäre Offiziersdiktatur in Ungarn das Burgenland, das uns der Friedensvertrag von Saint-Germain zugesprochen hatte, nicht friedlich räumen, sich seiner Übergabe gewaltsam widersetzen werde. Aus beiden Gründen mußten wir seither mit der Möglichkeit eines gefährlichen Konflikts mit Ungarn rechnen. Schon in der Zeit der zweiten Koalitionsregierung hatten wir es unternommen, uns gegen diese Gefahr zu schützen. Die ungarische Gefahr hatte uns bewogen, durch das Wehr- und das Disziplinargesetz die Kampffähigkeit unserer Wehrmacht zu stärken. Die ungarische Gefahr hatte uns zugleich bewogen, unsere Beziehungen zu der Tschechoslowakei zu verbessern.

Von ihrer Entstehungszeit, von den Kämpfen der tschechischen Legionen an der Wolga und in Sibirien an trug die tschechische Revolution zwie-

schlächtigen Charakter: sie war revolutionär gegen Habsburg, sie war konterrevolutionär gegen die proletarische Revolution. In der Zeit der Revolution gegen Habsburg war in Österreich die tschechische Bewegung die stärkste revolutionäre Macht. Damals sind wir der tschechischen Bewegung nicht entgegengetreten, wir sind damals für das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen eingetreten, um auch für das deutschösterreichische Volk das Selbstbestimmungsrecht zu erobern. Nach dem Umsturz trat der konterrevolutionäre Charakter der tschechischen Republik hervor. Nunmehr standen wir im heftigsten Gegensatz zu ihr; wir mußten das proletarische Deutschböhmen gegen die tschechische Annexion verteidigen und mußten uns des Zwanges, dem tschechischen Heere gegen das proletarische Ungarn Waffen zu liefern, erwehren. Nachdem aber die Proletarierdiktatur in Ungarn gestürzt war und nachdem der Friedensvertrag Deutschböhmens Schicksal entschieden hatte, veränderten sich abermals unsere Beziehungen zu der tschechischen Republik. Der nunmehr von Ungarn aus drohenden Gefahr der Konterrevolution gegenüber war die tschechische Republik die stärkste Beschützerin der Ergebnisse der Revolution von 1918. Sie war nunmehr unser natürlicher Bundesgenosse gegen die drohende Restauration Habsburgs in Ungarn und gegen den drohenden Angriff Ungarns auf Österreich.

In der Zeit der zweiten Koalitionsregierung, am 9. Jänner 1920, war Renner nach Prag gereist, um engere Beziehungen Österreichs zur Tschechoslowakei zu begründen. Das Ergebnis dieser Reise war nicht nur eine Reihe von Verträgen, die unsere wirtschaftlichen Beziehungen zur Tschechoslowakei verdichteten und die Durchführung des Friedensvertrages erleichterten, sondern auch eine politische Vereinbarung zwischen Renner und Beneš, in der sich die beiden Minister verpflichteten, einander in der Abwehr konterrevolutionärer Bestrebungen zu unterstützen. Renner sicherte der tschechischen Republik für den Fall eines tschechisch-ungarischen Krieges die „wohlwollende Neutralität" Österreichs, Beneš sicherte Österreich für den Fall eines ungarischen Angriffs Unterstützung zu. Diese Vereinbarungen erregten leidenschaftliche Entrüstung nicht nur des Wiener monarchistischen Flügels der christlichsozialen Partei, sondern auch der regierenden Mächte in Ungarn. Die ungarischen und die österreichischen Konterrevolutionäre gingen nun gegen uns, vor allem gegen Renners Außenpolitik im engsten Einvernehmen miteinander vor, die Wiener ungarische Gesandtschaft organisierte und finanzierte den christlichsozialen Preßfeldzug gegen Renner.

In der Zeit der Proporzregierung verschärften sich die Gegensätze zwischen Österreich und Ungarn. Am 20. Juni 1920 hatte der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund den Boykott über das konterrevolutionäre, die Arbeiterschaft knebelnde und mordende Ungarn verhängt. Die österreichischen Eisenbahner, Postler, Telegraphen- und Telephonangestellten haben den Boykott restlos durchgeführt; sieben Wochen lang blieb jeder Verkehr zwischen Österreich und Ungarn vollständig gesperrt. Aber was in Österreich gelang, gelang nicht in den anderen Nachfolgestaaten; über die Slowakei und über Jugoslawien konnte Ungarn seinen Verkehr mit dem Ausland aufrechterhalten. Daher blieb der Boykott wirkungslos; er mußte am 8. August aufgehoben werden, ohne daß er Horthy-

Ungarn hätte beugen können. Der Boykott hat aber nicht nur neue Konflikte zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung herbeigeführt, er hat, da er Österreich einige Wochen lang die Lebensmittelzufuhr aus Ungarn sperrte, auch zu heftigen Auseinandersetzungen in den Volksmassen für und wider eine gegen Horthy-Ungarn gerichtete Außenpolitik geführt. Diese Auseinandersetzungen nahmen in dem Wahlkampf im Oktober 1920 große Heftigkeit an.

Als nun nach den Wahlen die christlichsoziale Partei die Regierung übernahm, versuchte sie in der Tat zuerst freundschaftliche Beziehungen zu dem „christlichen Ungarn" herzustellen. Aber alle diese Bemühungen scheiterten daran, daß Ungarn als Preis jeder Annäherung den Verzicht Österreichs auf das Burgenland oder wenigstens auf den größeren Teil des Burgenlandes forderte. Darauf konnte auch die christlichsoziale Regierung nicht eingehen, ohne auf den heftigsten Widerstand nicht nur der Sozialdemokraten und der Großdeutschen, sondern auch eines Teiles ihrer eigenen Anhänger zu stoßen. So endeten die Verhandlungen nur mit neuen kriegerischen Drohungen Ungarns, die schließlich die Regierung Mayr zwangen, auf den Weg zurückzukehren, den Renner eingeschlagen hatte. Mayr hielt die politischen Vereinbarungen, die Renner mit Beneš abgeschlossen hatte, ausdrücklich aufrecht.

Diese Vereinbarungen erlangten praktische Bedeutung, als am 26. März 1921 Karl Habsburg plötzlich in Steinamanger auftauchte. Nun standen wir unmittelbar vor der lange vorausgesehenen Gefahr der Wiederherstellung des habsburgischen Königtums in Ungarn. Wieder, wie in den Tagen des Kapp-Putsches, ging eine starke Bewegung durch die österreichischen Arbeitermassen. Der Bundeskanzler Mayr war nicht nur persönlich ein Anhänger des Anschlusses an Deutschland und aus diesem Beweggrund Republikaner, er kannte auch die drohende Kraft der Bewegung, die die proletarischen Massen in Österreich erfaßt hatte. Er ließ sich in den kritischen Tagen nicht von dem monarchistischen Flügel seiner Partei beeinflussen, sondern war darauf bedacht, im Einvernehmen mit der Sozialdemokratie zu handeln. In der Sitzung des Nationalrates am 1. April, die zu einer mächtigen Kundgebung für die Republik wurde, erklärte Mayr, die Regierung werde den Großmächten und den Nachfolgestaaten mitteilen, daß sie die Restauration eines Habsburgers in Ungarn als eine Bedrohung der friedlichen Entwicklung der österreichischen Republik ansehen müsse. Damit hatte sich Österreich an die Seite der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens gestellt, die die habsburgische Restauration in Ungarn für eine Bedrohung des europäischen Friedens erklärt hatten und, mit Blockade und militärischen Maßregeln drohend, die Entfernung Karl Habsburgs aus Ungarn forderten. Als Karl Habsburg, dem Drucke der Großen und der Kleinen Entente weichend, am 4. April von Steinamanger in die Schweiz zurückreiste, erlaubte ihm die Regierung Mayr die Durchreise durch Österreich nur unter den von der sozialdemokratischen Partei formulierten, von Mayr angenommenen Bedingungen. Als Gefangener einer Abteilung des republikanischen Bundesheeres, die von einem sozialdemokratischen Offizier kommandiert wurde, von den sozialdemokratischen Abgeordneten Sever und Adolf Müller eskortiert, mußte Karl Habsburg durch Österreich reisen. In Bruck an der Mur bedurfte es der größten Anstren-

gungen der sozialdemokratischen Abgeordneten, um den Zug des Habsburgers ungefährdet durch die demonstrierenden Arbeitermassen zu führen.

Diese Ereignisse riefen die größte Erbitterung in den reaktionären Schichten des Bürgertums hervor. Seine monarchistischen Traditionen, seine monarchistischen Gefühle waren tief verletzt worden. Seine Erbitterung kehrte sich gegen die Regierung Mayr; die christlichsozialen Landesregierungen begannen nun gegen die christlichsoziale Bundesregierung zu frondieren. Die Erbitterung darüber, daß die Wiener Regierung, selbst nachdem sie in die Hände des Bürgertums gefallen war, unter dem mächtigen Einfluß der Arbeiterklasse geblieben war, ließ im Bürgertum und in der Bauernschaft der westlichen Länder die Bewegung für den Abfall von Wien, für die Losreißung der Länder vom Bunde noch einmal aufleben. Die internationale Schwäche der ungarischen Konterrevolution, die internationalen Schwierigkeiten, die einer Restauration der Habsburger entgegenstanden, hatte die Geschichte des Habsburgerputsches gezeigt; je schwächer sich Budapest erwiesen hatte, desto stärker ward die Anziehungskraft Münchens, des anderen Zentrums der Konterrevolution, auf die österreichischen Konterrevolutionäre. Abfall von Österreich, Anschluß an Bayern — das erschien nun den Führern des Länderpartikularismus in den westlichen Bundesländern als der einzige Ausweg, die einzige Rettung aus der österreichischen Republik, deren Entwicklung sogar nicht ihren Wünschen entsprach.

Längst schon bestanden sehr enge Verbindungen zwischen der bayrischen Reaktion und den führenden reaktionären Klüngeln in Tirol und in Salzburg. In den Tagen des Kapp-Putsches hatte sich Kahr der Regierungsgewalt in Bayern bemächtigt, die brutale Herrschaft der Reaktion in Bayern begründet. Seitdem war Bayern der österreichischen Reaktion zum bewunderten Vorbild geworden. Das revolutionäre Ideal des Anschlusses Deutschösterreichs an die deutsche Republik hatte sich den Tiroler und Salzburger Bauernführern zu dem reaktionären Kampfziel des Anschlusses Tirols und Salzburgs an das reaktionäre Bayern konkretisiert. Die Entwicklung des bayrischen Partikularismus, seine zeitweilige Unterstützung durch den französischen Imperialismus schienen die Vereinigung der österreichischen Alpenländer mit Bayern zu einem von Deutschland getrennten klerikalen bajuvarischen Königreich in den Bereich des Denkbaren zu rücken. Und so phantastisch dieses Ziel vorerst auch war: im Aufbau der Heimatwehren hatte die Verbindung zwischen der bayrischen Reaktion und der Reaktion in den Alpenländern doch schon im Jahre 1920 ein ergiebiges Feld praktischer Betätigung gefunden.

Die Heimatwehren waren in den ersten Monaten nach dem Umsturz in Kärnten und in Steiermark entstanden; damals hüteten sie die Grenze gegen die Jugoslawen. In der Zeit der ungarischen und der bayrischen Rätediktatur hatte sich die Bewegung ausgedehnt; in vielen Dörfern hatten sich die Bauern bewaffnet und organisiert, um sich gegen Getreide- und Viehrequisitionen durch die Arbeiterräte zu schützen und sich gegen den Bolschewismus zu rüsten. Aber erst im Jahre 1920 gewann die Bewegung größeren Umfang und einheitliche Organisation. Am stärksten wurde die Bewegung in Tirol. Dort wurden die Heimatwehren durch die am 15. Mai 1920 erlassenen Satzungen einheitlich unter dem Kommando des christlich-

sozialen Landesrats Steidle zusammengefaßt. Das Tiroler Beispiel wurde in Salzburg nachgeahmt. Die Bewaffnung der Tiroler und der Salzburger Heimatwehren wurde durch Waffenschmuggel aus Bayern erleichtert; die bayrische Orgesch entzog ihre Waffen und ihre Munition dem Zugriff der Entwaffnunskommissionen der Entente, indem sie sie nach Tirol und Salzburg schmuggelte. Im Juni und im Oktober 1920 gelang es den Tiroler Eisenbahnern, bayrische Waffentransporte nach Tirol zu beschlagnahmen; im Oktober 1920 fielen Dokumente in unsere Hände, die den bayrischen Waffenschmuggel nach Salzburg erwiesen. Später ergänzten die Heimatwehren ihre Rüstung, indem sie staatliche Waffenmagazine überfielen und plünderten; so wurden in Tirol die staatlichen Waffendepots in Kramsach, Höttinger-Au und Hall von den Heimatwehren beraubt. Die Tiroler und die Salzburger Heimatwehren traten in engste Verbindung mit der bayrischen Orgesch; Ende Juli 1920 fand in München eine Zusammenkunft bayrischer und österreichischer Heimatwehrführer statt, auf der nach einer Rede Escherichs die Tiroler und die Salzburger erklärten, daß sie sich dem Kommando der bayrischen Orgesch unterstellen. Am 20. November 1920 verhinderten die Eisenbahner eine gemeinsame Demonstration der Tiroler und der bayrischen Orgesch durch Stillegung des Eisenbahnverkehrs.

Etwas anderen Charakter trug die Bewegung in Steiermark und in Kärnten. Die enge Verbindung mit Bayern, das politische Ziel des Anschlusses an Bayern, fehlten hier. Die Heimatwehren hatten hier kein anderes Ziel als das, der Bourgeoisie und der Bauernschaft gegen die Arbeiterschaft zu dienen. Desto leichter gewannen sie hier die finanzielle Unterstützung der Großindustriellen und der Banken, die sich in diesen Ländern zuerst zur Leistung regelmäßiger Abgaben an die Heimatwehren verpflichteten.

Die Rüstungen der Reaktion zwangen die Arbeiterschaft zu Gegenrüstungen. Die Arbeiterräte übernahmen die Aufgabe, die Abwehr der Arbeiterschaft zu organisieren. Die Tätigkeit der Arbeiterräte hatte sich seit den Wahlen im Oktober 1920 wesentlich verändert. Im Wahlkampf waren die Führer der „neuen Linken", Dr. Frey und Rothe, der Sozialdemokratie entgegengetreten; es bestand nun kein Zweifel mehr, daß sie die Geschäfte der Kommunisten besorgten. Daher hatte sich die Masse der Genossen, die unter dem Einfluß der „neuen Linken" gestanden war, von diesen Führern getrennt. Der Streit um die Koalitionspolitik war beendet, als nach den Wahlen die Sozialdemokraten aus der Regierung austraten. Nunmehr schlossen sich alle sozialdemokratischen Mitglieder der Arbeiterräte zu Fraktionen zusammen, die den kommunistischen Fraktionen geschlossen entgegentraten. Dr. Frey und Rothe, die sich der Fraktionsdisziplin der sozialdemokratischen Arbeiterratsfraktionen nicht unterwerfen wollten, traten aus der Partei aus und gingen zu den Kommunisten über; nur ein sehr kleiner Teil ihrer einstigen Gefolgschaft ging mit ihnen. Da nun in allen Arbeiterräten einer kleinen kommunistischen Fraktion die große, organisierte, einheitlich geführte, einheitlich stimmende sozialdemokratische Mehrheit gegenüberstand, verloren die politischen Debatten innerhalb der Arbeiterräte an Bedeutung und Interesse. Zugleich verloren die Arbeiterräte auch ihre wirtschaftlichen Funktionen. Mit dem Abbau der Kriegswirtschaft, mit der Wiederherstellung des „freien Handels"

lösten sich allmählich die mannigfachen wirtschaftlichen Verwaltungskörperschaften auf, innerhalb deren die Vertreter der Arbeiterräte gewirkt hatten. Mit dem Niedergang der Revolution verloren so allmählich auch die Organe der Revolution ihren Wirkungskreis. Aber die Rüstungen der Konterrevolution gaben den Arbeiterräten noch einmal eine neue Funktion. Sie gingen nun daran, die Ordnerorganisation als Gegenwehr gegen die reaktionären „Heimatwehren", „Selbstschutzverbände", „Frontkämpferorganisationen" zu schaffen und auszubauen.

Der Habsburgerputsch im März 1921 gab den Rüstungen beider Parteien neuen Anstoß. Die Arbeiterklasse hatte die Republik bedroht gesehen; sie verstärkte nun ihre Bemühungen um den Ausbau der Ordnerorganisation, um gegen jeden monarchistischen Putschversuch gerüstet zu sein. Anderseits hatte der Habsburgerputsch die inneren Gegensätze im Lager der Reaktion weiterentwickelt. Das geschah insbesondere in Tirol. Einen Augenblick lang hatte das Auftauchen Karl Habsburgs in Ungarn die Zuversicht des legitimistischen Flügels der Tiroler Christlichsozialen gestärkt, der, von Schöpfer geführt, auf den Klerus und die städtischen Christlichsozialen gestützt, auf Habsburgs Wiederkehr hoffte. Aber sehr bald hatte der klägliche Ausgang des Habsburgerputsches die Anhänger des Anschlusses an Bayern gestärkt, die, von Schraffl geführt, auf die bäuerlichen Organisationen und die Heimatwehren gestützt, nicht in der Restauration Habsburgs in Österreich, sondern in der Losreißung von Österreich und dem Anschluß an das reaktionäre Bayern ihr Ziel erblickten. Nach dem Ende des Karl-Putsches glaubten in Tirol die Anhänger der bayrischen Orientierung den Anhängern der habsburgischen Orientierung eine entscheidende Niederlage bereiten, den Anschluß an Bayern als einmütigen Willen des ganzen Tiroler Volkes feststellen zu können. Sie konnten das ganze Volk für ihr Ziel aufbieten, indem sie das konkrete Ziel des Anschlusses an Bayern hinter der allgemeinen, auch Großdeutsche und Sozialdemokraten mitreißenden Parole des Anschlusses an Deutschland verbargen. Der Tiroler Landtag beschloß, für den 24. April 1921 eine Volksabstimmung darüber auszuschreiben, ob das Tiroler Volk den Anschluß an Deutschland wünsche.

Mit diesem Beschluß des Tiroler Landtages setzte eine neue Bewegung für den Anschluß an Deutschland ein. Sie war von der Anschlußbewegung des November 1918 und des Jahres 1919 sehr verschieden. Die Anschlußbewegung von 1918 war aus dem Geiste der nationalen Revolution hervorgegangen; die Anschlußbewegung von 1921 war reaktionären Ursprungs, wenngleich sie für die revolutionäre Parole des Anschlusses auch die der Reaktion feindlichen Klassen aufbieten konnte. 1918 war die Bewegung von der Sozialdemokratie getragen, von der Wiener Regierung geführt, der Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland war das Ziel; 1921 war die Bewegung von den Landesregierungen der Alpenländer geführt, gegen die Wiener Regierung gerichtet und ihr Ziel war der Abfall der Länder vom Bund und der Anschluß der einzelnen Länder an Bayern. Im Jahre 1919 hatte die Tiroler Landesregierung den Anschluß bekämpft und unserem Kampf um den Anschluß die größten Schwierigkeiten bereitet; im Jahre 1921 stellte sich dieselbe Tiroler Landesregierung an die Spitze der Anschlußbewegung. Im Jahre 1919, in einer Zeit, in der Großbritannien,

die Vereinigten Staaten und Italien drei Monate lang „schwankten und diskutierten", ehe die Pariser Friedenskonferenz über den Anschluß entschied, war es ein ernster Kampf; im Jahre 1921, dem ratifizierten Friedensvertrag gegenüber, war die Bewegung aussichtslos.

Trotzdem bewährte sich auch in dieser Bewegung die mächtige Werbekraft des Anschlußgedankens. Am 24. April stimmten in Tirol 146.468 Männer und Frauen, beinahe neun Zehntel aller Stimmberechtigten, über den Anschluß ab; von ihnen stimmten 144.342 für, nur 1794 gegen den Anschluß an Deutschland. Von Tirol griff die Bewegung nach Salzburg über. Auch hier wurde darüber abgestimmt, ob das Volk den Anschluß wünscht; 103.000 Stimmen wurden für, 800 gegen den Anschluß abgegeben. Aber indessen hatte schon Frankreich eingegriffen. Die französische Regierung verlangte die Einstellung der Volksabstimmungen. Sie drohte, Österreich werde, wenn die Abstimmungen nicht eingestellt werden, die in Aussicht gestellten Auslandskredite nicht bekommen, die Reparationskommission werde von Österreich Reparationen fordern, das Burgenland werde Österreich nicht übergeben werden. Unter dem Druck Frankreichs mußte der Bundeskanzler Mayr von den Ländern die Einstellung der Abstimmungen verlangen. Aber Mayr hatte seit dem Habsburgerputsch den Einfluß auf seine Parteigenossen verloren. Trotz Mayrs Einspruch beschloß der steirische Landtag am 31. Mai, auch in Steiermark die Abstimmung über den Anschluß auszuschreiben. Infolge dieses Beschlusses demissionierte die Regierung Mayr. Niemand konnte eine neue Regierung bilden, ohne sich Bürgschaften dafür zu sichern, daß die Anschlußbewegung der Länder die neue Regierung nicht in schweren Konflikt mit Frankreich bringen wird. Schließlich gelang dies: Christlichsoziale und Großdeutsche vereinbarten, für ein halbes Jahr auf die Abstimmungen über den Anschluß zu verzichten; die Bewegung für den Anschluß solle erst dann wieder aufgenommen werden, wenn die versprochenen Auslandskredite nicht bis Ende des Herbstes 1921 einlangen. Auf Grund dieser Vereinbarung wurde am 21. Juni eine neue Regierung gewählt, an deren Spitze der Wiener Polizeipräsident Johann Schober trat; es war eine Beamtenregierung, in der die christlichsoziale und die großdeutsche Partei durch je einen Abgeordneten vertreten waren.

Die Anschlußbewegung der Länder hatte nicht nur in Steiermark, wo der Landtag den Beschluß über die Volksabstimmung widerrufen mußte, sondern auch in Tirol und in Salzburg, wo die Volksabstimmung eine wirkungslose Demonstration geblieben war, mit einer Niederlage geendet. Die Länder hatten die Macht der äußeren Widerstände, die ihrem Abfall vom Bunde entgegenstanden, kennengelernt. Sie mußten erkennen, daß sie nicht von der deutschösterreichischen Republik abfallen können, sondern sich in ihr einrichten müssen. Diese Erfahrung förderte die Einfügung der Länder in den Bund. Und diese Einfügung wurde zugleich durch die wirtschaftliche Entwicklung gefördert. In den Jahren 1918 und 1919 war die Lebensmittelnot eine der stärksten Triebkräfte des Länderpartikularismus, der Kampf gegen die Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Lande sein volkstümlichstes Betätigungsgebiet gewesen; seitdem aber die Lebensmittel-, Kohlen- und Rohstoffnot allmählich überwunden wurde, seitdem Österreich seit dem Einbruch der internationalen Absatzkrise im

Jahre 1920 aus dem Ausland wieder so viel Lebensmittel, Kohle und Rohstoffe beziehen konnte, als es zu bezahlen vermochte, war diese wirtschaftliche Grundlage des Länderpartikularismus allmählich verschwunden. Im Jahre 1919, als infolge der Kohlen- und Rohstoffnot die Wiener Industrie stillstand, hatten die Länder Wien als den „Wasserkopf" betrachtet, der den Alpenländern nur ihre Lebensmittel entziehe, ohne ihnen etwas bieten zu können; seitdem seit 1920 die Wiener Industrie und der Wiener Handel wieder in vollem Gange waren, war Wien kein „Wasserkopf" mehr, sondern die große Steuerquelle, aus der der Bund vier Fünftel der Steuereinnahmen schöpfte, und die große Industrie- und Handelsstadt, deren Export dem Bunde die ausländischen Zahlungsmittel lieferte, die allein es ihm ermöglichten, auch für die Alpenländer ausländisches Getreide und ausländische Kohle zu kaufen. So schwand allmählich die wirtschaftliche Basis der Abfallsbewegung. Die Anschlußbewegung im Frühjahr 1921 war die letzte große Auflehnung der Länder gegen den Bund.

Sie war zugleich das letzte starke Aufflammen des Kampfes um die deutsche Einheit gewesen. Daß nach dem Friedensschluß der Anschluß nicht mehr ein unmittelbar erreichbares Ziel der Tagespolitik, sondern nur ein nationales Ideal sein kann, das festgehalten werden muß, bis eine grundstürzende Umwälzung der Machtverhältnisse in Europa seine Verwirklichung ermöglicht, war nun selbst den Spießbürgern an den Biertischen der Provinzstädte anschaulich geworden. Und ihre Begeisterung für dieses nationale Ideal wurde sehr bald kühler. Hatte die hoffnungslos fortschreitende Entwertung der österreichischen Krone ihre Überzeugung von der Lebensunfähigkeit Österreichs begründet, so sahen sie in dem Anschluß keine Rettung mehr, sobald unter dem Drucke der französischen Reparationslasten auch die deutsche Mark immer tiefer, immer hoffnungsloser sank. Noch im Juni 1921, bei der Bildung der Regierung Schober hatten sich die Großdeutschen das Recht vorbehalten, die Fortsetzung der Abstimmungen über den Anschluß zu fordern, wenn die Republik die in Aussicht gestellten Auslandskredite nicht bis zum Herbste 1921 erlangt. Die Auslandskredite kamen in dieser Zeit nicht, aber von den Anschlußabstimmungen war trotzdem keine Rede mehr.

Die Sozialdemokratie hatte die Bemühungen der Regierungen Mayr, die Länder zum Verzicht auf die Fortführung der Anschlußabstimmungen zu bewegen, unterstützt. Wir wußten, daß die Anschlußabstimmungen unter den gegebenen Machtverhältnissen in Europa nicht den Anschluß, sondern nur einen schweren Konflikt mit Frankreich herbeiführen konnten. Wir halfen der Regierung, diesen Konflikt zu verhüten; denn wir sahen voraus, daß die Republik in der nächsten Zeit in eine schwere Krise geraten werde, in der ihr jeder Konflikt mit den Großmächten sehr gefährlich werden konnte. Die Ratifizierung des Vertrages von Trianon stand unmittelbar bevor. Damit mußte die Frage der Übergabe Deutsch-Westungarns an Österreich aktuell werden; der schwierigste, gefährlichste Konflikt mit der ungarischen Konterrevolution stand vor uns.

Am 26. Juli 1921 wurde der Friedensvertrag von Trianon ratifiziert. Nunmehr sollte eine interalliierte Generalskommission der Entente, an deren Spitze der italienische General Ferrario stand, das Burgenland von

Ungarn übernehmen und es Österreich übergeben. Ungarn bereitete offensichtlich bewaffneten Widerstand gegen die Übergabe vor.

Die österreichische Sozialdemokratie hätte niemals die Annexion, sie hatte immer nur das Selbstbestimmungsrecht des Burgenlandes gefordert. Bei den Friedensverhandlungen in Saint-Germain hatte unsere Friedensdelegation nicht die einfache Abtretung Deutsch-Westungarns an Österreich verlangt; sie hatte nichts anderes verlangt, als daß Deutsch-Westungarn in freier Volksabstimmung unter neutraler Besetzung und Kontrolle selbst entscheide, zu welchem Staat es gehören will. Die Entente hatte freilich diese Forderung damit beantwortet, daß sie Deutsch-Westungarn teilte. Der Entwurf des Friedensvertrages, der am 20. Juli 1919 unserer Friedensdelegation überreicht wurde, sprach Preßburg der Tschechoslowakei, Ungarisch-Altenburg, Wieselburg, Güns, St. Gotthard sprach er Ungarn, einige Grenzgemeinden Jugoslawien, nur den Rest des deutschen Westungarn Österreich zu. Unsere Friedensdelegation hat gegen diese Verfügung der Mächte über das Land protestiert; sie hat in ihrer Antwortnote auf den Friedensentwurf am 6. August 1919 den Mächten, die uns einen Teil Deutsch-Westungarns schenken wollten, geantwortet, Deutschösterreich wünsche ein solches Geschenk gar nicht; Deutschösterreich wolle Deutsch-Westungarn nur dann erwerben, wenn dies der Wille der Bevölkerung Deutsch-Westungarns selbst ist. Die Friedensdelegation sagte:

„Die deutschösterreichische Republik hält daran fest, daß das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gewissenhaft durchgeführt werde. Um von vornherein den Verdacht einer Maßnahme gegen den Willen des Volkes zu zerstreuen, erlaubt sich Deutschösterreich, darauf zu bestehen, im Wege einer unter der Leitung und Aufsicht der alliierten und assoziierten Hauptmächte vorzunehmenden Volksabstimmung die unumwundene Erklärung der Einwohner Westungarns darüber einzuholen, welchem Staate sie eingegliedert zu werden wünschen."

Diese Forderung entsprach nicht nur den demokratischen Grundsätzen, sondern auch den Interessen Österreichs. Wir forderten ja in derselben Note, daß Kärnten, daß Deutsch-Südtirol, der Böhmerwaldgau und der Znaimer Kreis, die die Entente uns entreißen wollte, durch freie Volksabstimmung über ihre staatliche Zugehörigkeit entscheiden sollen; wir mußten diese Forderung stützen, indem wir die Volksabstimmung unter denselben Bedingungen auch für das Burgenland, das die Entente uns zusprechen wollte, forderten. Überdies aber stützte unsere Forderung, daß das burgenländische Volk selbst über seine Staatlichkeit entscheiden solle, unseren Protest gegen die Teilung Deutsch-Westungarns; wir verlangten, daß die Volksabstimmung nicht nur in dem uns zugesprochenen Teile des Burgenlandes, sondern in dem ganzen deutschen Siedlungsgebiet Westungarns stattfinde. Die Entente lehnte diese Forderungen ab. In ihrer Note vom 2. September 1919 beharrte sie auf den schon in dem Entwurf vom 20. Juli festgestellten Grenzen. „Innerhalb dieser Grenzen", sagte die Mantelnote zu dem endgültigen Text des Friedensvertrages, „empfehlen der Volkscharakter und das nationale Empfinden der Bewohner zu klar den Anschluß an Österreich, als daß es die Mächte für notwendig erachten würden, eine Volksabstimmung durchzuführen."

Als es im Sommer 1921 offenbar wurde, daß Ungarn bewaffneten Widerstand gegen die Übergabe des Burgenlandes vorbereite, verlangte die

Sozialdemokratie abermals, daß Österreich die friedliche Schlichtung des Streites nach demokratischen Grundsätzen vorschlage. Wir hielten es für notwendig, daß sich Österreich zu einer demokratischen Lösung bereit zeige, um womöglich einen bewaffneten Konflikt zu vermeiden. Deshalb schlugen wir am 13. August dem Ausschuß für Äußeres vor, Österreich solle, um einen bewaffneten Konflikt mit Ungarn zu vermeiden, Ungarn eine Vereinbarung anbieten, durch die beide Staaten die Entscheidung über die Zukunft des Burgenlandes dem burgenländischen Volke selbst überlassen sollen. Österreich solle sich bereit erklären, die Entscheidung durch eine Abstimmung des burgenländischen Volkes anzuerkennen, wenn diese Abstimmung nicht nur in dem durch den Friedensvertrag uns zugesprochenen, sondern auch in dem Ungarn belassenen Teile Deutsch-Westungarns vorgenommen und wenn diese Abstimmung erst nach Abzug der ungarischen Truppen und Behörden und unter hinreichenden Bürgschaften für die volle Freiheit der Abstimmung vorgenommen werde. Die bürgerlichen Parteien konnten sich jedoch am 13. August nicht entschließen, Ungarn einen solchen Vorschlag zu machen. Erst am 27. August nahm der Ausschuß für Äußeres einen Antrag an, die Regierung solle sich bereit erklären, nach der Übergabe des Burgenlandes an Österreich mit Ungarn über eine „einvernehmliche Lösung der Abgrenzungsfragen auf Grund der Willensäußerung des burgenländischen Volkes" zu verhandeln. Aber nun war es dazu schon zu spät. Die militärischen Vorbereitungen Ungarns im Burgenland waren schon in vollem Gang. In Ödenburg stand eine ungarische Truppe unter dem Kommando des Majors Osztenburg; die Offiziere der Pronay- und Héjjas-Detachements führten bewaffnete Freischärler, die zumeist aus Széklern und anderen aus Siebenbürgen und der Slowakei geflüchteten Magyaren angeworben worden waren, in das Land.

Wir hatten uns bemüht, der österreichischen Politik eine Richtung zu geben, die eine friedliche und demokratische Lösung des Streites um das Burgenland ermöglichen konnte. Aber wir hatten keine Illusionen darüber, daß die Aussicht, die ungarische Offiziersdiktatur für eine solche Lösung zu gewinnen, auch dann sehr gering sei, wenn sich Österreich rechtzeitig zu der Entscheidung des Konflikts nach demokratischen Grundsätzen bereit zeigte. Deshalb hatten wir schon seit dem Frühjahr 1921 immer wieder verlangt, daß die Stände und die Ausrüstung des Bundesheeres so ergänzt werden, daß es in dem drohenden Konflikt mit Ungarn unsere Freiheit und unsere Grenzen zu verteidigen imstande sei. Dabei waren wir aber auf unüberwindlichen Widerstand gestoßen. Die herrschende christlichsoziale Partei wünschte keinen Ausbau des Bundesheeres. Schon im Frühjahr 1921 hatten führende christlichsoziale Abgeordnete, vor allen Doktor Mataja, und führende christlichsoziale Zeitungen, vor allen die „Reichspost", verlangt, Österreich solle bei der Besetzung des Burgenlandes das Bundesheer überhaupt nicht verwenden. Diese Agitation gegen die Verwendung des Bundesheeres war von den klerikalen Elementen im Burgenland selbst ausgegangen. Die Ödenburger Klerikalen waren Magyaronen; sie zogen trotz ihrer deutschen Nationalität das „christliche Ungarn" dem demokratischen Österreich vor. Das Burgenland hatte in der Zeit der ungarischen Rätediktatur unter dem roten Terror schwer gelitten; die kleri-

kalen Magyaren im Burgenland betrieben darum ihre Agitation gegen Österreich mit dem Argument, daß in Österreich der „schleichende Bolschewismus" herrsche, das österreichische Bundesheer eine bolschewistische Rote Armee sei. Sie schrien in die Welt hinaus, das burgenländische Volk werde sich gegen den Einmarsch dieser Roten Armee auflehnen. Diese Agitation der Ödenburger Magyaronen fand in den Wiener klerikalen Kreisen Widerhall. Sie glaubten, das burgenländische Volk sei durch die Erfahrungen in der Zeit der ungarischen Rätediktatur mit reaktionärer Gesinnung erfüllt worden. Sie hofften, das Burgenland zu einem Bollwerk der Reaktion innerhalb Österreichs ausbauen zu können. Sie fürchteten, die Besetzung des Burgenlandes durch das republikanisch-proletarische Bundesheer könnte dies erschweren. Deshalb wünschten sie, das Burgenland solle nur durch Gendarmerie besetzt werden; nach seiner Besetzung solle dann sofort im Burgenland selbst ein ihren Zwecken dienstbares Truppenkontingent aufgestellt werden. Es gelang der Agitation der burgenländischen und der Wiener Klerikalen, die interalliierte Generalskommission in Ödenburg zu gewinnen. Sie ordnete an, daß Österreich bei der Besetzung des Burgenlandes nur Gendarmerie, nicht das Bundesheer verwenden dürfe. Trotz unseren Protesten fügte sich die österreichische Regierung dieser Anordnung der Ententegenerale, weil ja die in Österreich regierende Partei selbst die Verwendung des Bundesheeres bei der Landnahme nicht wünschte.

So rückte denn am 28. August die Gendarmerie, insgesamt nur 1950 Mann, in elf Kolonnen in das Burgenland ein. Sofort warfen sich ihr die magyarischen Freischärler entgegen. Die an Zahl viel zu schwachen und zum Kampf nicht ausgerüsteten Gendarmerieabteilungen konnten den Widerstand der Banden Horthys nicht brechen. Im Süden konnte die Gendarmerie über die steirische Grenze nicht hinausdringen. Im Norden konnte sie einen Teil des Burgenlandes besetzen, geriet aber dort in opfervollen Kleinkrieg mit den Banden. Immerhin waren die Freischärler an diesem Tage noch sehr schwach. Wäre am 28. August das Bundesheer in das Burgenland eingerückt, so hätte es die magyarischen Banden unschwer vertreiben können. Die Gendarmerie aber war dazu viel zu schwach gewesen; und der wohlfeile Erfolg, den die Freischärler gegen die Gendarmerie errungen hatten, rief in Ungarn großen Enthusiasmus hervor, der in den folgenden Tagen den Freischärlern starken Zuzug brachte. Die Zahl der Freischärler wuchs nun schnell und ihre Kühnheit wurde größer. Binnen wenigen Tagen geriet die bei Agendorf stehende Gendarmerieabteilung in eine sehr gefährdete Lage; am 8. September mußte sie schließlich an die niederösterreichische Grenze zurückgezogen werden. Aber schon vorher hatten die magyarischen Freischärler selbst altösterreichisches Gebiet angegriffen; am 31. August schon war eine magyarische Bande bei Hohenbrugg in Steiermark eingefallen.

Nun wurde die Gefahr sehr ernst: aus den Kämpfen zwischen den Banden und der Gendarmerie konnte ein Krieg zwischen Ungarn und Österreich entstehen. Ungarn zog an der Ostgrenze des Burgenlandes starke reguläre Truppen zusammen; es schien möglich, daß Ungarn den Streit um das Burgenland mit kriegerischer Gewalt entscheiden wolle. Österreich war, dem Friedensvertrag gemäß, von der Entente entwaffnet worden;

Ungarn, dessen Friedensvertrag soeben erst in Kraft getreten war, war nicht entwaffnet. Ungarn, uns militärisch überlegen, konnte sich mit einem Handstreich in den Besitz des Wiener-Neustädter Industriegebietes setzen und Wien unmittelbar bedrohen. Diese Gefahr war um so ernster, da wir mit der Möglichkeit rechnen mußten, daß die starke Truppenansammlung in Westungarn zu einem habsburgischen Restaurationsversuch benützt werden könnte. Seit dem Osterputsch Karl Habsburgs hatten sich in Ungarn die Gegensätze zwischen den Legitimisten und den Anhängern Horthys, die die sofortige Restauration des Königs ablehnten, sehr verschärft. Im Sommer schon fürchteten die Mächte der Großen und der Kleinen Entente, daß die Legitimisten Karl Habsburg bewegen werden, seinen Versuch vom März zu wiederholen; daß sie sich zu diesem Zwecke der in Westungarn angesammelten Truppen bedienen werden, war um so mehr zu vermuten, da Osztenburg, der in Ödenburg kommandierte, ein bekannter Legitimist war.

Wir waren noch im August für eine friedliche demokratische Lösung des Streites um das Burgenland eingetreten, um einen bewaffneten Konflikt womöglich zu verhüten. Jetzt, da der Konflikt ausgebrochen war, gab es für uns nur noch eine Aufgabe: unsere ganze Kraft in den Dienst des Widerstandes gegen die ungarische Konterrevolution zu stellen. Das Zivilkommissariat im Heeresministerium, wo Julius Deutsch und Smitka amtierten, und die Soldatenräte sicherten sich entscheidenden Einfluß auf die militärischen Abwehrmaßregeln. Die bisher vernachlässigte Ausrüstung des Bundesheeres wurde schnell ergänzt. Ein Teil des Bundesheeres übernahm die Bewachung der Grenze, während die Bataillone aus den westlichen Ländern nach Wien gebracht wurden, um hier eine Kampfreserve zu bilden. Die sozialdemokratische Agitation befestigte den Wehrmännern die Überzeugung, daß sie im Kampfe gegen Horthy-Ungarn ihre revolutionäre Pflicht erfüllen, die Republik gegen die Monarchie, die Errungenschaften der Arbeiterklasse gegen die Konterrevolution verteidigen. Ein Aufruf der Partei forderte die jungen Arbeiter auf, für die Dauer der Gefahr in das Bundesheer einzutreten; tausende verließen ihre Arbeitsstätten und traten in das Bundesheer ein, um die Republik zu schützen. Am 5. September empfing das Bundesheer seine Bluttaufe. Das 2. Bataillon des Infanterieregiments Nr. 5 wies bei Kirchschlag tapfer kämpfend einen Einbruch magyarischer Freischärler in niederösterreichisches Gebiet ab. Zwei Tote, vierzehn Verwundete, von denen fünf starben, drei Gefangene, die von den Banditen ermordet wurden, waren die Opfer des Bundesheeres. Am 23. und 24. September hatte das 3. Bataillon des Infanterieregiments Nr. 1 bei Bruck a. d. Leitha schweren Kampf zu bestehen; auch dort wurde ein magyarischer Angriff auf niederösterreichischen Boden mit schweren Opfern abgewehrt. Mehr als zwei Monate lang bewachte das Bundesheer mit schwachen Kräften die 250 Kilometer lange Grenze, immer wieder zur Abwehr überraschender Bandeneinfälle gezwungen. 40 Tote, 66 Verwundete hatte die Wehrmannschaft der Republik zu beklagen.

Mit dem Bundesheer trat auch die Ordnerorganisation in Aktion. Nachdem die Gendarmerie aus dem Burgenland zurückgezogen worden war, standen die magyarischen Freischärler hart vor Wiener-Neustadt. Die Ar-

beiter von Wiener-Neustadt, in den Ordnerbataillonen formiert, hielten sich in den Tagen, in denen ein Angriff der Freischärler drohte, Tag und Nacht zum Kampfe bereit. Die Verbindung zwischen dem Bundesheer und der Ordnerorganisation wurde hergestellt; für den Fall des Kampfes wurden die Ordnerbataillone dem Kommando des Bundesheeres unterstellt. In dem ganzen Industriegebiet längs der Südbahnstrecke wurden die Ordnerorganisationen ausgerüstet, damit sie im Falle eines ungarischen Vorstoßes gegen Wien die ungarischen Truppen in den Flanken und im Rücken angreifen und im Kleinkrieg ihren Nachschub desorganisieren.

Indessen hatten die Mächte eingegriffen, um den bedrohten Frieden zu retten. Ein Vermittlungsversuch der tschechischen Regierung rief Italien auf den Plan; Italien wünschte nicht, daß die Kleine Entente als Schiedsrichter zwischen Österreich und Ungarn trete. Der italienische Minister des Äußern della Torretta lud Österreich und Ungarn zu Verhandlungen nach Venedig ein; England und Frankreich empfahlen Schober, die Vermittlung Italiens anzunehmen. Am 11. Oktober begannen die Verhandlungen in Venedig; sie zeigten, daß die italienische Regierung, die Ungarn immer als Italiens künftigen Bundesgenossen gegen Jugoslawien betrachtete, ein Ungarn vorteilhaftes Kompromiß erzwingen wollte. Torretta drohte mit der Verweigerung aller Kredithilfe an Österreich, wenn es sich seinen Vorschlägen nicht unterwerfe. Unter diesem Druck stimmte Schober dem Protokoll von Venedig zu. In diesem Protokoll verpflichtete sich die ungarische Regierung, ihre Freischärler zur Räumung des Burgenlandes zu verhalten, wogegen Österreich zustimmte, daß über die staatliche Zugehörigkeit der Stadt Ödenburg und ihrer nächsten Umgebung eine Volksabstimmung entscheiden solle.

Daß über Ödenburg eine Volksabstimmung entscheiden solle, entsprach unserer grundsätzlichen Auffassung. Aber wir hatten immer gefordert, daß Österreich eine Volksabstimmung nur dann anerkenne, wenn hinreichende Bürgschaften für die volle Freiheit der Abstimmung gesichert werden. Dieser Forderung entsprach das Protokoll von Venedig nicht.

Das Protokoll war noch nicht ratifiziert, als eine neue Wendung eintrat. Unsere Voraussage, daß die Ansammlung ungarischer Truppen in Westungarn einem neuen Habsburgerputsch zu dienen drohe, wurde bestätigt: am 20. Oktober kamen Karl und Zita Habsburg in einem Flugzeug in Ödenburg an. Karl erklärte sofort, er übernehme die Ausübung der Herrscherrechte in Ungarn und ernannte eine Regierung. Ein Teil der in Westungarn angesammelten Truppen, Lehár und Osztenburg an ihrer Spitze, stellte sich Karl zur Verfügung und setzte sich gegen Budapest in Bewegung. Schon am 22. Oktober erklärte die Tschechoslowakei, sie werde die Restauration Karls in Budapest als Kriegsfall behandeln. Dieser Erklärung schlossen sich Jugoslawien und Rumänien an. Am 24. Oktober verlangten die Großmächte Karls Thronentsetzung und Gefangennahme. Die ungarische Konterrevolution spaltete sich. Glaubten die Legitimisten, der Augenblick sei günstig, die Konterrevolution mit der Restauration des Königtums zu vollenden, so lehnten die Anhänger Horthys die Restauration des Königtums ab, um die Herrschaft der Konterrevolution vor dem drohenden Angriff von außen zu retten. Am 24. Oktober warf sich Gömbös an der Spitze einiger in aller Eile aus Studenten formierter

Bataillone bei Budaörs den königlichen Truppen entgegen. Die Truppen des Habsburgers wurden geschlagen, er selbst gefangengenommen. Aber die Kleine Entente war entschlossen, für die Zukunft eine Wiederholung der Putschversuche des Habsburgers zu verhindern. Sie forderte, Ungarn müsse das Haus Habsburg in aller Form des Thrones entsetzen. Da Ungarn zauderte, mobilisierten die Tschechoslowakei und Jugoslawien einen Teil ihrer Heere. Ungarn mußte sich unterwerfen. Am 5. November beschloß die ungarische Nationalversammlung ein Gesetz, das die Souveränitätsrechte Karls IV. und die Pragmatische Sanktion für aufgehoben, das Recht der ungarischen Nation zur freien Wahl ihres Königs für wiederhergestellt erklärte, die Königswahl auf spätere Zeit vertagte. Am 10. November erklärte die ungarische Regierung in einer Note an die Botschafterkonferenz, daß Ungarn die Königswahl nur im Einvernehmen mit den Großmächten vornehmen werde und sich dem von der Botschafterkonferenz am 4. Februar 1920 und am 3. April 1921 ausgesprochenen Verbot der Restauration der Habsburger unterwerfe. Karl Habsburg wurde auf einen englischen Monitor gebracht und von den Engländern auf Madeira interniert, wo er am 1. April 1922 starb.

Die österreichische Regierung hätte die internationale Krise des Habsburgerputsches ausnützen können, um Österreich die Unterstützung der Kleinen Entente für die Entscheidung über Ödenburg zu sichern. Sie hat es nicht getan. Das Auftauchen Karl Habsburgs in Ödenburg hatte alle legitimistischen Hoffnungen des monarchistischen Flügels der Christlichsozialen geweckt. Die Mobilisierung des tschechischen Heeres hatte den Tschechenhaß der Großdeutschen wiederbelebt. Die beiden regierenden Parteien hatten nur den einen Wunsch, in dieser Stunde ja nicht an der Seite der Kleinen Entente zu erscheinen. Ihre Regierung beeilte sich, ohne Not sofort nach der tschechischen Mobilisierung eine Neutralitätserklärung in Prag abgeben zu lassen. Österreich hatte es unterlassen, die Krise zur Verstärkung seiner Stellung gegen Ungarn auszunützen. Dagegen wurde die Stellung Horthys und seiner Regierung gegenüber den Großmächten durch seine entschlossene Abwehr des Habsburgerputsches wesentlich verbessert. Die Folgen zeigten sich sofort. Am 9. November forderte die Pariser Botschafterkonferenz Österreich auf, das Protokoll von Venedig zu ratifizieren; tut Österreich das nicht, dann werde sich die Entente für „desinteressiert" in der Burgenlandfrage erklären; Österreich möge dann selbst zusehen, wie es den Widerstand Ungarns bricht. Unter diesem Druck mußten alle Parteien der Ratifizierung des Protokolls von Venedig zustimmen.

Der Habsburgerputsch hatte die Freischärler im Burgenland aufgelöst. Die legitimistischen Truppen waren mit Karl Habsburg gegen Budapest marschiert. Die horthystischen Banden wurden von der ungarischen Regierung zurückgenommen, sobald sie der Ratifizierung des Protokolls von Venedig sicher war. Nunmehr forderte die interalliierte Generalkommission in Ödenburg Österreich zur Besetzung des Burgenlandes mit Ausnahme des Ödenburger Abstimmungsgebietes auf; und jetzt erhob sie auch gegen die Verwendung des Bundesheeres keinen Einspruch mehr. Der Einmarsch des Bundesheeres begann am 13. November. Die österreichischen Truppen stießen auf keinen Widerstand mehr. Am 4. Dezember war die Besetzung des Landes durch die österreichischen Truppen vollendet. Nun

sollte die Volksabstimmung in Ödenburg stattfinden. Und nun zeigte es sich sehr bald, daß der italienische General Ferrario, der Vorsitzende der interalliierten Generalkommission, den Auftrag hatte, die Abstimmung so zu leiten, daß Ödenburg an Ungarn falle Zwar hatte der österreichische Nationalrat das Protokoll von Venedig erst ratifiziert, nachdem die Mächte versprochen hatten, daß Ödenburg vor der Abstimmung von den ungarischen Truppen geräumt und von Entente-Truppen besetzt werde. In der Tat trafen am 8. Dezember Entente-Truppen in Ödenburg ein und zogen am 12. Dezember die ungarischen Truppen ab. Aber die Verwaltung blieb in den Händen ungarischer Behörden, die magyarischen Bürgermeisterämter stellten die Abstimmungslisten her, magyarische Gendarmen und Polizei und die Reste der magyarischen Freischärlerformationen durften die Bevölkerung des Abstimmungsgebietes terrorisieren. Die magyarischen Behörden hatten Tausende stimmberechtigte Anhänger des Anschlusses an Österreich in die Abstimmungslisten nicht eingetragen, Tausende nicht stimmberechtigte Magyaren in sie aufgenommen. Erst am 5., 6. und 7. Dezember erhielten die Abstimmungskommissäre der österreichischen Regierung diese Stimmlisten; aber noch bevor sie die Überprüfung und Berichtigung auch nur eines Zehntels der Stimmlisten hatten durchführen können, erklärte General Ferrario das Reklamationsverfahren am 12. Dezember für geschlossen. Die Generalkommission beharrte darauf, daß die Abstimmung am 14. Dezember erfolgen müsse, obwohl bis zu diesem Tage die Herstellung einwandfreier Stimmlisten unmöglich war. Daher beschloß die österreichische Regierung am 13. Dezember, an einer solchen Abstimmung nicht teilzunehmen und ihre Abstimmungskommissäre abzuberufen. Ohne Kontrolle österreichischer Organe fand die Abstimmung am folgenden Tage statt. Ihr Ergebnis zeigte, daß sich das Abstimmungsgebiet bei wirklich freier und unverfälschter Abstimmung für Österreich entschieden hätte. Sieht man von der magyarischen Grenzgemeinde Zinkendorf ab, die Österreich ohne Abstimmung an Ungarn abzutreten bereit war und die man trotzdem mitstimmen ließ, so wurden im Abstimmungsgebiet 14.308 Stimmen für Ungarn, 8222 Stimmen für Österreich abgegeben. Nur in der Stadt Ödenburg hatte die Mehrheit für Ungarn, in den Dorfgemeinden der Umgebung durchweg für Österreich gestimmt. Auf Grund dieser Abstimmung hat die interalliierte Generalkommission am 1. Jänner das ganze Abstimmungsgebiet Ungarn übergeben. Das Burgenland hatte damit seine Hauptstadt verloren und ist in zwei nur durch einen schmalen Landstreifen verbundene Teile zerrissen worden. Seine Verwaltung als eines selbständigen Bundeslandes wurde dadurch überaus erschwert.

Das burgenländische Volk hatte in der ganzen Zeit vom August bis zum Dezember die Sozialdemokratie als die treibende Kraft des Kampfes gegen Ungarn kennengelernt. Breite Massen des burgenländischen Volkes strömten unter dem Eindruck der Erfahrungen dieser Kampfzeit der Sozialdemokratie zu. In dem Lande, das keine Stadt und keine Industrie hat, erhielten wir bei den ersten Nationalrats- und Landtagswahlen am 18. Juni 1922 38·5 Prozent der Stimmen, so daß wir zur stärksten Partei im Landtag und Landesrat wurden. Wir hatten damit eine neue, auf Kleinbauern und Landarbeiter gestützte, für die Befestigung der Ostgrenze der

Republik gegen die ungarische Konterrevolution sehr wichtige Machtposition erobert.

Die Burgenlandkrise hatte die innere Kraft der Republik geoffenbart. Die Bourgeoisie hatte abermals erfahren, wie entschlossen und opferbereit das Proletariat zur Republik stand und welche unüberwindlichen internationalen Hindernisse der Restauration Habsburgs entgegenstanden. Hatte die Erfahrung der Anschlußabstimmungen die Bourgeoisie belehrt, daß sie aus der Republik nicht in das reaktionäre Bayern flüchten konnte, so hatte die Erfahrung der Burgenlandkrise die Bourgeoisie belehrt, daß sie keine Hoffnung hatte, die Republik mit Hilfe des reaktionären Ungarn zu stürzen. Wie das Jahr 1919 das Proletariat belehrt hatte, daß es nicht seine Diktatur aufrichten, sondern nur im Rahmen der demokratischen Republik um die Macht ringen kann, so hat das Jahr 1921 die Bourgeoisie belehrt, daß sie die Republik weder sprengen noch stürzen, sondern nur in ihrem Rahmen um die Herrschaft kämpfen kann. Beide Klassen hatten erfahren, daß nicht der Umsturz der demokratischen Republik, sondern nur der Kampf um die Macht in der demokratischen Republik der Inhalt des Klassenkampfes sein konnte.

§ 16. Die Volksrepublik.

Literatur:

Bauer, Referat über die politische und wirtschaftliche Lage auf dem Parteitag der deutschösterreichischen Sozialdemokratie. Wien 1921.

Als der Sozialismus erst daranging, die Arbeitermassen zum Klassenbewußtsein zu erwecken, zum Klassenkampf zu schulen, in die ersten großen Klassenkämpfe zu führen, lehrte er die Arbeiter, den Staat, gegen den sie zu kämpfen hatten, als den Klassenstaat der Bourgeoisie, die Staatsregierung als einen Vollzugsausschuß der herrschenden Klassen verstehen. Und er ermutigte und begeisterte die Arbeitermassen durch die Verkündigung, daß der Tag der Revolution kommen wird, an dem der Staat aus einem Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie zur Niederhaltung des Proletariats zu einem Herrschaftsinstrument des Proletariats zur Niederwerfung der Bourgeoisie werden wird. Es entsprach den seelischen Bedürfnissen des erst erwachenden, sich erst organisierenden, erst in den Kampf tretenden Proletariats, den Bedürfnissen der Schulung des jungen Proletariats, daß die Staatslehre des Sozialismus in ihrer landläufigen populären Darstellung keinen anderen Staat kannte als den Klassenstaat: den gegenwärtigen Klassenstaat der Bourgeoisie als die Staatsform der kapitalistischen Gesellschaftsordnung; den kommenden Klassenstaat des Proletariats als das Mittel zu ihrer Überwindung.

Aber die feinere theoretische Analyse des Marxismus kannte auch damals schon andere Staatswesen. Sie wußte, daß aus den Klassenkämpfen zeitweilig Situationen hervorgehen, in denen, wie Engels es in seinem „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" ausdrückte, „die kämpfenden Klassen einander das Gleichgewicht halten". Ist keine Klasse mehr imstande, die andere niederzuwerfen und niederzuhalten,

dann hört die Staatsgewalt auf, ein Herrschaftsinstrument einer Klasse zur Beherrschung der anderen Klassen zu sein. Die Staatsgewalt verselbständigt sich dann gegenüber den Klassen, sie tritt allen Klassen als selbständige Macht gegenüber, sie unterwirft sich alle Klassen. Das war, nach Marxens und Engels' Darstellung, der Ursprung der absoluten Monarchie im 17. und 18., des Bonapartismus im 19. Jahrhundert.

Auch das Ergebnis der deutschösterreichischen Revolution war ein Zustand, in dem „die kämpfenden Klassen einander das Gleichgewicht halten". Der Gleichgewichtszustand der Klassenkräfte war hier vom Anfang an begründet in dem Machtverhältnis zwischen dem großen Industriegebiet Wiens, Niederösterreichs, der Obersteiermark einerseits, das nicht gegen die Arbeiter, und dem großen Agrargebiet der anderen Bundesländer anderseits, das nicht gegen die Bauern zu regieren war; vom Anfang an begründet in dem Widerspruch zwischen der starken Macht des Proletariats im Lande und der völligen Ohnmacht des Landes gegenüber den kapitalistischen Mächten außerhalb unserer Grenzen. Aber in dem ersten Jahre der Republik war das Kräfteverhältnis durch die mächtige revolutionäre Spannung in den Massen zugunsten des Proletariats verschoben; das Proletariat konnte daher zwar nicht seine Alleinherrschaft, aber immerhin seine Vorherrschaft aufrichten. In dem Maße aber, in dem einerseits unter dem Drucke der Ergebnisse der Klassenkämpfe im Auslande, anderseits unter der Wirkung der Wiederbelebung des kapitalistischen Wirtschaftslebens im Lande selbst die revolutionäre Spannung in den Massen überwunden wurde, stellte sich der Gleichgewichtszustand zwischen den Klassenkräften her.

Aber dieser Gleichgewichtszustand führte hier nicht, wie so oft vorher in der Geschichte, zur Verselbständigung der Staatsmacht gegenüber den Klassen, nicht zur Unterwerfung aller Klassen unter einen Absolutismus oder Bonapartismus. Vom Ausland wirtschaftlich abhängig, dem Ausland gegenüber militärisch ohnmächtig, von fremder Intervention und Okkupation bedroht, konnten die Klassen hier ihren Kampf nicht bis zur gewaltsamen Entscheidung steigern. Sie mußten von Tag zu Tag immer neue Kompromisse miteinander schließen. So führte hier das Gleichgewicht der Klassenkräfte nicht dazu, daß alle Klassen von der verselbständigten Staatsmacht unterworfen wurden, sondern dazu, daß alle Klassen hier die Staatsmacht untereinander teilen mußten.

Diese Teilung der Macht zwischen den Klassen fand ihren Ausdruck bis zum Oktober 1920 in der Koalitionsregierung, die die Klassen zu gemeinsamer Herrschaft vereinigte, später, nach den Wahlen vom Oktober 1920, in der Machtverteilung zwischen der bürgerlichen Regierung und der bürgerlichen Parlamentsmehrheit einerseits, der auf starke parlamentarische und vor allem außerparlamentarische Machtpositionen gestützten, die bürgerliche Regierung wirksam beeinflussenden, kontrollierenden, einschränkenden Sozialdemokratie anderseits. Sie fand ihren Ausdruck in der Kombination der parlamentarischen Demokratie, die die Regierungsgewalt der Bourgeoisie überantwortete, und der funktionellen Demokratie, die die Regierungsgewalt bei den wichtigsten Regierungsakten abhängig machte von dem Einverständnis und der Mitwirkung proletarischer Organisationen. Sie fand ihren Ausdruck in der Organisation des

Bundesheeres, die die Kommandogewalt des bürgerlich gesinnten Offizierskorps durch die sozialistische Gesinnung und Organisation der Wehrmänner und die Befugnisse ihrer Soldatenräte begrenzte, und in den Machtverhältnissen zwischen den bürgerlichen Selbstschutzverbänden einerseits, der proletarischen Ordnerorganisation anderseits, die einander in Schach hielten.

Die Republik wurde seit dem Oktober 1920 von einer bürgerlichen Regierung, von einer bürgerlichen Parlamentsmehrheit regiert. Trotzdem war sie kein Klassenstaat der Bourgeoisie, keine Bourgeoisrepublik. Die starken Machtpositionen des Proletariats im Heer, in der Ordnerorganisation, in den lebensnotwendigen Verkehrsbetrieben setzten der Macht der bürgerlichen Regierung enge Schranken. Sie konnte es nicht wagen, die Arbeiterklasse zum Entscheidungskampfe herauszufordern. Sie konnte nicht anders regieren als durch tägliche Kompromisse mit der Vertretung der Arbeiterklasse im Parlament und mit den proletarischen Organisationen außerhalb des Parlaments. In allen großen Krisen dieser Periode, in der Zeit des Kapp-Putsches, des Osterputsches Karl Habsburgs, der Burgenlandkrise konnte die Arbeiterklasse den Kurs der bürgerlichen Regierung mächtig beeinflussen.

Die Arbeiterklasse war eine starke Macht in der Republik. Trotzdem war die Republik kein Klassenstaat des Proletariats, keine proletarische Republik. Die Arbeiterklasse konnte die kapitalistische Wirtschaftsverfassung, auf der das Staatswesen ruhte, nicht aufheben. Die Arbeiterklasse konnte zwar die politische Macht der Bourgeoisie eng einschränken, aber nicht die Macht an sich reißen. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung der Republik, die Aufhebung der Kriegswirtschaft, die Wiederherstellung der kapitalistischen Handelsfreiheit vor allem bedeutete die Wiederherstellung der Wirtschaftsverfassung der Bourgeoisie.

Die Republik war also weder eine Bourgeoisrepublik noch eine proletarische Republik. Sie war weder ein Instrument der Klassenherrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat noch ein Instrument der Klassenherrschaft des Proletariats über die Bourgeoisie. Die Republik war in dieser Phase kein Klassenstaat, das heißt kein Instrument der Herrschaft einer Klasse über die andere Klasse, sondern ein Ergebnis des Kompromisses zwischen den Klassen, ein Resultat des Gleichgewichts der Klassenkräfte. Wie die Republik im Oktober 1918 aus einem Contrat social, aus einem staatsbildenden Vertrag der drei großen Parteien, die die drei großen Klassen der Gesellschaft vertraten, entstanden ist, so lebte sie nur in täglichen Kompromissen zwischen den Klassen.

Die Revolution von 1918 hat die politischen und rechtlichen Klassenprivilegien der herrschenden Klassen zertrümmert. Einige der Republiken, die aus der Revolution von 1918 hervorgegangen sind, so die ungarische und die westukrainische, haben sich damals „Volksrepubliken" genannt. Sie wollten damit sagen, daß nunmehr, nach der Zertrümmerung der Klassenprivilegien, das Volk als Ganzes seine Regierung in seine Hand nehme. Aber hier war die Phrase der Volksrepublik nur der Ausdruck einer kleinbürgerlichen Illusion. Durch die Aufhebung der politischen und rechtlichen Klassenprivilegien werden die Klassengegensätze nicht auf-

gehoben. Die Demokratie überwindet die Klassenkämpfe nicht, sondern sie bringt sie erst zur vollen Entfaltung. Die Rechtsordnung, die Regierung und Parlament aus allgemeinen Volkswahlen hervorgehen läßt, hindert nicht, daß die allgemeinen Volkswahlen selbst Regierung und Parlament einer Klasse ausliefern, sie zum Instrument ihrer Herrschaft über die anderen Klassen machen. Die parlamentarische Demokratie des allgemeinen Wahlrechts hebt die Klassenherrschaft nicht auf, sie gibt der Klassenherrschaft nur die Weihe der Bestätigung durch die Volksgesamtheit.

Nicht im Sinne dieser kleinbürgerlichen Illusion, sondern in einem ganz anderen Sinne können wir die Republik, wie sie in Österreich vom Herbst 1919 bis zum Herbst 1922 bestand, eine Volksrepublik nennen. Diese Republik war keine Bourgeoisrepublik, in der die Bourgeoisie das Proletariat zu beherrschen vermöcht hätte, wie sie es in der französischen oder in der amerikanischen Bourgeoisrepublik beherrscht. Sie war aber auch keine Proletarierrepublik, in der das Proletariat die Bourgeoisie beherrscht hätte, wie es die Bourgeoisie in der russischen oder in der ungarischen Proletarierrepublik zu beherrschen versucht hat. Es war eine Republik, in der keine Klasse stark genug war, die anderen Klassen zu beherrschen, und darum alle Klassen die Staatsmacht untereinander, miteinander teilen mußten. So hatten tatsächlich alle Klassen des Volkes an der Staatsmacht ihren Anteil, war tatsächlich die Wirksamkeit des Staates die Resultierende der Kräfte aller Klassen des Volkes; deshalb können wir diese Republik eine Volksrepublik nennen.

Die kleinbürgerliche Illusion glaubt, die Volksrepublik werde dadurch verwirklicht, daß sich das Volk über die Klassengegensätze in seinem Schoß erhebt, die einzelnen Klassen des Volkes dem Kampf gegeneinander entsagen. In Wirklichkeit geht die Volksrepublik gerade aus dem Klassenkampf hervor, dann hervor, wenn das Ergebnis des Klassenkampfes ein Zustand ist, in dem „die kämpfenden Klassen einander das Gleichgewicht halten". Die kleinbürgerliche Illusion glaubt die Volksrepublik schon durch die parlamentarische Demokratie gesichert, da sie ja Parlament und Regierung aus Wahlen des ganzen Volkes hervorgehen läßt. In Wirklichkeit ist die Volksrepublik keineswegs durch die Rechtsinstitutionen der parlamentarischen Demokratie verbürgt, aus denen vielmehr ebensogut die Alleinherrschaft einer Klasse hervorgehen kann. Nicht aus der formalen Rechtsgleichheit der Demokratie, sondern nur aus realer Machtgleichheit der kämpfenden Klassen geht die Volksrepublik hervor. Sie war in Österreich 1919 bis 1922 nicht das Resultat der parlamentarischen Demokratie, sondern gerade umgekehrt das Resultat der funktionellen Demokratie, durch die die parlamentarische Demokratie begrenzt und berichtigt wurde: das Resultat der außerparlamentarischen Macht des Proletariats, die die parlamentarische Mehrheit der Bourgeoisie hinderte, ihre Klassenherrschaft aufzurichten. Die kleinbürgerliche Illusion hält die Volksrepublik für die dauernde Aufhebung der Klassengegensätze; in Wirklichkeit ist die Volksrepublik ein zeitweiliges Ergebnis der Klassenkämpfe, nur das Resultat zeitweiligen Gleichgewichtszustandes zwischen den Kräften der kämpfenden Klassen.

In der Tat kann ein solcher Gleichgewichtszustand keine Klasse dauernd befriedigen. Jede Klasse strebt über den Zustand des Gleich-

gewichts der Klassenkräfte hinweg zu einem Zustand, in dem sie herrschen kann, hin.

Die Bourgeoisie liebt es immer und überall, ihre Klassenherrschaft als Selbstregierung des ganzen Volkes, ihre Republik, die Bourgeoisrepublik als die wahre Volksrepublik hinzustellen. Wo aber wirklich ein Gleichgewichtszustand der Klassenkräfte die Staatsmacht auf alle Klassen verteilt, dort lehnt sich gerade die Bourgeoisie mit aller Leidenschaft gegen die Volksrepublik auf. Sie hat sich in Österreich 1919 bis 1922 mit der Volksrepublik nie abgefunden, war während der ganzen Periode der Volksrepublik von schlimmster Staatsverdrossenheit erfüllt. Sie hat in dieser ganzen Periode dem Staat alle Opfer für die Ordnung seiner zerrütteten Finanzen verweigert, hat den für die Sicherung der bedrohten Ostgrenze unerläßlichen Ausbau des Bundesheeres sabotiert, hat immer wieder die Missionen ausländischer Großmächte zur Einmengung in die inneren Angelegenheiten der Republik aufgefordert, hat bald mit Budapest, bald mit München gegen die Republik konspiriert, hat bald auf die Restauration der Habsburger, bald auf den Abfall ihrer Länder vom Bund ihre Hoffnung gesetzt. Und als die Erfahrungen der Habsburgerputsche und der Anschlußabstimmungen sie zwangen, sich mit der Republik vorerst abzufinden, forderte sie immer stürmischer unter dem Schlagwort der „Wiederherstellung der Staatsautorität", das heißt der Autorität der Bourgeoisregierung, die Verwandlung der Volksrepublik in eine Bourgeoisrepublik.

Auch das Proletariat war mit dem Gleichgewichtszustand der Klassenkräfte keineswegs zufrieden. Die Bewegung gegen die Koalitionspolitik, die 1920 durch die Massen ging, war nichts anderes als der Ausdruck der Enttäuschung der Arbeiterklasse darüber, daß sie ihre Vorherrschaft nicht hatte behaupten können, der Unzufriedenheit damit, daß an die Stelle ihrer Vorherrschaft ein Zustand des Gleichgewichts der Kräfte trat. Aber das Verhältnis des Proletariats zur Volksrepublik war doch ein ganz anderes als das der Bourgeoisie. Als die Volksrepublik von der Konterrevolution bedroht war, erhob sich das Proletariat zum Schutze der Volksrepublik.

In der Zeit der Kämpfe um das Burgenland war das Verhältnis der Klassen zur Volksrepublik am anschaulichsten zu erkennen. In den Wochen der Gefahr ging eine mächtige Welle republikanischen Patriotismus durch die Arbeitermassen. Das Proletariat forderte schnellen Ausbau des Bundesheeres zum Schutze der bedrohten Grenze; die Bourgeoisregierung sabotierte ihn. Tausende Proletarier meldeten sich freiwillig zum Heeresdienst; die Bourgeoisregierung zögerte, sie aufzunehmen. Mitten in der Burgenlandkrise veröffentlichte die Sozialdemokratie ihren Finanzplan; die Bourgeoisregierung weigerte sich, so hohe Steuern, so große Opfer aller Volksklassen zu fordern, wie das Proletariat sie vorschlug. Die Verteilung der Rollen zwischen der Regierung und der Opposition war völlig verkehrt worden: die staatlichen Notwendigkeiten, die sonst in aller Welt die Regierung gegen den Widerstand der Opposition durchsetzen muß, hier mußte sie die Opposition gegen den Widerstand der Regierung durchsetzen!

Die Bourgeoisie konnte es nicht verwinden, daß sie das Proletariat nicht mehr wie bis 1918 beherrschen konnte, daß sie die tatsächliche Macht im Staat mit dem Proletariat teilen mußte; daher ihre Staatsverdrossenheit.

Das Proletariat betrachtete es schon als gewaltigen Fortschritt, daß es nicht mehr wie bis 1918 bloßes Objekt der Gesetzgebung und Verwaltung war, sondern sich einen wesentlichen Anteil an der tatsächlichen Macht im Staat erobert hatte; daher sein republikanischer Enthusiasmus. War die Macht in der Republik zwischen allen Klassen geteilt, so sicherte doch nicht der Wille der regierenden Bourgeoisie, sondern nur die Entschlossenheit des in Opposition stehenden Proletariats die Existenz der Republik.

Eine Republik, in der keine Klasse stark genug war, die anderen Klassen zu beherrschen, und darum die tatsächliche Macht zwischen allen Klassen des Volkes geteilt sein mußte; diese Republik, geführt von einer verdrossenen Bourgeoisie, die, republikanisch wider Willen, wider ihren Willen unter der mächtigen Kontrolle des Proletariats in republikanischen Formen regieren mußte; diese Republik, getragen und gesichert von der republikanischen Gesinnung, der republikanischen Opferwilligkeit, dem republikanischen Enthusiasmus des Proletariats — das war die Volksrepublik in Österreich.

Wenn alle Klassen an der Staatsmacht Anteil haben, alles Regieren tägliche Kompromisse zwischen widerstreitenden Klasseninteressen voraussetzt, dann arbeitet der Staatsmechanismus langsam, schwerfällig, mit großen Reibungen. Trotzdem war das Ergebnis der zweijährigen Periode des Gleichgewichts der Klassenkräfte, die wir bisher dargestellt haben, der Periode vom Herbst 1919 bis zum Herbst 1921, vom Abschluß der Friedensverhandlungen bis zum Abschluß der Burgenlandkrise, nicht gering. Wirtschaftlich war diese Periode charakterisiert durch die Wiederbelebung der Industrie und des Handels, die einerseits die Massennot der Zeit des Kriegsendes überwand, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse beträchtlich verbesserte, anderseits aber die staatliche Organisation der Kriegswirtschaft sprengte und die rein kapitalistische Wirtschaftsverfassung wiederherstellte. Sozial war diese Periode charakterisiert durch die Lösung der sozialen Erregungszustände der Demobilisierungszeit, durch die Rückführung der arbeitslosen Massen in die Produktion, durch die Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin und die allmähliche Steigerung der Arbeitsintensität in den Produktionsstätten. Das politische Ergebnis dieser Periode war die Konsolidierung der Republik. Sie hat in der Zeit der zweiten Koalitionsregierung ihre Heeresverfassung, in der Zeit der Proporzregierung ihre Bundesverfassung empfangen. Sie wurde in der Zeit der beiden ersten bürgerlichen Regierungen dadurch gefestigt, daß die Erfahrungen der beiden Habsburgerputsche die Aussichtslosigkeit einer Restauration der Habsburger, die Erfahrungen der Anschlußbewegung der Länder die Aussichtslosigkeit eines Abfalles der Länder erwiesen hatten. In der burgenländischen Krise hat die Republik ihre endgültigen Grenzen erlangt, die zwei Jahre lang drohende Gefahr eines Krieges mit Ungarn überwunden und die Stärke der moralischen Energien, die zur Verteidigung der Republik entschlossen waren, kennengelernt. So war aus einem losen Bündel auseinander strebender, von revolutionären Erschütterungen durchwühlter Länder, die nach dem Abfall der slawischen Nationen vom Reiche übriggeblieben waren, allmählich ein Staat geworden.

Aber wenn sich die Republik auch wirtschaftlich und politisch gefestigt hatte, so wurde ihre Existenz doch durch die Zerrüttung ihrer

Finanzen untergraben. Die Burgenlandkrise hatte der Entwertung der Krone neuen Anstoß gegeben. Der immer weiter, immer schneller fortschreitende Verfall des Geldwertes drohte die Republik in eine Währungskatastrophe zu stürzen, die ihrem Bestand gefährlicher werden konnte als die Banden Pronajs und die Bataillone Osztenburgs. Nach der Lösung der großen politischen Probleme mußten alle Kräfte auf die Abwehr der drohenden wirtschaftlichen Gefahr konzentriert werden. Mitten in der Burgenlandkrise hatte die Sozialdemokratie schon die Parole zu diesem neuen Kampfe ausgegeben. Am 1. Oktober 1921 hatten wir unseren Finanzplan veröffentlicht. Damit wurde der Kampf gegen die drohende Währungskatastrophe begonnen.

Fünfter Abschnitt.

Die Restauration der Bourgeoisie.

§ 17. Die Währungskatastrophe.

Literatur:

Schüller, Wirtschaftliche Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint-Germain. „Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik", N. F., 1. Band. — Stolper, Deutschösterreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem. München 1921. — Grünwald, Grundzüge der Finanzpolitik der Nachfolgestaaten. „Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik", N. F., 2. Band. — Helene Bauer, Theoretisches zur österreichischen Handelsbilanz. „Der Kampf", 1923. — Die Tätigkeit des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten im Nationalrat. 16. Heft. Wien 1922. — Mitteilungen des Bundesamtes für Statistik. Wien 1922.

Die Entwicklung der Klassenkämpfe ist bestimmt durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse von der Begründung der Republik bis zum Genfer Vertrag findet ihren Ausdruck in der Entwertung des Geldes. Der Prozeß der Geldentwertung durchläuft in dieser Periode eine Reihe verschiedener Phasen. Es ist nützlich, diese Phasen scharf voneinander zu unterscheiden.

Die erste Phase des Prozesses der Geldentwertung umfaßt die Periode von der Begründung der Republik bis zum Abschluß der Friedensverhandlungen in Saint-Germain. Die Geldentwertung dieser Phase war unmittelbare Wirkung des Krieges, der Niederlage, der Zerreißung des alten großen Wirtschaftsgebietes, der die Zerreißung der Währungsgemeinschaft mit den Nachfolgestaaten folgte, endlich der drückenden Wirkungen, die die Veröffentlichung der Friedensbedingungen hervorrief.

Die Geldentwertung, selbst unmittelbare Folge der großen geschichtlichen Katastrophe, steigerte die Staatsausgaben, ohne daß die Staatseinnahmen in gleichem Maße erhöht werden konnten. Immerhin verfügte der Staat in dieser Periode noch über außerordentliche Mittel, seine Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Vor allem erlangte der Staat in dieser Periode einen großen Auslandskredit: es ist uns damals gelungen, von der Entente und den Vereinigten Staaten von Amerika einen Kredit von 48 Millionen Dollar zu erlangen, der im Verlauf des Jahres 1919 bis auf 82 Millionen Dollar erhöht wurde. Allerdings wurde uns dieser Kredit nicht in Geldesform gewährt, sondern in der Gestalt von Nahrungsmitteln, die die alliierten Mächte uns schickten; er konnte daher nur die Ernährung unserer Volksmassen sicherstellen, die damals, infolge der Drosselung unserer Produktion durch die Kohlen- und Rohstoffnot, nicht aus den Erträgnissen der eigenen Wirtschaft hätte sichergestellt werden können, er konnte aber nicht einer

planmäßigen Sanierung des staatlichen Haushalts dienstbar gemacht werden. Immerhin bedeckte dieser Kredit einen Teil des Defizits im Staatshaushalt. Ein anderer Teil wurde durch eine große außerordentliche Einnahme bedeckt, durch die sehr bedeutenden Eingänge an Kriegsgewinnsteuer im ersten Nachkriegsjahr, die damals mehr als 40 Prozent der gesamten Staatseinnahmen ausmachten, um ein Sechstel mehr als alle anderen direkten Steuern zusammen, dreimal so viel als das Gesamterträgnis der indirekten Steuern, der Monopole und der Zölle zusammen.

Die Finanzpolitik dieser ersten Phase diente vornehmlich sozialen Zwecken. Während sich der Staatshaushalt vornehmlich auf Besitzsteuern, vor allem auf die Kriegsgewinnsteuer, stützte, hielten wir die indirekten Steuern sehr niedrig. Überdies gaben wir die vom Ausland kreditierten Lebensmittel tief unter dem Selbstkostenpreis an die Bevölkerung ab. Durch beide Mittel wurden die Lebensmittelpreise trotz der Entwertung der Krone niedrig gehalten. Dadurch wurde es den Arbeitermassen, die infolge der Kohlen- und Rohstoffnot nicht arbeiten konnten, ermöglicht, diese wirtschaftlich schwerste Zeit durchzuhalten. Dadurch wurden die sozialen Spannungen dieser Periode, der Periode des Ansturms des ungarischen Bolschewismus, gemildert, wurde die Verschärfung der Klassenkämpfe zum Bürgerkrieg verhütet.

Doch war es schon damals offenbar, daß außerordentliche Maßregeln erforderlich sein werden, um das Gleichgewicht im Staatshaushalt wiederherzustellen. Unser Plan war, zunächst durch eine einmalige große Vermögensabgabe das Defizit im Staatshaushalt für längere Zeit zu bedecken, um die Banknotenpresse stillegen zu können; die Zeit, in der das Defizit durch das Erträgnis der Vermögensabgabe bedeckt sein werde, sollte dann benützt werden, um durch Erhöhung der regelmäßigen Steuereinnahmen und durch Ersparungsmaßregeln die Ordnung im Staatshaushalt herzustellen. Schumpeter, der Finanzminister der ersten Koalitionsregierung, hielt es aber für unmöglich, so tiefeingreifende Maßregeln in einer Zeit des vollständigen Darniederliegens unserer Volkswirtschaft, in einer Zeit der schwersten sozialen Krise, in einer Zeit vor allem der Friedensverhandlungen durchzuführen; wußten wir doch nicht, wie der Friedensvertrag über unsere staatliche Stellung, über unsere Grenzen, über unser Geldwesen, über unsere Auslandsvermögen und Auslandsschulden entscheiden werde. Man begnügte sich daher damit, die Vermögensabgabe durch Sperrung und Inventarisierung der Bankdepots vorzubereiten, schob aber ihre Durchführung auf die Zeit nach dem Friedensschluß auf; wir stimmten diesem Entschluß um so mehr zu, da wir die lange Dauer der Friedensverhandlungen nicht voraussahen.

Mit dem Abschluß der Friedensverhandlungen von Saint-Germain beginnt die zweite Phase des Geldentwertungsprozesses. Sie dauert bis zum Sommer 1921. Die Geldentwertung dieser zweiten Phase war nicht mehr unmittelbare Wirkung der Zerreißung des alten Wirtschaftsgebiets und des Friedensdiktats von Saint-Germain: die Wirkung dieser Ereignisse war schon in dem Kurs von 3 Centimes, auf den die Krone Ende 1919 hinabgeglitten war, ausgewirkt. Das Fortschreiten der Geldentwertung in der zweiten Phase war vielmehr die Folge der Zerrüttung des Staatshaushalts, die zu immer schnellerer Vermehrung des Papiergeldes zwang.

Die außerordentlichen Einnahmen aus der Kriegsgewinnsteuer, die den Staatshaushalt im Jahre 1919 gestützt hatten, versiegten im Jahre 1920; nur kleine Restbeträge flossen noch ein. Auch an Auslandskrediten stand 1920 schon weit weniger zur Verfügung als 1919. Wir bekamen im Jahre 1920 noch von den Vereinigten Staaten Mehl im Werte von 20 Millionen Dollar, von der Schweiz und Holland Nahrungsmittel im Werte von 10 Millionen Dollar auf Kredit, von Argentinien 5 Millionen Pesos, von England nicht mehr Kredite für den Staat, sondern Rohstoffkredite für unsere Textilindustrie und Saatkartoffeln für unsere Landwirtschaft. Die Auslandskredite deckten nur noch einen kleinen Teil des Defizits. Nun mußte man darangehen, den Haushalt der Republik in Ordnung zu bringen.

Die ganze erste Hälfte des Jahres 1920 füllte der Kampf um die Gestaltung der Vermögensabgabe. Es war eine der Streitfragen, an denen die zweite Koalitionsregierung scheiterte. Erst in der Zeit der Proporzregierung fiel die Entscheidung. Die bürgerliche Mehrheit entschied gegen die Sozialdemokratie die strittigen Fragen. Sie gab der Vermögensabgabe eine Gestalt, die ihren Zweck, das Defizit im Staatshaushalt für längere Zeit zu bedecken und dadurch die Stillegung der Banknotenpresse zu ermöglichen, vereitelte. Trotzdem war die Finanzpolitik der zweiten Koalitionsregierung und der Proporzregierung, die von Dr. Reisch als Finanzminister geleitet wurde, keineswegs wirkungslos. Ihre Wirkungen zeigten sich allerdings nicht mehr im Jahre 1920, sondern erst in der ersten Hälfte des Jahres 1921; in diese Zeit fallen die großen Eingänge an Vermögensabgabe, und in derselben Zeit wurden auch die zugleich mit dem Vermögensabgabegesetz erlassenen Steuergesetze wirksam. Im Jahre 1921 bildeten die Eingänge an Vermögensabgabe, zum Kurse im Zeitpunkt der Eingänge in Goldkronen umgerechnet, ein Drittel der gesamten Staatseinnahmen, sie betrugen um zwei Drittel mehr als die Erträgnisse der gesamten direkten Steuern und um ein Viertel mehr als die Erträgnisse der indirekten Steuern, der Monopole und der Zölle zusammen. Dank dieser großen außerordentlichen Einnahme war der Goldwert der Staatseinnahmen im Jahre 1921 trotz der fortschreitenden Geldentwertung um beinahe ein Fünftel höher als im Jahre 1920.

Nach den Oktoberwahlen 1920 wurden freilich die Bemühungen, das Defizit durch Erhöhung der Staatseinnahmen zu verkleinern, nicht mehr fortgesetzt. Die Regierung Mayr, deren Finanzpolitik von dem Minister Dr. Grimm geleitet wurde, konzentrierte ihre Bemühungen darauf, neue Auslandskredite zu erlangen. In der Tat wiesen die alliierten Großmächte im März 1921 dem Völkerbund die Aufgabe zu, die Bedingungen eines Österreich zu gewährenden internationalen Kredits zu überprüfen. Das Finanzkomitee des Völkerbundes entsandte im April 1921 eine Delegation nach Wien, die hier mit der österreichischen Regierung über die Bedingungen eines internationalen Sanierungskredits für Österreich verhandelte. So war die erste Hälfte des Jahres 1921 die günstigste Periode in der Finanzgeschichte der Republik. Einerseits war infolge der großen Eingänge an Vermögensabgabe das Defizit in dieser Zeit verhältnismäßig klein, anderseits weckten die Verhandlungen mit dem Völkerbund die Hoffnung darauf, daß Österreich binnen kurzem einen großen Kredit erlangen werde. Die-

Geldentwertung wurde zeitweilig unterbrochen, einige Wochen lang stieg sogar der Kurs der Krone.

Im Jahre 1920 hatte die industrielle Prosperität eingesetzt, die sich 1921 zur Hochkonjunktur steigerte. Der große Export führte der Volkswirtschaft große Mengen ausländischer Zahlungsmittel zu, mit denen sie größere Mengen ausländischer Lebensmittel und Rohstoffe kaufen und einführen konnte. Überdies flossen der Volkswirtschaft auch auf andere Weise große Mengen ausländischer Zahlungsmittel zu: in der Zeit der Kredithoffnungen kaufte die ausländische Spekulation Kronennoten; in der Zeit der Hochkonjunktur kaufte die ausländische Spekulation Aktien österreichischer Unternehmungen. Dank diesem Kapitalszufluß konnte der inländische Konsum über die durch die inländische Produktion gegebene Grenze hinaus wachsen. Die Güternot wurde überwunden. Die Kronenlöhne stiegen schneller, als die Kaufkraft der Krone sank. Der Reallohn stieg.

Der Sommer 1921 brachte die Wendung. Mit ihr beginnt die dritte Phase der Geldentwertung, die bis zu den Genfer Kreditverhandlungen im September 1922 dauerte. In dieser Phase geriet die Geldentwertung in wesentlich beschleunigteren Gang, ihre volkswirtschaftlichen und sozialen Wirkungen änderten sich, sie drohte, der völligen Vernichtung des Wertes des Papiergeldes und damit dem völligen Zusammenbruch der Volkswirtschaft und des Staates zuzutreiben. In dieser Phase wurde die Abwehr der Geldentwertung zum ausschließlichen Gegenstand des Klassenkampfes. Und dieser Kampf endete schließlich mit der Aufhebung jenes Gleichgewichtsverhältnisses zwischen den Klassenkräften, das seit der Konterrevolution in Ungarn und dem Friedensschluß in Saint-Germain in Österreich herrschte.

In der zweiten Jahreshälfte 1921 waren die Vorauszahlungen auf die Vermögensabgabe bereits eingeströmt und verbraucht. Da dem Staat nicht mehr große außerordentliche Einnahmen zuflossen, wuchs sein Defizit. Zugleich wurden die Hoffnungen auf einen großen Kredit, die die Aktion des Völkerbundes im Frühjahr geweckt hatte, enttäuscht; es wurde offenbar, daß die Völkerbundsaktion an internationalen Schwierigkeiten gescheitert war. Beide Ursachen wirkten zusammen; die Geldentwertung geriet in ein schnelleres Tempo. Sie wurde noch beschleunigt durch den Niedergang der deutschen Mark, der das deutsche Kapital zu schneller Abstoßung seiner Kronenguthaben veranlaßte. Ihre Wirkungen wurden verschärft dadurch, daß die tschechische Krone vom August 1921 an auf allen Geldmärkten schnell zu steigen begann, wodurch Österreich der Bezug der Kohle und wichtiger Lebensmittel überaus schnell verteuert wurde.

Seit dem Anfang des Krieges war die Teuerung ziemlich gleichmäßig fortgeschritten: die Preise hatten sich von Jahr zu Jahr verdoppelt. Setzt man die Kosten der Lebenshaltung im Juli 1914 = 1, so betrugen sie nach den Angaben der Statistischen Zentralkommission im Juli:

1915	1·6
1916	3·4
1917	6·8
1918	11·7
1919	25·1
1920	51·5
1921	100

Das Tempo wurde, wie man sieht, selbst durch den Umsturz nicht wesentlich beschleunigt: es war in jedem Jahre eine Verdoppelung der Preise. Erst in der zweiten Hälfte 1921 geriet die Teuerung in wesentlich schnelleres Tempo. Nun betrug, auf den Juli 1914 bezogen, der Index:

Juli 1921	100
Oktober 1921	190
Jänner 1922	664
Juli 1922	2645

Vom Juli bis Oktober 1921 stiegen die Preise auf das Doppelte; in einem Vierteljahr auf das Doppelte, vordem in einem ganzen Jahr! Vom Oktober bis zum Jänner stiegen die Preise auf das Dreifache; zu solcher Steigerung hatten sie in der Kriegs- und in der Revolutionszeit anderthalb Jahre gebraucht, jetzt nur ein Vierteljahr! Vom Jänner bis zum Juli 1922 stiegen die Preise auf das Vierfache; solche Steigerung hatte in der Kriegs- und in der Revolutionszeit zwei Jahre erfordert!

Der Kapitalszufluß aus dem Ausland hörte auf: die ausländische Spekulation kaufte keine Kronennoten mehr, seitdem die Kreditaktion gescheitert war, daher keine Hoffnung mehr bestand, daß der Kurs der Krone steigen werde; die ausländische Spekulation kaufte auch keine österreichischen Aktien mehr, seitdem sie die Erfahrung gemacht hatte, daß die Kurse der Aktien, in Kronen bemessen, langsamer stiegen, als der Wert der Krone sank, der Goldwert der Aktien daher stetig zurückging. Der Zufluß der ausländischen Zahlungsmittel wurde daher geringer. Der Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln aber wuchs. Die Importeure wagten es nicht mehr, ausländischen Warenkredit auszunützen, weil die Geldentwertung das Risiko solcher Kredite allzusehr vergrößerte. Alle, die Valutaschulden oder gemäß dem Friedensvertrag valorisierte Kronenschulden an das Ausland hatten, beeilten sich, sie durch Thesaurierung von Devisen zu decken. Da der Kronenkurs schnell sank, beeilten sich die Kapitalisten, alle ihre Kronenvorräte in Valuten und Devisen zu verwandeln. Die „Flucht vor der Krone" vergrößerte den Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln. Ein schnell wachsender Teil der aus sichtbaren und unsichtbaren Waren- und Effektenexporten einströmenden Devisen geriet in die Hände der Devisen hamsternden Kapitalisten und wurde von ihnen unproduktiv aufgeschatzt. Konnte sich in der zweiten Phase der Geldentwertung der Konsum dank dem Einströmen ausländischen Kapitals über die durch die Produktion gezogenen Grenzen hinaus expandieren, so mußte er jetzt, da das österreichische Kapital durch massenhafte Aufschatzung ausländischer Werte den ausländischen Volkswirtschaften Kredit gewährte, unter die durch die Produktion gegebene Grenze zusammenschrumpfen. Es mußte sich daher die Lebenshaltung der Massen verschlechtern.

Den Arbeitermassen wurde der Druck auf ihre Lebenshaltung sehr bald fühlbar. Wohl war die Industrie gut beschäftigt; die Arbeitslosigkeit erreichte im Herbst 1921 ihren tiefsten Stand. Aber das Betriebskapital der Industrie war durch die Geldentwertung zerstört. Die schnelle Entwertung des Geldes erforderte schnelle Vergrößerung des Betriebskapitals der Industrie. Die Industrie konnte sich das notwendige Betriebskapital immer schwerer beschaffen. Sie war daher auch nicht mehr imstande, die Arbeitslöhne ebenso schnell zu erhöhen, wie die Kaufkraft des Geldes

sank. Der Reallohn begann zu sinken. Die Arbeiterschaft, zwei Jahre lang an eine langsame, aber stetige Verbesserung ihrer Lebenshaltung gewöhnt, fühlte sich mit einemmal zu schon überwundener niedrigerer Lebenshaltung zurückgeworfen. Die Erbitterung der Arbeitermassen fand ihren Ausdruck in einer spontanen Demonstration der Wiener Arbeiter am 1. Dezember 1921, die mit Plünderung und Demolierung von Geschäftsladen und Luxushotels in der Inneren Stadt endete.

Die Inflation war zwei Jahre lang ein Mittel gewesen, die Industrie zu beleben und die Lebenshaltung der Arbeitermassen zu heben. Jetzt hatten sich ihre wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen geändert. Jetzt stürzte sie die Industrie in eine schwere Kapitalskrise und drückte sie die Lebenshaltung der Arbeitermassen. Die Regierung verharrte trotzdem in der Passivität, in der sie seit den Oktoberwahlen 1920 steckte. Die Sozialdemokratie mußte die Initiative ergreifen, um einen ernsthaften Versuch, das Defizit im Staatshaushalt einzudämmen und dadurch die Quelle der wertzerstörenden Vermehrung des Papiergeldes zu verstopfen, zu erzwingen. Am 1. Oktober 1921 veröffentlichten die sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften und die proletarischen Genossenschaften gemeinsam ihr Finanzprogramm.

Wie schon in der Zeit des Kampfes um die Vermögensabgabe gingen wir auch in unserem Finanzplan von der Ansicht aus, daß wir vorerst dem Staat durch eine einmalige außerordentliche Maßregel die Mittel beschaffen müßten, sein Defizit längere Zeit ohne Vermehrung des Papiergeldes zu decken. Diesem Zwecke wollten wir die von den Kapitalisten thesaurierten Valuten und Devisen dienstbar machen. Deshalb forderte der Finanzplan eine Zwangsanleihe in Valuten, Devisen und ausländischen Effekten. Hätte sich der Staat so zunächst die Mittel beschafft, die Banknotenpresse für längere Zeit stillzulegen, so solle diese Zeit benützt werden, die ordentlichen Einnahmen des Staates zu erhöhen und seine Ausgaben einzuschränken. Zum Zwecke der Erhöhung der ordentlichen Staatseinnahmen schlug der Finanzplan den Ausbau der Besitzsteuern und die Konstituierung von Zwangsverbänden der Industrie als Steuergesellschaften vor. Die Einschränkung der Staatsausgaben wollte er durch allmählichen Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse erreichen. Der Staat gab ja immer noch Brot, Mehl und Fett tief unter den Selbstkostenpreisen an die Bevölkerung ab. Diese Verbilligung der Lebensmittel war im ersten Jahre der Republik notwendig gewesen, wenn schwere soziale Erschütterungen verhütet werden sollten. Sie war damals auch keine Quelle der Inflation gewesen, da ja der Staat selbst damals die Lebensmittel nicht bezahlen mußte, sondern auf Kredit von der amerikanischen Relieforganisation zugewiesen bekam. Ganz anders war es, seitdem die ausländischen Lebensmittelkredite versiegt waren; seitdem der Staat daher die Lebensmittel bar bezahlen mußte, aber nur einen geringen Teil des Preises von den Verbrauchern ersetzt erhielt. Nun war die Abgabe der Lebensmittel unter dem Selbstkostenpreis zu einer Quelle der Inflation geworden; allmählich, da die Abgabepreise viel langsamer erhöht wurden, als der Kronenkurs sank, zur Hauptquelle der Inflation. Im Herbst 1921 bildeten die staatlichen Zuschüsse zu den Lebensmitteln schon den größten Ausgabenposten im Staatshaushalt; jede Eindämmung der Papiergeldvermehrung war

unmöglich, solange der Staat mit diesem Aufwand belastet blieb. Deshalb erklärten wir uns in unserem Finanzplan bereit, an dem Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse mitzuwirken. Doch knüpften wir dies an bestimmte Bedingungen: der Abbau solle nicht auf einmal, sondern schrittweise erfolgen; der Reallohn der Arbeiter, Angestellten und Beamten dürfe nicht gekürzt werden, das Gesetz müsse ihnen daher von den Unternehmern zu bezahlende Lohnzuschüsse nicht nur für sie selbst, sondern auch für ihre Frauen und Kinder in der Höhe der aufzuhebenden staatlichen Zuschüsse zu den Lebensmitteln sichern.

Der starke Eindruck, den unser Finanzplan hervorrief, riß die bürgerlichen Parteien aus ihrer finanzpolitischen Passivität. Der Finanzminister Grimm trat zurück; am 7. Oktober wurde Professor Gürtler, der Führer des bäuerlich-demokratischen, zur Kooperation mit der Sozialdemokratie geneigten Flügels der christlichsozialen Partei, zum Finanzminister gewählt. Er übernahm einen beträchtlichen Teil unseres Finanzplanes. Er führte im November und Dezember eine Reihe neuer Besitzsteuern ein. Er leitete im Dezember den Abbau der Lebensmittelzuschüsse ein, wobei er die in unserem Finanzplan geforderten Bürgschaften für den Reallohn der Arbeiter in das Gesetz vollständig aufnahm. Zu der von uns als erste und wichtigste Maßregel geforderten Zwangsanleihe in Valuten und Devisen konnte er sich freilich nicht entschließen. Er hoffte, denselben Zweck durch das Valutenanmeldungsgesetz vom 21. Dezember 1921 ohne zwangsweise Anforderung der Valuten und Devisen erreichen zu können; die Erfahrung hat gelehrt, daß diese Halbheit wirkungslos geblieben ist.

Hand in Hand mit der neuen Finanzpolitik Gürtlers ging die neue Außenpolitik Schobers; beide waren von sozialdemokratischen Auffassungen gleich stark beeinflußt. Im Kampf um das Burgenland war Schober in Gegensatz gegen Ungarn geraten und hatte sich dadurch der Tschechoslowakei genähert. Im Dezember besuchten der Bundespräsident Doktor Hainisch und der Bundeskanzler Schober den Präsidenten der tschechischen Republik in Lana. Während dieses Besuches wurde zwischen Schober und Beneš am 16. Dezember 1921 ein Staatsvertrag vereinbart, in dem sich die beiden Republiken verpflichteten, den Friedensvertrag loyal durchzuführen, einander gegen alle konterrevolutionären Bestrebungen zu unterstützen und alle Streitigkeiten zwischen ihnen der Entscheidung eines Schiedsgerichtes zu unterwerfen. Die Tschechoslowakei gewährte Österreich einen Kredit von 500 Millionen tschechischen Kronen und versprach, Österreichs Bemühungen um Kredite auch in London und Paris zu unterstützen.

In der Tat hatten die Anstrengungen der neuen Finanzpolitik, besonders der Abbau der Lebensmittelzuschüsse, in London und Paris starken Eindruck gemacht und die Annäherung an die Tschechoslowakei hatte die außenpolitische Stellung der Republik verbessert. So gelang es nun wirklich, wieder Kredite zu erlangen. England gewährte uns im Februar 1922 einen Kredit von 2 Millionen Pfund Sterling, Frankreich stellte einen Kredit von 55 Millionen Franken, Italien von 70 Millionen Lire in Aussicht. Sobald der englische Kredit einlief, sank die Krone nicht weiter. Hätte die Regierung diese Zeit der Stabilisierung des Kronenkurses ausgenützt, um die im November und Dezember begonnene Finanzpolitik tatkräftig fortzuführen, so hätte Wesentliches und Dauerndes für die Sanierung der

Staatsfinanzen geleistet werden können. Aber dem stellten sich politische Hindernisse entgegen.

Die Großdeutschen lehnten den Vertrag von Lana leidenschaftlich ab. Sie beriefen ihren Vertreter Dr. Waber aus der Regierung ab und traten in Opposition gegen die Regierung. Die Regierung hatte im Nationalrat keine aktionsfähige Mehrheit mehr. Die Sozialdemokratie konnte nicht wünschen, daß die Regierung wegen der Verständigung mit der Tschechoslowakei stürze und daß die eben erst begonnene, der Richtung unseres Finanzplanes folgende Finanzpolitik durch politische Krisen unterbrochen werde. Deshalb beschlossen die sozialdemokratischen Abgeordneten am 16. März 1922 eine Resolution, in der sie sich bereit erklärten, die Regierung zu unterstützen, falls der Inhalt der weiter zu treffenden finanzpolitischen Maßregeln von der Regierung mit den sozialdemokratischen Abgeordneten vereinbart würde. Aber obwohl die Regierung über die großdeutschen Stimmen nicht mehr verfügte, nahm sie dieses Anerbieten der Sozialdemokratie nicht an; sie machte keinen Versuch, sich mit uns über die weitere Richtung der Finanzpolitik zu verständigen.

Dieses Verhalten der Regierung war die Wirkung der heftigen Opposition, die die Finanzpolitik Gürtlers im kapitalistischen Lager geweckt hatte. Schon im November hatte die Börse gegen Gürtlers hohe Börsenbesuchsabgabe durch einen Streik demonstriert. Im Dezember hatten die Bankumsatzsteuer und das Valutenanmeldungsgesetz das Finanzkapital erbittert. Die kapitalistische Presse schrie, der Finanzminister stehe unter dem Diktat der Sozialdemokratie. Dieser Schrei fand Widerhall in dem von Seipel kommandierten Wiener klerikalen Lager, das es unerträglich fand, daß die Sozialdemokratie die Politik der bürgerlichen Regierung wirksam beeinflußte. Gürtler stieß auf erstarkende Opposition in seiner eigenen Partei. Er fürchtete jede Verständigung mit der Sozialdemokratie, seitdem er täglich beschuldigt wurde, daß er unter unserem Diktat stehe. Aber auch die sachlichen Schwierigkeiten einer Verständigung waren sehr groß. Nach dem Abbau der Lebensmittelzuschüsse war das Defizit der Staatsbetriebe die schwerste Belastung des Staatshaushaltes. Wir verlangten darum als nächste finanzpolitische Maßregel die administrative und finanzielle Verselbständigung der Staatsbetriebe unter selbständiger, nach dem Vorbild der gemeinwirtschaftlichen Anstalten zu organisierender Verwaltung. Die Bourgeoisie sah in dieser Forderung einen Vorstoß für die „Sozialisierung". Seipel lehnte unseren Organisationsplan öffentlich ab, ehe noch Verhandlungen mit Gürtler über ihn möglich gewesen wären.

Da die Regierung die Unterstützung der Großdeutschen verloren, sich um die ihr angebotene Unterstützung der Sozialdemokraten nicht beworben hatte, verfügte sie über keine aktionsfähige Mehrheit mehr. Die Finanzpolitik stockte vollständig. Indessen wurde der englische Kredit schnell verbraucht. Gürtler hatte, um die Kapitalskrise der Industrie zu mildern, die Österreichisch-Ungarische Bank zur Wiederaufnahme des Diskontogeschäftes in größerem Umfang bewogen. Die Eskomptierung von Finanzwechseln in großen Beträgen führte dem Finanzkapital große Mittel zu, die seine Nachfrage nach Devisen vergrößerten. Der Finanzminister mußte aus den englischen Kreditvaluten Zahlungsmittel abgeben, damit diese Nachfrage die Valutenkurse nicht emportreibe. So benützten die Banken die Noten, die

der Staat selbst durch die Notenbank ihnen zur Verfügung stellte, um dem Staat die englischen Kreditvaluten binnen wenigen Wochen aus den Händen zu reißen. Sobald man aber gewahr wurde, daß die englischen Kreditvaluten zu versiegen begannen, stiegen die Valutenkurse wieder von neuem.

Der englische Kredit ist auf diese Weise binnen wenigen Wochen ohne jeden Nutzen verbraucht worden. Die Folge war, daß die von Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei in Aussicht gestellten Kredite nicht einliefen; nach der Erfahrung mit dem englischen Kredit durften ja diese Staaten annehmen, daß der österreichischen Finanzpolitik offenbar mit keinen Krediten zu helfen sei. Hätte die Regierung Schober-Gürtler im Augenblick des Eintreffens des englischen Kredits die energische Politik, die im Herbst 1921 unter dem Eindruck unseres Finanzplans begonnen worden war, ebenso energisch fortgesetzt, so wäre es möglich gewesen, auch den französischen, italienischen und tschechischen Kredit schnell zu erlangen, mit ihrer Hilfe die Notenpresse stillzulegen und dadurch den entscheidenden Schritt zur Sanierung der Staatsfinanzen zu tun; im Herbst 1922 ist dies ja tatsächlich mit Hilfe derselben Kredite, die damals erst flüssig gemacht wurden, geschehen. Im Frühjahr ist dies durch die finanzpolitische Passivität, in die die Regierung gerade in dem Augenblick des Eintreffens des englischen Kredits verfiel, und durch die gerade in diesem Augenblick begangenen schweren Fehler der Diskontopolitik verhindert worden. So wurde nicht nur der Erfolg der im November und Dezember 1921 getroffenen Maßregeln vereitelt, nicht nur der günstigste Augenblick für die Sanierung der Staatsfinanzen verpaßt, sondern auch im Ausland der Eindruck erweckt, daß es nutzlos sei, Österreich Kredite zu gewähren, ohne die österreichische Finanzwirtschaft unter strenge Kontrolle zu stellen. Die verhängnisvollen Fehler, die im Februar und März 1922 begangen wurden, sind für die drückenden Bestimmungen des Genfer Vertrages vom Oktober 1922 in hohem Maße verantwortlich.

Die Verantwortung für diese verhängnisvollen Fehler teilen beide bürgerlichen Parteien. Vor allem die Großdeutschen. Sie haben des Vertrages von Lana wegen der Regierung ihre Unterstützung gerade in dem Augenblick entzogen, in dem sie zur Durchführung der mit dem Einlangen des englischen Kredits möglich und notwendig gewordenen finanzpolitischen Maßregeln einer starken Mehrheit bedurfte; dieselben Großdeutschen, die damals den Notwendigkeiten der finanziellen Sanierung ihre Bedenken gegen den Vertrag von Lana nicht unterordnen wollten, haben wenige Monate später der Sanierung wegen die ungleich drückenderen Bestimmungen des Vertrages von Genf angenommen! Noch schwerer aber wiegt die Schuld der von Seipel geführten Gruppe der Christlichsozialen. Die notwendigen finanzpolitischen Maßregeln hätten ja auch ohne Unterstützung der Großdeutschen durchgeführt werden können, da die Sozialdemokraten durch die Resolution vom 16. März ihre Unterstützung angeboten hatten. Dieses Anbot ist überhaupt nicht beantwortet worden, weil Seipel, ganz im Banne der Börsenpresse, jede Kontrolle der Finanzpolitik durch die Sozialdemokratie ablehnte. So mußte der entscheidende Augenblick ungenutzt vorübergehen! Die Sozialdemokratie hat alles, was in ihrer Macht war, getan, um diesen folgenschweren Fehler zu verhüten, indem

sie sich durch die Resolution vom 16. März zur Mitarbeit erbot; die Haltung beider bürgerlichen Parteien hat unser Anbot wirkungslos gemacht!

Wir waren infolge dieser Ereignisse in schärfste Opposition gegen die Regierung geraten, die zu einer aktiven Finanzpolitik nicht mehr fähig war. Als Gürtler am 21. April ohne Verständigung mit uns den Zollaufschlag erhöhte, beantragten wir im Finanzausschuß, ihm die Mißbilligung auszusprechen. Da die Großdeutschen aus politischen Gründen mit uns stimmten, wurde unser Antrag am 10. Mai angenommen. Gürtler demissionierte. Seipel, der im März die Kooperation mit der Sozialdemokratie verhindert hatte, suchte nun, eine feste Koalition der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zustande zu bringen. Die Regierung Schober demissionierte am 24. Mai; am 31. Mai wurde die Regierung Seipel gewählt. Sie war von den beiden früheren bürgerlichen Regierungen wesensverschieden. Die Regierung Mayr war eine christlichsoziale Regierung gewesen, die sich die Unterstützung der Großdeutschen immer erst von Fall zu Fall sichern mußte. Die Regierung Schober war eine Beamtenregierung, die Christlichsoziale und Großdeutsche nur durch je einen Minister aus ihren Reihen unter ihrer Kontrolle hielten. Die Regierung Seipel wurde auf Grund eines förmlichen Koalitionspakts aller bürgerlichen Parteien gewählt, aus christlichsozialen und großdeutschen Abgeordneten zusammengesetzt und der Zweck ihrer Bildung war vom Anfang an, den Einfluß der Sozialdemokratie, der sich in der Zeit der Burgenlandkrise und in den Anfängen der Finanzgesetzgebung Gürtlers so stark erwiesen hatte, durch festeren Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien einzudämmen. Trotzdem konnten wir auch diese neue Regierung noch einmal unter unserem Druck zum Handeln zwingen.

Die Regierung Seipel hatte ihr Amt in einer Zeit angetreten, in der die Geldentwertung schneller denn jemals vorher fortschritt. In den ersten zwölf Tagen des Juni stieg der Kurs des Schweizer Franken in Wien von 2151 auf 4110 K. In der zweiten Juniwoche zeigten sich Schwierigkeiten, die zur Bezahlung der dringendsten Kohlenimporte notwendigen Devisen überhaupt noch zu beschaffen. Die Gefahr wurde sichtbar, daß die Kohlenzufuhr infolge Devisenmangels zu stocken beginnt, obwohl die Großbanken über riesige Beträge thesaurierter Devisen verfügten. Am 13. Juni begab sich der Vorstand der sozialdemokratischen Abgeordneten zum Bundeskanzler und erklärte ihm, die Sozialdemokratie könne keine Verantwortung mehr für die Haltung der durch die Teuerung zur Verzweiflung getriebenen Arbeitermassen übernehmen, wenn die Regierung nicht binnen vierundzwanzig Stunden die Banken verhält, ihre aufgeschatzten Devisen, gleichgültig in welcher Form, dem Staat zur Verfügung zu stellen. Die Drohung wirkte. Noch an demselben Tage bewogen Seipel und sein Finanzminister Segur die Banken, einen Teil ihrer Devisenvorräte für die Gründung einer Notenbank zur Verfügung zu stellen. Auf diesen Entschluß baute sich der in den folgenden Tagen entworfene Finanzplan Segurs auf. Aber wenn auch dieser Finanzplan ursprünglich aus sozialdemokratischer Initiative hervorgegangen war, so gaben ihm die bürgerliche Regierung und ihre Mehrheit doch solche Gestalt, daß die Sozialdemokratie ihn bekämpfen mußte. In der Tat brach der im Juli von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit beschlossene Finanzplan in wenigen Wochen völlig zusammen.

Die Gründung der Notenbank scheiterte an der Weigerung der französischen und englischen Leitung der Länder- und Anglobank, sich an der Aufbringung des Aktienkapitals zu beteiligen. Die Zwangsanleihe, die das Defizit im Staatshaushalt decken sollte, wurde durch die fortschreitende Entwertung der Krone entwertet, da die bürgerliche Mehrheit unsere Forderung, die Anleiheschuldigkeiten zu valorisieren, abgelehnt hatte. Die Steuergesetze konnten überhaupt nicht in Wirksamkeit treten, weil die bürgerliche Mehrheit sie durch ein „Junktim" mit der Gründung der Notenbank verknüpft hatte. Der Zusammenbruch des Finanzplans Segurs erschütterte alles Vertrauen. Im Sommer 1922 geriet die Geldentwertung in rasenden Lauf. Der Schweizer Frank notierte in Wien am

1. Juni	2.151
3. Juli	3.948
14. Juli	5.748
31. Juli	8.013
11. August	10.243
25. August	15.993

Die Teuerung stieg furchtbar. Nach den Feststellungen der Paritätischen Kommission stiegen die Kosten der Lebenshaltung vom

15. Mai bis 14. Juni	um	71	Prozent
15. Juni bis 14. Juli	„	41	„
15. Juli bis 14. August	„	124	„
15. August bis 14. September	„	91	„

Die Preise verdoppelten sich jetzt von Monat zu Monat, während sie sich in der Kriegs- und Revolutionszeit von Jahr zu Jahr verdoppelt hatten!

Im August war die Devisenzentrale nicht mehr imstande, die zur Bezahlung der notwendigen Lebensmittel-, Kohlen- und Rohstoffimporte erforderlichen ausländischen Zahlungsmittel aufzubringen. Die Einfuhr geriet ins Stocken. Der vollständige Zusammenbruch der Volkswirtschaft schien unmittelbar bevorzustehen. Die Gärung in den Arbeitermassen kündigte an, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch die schwersten sozialen Erschütterungen auslösen werde. In den Grenzländern fürchtete man, daß die Nachbarstaaten die drohenden sozialen Erschütterungen für ihre Zwecke benützen werden. Das Burgenland fürchtete den Einbruch magyarischer Freischärler, Kärnten den Einfall jugoslawischer Truppen.

Die Regierung suchte die Rettung im Ausland. Sie richtete an die in London versammelten Vertreter der Ententemächte die dringende Bitte um Kredithilfe. Am 15. August antwortete Lloyd-George im Namen des Obersten Rates: „Die Vertreter der verbündeten Regierungen sind zu dem Schlusse gekommen, daß es ihnen unmöglich ist, der Hoffnung Raum zu geben, daß ihre Regierungen bereit sein werden, Österreich eine neue finanzielle Hilfe zu bewilligen. Immerhin haben sie sich auf den Vorschlag geeinigt, die Frage Österreichs zur Untersuchung und zum Bericht an den Völkerbund zu verweisen." Auf den Völkerbund setzte nach dem Scheitern seiner Aktion im Jahre 1921 niemand in Österreich mehr Hoffnung. Lloyd-Georges Antwort mußte daher als schroffe Ablehnung jeder Hilfe aufgefaßt werden. Seipel antwortete am 18. August, durch diese Ablehnung sei das finanzielle Problem zu einem hochpolitischen geworden, „das mitteleuropäische Pro-

blem", das heißt das Problem der Existenz Österreichs als eines selbständigen Staates, aufgerollt. Diese Antwort verschärfte die Panik; besagte sie doch, daß die Regierung selbst den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch binnen ganz kurzer Zeit und in seinem Gefolge die Auflösung Österreichs, die Invasion fremder Truppen in die Grenzländer fürchtete. Zugleich kündigte Seipel an, er werde nach Prag, Berlin und Rom reisen, um das österreichische Problem mit den Staatsmännern der nächstbeteiligten Staaten persönlich zu besprechen. Damit wurde offenbar, daß die Regierung die Hilfe von außen um jeden Preis, selbst um den Preis der Unabhängigkeit der Republik, erzwingen wollte.

Am 23. August trat eine Konferenz der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der Arbeiterkammern und der Arbeiterräte zusammen. Die Konferenz gelangte zu dem Ergebnis, daß die schwere wirtschaftliche und politische Krise eine völlige Änderung unseres politischen Kurses erfordere. Wir hatten seit dem Oktober 1920 jede Teilnahme an der Regierung abgelehnt. Nunmehr erklärten wir uns bereit, unter bestimmten Bedingungen in die Regierung einzutreten.

Wir hatten es seit dem Oktober 1921 versucht, als Opposition der bürgerlichen Regierung eine Finanzpolitik, die die drohende Währungskatastrophe abwenden sollte, aufzuzwingen. Wir hatten Gürtler zu einer Finanzpolitik in der Richtung unseres Finanzprogramms getrieben; aber nach dem ersten Anlauf war seine Finanzpolitik ins Stocken geraten. Wir hatten Segur die Anforderung der Valutenvorräte der Banken aufgezwungen; aber er hatte sie nur zu einem Finanzplan benützt, den wir ablehnen mußten und der in wenigen Wochen vollkommen scheiterte. Die Erfahrung hatte gelehrt, daß es nicht genügt, einer feindlichen Regierung eine Finanzpolitik von außen her aufzuzwingen. Wollten wir die Republik vor dem unmittelbar drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch retten, dann mußten wir die Finanzpolitik selbst in die Hand nehmen, in die Regierung eintreten und das Finanzministerium mit einem Mann aus unseren Reihen besetzen.

Aber nicht nur die Finanzkrise, auch die politische Krise drängte uns zum Eintritt in die Regierung. Wir sahen die Gefahren der politischen Wendung, die Seipel mit seiner Erklärung vom 18. August soeben vollzogen, sahen die Gefahren der Reise nach Prag, Berlin und Verona, die Seipel angetreten hatte. Das Manifest der Konferenz vom 23. August sagte darüber:

„Die Regierung sucht die Hilfe noch immer im Ausland. Sie sucht sie mit gefährlichen Mitteln. Wenn die Methoden des Herrn Seipel uns überhaupt noch einen Auslandskredit bringen könnten, dann könnten sie ihn nur zu unerträglichen Bedingungen, nur um den Preis der vollständigen Unterwerfung Deutschösterreichs unter die Kontrolle ausländischer Mächte, des vollständigen Verlustes der letzten Reste unserer staatlichen Selbständigkeit bringen. Gegen diese Gefahr der Verschacherung unserer Selbständigkeit müssen wir uns zur Wehr setzen."

So drängte uns alles dazu, sowohl die Finanzpolitik als auch die äußere Politik unter unsere unmittelbare Kontrolle zu setzen. Wie konnte dies geschehen? An eine Machtergreifung mit revolutionären Mitteln durften wir nicht denken. Das Vertrauen zu dem österreichischen Papiergeld schwand von Tag zu Tag. Eine revolutionäre Erhebung des Proletariats hätte es vollständig vernichtet. Der Austausch von Papierkronen gegen Auslandsgeld und gegen Waren, der im August von Tag zu Tag schwerer wurde, wäre mit

einem Schlage vollständig unmöglich geworden. Damit hätte jede Möglichkeit des Bezuges ausländischer Lebensmittel, Kohle, Rohstoffe aufgehört. Die Hungerkatastrophe, der Bürgerkrieg, die Invasion, die Konterrevolution durch fremde Bajonette wären die unvermeidlichen Folgen gewesen. Wollten wir den völligen Zusammenbruch des Geldwertes und damit die wirtschaftliche Katastrophe verhüten, so gab es nur einen Weg: mit den bürgerlichen Parteien zusammen eine Konzentrationsregierung zu bilden und uns innerhalb ihrer die Kontrolle über die Finanzpolitik und die äußere Politik zu sichern. Aber nicht bedingungslos konnten wir in eine solche Regierung eintreten. Das Manifest der Konferenz vom 23. August sagte:

„Erst wenn die bürgerlichen Parteien endlich die Gefahr des vollständigen Zusammenbruchs unserer Volkswirtschaft erkennen; erst wenn sie sich dessen bewußt werden, daß, wenn alles zusammenbricht, sich auch die besitzenden Klassen nicht aus dem Zusammenbruch werden retten können; erst wenn die Furcht vor dieser Katastrophe die besitzenden Klassen dazu zwingt, die notwendigen Opfer zu bringen, und sie bereit macht, unsere wichtigsten und dringendsten Forderungen zu erfüllen und ihre Sabotage gegen alle wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten aufzugeben, erst dann und nur dann besteht die Möglichkeit, in Vereinbarungen mit den bürgerlichen Parteien durchzusetzen, was durchgesetzt werden muß, erst dann und nur dann könnte eine zeitweilige Kooperation mit den bürgerlichen Parteien für uns ein Mittel sein, die Republik und die Volkswirtschaft aus der schwersten Gefahr zu retten."

Die Beschlüsse der Konferenz vom 23. August waren von der Überzeugung bestimmt, daß das politische System, das in der Republik seit dem Herbst 1919 herrschte, das System des Gleichgewichts der Klassenkräfte an der Aufgabe, das Gleichgewicht im Staatshaushalt wiederherzustellen, der Vermehrung des Papiergeldes ein Ende zu setzen und dadurch die drohende Währungskatastrophe zu verhüten, vorläufig gescheitert war.

In der Tat war diese Aufgabe überaus schwer. Die Republik hatte von der alten Monarchie einen Staatsapparat geerbt, der für den neuen Kleinstaat viel zu groß, viel zu kostspielig war. Das Funktionieren dieses Apparats war überdies durch die Wirkungen des Krieges, der Auflösung des alten Wirtschaftsgebietes, der Revolution und des Länderpartikularismus gestört, kompliziert und verteuert worden. Die Kosten dieses Apparats aus Steuereinnahmen zu decken, war desto schwerer, da der Untergang des Rentnertums und der Mieterschutz die ergiebigsten alten Steuerquellen verschüttet hatten, während sich der neue Reichtum in Formen barg, die sich der Erfassung durch die Steuerbehörden überaus leicht entziehen. Die Lösung dieses überaus schweren Problems war nicht gelungen, solange die Kräfte der Klassen einander im Gleichgewicht hielten. Der Widerstand der Bourgeoisie und der Bauernschaft war zu stark, als daß es dem Proletariat hätte gelingen können, die Lösung mit sozialistischen Mitteln, mittels rücksichtsloser Eingriffe in das Eigentumsrecht zu erzwingen. Der Widerstand der Arbeiterklasse war zu mächtig, als daß es der Bourgeoisie möglich gewesen wäre, die Lösung auf Kosten des Proletariats, die Lösung durch rücksichtslosen Abbau der Staatsangestellten und rücksichtslosen Ausbau des Systems der indirekten Steuern durchzusetzen. So war das System des Gleichgewichts der Klassenkräfte an der Währungskatastrophe gescheitert. Die Entwicklung mußte weitergehen entweder zur Wiederherstellung der Vorherrschaft der Arbeiterklasse oder zur Restauration der Bourgeoisie.

Indessen hatte Seipel seine Reise nach Prag, Berlin und Verona angetreten. Die Bourgeoisie wartete das Ergebnis dieser Reise ab. Wäre Seipel ohne Erfolg heimgekehrt, dann wäre die bürgerliche Regierung zusammengebrochen, die Bourgeoisie hätte sich unseren Bedingungen unterwerfen müssen, die bürgerlichen Parteien hätten mit uns eine Regierung bilden müssen, innerhalb deren der Sozialdemokratie die führende, die entscheidende Stellung gesichert gewesen wäre. Gelang es Seipel aber, die Kredithilfe des Auslands, sei es um welchen Preis immer, zu erzwingen, dann war die Bourgeoisie von der bitteren Notwendigkeit der Kapitulation vor der Arbeiterklasse bewahrt, dann zog sie die Unterwerfung unter die Kontrolle des Auslandes der Unterwerfung unter die Kontrolle des österreichischen Proletariats vor, dann mußte die Hilfe des ausländischen Kapitals die bürgerliche Regierung befestigen und dadurch die Herrschaft der Bourgeoisie über die Republik herstellen. So hing nun alles davon ab, ob es der Bourgeoisie gelang, die Unterstützung des ausländischen Kapitals zu erlangen. Erlangte sie sie nicht, dann mußte sie sich der Vorherrschaft der Arbeiterklasse unterwerfen. Gelang es ihr, tatkräftige Unterstützung des internationalen Finanzkapitals zu erlangen, dann hatte sie zum erstenmal seit der Revolution die Möglichkeit, den immer noch so mächtigen Einfluß des Proletariats zurückzudrängen, mit Hilfe des ausländischen Goldes ihre Klassenherrschaft in der Republik aufzurichten.

§ 18. Der Genfer Vertrag.

Literatur:

Reconstruction de l'Autriche. Société des Nations. C. 716. M. 428. Genève 1922. — Rapport de la Délégation provisoire de la Société des Nations à Vienne. C./S. C. A. 17. — Renner und Seitz, Die Schmach von Genf und die Republik. Wien 1922. — Bauer, Der Genfer Knechtungsvertrag und die Sozialdemokratie. Wien 1922. — Danneberg, Wiederaufbau? Wien 1922. — Stolper, Der Weg zur Rettung; Die falsche Alternative; Die Genfer Protokolle. „Österreichischer Volkswirt", August bis Oktober 1922.

Schuhmacher, Lammasch in St. Germain. „Heinrich Lammasch, seine Aufzeichnungen, sein Wirken und seine Poilitik." Wien 1922.

Proksch, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. „Arbeit und Wirtschaft", 1923. — Statistische Nachrichten. Wien 1923.

Schon während des Krieges waren die tschechische und die jugoslawische Emigration miteinander verbündet. Aus ihrer Verbindung ging nach der Revolution das Bündnis der beiden neuen Staaten hervor. Dem Bündnis der beiden slawischen Staaten steht einerseits Ungarn, anderseits Italien gegenüber: Ungarn, das auf die Gelegenheit zum Revanchekrieg gegen seine beiden slawischen Nachbarn lauert; Italien, das den Slawen die Herrschaft an der Ostküste der Adria streitig macht. Österreich ist die Brücke zwischen den beiden Slawenstaaten: im gemeinsamen Krieg gegen Ungarn könnten sie die österreichischen Verkehrsmittel nicht entbehren. Österreich ist die Brücke zwischen Italien und Ungarn: im gemeinsamen Krieg gegen Jugoslawien würden sie die österreichischen Verkehrswege brauchen.

Der Kampf um das Burgenland hatte Österreich den beiden slawischen Staaten genähert. Der Vertrag von Lana war das Ergebnis dieser Phase der Entwicklung. Seit der Beendigung des Streites um das Burgenland erstarkten in Österreich die Tendenzen, die zum Abrücken von der slawischen Gruppe, zur Annäherung an Italien und an Ungarn drängten.

Diese Tendenzen waren von den konterrevolutionären Gruppen der österreichischen Gesellschaft getragen. Sie hatten Sympathien für Ungarn, seitdem dort die Konterrevolution wütete. Sie gewannen Sympathien für Italien, seitdem dort der Fascismus in schnellem Aufstieg war. Sie haßten die Tschechoslowakei und Jugoslawien: die einen, weil die Macht der beiden slawischen Staaten der Restauration Habsburgs im Wege steht; die anderen, weil die Tschechoslowakei drei Millionen Deutsche unter fremder Herrschaft hält. Sie hofften, ein italienisch-ungarischer Krieg gegen die Slawen werde auch Österreich Gelegenheit zur Revanche an den slawischen Nachbarn geben. Der Wortführer dieser Richtung war Czernin; er vor allem propagierte den Gedanken, Österreich müsse im Anschluß an eine italienisch-ungarische Kombination Schutz für die „Ordnung" im Innern und Stärkung gegen die slawischen Nachbarn im Norden und Süden suchen.

Diese konterrevolutionären Tendenzen fanden Unterstützung in der Außenpolitik des kärtnerischen und des steirischen Landespartikularismus. Als im August 1922 der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreichs drohte, verlangten beide Landesregierungen eine Verständigung mit Italien, damit Italien im Falle der Katastrophe Kärnten und Steiermark gegen die Gefahr eines Einbruches der Jugoslawen schütze.

Unter dem Eindruck dieser Tendenzen trat der Bundeskanzler Seipel am 20. August 1922 seine Reise nach Prag, Berlin und Verona an. Die kargen amtlichen Berichte über die Besuche in Prag und in Berlin enthüllten den Zweck der Reise nicht. Erst Verona enthüllte das Geheimnis. Seipel bot Italien eine Währungs- und Zollunion mit Österreich an. Italien sollte Österreich in seine Währungsgemeinschaft aufnehmen und es dadurch vor der drohenden Währungskatastrophe bewahren. Dafür sollte Österreich in dem italienischen Wirtschaftsgebiet aufgehen, sollte es sich wirtschaftlich und politisch Italiens Protektorat unterwerfen; ein „größeres Italien" sollte sich so bis zur Donau ausdehnen. Damit wäre über Österreich die Brücke zwischen Italien und Ungarn geschlagen worden; die Brücke zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei wäre in die Macht Italiens gefallen.

Der Plan, den Seipel in Verona dem italienischen Minister Schanzer vortrug, war mit den Interessen Jugoslawiens und der Tschechoslowakei unvereinbar. Jeder Versuch seiner Verwirklichung hätte Mitteleuropa in die schwersten, dem Frieden gefährlichsten Verwicklungen stürzen müssen. Die italienische Regierung zauderte. Der Oberste Rat der Alliierten hatte am 15. August den Völkerbund ersucht, Österreichs wirtschaftliche Lage zu überprüfen. Die italienische Regierung wies Österreich an den Völkerbund. Erst wenn die Beratungen im Völkerbundsrat zu keinem Ergebnis führen, werde Italien auf Seipels Vorschlag zurückgreifen.

So hatten die Tschechoslowakei und Jugoslawien Zeit gewonnen, ihren Gegenstoß zu führen. Der tschechische Minister des Äußern, Beneš, riß die Initiative an sich. Seine Aufgabe war klar: er mußte einerseits dafür sorgen,

daß der Völkerbund Österreich vor der drohenden Währungskatastrophe rette, damit sich Österreich nicht Italien in die Arme werfe; er mußte anderseits dafür sorgen, daß die Mächte Österreich unter wirksame wirtschaftliche und politische Kontrolle stellen, damit es seine Stellung zwischen den beiden Slawenstaaten einerseits, Italien und Ungarn anderseits nicht ausnützen, nicht zum Streitobjekt zwischen den beiden Gruppen werden könne. Beneš bemühte sich nun, die englische und die französische Regierung zu überzeugen, daß der Friede in Mitteleuropa ernsthaft gefährdet wird, wenn man Österreich zusamenbrechen läßt und es dadurch dem italienischen Imperialismus in die Arme wirft. Beneš betrieb nun mit großer Energie den Plan, Österreich durch die Garantie der Mächte eine große internationale Anleihe zu ermöglichen und es dafür unter die Kontrolle des Völkerbundes zu stellen.

Der Schachzug Seipels in Verona und Beneš' Gegenzüge in Paris, London und Genf hatten die innere Lage in Österreich vollständig verändert. Am 23. August hatte sich die Sozialdemokratie bereit erklärt, mit den bürgerlichen Parteien gemeinsam eine Regierung zu bilden, die die unmittelbar drohende Währungskatastrophe abwehren sollte. Drei Tage später war die Lage völlig verändert. Ob auf dem Wege Seipels oder auf dem Wege Beneš' — mit einemmal gab es wieder Hoffnung auf Hilfe vom Ausland. Die Krone, die am 25. August ihren tiefsten Stand erreicht hatte, sank nicht mehr. Die Bourgeoisie faßte wieder Hoffnung, der Währungskatastrophe zu entgehen, ohne vor dem Proletariat kapitulieren zu müssen. Sie war nicht bereit, sich unseren Bedingungen zu unterwerfen, sobald sie einen anderen Weg sah. Von Verona zurückgekehrt, lehnte Seipel die Umbildung der Regierung schroff ab. Die Vertreter der österreichischen Regierung fuhren nach Genf; als dort der Völkerbundsrat zusammentrat, zeigte es sich, daß Beneš' Bemühungen die englische und die französische Regierung bereits für die tschechischen Pläne gewonnen hatten.

Die Verhandlungen in Genf zogen sich einige Wochen hin. Der Gegensatz zwischen Italien einerseits, England und Frankreich, die sich zu Beneš' Plan entschlossen hatten, anderseits, zog sie in die Länge. Erst am 4. Oktober wurden die Genfer Protokolle von den Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens, der Tschechoslowakei und Österreichs unterzeichnet. Beneš' Gegenzug gegen Verona hatte vollen Erfolg.

Seipel hatte ein kühnes Spiel gespielt. Er hatte alles auf eine Karte gesetzt. Die österreichische Regierung selbst hatte vor ganz Europa öffentlich erklärt, Österreichs völliger Zusammenbruch sei unvermeidlich, wenn es nicht schleunigst Kredithilfe vom Ausland bekommt. Kam diese Kredithilfe nicht, dann mußte sich eine solche, alles Vertrauen zur Fähigkeit Österreichs, sich aus eigener Kraft zu retten, zerstörende Erklärung furchtbar rächen; drohte sie, den gefürchteten Zusammenbruch wirklich herbeizuführen. Die österreichische Regierung selbst hatte Österreich dem italienischen Imperialismus feilgeboten; entschloß sich Italien, Österreich beim Worte zu nehmen, dann harrte unser das Schicksal, zu einer Kolonie Italiens zu werden. Aber so waghalsig Seipels Spiel gewesen war, sein Ziel war erreicht. Als die Großmächte am 15. August den Völkerbund aufforderten, „die Lage Österreichs zu untersuchen", war dies kaum mehr als

eine höfliche Verhüllung der ablehnenden Antwort auf Österreichs Bitte um Kredit. Erst unter dem Drucke der tschechischen Gegenaktion gegen den Vorschlag, den Seipel in Verona der italienischen Regierung gemacht, hatten die Verhandlungen des Völkerbundsrates über Österreich ernsten Charakter erlangt. In dem Genfer Vertrag verpflichteten sich die Mächte in der Tat, die Bürgschaft für eine österreichische Anleihe im Höchstbetrag von 650 Millionen Goldkronen zu übernehmen, von deren Ertrag 130 Millionen Goldkronen zur Rückzahlung der Österreich im Jahre 1922 gewährten Auslandskredite, 520 Millionen Goldkronen zur Deckung des österreichischen Defizits für die Dauer von zwei Jahren verwendet werden sollen.

Aber dieser Erfolg Seipels wurde teuer erkauft. Seipel selbst hatte in Verona Österreichs wirtschaftliche und politische Selbständigkeit feilgeboten. Er wurde nun beim Worte genommen. Beneš' Ziel war, an die Stelle des italienischen Protektorats, dem Seipel in Verona Österreich hatte unterwerfen wollen, das gemeinsame Protektorat der Ententemächte und der Tschechoslowakei über Österreich zu setzen. Das ist es, was durch den Genfer Vertrag verwirklicht wurde.

Der Genfer Vertrag verpflichtete Österreich zunächst, keine Verpflichtungen einzugehen, durch die es seine Unabhängigkeit irgendeinem anderen Staat gegenüber gefährden würde. Durch diese Bestimmung schützte sich die Tschechoslowakei gegen einen Anschluß Österreichs an Italien; dieselbe Bestimmung schließt aber auch nicht nur den Anschluß Österreichs an Deutschland, sondern auch jede engere wirtschaftliche Verbindung Österreichs mit Deutschland aus.

Der Genfer Vertrag unterwirft zweitens Österreich einer doppelten Kontrolle: der Kontrolle durch einen vom Völkerbund ernannten Generalkommissär und der Kontrolle durch ein Kontrollkomitee, das aus den Vertretern der Mächte, die die Bürgschaft für die österreichische Anleihe übernehmen, zusammengesetzt ist; der Vorsitzende dieses Komitees wird von der italienischen, sein Stellvertreter von der tschechischen Regierung ernannt. Die österreichische Regierung darf ohne Zustimmung des Kontrollkomitees keinerlei Anleihen aufnehmen. Sie darf ohne Zustimmung des Generalkommissärs über die Erträgnisse der von den Mächten garantierten Anleihe nicht verfügen. Der Generalkommissär kann die Bedingungen festsetzen, unter denen er die Anleiheraten der Regierung zur Verfügung stellt. Da die Regierung das Defizit nicht mehr durch Banknoteninflation decken und da sie ohne Zustimmung des Kontrollkomitees keine Anleihen aufnehmen darf, kann sie die Staatswirtschaft nicht fortführen, wenn der Generalkommissär ihr nicht die Anleiheraten überweist; sie ist daher von der Willkür des Generalkommissärs vollständig abhängig.

Der Genfer Vertrag verpflichtet Österreich drittens, der Regierung unbeschränkte Vollmacht zur Durchführung des mit einer Völkerbundsdelegation und mit dem Generalkommissär zu vereinbarenden Reform- und Sanierungsprogramms zu geben, sodaß die Regierung die zur Durchführung dieses Programms erforderlichen Maßregeln verfügen kann, ohne an das Parlament herantreten zu müssen. Dadurch sollte auch das Gegengewicht der Parlamentsmacht gegen die Auslandskontrolle aufgehoben werden.

Am 17. Oktober kam eine Delegation des Finanzkomitees des Völkerbundes nach Wien, um mit der österreichischen Regierung das „Reform- und Sanierungsprogramm", zu dessen Durchführung binnen zwei Jahren sich Österreich verpflichten sollte, zu vereinbaren. Die Delegation war von Bankiers geführt. Die Tätigkeit der Delegation war von dem Gedanken beherrscht, das Reform- und Sanierungsprogramm müsse Österreich das „Vertrauen des Auslandes", das heißt das Vertrauen der ausländischen Bankiers, die Österreich den Kredit unter der Garantie des Völkerbundes gewähren sollen, gewinnen. „Der öffentliche Kredit," sagt Marx, „beruht auf dem Vertrauen, daß sich der Staat durch die Juden der Finanz exploitieren läßt." Sollte uns das Reform- und Sanierungsprogramm Kredit in London, in Paris, in Amsterdam werben, so mußte es den Beweis erbringen, daß sich der österreichische Staat von der internationalen Hochfinanz willig ausbeuten lassen wolle. Die Auffassungen der Bankiers, die die Verhandlungen führten, die Rücksicht auf die Bankiers, die den Kredit gewähren sollten, sie bestimmten den Inhalt des „Wiederaufbaugesetzes", in dem das Reform- und Sanierungsprogramm niedergelegt wurde; sein Entwurf machte es anschaulich, daß die Finanzkontrolle des Völkerbundes nichts anderes sein konnte als die Kontrolle der internationalen Hochfinanz. Das Wiederaufbaugesetz will die Finanzen der Republik einerseits durch rücksichtslose Besteuerung der Volkmassen, anderseits durch rücksichtslosen Abbau der Bundesangestellten sanieren. Die Sanierung soll ausschließlich auf Kosten der breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erfolgen, während die heimischen besitzenden Klassen ängstlich geschont werden, dem ausländischen Kapital aber das wertvollste Eigentum der Republik verpfändet und die Selbständigkeit der Republik preisgegeben wird.

Die Sozialdemokratie hatte zu Beginn der Verhandlungen Seipels in Genf ihre Stellung fest umgrenzt: Keinen Anschluß an Italien! Aber auch keine Kontrolle des Völkerbundes, die über die bloße Kontrolle der Sicherung des Zinsendienstes für eine internationale Anleihe hinausgeht! Seipel hatte sich in Genf um diesen Einspruch nicht gekümmert. Er war überzeugt, daß Österreich die Hilfe des Auslandes nicht ablehnen werde, auch wenn die Bedingungen noch so drückend wären. Er fürchtete die Kontrolle des Auslandes über unser gesamtes öffentliches Leben nicht; überzeugt, daß sich das Parlament zu den harten Maßregeln, die die Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt erfordert, aus eigenem Willen nicht werde entschließen können, wünschte er es unter den Zwang der Auslandskontrolle zu setzen. Er setzte auf die Kontrolle des Auslandes geradezu seine Hoffnung: die Kontrolle der ausländischen kapitalistischen Regierungen über Österreich sollte die österreichische Bourgeoisie von der Kontrolle durch das österreichische Proletariat befreien. Die Verhandlungen in Genf waren geheim. Durch das Geheimnis gedeckt, stimmte Seipel den Bedingungen zu, die die Unabhängigkeit Österreichs vollständig aufhoben. Das österreichische Volk erfuhr das Ergebnis der Verhandlungen erst, als sie schon abgeschlossen waren. Erst am 5. Oktober erfuhr es, daß sein Kanzler seine Souveränität um 520 Millionen Goldkronen verkauft hatte. Und die Gefahren dieser Preisgabe unserer Selbständigkeit wurden anschaulich, als die Vereinbarungen mit der Delegation des Völkerbundes den Genfer Pakt konkretisierten. So mußten wir

den schärfsten Kampf gegen den Genfer Vertrag und gegen das Wiederaufbaugesetz aufnehmen.

Aber diesen Kampf mußten wir unter den ungünstigsten Bedingungen führen. Das österreichische Volk hatte vier Jahre furchtbarster Geldentwertung erlebt. Vier Jahre lang war es von furchtbarer Teuerung gequält worden. Es hatte schließlich im August den Zustand der Panik erlebt, in dem die vollständige Vernichtung des Wertes des Papiergeldes die Lebensmittelzufuhr aus dem Ausland überhaupt unmöglich zu machen drohte. Nun war es mit einemmal anders geworden. Seitdem die Aussicht auf den großen Auslandskredit bestand, sank der Kronenkurs nicht mehr, die Warenpreise begannen zu sinken, die Panik war geschwunden. Diese guten Wirkungen von Genf waren da. Sie waren jedermann fühlbar. Die bösen Wirkungen, die die Sozialdemokraten voraussagten, waren vorerst nichts als Prophezeiungen. Die Stimmung der breiten Volksmassen bis tief in die Reihen der Beamten und Angestellten hinein war für Genf. Wir mußten unseren Kampf gegen die Stimmung breiter Volksmassen führen.

Und in diesem Kampfe mußte unser Ziel ein anderes, weiteres sein als die bloße Verwerfung des Genfer Vertrages. Wir hatten die Krise des August erlebt. Wir wußten: wird der Genfer Vertrag verworfen, dann besteht vorerst keine Aussicht auf Auslandskredite; dann drohen, wenn nicht gleichzeitig die energischesten Maßregeln zur Abwehr des Währungszusammenbruchs getroffen werden, neuer Sturz der Krone, neue Teuerungswelle; dann entsteht die Gefahr wieder, daß die Lebensmitteleinfuhr aus dem Ausland überhaupt zu stocken beginnt, daß Österreich in eine Hungerkatastrophe stürzt. Darum mußten wir sagen: Wir dürfen die Ratifizierung des Genfer Vertrages nur unter der Bedingung verhindern, daß wir gleichzeitig finanzpolitische Maßregeln durchsetzen können, die die drohende Währungskatastrophe zu verhindern geeignet sind

Solche Maßregeln waren möglich. Man konnte durch eine Zwangsanleihe in Valuten und Devisen von den Banken und den Börsenmitgliedern 120 Millionen Goldkronen in ausländischen Zahlungsmitteln anfordern, konnte ferner durch Valorisierung der Zwangsanleihe Segurs ihren Ertrag auf wenigstens 60 Millionen Goldkronen erhöhen, hatte schließlich auch noch einen Goldschatz aus der Liquidation der Österreichisch-Ungarischen Bank im Betrage von 35 Millionen Goldkronen zur Verfügung. Mit diesen Mitteln konnte man das Staatsdefizit für geraume Zeit ohne Beanspruchung der Notenpresse decken, den Kronenkurs stabilisieren und dadurch für die Bilanzierung der regelmäßigen Einnahmen und Ausgaben des Staates Zeit gewinnen. Ökonomisch war es also unzweifelhaft möglich, den wirtschaftlichen Zusammenbruch auch im Falle der Verwerfung des Genfer Vertrages zu verhüten. Aber war es auch politisch möglich? Waren wir imstande, die Regierung Seipel zu stürzen und an ihre Stelle eine Regierung zu setzen, die die Ratifizierung des Genfer Vertrages abgelehnt und gleichzeitig die von uns geforderten Maßregeln finanzieller Selbsthilfe mit solcher Energie und solcher Schnelligkeit ergriffen hätte, daß die Währungskatastrophe wirklich verhütet werde?

Die erste Voraussetzung dafür war, die Volksstimmung gegen Genf zu wenden. Wir begannen eine große Propagandaaktion. Der Parteitag am

14. Oktober leitete sie ein. Massenversammlungen, Massendemonstrationen folgten. Im Grunde war diese Massenaktion ein Kampf um die Seelen der deutschnationalen Intellektuellen, Beamten, Angestellten, Lehrer. Nur wenn es gelang, das nationale Selbstbewußtsein der deutschnationalen Wählerschaft gegen die Unterwerfung Österreichs unter Fremdherrschaft zu mobilisieren, konnten wir hoffen, die Großdeutschen zur Wendung gegen Seipel zu zwingen, die Regierungsmehrheit Seipels zu sprengen und damit die Voraussetzungen für einen neuen Kurs zu schaffen. Aber sehr bald zeigte es sich, daß dieser Versuch nicht gelang. Die Jahre der Geldentwertung hatten gerade die Schichten der Intelligenz, der Beamten- und Angestelltenschaft, die die Masse der deutschnationalen Wählerschaft bilden, am schwersten getroffen. Gerade sie waren nun bereit, die Stabilisierung der Krone um jeden Preis, selbst um den Preis der nationalen Unabhängigkeit, zu erkaufen. Auf dem Deutschen Reich lastete der furchtbare Druck der französischen Reparationsforderungen. Die Mark stürzte unaufhaltsam. In dieser Zeit des Niederganges Deutschlands hatte die deutschnationale Intelligenz in Österreich den Glauben an den Anschluß verloren; so war sie nun bereit, sich der Entente in die Arme zu werfen, um von ihr die Rettung von der Geldentwertung zu empfangen. Das nationale Bürgertum fühlte und dachte nicht mehr national, es fühlte und dachte nur noch bürgerlich; es zog die Stabilisierung der Krone auf Kosten des Proletariats unter der Kontrolle der Entente ihrer Stabilisierung auf Kosten der Bourgeoisie unter der Kontrolle des Proletariats vor. Sehr bald wurden wir gewahr, daß unser Kampf um die nationale Unabhängigkeit im nationalen Lager kein Echo fand; daß unser Kampf gegen die Großdeutschen, die die nationale Unabhängigkeit preisgaben, Großdeutsche und Christlichsoziale erst recht zusammenschweißte. Damit aber schwand alle Hoffnung, mit demokratischen Mitteln die Regierungsmehrheit zu sprengen, den Genfer Vertrag zu werfen.

Zugleich vollzog sich aber auch außerhalb der Grenzen Österreichs ein Ereignis, das die Gefahren unseres Kampfes gegen Genf vergrößerte. Am 29. Oktober zwang in Italien die Revolte des Fascismus die liberale Bourgeoisie zur Kapitulation. Die Regierungsgewalt fiel in die Hände der Fascisten. Damit entstand für uns eine ernste Gefahr: führte unser Kampf gegen Genf zu schweren inneren Verwicklungen in Österreich, so konnte der in Italien zur Macht gelangte Nationalismus auf Verona zurückgreifen, Österreich beim Wort nehmen, das „größere Italien", das der Fascismus der nationalistischen Jugend versprochen hatte, auf der Linie des geringsten Widerstandes zu verwirklichen, Italiens Machtsphäre zur Donau auszudehnen versuchen. So groß die Gefahren des Genfer Vertrages waren, die Gefahr des Wiederauflebens des Projekts von Verona war nun, nach dem Siege des weißen Terrors in Italien, noch viel schlimmer.

Es handelte sich nicht nur darum, Genf zu werfen. Wir durften die Ratifizierung des Genfer Vertrages nur dann verhindern, wenn wir gleichzeitig eine zu tatkräftiger finanzieller Selbsthilfe fähige Regierung bilden konnten. Wie konnten wir zu einer solchen Regierung gelangen? Mit demokratischen Mitteln? Das war unmöglich, da es nicht gelang, die Großdeutschen gegen Genf zu gewinnen, die auf Genf eingeschworne Parlamentsmehrheit zu sprengen. Mit revolutionären Mitteln? Das hieß, der für-

Genf streitenden Volksstimmung gegenüber, den Bürgerkrieg entfesseln, damit die Wirtschaftskatastrophe, die im August gedroht hatte, unabwendbar machen, die Intervention des fascistisch gewordenen Italien heraufbeschwören, also Gefahren provozieren, die noch weit schlimmer gewesen wären als die Gefahren des Genfer Vertrages selbst.

So konnten wir die Ratifizierung des Genfer Vertrages nicht verhindern. Wir mußten also die Kraft der von uns entfesselten Massenbewegung dazu ausnützen, die Gefahren von Genf möglichst zu verringern. Dieser Versuch hatte zwiefachen Erfolg. In einem Punkte gelang es uns, das Diktat von Genf zu durchbrechen. Nach dem Genfer Vertrag sollte das Parlament für zwei Jahre der Regierung die Vollmacht zur Durchführung des „Reform- und Sanierungsprogramms" geben. Wir setzten durch, daß das Parlament diese Vollmacht nicht der Regierung gab, sondern dem „Außerordentlichen Kabinettsrat", das heißt einem Ausschuß des Parlaments selbst. Dadurch wurde die Ausschaltung der Volksvertretung aus den wichtigsten Gesetzgebungsakten verhindert. Zweitens setzten wir eine ganze Reihe wichtiger Änderungen des „Reform- und Sanierungsprogramms" selbst und des seine Durchführung regelnden Wiederaufbaugesetzes durch; dadurch wurde eine ganze Reihe von Anschlägen auf die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse abgewehrt. Erst nachdem uns die Regierung und die Delegation des Finanzkomitees des Völkerbundes diese Zugeständnisse gemacht hatten, konnte der Nationalrat am 2. Dezember den Genfer Vertrag ratifizieren.

Die Entscheidung über den Genfer Vertrag war zunächst eine Entscheidung zwischen den beiden geschichtlichen Tendenzen, deren Kampf die ganze neuere Geschichte Deutschösterreichs erfüllt: zwischen dem Österreichertum und dem Deutschtum. Als das Habsburgerreich zerfiel, hatte sich dieser alte Gegensatz verkörpert in der Doppelregierung, die in Deutschösterreich vom 30. Oktober bis zum 12. November 1918 bestand: im Gegensatz zwischen der Regierung Lammasch-Seipel, der letzten kaiserlichen Regierung, auf der einen und dem von der Provisorischen Nationalversammlung gewählten Staatsrat, der ersten republikanischen Regierung auf der anderen Seite. Die Regierung Lammasch-Seipel war vom Kaiser ernannt worden, um das Sonderfriedensangebot Andrassys zu decken; ihr leitender Gedanke war, Österreich solle sich aus der Katastrophe der Mittelmächte retten, indem es sich von Deutschland trennt, sich der Entente in die Arme wirft, sich durch Befriedigung der slawischen Nationen innerhalb des habsburgischen Imperiums zum Anschluß an die Entente fähig macht. Der Staatsrat verkörperte die entgegengesetzte Tendenz; sein leitender Gedanke war, nach dem Zerfall des Habsburgerreiches müsse Deutschösterreich sein Schicksal von dem Habsburgs trennen und im Anschluß an Deutschland seine Zukunft suchen. Der 12. November 1918 entschied zwischen diesen beiden Tendenzen: die sozialdemokratische Arbeiterschaft und das deutschnationale Bürgertum haben die Regierung Lammasch-Seipel gestürzt und zugleich mit der Republik den Anschluß an Deutschland proklamiert. Aber der Gegensatz zwischen dem Österreichertum und dem Deutschtum in der Seele der Deutschösterreicher wirkte weiter. In der Zeit der Friedensverhandlungen wurde er wieder sichtbar. Unsere Friedensdelegation kämpfte in Saint-Germain um den An-

schluß an Deutschland. Aber das Österreichertum wünschte den Anschluß nicht. Während der Friedensverhandlungen in Saint-Germain verfocht Lammasch den Plan, Österreich solle seine vollziehende Gewalt, einschließlich des Rechtes zur Sanktion aller Gesetze und Staatsverträge und zur Ernennung aller höheren Beamten und Offiziere, einer vom Völkerbund zu ernennenden Kommission übertragen und dafür vom Völkerbund Kredithilfe für seine wirtschaftliche Aufrichtung erlangen. Damals scheiterten freilich beide Pläne. Unser Kampf um den Anschluß scheiterte an dem Widerstand der Entente. Pläne von der Art, wie Lammasch sie entworfen, lehnte der nationale und republikanische Freiheitswille des deutschösterreichischen Volkes damals noch einmütig ab. So führte Österreich ein selbständiges Leben, kein Teil des Deutschen Reiches, aber auch keine Kolonie der Entente. Aber das Elend dieser unfreiwilligen Selbständigkeit zermürbte allmählich den nationalen und republikanischen Freiheitswillen immer breiterer Massen des österreichischen Volkes. Im Herbst 1922, der drohenden Gefahr des Währungszusammenbruchs gegenüber, war bereits das ganze österreichische Bürgertum zur Kapitulation vor der Entente reif geworden. Nun konnte Seipel Lammasch' Vermächtnis vollziehen. Im Vertrag von Genf entsagte Deutschösterreich zum zweitenmal dem Anschluß an Deutschland: das erstemal, durch Annahme des Friedensvertrages, hatte es sich zähneknirschend dem Gebot des übermächtigen Siegers unterworfen; das zweitemal, durch Annahme des Genfer Vertrages hatte es den Anschluß um bares Geld, um 520 Millionen Goldkronen verkauft. Und da Österreich allein nicht seine Wirtschaft aufrechtzuerhalten vermochte, trat an die Stelle des Anschlusses an Deutschland die Unterwerfung unter die Oberhoheit der Entente: in veränderter Gestalt vollzieht der Genfer Vertrag, was Lammasch während der Friedensverhandlungen in Saint-Germain verfochten hatte. So hat schließlich die Konzeption der Regierung Lammasch-Seipel über die Konzeption des Staatsrats gesiegt: Deutschösterreich hat sich von Deutschland getrennt und sich der Entente in die Arme geworfen, um seine Volkswirtschaft vor dem Verfall, die Herrschaft seines Bürgertums vor der Revolution zu retten. Standen im November 1918 die Deutschnationalen an der Seite der Arbeiterklasse gegen das ententistisch gewordene Altösterreichertum, so kämpften im Oktober 1922 die Deutschnationalen und die Altösterreicher vereint gegen die Arbeiterklasse für die Preisgabe unserer nationalen Souveränität an die Entente. In der Seele der Bourgeoisie hatte das Österreichertum über das Deutschtum vollständig gesiegt. Die ganze Bourgeoisie hatte sich von den Ideen des 12. November zu den Konzeptionen Lammasch' gewendet. Der 4. Oktober 1922 war Seipels Revanche für den 12. November 1918. Die nationale Revolution der Deutschösterreicher war liquidiert.

Bedeutet der Genfer Vertrag die Liquidierung der nationalen Revolution, so bedeutet er zugleich eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Liquidierung der sozialen Revolution von 1918. Mit einem Schlage wälzte der Genfer Vertrag die Machtverhältnisse zwischen den Klassen um.

Zum Generalkommissär des Völkerbundes wurde Dr. Zimmerman, der Bürgermeister von Rotterdam, bestellt. Er kam nach Wien, um das von den Bankiers der Völkerbundsdelegation entworfene Reform- und Sanierungsprogramm durchzusetzen; um die Finanzpolitik Österreichs so zu

lenken, daß sie die Bankiers von London, Paris, Amsterdam, Zürich zur Gewährung des Kredits ermutigt. Von den besitzenden Klassen Österreichs wurde er hochwillkommen geheißen: vom ersten Tage an belagerten ihn die Vertreter der Großbanken und der Großindustrie, suchten sie ihn zum Eingreifen gegen die Arbeiterklasse zu bewegen. Mit der Arbeiterklasse Österreichs mußte er in Konflikt geraten, weil das Programm der Bankiers mit den Interessen der Arbeiterklasse in Konflikt geraten mußte. So steht das Proletariat nicht mehr nur der österreichischen Regierung gegenüber, sondern dem fremden Generalkommissär, dessen Macht über Österreich beinahe unbegrenzt ist, weil er jederzeit die Fortführung der österreichischen Staatswirtschaft unmöglich machen kann. Das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen der österreichischen Gesellschaft wurde wesentlich verändert, sobald diese neue Kraft in das Kräftesystem eingeschaltet wurde. Das Gleichgewicht der Klassenkräfte wurde dadurch aufgehoben. Wie so oft in der Geschichte das Gleichgewicht der Klassenkräfte dazu führte, daß sich die Staatsgewalt gegen die Klassen verselbständigte, der Absolutismus sich alle Klassen unterwarf, so wurde hier das Gleichgewicht der Klassenkräfte dadurch aufgehoben, daß sich die Staatsgewalt unter den Schutz des Auslandes flüchtete, der Machthaber des Auslandes zum Herrn über alle Klassen wurde.

Seit dem 3. Oktober 1918 war jede Initiative in Deutschösterreich von der Arbeiterklasse, von der Sozialdemokratie ausgegangen. Die Bourgeoisie hatte uns immer wieder gehemmt und gehindert; aber die Initiative war immer in unseren Händen gewesen. Die Aktion Seipels war die erste Aktion, die aus der Initiative der Bourgeoisie hervorgegangen war. In der Persönlichkeit Seipels hatte sie zum erstenmal einen weitblickenden, tatkräftigen Führer gefunden. Die Durchsetzung des Genfer Vertrages war ihr erster großer Sieg über die Arbeiterklasse, die seit der Genfer Aktion eingetretene Stabilisierung des Kronenkurses ihr erster sichtbarer Erfolg. Das Selbstbewußtsein der Bourgeoisie war gewaltig gestärkt. Hinter Seipel stand nun wirklich die Gesamtheit der besitzenden Klassen: die Christlichsozialen ebenso wie die Großdeutschen, die Großbanken und die Großindustrie ebenso wie die Agrarier und die Zünftler, die Bischöfe ebenso wie die Börse, die jüdisch-kapitalistische Presse ebenso wie das radauantisemitische Hakenkreuzlertum. In der Zeit der Regierungen Mayr und Schober hatten die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien die Machtstellung der sozialdemokratischen Opposition im Parlament gestärkt; das war nun vorbei. Wir stehen im Parlament einer geschlossenen, einheitlich geführten Mehrheit, einer Mehrheit mit wesentlich gestärktem Selbstbewußtsein, einer Mehrheit, deren Regierung überdies auf Grund des Wiederaufbaugesetzes wesentlich erweiterte Vollmachten besitzt, gegenüber. Die Machtstellung der Arbeiterklasse im Parlament ist dadurch empfindlich geschwächt.

Zugleich wurde die wirtschaftliche, die gesellschaftliche Machtstellung der Arbeiterklasse durch die Industriekrise geschwächt, die mit der Stabilisierung des Kronenkurses hereingebrochen war. Die Devisenkurse hatten am 25. August ihren höchsten Stand erreicht. Kurze Zeit senkte die Hoffnung auf einen großen Auslandskredit die Devisenkurse; dann stabilisierte sich der Kronenkurs. Die Spannung zwischen dem Binnen- und dem Außen-

wert der Krone, die bisher den Export der österreichischen Industrie gefördert und den Import ausländischer Industrieprodukte behindert hatte, war damit verschwunden. Die österreichische Industrie hatte in der Zeit der Geldentwertung ihre Kapitalien aufgezehrt, sich mit hohen, zu überaus hohem Zinsfuß zu verzinsenden Bankschulden belastet, ihren Produktionsapparat nicht erneuert; nun stand sie, der Prämie eines sich entwertenden Geldes beraubt, dem Wettbewerb der ausländischen Industrie gegenüber. So brach denn die internationale Absatzkrise, die seit dem Sommer 1920 auf dem ganzen Weltmarkt lastet, jetzt auch nach Österreich ein. Die Krise wurde durch zwei Tatsachen verschärft: einerseits durch den jähen Sturz der Mark unter dem Drucke der Reparationskrise im Herbst 1922 und der Ruhrbesetzung im Jänner 1923; anderseits durch die Drosselung aller staatlichen Arbeiten und Bestellungen, zu der die Finanznot die Regierung zwang, sobald die Banknotenpresse dem Staat nicht mehr zur Verfügung stand. Die Zahl der Arbeitslosen, die im Genuß der Arbeitslosenunterstützung waren, betrug im Monat:

August	31.247
September	38.000
Oktober	58.018
November	83.387
Dezember	117.891
Jänner	161.360
Februar	169.075

Mit der Arbeitslosigkeit wurde auch die Kurzarbeit zur Massenerscheinung. Nach einer Erhebung der Gewerkschaften waren Ende Dezember 1922 von 620.573 organisierten Arbeitern nur noch 275.733 voll beschäftigt, 206.257 nur noch teilweise beschäftigt, 138.583 arbeitslos. Unter dem Drucke der Industriekrise brach das System der Indexentlohnung zusammen; die Arbeiter mußten empfindliche Lohnkürzungen hinnehmen. Selbst das Einkommen der Vollarbeiter sank bedeutend, während die Lebensmittelpreise in den Herbstmonaten nur um ein geringes sanken, schon im Winter wieder zu steigen begannen; Kurzarbeiter und Arbeitslose stürzten in schweres Elend. Die Lebenshaltung der Arbeitermasse, die sich 1919 bis 1921 fühlbar gebessert hatte, wurde nun wieder empfindlich verschlechtert. Die Furcht vor der Entlassung, die Sorge um die Arbeitsstelle machten die Arbeiter den Unternehmern gefügig; die Machtstellung der Betriebsräte in den Betrieben wurde empfindlich geschwächt. Die Gewerkschaften mußten, um Niederlagen zu vermeiden, schweren Kämpfen in der Zeit der Absatzstockung auszuweichen bemüht sein; auch ihre Macht wurde dadurch geschwächt. Die Arbeiter sahen sich auf der ganzen Linie in die Defensive gedrängt. Während die Durchsetzung des Genfer Vertrages das Selbstbewußtsein der Bourgeoisie mächtig stärkte, wurde das Machtbewußtsein der Arbeiterklasse durch die Industriekrise erschüttert.

Wie die Macht der Arbeiterschaft in der Privatindustrie durch die Industriekrise, so wurde die Macht der Angestelltenschaft in den staatlichen Ämtern und Betrieben durch den Abbau der Bundesangestelltenschaft geschwächt. Die erste Forderung der Auslandskontrolle, der der Genfer Vertrag Österreich unterworfen hatte, war der Abbau eines Drittels der gesamten Bundesangestelltenschaft. Bis Ende 1922 mußten 25.000 Bundes-

angestellte entlassen werden; bis Mitte 1924 sollen weitere 75.000 Bundesangestellte aus dem Staatsdienst ausgeschieden werden. Jeder einzelne Bundesangestellte fürchtet nun den Abbau; jeder einzelne wirbt um das Wohlwollen seiner Vorgesetzten, um von dem Abbau verschont zu werden. Die Machtstellung der Gewerkschaften und der Personalvertretungen wurde durch die Furcht der einzelnen vor dem Abbau geschwächt.

Zugleich erstarkten die konterrevolutionären, die fascistischen Tendenzen innerhalb des Bürgertums. Der Sieg des Fascismus in Italien hat überall die nach gewaltsamer Niederwerfung der Arbeiterklasse, nach der Aufrichtung einer zäsaristischen Diktatur drängenden konterrevolutionären Tendenzen gestärkt. Inbesondere in Bayern gewann die nationalsozialistische Bewegung im Herbst 1922 bedeutende Kraft. Sie griff nun auch auf Österreich über. Sehr große Geldmittel, die aus Deutschland zuflossen, erlaubten den Hakenkreuzlern eine lärmende Agitation, die den volkstümlichen Haß gegen die „neuen Reichen" zu antisemitischer Pogromhetze ausnützt und das Elend der Arbeitslosen zu konterrevolutionären Zwecken ausbeutet; sie versuchen es, durch das Elend der Krisenzeit deklassierte Arbeitslose für ihre Sturmtruppen gegen die Arbeiterklasse zu werben und zu kaufen. Ähnliche Anstrengungen machten verschiedene Gruppen der Frontkämpfer und der Heimatwehren. Die Arbeiterklasse antwortet, indem sie ihre Ordnerorganisation ausbaut. Aber die Ordnerorganisation muß nun damit rechnen, daß ihr zahlreiche, zum großen Teil aus gewesenen Offizieren zusammengesetzte, daher militärisch sehr wertvolle, dank den reichen Geldmitteln, über die sie verfügen, sehr gut ausgerüstete Gegner gegenüberstehen. Zugleich versuchen Unternehmerverbände und Fascistenorganisationen auch eine Technische Nothilfe zu schaffen, die zur Niederwerfung von Streiks in lebensnotwendigen Betrieben dienen soll.

Diese ganze Entwicklung hat das Machtbewußtsein der bürgerlichen Regierung überaus gefestigt. Kann sich die Regierung jetzt jederzeit hinter der Autorität des Generalkommissärs des Völkerbundes decken, verfügt sie jetzt im Nationalrat über eine einheitlichere und selbstbewußtere Mehrheit als vordem, so hat sie in einer Zeit der Kurzarbeit, der Arbeitslosigkeit, des Abbaus, der starken fascistischen Rüstungen proletarische Massenerhebungen außerhalb des Parlaments weit weniger zu fürchten als früher. Haben die außerordentlichen Vollmachten, die die Regierung auf Grund des Genfer Vertrages genießt, die parlamentarische Demokratie eingeengt, so ist die funktionelle Demokratie fast völlig verschwunden: die „Staatsautorität" ist wiederhergestellt, die Regierung diktiert nun, wo sie früher mit Personalvertretungen und Gewerkschaften paktieren mußte. Das ist nun nicht mehr die schwache, zaghafte bürgerliche Regierung, wie es die Regierungen Mayr und Schober waren. Das ist die machtbewußte Regierung der besitzenden Klassen, die die Schwächung der Arbeiterklasse ausnützen wollen, um die Klassenherrschaft der besitzenden Klassen wiederherzustellen, die Republik zum Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie auszubauen.

Die Reaktion drückt sich anschaulich in der Finanzpolitik aus, die der Genfer Vertrag eingeleitet hat: hat die Finanzpolitik der Jahre 1919 und 1920 den Schwerpunkt der staatlichen Einnahmenwirtschaft von den Verbrauchsabgaben zu den Besitzsteuern verschoben, so rückt ihn die Durchführung des „Wiederaufbaugesetzes" jetzt wieder von den Besitzsteuern zu

den Verbrauchsabgaben und Zöllen zurück. Dieselbe Tendenz sehen wir im Bereich der Sozialpolitik: von ihrem Ausbau ist keine Rede mehr; in schwerem Kampfe muß die Arbeiterklasse das schon Errungene verteidigen. Dieselbe Tendenz sehen wir im Bereich der Schulpolitik; die Finanzen der Länder werden auf Kosten der Volksschulen saniert, sechzig und siebzig Schulkinder werden in den Ländern (nicht in Wien) wieder in eine Schulklasse zusammengepfercht, die neuen Unterrichtsmethoden werden damit erschlagen. Vor allem aber zeigt sich der neue Kurs in der planmäßigen Offensive der Regierung gegen die drei wichtigsten Stützen der Machtstellung des Proletariats: gegen die von der Arbeiterklasse beherrschten Gemeinden, gegen die Herrschaft der Gewerkschaften über die Verkehrsbetriebe und gegen die Machtposition des Proletariats in der Wehrmacht. Der Klassenkampf der Bourgeoisie gegen das Proletariat nimmt die Gestalt zähen Kleinkriegs der bürgerlichen Bundesregierung gegen die proletarische Herrschaft in der Gemeinde Wien, zähen Kampfes der Verwaltungen der Verkehrsbetriebe gegen die Machtstellung der Personalvertretungen der Eisenbahner, der Postler, der Telegraphen- und Telephonangestellten, ständiger Offensive der Kommanden des Bundesheeres gegen die Befugnisse der Soldatenräte und gegen die Bürgerrechte der Wehrmänner an. Am heftigsten ist die Reaktion im Bundesheer. Die Regierung sucht die in der Schule des Krieges und der Revolution erzogenen, aus der Volkswehr übernommenen Soldaten aus dem Bundesheer möglichst schnell hinauszudrängen; die jungen, erst 1921 und 1922 eingerückten Wehrmänner sucht sie durch planmäßige Begünstigung der Gefügigen, planmäßige Schikanierung der Mißliebigen mürbe zu machen, bis sie zu willenlosen Werkzeugen des reaktionären Offizierskorps werden.

So herrscht jetzt wieder die Bourgeoisie. Mit der Preisgabe der nationalen Selbständigkeit, mit der Unterwerfung unter das Diktat der Auslandskontrolle, mit der Wirtschaftskrise, mit Lohndruck, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, mit furchtbarer Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeitermassen, mit dem Abbau von zehntausenden Beamten und Lehrern, mit der Verelendung des von der Krise zermalmten Kleingewerbes, mit dem Abbau von Schulen und wissenschaftlichen Instituten ist die Herrschaft der Bourgeoisie wiedergekehrt.

Aber noch ist die Restauration der Bourgeoisie nicht vollzogen. Das Proletariat ist augenblicklich geschwächt, aber es ist noch nicht besiegt. Noch sind eine Million Arbeiter und Angestellte in den Gewerkschaften vereinigt. Noch beherrscht die Arbeiterklasse die Hauptstadt, die beinahe drei Zehntel des österreichischen Volkes umfaßt. Noch kann das Proletariat die lebensnotwendigen Verkehrsbetriebe stillegen, wann immer es ihm beliebt. Noch ist das Bundesheer nicht zum brauchbaren Instrument zu gewaltsamer Niederwerfung des Proletariats geworden. Noch verfügt die Bourgeoisie nicht über die Zweidrittelmehrheit im Parlament, kann sie daher die Geschäftsordnung, die der proletarischen Minderheit die Waffe der Obstruktion läßt, und die Verfassung, die die Macht der Mehrheit begrenzt, nicht abändern. Erst wenn es der Bourgeoisie gelingt, dem Proletariat alle diese Machtmittel zu entreißen, erst dann wird die Restauration der Bourgeoisie wirklich vollzogen, wird die Republik, die die Arbeiterklasse begründet hat, wirklich zur Bourgeoisrepublik geworden sein.

§ 19. Die Ergebnisse der Revolution und die Aufgaben der Sozialdemokratie.

Der Krieg hat ganz Europa in eine Revolutionskrise gestürzt. Aber schon nach wenigen Wochen wurde die Demobilisierungskrise in den westeuropäischen Ententestaaten überwunden. Schon 1919 und 1920 erlitt das Proletariat in Deutschland und in Ungarn, in Frankreich und Italien eine Reihe schwerer Niederlagen. Schon seit 1921 ist das internationale Proletariat in die Defensive gedrängt. Die internationale Offensive der Bourgeoisie ist aus wirtschaftlichen und aus sozialen Gründen besonders heftig und besonders gewaltsam. Aus wirtschaftlichen Gründen: die Verarmung Europas durch den Krieg, die Notwendigkeit, die tief gesunkene Akkumulationsrate zu erhöhen, die Schwierigkeit des Konkurrenzkampfes auf dem von schwerer Industriekrise befallenen, durch die Zerrüttung der Währungen deroutierten Weltmarkt treiben zum Lohndruck und zur Rückbildung des Arbeiterschutzes. Aus sozialen Gründen: die Bourgeoisie, durch die Heftigkeit des revolutionären Ansturms 1918 und 1919 erschreckt, fühlt sich nicht mehr sicher genug, sich mit den Herrschaftsmitteln, die ihr vor dem Kriege genügt haben, zu bescheiden. In allen Staaten östlich des Rheins — Österreich ist die einzige Ausnahme — hat sie sich mit den Waffen der Ausnahmegesetzgebung, der Beschränkung der Vereins-, Versammlungs-, Preßfreiheit und der Schwurgerichte ausgerüstet. In vielen dieser Staaten — auch Österreich ist unter ihnen — greift sie zu den Waffen der fascistischen Gewaltorganisationen. So ist in ganz Europa der Revolutionskrise von 1918/19 schwerer Rückschlag gefolgt.

Aber die Revolutionskrise von 1918/19 hat die durch den Krieg aufgeworfenen Probleme nicht gelöst. Es ist dem Imperialismus der Siegermächte nicht gelungen, das deutsch-französische Reparationsproblem zu lösen, die Sowjetrepublik dem europäischen Staatensystem einzugliedern, in dem Raum der einst russischen „Randvölker" und der einst österreichischen „Nachfolgestaaten" dauerhaften Frieden zu begründen, die revolutionäre Gärung zwischen dem Bosporus und dem Tigris, zwischen dem Nil und dem Ganges zu beendigen. Scheint der amerikanische Kapitalismus die schwere Industriekrise der Nachkriegszeit schon überwunden zu haben, so wird die Erholung des europäischen Kapitalismus durch politische Krisen und politische Unruhe gehemmt. Wirtschaftlicher Druck und politische Krisen verschärfen die soziale Unruhe und treiben neuen sozialen Erschütterungen zu.

So scheint die gegenwärtige Entwicklungsphase nur eine Übergangsperiode zwischen zwei revolutionären Prozessen zu sein: zwischen der schweren revolutionären Erschütterung, die Europa 1918/19 erlebt hat, und neuen schweren kriegerischen, revolutionären oder konterrevolutionären Erschütterungen, zu denen die durch den Krieg aufgeworfenen, immer noch ungelösten Probleme zutreiben.

Dieser allgemeinen europäischen Entwicklung entspricht auch die Entwicklung auf dem Boden, den einst die Habsburgermonarchie beherrscht hat. Auch hier ist der revolutionäre Prozeß zunächst unterbrochen.

In der Tschechoslowakei, in Jugoslawien, in Polen, wo die Revolution eine bloß nationale Revolution geblieben ist, hat sie schon 1918, schon mit der Errichtung der neuen Nationalstaaten, ihren Abschluß gefunden. Ungarn hat im Verlauf eines Jahres die Tragödie seiner Revolutionen und seiner Konterrevolution durchlaufen. Deutschösterreich hat der Genfer Vertrag den Abschluß des revolutionären Prozesses gebracht: die nationale Revolution erscheint durch den Genfer Vertrag liquidiert, die soziale Revolution mit der Aufrichtung eines starken, selbstbewußten bürgerlichen Regimes unter dem Schutz der im Völkerbund vereinigten kapitalistischen Regierungen beendet. Aber in Wirklichkeit sind auch hier alle Probleme, die die Revolution von 1918 aufgeworfen hat, immer noch ungelöst.

Der Imperialismus hat die Idee der nationalen Revolution von 1918 verfälscht und vergewaltigt. Er hat den Tschechen, den Polen, den Jugoslawen die nationale Staatlichkeit, um die sie gerungen hatten, gegeben. Aber er hat mit diesen Staatsbildungen nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklicht, sondern neue Herrschaftsverhältnisse geschaffen. Er hat die Grenzen der neuen Staaten so gezogen, daß die nationalen Probleme, die die Habsburgermonarchie gesprengt haben, in den neuen Staaten wieder erstanden. Die Tschechoslowakei vermag die ihr unterworfenen Deutschen, Slowaken, Magyaren, Ruthenen nur mit den Mitteln der Gewalt zu beherrschen. Sobald die Entwicklung der Klassengegensätze innerhalb des herrschenden tschechischen Volkes die nationale Einheitsfront gegen die unterdrückten Nationen sprengt oder schwächt, wird sich diese Gewalt nicht mehr in die Formen parlamentarischer Mehrheitsherrschaft hüllen können. Die tschechoslowakische Republik muß dann in eine schwere Staatskrise geraten. Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen hat nicht das jugoslawische Ideal der Föderation der südslawischen Stämme verwirklicht, es hat vielmehr die südslawischen Stämme einer großserbischen Militärmonarchie unterworfen. Der Gegensatz zwischen dem Jugoslawentum und dem Großserbentum lebt im Kampfe um die Verfassung, in der Auflehnung der Kroaten und der Slowenen gegen den großserbischen Zentralismus fort, er stärkt den reaktionären kroatischen und slowenischen Stammespartikularismus, er hindert die Konsolidierung des jugoslawischen Staates. Auf die Verschärfung der inneren Krisen des tschechischen und des südslawischen Staates lauern die konterrevolutionären Mächte, die in Italien und in Ungarn die Macht an sich gerissen haben; der italienische Fascismus, dem jeder Zusammenstoß zwischen Serben und Kroaten zur Gelegenheit werden muß, seine Herrschaftspläne an der Adria zu verwirklichen; die magyarische Offizierskaste, die auf den magyarischen Irredentismus in der Slowakei, in Siebenbürgen, im Banat auf den slowakischen und den kroatischen Stammespartikularismus ihre Hoffnung setzt. Die Furcht der beiden Slawenstaaten vor dem italienischen Imperialismus und der magyarischen Revanche hält das ganze Gebiet der einstigen Donaumonarchie in latenter kriegerischer Spannung. Jeder Zusammenstoß zwischen diesen Staaten muß aber auch Deutschösterreich in neue schwere Erschütterungen stürzen, auch hier alle nationalen und sozialen Probleme der Revolution von 1918 von neuem aufwerfen. Auch auf dem Boden der österreichisch-ungarischen Monarchie scheint also der revolutionäre Umwälzungsprozeß nur unterbrochen, nicht abgeschlossen zu

sein. Auch hier ist die Periode der Reaktion, die wir durchleben, wahrscheinlich nur eine Übergangsperiode zwischen zwei revolutionären Prozessen.

Niemand vermag vorauszusehen, wie lange diese Übergangsperiode dauern wird. Es ist gewiß möglich, daß sie bald ein jähes Ende findet. Aber es ist ebensowohl möglich, daß sie viele Jahre dauern wird. Wir müssen uns daher zunächst auf diese Übergangsperiode einstellen, uns ihr Wesen, ihre Probleme, ihre Aufgaben verständlich zu machen suchen.

Der überwiegenden Mehrheit der deutschösterreichischen Bourgeoisie ist die Republik im Jahre 1918 aufgezwungen worden. Die Traditionen der überwiegenden Mehrheit der deutschösterreichischen Bourgeoisie sind altösterreichisch, habsburgisch. Die junge Republik erschien der Bourgeoisie als Mittel starker, drohender Machtentfaltung des Proletariats; so konnte sie die Liebe der Bourgeoisie nicht erwerben. Sobald der Rückschlag der Revolution der Bourgeoisie wieder Hoffnung gab, hoffte sie zunächst die Restauration der Habsburger. Die Restauration Habsburgs — das bedeutet der Bourgeoisie die Niederwerfung des Proletariats. Die Restauration Habsburgs — das bedeutet der Bourgeosie die Hoffnung auf die Wiederherstellung des großen Reiches, auf die Wiedergewinnung ihrer verlorenen Absatz-, Handels-, Herrschaftsgebiete. Aber die Erfahrungen der beiden Habsburgerputsche von 1921 belehrten die Bourgeoisie, daß die Restauration Habsburgs unmöglich ist, solange die Macht der Tschechoslowakei und Jugoslawiens ungebrochen ist. Die Bourgeoisie mußte sich mit der Republik abfinden. Nicht die Republik zu stürzen, sondern sie zu erobern, das Gleichgewicht der Klassenkräfte aufzuheben und an seine Stelle die Herrschaft der Bourgeoisie zu setzen, die Volksrepublik in eine Bourgeoisrepublik zu verwandeln — das allein kann in der Übergangsperiode das Ziel der Bourgeoisie sein.

Allein zu schwach, dieses Ziel zu erreichen, warf sich die Bourgeoisie den kapitalistischen Regierungen des Auslandes in die Arme. Der Genfer Vertrag will die Republik nicht stürzen, sondern ihre Finanzen sanieren. Aber zugleich verändert er den sozialen Inhalt der Republik. Unter dem Deckmantel der Sanierung der Republik vollzieht er die Restauration der Bourgeoisie.

Parlamentsmehrheit und Regierung bilden die Christlichsozialen mit der viel kleineren großdeutschen Partei in ihrer Gefolgschaft; bilden also die Parteien, die sich auf die vom katholischen Klerus geführten Groß- und Mittelbauern und auf das städtische Kleinbürgertum stützen. Diese Klassen haben nicht, wie das tschechische und das polnische Bürgertum, demokratische, revolutionäre Traditionen; sie standen bis 1918 im Lager der habsburgischen Konterrevolution und stehen mit ihren Herzen heute noch dort. Die Republik ist ihnen nichts als eine nun einmal gegebene Tatsache, der sie vorläufig nicht entrinnen können; ihr Republikanertum ist ihre Furcht vor den Tschechen. Männliche Freiheitsliebe, ohne die wirkliche Demokratie nicht möglich ist, ist ihnen fremd; als Herren der Demokratie fühlen sie sich nur hinter dem diktierenden Kontrollor des Auslandes in Sicherheit. Ihre Wirtschaftspolitik ist durch die überwiegende Machtstellung der Agrarier in ihrer Mitte bestimmt; ihre Sozialpolitik durch den Ärger des Bauern über die Begehrlichkeit seines Knechts, den

Ärger des Kleinbürgers über das Rebellentum seines Gesellen; ihre Kulturpolitik durch die dumpfe Enge des Wirtshauses in der alpenländischen Kleinstadt. Der römische Klerikalismus beherrscht sie; von dem Kardinal-Erzbischof empfangen sie ihre Weisungen. Da sie, sich der Auslandskontrolle willig unterwerfend, ihren Nationalismus verloren haben, finden sie dürftigen Ersatz für ihn in einem Antisemitismus, der, da ihre Regierung von den jüdischen Großbanken abhängig ist, das jüdische Kapital nicht angreifen darf, sich im Radau gegen jüdische Gelehrte und Studenten ausleben muß. Die politische Herrschaft dieser reaktionären Kleinbürgerei — das ist die Bourgeoisrepublik in Österreich.

Aber die politisch-parlamentarische Herrschaft des Kleinbürgertums ist immer und überall nur eine Verhüllung der wirtschaftlichen Herrschaft des Finanzkapitals; alle kleinbürgerliche Demokratie wird zur Bankokratie. Wenn die kleinbürgerlichen Parteien die Arbeiterklasse niederhalten, ihr die Lasten des Staatshaushaltes auferlegen, die Arbeiterschutzgesetzgebung abbauen, das Bundesheer in ein wirksames Instrument zur Niederhaltung der Arbeiterklasse verwandeln, eine Technische Nothilfe schaffen, so tun sie mit alledem nur, was das große Finanz-, Industrie- und Handelskapital braucht. So ehrlich sie den jüdischen Bourgeois hassen mögen, so besorgen sie wider Willen doch seine Geschäfte. Denn Nutznießer der Niederhaltung des Proletariats kann nicht das durch die Geldentwertung pauperisierte bodenständige Bürgertum, können nur die in der Zeit der Geldentwertung aufgestiegenen „neuen Reichen" sein. Die ökonomische Herrschaft dieser, um mit Engels zu reden, „recht gemeinen, recht schmutzigen, recht jüdischen Bourgeois" — das ist die Bourgeoisierepublik in Österreich.

Aber auch diese „neuen Reichen" beherrschen nur einen Teil unseres Produktions- und Zirkulationsapparats. In großem, von Monat zu Monat wachsendem Maße ist ausländisches Kapital in unsere Banken und unsere Industrieunternehmungen eingedrungen. In vielen Fällen sind die österreichischen Generaldirektoren nur noch die Fronvögte ausländischer Kapitalisten. Und diesem ökonomischen Herrschaftsverhältnis entspricht seit Genf auch das politische: in vielen Beziehungen ist die österreichische Regierung nur noch das Exekutivorgan des ausländischen Generalkommissärs. Der eigentliche, der letzte Nutznießer der Niederhaltung des österreichischen Proletariats wird das ausländische Finanzkapital sein, das uns immer stärker wirtschaftlich und politisch beherrscht. Die nationale Fremdherrschaft des ausländischen Kapitals, ausgeübt mittels der ökonomischen Herrschaft des österreichischen Kriegsgewinner- und Schiebertums, dessen Unternehmungen das ausländische Kapital kontrolliert, und mittels der politischen Herrschaft der reaktionären österreichischen Kleinbürgerei, die sich willig dem Diktat des ausländischen Generalkommissärs ergibt — das ist der letzte Sinn der Bourgeoisrepublik in Österreich.

Aber die Bourgeoisrepublik in Österreich ist noch keineswegs vollendet. Bourgeoisie und Proletariat haben in Österreich vier Jahre lang einen Positionskrieg geführt, in dem zwar die eine Klasse die andere zeitweilig zurückdrängen, aber keine der beiden Klassen der anderen ihre entscheidenden Machtpositionen entreißen konnte. So verfügt die Arbeiterklasse in Österreich auch heute noch über Machtpositionen und Machtinstrumente, die der Aufrichtung einer schrankenlosen Herrschaft der Bourgeoisie im Wege

sind. Diese Machtstellungen und Machtmittel muß die Bourgeoisie dem Proletariat zu entreißen versuchen, um ihre Klassenherrschaft aufzurichten.

Es ist denkbar, daß die Bourgeoisie dies durch einen Gewaltstreich versuchen wird; ist doch durch die offizielle, legale Reaktion seit Genf die inoffizielle, illegale Reaktion der zu einem Gewaltstreich rüstenden Hakenkreuzler, Frontkämpfer, Heimatwehren sehr gestärkt worden. Die Arbeiterklasse muß daher zur Abwehr eines gewaltsamen Angriffs gerüstet bleiben. Aber wenn die Arbeiterklasse hinreichend gerüstet ist, dann wird die Bourgeoisie einen gewaltsamen Angriff schwerlich wagen. Den offenen Bürgerkrieg kann die Bourgeoisie nicht wünschen; er würde ja den Kredit Österreichs im Ausland vollständig vernichten, damit den auf Auslandskredite gegründeten Genfer Plan zerreißen und dadurch die Grundlage der ganzen Herrschaft der Bourgeoisie zerstören. Die Bourgeoisie wird diesen auch ihr so gefährlichen Weg um so mehr scheuen, als sie seiner gar nicht bedarf. Denn wenn die Staatsmacht einige Jahre lang in den Händen einer vom Generalkommissär des Völkerbundes, der mit diktatorischer Gewalt über die Staatsfinanzen verfügt, gestützten und gestärkten, gemäß dem Genfer Vertrag mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteten Bourgeoisregierung bleibt, dann kann diese Bourgeoisregierung durch planmäßige Arbeit binnen wenigen Jahren die Machtpositionen des Proletariats zerbröckeln, ohne sie gewaltsam zerschlagen zu müssen.

Das gilt vor allem von unserer Machtstellung im Bundesheer. Die Wehrmänner, die durch die Schule des Krieges und der Revolution gegangen sind, scheiden nach der Beendigung ihrer Dienstzeit aus dem Heere aus. Die jungen Rekruten, die an ihre Stelle treten, durch Begünstigung der Willfährigen und Schikanierung der Selbstbewußten kirre zu machen und bei der Auswahl der Wehrmänner, die zu Offizieren ausgebildet werden, die bürgerlich Gesinnten zu bevorzugen, ist den Kommanden sehr leicht möglich. Auf diesem Wege kann ein planmäßig arbeitender Heeresminister, ohne allzu großes Aufsehen hervorzurufen, ohne allzu große Kämpfe zu provozieren, das Bundesheer binnen wenigen Jahren in ein verläßliches Instrument zur Niederwerfung und Niederhaltung des Proletariats verwandeln. Ebenso kann eine starke bürgerliche Regierung planmäßig die bürgerlichen Selbstschutzorganisationen stärken, die proletarischen schwächen; kann sie den Einfluß der Personalvertretungen und der Gewerkschaften in den Bundesbetrieben schrittweise zurückdrängen und eine Technische Nothilfe zur Abwehr von Streiks in lebensnotwendigen Betrieben ausrüsten; kann sie die Finanzen der Gemeinde Wien planmäßig schädigen, dadurch die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Verlegenheiten stürzen und auf diese Weise die Herrschaft der Arbeiterklasse in dem weitaus größten Bundeslande untergraben; kann sie durch das friedliche Mittel von Parlamentswahlen die Zweidrittelmehrheit im Nationalrat erobern und sodann die Geschäftsordnung des Nationalrates so abändern, daß die parlamentarische Opposition auf wirkungslose Kritik beschränkt wird. Auf diese Weise kann eine starke bürgerliche Regierung binnen wenigen Jahren die wichtigsten Machtpositionen des Proletariats allmählich zerbröckeln. Gelingt ihr das, dann steht der dreifachen Herrschaft der Bourgeoisie — der politischen Herrschaft der reaktionären Kleinbürgerei, der wirtschaftlichen Herrschaft des Kriegsgewinner- und

Schieberkapitals, der nationalen Fremdherrschaft der internationalen Hochfinanz — keine Gegenkraft mehr entgegen. Dann ist die Republik zur reinen Bourgeoisrepublik geworden.

Es ist selbstverständlich, daß sich das Proletariat gegen diese Verwandlung der von der Arbeiterklasse begründeten und erhaltenen Republik in ein Instrument der Klassenherrschaft der Bourgeoisie wehren muß. Aber welches politische System kann das Proletariat dem sich seit Genf entwickelnden System der Bourgeoisrepublik entgegensetzen? Die deutsch-österreichische Arbeiterklasse konnte nicht einmal in der Zeit der stärksten revolutionären Spannung 1918/19 ihre Alleinherrschaft aufrichten. Sie kann es heute, in einer Zeit, in der das Proletariat in ganz Europa in die Defensive gedrängt ist, noch viel weniger. Im November 1918 hat das Proletariat die Waffengewalt an sich gerissen, während die Bourgeoisie, von den Ereignissen überrascht und moralisch tief erschüttert, unbewaffnet war. Seither hat die Bourgeoisie vier Jahre Zeit gehabt, zu rüsten. Die Aufrichtung der Alleinherrschaft der Arbeiterklasse — gleichgültig, ob in der Form einer Sowjetdiktatur oder in der Gestalt einer nur von einer Minderheit des Parlaments gestützten „Arbeiterregierung" nach kommunistischem Rezept — könnte heute nur das Ergebnis vollständigen Sieges des Proletariats im blutigen Bürgerkrieg sein. Jeder Bürgerkrieg, mitten zwischen dem Ungarn Horthys, dem Jugoslawien des reaktionären Großserbentums, dem Italien des Fascio, dem Bayern der Orgesch unternommen, hätte aber die bewaffnete Intervention des Auslandes zur Folge. Schon im September 1922, in den Genfer Verhandlungen haben die Vertreter der kapitalistischen Mächte die Frage erörtert, ob sie nicht die Besetzung Österreichs durch eine internationale Gendarmerie zur Bedingung der Kreditgewährung machen sollen; je mehr fremde Kredite Österreich tatsächlich zugeflossen sein werden, je mehr ausländisches Kapital in Österreich tatsächlich investiert sein wird, desto gewisser werden sich die kapitalistischen Regierungen im Falle eines Bürgerkrieges in Österreich zu bewaffneter Intervention, das heißt: zu gewaltsamer Niederwerfung des österreichischen Proletariats entschließen. Ein Sieg im Bürgerkrieg, aus dem allein die Diktatur des Proletariats oder die „Arbeiterregierung" nach kommunistischer Vorstellung hervorgehen könnte, ist also in der gegenwärtigen Periode unmöglich. Während der ganzen Übergangsperiode ist die Diktatur des Proletariats ebenso unmöglich, ebenso unerreichbar wie die Restauration der Monarchie. Wie sich die Bourgeoisie in der Übergangsperiode nicht die habsburgische Konterrevolution als Ziel setzen kann, sondern nur die Bourgeoisrepublik, so kann das Proletariat in der Übergangsperiode nicht seine Diktatur durchsetzen, sondern nur die Volksrepublik.

Klassenherrschaft der Bourgeoisie oder Wiederherstellung des Gleichgewichts der Klassenkräfte, Alleinherrschaft der Bourgeoisie oder Teilung der tatsächlichen Macht im Staate zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, Bourgeoisrepublik oder Volksrepublik — das ist das Kampfobjekt der Übergangsperiode, der Periode der proletarischen Defensive.

Der Glaube, daß der Genfer Vertrag die kranke österreichische Volkswirtschaft heilen werde, hat alle Schichten des Bürgertums und der Bauernschaft unter dem Kommando der Reaktion vereinigt. Er hat jede Auf-

lehnung des nationalen Selbstbewußtseins gegen die Fremdherrschaft des internationalen Finanzkapitals verhindert. Er erlaubt es der Bourgeoisregierung, unter dem Vorwand der Sanierung der Volkswirtschaft die Geschäfte der Reaktion zu besorgen. Hat der Glaube an Genf den Vorstoß der Bourgeoisie ermöglicht, so wird die Enttäuschung über Genf die Gegenwehr des Proletariats wirksam machen.

Bis 1918 sicherte die Einheit des mit Zollmauern umgürteten österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes der österreichischen Industrie den Absatzmarkt, dem Wiener Handel und dem Wiener Bankwesen die herrschende Stellung in dem großen Gebiet eines 50-Millionen-Reiches. Die Revolution der Jugoslawen, der Tschechen, der Polen hat dieses Wirtschaftsgebiet zerschlagen. Sieben Achtel unseres alten Wirtschaftsgebietes sind seither durch hohe Zölle gegen unsere Arbeitsprodukte abgesperrt. In sieben Achteln des Gebietes, von dem uns vordem hohe Zölle die ausländische Konkurrenz fernhielten, müssen wir jetzt mit den Industrien des Auslandes konkurrieren, deren Produktionsstätten den Kohlenlagern und dem Meere näher liegen als die unseren und deren Produktionsapparat technisch vollkommener ist als der unsere. Das ist das Problem der deutschösterreichischen Volkswirtschaft: Wird unsere Industrie nach dem Verlust von sieben Achteln ihres zollgeschützten Marktes noch bestehen, werden sich unser Handel und unser Bankwesen nach dem Verlust ihrer Herrschaftsstellung in dem alten großen Wirtschaftsgebiet noch behaupten können, werden wir also die Massen unserer städtischen Bevölkerung, deren Existenz bisher auf Industrie, Handel, Bankwesen gegründet war, noch ernähren können? Die Geldentwertung hat dieses Problem verhüllt: die Geldentwertung gab der Industrie eine außerordentliche Exportprämie, die Spannung zwischen dem Innen- und dem Außenwert der Krone gab dem Handel außerordentliche Wirkungsmöglichkeiten, die Schwankungen der Valutenkurse gaben den Banken ein ergiebiges Aktionsfeld. Erst die Stabilisierung des Geldwertes deckt das wirkliche Problem der deutschösterreichischen Volkswirtschaft auf. Erst jetzt wird es sich zeigen, welche Zweige unserer Industrie, unseres Handels, unseres Bankwesens nunmehr, nach dem Verlust ihrer alten Herrschaftsstellung in einem großen zollgeschützten Wirtschaftsgebiet, überhaupt noch lebensfähig sind, welche zur Zusammenschrumpfung, zur industriellen Rückbildung verurteilt sein werden. Erst jetzt wird es sich zeigen, in welchem Maße die ungünstigen Standorte und Produktionsbedingungen unserer Industrie durch niedrige Löhne der Arbeiter und Angestellten, durch niedrige Lebenshaltung der Massen, also durch kulturelle Rückbildung kompensiert werden, damit die Industrie den freien, nicht mehr durch Zollschutz wie bis zum Herbst 1918, nicht mehr durch die Geldentwertung wie bis zum Herbst 1922 modifizierten Wettbewerb mit Industrien, die unter günstigeren Produktionsbedingungen arbeiten, überhaupt bestehen könne. Erst jetzt wird es sich also zeigen, welcher Teil unserer städtischen Bevölkerung infolge der industriellen Rückbildung überhaupt nicht mehr Arbeit und Brot in der Heimat wird finden können und welcher Teil unserer Arbeiter und Angestellten Arbeit und Brot in unserer Industrie nur um den Preis finden wird, daß er sich mit niedrigerer Lebenshaltung bescheidet, also auch auf niedrigerem Kulturniveau verbleibt als die Ar-

beiter und Angestellten anderer, unter günstigeren Bedingungen produzierender Länder. Das Problem unserer nationalen Wirtschaft, wie weit wir unsere Volksmassen überhaupt und wie weit wir sie zu erträglichen Bedingungen zu beschäftigen vermögen, wie weit wir also zu industrieller und wie weit zu kultureller Rückbildung verurteilt sind, wird durch den Genfer Vertrag, durch die bloße Ordnung unserer Staatsfinanzen und unserer Währung nicht nur nicht gelöst, sondern erst ganz aufgedeckt.

Die Ursache der Krankheit unserer Volkswirtschaft ist die Tatsache, daß ein industrieller Wirtschaftskörper, der einem Wirtschaftsgebiet mit 50 Millionen Einwohnern angepaßt war, in ein Wirtschaftsgebiet mit sechs Millionen Einwohnern eingepfercht worden ist. Nur ein Symptom dieser Krankheit war die Geldentwertung. Aber die Massen, vier Jahre lang an den Folgen der Geldentwertung leidend, hielten das Symptom für die Krankheit selbst. Sie unterwarfen sich willig der schmerzhaften Operation, die das Symptom beseitigt, weil sie damit die Krankheit selbst geheilt glaubten. Allmählich erst erfahren sie, daß Genf nicht die Krankheit heilt, sondern nur eines ihrer Symptome, daß es nur an die Stelle einer Erscheinungsweise der Krankheit eine andere setzt, an die Stelle der Geldentwertung die Arbeitslosigkeit, den Lohndruck, die industrielle und kulturelle Rückbildung. In dem Maße, als sich die Enttäuschung über die Wirkungen der Operation verbreitet, wächst die Auflehnung gegen die Operation und die Operationsmethoden. Es wächst der Widerstand der Massen gegen Sanierungsmethoden, die die Staatsfinanzen auf Kosten der Volkswirtschaft sanieren; die alle Lasten der Sanierung den breiten Volksmassen auferlegen, die besitzenden Klassen aber ängstlich schonen; die jeden Wunch der internationalen Hochfinanz zum unverbrüchlichen Gesetz für uns erheben. Es wird wachsen der Widerstand des um der Sanierung willen unterdrückten nationalen Selbstbewußtseins gegen die Fremdherrschaft und des um der Sanierung willen unterdrückten Kulturbewußtseins gegen die Herrschaft reaktionärer, klerikaler Kleinbürgerei. Diese anwachsende Unzufriedenheit politisch wirksam zu machen, die von der Wirtschaftskrise getroffenen Massen der Angestellten und Kleingewerbetreibenden, die vom Abbau bedrohten Beamten, die sich gegen die Fremdherrschaft auflehnenden Intellektuellen um die von der Krise mit voller Wucht getroffene Arbeiterklasse zu scharen, die Entwicklung der öffentlichen Meinung gegen die Reaktion zu fördern, durch all das die Bourgeoisregierung zu erschüttern und schließlich zu stürzen, der Arbeiterklasse wirksame Kontrolle über die Verwaltung wiederzuerobern und damit zu verhindern, daß die bürgerliche Regierung ihre Macht zu allmählicher, planmäßiger Zerbröckelung der entscheidenden Machtmittel des Proletariats benützen könne — das ist die nächste Aufgabe, die die Sozialdemokratie in der Übergangsperiode zu bewältigen hat.

Wird die Bourgeoisie die Machtmittel des Proletariats nicht gewaltsam zu zerbrechen, sondern allmählich zu zerbröckeln bemüht sein, so wird dieser Kampf nicht mit den Waffen des Bürgerkrieges, sondern auf dem Boden der Demokratie, mit den Kampfmitteln der Demokratie geführt werden müssen. Nicht die Köpfe einzuschlagen, sondern die Köpfe zu gewinnen wird daher in diesem Kampfe die Aufgabe sein. Vor allem gilt es, die Organisationen des Proletariats durch die Industriekrise ungeschwächt,

unerschüttert hindurchzuführen. In Zeiten der Krise erst bewährt sich die auf unerschütterlicher Überzeugungstreue, auf größter Opferwilligkeit, auf unüberwindlicher Zähigkeit ihrer Mitglieder beruhende Kraft proletarischer Organisationen! Darüber hinaus aber gilt es, die Kleinbauern und Häusler, die Angestellten und Beamten in unsere Front zu bringen. Wir werden sie desto leichter gewinnen, je klarer wir das unmittelbare Kampfziel umgrenzen. Wir werden die vielen, die die Hoffnung auf Genf der Reaktion in die Arme geworfen hat, gewinnen, wenn wir ihnen klarzumachen vermögen, daß wir nicht die Sanierung der Staatsfinanzen bekämpfen, sondern den Mißbrauch der Sanierungsaktion zur Aufrichtung der politischen Herrschaft der Reaktion und der ökonomischen Herrschaft der Bankokratie; wenn wir der Restauration der Bourgeoisie den gerade diesen Mittelschichten gegenüber werbekräftigen Gedanken der Volksrepublik entgegensetzen, in der keine Klasse die andere beherrscht, sondern alle Klassen an der Staatsmacht verhältnismäßigen Anteil haben.

Eines der demokratischen Mittel, die potentielle Energie der sich auf diese Weise gegen die Restauration der Bourgeoisie sammelnden Volksmassen in politische Macht umzusetzen, sind die Wahlen. Gelingt es der Reaktion, bei der nächsten Nationalratswahl nur einige Sitze auf unsere Kosten zu gewinnen, dann verfügt sie über die Zweidrittelmehrheit im Parlament. Dann kann sie die Geschäftsordnung des Nationalrates so ändern, daß wir die Mehrheit an schrankenloser Herrschaft nicht hindern können. Dann hat sie die Zeit gewonnen, die sie braucht, um unsere wichtigsten Machtpositionen außerhalb des Parlaments planmäßig zu zerbröckeln. Umgekehrt, gewinnen wir bei den Wahlen auf Kosten der Bourgeoismehrheit, dann wird das Regime der Reaktion unhaltbar, dann stürzt es zusammen, dann droht auch unseren außerparlamentarischen Machtstellungen, die noch der Vollendung der Restauration der Bourgeoisie im Wege sind, keine Gefahr mehr.

Gelingt es, das Regime der Reaktion zu stürzen, dann wird sich uns vielleicht wieder das Problem aufdrängen, ob wir unsere parlamentarische und außerparlamentarische Macht durch Beteiligung an der Regierung voll wirksam machen können und sollen. Es ist keineswegs gewiß, daß uns diese Frage gestellt wird. Die Erfahrung der zwei Jahre vom Oktober 1920 bis zum Oktober 1922 hat gezeigt, daß schwachen bürgerlichen Regierungen gegenüber ein starkes Proletariat das Gleichgewicht der Klassenkräfte aufrechterhalten kann, ohne unmittelbar an der Regierung teilnehmen zu müssen. Aber in einer Zeit, in der das Selbstbewußtsein der Bourgeoisie, ihrer Parteien und ihrer Regierung wesentlich erstarkt ist, in der die Regierung dank der Stütze des ausländischen Generalkommissärs und dank den außerordentlichen Vollmachten, die sie auf Grund des Genfer Vertrages erlangt hat, wesentlich mächtiger geworden ist, kann eine Situation eintreten, in der wir das Regime der Restauration der Bourgeoisie nicht stürzen können, wenn wir nicht bereit sind, es durch eine Koalitionsregierung unter unserer Teilnahme zu ersetzen; eine Situation, in der wir die allmähliche Zerbröckelung der wichtigsten Machtpositionen des Proletariats nicht verhindern können, wenn wir nicht unmittelbaren Anteil an der Regierungsgewalt, unmittelbare Kontrolle der Staatsverwaltung erlangen.

Nicht nur die Erfahrungen der russischen, der deutschen, der tschechischen Revolution, auch unsere eigenen Erfahrungen im Jahre 1920 haben die ernsten Gefahren einer Koalition der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien deutlich gezeigt; diese Gefahren wären doppelt groß in einer Zeit, in der die Handlungsfreiheit der Regierung durch die internationale Finanzkontrolle eingeengt ist; in der die Wirkungsmöglichkeit der Sozialdemokratie in der Regierung durch das erstarkte Machtbewußtsein der Bourgeoisie wesentlich eingeschränkt würde; in der Industriekrise und Massenarbeitslosigkeit einer Regierung, an der Sozialdemokraten teilnehmen, besonders schwierige Aufgaben stellten. Anderseits aber haben die Erfahrungen des August und September 1922, der Zeit der Verhandlungen in Verona und in Genf gezeigt, welche große Machtquelle doch selbst einem starken Proletariat gegenüber die Verfügung über die Regierungsgewalt ist; wie die Bourgeoisie, wenn sie allein im Besitz der Regierungsgewalt ist, diese Macht ausnützen kann, um das Proletariat plötzlich vor vollzogene Tatsachen zu stellen, die das Proletariat dann nicht wieder rückgängig machen kann, und dadurch die Machtverhältnisse sehr wesentlich zuungunsten der Arbeiterklasse zu verschieben. Die Sozialdemokratie kann daher die Teilnahme an einer Koalitionsregierung weder unter allen Bedingungen anstreben, noch unter allen Bedingungen ablehnen. Von der konkreten historischen Situation, aus der eine solche Koalitionsregierung hervorgeht, von den bestimmten geschichtlichen Bedingungen, unter denen sie entsteht und wirkt, hängt es ab, ob die Koalitionsregierung ein zweckdienliches, ein wirksames Mittel im Klassenkampf sein kann.

Die erste Koalitionsregierung im Jahre 1919 war das politische Instrument, mittels dessen die Arbeiterklasse ihre Vorherrschaft ausübte. Sobald der Rückschlag der internationalen Revolution, sobald die wirtschaftliche Umwälzung und soziale Umschichtung in Österreich selbst diese Vorherrschaft erschüttert hatte, wurde die Koalitionsregierung zuerst durch die Klassengegensätze in ihrem Schoße gelähmt und schließlich durch die Verschärfung der Klassengegensätze gesprengt.

Seit dem Oktober 1920 blieb die Regierungsgewalt in den Händen der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie hat uns in den Jahren 1920 bis 1922 wiederholt eine neue Koalition angeboten. Wir haben sie immer wieder abgelehnt. Aus zwei guten Gründen.

Das beherrschende Problem war damals das Problem der Geldentwertung. Wir durften in die Regierung nicht eintreten, ohne die Möglichkeit zu haben, mit unseren Mitteln der Geldentwertung halt zu gebieten. Unsere Mittel zur Stabilisierung der Krone — das waren: Anforderung der Valuten und Devisen, valorisierte Zwangsanleihe, Anforderung von Gratisaktien, Zwangsverbände der Industrie als Steuergesellschaften. So energische Eingriffe in das Eigentumsrecht hätten wir aber in der ganzen Zeit vom Sommer 1920 bis zum Sommer 1922 auch in einer Koalitionsregierung nicht durchsetzen können; dazu war der Widerstand der Bourgeoisie schon viel zu stark geworden. Die Koalitionsregierung war also damals für uns kein brauchbares Mittel, die positive Aufgabe, die damals zu lösen war, zu lösen.

Die Koalitionsregierung hätte damals daher nur ein Mittel der Verteidigung der schon errungenen Machtpositionen der Arbeiterklasse sein können. Aber zu diesem Zwecke war uns damals keine Koalition notwendig.

Den schwachen bürgerlichen Regierungen dieser Periode gegenüber konnten wir die Machtstellungen der Arbeiterklase verteidigen, ohne an der Regierung teilnehmen zu müssen.

Erst im August 1922 drohte die Währungskatastrophe eine Situation herbeizuführen, in der der Bourgeoisie nichts anderes mehr übriggeblieben wäre, als sich unseren finanzpolitischen Forderungen zu unterwerfen. Erst in diesem Augenblick konnte der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung positiven Zweck, positive Bedeutung erlangen. In diesem Augenblick erklärten wir uns zur Bildung einer Konzentrationsregierung bereit. Aber im letzten Augenblick noch gelang es der Bourgeoisie, die Hilfe des ausländischen Kapitals zu erlangen und dadurch der Situation, die sie zur Kapitulation vor unseren finanzpolitischen Forderungen gezwungen hätte, zu entrinnen.

Seither lehnt die führende, von Seipel repräsentierte Gruppe der Bourgeoisie jede Koalition mit der Sozialdemokratie entschieden und schroff ab. Sie will im Alleinbesitz der durch den Genfer Vertrag wesentlich gestärkten Regierungsgewalt bleiben, weil ihr nur der Alleinbesitz der Regierungsgewalt ermöglicht, die außerparlamentarischen Machtpositionen der Arbeiterklasse allmählich, planmäßig zu zerbröckeln, um schließlich, auf ein reaktionär gewordenes Heer, auf starke bewaffnete Selbstschutzorganisationen, auf eine ausgebaute Technische Nothilfe gestützt, die Arbeiterklasse völlig niederzuwerfen.

In dieser wesentlich veränderten Lage ist es die nächste Aufgabe der Arbeiterklasse, dieses Regime der Restauration der Bourgeoisie zu stürzen, und kann es nach seinem Sturze notwendig werden, an seine Stelle eine Koalitionsregierung der Sozialdemokratie mit einer oder der anderen bürgerlichen Partei zu setzen. Das wäre freilich eine ganz andere Koalitionsregierung als die von 1919. War die Koalitionsregierung von 1919, die Koalitionsregierung in der Zeit der höchsten revolutionären Spannung, ein Instrument der Vorherrschaft der Arbeiterklasse, so wäre die neue Koalitionsregierung, die Koalitionsregierung der Übergangsperiode, nur ein Instrument der Defensive des Proletariats, ein Instrument der Arbeiterklasse, ihre gefährdeten außerparlamentarischen Machtpositionen zu erhalten und dadurch die Rückbildung der Volksrepublik zur Bourgeoisrepublik zu verhindern. Konnten wir 1920 bis 1922 das Gleichgewicht der Klassenkräfte aufrechterhalten, ohne an der Regierung teilnehmen zu müssen, kann jetzt eine Situation eintreten, in der wir an der durch den Genfer Vertrag gestärkten Regierungsgewalt unmittelbaren Anteil haben müssen, wenn wir die dauernde Festigung einer unbeschränkten Klassenherrschaft der Bourgeoisie verhüten wollen.

Aber auch in der durch die Wirkungen des Genfer Vertrages sehr wesentlich geänderten Lage darf die Sozialdemokratie nicht unbedingt, nicht in jedem beliebigen Augenblick in eine Koalitionsregierung eintreten. Unser Eintritt in eine Koalitionsregierung muß auch jetzt an zwei Voraussetzungen geknüpft sein.

Die Sozialdemokratie kann nur als Beauftragte, als Sachwalterin des Proletariats an einer Regierung teilnehmen, sie darf nicht gegen den Willen des Proletariats über das Proletariat regieren. Sie darf im Besitze der Regierungsgewalt die breiten Massen des Proletariats nur mit geistigen

Mitteln führen, nicht mit den Mitteln der Gewalt niederhalten. Daher ist die erste Voraussetzung jeder Teilnahme der Sozialdemokratie an einer Koalitionsregierung, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse die Koalitionsregierung will. Im Jahre 1920 mußten wir aus der Koalitionsregierung austreten, weil sich breite Arbeitermassen von der Koalitionsregierung enttäuscht abwendeten. Auch jetzt dürfen wir in eine Koalitionsregierung nur dann eintreten, wenn die breite Masse der Arbeiter überzeugt ist, daß wir die jetzt wesentlich erstarkte Regierungsgewalt nicht der Bourgeoisie allein überlassen können, wenn nicht unsere wichtigsten Machtmittel planmäßig unterminiert, allmählich zerbröckelt werden sollen; daß daher jetzt eine Koalitionsregierung, auch wenn sie nicht ein Mittel der Vorherrschaft der Arbeiterklasse, sondern nur ein Instrument zur Wiederherstellung des Gleichgewichts der Klassenkräfte ist, auch wenn sie dem Proletariat keine wesentlichen neuen Errungenschaften bringt, sondern ihm nur die bedrohten Errungenschaften der vergangenen Revolutionsperiode erhält und rettet, ein unentbehrliches Mittel des Verteidigungskampfes der Arbeiterklasse sein kann.

Die Sozialdemokratie kann an einer Koalitionsregierung nur teilnehmen, wenn uns die Teilnahme an der Regierung nicht bloßen Schein der Macht, sondern wirkliche Macht bringt. Wäre die Koalitionsregierung nur das Ergebnis einer zufälligen Kombination, dann gäbe sie uns bloßen Schein der Macht; denn solange die Bourgeoisie imstande ist, auch ohne uns und gegen uns die Republik zu regieren, wird sie unsere Teilnahme an der Regierung nicht mit wesentlichen Zugeständnissen, nicht mit Einräumung wirklicher Macht erkaufen. Nur wenn die Koalitionsregierung das schließliche Ergebnis unseres energischen Kampfes gegen die Regierung der Bourgeoisie ist; erst wenn dieser Kampf breite Schichten der Bourgeoisie mit der Überzeugung erfüllt hat, daß die Bourgeoisie den Staat ohne uns und gegen uns überhaupt nicht mehr oder doch nicht ohne die größten Schwierigkeiten und ernstesten Gefahren zu regieren vermag, nur dann und erst dann wird die Bourgeoisie unsere Teilnahme an der Regierung mit wesentlichen Zugeständnissen, mit Einräumung wirklicher Macht erkaufen müssen; nur dann und erst dann wird die Koalitionsregierung ein wirksames Mittel im Verteidigungskampfe der Arbeiterklasse sein. Daher ist es die zweite Voraussetzung unseres Eintritts in eine Koalitionsregierung, daß eine solche Regierung nicht eine bloß parlamentarische Kombination, sondern das schließliche Ergebnis eines energisch, leidenschaftlich und zäh geführten Klassenkampfes, nicht das Ergebnis einer parlamentarischen Intrige, sondern der Ausdruck einer realen Verschiebung der Machtverhältnisse der Klassen, nicht eine bloße Parteienverbindung, sondern der Ausdruck des wiederhergestellten Gleichgewichts zwischen den Klassenkräften ist. Nur unter dieser Voraussetzung bedeutet eine Koalitionsregierung nicht den Verzicht auf den Klassenkampf, sondern sein Resultat, nicht die Einstellung des Klassenkampfes, sondern ein Mittel zur Durchsetzung und Stabilisierung seiner Ergebnisse, nicht die Illusion der Aufhebung der Klassengegensätze, sondern den Ausdruck eines zeitweiligen realen Machtverhältnisses zwischen den kämpfenden Klassen.

Diese Voraussetzungen des Eintritts der Sozialdemokratie in eine Koalitionsregierung sind derzeit nicht gegeben. Sie können aber vielleicht im

Verlauf der Entwicklung, die seit dem Genfer Vertrag eingesetzt hat, vielleicht durch die fortschreitende Auflösung der durch den Genfer Vertrag hervorgerufenen Illusionen, durch die fortschreitende Auflehnung immer breiterer Massen gegen die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Regimes der bourgeoisen Restauration, keinesfalls aber anders als in unserem entschiedensten Kampfe gegen dieses Regime hergestellt werden.

Die Kommunisten lehnen jede Teilnahme einer Arbeiterpartei an einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien bedingungslos ab. Aber wenn wir in einer Zeit, in der die Alleinherrschaft der Arbeiterklasse unmöglich ist, jede Koalitionsregierung ablehnen, dann unterwerfen wir uns damit nur freiwillig der Alleinherrschaft der Bourgeoisie; dann geben wir selbst der Bourgeoisie den Freibrief, die wichtigsten Machtpositionen der Arbeiterklasse planmäßig zu unterminieren und allmählich zu zerbröckeln. Umgekehrt erscheint manchen Fraktionen der bürgerlichen Demokratie die Vereinigung aller Parteien zu einer gemeinsamen Regierung als ein unter allen Umständen, unter allen Bedingungen erstrebenswertes Ziel. Aber wenn Sozialdemokraten in eine Koalitions- oder Konzentrationsregierung eintreten, ohne in dieser Regierung wirkliche Macht üben, wirksam der Arbeiterklasse dienen zu können, dann erschüttern sie nur das Vertrauen der Arbeitermassen zur Sozialdemokratie, zerstören sie damit nur die Klassenorganisation des Proletariats, auf der seine Macht beruht. Wir dürfen keine Koalitionspolitik treiben, wie sie die tschechische, zeitweilig auch die reichsdeutsche Sozialdemokratie getrieben hat: eine Politik, in der die Koalition nur die Unterordnung der Sozialdemokratie unter ein tatsächlich bourgeoises Herrschaftssystem bedeutet. Aber wir müssen verstehen, daß die Behauptung der allerwichtigsten Machtpositionen des Proletariats davon abhängig sein kann, ob wir rechtzeitig, das heißt ehe sich die Bourgeoisie dieser Machtpositionen bemächtigt, eine Situation zu erkämpfen vermögen, in der die Bourgeoisie gezwungen ist, uns einen Anteil an der realen Macht einzuräumen und uns damit die von ihr bedrohten Machtpositionen wieder zu übergeben.

Der Kampf, den wir zu führen haben, ist ein Kampf um Klassenmacht. Und von der Klassenmacht hängt die Durchsetzung der Klasseninteressen ab; hängt es vor allem ab, in welchem Verhältnis die einzelnen Klassen zu den Kosten der finanziellen Sanierung werden beitragen müssen. Aber es geht nicht um Macht und Interessen allein. Wie in jedem großen Klassenkampf birgt sich auch in diesem Kampf um Klassenmacht und Klasseninteressen ein Kampf zwischen zwei verschiedenen Typen staatlichen, gesellschaftlichen, kulturellen, geistigen Lebens, die durch die kämpfenden Klassen repräsentiert werden.

Solange der Staat keinerlei Gewaltmittel zur Niederwerfung großer proletarischer Massenbewegungen besitzt, muß er immer wieder das Einvernehmen mit den Massen, das freiwillige, aus eigener Einsicht hervorgehende Einverständnis der Massen suchen; kann er also die Massen nur mit geistigen Mitteln führen. Sobald der Staat über die Gewaltmittel verfügt, die Massen niederzuhalten und niederzuwerfen, bedarf es dessen nicht mehr. Die Mittel der Gewalt ersetzen dann die Mittel der geistigen Führung. Solange der Staat die Massen nur mit geistigen Mitteln führen kann, bedarf er der Vermittlung der Organisationen; diese Funktion macht die

Organisationen zu Organen des Staates und Mitbeherrschern des Staates zugleich. Sobald der Staat die Massen mit den Mitteln der Gewalt niederhalten kann, bedarf er der Vermittlung der Organisationen nicht mehr. Die Ansätze zur Entwicklung einer funktionellen Demokratie, die die Revolution hervorgebracht hat, verkümmern dann; der Staat fällt auf die Stufe einer rein parlamentarischen Demokratie zurück. Solange der Staat über Gewaltmittel zur Niederhaltung des Proletariats nicht verfügt, ist die Demokratie wirkliche Selbstregierung der Volksgesamtheit. Sobald der Staat hinreichende Mittel zur Niederhaltung des Proletariats besitzt, vermag die Bourgeoisie, wenn nur die Wahlen ihr die Mehrheit in dem Parlament der Republik sichern, das Proletariat unbeschränkt zu beherrschen; die Demokratie verwandelt sich dann zur bloßen Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Das also ist der Sinn des Kampfes: es ist der Kampf zwischen dem Geist und der Gewalt als Regierungsmittel; zwischen der funktionellen und der bloß parlamentarischen Demokratie als Regierungsmethode; zwischen der Demokratie als wirklicher Selbstregierung der Volksgesamtheit und der Demokratie als bloßer Form der Klassenherrschaft.

Von dem Ergebnis dieses Kampfes hängt die ganze Einstellung der Arbeitermassen zum Staat ab. Bis zur Revolution von 1918 war der Staat den Arbeitermassen eine ihnen fremde, ihnen feindliche Gewalt. Durch die Revolution von 1918 wurde die Arbeiterklasse mit einem Schlag zur Trägerin des Staatsgedankens. Der Wille, die Republik zu erhalten und zu schützen, war das mächtige Motiv der Selbstzucht, der Selbstbeherrschung der Arbeitermassen in den Hunger- und Sturmzeiten von 1919 und 1920. Der republikanische Enthusiasmus hob die Arbeiterklasse zur Vorkämpferin der Verteidigung der Republik in der Burgenlandskrise von 1921. Die Entschlossenheit, die Republik zu retten, war die Quelle der Opferwilligkeit des Proletariats in den finanzpolitischen Kämpfen von 1922. Und mit dem Verhältnis der Arbeiterklasse zum Staat hat sich auch ihr Verhältnis zur Nation verändert. Bis zur Revolution von 1918 war die Arbeiterklasse die Todfeindin der nationalen Politik, deren Inhalt die Aufrechterhaltung der Herrschaft der deutschösterreichischen Bourgeoisie und Bürokratie über die anderen Nationen der Habsburgermonarchie war. Durch die Revolution von 1918 wurde die Arbeiterklasse zur Trägerin der nationalen Politik, deren Inhalt nun nur noch das Selbstbestimmungsrecht des deutschösterreichischen Volkes sein kann. Die Arbeiterklasse war die Trägerin des nationalen Gedankens im Kampfe um den Anschluß an Deutschland in den Jahren 1918 und 1919, im Kampfe um das Burgenland 1921, im Kampfe gegen die Unterwerfung Deutschösterreichs unter die Fremdherrschaft einer internationalen Finanzkontrolle im Jahre 1922. Aber gerade mit dieser Unterwerfung hat eine rückläufige Bewegung eingesetzt. Verwandelt sich der Staat wieder in eine Klassenorganisation der besitzenden Klassen, die die Arbeiterklasse gewaltsam niederhält, dann entfremden sich die Arbeitermassen wieder dem Staat, sie beginnen wieder, den Staat als eine ihnen fremde, ihnen feindliche Gewalt zu betrachten. Organisiert sich die Nation wieder als Herrschaftsorganisation der besitzenden Klassen, dann tritt die gewaltsam niedergehaltene Arbeiterklasse unvermeidlich wieder in schroffen Gegensatz zur Idee der Nation. Was, vom Standpunkt der Arbeiter-

klasse aus gesehen, die Frage ist, ob die Arbeiterklasse den Staat mitbeherrschen, die Nation mitführen oder von der den Staat beherrschenden, sich als Nation konstituierenden Bourgeoisie beherrscht werden soll, ist, vom Standpunkt des Staates und der Nation aus gesehen, die Frage, ob sich Staat und Nation die Arbeitermassen, auf deren Arbeit alle staatliche Organisation und alles nationale Kulturleben beruhen, geistig eingliedern oder ob Staat und Nation wieder zu Organisationen der besitzenden Klassen zusammenschrumpfen, ob sie die Arbeitermassen wieder als bloße Untertanen des Staates, bloße Hintersassen der Nation gewaltsam beherrschen und damit auf die geistige Eingliederung der breiten arbeitenden Massen in sich verzichten sollen.

Das ist der staatliche, der nationale, der kulturelle Gehalt der Probleme, die uns die Übergangsperiode, in der wir leben, stellt. Aber ist es auch unsere nächste Aufgabe, unsere Kampfziele in dieser Übergangsperiode innerhalb des in ihr Möglichen, Erreichbaren, klar zu bestimmen und unsere Kampfmethoden den Bedingungen dieser Übergangsperiode anzupassen, so müssen wir uns bei alledem doch immer dessen bewußt bleiben, daß die Ziele der Übergangsperiode eben doch nur vorübergehende, nur Übergangsziele, die Losungen der Übergangsperiode doch nur Übergangslosungen sind; daß unsere Aufgaben wesentlich andere, wesentlich größere sein werden, wenn erst die Übergangsperiode zu Ende gehen, wenn der jetzt unterbrochene revolutionäre Prozeß wieder von neuem einsetzen wird; daß das labile Gleichgewicht der aus dem Kriege hervorgegangenen staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung Europas früher, als wir glauben, durch Ereignisse aufgehoben werden kann, die eine neue Revolutionsperiode einleiten.

In der Übergangsperiode bleibt unsere nationale Existenz durch die Schranken der Verträge von St. Germain und Genf begrenzt. Wir können in der Übergangsperiode nur innerhalb dieser Schranken die Reste unserer nationalen Selbständigkeit verteidigen, nicht diese Schranken selbst sprengen. Wenn aber erst neue große revolutionäre Erschütterungen in Europa die Friedensverträge von Versailles, St. Germain, Riga zerreißen und das auf sie gegründete Staatensystem zerbrechen; wenn das innere Gefüge der tschechoslowakischen Republik und des jugoslawischen Königreiches in schwere Krise gerät und die permanente latente Kriegsgefahr in dem ganzen einst von den Habsburgern beherrschten Raum akut wird, dann wird uns das Problem unserer nationalen Existenz wieder so gestellt sein, wie es uns 1918 gestellt war. Da der Genfer Vertrag das Problem unserer selbständigen nationalen Existenz nicht löst; da die bloße Sanierung unserer Staatsfinanzen das Problem unserer volkswirtschaftlichen Existenz nicht nur nicht löst, sondern erst stellt, wird die unter den Existenzbedingungen eines Fünfzigmillionenreiches entstandene österreichische Volkswirtschaft in jeder europäischen Krise den ihr allzu engen Rahmen des kleinösterreichischen Wirtschaftsgebietes zu sprengen versuchen. In jeder europäischen Krise werden wir wieder vor dem Problem von 1918 stehen: Übernationale Föderation der Donauvölker oder nationaler Zusammenschluß der Deutschen; Wiederherstellung der habsburgischen Monarchie oder Anschluß an die Deutsche Republik!

In der Übergangsperiode ist die Volksrepublik, in der keine Klasse über die andere herrscht, sondern die Macht zwischen allen Klassen des Volkes geteilt ist, das allein mögliche, allein erreichbare Ziel unserer Kämpfe. Aber die Volksrepublik ist nicht die Aufhebung der Klassengegensätze, nicht das Ende der Klassenkämpfe; die Klassengegensätze können nicht aufgehoben werden, solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, die Klassenkämpfe nicht enden, solange das Volk in Klassen, deren Interessen und Ideale einander widerstreiten, geschieden bleibt. Die Volksrepublik ist nichts als ein Ausdruck zeitweiligen Gleichgewichts zwischen den Kräften der Klassen — eines Gleichgewichts, das immer wieder durch die in ihrem Schoße weitergeführten Klassenkämpfe aufgehoben zu werden droht. Wenn erst neue große Erschütterungen in Europa den Klassenkrieg zwischen Kapital und Arbeit einer neuen großen Entscheidungsschlacht zutreiben, dann wird auch in Österreich das Gleichgewicht der Klassenkräfte aufgehoben; dann steht auch hier die Wahl nur noch zwischen der Konterrevolution der Bourgeoisie und der Revolution des Proletariats, zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Vor zwei gleich verhängnisvollen Irrtümern müssen wir uns hüten. Wir müssen uns hüten vor dem Irrtum der Kommunisten, die der Arbeiterklasse in der Übergangsperiode Aufgaben stellen möchten, die erst in einer neuen revolutionären Periode lösbar werden können. Sie verwechseln die Gegenwart mit der Zukunft. Wir müssen uns aber ebenso auch hüten vor dem Irrtum kleinbürgerlicher Demokraten, die die Volksrepublik, die nur die Übergangsform der Übergangsperiode ist, für den Abschluß der Entwicklung halten, über den uns keine neue revolutionäre Periode mehr hinausführen könne. Sie verwechseln die Zukunft mit der Gegenwart.

Wie die Menschheit auf dem Wege vom Feudalismus zum Kapitalismus durch eine lange Reihe einander folgender revolutionärer Prozesse hindurchgehen mußte, von denen jeder Übergangsformen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens geschaffen hat, die erst durch den folgenden revolutionären Prozeß wieder überwunden, in höhere Übergangsformen überführt wurden, bis schließlich auf diese Weise durch die mannigfaltigsten Übergangsformen hindurch der Weg vom reinen Feudalstaat des 13. bis zum reinen Bourgeoisstaat des 19. Jahrhunderts zurückgelegt war, so wird die Menschheit auch auf dem Wege vom Kapitalismus zum Sozialismus eine lange Reihe revolutionärer Prozesse durchmachen, durch eine ganze Kette staatlicher und gesellschaftlicher Übergangsformen hindurchgehen müssen.

Ein solcher revolutionärer Prozeß, einer von vielen, die einander folgen müssen, war die Revolution von 1918. Die Revolution, die das alte Habsburgerreich zerstört hat, war nicht unsere Revolution, nicht die Revolution des deutschösterreichischen Proletariats; sie war die Revolution der tschechischen, der jugoslawischen, der polnischen Bourgeoisie. Aber das deutschösterreichische Proletariat hat diese bürgerlich-nationale Revolution ausgenützt, um auch auf seinem Boden den absolutistischen Obrigkeitsstaat zu zerstören, um seine Macht in Staat, Land und Gemeinde, in Kaserne, Amt und Schule, in Fabrik, Werkstatt und Gutshof gewaltig zu vergrößern. Das Ergebnis dieser Revolution war die Volksrepublik, ein Übergangszustand gesellschaftlichen Lebens, der noch auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ruht, aber das kapitalistische Wirtschaftsleben unter der Kontrolle

eines nicht mehr von den Herrenklassen der kapitalistischen Gesellschaft allein regierten Staates hält; ein Übergangszustand staatlichen Lebens, in dem der Staat nicht mehr von der Bourgeoisie allein und noch nicht vom Proletariat allein beherrscht werden kann, nicht mehr ein Instrument der Bourgeoisie zur Niederhaltung des Proletariats und noch nicht ein Instrument des Proletariats zur Überwindung der Wirtschaftsherrschaft der Bourgeoisie ist. Heute ist die Revolution von 1918 abgeschlossen; die Aufgabe des Proletariats beschränkt sich vorläufig darauf, die Ergebnisse dieser Revolution zu verteidigen, den aus ihr hervorgegangenen staatlichen und gesellschaftlichen Übergangszustand gegen die Reaktion der Bourgeoisie wiederherzustellen und festzuhalten. Sobald aber die durch die Revolution von 1918 ungelösten Probleme, nach ihrer Lösung drängend, einen neuen revolutionären Prozeß einleiten, wird der aus der Revolution von 1918 hervorgegangene staatlich-gesellschaftliche Übergangszustand gesprengt, im Sturme einer neuen Revolution zu einem anderen, einem höheren Übergangszustand übergeführt. So muß die Arbeiterklasse durch eine Kette von Revolutionen hindurchgehen, nach jeder Revolutionsphase die aus ihr hervorgegangene Übergangsform staatlich-gesellschaftlichen Lebens gegen Rückschläge so lange verteidigen, bis eine neue Revolutionsphase es ihr ermöglicht, die aus der vorausgegangenen entstandene Übergangsform im Sturme der Revolution zu einer neuen, höheren Übergangsform weiterzuentwickeln. Auf diese Weise muß die Arbeiterklasse zu immer neuen, immer höheren Formen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, immer neuen Phasen in dem weltgeschichtlichen Prozeß der Umbildung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische aufsteigen, bis schließlich das Ziel erreicht, bis die sozialistische Gesellschaft verwirklicht ist. In diesem revolutionären Prozeß verwirklicht und vollendet sich schließlich die aus der Revolution von 1918 hervorgegangene Idee der Volksrepublik. Denn wenn die Volksrepublik heute nur der Ausdruck vorübergehenden Gleichgewichts zwischen den Kräften der einander bekämpfenden Klassen sein kann, das durch den Klassenkampf immer wieder aufgehoben werden muß, so findet sie ihre Vollendung erst in der sozialistischen Gesellschaft, die mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln die Scheidung der Gesellschaft in Klassen, Klassengegensatz und Klassenkampf aufhebt und damit erst die nicht mehr in gegensätzliche Klassen zerrissene Volksgemeinschaft verwirklicht.

Sachregister.

Abstempelung der Banknoten 132, 144, 199, 200.
Achtstundentag 164, 165, 166, 190, 191, 205, 212.
Agrargesetzgebung 122, 123, 178, 211, 212.
Alpine Montangesellschaft 162, 178, 179.
Annexion Bosniens 10, 11, 12, 24, 25, 41, 50, 62, 73, 86.
Anschluß an Deutschland 51, 62, 67, 68, 69, 74, 78, 101 bis 103, 112, 114, 127, 143 bis 158, 230, 232 bis 234, 265, 268. 269, 270, 289.
Antisemitismus 205, 207, 213, 273, 278.
Arbeiterräte 63, 65, 121, 122, 123, 124, 125, 138, 139, 140, 141, 142, 184, 185, 186, 188, 189, 198, 218, 219, 230, 231, 232, 260.
Arbeiterschutzgesetzgebung 166, 205, 220, 274, 278.
Arbeiterurlaube 165, 166.
Arbeitslöhne 203, 204, 208, 252, 253, 254, 272, 281.
Arbeitslosigkeit 121, 163, 164, 203, 212, 220, 272
Attentat auf Stürgkh 56, 57.
Auslandskredite 119, 227, 233, 234, 239, 249, 251, 252, 255 bis 257, 259, 260, 262, 265.

Balkankrieg 1912 11, 25, 41, 50.
Bauernschaft 122 bis 124, 128, 211, 212, 214.
Bayern 138, 230, 231, 273.
Betriebsräte 166. bis 171, 173, 174, 175, 176, 185, 186. 189, 190, 210, 272.
Bezirksverwaltung 222.
Böhmerwaldgau 106, 132.
Brest-Litowsk, Friede von 31, 32, 34, 35, 46, 47, 63, 68, 112.
Brünner Programm 52, 53, 61, 62, 73.
Burgenland 155, 218. 227, 229, 234 bis 241.

Deutschböhmen 67, 105, 106, 108, 127, 131, 132, 147, 158, 228.
Deutsche Revolution 73, 80, 100, 102, 121, 148, 162, 196, 197, 198, 199, 214.
Deutschsüdtirol 153, 154.
Dichtkunst 208 bis 210.
Diktatur des Proletariats 121, 122, 126, 137, 138, 139, 142, 183, 218, 219, 280.

Finanzpolitik 227, 249 bis 261, 266, 267, 273, 278.
Freier Handel 123, 124, 212, 221, 226.
Friedensverhandlungen in Saint-Germain 151 bis 161, 235, 270.
Friedensverhandlungen 1917 16, 17, 18, 29, 36, 46, 58 bis 60, 112.
Funktionelle Demokratie 187, 188, 226, 243, 245, 273, 288.

Geldentwertung 161, 200, 201, 227, 248, 249 bis 261, 267, 268, 281, 282.
Gemeinden 103, 190, 212, 222, 223, 274.
Gemeinwirtschaftliche Anstalten 169, 170, 172 bis 177, 191, 256.
Gewerkschaften 163, 167, 183, 174, 175, 176, 184, 185, 186, 188, 191, 203, 204, 212. 226, 228, 254, 260, 272, 273, 274, 279.
Gildensozialismus 172, 187.

Habsburger:
Thronverzicht 101, 127.
Landesverweisung 127, 129, 224.
Putsche 229, 230, 232, 238, 239, 240, 277.

Heer:
K. u. k. Heer 27, 29, 53, 55, 58, 66, 71 bis 73, 79, 83, 84, 88 bis 94, 97, 111.
Volkswehr 98 bis 100, 108, 120, 121, 122, 124, 128, 131, 132, 134, 135, 139, 140, 141, 142, 183, 198, 214, 217.
Bundesheer 215 bis 218, 219, 224, 229, 236 bis 238, 240, 244, 274, 278, 279.
Heimatwehren 124, 230, 231, 232, 273, 279.
Industrielle Konjunktur 118, 121, 161, 162, 197, 198, 202, 203, 204, 205, 252, 254, 271, 272, 275, 281, 282.
Intelligenz 160, 206 bis 211, 268.
Italien 15, 119, 133, 135, 146, 153, 154, 179, 197, 239, 241, 262 bis 265, 268, 276.
Jännerstreik 1918 63 bis 65.
Juden 124, 205, 207, 212, 213, 266, 271, 278.
Jugoslawien 1 bis 20, 67, 75, 77, 79, 82, 84, 108, 110 bis 112, 133 bis 136, 158, 159, 229, 239, 240, 262, 263, 276, 289.
Kapp-Putsch 197, 214, 215, 218, 230.
Kärnten 108, 124, 134 bis 136, 149, 153, 154, 155, 178, 231, 263.
„Kinderfreunde" 193.
Koalitionspolitik 128, 129, 130, 218, 219, 220, 231, 245, 246, 260 bis 262, 264, 283 bis 287.
Kommunisten 65, 103, 121, 138 bis 142, 152, 197, 198, 199, 219, 224, 231, 280, 287, 290.
Konsumgenossenschaften 169, 183, 174, 175, 184, 254, 260.
Kriegsmarine 66, 82, 133.
Kriegswirtschaft 55, 121, 123, 125, 162, 166, 171, 221, 226, 231.
Länderpartikularismus 107, 108, 125, 149, 178, 221, 222, 223, 230, 233, 234.
Lana, Vertrag von 255 bis 257, 263.
Lebensmittelkredite 119, 249, 251.
Lebensmittelzuschüsse 250, 254, 255.
„Linke" 56, 58, 60, 62, 63, 65, 66 bis 70, 101, 104, 218.
Londoner Vertrag 1915 15, 153, 154.
Mieterschutz 206.
„Mitteleuropa" 28, 46, 54, 58, 68, 69.
Mittelstand 160, 206 bis 211.
Nationalökonomie 162, 211.
Nationalratswahlen 224, 225.
Nationalsozialisten 273, 279.
Nationalversammlung:
Provisorische 75, 76, 77, 78, 83, 96, 101, 103.
Konstituierende 127, 132.
„Neue Linke" 218, 219, 225, 231.
„Neue Reiche" 205, 207, 210, 213, 278.
Oberösterreich 122, 138, 139.
Ordnerorganisation 232, 238, 239, 244, 273.
Pazifismus 60, 80, 86, 207.
Personalvertretungen 171, 184, 226, 273, 274, 279.
Polen 37 bis 48, 63, 65, 67, 75, 84, 110 bis 112, 158, 159, 197, 219, 276.
Putschversuch am 15. Juni 1919 140, 141.
Regierungen der Republik:
Provisorische Regierung 96.
Erste Koalitionsregierung 129, 130, 141, 157, 183 bis 185.
Zweite Koalitionsregierung 161, 174, 179, 213, 214.
Proporzregierung 220.
Regierung Mayr 225, 226.
Regierung Schober 233, 255, 256.
Regierung Seipel 258.
Reichskrise 1905 8, 9, 10, 11, 23, 52, 73, 85.
Republik 51, 62, 78, 82 bis 84, 100, 101, 102, 103, 127, 157, 188, 214, 215, 218, 227, 229, 242, 246, 247, 277.
Rote Garde 97, 99, 141, 142.
Rumänien 46, 59, 86, 137, 141, 160, 229, 239.
Russische Revolution 1905 23, 39, 40, 42, 110.

Russische Revolution 1917 16, 17, 18, 29, 30, 31 bis 35, 45, 46, 57, 58, 63, 111, 117, 120, 121, 162, 166, 171, 172, 187, 196, 197, 198, 219.

Salzburg 230 bis 233.

Schulreform 191 bis 193, 220, 274.

Siedlerbewegung 191, 210.

Soldatenräte 97, 121, 134, 139, 141, 142, 183, 184, 185, 186, 188, 198, 216, 217, 220, 238, 244, 274.

Sonderfriede 59, 80, 81, 82, 87, 112, 269.

Sozialisierung 152, 162, 166, 167, 171, 172, 178 bis 182, 211, 256.

Staatsrat 83, 84, 93, 96, 127, 128, 269.

Steiermark 105, 108, 124, 134, 136, 153, 157, 178, 231, 233, 263.

Sudetenland 105, 106, 108, 131, 132.

Tirol 93, 105, 107, 119, 149, 230 bis 233.

Tschechoslowakei 20 bis 37, 64, 67, 75, 76, 77, 79, 81, 105, 106, 108, 110 bis 112, 131 bis 133, 137, 152, 153, 155, 158, 159, 197, 227 bis 229, 239, 240, 255, 256, 262 bis 265, 276, 289.

Ukraine 31, 42, 46, 47, 48, 75, 84.

Ungarn 85 bis 88, 112, 113, 114, 136 bis 142, 152, 153, 156, 160, 162, 198, 199, 215, 227 bis 230, 234 bis 241, 276.

Verfassung der Republik:
Provisorische Verfassung 83, 84, 96, 103, 106, 107, 127, 128.
Bundesverfassung 221 bis 224.

Vermögensabgabe 210, 212, 214, 221, 250, 251.

Vierzehn Punkte Wilsons 18, 36, 66, 73, 79, 102.

Völkerbund 251, 252, 259, 263, 264, 265, 266, 269, 270, 271, 273, 276, 279, 280.

Vorarlberg 105, 149.

Wehrgesetz 215 bis 218, 220.

Weltrevolution 109, 110, 114, 116, 117, 121, 196, 197, 198, 275.

Wien 125, 222, 223, 227, 234, 274, 279.

Wiener-Neustadt 63, 65, 138, 238, 239.

Zivilkommissäre im Heeresministerium 226, 238.

Znaimer Kreis 106, 132.

Zwölfter November 103, 104, 127, 269 270.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts", Wien V, Rechte Wienzeile 97.

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

DB
96
B3
Bauer, Otto
Die osterreichische
revolution

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 15 04 14 02 022 0